

SILVIO GESELL ■ GESAMMELTE WERKE ■ BAND 3

SILVIO GESELL

**GESAMMELTE
WERKE**

Band 3 · 1901 – 1904

VERLAG FÜR
S O Z I A L
Ö K O N O M I E

SILVIO GESELL | GESAMMELTE WERKE

© 1988 - 2006 Gauke GmbH | Verlag für Sozialökonomie

Hofholzallee 67, 24109 Kiel | Deutschland

Telefax: [49]0431-6793651 | www.gauke.net | eMail: mail@gauke.net

Internet: www.silvio-gesell.de

www.sozialoekonomie.info | www.sozialoekonomie.de [Shop]

Herausgegeben von der "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung",
Hamburg [www.stiftung-geld-boden.de]

Lektorat: Werner Onken

ISBN-GESAMTÜBERSICHT der Printausgabe:

ISBN 3-87998-410-7 (Gesamtausgabe)

ISBN 3-87998-411-5 (Band 1)

ISBN 3-87998-412-3 (Band 2)

ISBN 3-87998-413-1 (Band 3)

ISBN 3-87998-414-X (Band 4)

ISBN 3-87998-415-8 (Band 5)

ISBN 3-87998-416-6 (Band 6)

ISBN 3-87998-417-4 (Band 7)

ISBN 3-87998-418-2 (Band 8)

ISBN 3-87998-419-0 (Band 9)

ISBN 3-87998-420-4 (Band 10)

ISBN 3-87998-421-2 (Band 11)

ISBN 3-87998-422-0 (Band 12)

ISBN 3-87998-423-9 (Band 13)

ISBN 3-87998-424-7 (Band 14)

ISBN 3-87998-425-5 (Band 15)

ISBN 3-87998-426-3 (Band 16)

ISBN 3-87998-427-1 (Band 17)

ISBN 3-87998-428-X (Band 18)

ISBN 3-87998-429-8 (Register)

Übersicht

- 5_ Zum Geleit
- 13_ Das Monopol der Schweizerischen Nationalbank und die Grenzen der Geldausgabe im Falle einer Sperrung der freien Goldausprägung
Bern: Verlag K.J. Wyss, 1901
- 56_ Handelsfreiheit
Die Geldreform Nr. 1/1902
- 58_ Anti-kapitalistisches Geld
Die Geldreform Nr. 1/1902
- 64_ Eine neue Methode für die Ermittlung des Geldpreises (1)
Die Geldreform Nr. 1/1902
- 69_ Goldtrust! - Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner (1) | *Die Geldreform Nr. 1/1902*
- 72_ Offener Brief an die Herren Professoren Mommsen und Virchow >
Die Geldreform Nr. 2/1902
- 79_ Eine neue Methode für die Ermittlung des Geldpreises (II)
Die Geldreform Nr. 2/1902
- 81_ Absatzversicherung auf Gegenseitigkeit (I)
Die Geldreform Nr. 2/1902
- 85_ Goldtrust! - Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner (II) | *Die Geldreform Nr. 2/1902*
- 88_ Die Hilfstruppen der Agrarier
Die Geldreform Nr. 3/1902
- 93_ Preise und Währung
Die Geldreform Nr. 3/1902
- 95_ Absatzversicherung auf Gegenseitigkeit (II)
Die Geldreform Nr. 3/1902
- 97_ Goldtrust! - Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner (III) | *Die Geldreform Nr. 3/1902*
- 104_ Diskontopolitik und Währung
Die Geldreform Nr. 4/1902
- 108_ Warum die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber versagt
Die Geldreform Nr. 4/1902
- 114_ Goldtrust! - Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner (IV) | *Die Geldreform Nr. 4/1902*
- 120_ Ist eine reine Papierwährung möglich?
Die Geldreform Nr. 5/1902

- 129_ Das Eigentum und der unentgeltliche Wehrdienst
Die Geldreform Nr. 5/1902
- 134_ Goldtrust! - Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner (V) | *Die Geldreform Nr. 5/1902*
- 136_ Eine neue Orientierung auf dem Gebiete der sozialen Frage
Die Geldreform Nr. 6/1902
- 149_ Goldtrust! - Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner (VI) | *Die Geldreform Nr. 6/1902*
- 152_ Der Maßstab für die Qualität des Geldes
Die Geldreform Nr. 7/1903
- 159_ La méthode mathématique en économie politique par Emile Bouvier
Die Geldreform Nr. 7/1903
- 163_ Goldtrust! - Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner (VII) | *Die Geldreform Nr. 7/1903*
- 168_ Die Notwendigkeit einer Neubewaffnung der Emissionsbanken für den Kampf gegen Boom und Krise
Die Geldreform Nr. 8/1903
- 183_ Michael Flürschein's neues Buch
Die Geldreform Nr. 9/1903
- 200_ Das Zinsproblem
Die Geldreform Nr. 10/1903
- 214_ Erfolge der Papierwährung (I)
Die Geldreform Nr. 10/1903
- 220_ Chamberlain und die Bodenreform
Die Geld- und Bodenreform Nr. 1/1904
- 226_ Sparsamkeit und Arbeitslosigkeit (I)
Die Geld- und Bodenreform Nr. 1/1904
- 236_ Sparsamkeit und Arbeitslosigkeit (II)
Die Geld- und Bodenreform Nr. 2/1904
- 238_ Erfolge der Papierwährung (II)
Die Geld- und Bodenreform Nr. 2 /1904
- 245_ Welche Opfer verlangt die Vernichtung der Sozialdemokratie?
Die Geld- und Bodenreform Nr. 2/1904
- 253_ Der schwarze Dienstag und die Geldreform
Die Geld- und Bodenreform Nr. 2/1904
- 256_ Zinsfreie Darlehen (Unentgeltlichkeit des Kredits) vom Standpunkt des Real- und Geldkapitals aus untersucht
Die Geld- und Bodenreform Nr. 3 - 6 /1904

- 317_ Die goldene Regel in der Volkswirtschaft
Die Geld- und Bodenreform Nr. 7 - 8 /1904
- 321_ Krieg und Bodenmonopol
Die Geld- und Bodenreform Nr. 7 - 8 /1904
- 327_ Die Goldwährung in Kriegszeiten und die Geldreform
Die Geld- und Bodenreform Nr. 7 - 8 /1904
- 335_ Warnung vor neuen Unternehmungen in Argentinien
Die Geld- und Bodenreform Nr. 7 - 8 /1904
- 340_ Der sog. Wert und die Geldreform
Die Geld- und Bodenreform Nr. 7 - 8 /1904
- 347_ Der reine Zins eine eherne Größe
Die Geld- und Bodenreform Nr. 7 - 8 /1904
- 349_ Die Reform der Bodenreformer
Die Geld- und Bodenreform Nr. 9 - 10 /1904
- 365_ Das Recht auf Arbeit und die Geldreform
Die Geld- und Bodenreform Nr. 9 - 10 /1904
- 372_ Die Kononisation nach der Bodenreform
Die Geld- und Bodenreform Nr. 9 - 10 /1904

Zum Geleit

Weimar sollte für Silvio Gesell von vornherein nur eine Übergangsstation sein. Zwar erfaßte ihn hier eine Begeisterung für die großen Dichtungen Goethes und Schillers – so wie er sich als junger Mann während seines Aufenthaltes in Malaga bereits für Miguel Cervantes' "Don Quichote" begeistert hatte. Aber im übrigen fühlte sich Gesell unwohl im wilhelminischen Deutschland, in dem Nationalismus und Militarismus den Ton angaben.

Nachdem Gesell schon gegen Ende seiner Zeit in Argentinien das Buch "Fortschritt und Armut" des amerikanischen Bodenreformers Henry George kennengelernt und sich dessen Gedanken zu eigen gemacht hatte [Vermutlich ist Silvio Gesell auf dieses Buch durch seinen Bruder Hermann aufmerksam gemacht worden, der 1883 in die USA ausgewandert war und später lange Zeit in Kanada lebte. Vgl. die Anmerkung 4 zur Einführung in SGW Band 2.], schloß er sich in Weimar dem "Bund Deutscher Bodenreformer" an. Doch entwickelte sich dieser Bund unter der Leitung von Adolf Damaschke nicht so, wie es Gesell sich wünschte. "Kaum ist Henry George tot", schrieb er in einem Brief an den Bodenreformer Michael Flürscheim, "so eröffnet Damaschke die Hauptversammlung mit einem Hoch auf den Kaiser – den obersten Beschützer der Grundeigentumsprivilegien! Dann schlägt er die Ernennung des Professors A. Wagner zum Ehrenmitglied des Bundes vor, desselben Mannes, der die Renten resp. Getreideschutzzölle öffentlich empfiehlt als Schutz der Landwirtschaft! Solcher Fortschritt nimmt mir die Lust zur Arbeit und ich bin aus dem Bunde dieser merkwürdigen Bodenreformer ausgetreten. Die Sache wurde mir allzu wässrig." [Brief Silvio Gesells an Michael Flürscheim vom 18.4.1901 aus Les Hauts Geneveys.]

Die geistige Enge im damaligen Deutschland erdrückte ihn so sehr, daß Silvio Gesell sich mit dem Fahrrad gen Südwesten aufmachte, um für sich und seine Familie eine neue Heimat zu suchen. Er fand sie in der Schweiz, im "demokratischsten, bestverwalteten Lande der Welt". [Brief Silvio Gesells an seinen Bruder Ernst in Buenos Aires vom 16.5.1906 aus Les Hauts Geneveys.] In Les Hauts Geneveys im Neuenburger Jura erwarb Gesell einen Bauernhof und betätigte sich dort inmitten einer unberührten Natur als Landwirt. Außerdem setzte er seine autodidaktischen Studien und seine schriftstellerische Tätigkeit fort. "Mit 100 frs Schulden und etwas Kredit etablierte ich mich vor zehn Jahren und mit 100.000 frs in der Tasche zog ich mich zurück", so berichtete Gesell Michael Flürscheim in einem Brief. "Jetzt bin ich Grundbesitzer, lebe von Zins und Rente und beschäftige mich in meinen Mußestunden damit, den Ast abzusägen, auf dem ich jetzt mit ungewohnter Behaglichkeit sitze, indem ich auf Abschaffung von Zins und Rente arbeite." [Brief Silvio Gesells an Michael Flürscheim vom 15.2.1900 aus Les Hauts Geneveys.] Zu seiner bevorzugten Lektüre gehörten Goethes "Faust", Schillers Gedichte, die Bibel und die Werke von Adam Smith, Karl Marx und Pierre Proudhon. –

In die Schweiz kam Silvio Gesell insofern zur rechten Zeit, als gerade ein Gesetz für die neu zu schaffende Nationalbank in Vorbereitung war. In die Diskussion über dieses Gesetz schaltete er sich 1901 mit einer Broschüre ein. Sie trug den Titel: "Das Monopol der Schweizerischen Nationalbank und die Grenzen der Geldausgabe im Falle einer Sperrung der freien Goldausprägung". "Die Fundamente der Goldwährung sind" – wie Gesell darin ausführte – "nicht so fest, wie allgemein angenommen wird." [Silvio Gesell, Das Monopol der Schweizerischen Nationalbank und die Grenzen der Geldausgabe im Falle einer Sperrung der freien Goldausprägung, Bern 1901, S. 53 SGW Band 3.] Darum forderte er genaue Regeln der Geldausgabe für den Fall, daß die Notendeckung und die Pflicht zur Einlösung von Banknoten in Gold aus irgendwelchen Gründen einmal aufgehoben würden. Diese Broschüre sandte Gesell wie immer auf eigene Kosten allen währungspolitisch maßgebenden Persönlichkeiten zu, doch blieb auch sie ohne Echo. [1907 wurde die Schweizerische Nationalbank schließlich auf der Basis eines Gesetzes gegründet, daß keine solchen Vorkehrungen für die Anpassung eines ungedeckten Geldes an die Bedürfnisse des Marktes enthielt. Und schon 1914 trat dann die von Gesell befürchtete Situation ein: Beim Ausbruch des ersten Weltkriegs wurden die Pflicht zur Einlösung der Banknoten in Gold aufgehoben und die Mobilisationskosten mit der Notenpresse finanziert – mit der Folge, daß die Kosten der Lebenshaltung bis 1918 auf das Fünffache stiegen. (Vgl. dazu Werner Schmid, Silvio Gesell – Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern 1954, S. 66 ff und Hans Hoffmann, 75 Jahre Schweizerische Nationalbank, Bern 1983, S. 40 ff)]

Die nun schon mehrfach gemachte Erfahrung, bei verantwortlichen Stellen auf taube Ohren zu stoßen, bewog Silvio Gesell zu dem Versuch, sich mit seinen Vorschlägen an ein breiteres Publikum zu wenden. So knüpfte er mit der Zeitschrift "Die Geldreform" bzw. "Die Geld- und Bodenreform" gleichsam ein Netz, um Menschen aus der Menge zu fischen, die die Bürde seiner Erkenntnisse mittragen sollten. In einem programmatischen Artikel "Handelsfreiheit" umriß Gesell seine Ziele. Das Scheitern des klassischen Liberalismus mit seinem Prinzip des Laissez-faire führte er nicht auf die Freiheit zu selbstbestimmtem Handeln zurück, sondern auf Mängel in den bestehenden Geldverfassungen und Bodenrechtsordnungen. Demgemäß beantwortete er das Versagen des Laissez-faire auch nicht mit einem Plädoyer für den Staatsinterventionismus, sondern mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, im Wege der Boden- und Geldreform eine rechtliche Rahmenordnung für die Freiheit der Märkte zu schaffen.

Mit einer beeindruckenden Selbstsicherheit und einem unerschöpflichen Vorrat an sprachlichen Wendungen formulierte Gesell seine Theorien über die Sicherung des Geldumlaufs und über die Statistik der Preise. Er ging auf Gegenargumente ein wie zum Beispiel auf den Einwand, daß ein Rosten der Banknoten das Sparen unmöglich machen würde, und gab seiner Theorie in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen und marxistischen Ökonomie ein eigenes Gesicht. Bei alledem ist die intensive Beschäftigung mit der Bibel, insbesondere mit den Propheten des Alten Testaments, spürbar. So mischen sich leidenschaftliche Anklagen und Forderungen in die sachlich-theoretische Gedankenführung, deren Sprache zum Beispiel in dem

Aufsatz "Absatzversicherung auf Gegenseitigkeit" Gesell als einen fernen Enkel jener alten Propheten erscheinen läßt. Der Tanz des 'christlichen' Abendlandes um das Goldene Kalb veranlaßte ihn zu einem weniger von Triumph als von Trauer erfüllten zornigen Blick auf die Kirchen. Enttäuscht warf er ihnen vor, daß die Geistlichen nicht das Evangelium der Armen und Unterdrückten predigten, sondern die "wahre Religion Christi" zu einer dem "bürgerlichen Frieden" dienlichen Machtideologie verfälschten. Zwar betrachtete Gesell die Geld- und Bodenreform damals als einen "christlichen Altar", auf dem der Geldzins, die Bodenrente und alle weiteren Monopoleinkünfte geopfert werden könnten, aber von der Kirche, von der er sich längst gelöst hatte, erwartete er in dieser Hinsicht nichts. [Silvio Gesell, Welche Opfer verlangt die Vernichtung der Sozialdemokratie? und ders., Die Kolonisation nach der Bodenreform, S. 245 ff, 252 und 373 im Band 3.]

Eine längere Abhandlung unter dem Titel "Zinsfreie Darlehen" widmete Silvio Gesell der Analyse der Bestandteile des Brutto-Zinses und dem Nachweis, daß der nach Abzug von Risikoprämie und Inflationsausgleich verbleibende 'reine Zins' trotz mancherlei Verbote seit Jahrtausenden immer eine 'eherne Größe' gewesen ist. Mit dieser Arbeit erhielt Gesells Geldtheorie eine wesentliche zinstheoretische Untermauerung, die in ihrem Kern – dem Nachweis der Priorität des Geldkapitals gegenüber dem Realkapital – ihre Gültigkeit bis heute behalten hat. Die "Zinsfreien Darlehen" gab Gesell auch als Sonderdruck aus der "Geld- und Bodenreform" heraus. Eine Rezension dieser Arbeit erfolgte in den von Eduard Bernstein herausgegebenen "Dokumenten des Sozialismus". Darin wurde Gesell als ein "selbständig arbeitender Weiterdenker" gewürdigt. Seine Untersuchung verrate "... viel Scharfsinn und viel analytische Kraft", letztlich gehe sie aber "... in die falsche Richtung". [Eduard Bernstein (Hg.), Dokumente des Sozialismus Band 4 (1904), Nr. 7, S. 292 und 293. Die Rezension erschien anonym.] Eine Auseinandersetzung mit den als falsch angesehenen Konsequenzen aus Gesells Argumentation erfolgte freilich nicht. Sie hätte recht bald zu einer Kollision mit der Marxschen These geführt, wonach der Zins seine Wurzel nicht im Geld, sondern in der auf privatem Eigentum beruhenden Produktionsweise habe. Im Hinblick auf diesen verbreiteten Irrtum war es vollauf berechtigt, wenn Gesell ihm mit dem Einwand entgegentrat, "... daß der Zins mit der heutigen Produktionsweise nicht das Geringste gemein hat, sondern einfach eine Begleiterscheinung des heutigen Geldwesens ist." [Silvio Gesell, Eine neue Orientierung auf dem Gebiete der sozialen Frage, SGW Band 3, S. 138.] In Anbetracht der inzwischen aufgetretenen Probleme der Umweltzerstörung muß seine Argumentation jedoch noch erweitert und präzisiert werden. Was Gesell zu seiner Zeit noch nicht sah, war der Einfluß, den der Zins zusammen mit den Denkgewohnheiten der Naturwissenschaften auf die Produktionsweise ausübte. Produktion und Technik sind durchaus nicht 'wertneutral' und sie entwickeln sich nicht unabhängig vom Wirtschaftssystem, sondern ihr Charakter hängt sehr davon ab, ob breit gestreutes oder in wenigen Händen konzentriertes Geldvermögen in Realkapital angelegt wird. Vereinfacht ausgedrückt entsprechen sich Vermögenskonzentration und 'harte Großtechnik' einerseits und breit gestreutes Produktionsmitteleigentum und dezen-

trale 'sanfte Technik' andererseits. Diesen Zusammenhang zwischen dem Zins und der Produktionsweise hat Gesell in seinen Frühschriften einmal beiläufig berührt, ihn dann aber recht bald wieder aus den Augen verloren.[Silvio Gesell, Gesammelte Werke Band 1, S. 41 und 61. Dachte Gesell anfangs noch, daß ein "Zusammenschmelzen der Privatkapitalien dem Staat zu Gute kommen" und die Privatkapitalien in den Besitz des Staates übergehen würden (Gesammelte Werke Band 1, S. 62), so ergibt sich aus der Entmonopolisierung des Geldes die Möglichkeit, die Produktionsmittel in verschiedenen nichtstaatlichen Rechtsformen zu dezentralisieren. Eine Andeutung dazu findet sich bei Gesell in der "Natürlichen Wirtschaftsordnung", in SGW 11, S. 10-11 und 341 ff. Der technische Fortschritt in seiner vom Kapitalismus geprägten Form mit seinen "neuzzeitlichen Produktionsmitteln" wird jedoch auch dort noch als gegeben hingenommen. (ebenda)] -


Es vergingen Monate, bis Silvio Gesell die erste Zuschrift auf "Die Geldreform" erhielt. Sie brachte ihn zum Weinen, denn der Absender interessierte sich nicht für den Inhalt der Zeitschrift, sondern für einen Petroleumkocher, für den Gesell in einem Inserat auf der letzten Umschlagseite warb.[Werner Schmid, Silvio Gesell – Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern 1954, S. 71.] Nachdem die Zeitschrift schon ein Jahr erschienen war, äußerte er einmal seine Bitterkeit: "Es scheint, als habe ich völlig in den Wind gesprochen, als habe mich niemand verstanden; wenigstens kann ich hier behaupten oder gestehen, daß, wenn ich mich statt an die Deutschen an die Hottentotten gewandt hätte, der Erfolg der gleiche geblieben wäre – nämlich Null." [Silvio Gesell, Der Maßstab für die Qualität des Geldes, S. 152 in SGW Band 3.] Allein mit dem Bodenreformer Michael Flürscheim stand Gesell in einem brieflichen Gedankenaustausch. Ihn betrachtete er als seinen einzigen "Ziel- oder Parteigenossen", obgleich – wie die Rezension eines Buches von Flürscheim zeigt – noch mancherlei Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden bestanden. [Vgl. S. 183 ff SGW Band 3. – Michael Flürscheim (1844-1912) entstammte einer jüdischen Bankiersfamilie. Als junger Mann wanderte er in die USA aus und kehrte 1872 nach Baden zurück, wo er eine Metallwarenfabrik gründete. Bald darauf spielte er eine führende Rolle in der deutschen Bodenreformbewegung und zählte zu den Gründern des "Deutschen Bundes für Bodenreform". 1880 schied er jedoch wieder aus dem Vorstand aus, um antisemitische Angriffe auf den Bund zu vermeiden. In Amerika, Australien und Neuseeland versuchte Flürscheim mit wenig Glück, in Anlehnung an die Tauschbanken von Pierre Proudhon und Robert Owen Volksbanken zu gründen. Nach großen materiellen Verlusten verlebte er seine letzten Lebensjahre abwechselnd in Lugano und Berlin. (Vgl. einen Nachruf auf Flürscheim von Jakob Epstein in: Der Physiokrat Nr. 9 vom Januar 1913, S. 4 und 5)] So lebte Gesell noch 1904 in dem Gefühl, als ginge er allein auf einer "Wüstenstraße", die "durch Gerippe bankrotter Theorien markiert ist." [Silvio Gesell, Zinsfreie Darlehen, in: SGW Band 3, S. 259.]

Als Silvio Gesell die "Geld- und Bodenreform" nach knapp dreijährigem Erscheinen einstellte, hatte er ganze drei Abonnenten gefunden. Bei einer späteren Gelegenheit erinnerte er sich dennoch mit Genugtuung an das Ergebnis seines ersten "Fischzugs": "Mit der Nummer 24 beschloß ich, die Netze auf den Strand zu ziehen. Der selektorische Köder im Untertitel 'Zeitschrift für die Herabsetzung des Geldes auf die Rangstufe der Ware und Arbeit' hatte die erwünschte Wirkung gehabt. Weder vielerlei, noch viele Abonnenten hatte der Fischzug gebracht, dafür

um so schwerere. ... Ich hatte allen Grund, mit dem Erfolg zufrieden zu sein. Man bedenke, was es damals bedeutete, mit nur zwei Jahrgängen einer Monatsschrift, die in 500 Exemplaren an die Bankiers, an Kaufleute, an die Presse, an Hochschullehrer usw. versandt wurde, drei Mann für die Herabsetzung des Geldes auf die Rangstufe der Waren und der Arbeit zu gewinnen! Wenn ich damals geschrieben hätte: 'Zeitschrift für die Anbetung der Goldwährung und für die Vergötterung der Reichsbank', wären meine Netze voll, zum Bersten voll, aber meine drei Abonnenten wären nicht dabei gewesen." [Silvio Gesell, Vorwort zur 2. Auflage von der "Aktiven Währungspolitik", Erfurt 1921, S. 3. – Die letzte Ausgabe der "Geld- und Bodenreform" trug nicht – wie im Zitat angegeben – die Nummer 24, sondern die Nummer 20.]

Jene drei Abonnenten, die Gesell aus seiner drückenden Einsamkeit erlösten, waren Georg Blumenthal aus Berlin, Ernst Frankfurth aus dem schweizerischen Kur-ort Arosa und Gustav Simons aus Berlin. [Über Georg Blumenthal vgl. Günter Bartsch Sozialisierung oder Personalisierung? – Versuch eines Portraits von Georg Blumenthal, in: Zeitschrift für Sozialökonomie Folgen 76, 77 u. 79 (Jg. 1988).- Über Ernst Frankfurth und Gustav Simons vgl. Werner Schmid a.a.O., S. 86 ff. Darüberhinaus gibt es über Frankfurth und Simons bislang noch keine biographischen Darstellungen.] Bis dahin hatte er nur einen familiärfreundschaftlichen Rückhalt für seine Ideen bei seinen Geschwistern, vornehmlich bei seinen Brüdern Paul, Roman und Hermann, gehabt. Nun traten mit Georg Blumenthal, Ernst Frankfurth und Gustav Simons Menschen in Gesells Leben, die zu Mitträgern seiner Geld- und Bodenreform wurden und die ihn auch ihrerseits beeinflussten.

Während Gesell durch Simons enger an die Lebensreformbewegung herangeführt wurde, verstärkte Frankfurth sein Interesse an der Evolutionslehre von Charles Darwin. Durch Blumenthals Einfluß erlangte die Philosophie Max Stirners eine zentrale Bedeutung in Gesells weiterem Denken. Und vermutlich war es auch Blumenthal, der Gesell die Anregung zum Studium der Werke von Friedrich Nietzsche gab; sie übten einen nachhaltigen Einfluß auf ihn aus. So fand Silvio Gesell im Laufe der Zeit den Anschluß an den Strom der zeitgenössischen europäischen Geistesgeschichte, dessen Hauptrichtung von der christlichen Religion, die zu reformieren er in seinen Frühschriften ansatzweise begonnen hatte, wegführte. Stirners, Nietzsches und Darwins Lehren bildeten das geistige Flußbett, in dem die Geld- und Bodenreform sich ihren weiteren Weg in die Öffentlichkeit bahnte. Auch wandte sich Gesell fortan mehr an andere Bevölkerungskreise. Hatte er bis da-hin auf Verständnis und Unterstützung für seine Ziele vonseiten bürgerlicher Kreise gehofft [Silvio Gesell, Goldtrust!, in: SGW Band 3, S. 70.], so lenkten Georg Blumenthal und Ernst Frankfurth seinen Blick von nun an stärker auf das Proletariat.



DAS MONOPOL DER

SCHWEIZERISCHEN

✿ NATIONALBANK ✿

**UND DIE GRENZEN
DER GELDAUSGABE**

**IM FALLE EINER SPERRUNG
DER FREIEN GOLDAUSPRÆGUNG**

* * * * V O N * * * *
SILVIO GESELL



BERN 1901 * * * * *
DRUCK UND VERLAG
VON K. J. WYSS * *

Vorwort

Zur Zeit als der sog. lateinische Münzbund geschlossen wurde, galten die Münzen allgemein als einfache Metallbarren und die Begriffsbestimmung, die Chevalier von den Münzen gab:

«Die Münzen sind Metallbarren, deren Gewicht
«und Feingehalt gewährleistet ist»

stieß nirgendwo auf Widerspruch.

Von Vorrechten (Privilegien), in deren Genuß die Münzen stehen, war damals keine Rede; man hätte auch nicht von Geldprivilegien sprechen können, ohne mit der Barrentheorie in Widerspruch zu geraten.

Hätte man in der Folge dieser Theorie, die als die

wahre Grundlage des lateinischen Münzbundes

zu betrachten ist, treu bleiben können, so wären aus der Aufhebung der freien Silberprägung den Vertragsmächten keinerlei Unbequemlichkeiten erwachsen.

Ob gemünzt oder nicht – die Silbermünzen waren ja nur Silberbarren, deren Preis man außerhalb des Bereichs der Gesetzgebung gestellt wähnte. Kein Vertrag, kein Vertragsbruch konnte den Preis der Silbermünzen beeinflussen, dachte man. Den für sie bezahlten Preis trugen die Silbermünzen als

inneren Wert (?) (valeur intrinsèque)

in ihrem Metallgehalt mit sich herum und dieser

Preis war unantastbar. Wie man mit dem Gelde den Tagelöhner bezahlt, so war mit dem Silbergehalt der Münzen der Inhaber entlohnt. Jeder Besitzer einer Münze hatte das, worauf er rechtlichen Anspruch erheben konnte, in der Hand, nämlich eine bestimmte, genau abgewogene Gewichtsmenge Silber.

Das war allgemein die herrschende Ansicht über das Geldwesen; weder Volk, noch Wissenschaft, noch Gesetzgebung erhob dagegen Einspruch.

Demnach brauchten auch keine Bestimmungen für eine Aufhebung der freien Silberprägung getroffen zu werden. Man hätte, falls sich eine solche Maßregel als nötig erweisen sollte, die silbernen Münzen ganz einfach auf *Kosten* und für *Rechnung* der Besitzer entmünzt (demonetisiert), d.h. man hätte die Münzen praktisch zu dem gemacht, für was sie allgemein gehalten wurden, zu einfachen Metallbarren, zu ganz gemeiner Ware. Von Bedeutung konnte das weder für den Staat noch für die Eigentümer der Münzen sein. Die Besitzer der Münzen hätten sich in solchem Falle von irgend einem Goldschmied den „inneren Wert“ auszahlen lassen.

Der Staat, der bei der Ausprägung des Silbers nichts verdiente, hielt sich den Geldbesitzern gegenüber frei von jeder Pflicht. Es waren doch keine Schulden, die der Staat mit der Ausprägung des Silbers übernahm?

Und wäre der Preis des Silbers gesunken, was ging das den Staat an? Der Staat hatte sogar ein unmittelbares Interesse daran, daß das Silber billiger wurde, denn je billiger das Silber wurde, umso leichter konnte der Staat seinen in Franken

eingegangenen Verpflichtungen (die er als Silber-Lieferungsverträge betrachtete) nachkommen. Den Steuerzahlern gegenüber wäre der Staat sogar verpflichtet gewesen, den Preisfall des Silbers zu begünstigen, genau wie er heute sich verpflichtet glaubt, zu Gunsten der Steuerzahler auf eine Herabsetzung des Zinsfußes hinzuwirken. Die Verluste, die mit einem Preisfall des Silbers verbunden gewesen wären, sollten voll und ganz auf den Schultern seiner Eigentümer lasten.

Geld im heutigen Sinne gab es bei Gründung des lateinischen Münzbundes *nicht*. Der Staat stempelte zwar die Metallbarren ab, wie er auch heute noch in vielen Ländern den Gold- und Silberwaren einen Stempel aufdrückt, aber damit übernahm er nicht die Verpflichtung, die Inhaber vor Verlusten zu schützen, die aus einem Preisfall der betreffenden Metalle entstanden. Der Staat hatte für die Verluste, die aus Preisschwankungen der von ihm abgestempelten Münzen erwachsen, ebensowenig aufzukommen, wie er für Verluste an den *gleichfalls* von ihm abgestempelten Silberlöffeln haftbar war. Keinem Besitzer gestempelter Silberbarren würde es übrigens in den Sinn gefallen sein, etwaige *Profite*, die ihm aus den Preisschwankungen erwachsen konnten, an den Staat abzutragen. Die Schwierigkeiten für den lateinischen Münzbund entstanden erst, als man den Boden, auf dem er fußte, verließ und unter Verwerfung der Barretheorie die Verluste an den Silbermünzen dem Staate aufbürdete. Hierdurch wurde die Stellung, die der Staat dem Gelde gegenüber einnimmt,

von Grund aus

geändert und die Bestimmungen des Münzbundes

erhielten eine Tragweite, die sie ursprünglich nicht besaßen.

Wenn man daher, wie es oft geschieht, den Gründern des lateinischen Münzbundes einen Vorwurf daraus macht, dass sie es unterließen, ausreichende Liquidationsbestimmungen zu treffen, so tut man ihnen Unrecht. An dem Bunde war in seiner ursprünglichen Bedeutung und Begrenzung *nichts zu liquidieren*. Der Mangel an Liquidationsbestimmungen stellte sich erst nachträglich ein, als man den *Staat* mit den Silbermünzen belastete und dadurch eine

Liquidationsmasse

schuf.

Anders verhält es sich jetzt mit der Goldwährung. Der praktischen Verwerfung der Barrentheorie – wie sie aus der Übernahme der Verluste durch den Staat hervortritt, ist die Theorie langsam gefolgt. [Karl Helfferich sagt in der „Nation“ vom 24. März 1900: *„Nach der modernen juristischen Auffassung ist die absolute Selbständigkeit des Geldes, die gänzliche Lostrennung des Geldes von dem Stoff, aus dem es hergestellt ist, anerkannt.“* Freilich wird diese moderne Auffassung nicht allgemein geteilt. Wenn z.B. Otto Arendt in seinem Leitfaden der Währungsfrage, 18. neubearbeitete Aufl. (S. 2), sagt: *„Das Geld ist nichts anderes, als die Bezeichnung für eine bestimmte Menge Edelmetall. So war der deutsche Thaler 1/30 Pf. Silber und so ist das deutsche 20-Markstück 20/1395 Pf. Gold“*, so gibt er damit kund, daß er die Barrentheorie nicht aufzugeben beabsichtigt. Nebenbei gesagt: 1/30 Pfund Silber ist heute noch genau, was es früher war, nämlich 1/30 Pfund Silber, und wenn ein Thaler nach der Anschauung Arendt's weiter nichts als die Bezeichnung für 1/30 Pfund Silber war, so müßte auf 1/30 Pfund Silber auch heute noch dieselbe Bezeichnung passen. Dies ist aber nicht der Fall.]

Es wird anerkannt, daß zwischen Gold und Geld das Gesetz liegt, welches beide Dinge trennen und vereinigen kann. Weder in der Praxis noch in der Theorie wird die goldene Münze als Metallbarre im Sinne der früheren Begriffsbestimmung angesehen. Wollte man z.B. den goldenen Münzen heute die Geldprivilegien entziehen, so würden sich ihre Besitzer auf die Entmünzung des Silbers berufen und die gleiche Berücksichtigung beanspruchen.

Dadurch werden aber Liquidationsbestimmungen für den Fall einer notwendig werdenden Sperrung der Goldprägungen unentbehrlich, denn es ist eine Masse da.

Sind nun solche Bestimmungen getroffen worden? Sonderbar! Man wirft den Gründern des lateinischen Münzbundes vor, daß sie für die Liquidation einer Masse,

die man ihnen nachträglich untergeschoben hat,

keine Bestimmungen getroffen haben, dabei aber vernachlässigt man, die gleichen Bestimmungen für eine Masse zu treffen, deren Vorhandensein klar und zweifellos aus der Praxis der staatlichen Behandlung des Geldes hervorgeht.

Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß eine etwa nötig werdende Sperrung der freien Goldausprägung die Aufgabe der Metallwährung bedeuten und dadurch in ganz anderer Weise in alle Verhältnisse eingreifen würde, als wie es die Silbersperre getan hat.

Eine Erklärung für diese Lücke in der Gesetzgebung gibt vielleicht der Umstand, daß die Möglichkeit einer nötig werdenden Sperre der Goldprägungen heute noch für die Allgemeinheit im blauen Dunst der Ferne zu liegen scheint, aber als Entschuldigung wird man gegebenenfalls diese Erklärung nicht gelten lassen. Das Gesetz hat doch die möglichen Fälle zu bestimmen, ohne Rücksicht auf die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit. Werden für den Fall einer Sperre der Münzstätten keine Bestimmungen getroffen, die für alle von einer solchen Maßregel berührten Interessen die Rechtsverhältnisse regeln, so wird die Gesetzgebung nicht hinter nachträglichen Begriffsverschiebungen Deckung finden. Voll und ganz wird sie der Vorwurf der Fahrlässigkeit treffen, den man heute mit Unrecht gegen die Gründer des lateinischen Münzbundes richtet. Noch ist es Zeit, das Versäumte nachzuholen. Und gerade jetzt, da man im Begriffe steht, durch

die Gründung einer Central-Notenbank

der Landeswährung eine festere Unterlage zu geben, ist auch die Gelegenheit für diese grundsätzliche Regelung der Währung gegeben.

Haute Geneveys (Kt. Neuenburg) Febr. 1901.

Silvio Gesell.

Artikel 18 des Entwurfes für die schweizerische Nationalbank sagt, daß die Bank befugt werden soll, als Deckung der von ihr ausgegebenen Noten

Gold in Barren

zu verwenden.

Wenn es auch an keiner Stelle ausgesprochen wird, so ist doch von dieser Bestimmung abzuleiten, daß die Bank auf Grundlage der unbegrenzten und unkontrollierten Goldprägung zu arbeiten haben wird, wie denn überhaupt die an

keine Bedingung geknüpfte freie Goldprägung

als Unterbau der schweizerischen Währung im allgemeinen und der Centralen Notenbank im besonderen anzusehen ist.

So lange man im Glauben sein wird, daß die wichtigen Voraussetzungen für die freie Goldprägung alle zutreffen, wird die Bank keine Schwierigkeiten haben, ihrer Aufgabe, die darin bestehen soll, (Art. 2)

den Geldumlauf des Landes zu regeln

und (Art. 16)

den Geldumlauf dem Bedürfnis des Verkehrs anzupassen

gerecht werden. Die Bank wird aufgrund der Annahme, daß mit der Aufrechterhaltung der Gold-

währung ihre nationalen Aufgaben erfüllt sind, als Maßstab für die Bedürfnisse des Verkehrs und als Grenze für die Notenausgabe einfach die Sicherung der allzeitigen Einlösbarkeit der Noten betrachten. Zu einem Zwiespalt zwischen Mitteln und Pflicht kann es nicht kommen. Das Notenmonopol sichert der Bank die Mittel, ihrem durch die freie Goldausprägung scharf begrenzten Wirkungskreis mit Würde vorzustehen. Die Sicherung der Goldwährung bildet das oberste Gesetz für die Bank und diesem Gesetz sollen alle anderen Bedürfnisse und Rücksichten untergeordnet werden.

Aber im Gesetzentwurf sucht man umsonst nach Bestimmungen für den Fall, daß

eine Sperrung der freien Goldprägung

sich als notwendig erweisen sollte. Mit keinem Worte hat man dieses Falles gedacht; man hat offenbar die gesetzliche Bestimmung dieses Falles für ebenso überflüssig gehalten, wie man bei der Gründung des lateinischen Münzbundes gesetzliche Bestimmungen für den Fall der Silbersperre für überflüssig hielt.

Man mag nun das Hineinragen der Goldsperre in den Kreis absehbarer Zeiten noch so verschwommen wahrnehmen, an die Möglichkeit, daß der Fall überhaupt eintreten kann, darf schlechterdings niemand zweifeln, der einen Begriff von der Strenge der Bedingungen hat, die Handel und Verkehr an das Geldwesen stellen.

Wenn aber dieser Fall im Bereiche der Möglichkeit liegt, so gebietet auch die gemeine Vorsicht, daß er gesetzlich bestimmt und im Bankgesetz vorgesehen werde.

Von den Gründen, die für eine solche Vorsichtsmaßregel sprechen, will ich hier nur eine kleine Auslese machen.

Wie bereits gesagt, soll die Bank berechtigt werden,

nachdem Bedürfnis des Verkehrs

Geld zu fabrizieren und auszugeben, während als Maß dieser Bedürfnisse und dementsprechend als Grenze der Geldausgabe allein die Sicherheit der Goldwährung gelten soll.

Bei diesem Verhältnis fragt man sich, wo die Bank

das Maß für die Geldbedürfnisse des Verkehrs

hernehmen, wer

die Grenzen für die Notenausgabe

abstecken wird, falls es sich herausstellen sollte, daß die Voraussetzungen für die freie Goldausprägung nicht oder nicht mehr zutreffen, falls die Bedingungen, die der Handel an das Geldwesen stellt, mit dem unregelmäßigen Geldangebot und der unkontrollierten, allen Wechselfällen der Goldgewinnung ausgesetzten Geldfabrikation unvereinbar sich erweisen sollten?

[Die Wirkungen der Preisveränderungen des Geldes haben offenbar bisher ganz ungenügend das allgemeine Interesse erweckt. Das geht schon daraus hervor, daß man es heute noch für überflüssig hält, die Preisveränderungen des Geldes zu ermitteln.

Und doch bedarf es nur geringer Überlegung, um zur Einsicht zu gelangen, daß schwache Veränderungen des Geldpreises die unangenehmsten Störungen in den Handels- und Erwerbsverhältnissen hervorrufen müssen. So z.B. braucht man sich nur zu fragen, was ein Kaufmann (ein Unternehmer,

Mit der Sperrung der Münzstätten wird das Gold vom Gelde gesetzlich geschieden; die Geldfabrikation, die heute dem Wettbewerb der Goldgräber ausgeliefert ist, wird zum staatlichen Monopol erklärt. Das Gold ist kein Geld mehr und das Geld ist kein Gold. Es findet eine reinliche Scheidung statt; der Bund, der beide Dinge vereinigte, ist zerhauen und ein jedes geht seine eigenen Wege. Mit der Sperrung der Münzstätten hat das Geld zum Golde nicht mehr Verwandtschaft, wie etwa zu den Ziegelsteinen.

Damit hört aber auch die nationale Banknote auf, *Lieferschein* von Gold resp. von Geld zu sein; sie wird selbst zu *Geld* und die in den Gewölben der Banken lagernden

Metallbarren

verlieren ihren Zweck. Durch das Zahlungsver-

ein Fabrikant, kurz ein Kapitalist) tun würde, wenn nach seinen Annahmen eine Verteuerung des Geldes im Sinne eines allgemeinen Preisfalles der Waren zu erwarten wäre? Müßte er nicht um sich vor Verlusten zu schützen, den Kauf (das Unternehmen, die Fabrikation, die Arbeit) von heute auf morgen, von morgen auf übermorgen, d.h. so lange hinausschieben, bis nach seinen Annahmen ein weiterer Preisfall nicht mehr stattfinden wird.

Wir sehen also hier, daß die Erscheinungen, die man schlechtweg Krisis, Arbeitslosigkeit, Überproduktion nennt, durch eine einfache Aussicht auf Verteuerung des Geldes (im Sinne eines Preisfalles der Waren) hervorgerufen werden müssen.

Wer deshalb diesen Verhältnissen nachforscht, kommt für gewöhnlich schnell zu der Einsicht, daß das, was man Konjunkturveränderungen nennt, im wesentlichen nur Wirkungen von Preisveränderungen des Geldes sind.]

sprechen, welches die Inschrift der Banknote enthält, macht die Goldsperrung einen Strich; kein Mensch beruft sich auf dieses Zahlungsversprechen und wer dieses Zahlungsversprechen einer kritischen Prüfung unterzieht, erkennt, daß es sich da um völlig überflüssige, hohle Phrasen handelt. Die in den Vereinigten Staaten als Geld umlaufenden *Silbercertificate* enthalten als Inschrift auch ein Zahlungs- bzw. Lieferungsversprechen, aber der ursprüngliche Sinn dieser Inschrift ist durch die Tatsachen zu Blödsinn geworden.

[Die Ansicht, dass das Papiergeld Schuldscheine bzw. Kreditpapiere des Staates vorstellt und daß der Kurs des Papiergeldes vom Kredit des Staates abhängig ist, hat bis heute den zahllosen Tatsachen, die dieser Ansicht widersprechen, Stand gehalten.

So läßt auch Herr Isler an vielen Stellen seines Berichtes (Sitzung des Ständerates vom 4. Dezember) durchblicken, daß er an dieser Ansicht festhält.

Zu welchen komischen Folgerungen man mit dieser Ansicht gelangt, zeigt uns die Inschrift des heutigen argentinischen Papiergeldes: „Die Nation zahlt dem Inhaber bei Sicht so und so viel Thaler in *Papiergeld*“. Das heißt so viel, wie daß die Nation dem Vorzeiger das Papiergeld in Zahlung des-selben zurückgibt.

Dies erscheint nun als offener Unsinn; aber wer darauf versessen ist, das Papiergeld als Schuldschein zu behandeln, wird schwerlich eine vernünftigeren Inschrift verfassen können.

Auf dem Papiergeld, welches die Provinz Buenos Aires 1869 ausgab, war dagegen folgende korrekte Inschrift zu lesen:

„Die Provinz Buenos Aires anerkennt diesen Zettel für 1 Peso moneda corriente.“

(La Provincia de Buenos Aires reconoce este billete por 1 Peso moneda corriente.)]

Für sich, kraft der Geldprivilegien sind die sog. Silber-

certificate *Geld*. Der Inhalt der Inschrift hat für sie nicht mehr Bedeutung, wie die Umschrift „Liberté, égalité, fraternité“ für den Preis der Franken.

Wenn der Preis der Franken abhängig wäre von der Brüderlichkeit, Gleichheit und Freiheit, was würde wohl ein Franken gelten? *Nichts*, denn unter *Brüdern* gibt es kein Geld. Wenn der Preis der Silbercertificate vom Inhalte der Inschrift bestimmt würde, was würde ein Dollar heute gelten? Nur die Hälfte seines heutigen Preises, denn das dem Dollar entsprechende Gewicht Feinsilber kostet heute ca. 1/2 Dollar.

Mit der Sperrung der Münzstätten erhebt sich die Banknote

über den Inhalt des Zahlungsversprechens;

mit der Sperrung der Münzstätten braucht die Banknote keine Inschrift und dementsprechend auch keine sogenannte Deckung mehr. Das Geldprivileg wird zur Deckung. Der unerschöpfliche Geldbedarf, den der Warenaustausch erzeugt, wird zu der zwar namenlosen, aber deshalb nicht weniger wirksamen Deckung der Banknoten. Diese Deckung (die in letzter Linie gleichbedeutend mit der Arbeitsteilung ist) kann niemals versagen, sie kann nicht gestohlen, noch geraubt, noch ins Ausland abgeführt werden; es ist dieselbe Deckung, die die ungeheuren Massen von Papiergeld, von Silbergeld, von Scheidemünzen heute schon dauernd in Umlauf erhalten. Würde diese Deckung in der langen Reihe von Jahren nur ein einziges Mal versagt haben, wo wäre der Kredit geblieben, dessen sich die Silbermünzen heute erfreuen?

Die Deckungsfrage der nationalen Banknoten verliert mit dem Eintritt der Münzsperre

jede praktische Bedeutung.

Die Metallbarren könnte die Bank nur mehr mittelbar als Regulator des Geldumlaufs benutzen. Um einen etwaigen Überschuß des ausgegebenen Geldes zurückziehen zu können, müßte sie Gold an die Industrie zu schwankenden Marktpreisen verkaufen und da die Aufnahmefähigkeit der Industrie für Gold immer eine eng begrenzte ist, so könnten größere Menge Goldes nur nach starken Einbußen untergebracht werden. Da würden sich Wechsel viel wirksamer erweisen. Die Bank zieht die fälligen Wechselbeträge ein und wenn der Geldumlauf zu groß ist, so hört sie mit der Diskontierung eine Zeitlang auf. Mit Hilfe der Wechseldiskontierung vermag die Bank dem Markte

unmittelbar

jeden beliebigen Betrag dem Markte zuzuführen und jeden beliebigen Betrag dem Markte zu entziehen.

Nach Sperrung der Goldprägungen wären also Goldbarren gewiß das letzte, das plumpste und unwirksamste Mittel, um den Geldumlauf zu regeln.

Aber wenn die Bank nach Sperrung der freien Goldprägung die Goldbarren nicht mehr als Deckung ansehen kann, wenn sie neben ihrem Wechselbestand keiner Deckung mehr bedarf, wenn das Zahlungsversprechen in der Inschrift ihrer Noten zu Gallimathias geworden ist, so verliert sie ja

jede gesetzliche Grundlage

für die Berechnung des Geldbedarfes des Verkehrs.

Die Banknoten sind durch den Wechselbestand gesichert und die Wechsel lauten auf Banknoten,

die die Bank selber ausgibt! Als Grenze der Notenausgabe kann demnach die Sicherung der Banknote nicht mehr betrachtet werden, da diese Sicherheit ebenso unbegrenzt ist, wie der Vorrat an Papier für Herstellung der Banknoten.

Also wo ist die Grenze der Notenausgabe, was soll die Bank als Geldbedarf des Verkehrs ansehen, wo ist das Maß für diesen Bedarf, wenn die Goldprägungen gesperrt werden sollten?

[Neben den für die Goldwährung maßgebenden Sicherheitsmaßregeln steht noch fast überall der *Diskontsatz* als Maßstab zur Berechnung des Geldbedarfes in Anwendung und allgemein wird gesagt, daß, so oft der Diskontsatz schwankt, auch der Geldbedarf schwankt.

Beide Dinge, Diskont und Geld, sind aber völlig incommensurable Größen und die praktische Benutzung der einen zur Messung der anderen muß mit Notwendigkeit zu Widersprüchen bzw. zum Bankrott führen. Als Maß kann immer nur ein Teil ein und derselben Sache benutzt werden, so Meter, Kilo, Pferd, Kerze für Länge, Schwere, Kraft und Licht.

Nun ist aber Geld (gleichgültig ob Gold, Banknoten, Scheidemünzen) eine Ware und als solche kann es nur mit Waren gemessen werden. Den Diskontsatz dagegen können wir nur als den Exponenten bestimmter wirtschaftlicher *Zustände* ansehen und denselben ebensowenig zum Maßstab für das Geld erheben, wie wir Sachen, Gegenstände oder Eigenschaften mit einem Zustand vergleichen können.

Weil der Diskontsatz (in den Goldwährungsländern) als Maß für den Geldbedarf der Kontrolle der Goldwährung unterliegt, hat dieser Maßstab nicht immer Zeit, den Unsinn zu Tage zu fördern, den seine ausschließliche und andauernde Anwendung unabwendbar zur Reife bringen würde.

Aber dort, wo er die Alleinherrschaft führen konnte, hat er immer übel gewirtschaftet. So z.B. in Argentinien. Seht, hieß es dort, wie der Diskont steigt! Das gilt allgemein als Beweis, daß zu wenig diskontiert wird. Also müssen wir mehr Geld erstellen, um mehr diskontieren zu

Diese Fragen harren des Entscheids, sowie die Münzstätten dem Golde gesperrt werden, und diese Fragen gehören zu der Klasse derjenigen Rechtsfragen, die, wenn sie nicht im voraus erledigt werden, nachträglich unmöglich auf gerechte, widerspruchsfreie Weise entschieden werden können.

Solange die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der freien Goldausprägung zutreffen, ist der gesetzliche Inhalt einer Geldschuld jedermann klar. Sehen wir ab von dem

Mangel einer gesetzlichen Bestimmung dieser Voraussetzungen, so bleibt für Fragen kein Raum. Wer Franken schuldet, weiß, daß er sie mit Gold zahlen kann,

können. Aber je mehr und liberaler diskontiert wurde, um so mehr stieg der Diskontsatz. Von 5 auf 10–12–15% und höher. Natürlich steckte man bald im Sumpfe einer gewaltigen Inflation. Zu spät sah man ein, daß die Anwendung des Diskontsatzes als Maß des Geldbedarfs zum Bankrott der Währung führt.

Die Erklärung hierzu ist übrigens leicht zu finden. Hand in Hand mit den Diskontierungen steigen die Warenpreise und die Differenzen, die durch die Preiserhöhungen erzeugt werden, reizen natürlich zum Kauf von Waren, Titeln, Aktien etc. und für den Kauf braucht man Geld. Daher dann die große Nachfrage bei den Emissionsbanken, die, wenn sie berücksichtigt wird, immer neu angeregt, niemals befriedigt werden kann. Denn das Geld der Emissionsbank gibt der Hausse und den Differenzen nur neue Nahrung.

Der Diskont besteht eben nicht, wie allgemein angenommen wird, aus zwei Elementen – Zins und Delcredere – sondern aus *drei* – der reine Zins, das Delcredere und das Ristorno für die voraus-sichtliche Differenz zwischen der Kaufkraft des geborgten und des zurückzugebenden Geldes.

Letzteres Element wächst zusammen mit den Diskontierungen, deshalb muß auch der Diskontsatz zusammen mit den Diskontierungen steigen und fallen.]

falls er keine Banknoten hat. Der Preis der Franken (Wert sagt man auch), die die Bank als Wechselgläubigerin zu fordern hat, ist unabhängig von der Politik dieser Bank, denn Franken in Barrenform können nötigenfalls aus allen Teilen der Welt herangezogen werden. Mit dem Notenmonopol ist die Bank doch noch nicht im Besitze des Geldmonopols.

Aber vom Augenblick an, da die Münzstätte gesperrt wird und man zwischen Gold und Geld unterscheidet (wie heute zwischen gemünztem und ungemünztem Silber), wird das Notenmonopol zum Geldmonopol und die Zentralnotenbank bestimmt dann autokratisch:

was ein Franken ist.

Und damit tritt die Frage, an die merkwürdigerweise heute niemand zu denken scheint:

Was ein Franken dem Gesetze nach sein soll,

in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. Zu spät wird man alsdann einsehen, daß diese Frage nachträglich widerspruchsfrei nicht zu beantworten ist, weil bei der Lebhaftigkeit des heutigen Verkehrs schon 24 Stunden eines gesetzlosen Zustandes genügen, um das „Soll und Haben“ der Parteien derartig zu verwickeln, daß an eine, jeden einzelnen Fall berücksichtigende Rechtsprechung nicht zu denken ist. Wie immer, wenn summarisch entschieden werden muß, werden dann Klagen über Vergewaltigung, begründete und unbegründete, laut, aber bei der zahllosen Menge derselben sind sie einzeln nicht zu behandeln. Gleichzeitig ist es aber auch ausgeschlossen, daß Handel und Verkehr warten, monatelang geduldig

warten, bis daß die zu erledigenden Fragen reif für die Gesetzgebung sind.

In Geldangelegenheit hört die Gemütlichkeit auf, heißt es. Da kann man sich denken, wie bei der Gewaltigkeit der Interessen, bei der Zahllosigkeit der Millionen, die von der gesetzlichen Beant-

[Im wesentlichen würde sich hier der Streit um ähnliche Fragen drehen, wie sie gewöhnlich nach Inkonversionserklärung des Papiergeldes aufgeworfen und mit Leidenschaft besprochen werden – nämlich ob der Staat das Recht oder gar die Pflicht hat, das Papiergeld auf den Pari-Kurs des Metalles zurückzuführen?

Bringt der Staat den Kurs auf Pari zurück, so verletzt er zweifellos die Rechte aller Schuldner, die nach der Inkonversionserklärung Geldverbindlichkeiten eingegangen sind; tut er es nicht, so klagen die Gläubiger, die vor jenem Zeitpunkt Gelder ausgeliehen haben.

Und wenn der Staat dann in seiner Ratlosigkeit hin und her schwankt, so schreien gleich die Kaufleute, daß unter solchen Pfuschiereien der Handel, die Arbeit, der Verkehr zugrunde gehen müssen. Das Geld, sagen dann die Kaufleute, ist in allererster Linie dazu bestimmt den Warenaustausch zu vermitteln, und die Bedürfnisse des Warenaustausches (Arbeit) sollen daher vorschreiben, wie das Geld verwaltet werden soll. Lassen sich die Interessen des Handels mit denen des Kapitals nicht vereinigen, so mögen Gläubiger und Schuldner ihren Geschäften eine andere Grundlage geben. Es gibt ja so viele Waren – Kohle – Eisen – Weizen – die sich zu Kapitalgeschäften eignen; nichts zwingt die Kapitalisten, gerade das Geld als Mittel für die Darlehensgeschäfte zu benutzen. Übrigens kann das Geld auch nicht als Kapital betrachtet werden – wenigstens wird das Geld allgemein als „totes Kapital“ benannt. Man ordne deshalb eine völlige Scheidung zwischen Geld und Kapital an und erkläre das Geld als nationales Tauschmittel der Arbeitsprodukte, für dessen Verwaltung die Interessen des Handels, des Verkehrs und der Arbeit ausschließlich maßgebend sein sollen.]

wortung der Frage, was ein Franken dem Gesetze nach sein soll, berührt werden, die Leidenschaften aufgerührt werden würden. Man denke nur an den Währungsstreit in Nordamerika.

Dabei würden die Zustände um so unerquicklicher werden, als die zentrale Notenbank, die bis zur gesetzlichen Entscheidung der Frage nach Lage der Dinge das Zepter führen müßte, gleichzeitig Partei und Richter wäre.

Welchen Preis würde der Wechselschuldner auf dem Markte in Waren für die Franken zahlen müssen, die er der Zentralnotenbank schuldet?

Der Gläubiger selbst, die auf die Profitmacherei zugespitzte Zentralnotenbank, würde dies bestimmen!!

Genau wie den Hindus von der britischen Regierung nach Aufhebung der freien Rupienprägung selbstherrlich vorgeschrieben wurde, was eine Rupie sein sollte, die die britische Regierung als Gläubigerin zu fordern hatte, so würde die Zentralnotenbank den Bürgern sagen, was die Franken sind, die man ihr schuldet!!

Was würde gegenüber solchen Machtbefugnissen noch das Besteuerungsrecht des Staates bedeuten? Der Staat würde ja nur den nominellen Betrag der Steuern ausschreiben, den materiellen Inhalt dieser Steuern dagegen, also die Hauptsache, würde die Zentralnotenbank bestimmen.

Heikel sind die Verhältnisse, die die Entmünzung des Silbers geschaffen hat, aber unvergleichlich schwieriger wären die Fragen, die eine durch kein Gesetz vorgesehene Sperrung der freien Geoldprägung aufwerfen würde.

Zusammen mit der Zentralnotenbank würden

sich alle Gläubiger natürlich darauf versteifen, daß als Franken nur die Banknote und allenfalls das ausgeprägte Gold, nicht aber die Goldbarre anzusehen sei; sie würden den Schwerpunkt des Geldes auf die Prägung, auf das Geldprivileg verlegen; die Schuldner hingegen würden das Geldprivileg, die Prägung als eine nebensächliche Bestimmung ihrer Geldverbindlichkeiten ansehen; sie würden sich darauf berufen, daß nur force majeure sie daran hindert, die Goldbarren ausprägen zu lassen, und auf alle Fälle darauf bestehen, ihre

Schulden mit Gold – gestempelt oder ungestempelt

bezahlen zu können.

Die Gläubiger würden die bei der Silbersperre geübte Praxis auch bei der Goldsperre als bindend für die Gesetzgebung hinstellen; die Schuldner aber würden die Rechtmäßigkeit jener Praxis beanstanden und darauf hinweisen, daß der Mangel an jeglicher gesetzlichen Bestimmung darüber ...

wann die Goldsperre einzutreten hat,

mit Notwendigkeit die bei der Goldsperre zu übende Praxis der nachträglichen Gesetzgebung unterwirft.

Wer hat Recht?

Natürlich ist es immer derjenige, der die Macht, d. h. Die Gesetzgebung auf seiner Seite hat und um die Stimmen der Wähler würde sich der Streit drehen in einer Sache, die mit dem gordischen Knoten nur allzuviel Ähnlichkeit hat.

Gebot der Vorsicht ist es also, solch' unerquicklichen Möglichkeiten rechtzeitig zu begegnen,

auch wenn diese Möglichkeit noch in blauer Ferne zu ruhen scheint.

Man sehe deshalb durch Gesetz den Fall einer Goldsperre vor und bestimme:

das Maß für den Geldbedarf des Verkehrs,

welches der Bank die Grenzen der Notenausgabe abstecken soll, sowie das Gold nicht mehr Geld ist. Im Zusammenhang damit regele man den Rechtszustand zwischen Gläubigern und Schuldern und bestimme, was nach Sperrung der Goldprägung als gesetzlicher Inhalt aller Geldschulden anzusehen ist:

entweder, daß das dem Franken entsprechende Gewicht an Feingold (gemünzt oder nicht) auch nach Sperrung der freien Goldausprägung für die Tilgung aller Schulden, der privaten sowohl wie der staatlichen, gesetzliche Zahlkraft behält;

oder, daß nur das von der zentralen Notenbank ausgegebene Geld, als Objekt aller Geldverbindlichkeit gesetzlich anzusehen sei.

—

Es versteht sich von selbst, daß ein Gesetz, welches für den Fall einer Goldsperre Bestimmungen trifft, die für alle Geldverbindlichkeiten einen Rechtszustand schaffen sollen, sich vor allen Dingen mit der Frage zu befassen hat, welche

Umstände für die Schließung der Münzstätten

maßgebend sein sollen – denn ließe man diese Frage offen, würde man die Aufhebung der freien Goldprägung nicht im voraus von bestimmten Um-

ständen abhängig machen, so würde das Gesetz seinen Zweck verfehlen. Der Streit um die Frage, was nach Sperrung der Goldprägung als gesetzlicher Inhalt einer Geldschuld anzusehen ist, welchen Marktpreis (in Waren ausgedrückt) der Geldmonopolist, d.h. die Zentralnotenbank, dem Franken geben soll, würde auf die Frage überspringen, ob die für die Schließung der Münzstätten angegebenen Gründe diese Maßregel rechtfertigen oder nicht. Dabei kann man voraussehen, daß die von den Gläubigern für die Schließung der Münzstätten angegebenen Gründe den Schuldner niemals beweiskräftig genug erscheinen würden. Wurzeln doch die unmittelbaren Interessen der Gläubiger in den Taschen ihrer Schuldner (und umgekehrt); sind doch die Menschen von jeher geneigt gewesen, ihre persönlichen, unmittelbaren Interessen zu Recht zu erheben, auch wenn diese Interessen im Gegensatz stehen zu denjenigen ihrer Mitbürger. (Man denke nur an die sog. Schutzzölle.)

Ein Gesetz also, das die Goldsperre vorsieht, um der Notwendigkeit vorzubeugen, mittelst der Gesetzgebung gordische Knoten zerhauen zu müssen, dabei aber die Gründe, die die Goldsperre herbeiführen sollen, nicht im voraus gesetzlich bestimmt, hätte keinen praktischen Wert.

Aber ist es denn möglich, fragt man jetzt, alle Umstände, die die Sperrung der Münzstätten begründen sollen, gesetzlich so genau zu bestimmen, wie es der Zweck des Gesetzes verlangt?

Diese Frage muß nun jeder ohne allen Umschweif bejahen, der der Ansicht ist, daß sich die Goldwährung bewährt, denn diese Ansicht kann

doch nur auf der Überzeugung fußen, daß man alle Voraussetzungen für die Einführung der freien Goldprägung gewissenhaft untersucht hat und daß diese Voraussetzungen zutreffen.

Hat man aber alle Voraussetzungen für die Einführung der freien Goldprägung untersucht, so muß man auch alle Gründe kennen, die eine Goldsperrung nötig machen können.

Es würde also genügen, die Voraussetzungen der freien Goldausprägung gesetzlich zu bestimmen. Stellt es sich dann nachträglich heraus, daß diese Voraussetzungen in wesentlichen Punkten falsch sind, so versteht es sich dann auch von selbst, daß es besonderer Gesetze für den Widerruf der freien Goldausprägung nicht bedarf.

So viel mir bekannt ist, sind die Voraussetzungen für die Einführung und Aufrechterhaltung der freien Goldausprägung niemals gesetzlich bestimmt worden. Wollte man aber dies heute nachholen und jeden, der seine Stimme zugunsten der Goldwährung abgeben würde, nach den Gründen fragen, so würde man im wesentlichen wohl folgende Antwort erhalten:

1) Das Gold wird allgemein unter allen in Betracht kommenden Waren als diejenige angesehen, welche Preisschwankungen am wenigsten ausgesetzt ist. Diese Eigenschaft(?) des Goldes schützt uns vor den verderblichen Krisen und bietet außerdem für alle Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldern eine gerechte Unterlage.

[Niemand wird im Ernste behaupten können, daß das Gold den Preis, den es erzielt, in seinem Innern verwahrt und mit sich herumträgt, etwa wie es sein Gewicht bei sich führt. Niemand wird deshalb im *Ernste* den (voraus

2) Da die allgemeine Einführung der Goldwährung dem Welthandel den Vorteil fester Wechselkurse eintragen würde, so tragen wir das Unsrige zur Erreichung dieses Zieles bei, indem wir unsererseits die Goldwährung einführen.

Die weiteren Vorzüge des Goldes – wirkliche und eingebildete – wie hoher Preis für ein geringes Gewicht, Teilbarkeit etc. etc. übergehe ich, weil sie von untergeordneter Bedeutung sind und weil obendrein die Schweiz, des großen Vorrats an silbernen Scheidemünzen wegen, dieser Vorteile doch nicht teilhaftig geworden ist.

Wenn diese Antwort auf die gestellte Frage, warum man in der Schweiz die freie Goldprägung einführt und sie heute aufrechterhält, sich im Einklang mit den allgemeinen Ansichten befindet, so wären für den möglichen Widerruf der freien Goldausprägung folgende gesetzliche Bestimmungen zu treffen:

Die freie Gold-Ausprägung wird gesperrt,

gesetzten) festen Preis des Goldes als eine *Eigenschaft* des Goldes ansehen – denn der Preis bezeichnet doch nur den Berührungspunkt zweier oder mehrerer wechselseitig sich beeinflussender Faktoren, während als Eigenschaften nur feste untrennbare Attribute der Körper bezeichnet werden.

Trotzdem wird fast allgemein der (vorausgesetzte) feste Preis (ebenso wie die Seltenheit) des Goldes zu den Eigenschaften gerechnet, die das Gold als Geldmaterial brauchbar machen sollen, ohne zu bedenken, daß dadurch die Währungsfrage von vornherein auf greuliche Weise verwirrt wird. Ob es nicht am Ende dieser Begriffsverwirrung zuzuschreiben ist, daß, wie Bamberger sagte, die Währungsfrage zusammen mit der Liebe die meisten Köpfe verdreht? Vielleicht ist es auch dieser Begriffsverwirrung zuzuschreiben, daß der *Wertglaube* immer noch in so vielen Köpfen spukt.]

- 1) sowie der Preis dieses Metalles Schwankungen von ? % erleidet;
- 2) sobald der Vorteil einer allgemeinen festen Weltvaluta unserem Außenhandel dadurch verloren geht, daß die Mehrzahl der mit uns Handel treibenden Völker ihrerseits die Goldwährung verlassen haben.

—

Macht nun das so ergänzte Gesetz jede weitere Frage, jeden Streit unmöglich? Kennt die Central-Notenbank die Grenzen der Notenausgabe, hat sie ein gesetzliches Maß für die Einschätzung des Geldbedarfes, den sie dem Gesetze nach zu decken hat? Ist die Bank nach allen Seiten hin vor Angriffen, sind die Schuldner der Bank vor Vergewaltigung geschützt? Und weiter: Kennen Gläubiger und Schuldner den vollen gesetzlichen Inhalt ihrer gegenseitigen Geldverbindlichkeiten?

Durchaus nicht, es fehlt sogar noch die Hauptsache, es fehlt die Bestimmung dessen, was als

Preis des Geldes gesetzlich zu betrachten ist.

Es fehlt noch die gesetzliche Angabe, wie die Preisschwankungen des Goldes ermittelt werden sollen.

Würde man darüber keine Bestimmungen treffen und der Zentralnotenbank die Beantwortung der Frage überlassen, was als Preis des Geldes anzusehen ist, so würde man den Zweck des Gesetzes wiederum verfehlen.

[Wenn das Geld vom Standpunkt der Verkehrsinteressen, also als Tauschmittel der Arbeitsprodukte verwaltet werden soll, so kann es nur ein Maß für den Geldpreis geben und zwar den Durchschnittspreis der Waren.

Für die Ermittlung dieses Durchschnittspreises gibt es zwei Methoden:

Nun könnte man sagen, daß der Begriff „Preis des Geldes“ keiner gesetzlichen Bestimmung bedarf, weil die allseitige, unbestrittene Behauptung, daß das Gold den Ansprüchen des Handels

in bezug auf die Festigkeit seines Preises

genügt, zu der Annahme berechtigen muß, daß diese allseitige Behauptung auf eine allseitig als richtig anerkannte Preisermittlung des Goldes sich stützt. Kurzum, daß der Begriff „Preis des Geldes“ keiner gesetzlichen Bestimmung bedarf, weil derselbe Gemeingut des Volkes ist. Denn wäre das nicht der Fall, wie käme man dazu, die Behauptung aufzustellen, daß die Fundamente des Goldpreises fest genug gefügt sind, um das schwere Gebäude des Handels zu tragen?

Aber für die Schuldner, die bezahlen müssen, und für die Gläubiger, die Forderungen haben, wie auch für die Zentralnotenbank, die für die Aktionäre einen Profit abwerfen muß, genügen Behaup-

1) Periodische Feststellung der Preise (von Staats wegen) einer möglichst großen Anzahl von Waren, worunter auch der Wechselkurs aufs Ausland zu rechnen wäre, unter Berücksichtigung ihrer relativen Bedeutung.

2) Durch periodische Anfragen bei allen Produzenten, ob ihre Produkte und Vorräte gegenüber den Inventarpreisen im Durchschnitt (also unter Berücksichtigung der Bestände) gefallen oder gestiegen sind.

Bei letzterer Methode würde man Deklarationszwang einführen müssen (wie bei den Steuerdeklarationen in verschiedenen Staaten). Diese Methode hätte den Vorteil, daß sie den Staat der Aufgabe entheben würde, die Warenpreise von Staats wegen zu ermitteln. Sie gründet auf der Annahme, daß wenn die Produzenten, nach ihrer eigenen Aussage, im Durchschnitt durch die Preisverschiebungen keine Gewinne und Verluste erlitten haben, der praktische Beweis erbracht ist, daß das Geld im Preise fest gewesen ist.]

tungen und Ansichten (begründete oder unbegründete) im Allgemeinen nicht; sie wollen sich voll und ganz auf ihren „Schein“ verlassen können und etwas „Geschriebenes“ haben.

Es wäre somit durchaus nicht als überflüssiger Ballast des Bankgesetzes anzusehen, wenn man, um die Grenzen der Notenausgabe nach allen Seiten hin klarzulegen, die Methode, wonach der Preis des Geldes festzustellen ist, gesetzlich genau bestimmte. Schwierig kann diese Aufgabe ja nicht sein; denn diese Methode muß ja allseitig bekannt sein und unbestritten für richtig gehalten werden, ansonsten würde man ja eingestehen, daß man das Beweismaterial für die weitaus wichtigste Voraussetzung der freien Goldprägung

einfach aus der Luft gegriffen hat.

Fassen wir all' das bisher Gesagte zusammen, so erhalten wir für den Entwurf eines Paragraphen des Bankgesetzes, der den möglichen Fall einer Goldsperre vorsieht, ungefähr folgenden Wortlaut:

„Solange die freie Goldprägung aufrecht erhalten wird, hat die Zentralnotenbank als Grenze der Notenausgabe die Sicherung der Goldwährung anzusehen.

Die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der freien Goldprägung sind folgende:

- 1) Festigkeit des Goldpreises.
- 2) Einführung bzw. Erhaltung der Goldwährung als Welthandels-Währung.

Der Nachweis, daß der Goldpreis keine Preisschwankungen erlitten hat, ist aufgrund der hier

näher bezeichneten Methode der Preisermittlung zu erbringen:

(Angabe dieser Methode)

Die Sperrung der Goldprägungen tritt ein:

- 1) wenn die Preisschwankungen des Goldes ? % übersteigen,
- 2) wenn die Mehrzahl der mit uns Handel treibenden Völker die Goldwährung aufgeben.

Für den Fall der Goldsperre treten folgende Bestimmungen in Kraft:

Die Notenbank wird die Ausgabe bzw. das Angebot von Geld derart dem Bedarf bzw. der Nachfrage anpassen, daß der Preis dieses Geldes (welcher bisher in Wechselbeziehung zu dem des Goldes stand) keine Schwankungen erfährt.

Für die Ermittlung des Geldpreises soll dieselbe Methode Anwendung finden, die oben für die Ermittlung des Goldpreises näher bezeichnet worden ist.

Für alle Geldverbindlichkeiten, öffentliche wie private, gilt:

Als Franken schweizerischer Währung ist nur das von der zentralen Notenbank herrührende Geld anzusehen – Gold in Barren namentlich hat keine gesetzliche Zahlkraft mehr;

bzw. für alle Verbindlichkeiten in Franken schweizerischer Währung behält das dem geprägten Franken entsprechende Gewicht an Feingold, gemünzt oder ungemünzt, gesetzliche Zahlkraft.

Einige Gründe, die dafür sprechen, daß die Notwendigkeit einer Goldsperre schneller eintreten kann, als allgemein angenommen wird.

Im Vorstehenden habe ich nur auf die Mißstände aufmerksam machen wollen, die aus einer

Sperrung der freien Goldprägung

erwachsen würden, um zu zeigen, daß bei der Bedeutung der Interessen, die in Frage kommen, es sich wohl empfehlen würde, den Fall in dem in Vorbereitung befindlichen Bankgesetz vorzusehen. Selbst dann, sagte ich, wenn der Fall einer nötig werdenden Goldsperre uns recht weit entfernt zu liegen scheint, würde es sich empfehlen, gesetzliche Bestimmungen dafür zu treffen.

Nun will ich noch auf einige Tatsachen und Bedenken die Aufmerksamkeit lenken, die zeigen mögen, daß die Notwendigkeit einer Goldsperre sozusagen
über Nacht

eintreten kann.

Zunächst sei erwähnt, daß der Beweis für die allgemein gemachte Behauptung, wonach das Gold vernünftigen Ansprüchen des Handels in bezug auf Festigkeit seines Preises genüge, *noch niemals* erbracht worden ist. Jeder stützt seine eigene Behauptung auf die Aussagen anderer; geht man diesen Aussagen nach, um deren Quelle aufzuspüren, so geht man auch im Kreise herum. Die Behauptung selbst ist somit

aus der Luft gegriffen.

Dies ist so wahr, wie daß es

an einem offiziell gültigen Maßstab

für die Bemessung der Geldpreisschwankungen überhaupt noch gebracht.

Wie will man aber die Behauptung, wonach der Preis des Goldes sich nicht verändert hat und sich nach menschlicher Voraussicht auch nicht verändern wird, begründen, wenn man über den Vergleichspunkt nicht einig ist? Es können ja nur Ansichten sein, auf die man sich stützt, aber keine Beweise.

Nun denke man sich den Fall, es würde, um der heutigen, lächerlichen Lage ein Ende zu machen, nachträglich noch

ein Maßstab für die Bemessung des Geldpreises

erstellt werden, und daß die Anwendung dieses Maßstabes uns zeigen würde, daß wir mit der Voraussetzung des festen Goldpreises voreilig zu Werke gegangen sind! Tableau!

Ich sage nicht, daß die Anfertigung eines Maßstabes für die Bemessung des Goldpreises uns die Falschheit der wichtigsten Voraussetzung der Goldwährung nachweisen würde. Nein, für diese wie für die gegenteilige Behauptung fehlt das Beweismaterial. Ich will nur sagen, daß, mangels eines Gegenbeweises, die erste beste offizielle Messung des Goldpreises zum

Sturz der Goldwährung

führen kann; ich will nur sagen, daß die Goldwährung erst dann vor Angriffen geschützt sein wird, wenn eine offiziell gültige und wissenschaftlich unanfechtbare Messung des Goldpreises den Nachweis erbracht hat, daß der Goldpreis keinen Schwankungen unterworfen ist. Bis dahin

steht die Goldwährung erst vor dem Examen, über dessen Ausgang nur Ansichten vorgebracht werden können, und die Möglichkeit eines Durchfallens ist nicht ausgeschlossen.

Gar manches, was für gut, gesund, richtig oder heilig gehalten wurde aufgrund von bloßen Mutmaßungen, schlug bei näherer Betrachtung in das Gegenteil um. Man denke nur an Baal den Götzen, an die Wölfe, die in Schafskleidern einherwandeln, an die Lehre der Drehung der Sonne um die Erde, an die Phrase vom inneren Wert der Waren bzw. des Geldes, etc.

Früher oder später wird man sich aber herbeilassen müssen, vor dem Tempel Mammons Asche zu streuen, um die Voraussetzungen der Goldwährung auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Man wird sich einigen müssen über einen Maßstab zur Ermittlung des Goldpreises. Nicht allein verlangen dies die materiellen, unmittelbaren Interessen, die mit dem Geldpreis verwachsen sind, sondern auch das Ansehen der Gesetzgebung. Gesetze können doch auf die Dauer nicht auf bloßen Mutmaßungen gründen.

Auch die Wissenschaft kann ohne einen solchen Maßstab keinen sicheren Schritt vorwärts tun. Solange dieser Maßstab fehlt, fehlt auch die Unterlage für eine fruchtbare Behandlung der meisten wirtschaftlichen Fragen.

Neben der vorausgesetzten (aber noch nicht bewiesenen) Unveränderlichkeit des Goldpreises, hat die Hoffnung, daß mit der Zeit die Goldwährung sich die Welt erobern würde, dem Golde

die meisten Freunde zugeführt. Von der allgemeinen Einführung der Goldwährung erwartete man ganz richtig die Unterdrückung der Valutaschwankungen (die übrigens nicht mit den Schwankungen des Gold- bzw. Geldpreises verwechselt werden dürfen). Aber wie ist bisher diese Hoffnung in Erfüllung gegangen?

Heute, nach so vielen Jahren, stehen noch folgende Länder aus:

In Europa: Österreich, Italien, Spanien, Griechenland, Türkei, Portugal.

In Asien: Der ganze, gewaltige Erdteil mit alleiniger Ausnahme von Japan.

In Afrika: Der ganze Erdteil mit Ausnahme von Algier, Ägypten und Kapland.

In Amerika: Brasilien, Argentinien, Paraguay, Chile, Mexiko, Cuba, Bolivien, Zentral-Amerika, d.h. ganz Süd- und Zentral-Amerika mit Ausnahme von *Uruguay* und Ecuador.

Eine feste internationale Valuta hat man also mit der Goldwährung bisher nicht erreicht und falls dieses Ideal nur mittels der Goldwährung (oder irgendeiner Metallwährung) erzielt werden kann, so wird man noch lange warten müssen. In dieser Beziehung sind die Erwartungen gründlich getäuscht worden, und deshalb kann man auch annehmen, daß wenn es sich nachträglich herausstellen sollte, daß das Gold der ersten und wichtigsten Voraussetzung einer gesunden Währung,

nämlich der Festigkeit seines Preises nicht genügt, keine Rücksichten auf die internationale Valuta die Goldwährung vor dem Sturz bewahren werden.

Betrachtet man die Länder, die die Goldwährung eingeführt und bisher aufrecht erhalten haben, etwas näher, so macht man die eigentümliche Beobachtung, daß in der großen Mehrzahl dieser Länder das eigentliche Geld nicht aus Gold, sondern aus allen möglichen Stoffen – Kupfer, Papier, Silber etc. hergestellt ist. Goldwährung mit reichlicher Metallzirkulation haben nur Deutschland, Frankreich, England. In den Vereinigten Staaten, Rußland, in Australien, in Japan wie auch hier in der Schweiz behilft man sich mit Geld, das nur den Preis mit dem Gold gemein hat. Die Goldwährung in der großen Mehrzahl der Länder besteht im wesentlichen darin, daß der Goldpreis zum Maßstab für die Ausmessung des Geldbedarfs gebraucht wird. Das aus Silber, Papier oder Kupfer verfertigte Nationalgeld wird so verwaltet, daß sich der Preis desselben auf gleicher Höhe mit dem Preis eines bestimmten Goldquantums erhält, und diese Verwaltung besteht darin, daß das Angebot von Nationalgeld innerhalb der vom Goldpreis (internationales Geld) gezogenen Grenzen gehalten wird. Dadurch wird die *Metallzirkulation* überflüssig, ja man kann dadurch sogar die *Metallreserve* entbehrlich machen, wie man das an den Erfahrungen, die Argentinien seit etwa 1 1/2 Jahren gemacht hat, ersehen kann. Dort besteht der gesamte Geld-

Umlauf **ausschließlich** aus Papier-, Nickel- und Kupfergeld und dieser Geldumlauf ist mit 300 Millionen Pesos (650 Millionen Franken Gold) auf den Kopf der Bevölkerung berechnet weit größer als in irgend einem Land der Welt. *Dabei hat die Regierung nicht einen Rappen an Reserven*, weder in Gold noch in Wechseln. Trotzdem sind in Argentinien die Valutaschwankungen ganz unbedeutend; sie sind kaum größer als die Wechselkursschwankungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, und wären leicht ganz zu vermeiden, wenn die Regierung 20–30% der Emission in Wechseln oder Wertpapieren zur Kontrolle des Geldumlaufs verfügbar hätte.

Wenn es sich aber so verhält, wenn das Gold sowohl als Reserve, wie als Umlaufmittel überflüssig ist, um feste Valuta-Verhältnisse mit dem Ausland zu erhalten, so ist wohl die Frage am Platze, was geschehen würde, wenn die Erkenntnis dieses Sachverhalts in der Welt sich Bahn bräche? Müßte eine solche Erkenntnis nicht die

Demetallisierung des Geldumlaufs

zur Folge haben überall in allen Ländern, die heute noch mit nicht unbedeutlichen Opfern an Zins den Metallumlauf aufrecht erhalten?

Und müßte die Demetallisierung des Geldumlaufs, das Einschmelzen der Münzen, der Ausverkauf der Goldbarren nicht einen Preissturz des Goldes herbeiführen und eben dadurch die Goldwährung an ihrer ersten und wichtigsten Voraussetzung verwunden? Wenn schon die Silberverkäufe Deutschlands den Preis dieses Metalls beeinflussen

konnten, um wieviel größer müßte der Einfluß einer gleichen Maßregel beim Gold sein? Nehmen wir an, Deutschland entschlösse sich, den Geldumlauf zu demetallisieren (was durch den Einzug der Goldmünzen mittels Ausgabe von 1–5–10 und 20 Marknoten im Handumdrehen geschehen kann) und die so angehäuften Goldbestände einzuschmelzen und in Barrenform gegen amerikanische, englische oder französische Wechsel zu verkaufen!

Nun frage ich weiter, muß die Möglichkeit, daß irgendein Land den anderen Ländern

in der Demetallisierung des Geldumlaufs

zuvorkommt, nicht als eine Gefahr und zwar eine recht große Gefahr des Metallumlaufs angesehen werden?

Wie man durch solches „Zuvorkommen“ sich bedeutende Vorteile sichern und schwere Verluste auf die Nachbarn abwälzen kann, hat ja Deutschland beim Ausverkauf der Silbermünzen der Welt gezeigt; wie man als Letzter bei solchen Gelegenheiten von den Hunden gebissen wird, das hat der lateinische Münzbund gespürt.

[Einen, wenn auch noch recht unsicheren Schritt auf dem Wege der Demetallisierung des Geldumlaufs haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika jetzt schon gemacht. Im Ständerat vom 4. Dezember 1900 sagte darüber v. Arx: „Die Hauptursache der gegenwärtigen Geldabundanz in Amerika besteht darin, daß das Gesetz über die Notenemissionsbanken im März letzten Jahres revidiert worden ist. Es hat der deutsche Generalkonsul in New York in den letzten Tagen einen Bericht über diese Banken abgegeben. der vom, deutschen Staatssekretär der Finanzen verlesen worden ist; er sagt: „Der Goldüberfluß in diesem Lande ist, wenn man von der günstigen Handelsbilanz der letzten Jahre und den dadurch aus dem Auslande hierher fließenden

Nun könnte man sagen, daß die großen Handelsnationen einer **Ersparnis von 50 oder 100 Millionen jährlicher Zinsen,** die ihnen die Demetallisierung des Geldumlaufs eintragen würde, keine Bedeutung beilegen werden, falls sie durch dies Opfer die (vorausgesetzten) Vorteile der Goldwährung sich fernerhin sichern können, und daß sie deswegen die Goldwährung

großen Summen, den Überschüssen der Ausfuhr über die Einfuhr absieht, im wesentlichen auf die Wirkungen des Gesetzes vom 14. März dieses Jahres zurückzuführen.

Dieses Gesetz gestattet den Nationalbanken die Emission von Banknoten bis zu dem Vollbetrage ihres Kapitals, statt wie bis dahin, bis zu 90%, was einem Plus von 80 Millionen Dollars gleichkommt. Außerdem können die Banken nunmehr die von ihnen als Sicherheit zu hinterlegenden Bonds in billigeren 2% Bonds statt wie bis dahin vierprozentigen bestellen. Überdies hat das neue Gesetz die Errichtung von Nationalbanken in allen Städten über 25.000 Einwohner zugelassen, wodurch eine große Anzahl neuer Bankinstitute mit Emissionsbefugnissen geschaffen worden ist. Die Banken sind daher gesetzlich in der Lage, ihre Banknotenemission um 400 Millionen Dollars zu vergrößern und von daher kommt zum großen Teil die momentane Geldabundanz.“

Herr von Arx schließt hieran die Prophezeiung: daß die Vereinigten Staaten nach dem augenblicklichen großen Goldüberfluß die Kehrseite der Medaille sehen werden.

Diese Prophezeiung stützt sich auf die Voraussetzung, daß der Geldüberfluß zu einer Inflation der Preise und dadurch zu einem Umschwung in der Handelsbilanz führen muß.

Aber diese Folgen dürfen nicht mit Notwendigkeit vom neuen amerikanischen Bankgesetz erwartet werden und zwar aus folgenden Gründen:

- 1) die Emission von Papiergeld innerhalb der Grenzen

durch Demetallisierung des Geldumlaufs nicht in Gefahr bringen werden.

Aber diese Einwendung verliert jeden Halt, wenn man bedenkt, daß es genügt, wenn **eine** der großen Handelsnationen (die einen großen Metallumlauf unterhalten) zur zielbewußten, d.h. raschen und rücksichtslosen Demetallisierung schreitet, um einen Preissturz des Goldes, und dadurch eine allgemeine, internationale Goldsperre herbeizuführen. Ein Preisfall des Goldes – auch wenn es sich nur

obiger 400 Millionen Dollars wird durch einen entsprechenden Export von Metallgeld ausgeglichen (80 Millionen-Anleihe Deutschlands). Es findet eine Demetallisierung des Umlaufs statt, aber die Gesamt-Geldmenge bleibt unverändert.

2) Der Export vom überschüssig werdenden Metallgeld vermehrt den Geldumlauf in Europa (Inflation), wodurch der Einfluß der amerikanischen Emissionen auf die europäischen Märkte übertragen wird, was die Rückwirkung einer nordamerikanischen Inflation auf die Handelsbilanz aufhebt. Die Inflation übt ja nur so lange Einfluß auf die Handelsbilanz aus, als wie sie einseitig bleibt.

Freilich: die Demetallisierung hat in dem Vorrat an exportfähigem Gelde (Gold) ihre Grenze und diese Grenze ist durch die Greenbacks und Silberdollars sehr eng gezogen. Geht die Emission über diese Grenze hinaus, so tritt, da der Geldexport aufhört – die Inflation ein. Die positive Handelsbilanz verwandelt sich in eine negative und bleibt negativ, bis daß ein Goldagio den allgemeinen Preisstand mit dem des Auslandes nivelliert.

Es kommt also auf die Grenzen an, die der Notenemission gezogen werden. Bleiben die Vereinigten Staaten dabei, als Grenze nur die Bereitwilligkeit der Banken 2% Bonds zu verzinsen, so kann man darauf rechnen, daß die Emissionen die Grenzen der möglichen Demetallisierung bald überschritten haben werden. Denn der Zins (oder Diskont) ist kein Maßstab für die Bemessung des Geldbedarfs.]

um wenige Prozente handelt, hebt doch die wichtigste Voraussetzung einer gesunden Währung (die Festigkeit des Geldpreises) auf und zwingt zur Aufhebung der freien Goldprägung. Eine Schließung der Münzstätten nimmt aber ihrerseits der Metallzirkulation noch den letzten Rest vom Scheine der Existenzberechtigung.

Deshalb gäbe es auch keinen Halt mehr in der allgemeinen Demetallisierung, so wie einmal der Anstoß gegeben ist. Wie bei der Silbersperre, würde der Selbsterhaltungstrieb alle Nationen zur panikartigen Demetallisierung zwingen.

Die Geschichte der Silbersperre ist ja da und zeigt uns, wie es in der Welt geht, wenn eine Nation die Münzen einzieht, einschmilzt und die Barren auf den Warenmarkt bringt.

—

Und durch internationale Verträge! Könnte man nicht

vertragsweise die Gefahr einer allgemeinen Demetallisierung

dadurch beseitigen, daß sich die Mächte verpflichten, das Gold (trotzdem es entbehrlich) im Umlauf zu erhalten, oder dasselbe wenigstens vom Warenmarkt fernzuhalten, etwa wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika das Silber aufgekauft und in Kellern vergraben haben, damit es nicht angeboten werde?

Daß man solches tun kann, unterliegt wohl ebensowenig einem Zweifel, wie daß es zweifellos ist, daß keine Nation ihre Hand zu solchen Schildburgerstuckchen reichen wird.

Man bedenke doch nur die nächsten Folgen eines solchen Vertrages! Dasselbe schöne Gold, welches als Material zu Schmucksachen so manches Herz erfreuen könnte, und welches von den kühnen Prospektors in Alaska unter Todesgefahren gewonnen worden ist, kaufen die Staaten mit Papiergeld auf, um es dann auf Nimmerwiedersehen in den Kellern verschwinden zu lassen – und das nur, um zu verhüten, daß das Gold billiger werde. Dabei bleibt die Gefahr eines Vertragsbruches (Krieg, Staatsbankrott etc.) bestehen. Zwar gäbe es auch hiergegen ein Mittelchen, denn die Staaten könnten das angekaufte Gold in das Meer, wo es am tiefsten ist, versenken lassen; aber das würde solche Verträge erst recht in das volle Licht der Lächerlichkeit rücken.

Sehen wir aber ab von diesen Bedenken, die sich einer vertragsweisen Sicherung der Goldwährung

gegen die Gefahren einer Demetallisierung

entgegen stellen, so bleiben immer noch die Bestimmungen zu treffen für eine eventuelle Lösung des Vertrages. Es müßten die Fälle vorgesehen werden, welche die Aufgabe der Goldwährung bedingen.

Dabei würde es sich wieder herausstellen, daß diese Fälle nicht vertragsweise bestimmt werden können,

ohne alle Voraussetzungen der Goldwährung

vertragsweise zu bestimmen. Diese Bestimmung der Voraussetzungen würde aber einer Prüfung derselben gleichkommen!

Über das zu erwartende Ergebnis einer solchen Nachprüfung will ich kein Urteil abgeben. Aber so viel steht fest, daß diese Prüfung unter Umständen

der Goldwährung zum Verderben

reichen kann; denn angenommen, die Goldwährung bestünde eine solche nachträgliche, vor dem Forum der ganzen Welt abzulegende Prüfung *nicht*, so wäre eine panikartige allgemeine Demetallisierung unausbleiblich.

Die Gefahren, die der internationale Vertrag beseitigen will, könnten also schon durch die unentratbaren Vorbereitungen zu demselben herausgefordert werden.

Übrigens: Verträge und Goldwährung sind Widersprüche. Die Goldwährung verfolgt ja gerade das Ideal einer internationalen Währung, die durch ihr eigenes Gewicht, kraft ihrer natürlichen (!) Vorzüge ohne Vertrag sich alle Länder erobert. Ein solches Ideal erweist sich zwar bei näherer Prüfung als ein Hirngespinnst, aber da die Goldwährung nun einmal dieses Ideal verfolgt, so hieße es, sie eines ihrer vornehmsten Zwecke berauben, wollte man die Goldwährung durch internationalen Vertrag sichern.


Das Geldwesen bedarf der staatlichen, d.h. der zentralisierten Verwaltung mehr als irgend eine andere staatliche Einrichtung. Natürliches Geld gibt es nicht; selbst die in früheren Zeiten als Geld benutzten Waren – Tee – Vieh – Muscheln – Silber etc. – waren kein natürliches Geld, denn immer war es ein Zwang – Zwang der Sitte, der Gesetze, der wirtschaftlichen Verhältnisse – der

dieses Geld zum allgemeinen Accept brachte. Wenn es aber kein natürliches Geld geben kann, so ist es klar, daß es auch keine natürliche, internationale Valuta geben kann, denn die Valuta ist doch nur die Beziehung der nationalen Währung zum Geldwesen des Auslandes. [So sagt Bamberger (Reichsgold, S. 5): „Das einzige dauerhaft die Völker verbindende Tauschmittel ist in der vernunftgemäß für sich selbst begründeten eigenen Geldverfassung jedes einzelnen Staates gegeben.“

Also kann eine dauernd feste Valuta nur dadurch erzielt werden, daß die Grundsätze einer gesunden *nationalen* Währung zu *internationaler* Anerkennung gebracht werden.]

Auf die Erwähnung dieser wenigen Punkte will ich mich beschränken, um zu zeigen, daß die Fundamente der Goldwährung nicht so fest sind, wie allgemein angenommen wird und daß man gesetzlicher Bestimmungen für den Fall einer Goldsperre in Ruhe nicht entraten kann.

Die Geldreform

Zeitschrift für die Herabsetzung
des Geldes auf die Rangstufe
der Ware und Arbeit 



Erscheint jährlich 10 mal ~~50~~ Preis Fr. 3. — jährlich
Alle für die Schriftleitung bestimmten Sendungen sind
an **SILVIO GESELL** in Hauts Geneveys (Schweiz)
zu senden ~~seee~~



Inhalt

1. Handelsfreiheit
2. Antikapitalistisches Geld
3. Eine neue Methode für die Bestimmung des Geldpreises
4. Goldtrust

Nr. 1 • 1902

Druck und Expedition von K. J. Wyss ~~-----~~ Bern

Leitender Gedanke

Da unser Geld von Haus aus Kapital ist und nur als Kapital zirkuliert, und da die Waren nur auf gleicher Rangstufe mit dem Gelde ausgetauscht werden können, so können die Waren nur so lange in die Zirkulation aufgenommen werden, als diese kapitalistisch bleibt.

Ohne Zins – kein Geldumlauf und ohne Geldumlauf kein Warenaustausch.

Würde sich also infolge von vermehrter Produktion und vermehrter Vorräte das Verhältnis vom Angebot zur Nachfrage auf dem *Anleihemarkte* zu Gunsten eines Ausgleiches verschieben, so daß der Zins in Wegfall zu kommen drohte, so würde sich das Geld vom Markte zurückziehen und dadurch die Zirkulation der Produkte *unterbrechen*.

Infolge dieser Unterbrechung, die gleichbedeutend ist mit Absatzstockungen und Arbeitseinstellung, geht die Produktion zurück, die Vorräte werden angegriffen, und auf dem Anleihemarkt verschieben sich die Verhältnisse zu Gunsten des Zinses.

Das Geld vermag also die Produktion derart zu beherrschen und einzuschränken, daß die Vorräte *Kapital* bleiben; jeder Versuch das Angebot auf dem Anleihemarkt über diese Grenze hinauszuschieben muß mit Notwendigkeit scheitern. Das Kapital bildet die Grenze der Produktion; jenseits derselben ist alles Arbeiterreserve, Arbeitslosigkeit, Lagerhüter, kurz Überproduktion.

Den Grund, warum das Geld den Austausch der Produkte zu unterbrechen vermag, warum das Geld von Haus aus Kapital ist, hat man in den Edelmetalleigenschaften, in den Privilegien und in den eigentümlichen Produktionsverhältnissen des Goldes zu suchen. Man kann das Geld auf unbestimmte Zeit ohne unmittelbaren Schaden dem Verkehr entziehen, dadurch den Austausch der Produkte hemmen und den Zins erpressen.

Hebt man dieses Privileg durch Einführung eines Geldumlaufzwanges auf, so ist das Geld nicht mehr von Haus aus Kapital, und die Warenzirkulation ist nicht mehr notwendigerweise kapitalistisch. Ist aber die Zirkulation nicht mehr kapitalistisch, so braucht es auch die Produktion nicht mehr zu sein, wenigstens so weit es sich um Zins (nicht um Rente) handelt, denn die Warenproduktion ist nur ein Zweig der Warenzirkulation.

Die Geldreform

Bd.1.

März 1902

Nr.1.

Handelsfreiheit

Die Zahl der Männer, die noch am Glauben der Väter, an der wundertätigen Macht der Selbstbestimmung, an der Formel Laissez faire – laissez aller – festhalten und von der Selbständigkeit des Mannes die Überwindung aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten erwarten, schrumpft in Schrecken erregender Weise zusammen und am Herzen der Getreuen, die noch zur Fahne halten, nagt der Zweifel und lähmt die Berge versetzende Kraft, die im festen Glauben wurzelt.

In hellen Haufen wenden die Apostaten sich der Religion der geborenen Sklaven, der Staatskirche, zu. Was sie bis dahin angebetet, das wird verbrannt; alles was sie sind und haben, opfern sie dem neumodischen Götzen.

Jedermann weiß, was diese allgemeine Fahnenflucht verursacht hat. Es ist nicht die Kritik der Sozialisten, nicht das gegen die Handelsfreiheit zusammengetragene theoretische Belastungsmaterial, sondern ganz einfach der wirtschaftliche Tatbestand.

Man hatte von der Handelsfreiheit erwartet, daß sie ein allmähliches Sinken des Zinsfußes bis auf Null herbeiführen würde, man glaubte, daß durch wiederholte Erbschaftsteilungen, durch die natürliche wirtschaftliche Minderwertigkeit der im Reichtum aufwachsenden Geschlechter der Grundbesitz pulverisiert und so die Rente zu einem allgemeinen Volkseinkommen werden würde. Auch dachte man, daß durch die Verbesserung der Verkehrsmittel, der Handelseinrichtungen, die Wirtschaftskrisen ebenso leicht vermieden werden könnten, wie man durch ebendieselben Einrichtungen schon Herr der elementaren Hungersnöten geworden ist. Die Optimisten gingen wohl noch einen Schritt weiter und sagten, daß mit der zunehmenden Produktionskraft auch die Steuerkraft des Volkes zunehmen müßte und daß mit Hilfe der reichlich fließenden

Steuerquellen der Staat gar bald zum Universalrentner erhoben werden könnte.

Von allen diesen schönen Hoffnungen ist bis heute keine Spur der Verwirklichung zu sehen. Der Zins ist nicht gefallen, die Rente ist nicht zu einem Volkseinkommen geworden. Die großen Vermögen haben allen Erbschaftsteilungen siegreich widerstanden, die Wirtschaftskrisen ziehen immer noch verheerend durchs Land, und nirgendwo ist der Staat auf dem Anleihemarkt von der Nachfrage zum Angebot übergegangen.

Diese Tatsachen sind es, die die Zweifel an der Vortrefflichkeit der Handelsfreiheit haben aufkommen lassen und die die Widerstandskraft gegen die Kritik der Handelsfreiheit gelähmt haben.

Man ging von der Ansicht aus, daß in den heutigen Gesetzen und wirtschaftlichen Einrichtungen alle Bedingungen für die fessellose Handelsfreiheit erfüllt waren, und da die Erfahrung zeigt, daß die gegebenen Einrichtungen die erwarteten Früchte nicht zeitigen, so läßt man die Freiheit fahren und flüchtet sich in die Arme des Staates, der allein glücklich machenden Wirtschaftsverfassung.

Gegenwärtige Zeitschrift verfolgt nun den Zweck nachzuweisen, daß, wie die persönliche Freiheit abhängig ist vom Zustand der Kultur eines Volkes, auch die Handelsfreiheit bestimmte wirtschaftliche Einrichtungen und Zustände voraussetzt.

Von der Pappel soll man keine Birnen erwarten, und die Macht der Selbstbestimmung hat ihre Grenzen.

Im besonderen soll nachgewiesen werden,

1. daß der Zins nicht in Wegfall kommen **kann**, solange als Tauschmittel (Geld) ein Gegenstand in Gebrauch ist, der von Haus aus Kapital ist und der infolgedessen die Produkte nur so oft und so lange in die Zirkulationsbahn aufnimmt, als wie diese kapitalistisch bleibt, den Überschuß aber als Überproduktion von der Zirkulation ausschließt und zugrunde gehen läßt;
2. daß man der Wirtschaftskrisen nicht Herr werden kann, solange als Tauschmittel ein Gegenstand benutzt wird, dessen Angebot (Zirkulation) jeden Augenblick ins Stocken gerät; solange nicht als Geld ein Gegenstand funktioniert, dessen Angebot, unabhängig von den Bedenken ängstlicher Krämer, vorsichtiger Kaufleute, kluger Spekulanten, scharfsinniger Unternehmer, einem natürlichen,

materiellen Zwange nachgebend, regelmäßig, wie die Sonne am Himmel aufgeht, den Waren sich gegenüberstellt;

3. daß solange wir als Geld einen Gegenstand funktionieren lassen, der den Zins erzwingen kann, der den Absatz hemmen kann, die Steuerquellen niemals so ergiebig fließen können, um dem Staate zu gestatten sich an dem Stand der Schuldner in den der Gläubiger emporzuschwingen.

Diese Zeitschrift wird sich also in der Hauptsache mit dem Gelde befassen.

Daneben soll aber gezeigt werden, daß die Handelsfreiheit die erwarteten Früchte nicht voll austragen kann, solange die Erde und alle ihre natürlichen Hilfsquellen den Menschen nicht unter völlig gleichen Bedingungen zur Ausbeutung ausgeliefert wird. Diese Zeitschrift wird also auch für die Henry George'sche Grundsteuer eintreten. Da jedoch diese Angelegenheit von anderen Zeitschriften, The Single Tax in Glasgow, Deutsche Volksstimme in Berlin, National Single Taxer in New York, schon behandelt wird, so wird ihr hier nur so viel Zeit und Raum gewidmet werden, als nötig ist, um den Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Zustand und unseren sozialen Einrichtungen darzutun.

Und solange diese hier angedeuteten Reformen nicht durchgeführt sind, wird diese Zeitschrift nicht dulden, daß die wirtschaftlichen Tatsachen, – Rente, Zins, Bankrott, Arbeitslosigkeit, Krisen, Elend, Hunger – in irgend welche Beziehung zur Handelsfreiheit gebracht werden.

Dadurch hofft sie die stutzig Gewordenen in ihrem Glauben an die Selbstbestimmung zu bestärken und die gelichteten Reihen der Freiheitskämpfer zum wirksamen Angriff wieder zu schließen.

Anti-kapitalistisches Geld.

Die Höhe des reinen Zinses wird durch Nachfrage und Angebot auf dem Anleihemarkt bestimmt. Verschiebt sich das Verhältnis des Angebots zur Nachfrage, so findet diese Verschiebung in einer Veränderung des Zinsfußes ihren Ausdruck. Würde sich das Verhältnis zugunsten eines völligen Ausgleichs zwischen Nachfrage und Angebot verschieben, so würde mit diesem Ausgleich der Zins auf Null fallen und damit das

Kapital als wirtschaftliche Erscheinung aus der Welt verschwinden. (Ich spreche natürlich nur vom Zins, nicht von der Rente.) Das Kapital ist somit kein Ding, sondern ein wirtschaftlicher Zustand, der uns anzeigt, daß auf dem Anleihemarkt die Nachfrage das Angebot übersteigt.

Es fragt sich nun, ob die Nachfrage das Angebot (wie es seit historischen Zeiten der Fall ist) immer übersteigen wird, ob ein Ausgleich überhaupt möglich ist und ob ein solcher Ausgleich in absehbarer Zeit erwartet werden kann.

Auf der Tatsache, daß der Zinsfuß (also der brutto Zins) im Laufe dieses Jahrhunderts im großen und ganzen eine fallende Neigung zeigt, gründet die Hoffnung vieler, daß der Zins allmählich bis auf Null sinken wird. Sie hegen den Glauben, daß die Ablösung des Kapitalzustandes in der natürlichen Entwicklung der Dinge liegt.

Dieser, auf der Erfahrung einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne gebauten Hoffnung stellen andere die Erfahrung von 3000 Jahren entgegen, um zu zeigen, wie töricht jene Hoffnung ist; denn, sagen sie, wenn es in der natürlichen Entwicklung läge, daß der Zinsfuß auf Null fällt, so müßten doch 3000 Jahre genügen, um eine solche Entwicklung zur Reife zu bringen. Außerdem stellen sie die Behauptung, daß der Zins gesunken sei, in Abrede und sagen, daß nur die Risikoprämie gesunken ist – als Folge unserer konsolidierten wirtschaftlichen Verhältnisse. Dabei geben sie für die Tatsache, daß trotz 3000-jähriger Entwicklung der Zins nicht auf Null fallen will, auch eine Erklärung. Sie sagen, daß, wenn der Zins auf Null fällt, auch der Reiz zum Sparen abnehmen muß, was dann in dem Verhältnis von Angebot zur Nachfrage auf dem Anleihemarkt eine Verschiebung zugunsten einer Zinssteigerung verursachen muß. Das Sinken des Zinsfußes erzeugt automatisch die Kräfte, die den Zinsfuß wieder hochtreiben – ähnlich wie ein elastischer Körper aus dem Fall die Energie zum Sprung schöpft. Der Grund, warum der Zins nicht auf Null fällt, liegt also im Menschen selbst, in der durch eine 3000-jährige Erfahrung erwiesenen Tatsache, daß der Mensch mit dem Sparen aufhört, sowie ihn die Aussicht auf Zins nicht mehr anspornt. Und die Folgerung, die sie aus solcher Darlegung ziehen, ist die, daß die Menschen umgewandelt werden müßten, soll der Kapitalzustand aufhören.

Aber da sind wiederum andere, die sich von einer jahrtausend alten Erfahrung nicht verblüffen lassen und denen

auch die gegebene Erklärung nicht genügt. Der Kapitalzustand, sagen sie, hat seinen Grund in den Kriegen, in der mangelhaften Entwicklung der Arbeitsteilung, in der Fehlerhaftigkeit der Produktionsmittel. Der lange Winterschlaf, den man Mittelalter nennt, zählt überhaupt nicht mit. Ihre Zeitrechnung beginnt mit der Ausbreitung der Eisenbahnen. Wir hätten, sagen sie, in Europa überhaupt schon längst den Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot erreicht, wenn nicht bisher die ganze Welt in Europa mit Produktionsmitteln sich versehen hätte. Wenn erst die Länder mit rückständigen Produktionsmethoden wie Asien, Afrika, Südamerika ihren eigenen Bedarf an Produktionsmitteln decken, so daß die Nachfrage auf dem europäischen Anleihemarkt sich auf den heimischen Bedarf beschränkt, dann ist der Ausgleich sofort da und der Kapitalzustand hat ein Ende. Wir sehen es ja an den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie schnell ein Volk auf dem internationalen Anleihemarkt von der Nachfrage zum Angebot übergehen kann, sobald es mit geschulten Kräften an eine planmäßige Produktion geht. Nun laßt die 400 Millionen sparsamen, fleißigen und intelligenten Chinesen mit modernen Maschinen schaffen und ihre Ersparnisse auf den internationalen Arbeitsmarkt werfen! Ob da nicht der ersehnte Ausgleich stattfinden muß?

So kritisieren sie die Tatsache des 3000-jährigen kapitalistischen Zustandes und zu der Erklärung dieses Zustandes, wonach also der Zins Postulat des Sparens sein soll, sagen sie: Wie, steht nicht das Sparen *in allererster Linie im Verhältnis zu den Anstrengungen, die das Sparen erfordert*, und nehmen diese erforderlichen Anstrengungen nicht in genau demselben Verhältnis ab, wie der Zinsfuß sinkt? Der Zins muß doch von der Arbeit aufgebracht werden und den Arbeitern muß deshalb das Sparen um so schwerer fallen, je höher der Zinsfuß steht. Der Reiz selbst einmal Zinsen zu beziehen, spornt heute gewiß manchen an, die gewaltige Energie, die die Zinslasten heute von den Sparern fordern, zu verausgaben – aber das Sparen würde in ungleich größerem Maßstab betrieben werden, wenn der Wegfall der Zinslasten das Sparen in den Bereich der Massen brächte. Viel wirksamer als die Aussicht auf hohe Zinsen, ist die Erleichterung des Sparens, die der Wegfall der Zinslasten bedeuten würde. Als Beweggrund zum Sparen genügt (zumal wenn das Sparen durch den Wegfall der Zinsen erleichtert wird) die Aussicht,

im Alter oder in Notfällen etwas zuzusetzen zu haben. Die Aussicht auf den Zinsgenuß ist durchaus nicht Vorbedingung des Sparens – das beweist die Tatsache, daß noch heute viele Sparer nach alter Weise, auf Zins verzichtend, in Strümpfen ihre Ersparnisse aufbewahren; das beweist die Tatsache, daß dort, wo der Zins am niedrigsten ist (Europa), das Sparen am intensivsten betrieben wird.

Aber was raten uns die Leute, die solch biedere Ansichten vertreten, um aus dem Kapitalzustand herauszukommen? Warten, sagen sie, bis daß die Ausbreitung der modernen Produktionsmethoden über die heute noch rückständigen Länder, wie China etc. die Nachfrage auf dem internationalen Anleihemarkt entlastet und das Angebot verstärkt.

Also, warten, warten! Welch ein Trost nach 3000-jährigem Warten! Viel Optimismus gehört jedenfalls zum Glauben, daß ein Zustand, der jetzt schon seit mehreren tausend Jahren ohne die geringste Unterbrechung anhält, einfach durch Warten abgelöst werden kann.

Durch den Nachweis, daß der Wegfall der Zinslasten eine das Reizmittel des Zinsgenußes zum mindesten ersetzende Anregung zum Sparen bedeutet – wird zwar die landläufige Erklärung des 3000-jährigen Kapitalzustandes unhaltbar gemacht – aber um so rätselhafter wird der Zustand selber, – denn die Erklärung, daß der Kapitalzustand eine Folge der Kriege, der mangelhaften Produktions- und Verkehrsmittel sei, ist doch allzu fadenscheiniger Natur. Das 18. Jahrhundert, das zum Beweis des allmählichen Sinkens des Zinsens herangezogen wird, ist eines der kriegerischsten aller Zeiten gewesen und wenn auch die Produktionsmittel vielfach verbessert worden sind, so wird dieser Vorteil von dem Nachteil der viel größeren Dichtigkeit der Bevölkerung und der dadurch verursachten schweren Rentenlasten, zusammen mit den sich jagenden Wirtschaftskrisen, vielleicht mehr als ausgeglichen.

Nein, für einen 3000-jährigen stets sich selbst gleich bleibenden Zustand können vorübergehende Erscheinungen, wie Kriege etc. nicht als Erklärung dienen – vielmehr müssen wir für die 3000-jährige gleichmäßige, ununterbrochene Wirkung *eine gleich alte und gleichmäßige Ursache* finden. Suchen wir sie.

An unserem Gelde ist schon manches als anormal und zweckwidrig ausgesetzt worden. Die verschiedenen, unge-

lösten Währungsfragen beweisen das. Wäre es da nicht möglich, daß der anormale Kapitalzustand im Gelde seine Ursache habe? Der Umstand, daß unser Geldwesen ebenso alt ist, wie der Kapitalzustand, muß uns von vornherein verdächtig erscheinen, denn zwei verschiedene Zustände, die ohne irgendeine Unterbrechung 3000 Jahre parallel miteinander laufen, lassen vermuten, daß einer den anderen bedingen muß.

Marx sagt (1. Bd, S. 110): Geld, das dem Handel dient, verwandelt sich in Kapital, wird Kapital, *und ist schon seiner Bestimmung nach Kapital*. Und Proudhon drückt sich wie folgt aus: Merkwürdigerweise hat man bisher das Gold als den Schlüssel des Warenaustausches betrachtet, während es nichts als der Riegel ist. Das Gold ist gleich einer Wache, welche am Eingang des Marktes aufgestellt ist und den Befehl hat – niemanden passieren zu lassen. (Mülberger: Weder Silber noch Gold).

Leider haben sich sowohl Marx wie Proudhon mit der Feststellung dieser merkwürdigen Tatsache begnügt und nicht weiter nach den Gründen geforscht. So erklärt es sich nur, daß Marx (S. 130) Waren- und Geldbesitzer ausdrücklich als ebenbürtige Warenbesitzer bezeichnet, in direktem Widerspruch mit obiger Aussage, denn wenn Geld an und für sich Kapital ist, so kann es dies nur auf Kosten der Waren sein. Diese Kosten heben aber die Ebenbürtigkeit notwendigerweise auf.

Unser Geld zirkuliert die Waren nur unter der Bedingung, daß ein Zins, ein Tribut oder Mehrwert entrichtet wird. Sträubt sich die Ware gegen die Zahlung dieses Tributs, so zieht ich das Geld vom Markt zurück; es unterbricht dadurch den Austausch der Produkte und wartet dann so lange, bis daß die Warenbesitzer den Tribut bezahlen. Denn das Geld ist zur Zirkulation der Waren unentbehrlich; die Waren **müssen** früher oder später die Geldform annehmen.

Aber wie kommt es, daß das Geld den Austausch der Waren unterbrechen, daß es sich seinen Tribut erpressen kann? Weil unser Geld als Ware betrachtet, besser als alle übrigen Waren ist – weil unser Geld sich ohne direkten Schaden vom Markt zurückziehen kann, was keine andere Ware tun kann. Unser Geld, aus Edelmetall hergestellt, ist nicht wie die Waren der Zerstörung durch die Elemente der Natur ausgesetzt, es beansprucht keinen teuren Raum, es ist nicht dem Wechsel der Mode, dem Wettbewerb neuer, bes-

serer Modelle unterworfen, es ist im höchsten Grade teilbar, transportfähig und zu jeder Zeit, an jedem Ort verkäuflich. *Niemand wird deshalb Geld gegen Waren ohne eine diese Privilegien kompensierende Vergütung umsetzen und deshalb ist das Geld Kapital.*

Das Geld, d.h. unser bisheriges Geld, ist also richtig, wie Marx sagt, Kapital und, wie Proudhon sagt, ein Riegel. *Wenn aber das Geld, das Zirkulationsmittel, Kapital ist, so können die Waren nur mit Zins belastet, also auch nur als Kapital zirkulieren.* Der Tribut, den sie bei ihrer Aufnahme in den Handel an das Geld zahlen mußten, erhebt sie zur Rangstufe des Geldes, also des Kapitals. Wenn aber die Waren nur als Kapital zirkulieren können, dann ist ja die Erklärung für den 3000-jährigen Kapitalzustand gefunden. Die Ersparnisse der Produzenten können nur in der Geldform den Anleihemarkt betreten, und da Geld Kapital ist, so müssen auch diese Ersparnisse Kapital sein. d.h. die Ersparnisse gelangen nur unter der Bedingung auf den Anleihemarkt, daß das Angebot hinter der Nachfrage bleibe.

Proudhon erkannte richtig, daß die Ablösung des Kapitalzustandes nur nach Herstellung völliger Ebenbürtigkeit zwischen Waren und Geld erreicht werden könnte, da er aber den Grund, warum diese Ebenbürtigkeit nicht schon *von vornherein* existiert, unerforscht ließ, so wurde er auf eine falsche Spur geleitet. Er wollte die Waren auf die Rangstufe unseres heutigen, mit tausend Privilegien ausgestatteten Geldes erheben; er wollte die Waren – als Ware – besser machen als wie sie von Natur aus sind! Aber an dem Charakter der Waren läßt sich schlechterdings nichts ändern – weder Warenbanken, noch Genossenschaften werden jemals Ziegelsteinen die Transportfähigkeit des Geldes, dem Häcksel der Verkäuflichkeit des Geldes, den Kartoffeln die Haltbarkeit des Geldes, der Baumwolle den geringen Raumbedarf des Geldes etc. etc. verschaffen. Die Waren werden – als Ware betrachtet – dem Inhaber niemals die Möglichkeit bieten, sie nach Wunsch, Interesse oder Laune vom Markt zurückzuziehen, um bessere Konjunkturen abzuwarten oder um solche zu erzwingen.

Die Lösung des Problems muß also in der gerade entgegengesetzten Richtung gesucht werden. Nicht durch die unmögliche Erhebung der Waren auf die Rangstufe unseres

heutigen Geldes, sondern umgekehrt *durch Herabsetzung des Geldes* auf die Rangstufe von Arbeit und Ware, soll die Ablösung des Kapitalzustandes angebahnt werden. Also durch Verschlechterung des Geldes als Ware, durch Unterwerfung des Geldes unter denselben Verkaufs- und Umlaufzwang, dem die Waren samt und sonders in Folge ihrer körperlichen Eigenschaften unterliegen, durch Entziehung des Privilegs, welches dem Gelde die Möglichkeit bietet, den Warenaustausch (behufs Erpressung des Zinses) zu unterbrechen.

Geld also, daß weder Riegel des Warenaustausches noch Kapital an und für sich ist – anti-kapitalistisches Geld – als Tauschmittel von Arbeitsprodukten die an und für sich auch nicht Kapital sind. Das wäre der Weg, der zur Ablösung des Kapitalzustandes führen könnte.

Eine neue Methode für die Ermittlung des Geldpreises. [I]

Für eine zielbewußte öffentliche Verwaltung des Geldes, wie auch für eine zweckförderliche Besprechung der Währungsfragen ist eine sichere, einwandfreie, den Privatinteressen entrückte Methode der Geldpreisbestimmung gleichzeitig Voraussetzung und Grundlage. So lange eine solche Preisbestimmung fehlt, ist alles, was man für und gegen die Währung sagt, verlorene Mühe, wenn nicht eitel Geschwätz.

Dies ist so klar, so selbstverständlich, daß es banal erscheint, es auszusprechen.

Und dennoch, obschon die Notwendigkeit einer Geldpreisermittlung so selbstverständlich ist, fehlt es bisher an einer solchen vollständig. Ja, noch mehr, man hat bis heute noch nicht einmal *den Versuch* gemacht, den Preis des Geldes offiziell zu ermitteln, ganz abgesehen davon, daß von einer Einigkeit über die für eine solche Preisbestimmung anzuwendende Methode keine Rede ist. Jeder bestimmt den Preis des Geldes nach seiner Fassung, von seinem Standpunkt, oder gar von seinen Interessen aus; während der Gläubiger über eine Baisse klagt, schreit der Schuldner Zeter Mordio, daß man ihn mit der Goldwährung bestohlen hat.

Und während so die Interessenten in zänkischem, unfruchtbarem Streit sich heiser schreien, stehen die Vertreter der

Wissenschaft abseits und sagen im gleichmütigsten Ton, daß, bevor überhaupt die Angelegenheit untersucht werden kann, die „Wertfrage“ gelöst werden muß. Es wäre verfrüht und es könnte nur Unsinn zu Tage fördern, wollte man unter Umgehung des „Wertproblems“ die Währungsfragen behandeln. Daher kommt es auch, daß für die Wissenschaft eine Währungsfrage nicht existiert, daß sich die Wissenschaft mit der Währung überhaupt nicht befaßt. Das beweist zur Genüge schon der Umstand, daß von allen Voraussetzungen der Goldwährung bis heute keine einzige wissenschaftlich erweisen worden ist. Die Währungsfrage gilt eben als ein Zweig der Wertfrage, der mit dieser zusammen erledigt werden wird.

Wie steht es aber mit dieser „Wertfrage“, von deren Erledigung man das Schicksal der Währungsfrage abhängig macht? Ist die Erörterung so weit gediehen, daß eine Lösung in absehbarer Zeit erwartet werden kann? Möglich ist es und zwar glaube ich, daß man schließlich einsehen wird, leeres Stroh mit der Wertfrage gedroschen zu haben, daß die Wertfrage hohl ist, daß der Ausdruck „Wert“ ein Nichts deckt. Es ist nichts da, hinter diesem Ausdruck, nicht einmal eine Täuschung etwa wie die Fata morgana, nicht einmal ein Stück unverdauter Kartoffel wie in einem Traum. Die Geschichte des Königs, der im Hemde durch die Straßen lief, wird, das ist meine Überzeugung, früher oder später sich hier wiederholen.

Ich für meinen Teil gestehe und empfinde dabei ein Gefühl innerer Beruhigung, daß mir der sogenannte Wert bisher noch niemals weder im Traum noch bei der Arbeit „erschienen“ ist, daß ich nicht weiß, wo, wie, wann, was oder warum er ist, wo ich „ihn“ suchen, wo ich ihn unterbringen muß.

Ich habe ihn bisher ruhig ignoriert und bin gut dabei gefahren. Und das scheint mit der beste und vielleicht auch der einzig mögliche Beweis dafür, daß der Wert nicht „ist“. Denn schließlich, wie will man beweisen, daß ein Unbestimmtes, das ein anderer wahrzunehmen vorgibt, nicht existiert und zwar für beide nicht existiert, zumal dem anderen die Ausrede zu Gebote steht, daß das, was er wahrzunehmen vorgibt, mit nichts Irdischem vergleichbar ist und keine Eigenschaft hat?

Wenn z.B. aus der Tatsache, daß auf dem Markt 1 Paar Schuhe gegen 2 Hühner, oder 3 Hämmer oder 4 Hüte

etc. ausgetauscht werden, gefolgert wird, daß in diesen verschiedenen Dingen etwas Gemeinsames wenn auch Unbestimmtes, was man Wert nennt, steckt, so könnte man vielleicht nachweisen, daß diese Folgerung nicht notwendig, aber niemals, daß sie falsch ist. Denn um das Falsche der Folgerung nachzuweisen, müßte man vorher dem angegriffenen Unbestimmten, das man selber für ein Nichts hält, selber erst willkürlich irgend eine Form geben. Das Falsche steht überall im Wege, es wird wie Treibholz schließlich irgendwo aus der Bahn geworfen, aber das „Nichts“ stößt nirgendwo an, es erzeugt keine Widersprüche, es kann ewig herumgeschleppt werden und das einzige ist, daß es den Ballast der Sprache um ein Wort bereichert.

Nun gibt es freilich Theorien die Menge, die den „Wert“ zu stimmen bezwecken, aber was würde es frommen, wenn man diese Theorien der Reihe nach zu widerlegen unternähme? Der Wertgläubige oder Wertvisionär würde aus einer Theorie in die andere flüchten und immer die Ausrede haben, daß „er“ die Werterscheinung nur ungenügend betrachtet hatte. Der Erscheinung selber aber würde – da sie nicht existiert – ein solcher Windmühlenkampf nichts anhaben. Deshalb kann man den Wertglauben nur ignorieren und über ihn hinweg zur Tagesordnung, hier also zum *Geldpreis*, übergehen.

Für die Ermittlung des Geldpreises gibt es zwei Methoden. Nach der ersten Methode werden die Preise einer möglichst großen Anzahl der wichtigsten Waren, von Staatswegen periodisch ermittelt und nach der Bedeutung klassifiziert.

Diese Methode, die in meiner Schrift „Die Anpassung des Geldes an die Bedürfnisse des Verkehrs“ S. 36 – 41 ziemlich ausführlich beschrieben ist, ist leicht durchzuführen und würde für die Praxis völlig ausreichende Resultate ergeben. Sie hat nur den Nachteil, daß der **Staat** die Preise der Waren zu ermitteln haben würde.

Die andere Methode, die viel näher liegt, jedermann verständlich ist, völlig einwandfreie Resultate ergibt und obendrein den Staat von jeder Verantwortung entbindet, habe ich merkwürdigerweise noch nirgendwo vorgeschlagen oder beschrieben gesehen, obschon sie sozusagen „in der Luft“ liegt. Nach dieser Methode wird das Differenzkonto der Kaufleute und Produzenten unmittelbar zum Zeugnis genommen, ob das Geld im Preise gewährt hat oder nicht. Hier gilt der Grund-

satz, daß wenn sich die Differenzen bei allen Kaufleuten und Produzenten ausgleichen, der Beweis erbracht ist, daß das Angebot von Geld dem Angebot von Waren angepaßt war. Zur Feststellung der für diese Methode nötigen Tatsachen werden die Kaufleute und Produzenten angehalten, periodisch zu erklären, wieviel in Prozenten des Lagers beziehungsweise Umsatzes die Differenzen betragen. Diese Erklärungen werden gesammelt, die Differenzen pro und contra voneinander abgezogen und der Rest in% des Gesamtumsatzes ausgerechnet. Dieser Prozentsatz würde genau den Betrag angeben, um welchen das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld geschwankt hat.

Der Sachverhalt läßt sich übrigens schematisch leichter dem Begriff nahe bringen.

Nehmen wir an, es würde durch Gesetz jeder verpflichtet, periodisch (etwa einmal jährlich bei Kleinbetrieb und einmonatlich bei Großbetrieben) über den aus Preisdifferenzen erwachsenen Vor- und Nachteil Mitteilung zu machen.

Um dieser Pflicht nachzukommen und die Differenzen zu berechnen, zieht jeder in seinem Inventarbuch neben den bestehenden Kolonnen noch drei neue – nämlich eine für den Einstandspreis und zwei andere für die Differenzen plus und minus. Bei den Produzenten von Naturprodukten (Landwirte, Grubenbetriebe etc.) würde statt des Einstandspreises der vorgängige Preis und in der Rubrik „Lager“ die verkauften Produkte eingetragen werden.

Die so ergänzten Inventarbücher würden dann etwa wie folgt lauten:

Kaufmann N.

Lager	Preis wie jetzt erhältlich		Einstands- oder bezahlter		Differenz	
	Fr.	Betrag Fr.	Preis Fr.	Pro Fr.	Contra Fr.	
1000 Strümpfe	2. —	2,000	1. 70	300. —	—	
1000 Schuhe	10. —	10,000	11. —	—	1000. —	
500 Gr. Stecknadeln	1. —	500	0. 80	100. —	—	
200 Dz. Hosenträger	20. —	4,000	17. —	600. —	—	
1000 Taschentücher	2. —	2,000	2. 10	—	100. —	
		18,500		1000. —	1100. —	
				Pro	1000. —	
				Contra	100. —	

Hiernach ist N. ein Verlust von 100 Fr. aus den Preisverschiebungen erwachsen und sein Bericht lautet: Auf 18,500 Lager 100 Fr. Verlust.

Landwirth N.

Verkauf	Erzielter Preis		Erlös	Vorgängiger Preis		Differenz	
	Fr.	Fr.		Fr.	Fr.	Pro Fr.	Contra Fr.
100 Z. Roggen	16. —	1,600. —	18. —	—	200. —	—	—
1000 » Kartoffeln	3. —	3,000. —	2. 50	500. —	—	—	—
50 » Wolle	100. —	5,000. —	110. —	—	500. —	—	—
5000 L. Milch	10. —	500. —	9. —	50. —	—	—	—
50 Z. Mastochsen	80. —	4,000. —	90. —	—	500. —	—	—
		14,100. —		550. —	1200. —		550. —
							650. —

Landwirt N. hat auf Fr. 14,100 einen Mindererlös von Fr. 650 und dementsprechend lautet sein Bericht an die zuständige Behörde.

Grubenbesitzer N.

Verkauft	Erzielter Preis		Erlös	Vorgängiger Preis		Differenz	
	Fr.	Fr.		Fr.	Pro Fr.	Contra Fr.	
100,000 T. Kohlen	20. —	2,000,000	19. 80	5000	—	—	—

Durch die Preisverschiebungen hat N. auf einen Betrag von Fr. 2,000,000 Fr. 5000 gewonnen.

Giessereibesitzer N.

Lager	Preis wie jetzt erhältlich		Betrag	Bezahlter Preis		Differenz	
	Fr.	Fr.		Fr.	Fr.	Pro Fr.	Contra Fr.
200 T. Kohlen	20	4,000	15	1,000	—	—	—
300 » Eisen	90	27,000	120	—	9,000	—	—
10 » Messing	200	2,000	180	200	—	—	—
50 » Blei	100	5,000	120	—	1,000	—	—
		38,000		1,200	10,000		1,200
							8,800

Hiernach hat N. auf ein Lager von 38,000 einen Verlust von Fr. 8,800 erlitten.

Auf diese Weise berechnet dann jeder die Differenzen, an denen er durch sein Warenlager oder durch sein Gewerbe beteiligt war, und giebt darüber kurz Bericht unter Nennung der Differenz und der Summe, auf die sich diese verteilt.

Nun werden diese Berichte gesammelt und die Beträge und Differenzen addiert:

	Betrag Fr.	Differenz	
		Pro Fr.	Contra Fr.
1. Kaufmann N.	18,500	—	100
2. Landwirt M.	14,100	—	650
3. Grubenbesitzer O.	2,000,000	500	—
4. Giessereibesitzer P.	38,000	—	8,800
5. Tischlermeister L.	50,000	1,000	—
6. Buchbindermeister	5,750	200	—
7. Rittergutsbesitzer	150,000	—	15,000
8. Waldbesitzer	80,000	4,000	—
9. Tabakhändler	200,000	—	25,000
10. Zuckerfabrik etc.	3,000,000	—	200,000
	<u>5.556,350</u>	5,700	<u>249,550</u>
			5,700

Contra 243,850

d. h. für Fr. 5,556,350 Waren stehen hier die Preise um Fr. 243,850 oder 5 % niedriger als bei der letzten Zählung. Wären die Preise durchweg 5 % höher gewesen, so hätten sich die Differenzen völlig ausgeglichen.

(Schluss folgt.)

Goldtrust ! **Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung** **der Not der Rentner.**

Motto: Im Trüben ist's gut fischen.

Vorwort.

Mit folgenden Zeilen bezwecke ich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Gefahren organischer Fehler unseres Geldwesens zu lenken und durch den Hinweis auf den Sumpf von Widersprüchen in dem die Währungsfrage von ihren bisherigen Wortführern schmählich verlassen worden ist, die Notwendigkeit klarzulegen, daß die unmittelbar interessierten Kreise – also in erster Reihe die Herren Kaufleute – die Diskussion der Währungsfrage wieder aufnehmen sollen.

Wie der Kaufmann, so dient auch das Geld dem Austausch der Produkte und ist daher die Währungsfrage eine Frage des Warenaustausches, also eine spez. kaufmännische Angelegenheit. Es ist ja immer mit Freude und Dank zu begrüßen, wenn auch andere Kreise sich an der Diskussion beteiligen, wenn namentlich wissenschaftliche Gründlichkeit dabei nicht fehlt, aber wenn, wie es bisher zum

Nachteil der Sache der Fall gewesen ist, der Überblick vor lauter Wissenschaft und Gründlichkeit verloren geht, so ist ein Fortschritt unmöglich.

Das Geld soll der Ware dienen und nur ein Mann, der mit dem Charakter der Ware durch langjährige Praxis vertraut geworden ist, kann einen vollen Überblick über alle bei der Währungsfrage in Betracht kommenden Verhältnisse gewinnen. Vielleicht, um einzelne Teile auf dem weiten Gebiet der Währungsfrage tief in das innerste Wesen eindringend zu behandeln, kann die in der Schule und aus Büchern geschöpfte Weisheit wichtige Dienste leisten – aber wer nur Schulen besucht und Bücher gelesen, bleibt notwendigerweise ein Dilettant in diesen Sachen.

Und diesen Vorwurf wird sich schließlich auch der Kaufmann gefallen lassen müssen, der lediglich aufgrund der Praxis, ohne theoretische Erkenntnis, die Währungsfrage zu behandeln unternimmt. Theorie und Praxis vereint können allein das Ziel erreichen, doch nicht etwa in dem Sinne, daß sich Theorie und Praxis die Hände reichen, sondern Theorie und Praxis müssen in einer Hand vereinigt sein. Also die Praxis, die in die Theorie eindringt, oder die Theorie, die sich in der Praxis ausbreitet. Theorie und Praxis bedürfen der gegenseitigen Anregung. Nun hat man den Fall des öfteren schon erlebt, daß Kaufleute ihr Wissen durch theoretische Studien zu bereichern und zu befruchten suchten, aber niemals ist es vorgekommen, daß die Wissenschaft Anregungen in der kaufmännischen Praxis suchte; und dieser Fall wird aus gewissen Gründen auch fernerhin niemals vorkommen.

Deshalb rufe ich den Kaufleuten zu: Auf! an das theoretische Studium des Geldes, eurer ureigensten Angelegenheit; von Euch allein ist eine endgültige Erledigung dieser wichtigsten aller sozialen Fragen zu erwarten.

Les Hauts-Geneveys (Kt. Neuchâtel).

Silvio Gesell.

1.

Einigkeit macht stark. Diese Wahrheit erkennend rotten sich die Produzenten der verschiedensten Stoffe zusammen, um durch Bildung von Kartellen, Syndikaten, Ringen, Trust gemeinsam eine Hebung der Preise ihrer Erzeugnisse zu erzwingen.

Die Preise einer Reihe von Rohstoffen stehen heute unter der Kontrolle solcher Vereinigungen, und die Dividenden zeigen, welche Macht aus einmütigem Vorgehen erwächst. Beispiele brauche ich nicht anzuführen, jedermann kennt die glänzenden Erfolge, die schimmernden Zahlen.

Was Wunder, wenn der Wunsch nach Mehrung der Dividenden, nach Vergrößerung der Renten, nach Erhöhung der Löhne, immer breiteren Schichten die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses klarlegt. So sehen wir, wie die Konsumenten in mächtigen Vereinen Einfluß auf die Preise der Produkte zu gewinnen suchen, wie der gemeine Lohnarbeiter sich alle Tage klarer bewußt wird, daß in der Einmütigkeit die Kraft zu finden ist, um die Löhne über

die Kosten seiner eigenen Reproduktion zu erheben, wie selbst der schwerfällige Bauer, durch ausreichende, deshalb wesentlich zu erhöhende Zölle seine ökonomische Lage zu verbessern trachtet.

Man hat die Triebkraft, die diese Jagd nach höheren Preisen beseelt, mit dem Geiste der Räuber und Wegelagerer verglichen, man hat die Trusts unehrlicher Motive bezichtigt, aber nur völlige Unkenntnis der wirtschaftlichen Gesetze, die die Preise beherrschen, könnte ein solches Urteil fällen. Jeder sucht, jeder wird durch die Lage der Verhältnisse dazu gezwungen, seine Produkte so teuer wie irgend möglich abzusetzen. Jeder beutet die Verhältnisse aus, so gut er kann; jeder strebt danach, möglichst viel mit möglichst wenigem einzutauschen. Also weshalb soll man dem Kohlenbesitzer dieselbe Handlung anders bewerten, als dem Bauer, dem Richter, dem König, dem ganzen Volke? Vielleicht bei den Zöllen ließe sich gegen diese Beurteilung der Preistreiberei einwenden, daß, während die Produzenten die Hilfe des Staates beanspruchen und daß sie diese Hilfe durch Verdrehung der Tatsachen zu erlangen suchen. Wenn die Agrarier z.B. behaupten, daß nicht sie persönlich, sondern die Landwirtschaft die Zölle verlangen, so ist das mehr klug als wahr. Aber nur die Schwachen lügen; der mächtige Kohlengrubenbesitzer z.B. braucht zu ähnlichen Mittelchen nicht zu greifen. Das Bewußtsein der Kraft macht den Menschen aufrichtig, und niemand, der seiner Sache sicher ist, wird behaupten, daß er die Preise im Interesse seiner Industrie erhöht. Er sagt es geradeaus – im eigenen, persönlichen Interesse erhöhe ich die Preise und basta. Aber schließlich, wer hat ein Recht das faden-scheinige Lügengewebe, womit die Zollforderung umgeben wird, zu kritisieren? Durch Lügen, Verheimlichung, Vorspiegelungen, durch den Schein suchen die Produzenten ohne Ausnahme ihren Produkten eine günstige Stellung auf dem Markte zu verschaffen. Seine gepfefferte Rechnung rechtfertigt der Advokat durch die Berufung auf ein vieljähriges kostspieliges Studium – er verheimlicht, daß ohne das Bier das Studium billig und kurz gewesen wäre. Der Medizinmann verschreibt die Drogen in unverständlicher Sprache, mit unleserlicher Schrift, um den Schein zu seinem Vorteil auszubeuten. Der Pferdehändler macht den Käufer nicht aufmerksam auf die verborgenen Fehler seines Kleppers, und der Bäcker hütet sich wohl dem Käufer zu sagen, daß er eine tote Maus in dem Mehl gefunden habe. Also warum sich darüber aufhalten, wenn jemand seine schwache Position durch allerlei Unwahrheiten zu stützen such. In einer Gesellschaft, wo jeder lügt, jeder stiehlt, gibt es weder Lüge noch Diebstahl. Die Worte, die Begriffe werden im voraus von allen umgewertet, und die reine Wahrheit blickt strahlend selbst aus dem dichtesten Lügengespinnst hervor. Wenn jemand im Handel heute die reine Wahrheit sagen wollte, so würde er lügen, denn er muß wissen, daß er mißverstanden würde, daß im Verkehr die Ausdrücke, die Sprache, die Gebärden eine andere, umgewertete, abgeschwächte oder verstärkte Bedeutung haben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Geldreform

Bd.1.

April 1902

Nr.2.

Offener Brief an die Herren Professoren Mommsen und Virchow.

Im Mai 1895 brachte der „Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung“ ein Rundschreiben zum Versand, worin zum Eintritt in den Verein eingeladen wurde.

Dieses Rundschreiben war auch von ihnen unterzeichnet und gaben Sie damit ein öffentliches Urteil zugunsten der Goldwährung ab.

Wenn Männer von Ihrer Bedeutung ein Urteil über irgend eine politische Frage abgeben und damit öffentlich hervortreten, so wird jeder im Volke annehmen, daß sie die in Frage kommenden Verhältnisse sämtlich mit derselben Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit, mit derselben Geistesstärke und Wahrheitsliebe geprüft haben, der sie ihre wissenschaftliche und nationale Bedeutung verdanken, und hierauf bauend verlassen sich die Wähler auf ihr Urteil. Denn selbst vom gewissenhaftesten Wähler wird niemand erwarten, daß er den Melkstuhl, den Besen, das Mikroskop wegstellen wird, um alle Fragen, die ihm in letzter Linie zur Entscheidung vorgelegt werden, theoretisch zu ergründen. Vollends in den Währungsfragen ist der Wähler geradezu darauf angewiesen, sich auf das Urteil von Vertrauensmännern zu verlassen. Der vielgeplagte Wähler sagt sich: ich habe die Zeit nicht, um die Währungsfrage zu studieren, ich weiß nicht, was an der Goldwährung ist, aber wenn Mommsen und Virchow dafür stimmen, so ist das Beweis genug,

daß alle Voraussetzungen der Goldwährung

gewissenhaft und in das Wesen eindringend geprüft wurden und sich als zutreffend erwiesen haben. Und weil ich darauf schwören kann, stimme ich für die Goldwährung.

Wir alle wissen, daß es sich in der Praxis der Wahl so verhält, auch der Verein zum Schutz der Goldwährung weiß

das. Denn schließlich, welchen Zweck hatte es, die Einladung des Vereins von einer langen Reihe betitelter Persönlichkeiten unterzeichnen zu lassen, wenn nicht den, auf das Urteil von Urteilslosen mittels der oben angedeuteten Gedankenassoziation einzuwirken?

Der feste Glaube, daß Sie zugunsten der Goldwährung kein öffentliches Urteil abgeben würden, wenn Sie nicht alle Voraussetzungen derselben mit größter Gewissenhaftigkeit geprüft hätten, hat zur Folge, daß ungezählte Urteilslose ihre Stimme für die Goldwährung abgeben, und das war es auch was der Verein von Kommerzienräten bezweckte, als er Sie um Ihre Unterschrift ersuchte.

Nun gestatte ich mir die Frage. Können Sie mit Freimut die Versicherung abgeben, daß Sie die Währungsfrage mit derselben Geistesschärfe, Gewissenhaftigkeit, Sachkenntnis und Gründlichkeit geprüft haben, die sonst allen Ihren Arbeiten zugrunde liegen? Haben Sie alle Voraussetzungen der Goldwährung so gründlich geprüft, wie man durch Ihren Beitritt in den Verein zum Schutze der Goldwährung allgemein annimmt, allgemein annehmen muß?

Die Frage ist Ihnen vielleicht peinlich, weil Sie im Zusammenhang mit obigen Ausführungen Ihren Eintritt in den Verein zum Schutze der Goldwährung eine Bedeutung gibt, an die Sie vielleicht nicht gedacht haben. Aber sie muß gestellt und beantwortet werden. Es könnte sonst vorkommen, daß Bauernfänger Ihren Namen mißbrauchen, zumal es sich um eine Sache handelt, in der der Profit eine Rolle spielt. Für Unzählige entscheidet die Währungsfrage über Sein oder Nichtsein, ob reich oder arm, satt oder hungrig. Ungezählte Milliarden harren hier der Entscheidung, um die Besitzer zu wechseln.

Bei solchen Geschäften ist jedes Mittel gerade gut genug und der Mißbrauch von Aussprüchen berühmter Männer ist immer eines der wirksamsten Mittel gewesen, um Stimmen zu gewinnen. Darum wiederhole ich die Frage: Können Sie das von Ihnen zugunsten der Goldwährung abgegebene Urteil mit der vollen Autorität Ihrer allgemein anerkannten Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit beschweren?

Nun, ich will Ihnen die peinliche Antwort ersparen, ich will an Ihrer Stelle die Frage verneinen. ich will sogar einen Schritt weiter gehen und sagen, daß Sie während Ihres ganzen so fruchtbaren Lebens noch niemals eine Stunde stiller Be-

trachtung der Währungsfrage gewidmet haben. ja so ist es; und Sie brauchen über dieses Eingeständnis nicht zu erröten; schon viele ausgezeichnete Männer haben ihre volle Unwissenheit in Währungsfragen mit nonchalance, sogar mit Stolz eingestanden. Es ist nicht jedermanns Sache, sich mit diesem Hexendreck abzugeben.

Aber wie war es dann möglich, daß Sie über die Währungsfrage ein öffentliches Urteil abgeben konnten? Auch diese Frage will ich für Sie beantworten: Sie hielten die Währungsfrage für so einfach, die Antwort auf dieselbe für so selbstverständlich, daß Sie die Angelegenheit einer näheren Prüfung überhaupt nicht für würdig hielten. Sie ließen in dieser „Bagatellsache“ einfach Ihren natürlichen Verstand urteilen. Das, durch ein langes Leben fruchtbarster Arbeit befestigte Vertrauen in das eigene Urteil gab Ihnen ja schließlich auch ein gewisses Recht so zu handeln.

Doch ich habe Grund anzunehmen, Ihre Unbefangenheit in den Währungsfragen sei so groß, daß ohne Beweise Ihrer völligen Unwissenheit Sie gar nicht zum Bewußtsein derselben gelangen werden, und deshalb beeile ich mich diesen Beweis zu erbringen.

In dem zu Anfang erwähnten Rundschreiben heißt es, „daß die Goldwährung sich als eine der heilsamsten Grundlagen der nationalen Wohlfahrt erwiesen hat“.

Wenn dieses behauptet wird, so muß sich das auch beweisen lassen, aber womit könnte man das beweisen? Doch nur damit, daß man den Nachweis erbringt, das Tauschverhältnis zwischen Gold und Waren wäre über Ort und Zeit hinweg ein festes geblieben, denn dieses Tauschverhältnis ist doch das einzige, was am Gelde von Bedeutung ist. Was bleibt vom Gelde übrig wenn wir von diesem Tauschverhältnis absehen, wodurch könnte sich das Gold als „heilsam“ erweisen, wenn nicht durch das Verhältnis, in welchem Gold gegen Waren ausgetauscht wird?

Aber da fragt es sich – womit kann man den Nachweis erbringen, daß das besagte Tauschverhältnis fest geblieben ist?

Verfügen wir etwa über ein offiziell gültiges Maß für die Bestimmung dieses Verhältnisses? Antwort: Nein.

Sind wir zu Hause oder privatim einig über ein solches Maß? Antwort Nein.

Sind wir wenigstens einig über die Methode, nach welcher ein solches Maß erstellt werden könnte? Antwort: Nein, durchaus nicht, nicht einmal die Ansätze zu einer Einigkeit sind vorhanden!

Aber wenn es sich so verhält, wie konnten Sie die Behauptung aufstellen, daß sich die Goldwährung als „heilsam“ **erwiesen** hat?

Sie sehen also, daß Sie hier eine wissenschaftlich heute nicht zu begründende Behauptung mit Ihrem Namen in den Schutz der Wissenschaft gebracht haben, daß Ihre Unbefangenheit in den Währungsfragen Sie zu einer wissenschaftlich unverantwortlichen Handlung verleitet hat.

Laut Programm bezweckt der Verein unter anderem auch die Veröffentlichung von Traktätchen über die Währungsfrage.

Für den Inhalt dieser Abhandlungen sind natürlich die Herausgeber, zu denen auch Sie, meine Herren, gehören, verantwortlich. Das erste Heft, welches der Verein herausgab, hat Karl Helfferich zum Verfasser und ist unter dem Titel: „Die Währungsfrage“ erschienen.

An diesem Hefte, für dessen Inhalt Sie ja verantwortlich sind, will ich Ihnen nun zeigen, wie weit Ihr Studium der Währungsfrage gedungen ist.

Die Schrift gründet auf dem Wertglauben; gleich zu Anfang auf der ersten Seite erscheint das Wort „Wert“ nicht weniger als zehnmal in den verschiedensten Zusammensetzungen – ohne daß der Verfasser es für die Mühe lohnend hält anzugeben, was er persönlich als „Wert“ gedacht haben will. Nun ist es doch satzsam genug bekannt, daß der Ausdruck „Wert“ durchaus nicht eindeutig ist, und daß es hunderte von Werttheorien gibt, die sich einander widersprechen.

Wie soll man aber den Gedanken des Verfassers scharf erfassen können, wenn er nicht sagt, in welcher Weise er die Ausdrücke grundlegender Begriffe gedeutet haben will?

Ein solches Vorgehen in einer Angelegenheit in der der Profit eine Rolle spielt, würde den Verdacht an Bauernfängerei erregen, wenn der weitere Inhalt der Schrift nicht zeigte, daß es sich um ein völlig gedankenloses Machwerk handelt, wie Sie sich leicht durch folgende Zitate überzeugen können:

S. 46. „Von jeher haben gesunde Staaten den größten Wert auf ein gesundes Geld gelegt, auf ein Geld, dessen innerer Wert und Wertbeständigkeit von niemanden ange-

zweifelt wird. Unsere Goldwährung entspricht allen Ansprüchen, welche an ein Geld zu stellen sind, in hervorragendem Maße“.

S. 18. „Nun wird man fragen, womit man eigentlich überhaupt den Wert und die Wertveränderungen des Geldes messen kann? Darauf muß man die Antwort schuldig bleiben.“

Kann man wohl bei der Verfassung einer Schrift, die den Profit berührt und für deren Herausgabe sich hoch angesehene Männer Interessieren, die Gedankenlosigkeit weiter treiben?

Aber lesen Sie weiter:

Oben wird gesagt, das Gold wäre in hervorragendem Maße „wertbeständig“ S. 31 sagt er aber:

„Nun gibt es aber keinen Zweifel darüber, daß in der Zeit vor 1870 der Goldwert in ziemlich starkem Sinken begriffen war“.

Der Goldwert war also in ziemlich starkem Sinken begriffen, trotzdem ist er in hervorragendem Maße „wertbeständig“!

Diese Widersprüche sind vielleicht dadurch zu entschuldigen, daß zwischen dem ersten und zweiten Satz 15 Seiten Druck liegen, die immerhin ein paar Stunden in Anspruch genommen haben mögen, so daß der Verfasser S. 45 vergessen hatte, was er Seite 31 geschrieben, aber für folgende Sätzchen kann man eine solche Entschuldigung nicht gelten lassen, denn wir finden sie auf ein- und derselben Seite:

S. 17/18. „Daß der Silberwert kein fester ist, das ist bei uns ohne weiteres einem jeden klar, denn während vor 25 Jahren das Pfund Silber 90 Mark kostete, kostet es heute nur 45 Mark, und während man vor 25 Jahren für ein Pfund Gold etwa 15 1/2 Pfund Silber erhielt, erhält man heute dafür (also für dieselbe Ware) etwa 31 Pfund.“

Auf derselben Seite: „Wenn eine Ware ihren Preis verändert, dann bleibt die Frage immer eine offene: Liegen die Ursachen der Veränderung auf Seite des Geldes oder auf Seite der Ware?“

Daß man auf die Frage: Wie eigentlich die Wertveränderungen des Geldes gemessen werden können, die Antwort schuldig bleiben muß, hat uns Herr Helfferich bereits gesagt. Aber er hat gleichzeitig auch die Behauptung aufgestellt, daß unser Geld in hervorragendem Maße wertbeständig ist! Diese Behauptung sucht er zu beweisen. Sehen wir, wie er das macht.

„Arbeit sagt er, ist eine Ware (Anm.) [Anmerkung. Diese gedankenlose Modephrase, die aus der Arbeitskraft eine Ware machen will, enthält nicht nur einen groben Irrtum, sondern sie würde auch jede vernünftige Währungspolitik unmöglich machen, wenn man ihr, wie es Helfferich versucht, praktische Bedeutung geben wollte. Was mit dem Lohn bezahlt wird, das ist niemals die Arbeit, Arbeitskraft oder Arbeitszeit, sondern ganz einfach das Arbeitsprodukt. Das geht schon daraus hervor, daß die gleiche Arbeitszeit verschieden entlohnt wird. Bei der Akkordarbeit tritt dies Verhältnis besonders klar hervor. Sind es aber die Arbeitsprodukte, die im Lohn bezahlt werden, so ist es klar, daß mit jeder Verbesserung der Produktionsmittel und Methoden, mit der wachsenden Geschicklichkeit, Intelligenz und Schulung der Arbeiter, auch die Löhne steigen müssen. Wollte man ohne Rücksicht auf die Arbeitsprodukte nur die Arbeitszeit bezahlen und diese Arbeitszeit zum Maße für die Ermittlung der Preisschwankungen des Geldes erheben, so dürften die Löhne niemals ihren jetzigen Stand übersteigen, ohne daß die Währung bankrott erklärt werden müßte. Auch kämen dadurch alle Verbesserungen in der Produktion immer nur den Gläubigern zugute, was doch als offener Wucher erklärt werden muß. Auch die auf die Beseitigung von Zins und Rente gerichteten Bestrebungen kämen in Konflikt mit der Währung, wenn die Löhne nicht um die bisher für Zins und Rente verausgabten Beträge erhöht werden könnten.] und zwar die wichtigste, deshalb kommt den Arbeitslöhnen für die Ermittlung der Geldwertschwankungen eine größere Bedeutung und Beweiskraft zu als den Warenpreisen.“ (S. 19)

S. 34. „Es ist eine allgemein zugegebene Tatsache, daß die Löhne seit den siebziger Jahren gestiegen sind, und zwar trifft das nicht nur für Deutschland zu, sondern für die ganze zivilisierte Welt.“

„Ein weiteres Erkenntnismittel für die Wertveränderungen des Geldes sind die Bewegungen des Diskonts.“ (S. 19)

Zwar hat uns, wie erwähnt, Herr Helfferich niemals verraten was **Er** unter „Wert“ verstanden haben will, aber eines erkennt man an obigem Sätzchen, nämlich, daß Herr Helfferich selber nicht weiß, was er unter Wert versteht, denn er erklärt unser Geld für wertbeständig in hervorragendem Maße, trotzdem es *an seinem eigenen Maße gemessen* seit den 70er Jahren im Wert (Löhne) gefallen ist, ja daß es sogar Schwankungen von 100% in einem Jahr durchgemacht hat, denn der Diskontsatz ist in einem Jahr von 3 auf 6 gestiegen und wieder auf 3 gefallen.

Ich glaube, diese Beweise genügen, sonst mache ich mich anheischig, alle Sätze der Schrift in ähnlicher Weise einander

gegenüber zu stellen. Es genügt um Ihnen zu zeigen, daß, wenn Sie solche Gedankenlosigkeiten mit Ihrer Unterschrift versehen, es nur daher kommt, daß Sie noch niemals eine Stunde stiller Betrachtung für die Währungsfrage übrig gehabt haben.

Deshalb richte ich an Sie die inständige Bitte: Nehmen Sie Ihre Unterschrift zurück, treten Sie aus, aus dem Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung!

Es ist schon schwer genug, für trübes Licht sich durch Wolken von Vorurteilen bis zum Gehirn der Wähler Bahn zu brechen, erschweren Sie den geplagten Wählern die Erkenntnis nicht, indem Sie sie mit dem Glanze Ihres Namens blenden. Sterne sind am Tag nicht sichtbar.

Wilhelm Roscher sagt: Der jeweilige Zustand der Münze ist im höchsten Grade charakteristisch für die Entwicklungsstufe der Wissenschaft (Nationalökonomik des Handels. S. 195.)

Wollen Sie nun für den Zustand in unserem Geldwesen eine Verantwortung übernehmen, indem Sie denselben ungeprüft gutheißen? Wollen Sie die Zustände in unserem Geldwesen nicht allein charakteristisch für die Entwicklungsstufe der „Nationalökonomik“, sondern für die Wissenschaft überhaupt erscheinen lassen? Soll die Münze zum Aushängeschild der gesamten Wissenschaft gemacht werden?

Die Zustände in unserem Geldwesen tragen von wissenschaftlicher Bearbeitung keine Spur; von den Voraussetzungen der Goldwährung ist keine einzige wissenschaftlich geprüft worden. Die ungelöste „Wertfrage“ und der Mangel eines offiziellen Maßstabes für die Ermittlung des Geldpreises sind dafür Beweis genug.

Also, machen Sie die Verantwortung der Wissenschaft für unsere Geldzustände nicht größer als sie ist; ich bitte Sie, treten Sie aus, aus dem Verein zum Schutze der Goldwährung.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Silvio Gesell

Hauts Geneveys, Rep. Neuenburg.

Eine neue Methode für die Ermittlung des Geldpreises. [II]

Schluß.

Wenn als Ideal einer Währung diejenige zu betrachten ist, unter welcher sich alle Differenzen ausgleichen, so muß als Ideal einer Preisermittlung des Geldes diejenige Methode gelten, die uns in% angibt, um wieviel sich die Differenzen nicht ausgeglichen haben. Dieses Ideal aber erreichen wir mit der oben geschriebenen Methode. Sämtliche Produkte des Landes werden hier berücksichtigt und was die Hauptsache ist – jedes Produkt beeinflusst das Endresultat genau in dem Maße seiner Bedeutung. Nicht ein Agrarier, sondern sämtliche Landwirte, nicht ein Silberminenbesitzer, sondern sämtliche Bergwerke, nicht ein Händler, sondern sämtliche Händler, Handwerker, Fabrikanten werden gehört. Keine Stecknadel verändert ihren Preis, ohne daß diesem Umstand die der Stecknadel gebührende Beachtung geschenkt werde. Landwirtschaftliche Produkte, Industrieprodukte, Bergwerksprodukte, Waldprodukte etc., kurz jedes Produkt ist stimmberechtigt und zwar hat jedes Produkt so viel Stimmen, wie ihm nach seiner Bedeutung zukommen. Wenn die Stecknadel beispielsweise eine Stimme hat, so werden der Kartoffel ein paar Milliarden zukommen. Steigt die Stecknadel um 10% im Preis, und fällt die Kartoffel um denselben Betrag, so werden sich diese Differenzen nicht ausgleichen, ja man wird den Einfluß der Stecknadel kaum messen können, aber schließlich dieser Einfluß wird doch da sein.

Es wird dann nicht mehr vorkommen, daß der eine unter Hinweis auf den Getreidepreis behauptet, der Preis des Geldes wäre gestiegen, während der andere von der Hausse in Hosenknöpfen eine Preisverminderung des Geldes ableitet.

Der Staat wird also keine Preise, auch die Bedeutung der einzelnen Produkte nicht zu ermitteln haben. Der Staat übernimmt keinerlei Verantwortung, er kann das Resultat in keiner Weise beeinflussen; das Volk selbst fällt unmittelbar das Urteil in der Währungsfrage. Und das ist auch ein Vorteil dieser Methode.

Die Schreibereien, die mit dieser Methode verbunden, sind im Vergleich zur Bedeutung des Zweckes unerheblich. Für jeden einzelnen Privatmann ist die Berechnung, die ihm zu

fällt, sehr nützlich; viele Kaufleute machen schon jetzt ähnliche Berechnungen. Durch diese Berechnungen wird erst manches klar, woher unter Umständen die Betriebsverluste resp. Gewinne herrühren.

Für die Empfangnahme der Berichte werden wohl am besten die Steuerämter beauftragt werden. Diese stellen dann die einlaufenden Berichte wie oben gezeigt zusammen, summieren die Beträge, stellen die Schlußdifferenz fest und melden das Resultat einer Zentrale, wo leicht das Gesamtergebnis ermittelt werden kann.

Der wichtigste Vorwurf, den man dieser Methode machen kann, ist der, daß einzelne an der Hausse oder Baisse interessierte Personen ihre Berichte fälschen werden, daß die Schuldner z.B. die Neigung haben werden, eine allgemeine Baisse vorzurechnen. Aber diese Gefahr ist nicht groß, da der einzelne weiß, wie winzig klein der Einfluß seines eigenen Berichtes auf das Gesamtergebnis sein kann. Wenn z.B. ein Bauer einen Verlust aus Preisdifferenzen von 1000 Fr. auf einen Umsatz von 10.000 Fr. angeben würde, so würde das für einen Gesamtumsatz von 15 bis 20 Millionen so wenig Bedeutung haben, wie ein Tropfen fürs Meer. Übrigens könnte man solche Fälschung als Dokumentenfälschung unter Strafe stellen, wobei der Umstand, daß die Pluralität der Berichte gleicher Betriebe eine Kontrolle für jeden einzelnen Bericht bieten würde, sehr nützlich sein würde. Würde z.B. ein Bauer eine Baisse melden, während die meisten anderen eine Hausse angeben, so wüßte man sofort, daß da ein Fehler oder eine Fälschung vorliegen muß. Und selbst dann, wenn einzelne Stände eines Bezirkes sich verständigen wollten zu einer Fälschung, so würde die Gesamtzahl der Bezirke den einzelnen kontrollieren.

Wie man sieht, ignoriert diese Methode der Preisermittlung des Geldes die Wertfrage gänzlich, sie kümmert sich auch nicht um die Arbeit, Produktionskosten und sonstigen Ballast, womit die Währungsfrage bisher kompliziert wurde, sondern begnügt sich damit, die Waren dem Gelde gegenüber zu stellen und die Verschiebungen in dem Tauschverhältnisse zwischen Waren und Geld zu ermitteln. Die Frage, woher diese Verschiebungen kommen, ob das Geld billiger oder die Waren teurer, bzw. ob die Waren billiger und das Geld teurer geworden ist; diese tiefsinnige Frage wird den Narren zur Erörterung überlassen.

Absatzversicherung auf Gegenseitigkeit. [I]

Heute, da so viel über Arbeitslosigkeit geklagt wird und die Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit mehr als gewöhnlich allgemeines Interesse erweckt, lohnt es sich vielleicht, die Aufmerksamkeit auf allgemeine Grundsätze zu lenken, die meiner Ansicht nach in der Besprechung der Angelegenheit viel zu wenig berücksichtigt werden.

Für Arbeit sorgen, heißt für Absatz sorgen, und Arbeitsversicherung ist gleichbedeutend mit Absatzversicherung. Waren absetzen heißt aber Waren gegen Geld verkaufen, und eine Versicherung gegen Absatzstockungen kann deshalb nur in einer Einrichtung bestehen, die bewirkt, daß das Angebot von Geld sich regelmäßig scharf mit dem Angebot von Waren deckt, so zwar, daß das allgemeine Preisniveau niemals eine Veränderung erfahren kann.

Mit anderen Worten: Es muß jeder veranlaßt werden, genau so viel zu kaufen wie er produziert und verkauft; jeder soll den Erlös seiner Produkte sofort wieder zum Ankauf anderer Produkte verwenden.

Dies ist so klar und selbstverständlich, daß man ohne weiteres sagen kann, jeder Vorschlag, der auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zielt und diesen Grundsatz unberücksichtigt läßt, fuße im Sumpfe und verlaufe ins Leere.

Kauf und Verkauf, Absatz und Produktion stehen in engster Wechselbeziehung zueinander. Ohne Kauf kein Absatz, keine Arbeit. Wenn unter 10 Produzenten einer ist, der mehr verkauft als er kauft, so ist auch gewiß einer da, der seine Produkte nicht verkauft und über Arbeitslosigkeit klagt. Wenn nun im allgemeinen die Neigung besteht Geld zu sparen, d.h. mehr Ware zu produzieren als zu erwerben, wie soll da dieser Überschuß abgesetzt werden?

Jedermann sieht ein, daß dies ein lächerliches, unmögliches Vorhaben ist, trotzdem wird der Versuch seit Jahrtausenden mit dem gleichen negativen Erfolg immer wieder gemacht.

Mehr produzieren und verkaufen, als man zu erwerben beabsichtigt, mit dem Hintergedanken, die Differenz als Ersparnis zurückzulegen oder als *Kapital* auszuleihen! Daß dies einzelnen, besonders zähen, entsagungsfähigen oder beglückten Personen gelingen kann, ist erklärlich, aber wie soll

die Masse der Produzenten ein solches Kunststück zuwege bringen? Wie soll im *Durchschnitt* jeder für 10 verkaufen oder absetzen, wenn im Durchschnitt jeder nur für 9 erwirbt?

Also, so wie Ihr das Sparen betreibt, betrügt Ihr Euch gegenseitig. Indem Ihr weniger erwerbt, als Ihr produziert, nehmt Ihr Euch gegenseitig die Möglichkeit Eure Produkte abzusetzen und Ersparnisse zu machen. Euer gesunder, aber schlecht geleiteter Sparsinn wird zum Fluch. Kauft Euch Eure Produkte gegenseitig ab, so kann dann jeder sparen. Das, was jeder auf diese Weise spart, ist dann zwar kein Geld und wenn er es ausleihen will, findet sich vielleicht, daß es auch kein Kapital ist, weil das Angebot auf dem Anleihemarkt größer als die Nachfrage sein mag, aber es ist doch Immerhin etwas, was er im Falle der Not aufzehren resp. verkaufen kann. – Kurz es ist immerhin besser als Arbeitslosigkeit. So aber, wie Ihr das Sparen heute versteht, raubt Ihr Euch gegenseitig die Arbeit und macht Euch gegenseitig zu Bettlern. Ihr macht es unmöglich, daß es zu einer reichlichen Anhäufung von Vorräten kommen kann. Ihr seid es, die die Verhältnisse auf dem Anleihemarkt zugunsten des Zinses gestaltet. Statt durch Eure Sparsamkeit die Kapitalerscheinung aus der Welt zu schaffen, erreicht Ihr das Gegenteil; die Kapitalerscheinung ist eine Frucht Eures Sparsystems.

Gewiß, Ihr seid nicht alle habsüchtig und geldgierig – sonst wären wir ja alleamt Bettler. Wenn jeder nur das absolut nötigste zum Lebensunterhalt ausgabe, müßte das nicht logischerweise das Einkommen aller auf das absolut notwendigste zum Lebensunterhalt herabsetzen? Geht nach Italien, da werdet Ihr ja sehen, wohin es führt, wen die Masse des Volkes Euer Sparsystem befolgt. Ein fruchtbares Land, ein kräftiges, arbeitsfreudiges Volk, und doch, welche Armut! Warum? Weil jeder spart, weil keiner dem andern Arbeit und Verdienst gibt. Bei uns haben wir wenigstens noch allerlei Wohltäter, die das Geld unter die Leute bringen, nicht allein den vollen Erlös ihrer Produkte, sonder noch ihr ererbtes Eigentum und manchmal sogar noch fremdes dazu.

Schwindlern, Spitzbuben, Verschwendern und namentlich den Säufern haben wir es zu verdanken, daß unter uns hier und da einer Ersparnisse machen kann, und wenn man der Herkunft des Geldes, das heute den Sparkassen zugeführt wird, nachspüren könnte, so würde sich wahrscheinlich herausstellen, daß es aus den Taschen jener edlen Wohltäter stammt.

Wenn es doch nur recht viele Verschwender gäbe; wenn doch jeder seinen letzten Heller immer gleich versaufen wollte! Es gäbe zwar keine Sparkassen, und der Zinsfuß würde vielleicht auf 10% steigen, aber an Arbeit würde es niemals fehlen!

Also hört! Wollt Ihr Arbeit, unerschöpfliche Arbeit? Wollt Ihr in die Lage versetzt werden zu sparen und den Zinsfuß auf 0 zu reduzieren, so betrachtet und behandelt das Geld nicht als Spar- sondern als Tauschmittel. Werft den Brand in die Gebäude der Sparkassen und jagt alle, die Euch das heute geübte Sparsystem lehrten, zum Lande hinaus. Ich sage Euch, es sind Maulaffen oder Schwindler.

Kauft Euch Eure Produkte gegenseitig ab, d.h. erwerbt immer sofort genau so viel Ihr verkauft. Wenn Ihr Eure Produkte zu Markte führt, so kehrt nicht mit Geld, sondern mit anderen Produkten heim. Haltet Euch streng an die Formel W. G. W. (Ware, Geld, Ware). Die heutige Formel G. W. G. ist ein Selbstbetrug und Wucher. Betrachtet das Geld nicht als Ruhepunkt im Austausch Eurer Produkte, sondern als Übergangsstation. Sorgt aber gleichzeitig dafür, daß jeder so handle. Straft denjenigen, der mit Geld vom Markte heimkehrt, wegen Kontraktbruches. Sagt ihm, Ihr hättet ihm seine Produkte abgekauft in der Voraussetzung, daß er die Euren kaufen würde. Sagt ihm, Ihr hättet das Geld nicht auf Staatskosten hergestellt, damit es als bequemes Sparmittel betrachtet und behandelt werde, sondern damit es als *Umlaufmittel* den Austausch der Produkte erleichtere.

Sagt ihm daß, wenn er sparen will, die Produkte der ganzen Welt zu seiner Verfügung stehen, daß er aber die Hände vom Geld lassen soll.

Und wenn er Euch antwortet, daß er keine Ware braucht, so erwidert ihm, daß er dann auch kein Geld braucht, denn das Geld ist ja nur das Vehikel der Waren. Wer nicht mit der Bahn fahren will, soll sich nicht am Bahnhof aufhalten – wer keine Ware braucht, soll sich nicht auf der Zwischenstufe des Tausches (dem Geld) herumtreiben. Wer keinen Bedarf an Waren hat, soll nicht arbeiten.

Ausgangspunkt und Endpunkt des Tausches soll immer die Ware sein; das Geld aber soll niemand länger behalten, als wie zur Abwicklung der Geschäfte durchaus nötig ist.

Wie soll das aber erreicht werden? Oh, Ihr wißt das so gut wie ich; Ihr wißt, daß das Geld nur deshalb als Ruhepunkt im Produktaustausch betrachtet wird – weil es als

Ware betrachtet, viel besser ist als Eure eigenen Produkte. Eure Produkte stinken, faulen, stechen, schneiden, zerbrechen, verdunsten, verbrennen, verwitern, veralten, vermodern; sie behindern Euch durch ihr Volumen im Hause, sie müssen vor Dieben gesichert werden, kurz ihr Besitz ist eine Last. Das Gold dagegen ist sauber, klein, sich selbst immer gleich; leicht vor Dieben zu verbergen – kurz, es ist angenehmer Gold als Käse, Heu, Schwefelsäure, Glas, Dynamit, Pelzwerk, Särge, etc., etc.. im Hause aufzubewahren, ganz abgesehen davon, daß man mit dem Gelde alles, was man braucht, immer erwerben kann. Das wißt Ihr, wenn Ihr Euch das vielleicht auch nicht eingestehen wollt; aber Eure Handlungen legen Zeugnis davon ab, daß Ihr alle das erkannt habt. Ihr zieht das Geld Euren eigenen Produkten vor, deshalb habt Ihr keine Arbeit, deshalb seid Ihr allesamt Bettler. Euer Geld ist besser, viel besser als Euer Produkt. Zur Abfuhr des Mistes habt Ihr ein Luxusgespann bestimmt und jetzt bleibt der Mist liegen, weil Euch das Gespann leid tut!

Was also zu machen ist, um die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen, ist einfach dies: Verschlechtert das Tauschmittel Eurer Produkte so weit (als Ware betrachtet), daß es den Produkten nicht mehr vorgezogen werden kann – setzt das Geld – als Ware – auf die Rangstufe Eurer eigenen Produkte herab! Dadurch werdet Ihr nicht allein die Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen, sondern Ihr werdet außerdem noch über das beste Tauschmittel aller Länder verfügen. Denn schließlich die Güte des Geldes (als Tauschmittel betrachtet) wird danach beurteilt, wie es den Warenaustausch vermittelt. Je schlechter das Geld *als Ware* sein wird, desto bessere Dienste wird es als Tauschmittel verrichten.

Führt also als Geld einen Gegenstand ein, den jeder nur zwangsweise kauft, aus Not und Verlegenheit, weil es kein anderes Mittel gibt um die Produkte auszutauschen. Benutzt als Tauschmittel einen Gegenstand, den jeder kauft, um ihn so schnell wie irgend möglich wieder zu verkaufen.

Bezahlt das, was Ihr kauft, mit *glühenden Kohlen*, so seid Ihr sicher, daß der Austausch nach der Formel $W. G. W.$ vonstatten gehen wird, immer, regelmäßig, in guten und schlechten Zeiten, einerlei ob Krieg oder Friede vor der Türe steht.

Die Kosten an Lagergeld, Versicherung, Bruch etc., etc., die mit dem Besitze von Waren untrennbar verbunden sind

und die im Durchschnitt jährlich wohl 10% betragen mögen, setzen die Waren unter einen *natürlichen Angebotszwang*, und der Umstand, daß alle staatlichen Abgaben und Steuern in Geld entrichtet werden müssen (das wiederum nur durch den Verkauf von Waren erlangbar ist), stellt Eure Produkte unter *gesetzlichen Angebotszwang*. Hört Ihr! Ihr seid gesetzlich gezwungen mit Euren Produkten Geld zu kaufen, Eure Produkte anzubieten.

Also fordert es die Gerechtigkeit, daß auch das Geld zwangsweise angeboten werde. Geniert Euch nicht, diese Forderung zu stellen, die Rechtstitel dazu habt Ihr in dem gesetzlichen Angebotszwang, den die Abschaffung der Naturalsteuern über Eure Produkte verhängte.

Also stellt das Geld unter Umlaufzwang; straft jeden, der das Geld vom Markte fernhält. Wer das Geld spart, verursacht notwendigerweise einem anderen Lagerspesen und *Absatzstockung und es ist nur gerecht, daß diese Kosten auf denjenigen zurückfallen, der sie verursacht.*

(Schluß folgt.)

Goldtrust! [II]

Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner.

Fortsetzung

Motto: Im Trüben ist's gut fischen

Fasse sich also jeder, der bei dem Worte Trust gleich an Räuber und Wegelagerer denkt, hübsch bei der eigenen Nase; suche jeder den Preis seiner Produkte so hoch zu schrauben wie er kann, denn wenn jeder raubt, wird keiner beraubt. Wie er es macht, wie er es treibt, um seinen Zweck zu verfolgen, geht höchstens nur seine Nachahmer an. Gehört er zur Sippe der regierenden Kreise, so versuche er sein Glück durch Gesetze, durch Zölle zu erreichen; kann er auf seine Macht, den Druck seines Kapitals, auf die Stärke seiner Patente, auf den Monopolcharakter seines Eigentums pochen, so versäume er keinen Tag, dem Publikum seine Macht fühlen zu lassen. Ist seine Position schwach, so suche er sie mit Lügen zu stützen. Je dreister und fadenscheiniger die Lüge, um so lautere Wahrheit sagt er, und redlich währt am längsten.

Natürlich, damit diese allgemeine Preistreiberei den Charakter des Raubes (Raub als Macht-Mißbrauch aufgefaßt) verliert, damit der Raub durch den Raub sanktioniert werde, ist es nötig, daß sich

alle ohne Ausnahme an der allgemeinen Plünderung beteiligen. Wer es unterläßt, mit vollen Händen zuzugreifen wird zum Schelm, und wer die Wahrheit sagt, der lügt. Schon allein aus allgemeiner Menschenliebe, um keinen Lichtstrahl in das düstere Treiben fallen zu lassen, um der Ehre seiner Mitbürger wegen, sollte niemand versäumen an sich zu reißen, so viel er nur kann. Unter Räufern braucht ja kein Räuber zu erröten, und um niemanden zu beschämen, damit niemand zu erröten braucht, sollte jeder wirklich ehrliche Mensch einstimmen in das Hohelied der allgemeinen, gegenseitigen Plünderung.

Auch von den Herren Rentnern kann man diese edle Rücksicht auf den Charakter der Gesellschaft verlangen. Es ist ja sehr vornehm, sich nicht an der Katzbalgerei zu beteiligen, aber menschlich, christlich ist es nicht. Durch solches Beseitestehen schaffen sie ja erst den Vergleichspunkt, die Abtönung, die Flächenbegrenzungen, wodurch allein das moderne Treiben uns als Räuberei noch erkennbarer wird, und die vornehme Zurückhaltung wird zur Ehrabschneiderei.

Aber es ist möglich, daß das Verhalten der Herren Rentner, anderen, ehrlichen Motiven entspringt, und zu ihrer Ehre wollen wir annehmen, daß sie sich nur deshalb der allgemeinen Preistreiberei nicht angeschlossen haben, weil sie nicht recht wußten wie. Der Wunsch es den anderen gleich zu tun besteht gewiß schon lange, dafür sorgt allein schon das, was man „die Not der Rentner“ nennt.

Man spricht von der Not der Landwirtschaft, weil durch die wüste Preistreiberei der Lohnarbeiter, durch die unverschämte Konkurrenz des Auslandes, die Herren Großgrundbesitzer ihres seit Generationen bestehenden Rechtes auf eine auskömmliche Rente verlustig werden. Aber ist nicht derselbe Notstand bei den Rentnern zu konstatieren? Findet nicht oft durch die Preistreiberei der Schuldner ein Rückgang des Zinsfußes statt, wird nicht oft durch Federstrich mittels der Konversion der Staatsschulden dem Rentner der kärgliche Lohn seiner sauren Arbeit um 10 bis 15 bis 20% gekürzt, wird nicht der Glanz unseres Rentnerstandes durch den zollfreien Import amerikanischer Milliarden derart in den Schatten gestellt, daß die Erhöhung eines glücklichen Spekulanten in den Millionärsstand kaum noch so viel Aufsehen erregt, wie wenn im Dorfe eine Kuh kalbt? Ja, was noch viel schlimmer ist, geht nicht durch die Preistreiberei der Produzenten, die Kaufkraft des Goldes in demselben Verhältnis zurück? Sind es nicht in letzter Instanz die Rentner, die den Profit der Produktionssyndikate ganz allein bezahlen müssen?

Wir leben in einem Rechtsstaat, wo jeder mit der gleichen Schere geschoren wird. *Das Recht auf Rente* hat man den Herren Agrariern mit den Kornzöllen zugestanden und feierlich verbrieft; eine Anerkennung seines Rechtes auf Rente kann daher auch der Rentner verlangen. Es liegt kein erkennbarer Grund vor, warum man dem einen versagen könnte, was dem anderen mit tausend Freuden zugebilligt wird. Zwar besteht zwischen Rentner und Rentner ein Unterschied; der Grundrentner nennt sich Agrarier und der Zinsrentner nennt sich Partikulier; der erste nennt die Bestandteile seines Einkommens Pacht oder Rente, der zweite nennt sie Zinsen, aber diese Unterscheidung mag für die Wissenschaft Bedeutung haben, vor dem

Gesetze laufen die Quellen beider Einkommen zusammen, und tatsächlich gelten ja auch beide gesetzlich als „Rentner“. Auch sind Rente und Zins völlig kommensurable Größen, da man jeden Tag durch Tausch Rente in Zins und Zins in Rente verwandeln kann.

Also wenn dem Agrarier das Recht auf Rente mittels der Zölle zugesagt worden ist, so kann man schlechterdings nicht umhin anzunehmen, daß auch dem Zinsrentner ein Anspruch auf gleichen Schutz nicht streitig gemacht werden kann. Dabei ist es nicht nötig, daß der gleiche Schutz durch die gleichen Mittel – hier also Zölle – bewerkstelligt werde. Ist man grundsätzlich darüber im reinen – daß das Recht auf Rente – unter den Schutz und Schirm der Staatsgewalt zu stellen ist, so kann nur mehr die Frage erörtert werden, wie dieser Schutz am wirksamsten erzielt werden kann.

Aus bekannten zolltechnischen Gründen ist ein Zollschutz für die Zinsrentner ausgeschlossen. Für das Gold wird man niemals eine Grenzsperr wirksam einführen können. Aber es gibt andere Mittel, die ebenso wirksam sind.

Ich glaube, niemand ist darüber im Zweifel, daß die Herren Agrarier den Schutz der Grundrenten auch ohne Zölle erreicht hätten. Falls sie mit den Zöllen auf den Widerstand der Freihändler gestoßen wären, so hätten sie die Wiederherstellung der Leibeigenschaft, bzw. die Abschaffung der Freizügigkeit verlangt. Sie hätten die Handelsverträge gekündigt, um durch den Niedergang der Industrie den Arbeitsmarkt zugunsten einer Lohnherabsetzung zu beeinflussen: sie hätten die Doppelwährung wieder eingeführt, um ihre Gläubiger zu prellen, oder aber sie hätten ganz einfach eine neue Kopfsteuer erhoben und den Erlös derselben unter sich verteilt nach Maßgabe des Ausfalles an Renten. Ganz einfach, sage ich, denn Kornzoll oder Brotsteuer, ist das nicht im Grunde genommen eine ganz ungeschminkte Kopfsteuer?

Die Agrarier haben auf all die hier angeführten Mittel verzichtet, weil Kornzoll in sich Leibeigenschaft, Lohnherabsetzung; Schuldenentlastung, Kopfsteuer, Abschaffung der Freizügigkeit etc. vereinigt. Wer mich daran hindert fremde Arbeitsprodukte einzuführen, hindert mich daran, meine Produkte auszuführen, und wer meine Produkte an die Scholle kettet, macht mich zum Sklaven der Eigentümer dieser Scholle. Erst die Freizügigkeit der Produkte bringt die Freizügigkeit der Personen mit sich. Wer mich daran hindert, meine Produkte hinzusenden, wo ich sie am vorteilhaftesten austauschen kann, setzt meinen Lohn herab, wer für seine eigenen Produkte (Weizen) eine einseitige Preiserhöhung durchsetzt, erreicht damit eine Schuldenentlastung, und wer die Steuer ohne Rücksicht auf Einkommen, Alter und Geschlecht lediglich nach der Anzahl der verzehrten Brote bemißt, erhebt eine Kopfsteuer.

Alle Mittel sind gut und heilig, wenn der Zweck heilig ist, denn ein heiliger Zweck kann nur durch heilige Mittel erreicht werden: Gibt es aber einen heiligeren Zweck im Staatsbetrieb, als dem Recht – hier also das Recht auf Rente – Geltung zu verschaffen. *Fiat justitia, pereat mundus.*

(Fortsetzung folgt.)

Die Geldreform

Bd. 1.

Juni 1902

Nr. 3.

Die Hilfstruppen der Agrarier.

Wenn die Agrarier die Zollerhöhungen durchsetzen, so verdanken sie den Erfolg in erster Linie der Geschicktheit, womit sie ihre Zwecke mit der Sicherheit des Staates, mit den Geboten von Recht und Billigkeit und mit den Bedürfnissen der Arbeit verquickt haben.

Große Volkskreise sind für die Ansicht gewonnen worden, daß man die Verproviantierung des Volkes in Ruhe nicht den Kaufleuten und dem Meere anvertrauen kann, sondern, daß man die Nation in dieser Beziehung möglichst auf eigene Füße stellen muß und zwar durch Urbarmachung von Ödländereien, von Sümpfen, Sanddünen, Heiden etc. Und da sie der Meinung sind, dieses Ziel könnte nur durch eine spezifische Erhöhung der Preise der landw. Produkte erreicht werden, so stimmen sie mit den Agrariern für Zölle, der nationalen Sicherheit wegen, nicht aber um den Agrariern die Bodenrente zu sichern. Hierher gehört u.a. der Professor Adolph Wagner, derselbe Mann, den der Bund der deutschen Bodenreformer, die grundsätzlichen Gegner der Grundrente, zu ihrem Ehrenmitglied ernannt haben und der trotzdem für den Schutz der Landwirtschaft mittels Zoll stimmt.

Und solche Denk- und Handlungsweise läßt sich begreifen. Wer der Meinung ist, daß die Sicherheit des Kunstgebildes, das man Vaterland nennt, die Bebauung der Ödländereien erfordert und daß dieses Ziel nur durch Zölle erreicht werden kann, der wird vor Zöllen nicht zurückschrecken, nur weil diese mit der Nebenwirkung einer Rentenerhöhung verknüpft sind. Von zwei Übeln das kleinste.

Andere stimmen für die Kornzölle, weil sie der Meinung sind, Handel, Industrie und Landwirtschaft, überhaupt die Arbeit, müsse unter allen Umständen, koste es was es wolle, koste es selbst den Freihandel, vor einem allgemeinen Preis-

fall geschützt werden. Jeder Produzent muß die absolute Sicherheit haben, daß das Niveau der Preise, welches die Grundlage aller seiner Berechnungen bildet, nicht sinken kann. Woher, fragen sie, soll jemand den Mut nehmen zu irgend einem Unternehmen, wenn alle seine Berechnungen durch eine Differenz im Tauschverhältnis zwischen Geld und Waren zu Schanden gemacht werden könne. Der Mangel an Unternehmungslust und der hiervon abzuleitende Arbeitsmangel stammen von der Baisse als Tatsache oder als Möglichkeit her. Da sie nun einsehen, daß die Metallwährung keine Gewähr bietet gegen solche Möglichkeiten, und der Meinung sind, daß die vorgeschlagenen Zölle wenigstens einigermaßen die Folgen der eingetretenen Baisse abzuschwächen vermögen, so stimmen sie mit den Agrariern, trotzdem auch sie den Bodenrentenschutz, der mit den Zöllen verbunden ist, recht gerne vermissen würden. Aber sie sagen, daß Arbeit, die mit Renten belastet ist, immer noch besser ist als gar keine Arbeit. Von zwei Übeln das kleinste.

Dann erwachsen den Agrariern noch Hilfstruppen aus den Kreisen derjenigen, die noch von der Zeit der bimetallistischen Agitation her nicht vergessen haben, daß man die Schuldner und Pächter seiner Zeit mit der Goldwährung bestohlen hat. Sie gehen nicht von der Tatsache ab, daß es damals dem Schuldner bei Übernahme seiner Geldverbindlichkeiten kontrakt- und gesetzmäßig frei stand, nach eigener Wahl mit Gold oder Silber zu bezahlen. Wie konnte man nun die Schuldner durch Gesetz der Chancen berauben, die in dieser Klausel lagen? Wie der heutige Preisunterschied zwischen Silber und Gold beweist, betrug der Wert dieser Chance 50% der heute in Gold zu zahlenden Schuld. Wie kann man heute den Schuldner zwingen mit dem um 50% teuren der beiden Metalle zu bezahlen?

Dieselben, die in solcher Politik eine Vergewaltigung erblicken und bereit sind, das Unrecht nach Möglichkeit wieder gut zu machen, sehen auch ein, daß ein Währungssystem, welches den Schuldner nicht davor schützt, daß von ihm mehr zurückgefordert werden kann, als die Leistung betrug, ungerecht ist, und zur Beruhigung ihres Gewissens sind sie schließlich bereit, jedes Mittel zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Soll und Leistung zu ergreifen. Sie stimmen mit den Agrariern für Kornzölle, weil die damit verknüpfte Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte die Schulden

dem Niveau der Leistung näher bringen soll, nicht aber um den Agrariern die Rente zu sichern. Von zwei Übeln wählen sie das kleinste. Das ist eben der Fluch der stümperhaften Lösung, die man der Währungsfrage 1872 gab, daß sie fortzuegend Böses gebären muß. Wer die agrarische Agitation für Kornzölle rückwärts verfolgt, wird ihre ersten Ansätze in den Währungsgesetzen finden.

So haben nun die Fürsorge für die Sicherheit des Staates, der praktische Sinn für die Bedürfnisse der Arbeit und das Gefühl für Recht und Billigkeit den Agrariern Bundestruppen aus Kreisen zugeführt, die sonst für eine staatliche Versicherung der Bodenrente nicht zu haben wären.

Und mit Hilfe dieser Truppen werden die Agrarier siegen, wenn es nicht gelingt, ihnen diese Genossen abspenstig zu machen.

Wie man das anfangen könnte, will ich hier kurz zeigen.

Diejenigen, die aus Rücksicht auf die nationale Verproviantierung mit den Agrariern stimmen, erblicken in den Zöllen eine nationale Subvention, die bestimmt ist, den Ackerbau auf jetzigem Ödland noch rechnerisch möglich zu machen.

Nun denn, wenn es sich um einen reinen Zuschuß handelt, so kann man diesen doch auch direkt aus dem Staatssäckel bezahlen. Es ist doch nicht nötig, daß man deshalb eine allgemeine Preiserhöhung des Brotes und eine Erhöhung der Grundrentenlasten vornehme. Bezahle man dem Bauer auf der Lüneburger Heide einen angemessenen Zuschuß für jeden Hektoliter Korn, das er erzeugt, dem Hirten auf dem hohen Venn einen Zuschuß für jede Kuh, die er dort söm-mert, etc. etc. und man wird ja sehen, wie bald sich nicht allein Heiden, Sümpfe, Sanddünen, Felskoppen mit wogenden Getreidefeldern bedecken werden, sondern man wird auch noch alle Fensterbretter mit blühenden Kartoffelstauden prangen sehen. Mit Geld, mit Zuschüssen kann man ja den Kornbau in Blumentöpfen rechnerisch möglich machen.

Dieses System hätte auch noch den Vorteil daß man genau wüßte, wie viele Millionen die Milch vom hohen Venn dem Reiche kostet und daß mancher beim Erhalt des Steuerzettels sich veranlaßt sehen würde, die Theorien des Freihandels einer Prüfung zu würdigen. Aber die Millionen, die man so auf dem Steuerwege bezahlen würde, wären doch nur ein schwacher Bruchteil der Milliarden, die man durch die Zölle den Agrariern an Rente zu schenken beabsichtigt.

Übrigens, wer ein Freund klarer Verhältnisse ist und in den Subventionen nur eine Quelle von Puschereien erblickt, der lasse die Ödländer einfach auf Reichskosten (nicht Staatskosten, da es sich um die Sicherung des Reiches handelt), so weit in landbaufähigen Zustand setzen, daß der Landbau ohne direkten Zuschuß möglich werde. So hat es ja, soviel ich weiß, Friedrich der Große mit Erfolg gemacht. Das gibt weniger Schreibung, weniger Betrug und führt gleich sicher zum Ziel.

Und schließlich, wer einer solchen Behandlung der Ödlandfrage nicht abgeneigt ist, aber der Zölle als Kampfmittel bei Abschluß der Handelsverträge nicht entraten zu können glaubt, dem rate ich die Grundsätze Henry George's zu prüfen. Ihr braucht Zölle! Ihr wollt den Preis des Brotes verdoppeln, verdreifachen! Ganz recht, tut es, sorgt aber gleichzeitig dafür, daß die mit den Zöllen steigende Grundrente mittels einer *Reichsgrundrentensteuer* dem Volke, das die Rente zahlte, wieder zugeführt werde.

Wenn dieses geschieht, dann wird die Opposition sofort abflauen, freilich mit ihr zusammen auch der agrarische Enthusiasmus für die Zölle, denn niemand wird noch ein Privatinteresse an den Zöllen haben.

Die Konfiskation der Grundrente mittels einer entsprechenden Steuer, nach dem Vorschlag von Henry George, würde es gestatten, den Preis des Getreides durch Zölle so hoch zu schrauben, daß auf jedem Fleckchen Erde, auf dem schlechtesten Boden, der Landbau noch rechnerisch möglich würde, ohne daß aber dem Volke daraus höhere Lasten erwachsen, als die Summe der Unterbilanz heute bei der Bebauung der Ödländereien betragen würde. Der ganze übrige Betrag des Unterschiedes im Brotpreise würde dem Staate und dem Volke durch die Grundrentensteuer wieder zurückgeführt werden.

Es ist also möglich, die Bedenken ängstlicher Leute in bezug auf die Verproviantierung des Volkes zu berücksichtigen, ohne die Grundrentenlasten des Volkes zugunsten von Faulenzern um ungezählte Millionen zu erhöhen.

Was die zweite Kategorie der Hilfstruppen der Agrarier anbelangt, so bleibt zu ihrer Befriedigung nichts anderes übrig, als die Goldwährung, überhaupt die Metallwährung, durch die reine Papierwährung zu ersetzen. Nur allein die Papierwährung bietet die materielle Möglichkeit, das Geld-

angebot dem Warenangebot derart, zu allen Zeiten, anzupassen, daß eine allgemeine Baisse, Absatzstockung, Krise verhütet werden können, besonders wenn die Papierwährung mit dem *materiellen Umlaufzwang* und der damit parallel laufenden Beseitigung der Privatgeldreserven verbunden wird. Mit der Papierwährung mit materiellem Umlaufzwang vermag man (wenigstens so lange die ehrlichen Leute im Lande das Heft in der Hand behalten), den Kurs des Geldes haarscharf auf ein bestimmtes, gewünschtes Ziel zu richten. Und schließlich auch die Leute, die aus lauterer Liebe zur Gerechtigkeit und Billigkeit sich an dem Raubzug der Agrarier beteiligen, wird man nur allein mit der Papierwährung befriedigen, beruhigen können. Allein die Papierwährung,, die völlige Scheidung des Geldes vom Metall, gestattet es, das Gleichgewicht zwischen Soll und Leistung in den Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldern herzustellen.

Es wird jetzt endlich anerkannt, daß eine Mark d. r. W. nicht identisch ist mit einem Klümpchen Feingold; gleichzeitig fehlt es aber noch an einer gesetzlichen Bestimmung dessen, was als Mark d. r. W. eigentlich anzusehen ist. Bestimme man *in Waren ausgedrückt* die Leistung, die einer Mark d. r. W. entsprechen soll, und wenn dies geschehen, so richte man den Kurs des Papiergeldes auf dieses Ziel. Ich stehe dafür mit meinem Kopf und Geld, daß nach Einführung *des materiellen Umlaufzwangs des Geldes*, nach Beseitigung der Privatgeldreserven, nach Herstellung eines absoluten staatlichen Notenmonopols und Ausscheidung aller Privatinteressen aus der Verwaltung des Notenmonopols, das gewünschte Ziel mit Sicherheit und zwar absoluter Sicherheit zu erreichen sein wird.

Aber hier eben sitzt der Haken. Das ganze Volk, Fürsten, Gelehrte und Stallknechte, ist vom Golde so geblendet worden, daß es wie Bettlerkinder daselbe anglotzt und für jedes vernünftige Wort taub ist. Ohne die geringste Spur selbständigen Denkens wird die lange Litanei hohler Phrasen, aus der Luft gegriffener Behauptungen, womit die Metallwährung verherrlicht wird, von Alt und Jung, von Professoren und Studenten, einfach nachgebetet.

Man geht in dieser Stumpfsinnigkeit sogar so weit, daß man, die Geschichte und Genealogie der Goldwährung völlig vergessend, dieser neben der Hekatombe von wirtschaftlichen

Existenzen jetzt auch noch *ihren einzigen Zweck zum Opfer bringt*. Die Goldwährung führte man ein, weil man der Ansicht war, daß der internationale Handel in ihr eine Förderung und Stütze finden würde; jetzt opfert man mit den Zöllen den internationalen Handel, um die Folgen der Goldwährung abzuschwächen!! (Anm.) [Anmerkung: Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Einführung und Erhöhung der Zölle in allen am Welthandel beteiligten Länder parallel läuft mit der Einführung und Ausbreitung der Goldwährung.]

Preise und Währung.

Die Behauptung des Reichsbankpräsidenten, daß die Währungsfrage gelöst sei, und die des Reichskanzlers, daß die Landwirtschaft der niedrigen Kornpreise wegen Not litte, widersprechen sich.

Die Währungsfrage wird gelöst sein, wenn das allgemeine Preisniveau der Waren vor Schwankungen geschützt sein wird, wenn namentlich die landw. Produkte als Ausschlag gebende Warenkategorie den Preisstand, der als Vergleichspunkt zu dienen hat, nicht verlassen, wenigstens nicht auf längere Zeit.

Wer ein Gut kauft, pachtet oder erbt, wer mit dem kauft oder der Erbschaft Schulden oder Hypotheken übernimmt, muß die Sicherheit haben, daß die Preise der Produkte im Durchschnitt der Jahre sich nicht verändern werden, daß er weder von seinem Pachtkontrakt noch von den Hypotheken erdrückt werden wird.

Jeder Produzent, Unternehmer, Kaufmann, im besonderen aber jeder, der durch die Natur seiner Sache gezwungen wird, auf Jahre hinaus sich kontraktlich zu binden, wie es in allen Gewerben und namentlich in der Landwirtschaft die Regel ist, muß unerschütterliches Vertrauen in die Landeswährung (die ja die Grundlage für die Berechnung des Pacht- und Kaufpreises lieferte) haben, er muß darauf schwören können, daß, so lange ehrliche Leute im Lande das Heft in der Hand behalten, der durchschnittliche Preisstand der Produkte sich nicht verändern wird.

Wenn er das nicht kann, so pfeife ich auf die Landeswährung und erkläre die Behauptung des Reichsbankpräsidenten

für Schwindel und die des Reichskanzlers, laut welcher die Preise durch Zölle zu heben sind, für Währungspfuscherei.

Durch Anpassung des Geldangebots an das Warenangebot hebt man die Warenpreise auf die gewünschte Höhe, nicht aber durch Zölle! Ist das Niveau der Preise gefallen, so soll mehr Geld angeboten werden; ist das Niveau gestiegen, so soll Geld eingezogen werden, kurz, es muß dafür gesorgt werden, daß zu allen Zeiten, mag da kommen was will, genau, aufs Haar genau so viel Geld angeboten wird, wie nötig, um die Warenpreise festzunageln.

Ist dies Ziel einer „common sense“ Währung nicht mit den Vollmachten der Reichsbank zu erreichen oder nicht mit den Interessen der Reichsbankaktionäre zu verbinden, so erweitere man diese Vollmachten und verstaatliche die Reichsbank. Steht die Goldwährung oder überhaupt die Metallwährung einer gesunden und vernünftigen Währungspolitik im Wege, so ersetze man dieselbe durch eine Papierwährung. Das Papiergeld ist ja schmiegsam, plastisch, es läßt sich allen Wünschen, den diebischen wie den ehrlichen, sowohl denen des Handels, wie denen der Spekulation, anpassen.

Stehen die Privatgeldreserven einer strengen, kaufmännischen Währung im Wege, so beseitige man diese durch Einführung eines *materiellen Umlaufzwanges des Geldes*.

Die Privatemissionsbanken standen der Reichsbank im Wege, und man hat sie beseitigt; stehen die Privatgeldreserven (die ja auch wie eine Unzahl kleiner Emissionsbanken wirken und als solche aufzufassen sind), der Zentralemissionsbank im Wege, so beseitige man dieselben mit derselben Rücksichtslosigkeit.

Der Reichsbank oder Währung soll niemand ins Handwerk pfuschen können; das Geldangebot soll nicht von Konjunkturen, von den Eingebungen oder Launen des Bankiers, von den Berechnungen der Spekulanten abhängig sein.

Kurz, man treffe alle Anordnungen, die nötig sind, um dem Unternehmer, dem Kaufmann und dem Bauer eine über alle Pacht- und Schuldkontrakte hinweg feste Unterlage für ihre Berechnungen zu bieten. Solange diese Unterlage fehlt, ist jeder Handel Spekulation, jede Spekulation *va banque* Spiel und die Klagen der Bauern, der Ruf nach Schutz, die Agitation für Zölle, werden nicht aufhören.

Absatzversicherung auf Gegenseitigkeit. [II]

Schluß.

Ihr sagt, das Geld stünde schon unter Umlaufzwang, weil jeder durch den Zinsverlust veranlaßt wird, das Geld so schnell wie möglich immer wieder in Umlauf zu setzen!

Diese Bemerkung ist Eures Geldsystems würdig. Ihr grübelt über das Zinsproblem nach, stolpert über seine Lösung und merkt es nicht. Wenn es ein Hund gewesen wäre, sagt Henry George bei einer ähnlichen Gelegenheit, er hätte Euch gebissen.

Ihr sagt, daß der Zinsverlust das Geld in Umlauf setzt. So habt Ihr Euch gewiß noch nie die Frage gestellt, was geschehen würde, wenn eines Tages der Zinsfuß auf 0 fallen sollte! Würde in diesem Falle nicht das Geldangebot überhaupt ganz vom Markte verschwinden, und müßte da nicht Arbeit und Absatz stocken? Würden durch diese Absatzstockung nicht die Vorräte, welche den Zins auf 0 herabgedrückt hatten, angegriffen werden und zwar so lange, bis der Zins wieder zum Vorschein kommt? Also Ihr seht, Ihr habt die Sache auf den Kopf gestellt – nicht der Zins bringt das Geld in Umlauf, sondern umgekehrt – der Geldumlauf hat den Zins zur Voraussetzung.

Kein Zins, kein Geld – kein Geld – keine Arbeit.

Keine Arbeit, keine Vorräte – keine Vorräte – .. Zins !

Wollt Ihr also neben einer Absatzversicherung Euch auch noch der Möglichkeit einer zinsfreien Güterzirkulation erfreuen, so stellt das Geld unter Zwangsangebot. Ihr seid dann sicher, daß Ihr Eure Produkte auch dann noch absetzen könnt, daß Ihr Vorräte anlegen, Ersparnisse machen könnt, wenn die Konjunkturen auf dem Anleihemarkt den Zins auf 0 herabgedrückt haben.

„Die Ausscheidung des Geldes aus dem Warenaustausch, sagt Proudhon, [s. Mülberger: Weder Gold noch Silber.] eröffnet der Arbeit unbegrenzten Absatz, denn merkwürdigerweise, wiewohl niemand bisher darauf aufmerksam gemacht hat, ist das Geld nicht Schlüssel, sondern Riegel des Handels. Das Geld ist eine Wache, die die Ausgänge des Marktes besetzt und Befehl hat, niemanden passieren zu lassen“.

Aber Proudhon hat nicht untersucht – *warum* das heutige Geld eine Wache ist, weshalb es Riegel statt Schlüssel ist; darum wünscht er das Geld aus dem Warenaustausch auszuschneiden. Er dachte wohl, daß das Geld nicht anders beschaffen sein kann, als wie es ist.

Aber dem ist nicht so, und es ist ein Glück. Denn das Geld werden wir nicht entbehren können. Selbst die Kommunisten sehen ein, daß sie das Gold durch anderes Geld (Arbeitsscheine) ersetzen müßten.

Wenn das Gold Riegel statt Schlüssel des Warenaustausches ist, wenn es die Ausgänge des Marktes besetzen kann, so liegt das allein daran, daß es vom Angebotszwang befreit ist, daß es sich, bessere Konjunkturen abwartend oder erzwingend, in die Bastille seiner materiellen und gesetzlichen Privilegien zurückziehen kann.

Laßt uns also diese Bastille erstürmen, laßt uns das Geld unter Umlaufzwang stellen, laßt uns das Geld entwaffnen. Wir brauchen das Kind nicht mit dem Bade auszugießen. Das Geld ist plastisch, wir können es nach unseren Wünschen gestalten. Die Benutzung eines staatlichen, zentralistisch verwalteten, gemeinsamen Tauschmittels zwingt sich allen mit solch elementarer Gewalt auf, daß, wenn wir Guano zu Geld machten, niemand sich der Annahme desselben widersetzen könnte.

Laßt uns also das Geld auf die Rangstufe von Ware und Arbeit herabsetzen. Arbeiten heißt Waren absetzen, und Waren absetzen heißt sie gegen Geld verkaufen. Wie soll aber ein solcher Verkauf stattfinden, wenn das Geld als Ware betrachtet besser ist als die Ware?

Die Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen heißt, die Ware und Arbeit zu barem Gelde machen, da doch Ware und Arbeit das Geld zu passieren hat. Ware und Arbeit wird aber zu barem Gelde, sowie das Geld der Ware in keiner Lage und zu keiner Zeit vorgezogen wird. Wer dann über Ware verfügt, verfügt auch über bares Geld; wer Zeit zur Arbeit hat, hat auch bares Geld in der Tasche. Zeit wird dann wirklich Geld.

Goldtrust! [III]

Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner

Fortsetzung

Motto: Im Trüben ist's gut fischen.

Man sieht also, daß der Schutz des Rechtes auf Grundrente nicht auf Zollschatz angewiesen ist. Mit obigen, von den Herren Agrariern oft schon empfohlenen Mitteln könnte der Zweck ebenso sicher erreicht werden.

Doch nur für den Schutz der Grundrente sind diese hier angeführten Mittel bestimmt und nur für diesen wirksam; für den Schutz der aus Zinsen sich aufbauenden Renten können dieselben nicht benutzt werden. Das Geld ist auf Handel und Verkehr, auf die Freiheit angewiesen. Höchstens die Kopfsteuer könnte man in Betracht ziehen, aber diese Steuer ist dem Volke unsympathisch, und solange eine Umwertung derselben in der Gedankenwelt des Volkes nicht gelungen ist, d.h. solange das Volk nicht begriffen hat, daß eine zugunsten der Rentner erhobene Kopfsteuer die arbeitenden Klassen unmittelbar bereichert, weil durch eine solche Steuer die Rentner in die Lage gesetzt werden, ihren Konsum der unerschöpflichen Produktionsfähigkeit der schweißstriefenden Massen anzupassen – so lange tut man gut, diese einfachste Art des Rentenschutzes für bessere Zeiten, für ein aufgeklärteres Volk zurückzulegen.

Wenn wir also aus der Aufzählung der Mittel, über die die Herren Agrarier verfügen, um das Recht auf Rente wirksam zu machen, eine Lehre ziehen können, so ist es die, daß eigentlich jedes Mittel recht ist. Also nur frisch auf das Ziel los. Schneidig und rücksichtslos.

Worin besteht die Not der Rentner? In dem zu niedrigen Preis des Goldes, also des Geldes. Über den Zinsfuß ist ja eigentlich nicht zu klagen (obschon man grundsätzlich immer klagen müßte), aber der Preis, den das Gold auf dem Warenmarkt erzielt, ist in skandalöser Weise zurückgegangen. Eine Stunde Reise im Postwagen kostete früher kaum eine Mark, heute muß man für die gleiche Zeit, die man im Eisenbahnwagen 1. Klasse zubringt, das dreifache bezahlen. Ist das nicht ein einwandfreier Beweis, daß der Taler zur Mark geworden ist, denn Zeit ist doch Geld? Time is money. Freilich in letzter Zeit soll eine kleine Besserung eingetreten sein, insofern, als die Preise einer Reihe von Waren zurückgegangen sind. So z.B. bekommt man jetzt das Dutzend Stecknadeln für fünf Pfennige statt sechs; aber welche Gewähr bietet uns

die bestehende freie Goldprägung

die zollfreie Einfuhr von Barrengold, überhaupt die Goldwährung, daß der erfreuliche Preisrückgang auch in den für unser liebes Vaterland so unentbehrlichen Preissturz übergehen wird? Und da eben liegt der Hund begraben.

Die freie Goldprägung muß fallen! Die Erfahrung hat bewiesen, daß die Aufhebung der freien Silberprägung nicht genügt, um eine

Überschwemmung des Geldmarktes mit billigem Gelde zu verhüten. In der freien Goldprägung ist der letzte Grund der sich immer mehr fühlbar machenden Not der Rentner zu suchen. Deshalb weg mit diesem barbarischen Rest vorsintflutlichen Tauschhandels!

Aber, höre ich sagen – an der Währung darf nicht gerührt werden – mit dieser Forderung würden die Rentner auf den Widerstand des ganzen Volkes stoßen. Die Goldwährung hat sich seit ihrer Begründung glänzend bewährt. Noch niemals haben wir so schnell aufeinander folgende schwere Krisen erlebt, noch niemals ist die Handelswelt so wirksam durch finanzielle Erschütterungen aus der Versumpfung aufgerüttelt worden. Wer die Goldwährung antastet, untergräbt die Grundfesten des Reiches.

Das alles mag ja wahr sein, aber was hat dies zu bedeuten, wenn die Goldwährung der Rechtspflege im Wege steht? Wir brauchen die Sperrung der Münzstätten, um das Geld vom Golde zu trennen, um dem Gelde einen neuen, d.h. wesentlich höheren Preis zu verschaffen.

Übrigens, dieser Widerstand des ganzen Volkes hat nicht viel zu sagen. Als vor dreißig Jahren die Rentner in richtiger Erkenntnis der Gefahren, welche ihren Interessen aus der Doppelwährung, aus der Verbilligung des Geldes, aus der Steigerung der Löhne und Preise drohten, die Aufhebung der freien Silberprägung verlangten, da hat man ihren gerechten und fortschrittlichen Forderungen gleich willfahren. Dem Bauer, dem Wähler wurde zu erkennen gegeben, daß durch die Abschaffung der Doppelwährung die Kaufkraft des Geldes steigen würde, wie sie ja auch damals gestiegen ist und daß jeder für das Geld, das er in der Tasche hatte, mehr Ware würde kaufen können, daß infolgedessen eine allgemeine Bereicherung des Volkes eintreten müßte, und das genügte. Das Volk stimmte mit Hurra einer Reform zu, durch welche es sich freiwillig und ohne Entschädigung einer Chance im Betrage ungezählter Milliarden begab. Wie das möglich gewesen ist, bleibt freilich rätselhaft, wenn man nicht völlige Unwissenheit oder Verblendung der Wähler und der Gewählten voraussetzt. Ich, für meinen Teil, werde nicht müde darüber nachzusinnen, wie man, ohne Bauernfängerei zu betreiben, ohne mit dem Ärmel das Zuchthaus zu streifen, es fertig bringen könnte, jemand dazu zu bringen, daß er nach Abschluß eines Lieferungsvertrages, der ihm kontrakt- und gesetzmäßig die freie Wahl zwischen zwei Stoffen (Gold und Silber) läßt, *freiwillig und ohne irgendwelche Entschädigung* sich nachträglich verpflichtet, die Lieferung ausschließlich in dem einen der beiden Stoffe (Gold) auszuführen, weil er an der Lieferung des anderen Stoffes (Silber) infolge glücklicher Umstände einen großen *Gewinn* erzielen würde. Und doch hat man dieses Kunststück fertiggebracht. Der Bauer sah eben nur den Bissen, den man ihm an der Angel der Goldwährung bot, und er griff zu.

Soll nun der Fang, der damals gelang, heute mißlingen? Ist das Volk klüger geworden, hat es endlich begriffen, daß in demselben Verhältnis, wie das Geld in der Tasche teurer wird, auch die Last der Schulden im gleichen Verhältnis wächst?

Keine Spur dieser Erkenntnis ist zu sehen, das Volk ist in Währungsfragen so naiv wie zur Zeit der „großen“ Geldreform. Von einem Studium der Währungsfrage ist ja nichts zu merken; es genügt überhaupt, daß jemand das Gespräch auf dieses Thema bringt, damit er zum mindesten als Original behandelt werde. Wer das nicht glaubt, der überzeuge sich doch durch einen Versuch. Von Bamberger, glaube ich, stammt der Ausspruch, daß die Währungsfrage neben der Liebe die meisten Verrückten gemacht hat. Das hat man sich gemerkt, und da niemand seine geistige Widerstandsfähigkeit einer vielleicht gefährlichen Probe unterwerfen will – so läßt man still die Sache auf sich beruhen. Und bei einer solchen Sachlage will man behaupten, daß ein herzhafter Anschlag auf die Goldwährung an dem Widerstand des Volkes scheitern würde? Ich pfeife auf solchen Widerstand. Das Volk, sage ich, ist in Währungsfragen blind wie eine aufgescheuchte Eule. Es flüchtet sich regelmäßig in die düsteren Ecken und im Düstern läßt sich gut fischen. Will man für diese Behauptung einen Beweis, so nehme man doch das Heftchen zur Hand, „die Währungsfrage“, welches der deutsche Verein zum Schutze der Goldwährung als gemeinverständliche Schrift veröffentlichte. Es behandelt darin die Währungsfrage aufgrund des Wertglaubens und gleich auf der ersten Seite apelliert es nicht weniger als zehn mal an diesen Glauben, ohne daß der Verfasser es für nötig hält zu erklären, was er persönlich unter Wert versteht! Nun vergegenwärtige man sich, daß der Ausdruck „Wert“ wissenschaftlich überhaupt nicht bestimmt ist; daß zahllose „Werttheorien“ nebeneinander ihr Dasein fristen, ja daß die Begründungsfähigkeit des Wertglaubens überhaupt angezweifelt wird und daß dem Verfasser oben genannter Schrift diese Verhältnisse bekannt sein müssen. Mancher wird in einem solchen Verfahren einen Beweis für die Wahrheit des zitierten Ausspruchs Bambergers erblicken, ich führe diese Tatsache hier nur an, um zu zeigen, daß das Volk für jede Währungspuscherei reif ist und daß man die Fallen nur in irgendeiner dunklen Ecke der Wissenschaft aufzustellen braucht, um das Volk fangen und rupfen zu können. Und da spricht man noch von Widerstand? Ich bitte Sie! Woher sollen die Kräfte kommen, um einen Angriff auf die Währung abzuschlagen? Von den Kanzeln des Wertglaubens?

Also fort mit dem freien Prägerecht. Die Geldausgabe, die Ausmünzung soll beschränkt werden. Das Geld soll vom Golde getrennt werden, und der Preis der Mark soll auf den des Talers gebracht werden, so daß man für eine Mark ebensoviel, ebenso gute Ware erhält, wie wenn man heute einen Taler vorzeigt. Ist der Plan nicht herrlich, prachtvoll, entzückend? Jeder Markmillionär wird zum Talermillionär, nicht nominell, pro forma, aber effektiv. Die Mark wird, ohne umgeprägt zu werden, ohne den nutzlosen Ballast an Silber zu vergrößern, zum Taler erhoben und jeder Bauer, jeder Löhner wird für das Geld, das er in der Tasche hat, dreimal soviel Ware erhalten als jetzt und für das Geld, das er persönlich oder durch den Staat oder die Gemeinde schuldet, wird er dem Gläubiger dreimal soviel Ware liefern dürfen. Das leuchtet allen ein, das wird ein Jubel im Volke, wenn es heißt, daß alles, alles ohne Ausnahme,

Kartoffeln, Miete, Strümpfe, Löhne, Steuern billig, kolossal billig werden soll. Wird doch noch heute eine allgemeine Baisse mit Jubel, eine allgemeine Hausse mit Wehklagen begrüßt, ist doch das Volk noch nicht im Stande, zwischen Baisse und Billigkeit zu unterscheiden. Wir werden uns selbstverständlich hüten, das Volk darüber aufzuklären, daß Kauf und Verkauf in innigster Wechselbeziehung zueinander stehen, daß der Käufer nur gewinnt, was der Verkäufer verliert, und daß der schließliche Erfolg einer solchen Reform in einer Preiserhöhung des Geldes genau entsprechenden Vermehrung der Schuldenlast hinausläuft. Hat man dem Volke seinerzeit den Zusammenhang erklärt, als man ihm mit der Goldwährung die Schulden eingesalzen hat? Ei, bewahre, sehe doch jeder selbst, wo er bleibe, und wer steht, daß er nicht falle.

Wir verlangen also, statt der freien, die fakultative Goldprägung, und solange die Mark nicht den Preis des Talers erklimmen hat, sistieren wir überhaupt alle weiteren Prägungen.

Unser Vermögen besteht aus Geldforderungen, nicht aus Goldforderungen, und wenn wir das schwache Band, welches Gold und Geld heute gesetzlich verbindet, zerhauen haben, dann werden wir unsere Schuldner den Unterschied fühlen lassen. Wir werden dann auf unserem Schein bestehen und mit dem Brustton innerster Überzeugung ausrufen: Unser Recht auf Rente war doch kein eitler Wahn, es gibt noch Richter in Berlin.

II.

Wenn zwei dasselbe verlangen, so ist es doch nicht dasselbe. Das würden die Rentner gleich merken, wenn es ihnen in den Sinn käme, das durch die Kornzölle feierlich verbrieft *Recht auf Rente* für sich in Anspruch zu nehmen. Sie würden gleich einsehen, daß man zwischen Zins und Rente nicht allein in der Wissenschaft, sondern auch in der Rechtspflege scharf zu unterscheiden weiß. Es würde eben heißen: Wir anerkennen das Recht auf Grundrente, aber das Recht auf Zinsrente, ja, das ist doch ganz was anderes. Die Verbrieftung des Rechtes auf Grundrente durch die Kornzölle impliziert noch lange nicht die Anerkennung des Rechtes auf Zinsrente. Gewiß, die Grund- und Zinsrentner sind beide Rentner, aber der erste ist ein Agrarier, während der andere nur ein Particulier ist, also ein gewaltiger Unterschied. Wie man in der Rechtspflege der Kolonien zwischen Schwarzen und Weißen unterscheidet, so hat man auch zwischen den Ständen zu unterscheiden. In einem Rechtsstaat soll jeder standesgemäß behandelt werden. Nichts vernünftiger als das. Dem Agrarier die Rente, dem Volke die Pflicht diese Rente aufzubringen. Wo würde das z.B. hinführen, wenn man den Rechtsanschauungen der Schwarzen, Weißen und Roten das gleiche schwarz-weiß-rote Recht anpassen wollte? Ist der Gedanke nicht lächerlich?

Also mit dem Staatsschutz des Rechtes auf Zinsrente ist es nichts; auf Staatshilfe müssen die Rentner verzichten. Übrigens durch die Ausrottung des Klassengeistes aus der Rechtspflege würde sich der Staat in unlösbare Widersprüche verwickelt finden. Das Recht auf Zins- und Grundrente, d.h. die Rechtsansprüche auf neue,

d.h. höhere Geld- *und* Weizenpreise heben sich ja gegenseitig auf. Wer den Weizenpreis hebt, drückt auf den Geldpreis und umgekehrt; bilden doch die landwirtschaftlichen Produkte eines der wichtigsten Elemente des Geldpreises.

Nun könnte man auf diesen inneren Widerspruch die Behauptung stützen, daß etwas faul ist an der gleichzeitigen Not der Grund- und Zinsrentner. Aber das ist ja eben das köstliche an der Goldwährung, das ist ja der wahre Grund, weshalb sich die Goldwährung so glänzend bewährt. Auf die wichtigste aller Währungsfragen, auf die Frage, ob der Preis des Geldes festgeblieben ist, bleibt sie die Antwort schuldig. Und dieses Schweigen kann nun jeder zu seinen Gunsten deuten. Daher diese allgemeine Zufriedenheit. Man kann es ja heute noch alle Tage hören, daß, während der eine behauptet, der Preis des Geldes wäre gestiegen, der andere das Gegenteil zu beweisen sucht und daß gewöhnlich beide Recht behalten. Die wichtigste Bedingung jeder Währung ist der feste Preis des Geldes – also die über Ort und Zeit erhabene Gleichmäßigkeit im Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld, und diese Gleichmäßigkeit hat man – der Teufel weiß warum, – einfach ohne irgendwelche Prüfung beim Golde vorausgesetzt. Existiert doch bis heute überhaupt kein offizielles Maß für die Bemessung des Goldpreises! Das klingt unglaublich, märchenhaft, aber es ist so. Überhaupt hat man bisher keine einzige der Voraussetzungen der Goldwährung einer Prüfung unterzogen und wenn, wie es heißt, die Voraussetzungslosigkeit der Grundzug der deutschen Wissenschaft ist, so muß man gestehen, daß bei Gründung der Goldwährung die deutsche Wissenschaft nicht mitgewirkt hat. Alles wurde vorausgesetzt, nichts geprüft, noch weniger erwiesen. Ist es nicht schonbarer Unsinn, den festen Preis des Goldes als eine Eigenschaft dieses Metalles auszugeben? Der Preis drückt doch immer nur das Verhältnis mehrerer Elemente, niemals aber eine Eigenschaft eines Dinges aus. Dem Gelde kann man durch dauernde Beherrschung der Elemente, die seinen Preis bestimmen, dauernd einen festen Preis geben, – aber das ist auch alles. Den Preis wird das Geld niemals als Eigenschaft besitzen, der Preis bleibt immer Produkt einer Handlung.

Der völlige Mangel eines offiziellen Maßstabes für den Preis des Geldes bringt es mit sich, daß heute jeder nach seiner Façon mißt. Der Dorfkrämer, der sich nicht an das offizielle Maß gewöhnen kann und den Essig nach alter Weise in Schoppen verkauft, setzt sich einer Strafe aus – für die Messung der wichtigsten aller Waren – des Geldes – schnipselt sich jeder selbst einen Maßstab. Deshalb konnte auch der Reichsbankpräsident im Reichstag am 14./XII.99, also zur Zeit einer auch ohne Messung erkennbaren allgemeinen Hausse aufgrund wahrscheinlich einer x-beliebigen Werttheorie, schlankweg behaupten, die Währungsfrage sei gelöst (was doch so viel heißen soll, es wäre gelungen, den Preis des Geldes zu fixieren), ohne daß jemand dieser Behauptung mit einwandfreiem Beweismaterial konnte entgegentreten.

Es herrscht also in dieser so außerordentlich wichtigen Einrichtung die tollste Anarchie, und da soll einer beweisen, daß die

Not der Rentner nicht existiert! Sie existiert, und wenn der Reichsbankpräsident unsere Notlage aufgrund einer Werttheorie leugnet, so schleudern wir ihm tausend andere Werttheorien entgegen, und im Streite der Theorien entscheidet die Majorität.

Übrigens, warum Zeit und Worte verlieren, um diesen Notstand der Rentner nachzuweisen? Auf Staatshilfe, auf den Schutz unseres Rechtes auf Rente ist ja doch nicht zu rechnen. Der Staat hält den Notstand der Grundrentner für erweisen – folglich kann er den Notstand der Zinsrentner unmöglich zugeben. Beide Rechte heben sich da gegenseitig auf, und unser Recht auf Zinsrente leiten wir auch nur vom Rechte auf Grundrente ab. Mit dem Falle des Grundrentenrechtes fällt auch unser Recht.

Aber des Anstandes wegen, um die zu ergreifenden Maßregeln vor dem Publikum zu rechtfertigen, wäre es angezeigt, das Bestehen eines Notstandes zu beweisen ! Aber Anstand – ich bitte Sie – hat man nicht den angeborenen Anstand des deutschen Michel so systematisch auszurotten unternommen, daß von diesem Anstand nur mehr einige häßliche Narben übrig bleiben? Schneidig und rücksichtslos, das ist die Parole, Amboß oder Hammer, Ellenbogenrecht wie in einer kommunistischen Küche. Wozu also eine Rechtfertigung der zu ergreifenden Maßregeln? Wo ist das Ziel? Da, der auf den Stand des Talers dauernd zu erhöhende Preis der Mark! Weiter nichts? Also los ! Schneidig und rücksichtslos.

Wir wollen der Welt zeigen, wer stärker ist, das Recht oder die Macht; das Protektorat des Staates oder die Schärfe unserer Waffen? Wir wollen von einer Gesellschaft, die uns unser Recht vorenthält, nicht unser Recht erbetteln, wir wollen nicht vor aller Welt unsere Not klagen, uns in Lumpen hüllen, um das Mitleid zu erwecken, dem Volke das Brot verteuern, Almosen von Bettlern annehmen. Nein ! Wir wollen still unsere Not mit Würde tragen und die Waffen rüsten, um im ritterlichen Kampf unser Recht zu erzwingen. Wir pochen auf unsere Macht und pfeifen auf die Staatshilfe. Die Not der Rentner soll ein für allemal verschwinden.

Man verstehe uns recht. Wir wollen dem Gelde, der Mark d. r. W. einen ausreichenden, d.h. wesentlich höheren Preis geben; wir wollen jeder Mark, die wir in der Tasche haben, und jeder Mark, die man uns schuldet, den Preis des Talers geben. Und diese Ziel wollen wir ohne irgendwelche staatliche Unterstützung erreichen. Nicht durch die Macht unseres Rechtes, sondern umgekehrt durch das Recht unserer Macht wollen wir es durchsetzen, daß der Agrarier für den Dienst seiner Schulden die dreifache Aufwendung an landwirtschaftlichen Produkten zu machen hat, daß die Kohlenbarone die Preise ihrer Produkte um $\frac{2}{3}$ herabsetzen, daß die aufgeblasenen Parvenus, die Lohnarbeiter sich mit einer Lohnkürzung von $66 \frac{2}{3}\%$ still und ohne Streik zufrieden geben werden.

Man sieht, wir sprechen klar, wir halten über unsere Absichten niemand in Zweifel! Wir können ihn uns ja leisten, diesen Luxus an Aufrichtigkeit!

Wir verlangen, ich wiederhole es, keine gesetzliche Aufhebung oder Beschränkung des freien Goldprägerechtes; wir wollen über-

haupt kein Gesetz, wir verzichten auf jeden gesetzlichen Schutz, denn das Gesetz in diesen Dingen sind wir. L'état? C'est moi.

Wir wollen an der Goldwährung nichts ändern, nicht das Geld vom Golde trennen, keine neue Währungsfrage aufs Tapet bringen, nicht die geistige Widerstandsfähigkeit des Publikums auf eine gefährliche Probe stellen. Nach dem feierlichen Ausspruch des Reichsbankpräsidenten ist die Währungsfrage endgültig gelöst, und wir haben durchaus kein Interesse daran, durch eine allgemeine Erörterung des Problems Licht in diesen trüben Fischteich zu werfen.

Unser Angriff richtet sich *nur* auf den in Waren ausgedrückten Preis des Geldes; wir wollen für das Geld, das wir besitzen, und für das, welches man uns schuldet, nur dreimal mehr Ware als heute erhalten – das ist alles, höher streben wir nicht.

Mit dem Preise des Geldes hat die Währungsfrage offenbar nichts gemein; denn wie hätte die erste Autorität in diesen Sachen, wie hätte der Reichsbankpräsident ansonsten von einer Lösung der Währungsfrage inmitten einer ausgesprochenen Hausseperiode sprechen können? Der in Waren ausgedrückte Preis des Geldes ist gestiegen, er ist gefallen, und die Währungsfrage war und blieb gelöst. Mit dem Preise des Geldes befaßt sich kein Gesetz, kein Staat, sonst hätte man doch vor allen Dingen einen Maßstab für den Geldpreis erstellt. Den Preis des Geldes hat man dem freien Spiele der Kräfte überlassen, und an diesem harmlosen Spiele wollen wir uns jetzt beteiligen. Wir wollen in dieses freie Spiel so eingreifen, daß das Geld auf dem Markte einen um das dreifache gestiegenen Preis erzielt und das natürlich für alle, nicht für uns allein. Auch die Witwen und Waisen werden für ihr Geld dreimal soviel oder dreimal bessere Ware erhalten. Darin kann doch unmöglich etwas Unrechtes, etwas Gemeinschädliches, liegen. solange wir uns nur mit dem Preise des Geldes beschäftigen, und solange wir den Wert des Geldes unberührt lassen, ändern wir ja nichts an unserer bewährten Währung. Und an dem Werte des Geldes, ich wiederhole es, wollen wir ja nicht rühren; diesen Wert (jedermann weiß ja genau, was darunter zu verstehen ist, nicht wahr?) überlassen wir unangetastet dem Streite der Theorien und dem Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung! Möge sich der Wert des Geldes, im Gegenteil dieses Schutzes zur Ehre der Scharlatane, der Pfuscher und Dunkelmänner und zum Vorteil der Spekulanten und Wucherer noch lange, lange erfreuen. Solange der Wertglaube in den Köpfen spukt, so lange zwischen Wert und Preis unterschieden wird, solange das Vertrauen in den „inneren Wert“ des Goldes unerschüttert bleibt, solange werden wir das Gesetz in Geldsachen machen und ungestört unseren Schuldnern die Haut über die Ohren ziehen. Den **Preis** des Geldes hab Ihr uns mit der Goldwährung überantwortet – den **Wert** des Geldes schenken wir Euch.
(Fortsetzung folgt.)

Die Geldreform

Bd. 1.

August 1902

Nr. 4.

Diskontopolitik und Währung.

Den Zinsfuß zerlegt man allgemein

1. in den reinen Zins;
2. in die Risikopremie;

aber zeitweise enthält er noch ein drittes Element, nämlich

3. eine Vergütung für einen (erwarteten) Preisfall des Geldes, die man nicht unpassend mit Ristorno bezeichnen könnte.

Um die Natur dieses dritten Elements des Diskontsatzes richtig zu erfassen, ist die Erkenntnis unentratbar, daß zwischen Hausse in den Warenpreisen und Hausse im Diskontsatz ein innerer Zusammenhang besteht.

Steht eine Warenhausse in Aussicht (ganz gleichgültig, ob dieselbe begründet erscheinen mag oder nicht), so wird diese Aussicht natürlich die allgemeine Kauf- oder Anlagelust wecken, da jeder gerne sich mit möglichst großen Summen an den erwarteten Differenzen zwischen Einstands- und Verkaufspreis beteiligen möchte. Diejenigen, die über bares Geld verfügen und solches bisher in Darlehen verwendeten, suchen selbst das Geschäft zu machen, um sich die von der Hausse erwarteten Differenzen zu sichern, und die anderen, die mit geliehenem Gelde zu arbeiten pflegten, vergrößern ihre Ansprüche an die Geldinstitute bis zur Grenze ihres Kredits.

Mit dem gemessen, was man mit dem geliehenen Gelde erstanden hat, nimmt der materielle Inhalt der Geldschulden im genauen Verhaltnis zur Hausse ab; man bezahlt am Verfalltage materiell eine geringere Summe zurück, als man erhalten hat. Hat z.B. jemand für den Betrag eines diskontierten Wechsels Waren erstanden, die am Verfalltage 10% höher im Preise stehen, so kann er, der Schuldner, mit 90% Waren den vollen Betrag des Wechsels zahlen.

Es ist also klar, daß jede allgemein erwartete Warenhausse die Ansprüche an die Geldinstitute vergrößern muß und daß diese dadurch in die Lage versetzt werden, einen höheren Zinsfuß ausbedingen zu können.

Die Hausse im Diskontsatz ist somit darauf zurückzuführen, daß nach allgemeiner oder vorherrschender Ansicht eine Hausse im Anzuge ist; sie gründet in letzter Linie darauf, daß die Schuldner hoffen, sich ihrer Verbindlichkeiten mit *einem Teil* der für das geliehene Geld erhaltenen Waren entledigen zu können.

Die Erhöhung des Diskontsatzes kann man also ganz gut als eine Rückvergütung für den in der Hausse bedingten Verlust an Kaufkraft des Geldes auffassen. Dieser Charakter der Diskonterhöhung tritt noch klarer zutage, wenn man bedenkt, daß die Geldverleiher sich vor dem durch die Hausse erwarteten Verlust am Preise des Geldes durch Ankauf von Waren etc. schützen können und daß sie auf dieses Auskunftsmittel nur deshalb verzichten, weil die Diskonterhöhung sie teilweise wenigstens entschädigt.

Natürlich hat dieses dritte Element des Diskontsatzes mit der Warenhausse als Tatsache nichts zu tun; nicht die eingetretene Hausse, sondern die Erwartung einer solchen, die Hoffnung auf eine künftige noch nicht einkassierte Differenz reizt zur Anlage und bewirkt, daß die Ansprüche an die Geldinstitute steigen. Hat sich die Hausse, die man erwartete, verwirklicht und fehlt der Glaube, daß die Preise noch eine Weile so weiter sich in der Hausse bewegen werden, so tritt auch gleich der Rückschlag in den Ansprüchen an die Geldinstitute ein und der Diskontsatz muß infolge mangelnden Absatzes wieder herabgesetzt werden. Das Ristorno als Element des Diskontsatzes vermag sich also nur so lange zu erhalten, als wie die Geschäftswelt auf steigende Preise rechnet, und selbstverständlich ist, daß bei Aussicht auf Baisse sofort jede Spur eines Ristornos aus dem Diskontsatz verschwindet.

Die Höhe des Ristornos richtet sich natürlich ganz nach dem Umfang der erwarteten Warenhausse. Erwartet man eine sprunghafte, schnelle und starke Hausse, so werden die Ansprüche an die Geldinstitute auch gleich in dasselbe Tempo verfallen und der Diskontsatz wird sprunghafte, schnell und stark steigen.

Als man vor zwei Jahren in Deutschland stark à la hausse spekulierte, sprang der Diskontsatz auf 6%; jetzt, da jede

Aussicht auf eine Hausse fehlt, steht der Diskont auf 3% – den Unterschied können wir als den Betrag des Ristorno betrachten. – In Argentinien stand der Diskont zeitweise auf 15% und höher, damals, als die Papiergeldausgabe alle Preise sprungweise in die Höhe trieb – nachher, als man mit der Geldausgabe aufhörte und gesetzlich auf eine allgemeine Baisse hinarbeitete, fiel der Diskontsatz auf 5% und niedriger. Hier haben wir also ein Ristorno von mehr als 10% zu verzeichnen.

Das Ristorno im Diskontsatz hat, wie die Warenpreise, keine erkennbare Grenze; es lassen sich sehr gut Verhältnisse danken, unter denen das Ristorno und mit ihm der Diskontsatz auf 20, 50 ja 100% steigen würde. Es kommt ganz darauf an, wie hoch man die Hausse schätzt, die man erwartet. Würde sich z.B. die Nachricht verbreiten und Glauben finden, daß man unter der Eisdecke Sibiriens ein neues Dorado entdeckt hat, welches an Ergiebigkeit alle bisher entdeckten Goldfelder überragte, würde diese Nachricht durch größere Goldsendungen beglaubigt, so würden die Ansprüche an die Geldinstitute heute schon ins Grenzenlose steigen und den Diskontsatz auf eine nie gesehene Höhe treiben. Es kommt für den Diskont, wie gesagt, ganz darauf an, wie hoch man die erwartete Hausse einschätzt. Bis zur vollen Höhe der erwarteten Differenz wird der Diskontsatz natürlich nicht steigen können, da ja sonst der erwartete Profit durch den Diskont vorweggenommen würde; der Diskont wird der Differenz aber um so näher kommen, je begründeter, gesicherter die erwartete Hausse erscheint.

Es sind in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten Gesetze erlassen worden, die darauf hinwirken sollten, die Preise der Waren auf ein niedrigeres, früheres Niveau herabzusetzen und zwar mittels Einzug des in Übermaß verausgabten Papiergeldes. Noch vor zirka zwei Jahren existierte in Argentinien ein solches Gesetz, welches darauf zugespitzt war, das allgemeine Preisniveau im Verhältnis von 3 zu 1 herabzusetzen.

Würde man heute in irgendeinem Lande umgekehrt verfahren und gesetzmäßig die Preise aller Waren durch progressive Vermehrung des Geldumlaufs in die Höhe treiben, so zwar, daß man mit Bestimmtheit darauf rechnen könnte, daß in einem Jahre das allgemeine Preisniveau um 20% gestiegen wäre, so würde die Sicherheit der erwarteten Differenz den Diskont jenen 20% sehr nahebringen.

Die staatlich patentierten Emissionsbanken, die die Aufgabe zu erfüllen haben den Geldumlauf zu regeln (was doch soviel bedeuten soll, daß sie mit Papiergeld dem Handel zu Hilfe eilen sollen, jedesmal wenn er vom Metallgeld im Stich gelassen wird), kennen kein anderes Mittel um dieser Aufgabe gerecht zu werden, als die bekannte Diskontpolitik. Wenn aber – wie wir oben gesehen haben – die Erhöhung des Diskontsatzes schon an und für sich als die Vorfrucht einer kommenden oder wenigstens erwarteten Warenhausse anzusehen ist, *müssen wir da nicht in den Bewegungen des Diskontsatzes eine unverhüllte, erwartete und diskontierte Bankrotterklärung der Währung ansehen?*

Bei einer zweckentsprechenden Verwaltung des Geldwesens muß jede allgemeine Hausse oder Baisse im allgemeinen Preisniveau völlig ausgeschlossen sein; mag da kommen was will – das Angebot von Geld soll dem Angebot von Waren stets aufs Haar angepaßt sein. Ist das Geldangebot ungenügend, so soll mehr Geld angeboten werden; ist das Geldangebot zu groß, so soll der Überschuß sofort eingezogen werden; niemals aber soll wegen Mangel oder Überschuß an Geld das allgemeine Preisniveau sich verändern. Das Geld soll über Ort und Zeit hinaus derart fest im Preise wahren, daß Glaube, Hoffnung und Liebe zu einer künftigen Hausse als ein verrücktes Hirngespinnst aus allen Köpfen verschwindet. Mit der Möglichkeit einer Hausse oder Baisse soll im Handel ebensowenig gerechnet werden wie mit der Möglichkeit einer Aufhebung der staatlichen Garantien des Eigentums. Denn schließlich was bedeutet die Währung, was bedeutet das Eigentum noch, wenn die Preise der Waren auf und nieder schwanken, wie ein Rohr im Winde.

Gewiß, das Auftreten eines Ristornos unter die Bestandteile des Diskontsatzes ist an sich noch kein Beweis, daß die erwartete Warenhausse auch eintreten wird; aber schon die Ansprüche, die der Handel wegen der Aussicht auf eine kommende Hausse an die Emissionsbanken macht, beweisen, daß das Vertrauen in die Währung fehlt, daß der Handel eine Hausse für möglich, sogar für wahrscheinlich hält, daß im Handel die Ansicht verbreitet ist, die Emissionsbanken wären ihrer Aufgabe nicht gewachsen, daß das Rüstzeug der Emissionsbanken ungenügend, *kurz daß die Diskontpolitik ein unwirksamer Regulator der Währung ist.*

Warum die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber versagt.

Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, und das Angebot richtet sich nach dem Vorrat. Wächst der Vorrat, so wächst auch das Angebot, nimmt der Vorrat ab, so geht auch das Angebot zurück. Vorrat und Angebot fallen somit in eins zusammen, und statt zu sagen „Angebot und Nachfrage“ könnte es ebenso richtig heißen: Vorrat und Nachfrage bestimmen den Preis. Die Voraussetzungen der Quantitätstheorie werden durch diese Fassung sogar besser hervorgehoben.

Die Quantitätstheorie, die für alle Waren ohne wesentliche Einschränkung als richtig anerkannt wird, hat man auch auf das Geld übertragen und gesagt, daß der Preis des Geldes vom Geldvorrat bestimmt wird; doch hat die Erfahrung gezeigt, daß das Geldangebot vom Geldvorrat nicht so beherrscht wird, wie nach der Quantitätstheorie vorauszusetzen ist. Während der Geldvorrat oft unverändert bleibt, ist das Geldangebot den größten Schwankungen unterworfen. Die Reservoirs des Geldes (Banken, Geldschränke, Strümpfe und Koffer) sind zuweilen überfüllt, manchmal leer und dementsprechend ist auch das Geldangebot heute groß, morgen klein. Oft genügt ein Gerücht, um alles Geld vom Markte und Angebot zurück in die Reservoirs zu bringen; oft bewirkt ein Telegramm, das noch obendrein gefälscht sein mag, daß dieselbe Hand, die noch eben den Beutel fest zuschnürte, die Märkte des Landes mit Geld überschüttet.

Für das Geldangebot ist Vertrauen und Mißtrauen jedenfalls viel entscheidender als der Geldvorrat, und wenn wir eben von den Waren sagten, daß Vorrat und Nachfrage den Preis bestimmen, so könnte man vom Gelde ebenso richtig sagen, daß Vertrauen und Nachfrage seinen Preis bestimmen. Gewiß, der Geldvorrat ist für das Geldangebot nicht gleichgültig, denn dieser Vorrat zieht dem Angebot nach oben eine Grenze. Es kann schließlich nicht mehr Geld angeboten werden, als wie der Vorrat gestattet. Aber während für die Waren im allgemeinen die obere Grenze des Angebots (d. i. der Vorrat) auch gleichzeitig die untere bildet, so daß Angebot und Vorrat regelmäßig in eins zusammenfallen, ist beim Gelde

eine untere Grenze überhaupt nicht zu erkennen, es sei denn, daß man Null als diese untere Grenze ansehen will. [Einen klaren Beweis, daß der Geldvorrat nicht gleichbedeutend mit Geldangebot ist, hat man in dem Kriegsschatz, der seit Jahren in Spandau bei Berlin vergraben liegt. Das dort aufgehäufte Geld ist in 30 Jahren nicht einmal angeboten worden.]

Ist Vertrauen da, so ist auch Geld da, hat dagegen Mißtrauen die Oberhand, so bleibt das Geld verborgen. Das ist seine uralte Erfahrung.

Wenn aber – wie diese uralte Erfahrung beweist – das Geldangebot nicht regelmäßig und ausnahmslos dem Geldvorrat entspricht, so ist auch der Preis des Geldes vom Geldvorrat unabhängig, und die Übertragung der Quantitätstheorie auf das Geld ist nicht statthaft.

Versagt aber die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber, so ist auch die Produktionskostentheorie nicht auf das Geld anwendbar, denn die Produktionskosten können preisbestimmend nur mittelbar durch ihren Einfluß auf die Quantität, d. i. den Vorrat, wirken und dieser Vorrat ist, wie wir sahen, nicht regelmäßig und allein entscheidend für das Geldangebot.

Bei den Waren im allgemeinen verhält es sich so, daß, wenn die Produktionskosten abnehmen, die Produktion zunimmt. Mit der wachsenden Produktion wächst der Vorrat und das Angebot, und mit dem wachsenden Angebot fällt der Preis. Aber bei den Edelmetallen ist es durchaus nicht gesagt, daß mit dem wachsenden Vorrat auch gleich das Angebot wächst und noch weniger; daß das Angebot stets dem Vorrat entspricht. Beweis: Die Silberbestände in Washington.

Beide Theorien, die Quantitäts- und Produktionskostentheorie versagen also dem Gelde gegenüber und den Grund, warum sie versagen müssen, hat man in den Edelmetalleigenschaften des Geldmaterials zu suchen. Der Kriegsschatz in Spandau wäre längst zu Schutt und Staub vermodert ohne diese Eigenschaften des Goldes, und auch die Silberpolitik der Vereinigten Staaten wäre ohne diese Eigenschaften des Silbers nicht denkbar gewesen. Wenn das Gold gleich den Waren dem Zerfall ausgesetzt wäre, so würde das Geldangebot stets haarscharf dem Geldvorrat entsprechen. Vertrauen und Mißtrauen vermöchten das Geldangebot nicht zu beeinflussen. In Kriegs- und Friedenszeiten, bei guten und schlechten Konjunkturen, stets würde das Geld angeboten werden, niemals würde sich das Geld vom Markte zurückziehen können. Das

Geld würde sogar angeboten werden, wenn mit dem Umsatz ein sicherer Verlust verbunden wäre, genau wie bei den Kartoffeln das Angebot nicht davon abhängig ist, ob der Eigentümer einen Gewinn einheimst oder nicht. Kurz, Vorrat und Nachfrage würden wie den Preis der Waren so auch den des Geldes bestimmen.

Der Preis einer Ware, die wie der Kriegsschatz in Spandau und die Silberbestände in Washington, jahrzehntelang in feuchten, unterirdischen Verliesen aufbewahrt werden kann, ohne den geringsten Schaden zu nehmen, deren Angebot nicht einem inneren Triebe folgt, sondern allein vom menschlichen Ermessen abhängig ist, ist aller Fesseln ledig. Der Preis einer solchen Ware anerkennt kein ökonomisches Gesetz; für sie besteht keine Quantitäts- und Produktionskostentheorie, für ihr Angebot ist der *Profit* allein maßgebend.

Ein solches Geld ist, wie schon Karl Marx richtig bemerkt, von Haus aus Kapital, d.h. es wird nur so lange und so oft angeboten, wie ein Profit (Mehrwert) herausgeschlagen werden kann. Kein Profit, kein Geld! (natürlich spreche ich hier nicht vom Gelde des gemeinen Konsumenten, sondern vom regelrechten kaufmännischen Geldangebot.)

Nun könnte wohl mancher geneigt sein anzunehmen, daß, da der Wunsch Profite zu realisieren eine lebendige und regelmäßig drängende Kraft ist, auch der aus ihr entspringende Impuls dem Geldangebot eine ebenso große Gleichmäßigkeit verleihen muß, wie diejenige ist, die das Warenangebot charakterisiert. Das gesetzmäßige, das natürliche Element, von dem die Regelmäßigkeit des Geldangebots erwartet werden kann, wäre dann zwar nicht die Quantität, resp. die Produktionskosten, sondern der Profit, was bei der großen Verwandtschaft der hier treibenden Kräfte auf eins hinausläuft. Kurz, man wird sagen, daß das Interesse an einem regelmäßig wiederholten Profit auch ein regelmäßiges Geldangebot zur Folge haben muß.

Diese Annahme hat ebensoviel Beruhigendes wie Bestechendes an sich, und tatsächlich scheint man auch bei ihr Halt gemacht zu haben, wenigstens gehen die Untersuchungen über die Elemente des Geldpreises nie über diese Annahme hinaus. Hierzu mag wohl auch so eine Art „horror vacui“ beigetragen haben. Man sieht, daß, wenn auch diese Annahme sich als falsch erwiese, die Goldwährung in sich selbst zusammenbrechen würde. Und für diese Eventualität scheint

man durchaus unvorbereitet zu sein. Man schrickt vor der Leere, die das Bersten dieser letzten Säule der Goldwährung schaffen würde, zurück und schließt vor dieser Perspektive lieber die Augen.

Aber alle diese Bedenken vermögen doch nicht auf die Dauer die Tatsache zu verhüllen, daß obige Annahme falsch ist.

Das Geld wird angeboten, so oft und solange ein Profit realisiert werden kann. Kein Profit, kein Geld. Wenn nun alle Bedingungen für einen Profit regelmäßig erfüllt wären, so wäre das Angebot auch regelmäßig – Aber hier gerade hapert es.

Der Profit kann nur solange realisiert werden, als das Tauschverhältnis zwischen Geld und Ware stabil bleibt oder sich „en hausse“ bewegt. In diesen Fällen kann die Ware, die kaufmännisch erworben wird, mit Profit weitergegeben werden, d.h. der Verkaufspreis wird regelmäßig über dem Einstandspreis stehen. Aber wenn eine allgemeine Baisse prophezeit wird, wenn der Kaufmann annimmt, daß in der Zeit, die zwischen Kauf und Verkauf liegt, die Preise unter den heutigen Stand sinken werden, dann ist es dem Kaufmann unmöglich gemacht, einen Profit herauszuschlagen, und er verschiebt das Angebot von Geld auf spätere Zeiten.

Bei jeder voraussichtlichen Baisse (gleichgültig, ob begründet oder nicht) *wird also das Geldangebot ins Stocken geraten*, und darum ist auch die Annahme, wonach im Profit ein automatischer Regulator des Geldangebots zu erblicken ist, falsch.

Die Hinfälligkeit dieser Annahme wird aber noch viel deutlicher erkannt werden, wenn man die nächsten Folgen der durch die voraussichtliche (aber noch nicht eingetretene) Baisse verursachten Stockung im Geldangebot einige Schritte weit verfolgt.

Weil man eine Baisse erwartet, d.h. weil man befürchtet daß das allgemeine Geldangebot nicht Schritt halten wird mit dem Warenangebot, wird das Angebot von Geld verschoben – und weil man das Angebot des Geldes verschoben hat, tritt das, was man befürchtete, ein. Das heißt mit anderen Worten, daß die Furcht vor einer Baisse an und für sich genügt, um eine Baisse zu erzeugen, denn sowie das Geldangebot verschoben wird, muß bei dem immer dringenden Warenangebot die Baisse eintreten.

Bei einer voraussichtlichen Hausse tritt natürlich das Umgekehrte ein. Die Hausse sichert nicht allein den Profit, sondern er vergrößert ihn um den Betrag der Hausse. Der Verkaufspreis setzt sich dann zusammen aus: Einstandspreis – Profit – Hausse. Deshalb wird, sobald eine allgemeine Hausse gewittert wird, der Geldvorrat bis auf den letzten Heller in Ware umgesetzt. Das Geld fließt den Märkten in Strömen zu, und weil das Geld so reichlich angeboten wird (aber auch nur deshalb), tritt das, was man erwartete, wirklich ein.

Die Hausse zieht also das Geld an; sie macht das Geld mobil, sie leert die Reservoirs. Die Baisse dagegen stößt das Geld ab, sie führt zur Schatzbildung, sie fegt das Geld vom Markte weg. Mit anderen Worten: wenn das Geldangebot schon übergroß ist, dann strömt es von allen Seiten herbei; wenn es aber an Geld fehlt, so zieht es sich zurück.

Das ist das Gesetzmäßige bei einem Gelde, dessen Angebot vom Profite reguliert wird.

Nun ist oft gesagt worden, wenn auch nicht im Zusammenhang mit obiger Erkenntnis, daß die Emissionsbanken beauftragt und befähigt sind, den Geldumlauf dadurch zu regeln, daß sie mittels ungedeckter Banknoten die „natürlichen“ Schwankungen im Geldangebot ausgleichen.

Es ist deshalb vorzusehen, daß man sich jetzt dieser Umstände erinnern wird, sowie es sich herausstellt, daß der Profit den Geldumlauf nicht automatisch zu regulieren vermag. Man wird sich an die Emissionspolitik der Banken klammern, als rettende Planke im Schiffbruch der Goldwährung.

Welche Ironie! Die stolze Goldwährung, die vor dem Zusammenbruch nur durch die Stütze „ungedekter“ Banknoten bewahrt werden kann! Die Banknoten lauten auf Gold, kursieren, nur weil sie auf Gold lauten, und dabei sind sie es, die die Goldwährung aufrechterhalten! Sieht das nicht aus wie ein Wrack, das auf der Ladung schwimmt?

Aber ganz abgesehen von diesem inneren Widerspruch – die Behauptung selbst, daß die Emissionsbanken das Geldangebot regulieren, ist falsch.

Eine Regulierung des Geldangebots, d.h. eine Anpassung an die Nachfrage, wird heute nirgendwo betrieben, und sie kann auch aus dem einfachen Grunde nicht heute betrieben werden, weil bis dato kein Staat über ein offizielles Maß für den Geldpreis (Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld) verfügt.

So lange der Handel den verlangten Diskont bezahlt, wird überall lustig weiter diskontiert bzw. emittiert, ganz einerlei wie die Preise stehen, ganz einerlei, ob die Warenpreise en hausse oder en baisse notieren.

Nach den Warenpreisen fragt überhaupt kein Bankdirektor – Zins und Sicherheit – das sind seine einzigen Sorgen. Zudem würden auch die Emissionsbanken mit ihren heutigen Befugnissen niemals imstande sein, die Emissionen dem jeweiligen Bedarf anzupassen. Die einzige Waffe der Emissionsbanken – die Diskontpolitik – reicht für diesen Zweck nicht aus, ja sie wirkt in der Regel sogar kontraproduzent.

Mit der Herabsetzung des Diskonts kann ebensowenig eine Baisse, wie mit der Diskonterhöhung eine Hausse verhütet werden. Bei einer erwarteten Baisse würde selbst eine Herabsetzung des Diskonts auf Null die Bankvorräte nicht mobilisieren, ebensowenig wie bei einer Hausse ein Diskontsatz von 10 und mehr Prozent ein Hindernis wäre für den Umsatz des Geldes. Eine regelrechte Hausse wirft so reichlich viel ab, daß der Diskont oft als *Quantité négligeable* betrachtet wird, besonders auch deshalb, weil ja mit dem Ertrag der diskontierten Papiere dem Markte immer größere Geldmassen, der Hausse immer neue Nahrung zugeführt wird. Je mehr diskontiert wird, desto größeren Umfang nimmt die Hausse an, desto größer wird die Differenz zwischen Einstand und Verkauf, desto nebensächlicher wird die Höhe des Diskontsatzes. In der Theorie wäre sogar ein Diskontsatz von 100% kein Hindernis für den Handel.

Mit der Diskontpolitik läßt sich also keine vernünftige Emissionspolitik betreiben, und tatsächlich haben ja auch bisher selbst die tollsten Sprünge des Diskontsatzes weder vermocht Hausse- und Baisseperioden zu vermeiden, noch ihre Folgen abzuschwächen.

Auf die Warenpreise kann man nicht mittels des Zinsfußes einwirken. Auf eine Hausse kann man nur durch direkte Verweigerung des Diskonts einwirken und auf die Baisse durch vermehrtes Angebot von Geld. Dabei müßte dieses Geld unmittelbar gegen Waren angeboten werden. Wollte man sich damit begnügen Geld herzustellen und gegen Zins (oder selbst zinsfrei) anzubieten, wo würde man nichts erreichen. Geld ist ja genug da, aber niemand getraut sich es anzubieten, aus Furcht vor der Baisse.

Das Geld müßte also so gestaltet sein, daß es stets und ohne Rücksicht angeboten wird. Wenn das Geld unter Umlaufzwang stände, so wüßte jeder, daß eine Baisse nicht eintreten kann, und weil niemand mehr eine Baisse zu befürchten hätte, würde auch jeder das Geld stets gerne anbieten. Der Zwang würde sich also als solcher niemals fühlbar machen. Das Interesse an dem Geldumlauf würde stets sich selber gleich sein und die Theorie, die in dem Interesse einen automatischen Regulator des Geldumlaufs erblickt, fände ihre volle Bestätigung. Aber auch die Quantitätstheorie würde durch einen Umlaufzwang des Geldes ihre Rechtfertigung finden, denn dieser Zwang würde bewirken, daß das Geldangebot stets dem Geldvorrat entsprechen würde. Und schließlich würden auch diejenigen Recht behalten, die da sagen, daß die Produktionskosten den Preis des Geldes bestimmen; denn der Einfluß der Produktionskosten würde auf den Vorrat, der Vorrat unmittelbar auf das Angebot und das Angebot auf den Preis wirken.

Kurz, der Umlaufzwang würde alle Theoretiker versöhnen.

Goldtrust! [IV]

Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner.

Fortsetzung

Motto: Im Trüben ist's gut fischen.

III.

Der Preis wird durch das Mengenverhältnis bestimmt, in dem sich auf dem Markte oder im Angebot Geld und Ware gegenüberstehen. Jede Verschiebung in diesem Verhältnis bedingt eine Verschiebung im Preise.

Das ist die Quantitätstheorie, wie sie jeder Kaufmann vertritt. Wenn die Bücherweisheit gegen diese Theorie den Einwand erhebt, daß trotz des im großen und ganzen fast gleichbleibenden Geldquantums oder Geldvorrats, trotz der Gleichmäßigkeit in der Warenproduktion das allgemeine Preis-Niveau großen Schwankungen unterliegt und dann ratlos vor diesem Widerspruch halt macht, so beweist das eben, wie öde und unfruchtbar eine Wissenschaft bleibt, die ausschließlich über Büchern grübelt. Es fehlt hier der Gedankensprudel der Praxis, der Beobachtung, des Experiments, der allein der grauen Theorie Leben einzuhauchen vermag; es fehlt die kaufmännische Tätigkeit.

Die gegen die Quantitätstheorie erhobenen Bedenken setzen als selbstverständlich voraus, daß das Geldangebot dem Geldvorrat zu allen Zeiten entsprechen wird – aber das ist eben nicht der Fall. Bei den Waren, ja da deckt sich das Angebot jederzeit, unter allen Umständen, bei günstigen und schlechten Konjunkturen mit dem Vorrat an Waren – aber das Angebot von Geld hat im Geldvorrat nur die obere Grenze, und zwischen dieser Grenze und der vollständigen Stockung im Geldumlauf liegt der Tummelplatz unserer Wirtschaftskrisen. Wer als Kaufmann Waren verhandelt hat, der weiß, daß die Waren samt und sonders einem Angebotszwang unterliegen, daß man das Heu, das Stroh, das Tuch, die Maschinen, das Leder, die Hüte, den Kaffee, die Fische, die Modewaren, den Wein, den Zucker etc. etc. nicht ohne unmittelbaren Schaden an Qualität oder Quantität, an Lagergeld, Zins oder Versicherungen vom Angebot auf unbestimmte Zeit zurückziehen kann. Und wer als Kaufmann mit Geld gewirtschaftet hat, der weiß auch, daß der unmittelbare Verkaufszwang, dem die Waren unterliegen, sich nicht auf das Geld ausdehnt. Wenn wir vom Zinsverlust absehen, so kann das Geld ohne Schaden auf beliebig lange Zeit dem Markt und Angebot entzogen werden. Das Geldangebot unterliegt deshalb dem Einfluß der Spekulation, der Politik, der Launen, der sogen. Konjunkturen, und wenn die Wissenschaft voraussetzt, daß das Angebot dem Geldvorrat entspricht, so setzt sie damit nur etwas voraus, was eigentlich sein sollte, aber nicht, was ist. Das *Geld* wird nur angeboten, wenn an den Waren etwas zu verdienen ist, die *Waren* werden immer angeboten, trotzdem am Gelde regelmäßig, ausnahmslos etwas verloren wird – nämlich das, was das Geld an den Waren verdient hat. Aber da das Geld an den Waren nur so lange etwas verdienen kann, als wie die Warenpreise steigen, so wird auch nur während einer Hausse Geld kaufmännisch angeboten; bei Eintritt einer Baisse verschwindet das Geld vom Angebot.

Aus diesen kurzen Andeutungen ersieht man, daß im Gegensatz zu den Waren das Angebot von Geld nicht immer dem Vorrat entspricht, und daß man gegen die kaufmännische Quantitätstheorie nur deshalb Einwendungen macht, weil man Vorrat und Angebot verwechselt und weil man ohne Prüfung voraussetzt, daß, weil das Angebot von Waren im großen und ganzen dem Vorrat entspricht, dies auch beim Gelde zutreffen muß.

Also um unseren Zweck zu erreichen, brauchen wir nur das Angebot von Geld zu beschränken, die nach und nach fälligen Beträge einzukassieren und vom Markte zurückzuhalten. Das Angebot von Geld geht dann zurück und der Preis des Geldes steigt. Daneben müssen wir die Zufuhr neuen Geldes nach Möglichkeit verhindern.

Um die Geldquellen zu verstopfen, werden wir die Aktien der Goldminen an uns reißen und diese Minen schließen. Um die Benutzung der Banknoten zu erschweren, werden wir eine angemessene Summe zu dem ausschließlichen Zwecke in Banknoten verfügbar halten, um diese Banknoten heute hier, morgen dort zur Einlösung vorzuzeigen. Dadurch werden die Emissionsbanken gezwungen, ihre Barvorräte derart zu verstärken, daß die Ausgabe von Banknoten

unrentabel. wird. Und die Einschränkung in der Benutzung der üblichen Geldsurrogate (Wechsel, Scheck, etc.) ergibt sich ohne unser unmittelbares Zutun, lediglich als natürliche Folge des Mißtrauens, die jede Baisse begleitet.

Bedenkt man nun noch, daß, wie bereits erwähnt, das Geld kaufmännisch nur so lange angeboten wird, als wie die Warenpreise die Neigung zur Hausse haben, daß mit dem Eintritt der Baisse Geld überhaupt nicht rentabel angelegt werden kann, so wird man gleich zugeben, daß mit dem Beginn unserer Aktion eine allgemeine Geldklemme unausbleiblich ist.

Die Goldwährung ist also wie künstlich erdacht, um eine Operation in unserem Sinne nach allen Seiten hin sicherzustellen. alles arbeitet uns in die Hände. Es ist ja der reine Schwindel, es schlägt allen Erfahrungen direkt ins Gesicht, wenn zur Beschwichtigung naseweiser Leute behauptet wird, die Geldsurrogate träten an die Stelle des tesaurierten Geldes und der Eintritt einer Baisse locke das tesaurierte Geld durch die Aussicht auf Gewinn wieder zum Vorschein und daß auf diese Weise ein ziemlich regelmäßiges Geldangebot sich von selbst ergäbe. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Bei Eintritt der Baisse geht der Gebrauch der Geldsurrogate zurück; der Warenaustausch fällt auf das bare Geld zurück, gerade zu einer Zeit, wo dieses Geld vom Angebot zurückweicht, überhaupt schon überlastet ist, d.h. im Preise steigt. Es wäre ja recht schön, wenn das, was man annimmt, zuträfe, wenn alles, was man bei der Einführung der Goldwährung mir nichts, dir nichts voraussetzte, sich nachträglich als richtig erwiese. Aber dieser Wunsch vermag doch nicht die Tatsache auf den Kopf zu stellen, daß wenn eine Baisse eintritt, das Geld wie durch Zauberschlag vom Markte verschwindet. Und niemand, der nicht die Tatsachen den Wünschen oder Theorien anzupassen pflegt, wird leugnen, daß das Geld erst dann aus den Schlupfwinkeln wieder hervoguckt, wenn begründete Aussichten auf Hausse vorliegen.

Man sieht, unser Plan gründet fest auf den besten Eigenschaften des Goldes. Wir haben in der Goldwährung einen mächtigen und treuen Bundesgenossen. Schau dich einer um auf dem Markte, ob er eine Ware entdeckt, die sich wie das Gold für eine Spekulation eignet. Er wird keine finden. Überall lauert das Risiko. Alles arbeitet der Spekulation entgegen, nirgends findet sie Unterstützung. Legt man seine Hand auf Weizen – flugs verwandeln sich die Kartoffel-, Rüben-, Haferfelder in üppige Weizenfelder, und während man auf die Preiserhöhung wartet, wächst der junge Weizen, und die Mäuse und das Lagergeld fressen den alten. Seht doch, wie es dem Amerikaner Leiter mit seiner Spekulation erging. In sechs Monaten hatte er ein Vermögen von achtzig Millionen in einer Spekulation verloren. Und wie mit dem Weizen, verhält es sich mit allen übrigen Waren. Nirgendwo sieht man, daß mit dem Anziehen der Preise die Surrogate außer Gebrauch kämen und die Produktion aussetzte. Das gerade Gegenteil trifft ein. Steigt der Preis des Eisens, so greift der Konsument zu allerlei Surrogaten, und in den Hochöfen,

die sich vervielfältigen, wird in doppelten, dreifachen Schichten gearbeitet. Der Erfolg ist nur zu oft der Bankrott des Spekulanten.

Alle diese Übelstände der Spekulation sind bei einer Operation, die das Gold zur Unterlage hat, gänzlich ausgeschlossen. Die Geldsurrogate verschwinden überhaupt, sowie die Hausse des Geldpreises einsetzt, und auf die Goldproduktion pfeifen wir – sie beträgt ja doch jährlich kaum ein Prozent des Vorrats, abgesehen davon, daß bei der Seltenheit der Goldminen eine Kontrolle derselben leicht durchzuführen ist.

Unser Plan ist also einfach, nüchtern, und einleuchtend. Nichts Originelles ist an ihm. Keine neue, durch ihre Originalität verblüffende Börsentaktik, nein, nur die brutale Anwendung einer brutalen Macht, die wir aus unserer bewährten Goldwährung ziehen.

Ich sagte es ja bereits und wiederhole es hier mit Emphase -, wir pfeifen auf künstliche Mittel, wir pochen auf unsere Macht, auf die natürlichen Eigenschaften unseres Geldes. Die Mittel, die wir anwenden, sind alle bekannt und im Gebrauch. Wir beschränken die Geldproduktion und ahmen damit die Taktik der meisten Kartelle nach. Wir schließen die Goldminen und tun nichts anderes, als was unsere Nachbarn, die Besitzer der Diamantfelder in Kimberley, zur Hebung der Diamantpreise getan haben. Wir suchen durch Beschränkung des Gebrauchs von Geldsurrogaten den Bedarf an echtem Gelde zugunsten seines Preises zu heben und wenden damit dasselbe Mittel an, das jeder Fabrikant zum Schutze gegen Nachahmungen und Fälschungen täglich benutzt.

Bleibt noch die Frage: was wir mit dem eingezogenen Golde anfangen werden? An eine Wiederausgabe desselben ist nicht zu denken, und der Verbrauch zu Industriezwecken schließt die Gefahr einer Rückkehr zur Münze nicht aus. Das Gold muß dauernd vom Markte abgehalten werden, denn wir wollen nicht eine vorübergehende Hausse des Goldpreises erzielen, sondern eine dauernde Erhöhung der Mark auf den Stand des Talers. Die Not der Rentner soll überhaupt nicht mehr wiederkehren. Also fort mit dem Golde ins Meer, wo es am tiefsten ist! Die Gefahr eines Wiederangebots soll ein für allemal beseitigt werden.

Auch in diesem scheinbar radikalen Vorschlag liegt nichts Außergewöhnliches, nichts, was nicht täglich in der Welt vorkommt. Wenn wir den Bestand an Geld durch Vernichtung lästiger, überschüssiger Vorräte unseren Zwecken anpassen, so betreten wir den Weg, den jeder Professor der Nationalökonomie den Völkern weist, die nach einer zu großen Ausgabe von Papiergeld wieder zurück zur Goldwährung, zu niedrigeren Warenpreisen kehren wollen. Österreich, Rußland, Frankreich, England, Nordamerika und gerade jetzt wieder Spanien, kurzum fast alle zivilisierten Völker – haben durch Verbrennung von Papiergeld, durch Vernichtung der überschüssigen Vorräte die gewünschte allgemeine Baisse erzwungen. Und schließlich hat man nicht auch in Deutschland durch die Entmünzung des Silbers, durch künstliche Beschränkung der Umlaufmittel die Warenpreise herabgedrückt? Ob wir nun das Gold einziehen und ins Meer versenken, oder ob man die silbernen Taler einzieht und Löffel und

Götzenbilder daraus macht, bleibt sich bei gemeinnützigen Zwecken von der Bedeutung der unsrigen doch ziemlich belanglos. Wir versenken das Gold ins Meer, um der Gefahr einer Wiederverwendung zu Geldzwecken für ewige Zeiten vorzubeugen. Es ist eine Vorsichtsmaßregel, mehr nicht, und zu dieser Vorsicht mahnen uns die dreisten, ja unverschämten Anstrengungen der Bimetallisten. Hätte man nur seinerzeit beim Einzug der Taler diese Vorsicht geübt; hätte man die Taler bei nebligem Wetter im Ozean verschwinden lassen! Wie ruhig könnte man da schlafen! Jetzt haben sich die Taler in Eßlöffel und Götzenbilder verwandelt und bei jeder Mahlzeit, bei jedem Gebet muß der Schuldner auf den teuflischen Gedanken kommen, das Silber in Geld zu verwandeln, um durch Vergrößerung des Geldangebots den Preis des Geldes zugunsten des materiellen Inhalts seiner Geldverpflichtungen herabzusetzen. So schlau und gelehrt ist schließlich jeder Hindu, daß er nachgerade merken wird, daß sein silberner Hausgott erst dann zu Macht und Glanz gelangen kann, wenn er die Geldmetamorphose durchgemacht. Denn das *Geld* beherrscht die Welt, nicht das Silber oder Gold.

Gewiß, ich gebe zu, es ist schade um das schöne Metall, aber ist es nicht auch schade, wenn z.B. die Obsthändler, wie es des öfteren in New York und anderswo schon vorgekommen ist, ganze Schiffsladungen voll des köstlichsten Obstes über Bord ins Meer werfen ließen, nur um zu verhüten, daß die Obstpreise in der Stadt unter dem Druck dieser neuen Ankünfte wichen? Ist es nicht ebenso schade die schätzeerzeugende Arbeitskraft von Tausenden fleißiger Arbeiter durch Produktionsbeschränkung der Preistreiberei zu opfern, durch Nichtverwendung in das Nichts zu versenken? Gewiß, es ist schade um das prächtige Gold! Welche schöne patriotische Verwendung könnte man z.B. dem Golde dadurch geben, daß man den Gründern und Vormännern der Goldwährung vor jedem Pfandhaus, vor jeder Hypothekenbank ein Denkmal in Lebensgröße aus massivem 24 kar. Golde erstellte? Wenn nur die Möglichkeit nicht bestände, daß diese Statuen von ruchloser Hand umgeworfen und wieder zu Geld umgegossen würden. Darum, fort, fort damit ins Meer, wo es am tiefsten ist.

Unser Plan, wie man sieht, ist also gesund und solide – es ist eine Rechnung, wie sie jeder biedere Krämer täglich macht. Das einzige, was vielleicht auffallen mag, sind die Ausmaße der Operation. Und in der Tat, handelt es sich hier um das größte Geschäft, welches die Welt jemals gesehen hat. Nach den Berechnungen, die hier folgen, beträgt nämlich die Summe, welche die Metamorphose von Mark in Taler mitmachen wird, 225.000 Millionen Mark der Reichswährung und die Summe, die diesem Geschäft à fonds perdu geopfert und ins Meer versenkt werden soll, 4000 bis 10.000 Millionen Mark der Reichswährung.

V.

Als Friedrich Wilhelm I. der Soldatenkönig 1740 starb, hatte er die von seinem hochseligen Herrn Vater ererbten Schulden bezahlt, die gesamte Verwaltungsmaschinerie mit großen Kosten

renoviert, das Heer vergrößert und mit den besten Waffen versehen, Straßen gebaut, wüste Gebiete mit Staatsgeldern kolonisiert, Sümpfe entwässert, Kanäle gezogen, alles bezahlt und einen baren Schatz von 9 Millionen Talern in der Kasse hinterlassen. Damals war Preußen auf dem Wege den *Staat zum Rentner* zu erheben und dadurch der Steuerfrage eine höchst interessante und beachtenswerte Lösung zu geben. Und in der Tat, wenn manche Staaten heute nur ebensoviel Renten als Schulden hätten, könnte das Staatsbudget aus Renten bezahlt und die Steuergesetze mitsamt dem Steuerapparat entbehrt werden.

Dieses Ideal des Soldatenkönigs hat man seitdem als kindliche Utopie aufgegeben und dafür in der ganzen Welt den Staat zum Universalschuldner gemacht. Woher dieser Umschwung im Reiche der Ideale gekommen, bleibt rätselhaft; höchstens könnte man die Erklärung gelten lassen, daß Schulden sich von unzuverlässigen Staatsknechten sicherer verwalten lassen als bares Geld.

Heute belaufen sich die Staatsschulden auf folgende hübsche Summen:

<i>Länder</i>	<i>Jahr</i>	<i>Millionen Mark</i>	
Frankreich	1891/6	24.384	(jetzt 28.800)
Großbritannien	„	13.203	
Spanien	„	4.830	
Italien	„	11.456	
Österreich-Ungarn	„	13.375	
Rußland	„	15.260	
Türkei	„	2.112	
Deutsches Reich	„	11.052	
Preußen	„	6.353	
Bayern	„	1.388	
Sachsen	„	701	
Württemberg	„	463	
Belgien	„	1.796	
Niederlande	„	1.854	
Rumänien	„	836	
Griechenland	„	592	
Schweden	„	329	
Dänemark	„	209	
Serbien	„	263	
Norwegen	„	<u>184</u>	
<i>Europa</i>	„	110.640	

Einhundert zehn tausend, sechshundert und vierzig Millionen Mark, oder zu 2790 Mk. das Kilo umgerechnet, 39 Millionen Kilo Feingold.

(Fortsetzung folgt.)

Die Geldreform

Bd. 1.

Oktober 1902

Nr .5.

Ist die reine Papierwährung möglich?

Keinen besseren Beweis für die Bejahbarkeit dieser Frage kann man beibringen, als den Hinweis auf „*die Tatsache*“, daß die reine Papierwährung „*ist*“, denn was ist, muß auch möglich sein.

Die Papierwährung „ist“ heute schon in sehr vielen Ländern, namentlich aber in

1. Italien
2. Portugal
3. Spanien
4. Griechenland
5. Brasilien
6. Argentinien
7. Chile
8. Paraguay
9. Cuba
10. Br. Indien.

In all diesen Ländern kennt man als Tauschmittel aller Produkte, als **Geld**, neben kupfernen und silbernen Bruchmunzen ausschließlich Papiergeld, und zwar Papiergeld, das nur auf dem offenen Markte „eingelöst“ werden kann und zwar ausschließlich *gegen Waren*. Wer wissen will, **was** eine Peseta, Rupie, Lira etc. etc. gilt oder ist, der geht auf den Markt, in die Läden, in die Fabrik, auf die Börse und fragt nach den Preisen der Waren. Dann erfährt er aufs Haar genau, was die Peseta gilt. Will jemand wissen, wie viel Gramm Gold die Peseta zur Stunde gilt, so erfährt er das genau nur beim Goldhandler, Makler oder Wechsler genannt.

Ein im Voraus genau abgemessenes, abgewogenes oder abtaxiertes „Etwas“ ist das Geld also in all den genannten Ländern nicht; der Inhalt des Papiergeldes ist nicht in ihm

selbst, sondern außerhalb desselben zu suchen – genau wie das ja auch bei jeder anderen **Ware** ist, denn für den Apotheker, Tischler, Rentner etc. liegt der wahre Inhalt nicht in den Pillen, Särgen, Münzen, sondern in dem, was für die Pille, den Sarg, das Geld eingelöst wird.

Das Papiergeld ist keine Anweisung auf eine **bestimmte** Ware, wenngleich auch die Inschrift von alters her noch ein Lieferungsversprechen für ein bestimmtes Quantum Silber oder Gold enthält, denn die Tatsache der Inkonversion hat durch diese Inschriften einen dicken Strich gezogen. Niemand liest übrigens diese Inschriften, und wenn man den Text heimlich in dem Sinne änderte, daß dem Inhaber Knutenhiebe statt Rubel versprochen würden, es würden Jahre vergehen, ehe man es merkte, und auch dann noch würde man darüber höchstens lachen. Denn für den Inhalt des Papiergeldes ist die Inschrift gleichgültig. Unter den Analphabeten Rußlands, Italiens, Spaniens zirkuliert das Papiergeld ebenso anstandslos, wie unter den Bankiers. Nicht in der Inschrift, in dem verjährten Goldlieferungsvertrag ist der Inhalt des Papiergeldes zu suchen, sondern außerhalb desselben auf dem Markte, wo man das Geld zum Austausch der Produkte kauft. In dem Bedarf an einem Tauschmittel, in der Nachfrage nach einem staatlichen, zentralistisch als Geld verwalteten sicht- und greifbaren Gegenstand liegt die Kraft des Papiergeldes. Das Band, welches das Papiergeld mit dem Golde vereinigte, ist längst zerhauen; die Peseta, die Milreis etc. etc. haben zum Gold nicht mehr Beziehungen, als zu irgendeiner anderen Ware. Die Peseta ist Tauschmittel an sich; der Papierfetzen, der die Peseta darstellt, ist Geld, kraft der Gesetze, die ihn zum Universaltauschmittel machen. Diese Gesetze zwingen jeden, seine Produkte gegen solche Papierfetzen zu verkaufen, unter Strafe des Verlustes der Produkte, denn nur gegen Geld sind die Produkte verkäuflich, und unverkäufliche Produkte sind verlorene Produkte.

Es hätte keinen Zweck, sich der Annahme des Papiergeldes zu widersetzen und etwa anderes Geld, Gold oder Silber, zu verlangen. Wer seine Produkte verkaufen will, muß das gesetzlich anerkannte Umlaufmittel selber anerkennen, es sei denn, daß er seine Produkte direkt ins Ausland senden kann. Es hätte auch keinen Zweck, etwa fremdes Geld zu importieren, um den Gebrauch des Papiergeldes zu umgehen, denn das Papiergeld duldet keine Konkurrenz. *Im*

Wettbewerb auf offenem Markte, auch ohne staatliche Unterstützung, erweist sich das Papiergeld immer als das stärkere; Gold- und Silbergeld müssen dem Papiergeld stets weichen. (Gresham Gesetz).

Das reine, unverfälschte, vom Metall, wie von jeder bestimmten Ware völlig losgelöste Papiergeld, die Papierwährung im klaren Sinne des Wortes „ist“ also. Sie steht freilich vielen teuren und liebgewordenen Theorien im Wege, sie entzieht auch dem Geisteskapital mancher Theoretiker den Boden, aber deshalb hört sie doch nicht auf zu sein. Platz, Anerkennung den Tatsachen!

Um die Frage, wie die Papierwährung ist, ob sie – namentlich wie sie heute ist – besser oder schlechter als die Goldwährung ist, handelt es sich nicht. Diese Frage soll hier nicht erörtert werden. Genau genommen ist diese Frage auch jeden vernünftigen Sinnes bar, da doch die Papierwährung wie jede andere Währung, an sich weder gut noch schlecht sein kann, sondern immer nur das ist, was man aus ihr macht.

Was ich heute will, ist einfach die Bejahung der Papierwährung; die Anerkennung der Tatsache, daß in einer Reihe von Ländern Papiergeld zirkuliert, welches von jeder speziellen Ware, insbesondere von allen Metallen völlig losgelöst ist und trotzdem den Austausch der Produkte selbständig vermittelt.

Man hat die Papierwährung verneint, und den Tatsachen zum Trotze verneint man sie heute noch, weil ein Tauschmittel von Waren selber Ware sein muß, und weil man der Ansicht ist, daß der zu Geld erhobene Papierfetzen an sich keine solche Ware sein kann.

Gegen diese jämmerlich falsche Ansicht will ich mich hier wenden.

Was macht eine Sache, ein Ding zur Ware? Ist es der Geruch, der Geschmack, das Gewicht, das Maß? Es gibt Waren, die keine dieser Eigenschaften haben. Ist es der Schweiß, der an den Dingen haftet? In einem berühmten Werke heißt es: Triefend von Blut und Schweiß verläßt die Ware die Fabrik. Ganz recht, aber gibt es nicht auch Waren, denen keine Spur dieses wirtschaftlichen Parfüms anhaftet? Oh sicher, und ich möchte sogar behaupten, daß, wenn man den Preis der Waren in seine Bestandteile:

Lohn, Profit, Zins und Rente

zerlegte, im Durchschnitt kaum 50% auf den schweißdurchtränkten Lohn kommen. Und wie viele blut- und schweißtriefende Gegenstände gibt es, die es nicht bis zur Ware bringen können, die unverkäuflich bleiben? (Lagerhüter).

Was den Gegenstand zur Ware, zur wirklichen markt- und absatzfähigen Ware stempelt, das ist die Nachfrage, und die Nachfrage kehrt sich nicht daran, ob der Preis, der für die Ware verlangt wird, sich auch mit dem Lohnbetrag deckt, überhaupt ob für den Gegenstand ein Lohn bezahlt wurde. Durch Arbeit erzeugte, oder gestohlene, geerbte, erfundene und nicht gefundene, durch Zölle, Steuern und Monopole beschwerte Waren zirkulieren auf dem Markte im Range vollster Ebenbürtigkeit. Besteht eine Nachfrage so sind alle Formalitäten erfüllt, um die Sache zur Ware zu machen. Die Kalisalze waren früher weniger als Ware; man mußte sie mit teurem Gelde aus den Bergwerken wegräumen und mit teurem Gelde in die Flüsse schütten. Heute läßt man sich nicht allein die Löhne im Verkaufspreis wieder erstatten, sondern noch ein Erkleckliches mehr.

Nun höre ich die Einwendung, daß zwar die Nachfrage die Gegenstände zur Ware macht, daß aber die Gegenstände durch ihre Eigenschaften die Nachfrage wecken müssen, daß also ein Gegenstand nur so lange Ware sein kann, als er irgendeinem nützlichen Zwecke dienen kann. Die Kalisalze z.B. sind zur Ware geworden, weil man in ihnen nützliche Eigenschaften entdeckt hat. Aber welchen Nutzen könnte man wohl aus den Papierfetzen ziehen, woraus das Papiergeld gemacht wird? Man kann ihn doch höchstens nur als Fidibus für eine Pfeife Tabak benutzen.

Gewiß, wenn wir die Hauptsache am Papiergeld, seine Eigenschaft als gesetzlich allein anerkanntes und ökonomisch alleinherrschendes Tauschmittel, abstrahieren, so bleibt wahrhaftig nur ein Fidibus zurück, aber ich glaube, daß wenn man von den meisten Waren die Hauptsache abstrahiert, auch nicht viel mehr übrig bleibt. Abstrahieren wir den Inhalt eines Buches, so bleibt Makulatur zurück, abstrahieren wir von einem Gemälde die künstlerische Konstellation der Farben, so bleibt etwas Leinwand und Leinöl übrig, abstrahieren wir vom König die Krone, so bleibt ein Männchen wie tausend andere übrig. Was wäre eine Eisenbahnschiene, was wäre der Suezkanal, wenn wir die Hauptsache, den Verkehr, die Schifffahrt abstrahierten.

Das Papiergeld benutzt niemand als Fidibus; das weiß man. Das Papiergeld benutzt man genau, wie man jedes andere Geld benutzt, ausschließlich zum Austausch der Produkte, als Tauschmittel. Hier, in dieser Verwendung liegt das Wesen des Papiergeldes, nicht im Fidibus. Wir müssen also umgekehrt verfahren und vom Papiergeld den Fidibus abstrahieren. Dann verbleibt die Hauptsache, das Geld, das Tauschmittel. Ist nun das Geld ein nützlicher Gegenstand? Vermag der Nutzen, den man aus der Benutzung des Geldes zieht, eine Nachfrage zu *erzeugen*? Es ist bekannt und unbestreitbar, daß der Nutzen, den die Gesellschaft aus dem Gebrauch des Geldes zieht, ein ganz gewaltiger ist. Das Geld und die Arbeitsteilung sind untrennbar verbunden; zusammen mit der Arbeitsteilung bildet das Geld die Grundlage, die Voraussetzung unserer ganzen Kultur. Das Papiergeld ist also mehr als ein Fidibus. Auch der Telegraph, die Eisenbahn sind mehr als Eisen. Der Telegraph befördert eine Nachricht schnell und billig von einem Ort zum andern, die Eisenbahn trägt uns und unser Gepäck schnell und billig von Station zu Station. Und das Geld?

Es bringt die Eigentumstitel der Güter aus den Händen der Produzenten in diejenigen des Konsumenten, und es verrichtet diese Arbeit jedenfalls billiger und schneller, als es irgendeine andere Einrichtung verrichten kann. Denn schließlich, wenn das Geld den Austausch der Produkte nicht besser und billiger vermittelte, als es irgendeine zu seinem Ersatz ersonnene Einrichtung zu tun vermag, so hätte die Stunde des Geldes schon längst geschlagen. Denn das gesamte heutige Geldwesen (Papier- und Metallgeld) hat ebenso viele Feinde wie Mängel – aber trotz allen Mängeln ist es doch noch unentbehrlich, unersetzlich geblieben. Utopisten, Kommunisten, Anarchisten und Sozialisten haben für die **Produktion** der Güter Dutzende von Systemen ersonnen, die alle mehr oder weniger ausführbar sind, aber sie haben sich selbst und anderen den Kopf zerbrochen über die Frage – was für die **Verteilung** (Austausch) der Güter anstelle des Geldes zu setzen wäre, ohne es bis zu einem diskutierbaren Vorschlag bringen zu können. Der Gebrauch des Geldes überläßt die Einschätzung der Produkte den beteiligten Parteien, die Abschaffung des Geldes erfordert die Einschätzung der Produkte von Staats wegen.

Wenn es sich immer nur um Güter in der Art von Salz oder Briefmarken handelte, so ließen sich die hundert Millionen verschiedener Güterarten schließlich mit einem entsprechenden Beamtenapparat amtlich taxieren; aber da diese 100 Millionen Artikel wieder in 1000 verschiedenen Qualitäten schimmern, so ist eine einheitliche, amtliche Einschätzung für heute und alle Ewigkeit ausgeschlossen.

Welchen Preis würde man z.B. amtlich einem halbfaulen Apfel, einer getragenen Hose, einer nicht mehr ganz neuen Zeitung geben? Nur Willkür und Autorität könnte diese Frage entscheiden, und tatsächlich laufen ja auch alle Vorschläge, die das Geld beseitigen sollen, auf die Einsetzung einer Kommission von sogenannten Fachleuten, von Chemikern, Juristen, Vertrauensleuten aus, die in jedem Dorfe, auf jeder Straße, auf jedem Markte darüber beraten und recht sprechen sollen, wie viele Fuhren Mist Jakob dem Wilhelm für einen alten, aber noch gut erhaltenen Kupferstich zu liefern hat.

An die Stelle des Geldes, der Selbsteinschätzung, der Freiheit ist eben nur Willkür und Gewalt zu setzen.

Der Gebrauch des Geldes hilft über alle diese Schwierigkeiten hinweg, selbst ganz verfaulte Äpfel werden mittelst des Geldes und der Selbsteinschätzung zur Zufriedenheit der Parteien eingeschätzt.

Wenn man also beim Papiergeld immer nur den Fidibus sieht, so übersieht man die Hauptsache, man übersieht, daß das Geld (einerlei aus welchem Material dasselbe gemacht ist) eine sehr nützliche, unentbehrliche und unersetzliche Einrichtung ist.

Nach diesen langen Ausführungen wollen wir uns nochmals kurz das Papiergeld als Ware betrachten.

Das Papiergeld ist zunächst ein Körper; ein fühlbarer und durch Farbenabtönung und Flächenbegrenzung sichtbarer Körper. Das Papiergeld ist aushändigungsfähig, transportfähig, übertragbar, zählbar, teilbar. Wenn wir das Geld bloß auf die körperlichen Eigenschaften hin ansehen, so müssen wir zugeben, daß das Papiergeld alle Eigenschaften eines brauchbaren Geldes in schönster Harmonie vereinigt. Verglichen mit Gold, Silber und Kupfergeld ist es vorzuziehen und wird auch vorgezogen, denn dort wo Gold und Papiergeld pari zirkuliert, wird das Papiergeld ausschließlich infolge seiner körperlichen Vorzüge in Umlauf erhalten.

Man sagt zwar, Gold und Silber wären, körperlich betrachtet, für Geldzwecke sehr gut verwendbar. Aber ein Blick in irgendein Portemonnaie genügt, um das Gegenteil zu beweisen. In der Technik, im chemischen Laboratorium, ist das Gold allerdings teilbar, aber nicht für Geldzwecke. Ein Pfennig aus Gold ist ein mikroskopisches Staubkörnchen; nicht einmal die Rechnungseinheit, die Mark, den Franken etc. kann man aus Gold machen. Selbst das fünffache der Rechnungseinheit, das 5 Markstück hat man aus portemonnaietechnischen Gründen wieder einziehen müssen.

Umgekehrt bildet eine relativ oft winzige Summe in Gold schon eine Last für einen starken Packträger. Kurz, mit Gold allein kommt man nicht aus und noch weniger mit Silber, und das ist doch der beste Beweis, daß die landläufige Behauptung, das Gold genüge – körperlich betrachtet – den Anforderungen des Verkehrs, auf Verblendung beruht.

Dagegen ist das Papiergeld teilbar wie die Zahlen selbst. Aus Papiergeld, aus demselben Material kann man sowohl das Bruchteil der Rechnungseinheit, wie das unbegrenzte vielfache der letzteren herstellen. In einem gewöhnlichen Brief kann man, ohne Übergewicht zu bezahlen, Millionen legen und von einem Erdteil zum anderen verschicken.

Rein körperlich betrachtet genügt also das Papiergeld allen Ansprüchen; doch wie steht es mit der Sicherheit, mit den Preisschwankungen?

In Bezug auf Sicherheit muß hier gleich eingestanden werden, daß die Sicherheit des Papiergeldes nicht größer ist als die des Metallgeldes; sie ist aber auch nicht kleiner. Liegt die Staatsmacht (Autokrat, Parlament, Usurpator) in den Händen ehrlicher Leute, so ist das Papiergeld ebenso sicher wie die Sicherheit des Eigentums überhaupt. Sind Spitzbuben, Possenreißer, Experimentenmacher am Ruder, so werden alle Eigentumstitel zur Makulatur.

Was nützt es, wenn wir das Geld, um es dem Machtbereich fremder Eindringlinge, Usurpatoren, diebischen Parlamenten zu entziehen, aus Gold machen lassen? Die Machthaber setzen dem Gold die Assignaten gegenüber, und das Gold fliegt über die Grenzen. Es ist Tatsache, daß in all den Ländern, wo man das Papiergeld der Begünstigung des Schwindels bezichtigt, einstmals Gold oder Silbergeld in Umlauf war. Als Law in Frankreich experimentierte, kannte man dort nur „solides“, „diebessicheres“ Metallgeld. Und doch,

wie gering war die „Sicherheit“. Später, als man mit den Assignaten experimentierte, bestand der gesamte Geldumlauf auch wieder aus solidem, diebessicherem, hartem Metall. Nur weniger Monate bedurfte es aber, um das ehrliche, sichere Metallgeld in alle Winde zu zerstreuen. England, Spanien, Österreich, Rußland, Italien, die Vereinigten Staaten haben den Geldumlauf durch eine solide, metallene Unterlage zu **sichern** versucht. Immer aber hat sich diese **Sicherheit** als Chimäre, Schwindel, Humbug erwiesen.

Der Geldumlauf kennt eben keine andere Sicherheit, als die des Eigentums überhaupt – das ist die Ehrlichkeit oder der gute Wille der Machthaber.

Was also die Sicherheit anbetrifft, so ist dieselbe beim Papiergeld mindestens der des Metallgeldes gleich.

Und wie steht es in bezug auf die Preisschwankungen? Warum wäre das Papiergeld größeren Preisschwankungen unterworfen als das Metallgeld?

Der Preis beider Geldarten ist dem gleichen wirtschaftlichen Gesetze unterworfen. Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis – wie beim Metallgelde, so auch beim Papiergelde. Untersucht man diese beiden preisbestimmenden Faktoren etwas genauer, so stellt sich heraus, daß zunächst die **Nachfrage für Geld sich stets und haarscharf mit dem Angebot von Waren deckt** und daß für das Angebot von Waren die Geldart vollständig gleichgültig ist. Wie die Nachfrage nach Eisenbahnwagen sich haarscharf deckt mit dem Vorrat an Frachtgütern, so fällt auch die Nachfrage für Geld in eins zusammen mit dem Vorrat an Tauschgütern. Da die Geldart auf den Vorrat an Tauschgütern völlig ohne Einfluß ist, so kann auch die Nachfrage nach einem Tauschmittel nicht von der Beschaffenheit des Tauschmittels berührt werden. Der eine der beiden Preisrichter „die Nachfrage“ ist also der Geldart gegenüber völlig gleichgültig, neutral. Es werden genau ebensoviel Kartoffeln gegen Geld angeboten, genau die gleiche Zahl Arbeiter, Handwerker, Künstler, Tanzlehrer, Geistliche, Ärzte etc. bietet ihre Dienste an gegen Geld – ob dies Geld aus Gold, Muscheln oder Papier besteht.

Und der andere der beiden Preisrichter „das Angebot“, das Geldangebot? Wie viel Geld wird angeboten? Auch hier wieder ist die Geldart ohne Einfluß; hier sind es die Machthaber, die bestimmen. Das Parlament, der Autokrat, der Usurpator, kurz wer die Macht in Händen hat, bestimmt,

wie viel Geld ausgegeben werden soll, und auf seine Entschließung ist die Beschaffenheit des Geldes ohne Einfluß. Glaubt der Machthabende, daß zu wenig Geld im Umlauf ist, so gibt er mehr aus; dünkt ihn, daß zu viel Geld umläuft, so wird das Geld eingezogen. zur Zeit der Doppelwährung dachte man, daß die wachsende Silberproduktion den Geldmarkt überschwemmen würde, und durch Parlamentsbeschlüsse wurde die Geldfabrikation auf die Goldausbeute beschränkt. Ließe sich heute der Nachweis erbringen, daß die Geldzufuhr eine ungenügende ist, so würde dem Golde anderes Geld zur Seite gestellt werden. Die Bemühungen der Bimetallisten sind ja nur deshalb gescheitert, weil sie mangels eines Maßstabes für den Preis des Geldes den Nachweis nicht zu erbringen vermochten, daß der Preis des Geldes gestiegen war.

Trostlos ist es zu sehen, wie man angesichts solcher Tatsachen immer wieder und immer wieder das Märchen von der materiellen, metallenen Garantie, die die Goldwährung bieten soll, das Märchen von dem festen, unveränderlichen, inneren Werte des Geldes auftischen kann und wie dieser unerhörte Schwindel von der Menge immer noch geglaubt wird. Wahrlich, man ist geneigt anzunehmen, daß die mit der Milch von Wiederkäuern aufgepäppelte Menge, deren Herz nur alkoholdurchränktes Blut zum Gehirn treibt, deshalb die Beute von Possenreißern geworden ist, weil sie die Urteilskraft verloren hat.

Die Papierwährung „ist“, und weil sie „ist“, muß sie auch möglich sein. Und möglich ist die Papierwährung, weil der Bedarf an einem zentralistisch, monopolistisch, staatlich verwalteten Tauschmittel die Möglichkeit bietet, aus einem Papierfetzen, einem zu Papier verarbeiteten Lumpen, eine allgemein begehrte, ja die begehrteste aller Waren zu machen. Die Papierwährung ist heute weder ein alchimistisches noch ein ökonomisches Problem. Sie „ist“.

Das Eigentum und der unentgeltliche Wehrdienst.

Der Ausdruck „Vaterland“ läßt zwei völlig verschiedene Auslegungen zu – einmal versteht man darunter einfach den Staat, d. i. der Länderkomplex, der innerhalb der Grenzpfähle liegt, ein andermal ein ideales Gebilde, das sich jeder anders denkt und wünscht.

Lasse man jeden die geographischen Grenzen *seines* idealen Vaterlandes ziehen und vergleiche man die so gezogenen Linien; höchst selten wird man Kongruenz derselben wahrnehmen und noch seltener wird es sich fügen, daß die Linien mit den Staatsgrenzen zusammenfallen. Sehr oft würde man sogar wahrnehmen, daß der Mittelpunkt des idealen Vaterlandes außerhalb der Grenzen des Staates zu liegen käme.

Für den Katholiken ist Rom der Mittelpunkt seines geistigen Vaterlandes, für den Zionisten ist es Jerusalem, für den Biertrinker München. Der Kapitalist hat sein Vaterland in der Gegenwart, der Sozialist verlegt es in die Zukunft und der Adel in die Vergangenheit. Der eine verlegt den Schwerpunkt auf die Sprache, der andere auf die Abstammung, der dritte auf die Religion, wieder andere auf die Geschichte, auf die politische Gesinnung, auf die Landschaft, die Mehrzahl auf die Bierverhältnisse.

Es ergibt sich aus diesen kurzen Andeutungen, daß es ein *gemeinsames*, ideales Vaterland weder gibt noch geben kann. Frage man, um der Sache auf den Grund zu gehen, einfach den König von Preußen, wo er sich sein Vaterland denkt? In Polen? In Schlesien? In Hannover? Was könnte er wohl auf eine solche Frage antworten?

Stelle man dieselbe Frage an die Engländer bzw. an jeden einzelnen Bewohner des britischen Weltreiches. Frage sich jeder selber, ob es ihm nicht im Grunde seines Herzens leid tut, daß das schöne Reich Karls V., in dem die Sonne niemals unterging, zerfallen ist? Wäre es nicht schön, prächtig, nützlich, wenn Europa, ähnlich den Vereinigten Staaten von Nordamerika, einen einzigen großen Staat bildete, innerhalb dessen alle Grenzen verschwinden? Man braucht dabei durchaus nicht an einen Staat mit Kultusministerium zu denken, einen Staat, der durch Gewalt zusammengefügt und durch Ge-

walt zusammengehalten wird. Man braucht auch nicht an einen Staat zu denken, in dem den Schulkindern eine fremde Sprache mit Gewalt eingepaukt wird, und noch weniger an einen Staat, wo alle von allgemeiner Brüderlichkeit träumen, und wo der Knoblauchgeruch zu lieblichem Parfüm wird, bloß weil er dem Munde eines Bürgers desselben *Staates* entströmt. Nein, was unter „Staat“ im Sinne des deutschen Reiches, der Schweiz, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, des britischen Reiches, Rußlands etc. verstanden wird, ist ein Länderkomplex, der lediglich von der Zentripetalkraft gemeinsamer Interessen zusammengehalten wird, ein Staat, innerhalb dessen jeder Krieg unmöglich wird, weil jeder Sieg nur eine Niederlage, jede Eroberung nur einen Gebietsverlust bedeuten kann.

Ist das aber der Sinn des Ausdrucks „Staat“, so ist es klar, daß, so oft die Rede von *unserem* Vaterland ist, einfach der *Staat* gemeint ist, da es ein anderes *gemeinsames* Vaterland nicht gibt. *Unser* Vaterland ist etwas durchaus reales; an *unserem* Vaterland sind alle interessiert. Weiße, Schwarze, Rote, Polen, Juden, Protestanten, Romanen, Sozialisten, schwarz- und blondhaarige, Bettler, Zuchthäusler, Richter, Aus- und Einwanderer etc. etc.

Für den Schutz dieses *unseres* Vaterlandes, d. i. des *Staates*, hat man die Wehrpflicht eingeführt, denn diese Wehrpflicht ist eine allgemeine, gemeinsame, und eine gemeinsame Pflicht kann sich nur auf eine gemeinsame Sache beziehen; hier also den Staat. Wollte man die allgemeine Wehrpflicht auf den Schutz der individuellen, idealen Vaterländer ausdehnen, wollte man Katholiken, Juden, Sozialisten, Junker, Kapitalisten, Proletarier zwingen, Schulter an Schulter für private Ideale zu kämpfen, so müßte das früher oder später zur Meuterei führen.

Die allgemeine Wehrpflicht ist für den Schutz des *Staates*, d. i. materieller Interessen, eingeführt worden und es ist ein Glück, daß es so ist, denn solange sie so beschränkt bleibt, braucht man Meuterei nicht zu befürchten. Geld ist immer dicker als Blut, dicker als Religion, als Sprache etc. Den Universalvolkskitt darf man nicht in diesen Dingen suchen, sondern in den wirtschaftlichen Interessen. Wie oft sind Völker gleicher Sprache, gleichen Blutes, gleicher Religion aus geringfügigen Ursachen auseinandergefallen. Wirtschaftlich zusammengehörige Länder dagegen widerstehen immer siegreich

allen natürlichen Trennungselementen, die in der Sprache, Rasse, Religion etc. gegeben sind. So hört z.B. das Volk in Südamerika, das durch Rasse, Geschichte, Sprache, Verfassung, Religion etc. etc. zusammengehört, nicht auf, sich selbst zu bekriegen, weil das Land in verschiedene Zollgebiete eingeteilt ist – während in Deutschland Bruderkriege ein Ende genommen, seitdem der Zollverein die Katholiken mit den Protestanten, die Hannoveraner mit den Preußen, die Slawen mit den Germanen, die Hansestädte mit den Fürsten versöhnt hat. Der Zollverein, die materiellen Interessen haben alle Götter, Sprachen, Rassen, Berge etc. spurlos nivelliert.

Verhält es sich aber so mit *unserem* Vaterland, handelt es sich mit der Wehrpflicht nur um den Schutz des Staates, so fragt man sich, warum der Wehrdienst *unentgeltlich* verrichtet werden soll?

Der Wehrdienst ist doch kein Götterdienst, sondern einfach Staatsdienst, und wie jeder Staatsbeamte, jeder Grenzaufseher, jeder Lieferant seine Dienste so teuer wie möglich sich bezahlen läßt, so sollte auch der Dienstpflichtige darauf sehen, daß man ihm seinen Lohn auszahlt. Den Dienst am Altar *seines* Vaterlandes wird jeder gerne umsonst verrichten, aber einfache Staatsdienste, die unter Umständen sogar mit Gefahren verbunden sein können, sollte keiner umsonst verrichten, besonders nicht in einer Zeit, in der man allgemein scharf rechnet, wo ganze Volksklassen sich auf Staatskosten (Kornzölle) zu bereichern suchen.

Der unentgeltliche Wehrdienst wäre gerechtfertigt, wenn alle an der Erhaltung des Staates gleichmäßig interessiert wären. Aber dieses trifft doch heute nicht zu. Der armselige Knecht, der, wenn er nur das Reisegeld zur Auswanderung verfügbar hätte, dem Staat längst den Rücken gekehrt haben würde, ist doch nicht am Staat in dem gleichen Maße interessiert, wie der Mann, dessen Besitz aufs engste mit dem Geschick des Staates verknüpft ist. Gleiche Pflichten gegenüber ungleichen Leistungen, das ist nicht richtig. Das sollte nicht sein, selbst dann nicht, wenn die Dienstpflichtigen aus lauter Freigebigkeit, auf genaue Verrechnung verzichtend, dem Staat den Dienst schenken.

Es gibt aber Geschenke, die man anständigerweise nicht annehmen sollte, und zu diesen gehört der unentgeltliche Wehrdienst. Nur Bettler nehmen Geschenke unterschiedslos an und

gemeine Bettelei ist es, wenn der Staat sich den Wehrdienst schenken läßt.

Bezahle man jedem, der unter der Fahne dient, einen ordentlichen, für alle gleichen Tagelohn und erhebe man die Kosten von den Interessen, die mit der Erhaltung des Staates verknüpft sind.

Gerade in einer Zeit, wo man geneigt ist, die Ungleichheit in der Güterverteilung der heutigen auf der Privatverantwortlichkeit und Privatinitiative begründeten Wirtschaftsordnung zur Last zu legen, ist es nicht unnütz, die Aufmerksamkeit auf diesen Punkt zu lenken. Bezahle man den Wehrdienst, wie es sich gehört, und verteile man die Kosten nach Maßgabe der realen Interessen, die mit dem Staat verknüpft sind, und man wird sehen, daß die Ungleichheit in der Güterverteilung sichtbar abnehmen wird. Natürlich, wenn das Volk, trotzdem es (man verzeihe den Ausdruck) fast immer auf dem Goldpunkt steht, die Freigebigkeit so weit treibt, daß es seine besten Jahre dem *Staat* und den damit verknüpften Privatinteressen unentgeltlich widmet, während es doch sonst niemals vorgekommen ist, daß jemand dem Staate einen halben Prozent der Schuldzinsen erlassen hat, so darf man sich nicht wundern, daß das Volk arm bleibt, während die so freigebig Beschenkten immer reicher werden. *Suum cuique!*

Die Anhänger Henry George's leiten bisher ihre Ansprüche auf Land und Rohprodukte von einem sogenannten natürlichen Rechte her. Ich will aber hier zeigen, daß man heute und solange die allgemeine Wehrpflicht unentbehrlich ist, vielleicht gar nicht so weit zurückzugreifen braucht zur Vindikation von Grund und Boden.

Zum Schutze des Staates stehen in Deutschland heute 500.000 Mann unter den Waffen, die ihren Dienst unentgeltlich verrichten. Rechnet man für jeden einen Tagelohn von nur 3 Mark, so sind das per Tag $1\frac{1}{2}$ und per Jahr 547 Millionen Mark.

Nehmen wir nun an, man erhöhe diese Millionen durch eine besondere Wehrsteuer; statt aber den Dienstuenden den Betrag bar auszuzahlen, würde man dazu den indirekten Weg, die Bereicherung des Staates, durch Rückkauf des Grund und Bodens einschlagen. Wie bald wäre doch da der gesamte Grund und Boden in den Gemeinbesitz des Volkes zurückgeführt !

„Eigentum, sagt Stirner, ist das, was ich an mich reißen und verteidigen kann“. Bedarf ich nun für die Verteidigung einer Sache der Hilfe anderer, so geht damit mein Eigentum auch schon in den Mitbesitz der anderen über.

Mit dem Eigentum, und ganz besonders mit dem Grundeigentum in einem Lande, welches des gemeinsamen Wehrdienstes nicht entraten kann, verhält es sich, wie mit einem Apfelbaum an der Landstraße, wie mit einem Stück Weideland zwischen Gartenanlagen. Es wirft nicht genug ab, um die Hüter zu bezahlen. Belaste man das Eigentum mit den Kosten, die der Wehrdienst dem Volke auferlegt, und es wird eines Rückkaufes vielleicht gar nicht bedürfen. Die Eigentümer werden dem Volke das Land als unrentabel zu Füßen legen.

Ich weiß, daß diesen hier ausgedrückten Ansichten entgegengehalten werden wird, daß der Wehrdienst nicht allein dem Schutze der Sachen, sondern auch dem der Person gilt. Aber das ist eine fade, leere Einwendung. Der Räuber, der Eroberer hat es nicht auf die Person, sondern auf die Sache abgesehen. Die Sache allein erweckt die Raublust, sie allein macht den Wehrdienst notwendig. Haben es die Engländer auf die Buren oder auf das Gold abgesehen? Zwingt das Land oder ihre Person die Buren zur Verteidigung? Die beste Waffe, die man den Negern in Afrika im Kampfe gegen die Sklavenjäger gegeben hat, war die Ungültigkeitserklärung aller Sklavengeschäfte. Der Eroberer will das Land, ihm sind die Bewohner im besten Falle nur Ungeziefer. So wenigstens drückte sich Bismarck aus, als von den Bewohnern der eroberten Provinzen die Rede war. Das deutsche Reich hat schon genug Flöhe im Pelz, sagte er. Also das, was den Angriff veranlaßt, soll die Kosten der Verteidigung tragen.

Jetzt, da man in Deutschland geneigt ist, den Mitgliedern des Reichstages den Taglohn zu bewilligen, scheint die Zeit gekommen zu sein, da man die Aufmerksamkeit auch auf diese hier besprochene soziale Frage lenken soll.

Goldtrust [V]

Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner.

Fortsetzung

Motto: Im Trüben ist's gut fischen.

Seit dem Jahre 91/96 sind diese Zahlen überall gewachsen, nirgendwo gefallen. Es ist auch nichts daran übertrieben. In dem Haushaltsetat aller Staaten werden die betreffenden Posten jährlich aufgeführt. Die Zusammenstellung fand ich in Meyers Konversationslexikon, Artikel Staatsschulden. In Mulhall's Dictionary of Statistics, Art. Finance, wird die Summe für das Jahr 1889 mit 5020 Millionen Pfund, also annähernd derselbe Betrag, angegeben. Die Schulden der übrigen Staaten der Welt beziffern sich nach der gleichen Quelle auf 1140 Millionen Pfund oder 22.800 Millionen Mark d. R.-W. oder rund 8 Millionen Kilo Feingold. Die Staatsschulden der ganzen Welt in Gold kontrahiert, betragen als $39 + 9 = 48$ Millionen Kilo Feingold, und ausdrücklich mag noch hier hervorgehoben werden, daß die mit Silber oder Papiergeld gesetzlich bzw. kontraktlich tilgbaren Staatsschulden nicht hier einbegriffen sind, weil Gold- und Silberschulden sich nicht addieren lassen.

Zu diesen Staatsschulden sind jetzt die Schulden der Städte, Gemeinden und der Federalstaaten zu rechnen. Eine vollständige Zusammenstellung habe ich nicht finden können, doch werden folgende Zahlen, die ich Mulhall's Dict. of Stat. Art. Lokal Taxation entnehme, wohl eine Schätzung zulassen:

Es betragen die Schulden folgender Städte:

	Jahr	Pfund Sterling	Einwohner
Berlin	1881	5.610.000	1.120.000
Birmingham	1881	6.110.000	400.000
Florenz	1881	5.540.000	180.000
Leeds	1881	3.500.000	300.000
Liverpool	1881	21.600.000	600.000
London	1881	20.600.000	4.000.000
Manchester	1881	6.200.000	600.000
Mailand	1881	3.050.000	300.000
Paris	1881	85.300.000	2.500.000
		165.980.000	10.000.000

Also auf rund 10 Millionen Einwohner, rund 165 Millionen Pfund oder 330 Mark per Einwohner. Übertragen wir nun diese Durchschnittsschuldenlast auf die Gesamtbevölkerung Europas, die für dasselbe Jahr mit 330 Millionen angegeben wird, so erhalten wir als Gemeindeschulden Europas 108.900 Millionen Mark, oder rund 39 Millionen kg Feingold, d.h. die gleiche Summe der Staatsschulden.

Nun will ich gerne zugeben, daß eine solche Übertragung der Großstadtschulden auf die gesamte Bevölkerung nicht so ohne weiteres zugänglich ist. Ich habe aber in der so ausgerechneten Summe von 108.000 Millionen Mark nur die Gemeinden Europas herangezogen. Wenn ich nun die Gemeindeschulden der übrigen

Welt als Kompensation für etwaige Rechenfehler auf die Waage werfe, so wird mir, glaube ich, niemand mehr Übertreibung vorwerfen, wenn ich obige Summe als die Gemeindeschulden der Welt schätze und in Rechnung bringe.

Jetzt kommen wir zu den Hypothekenschulden:

Jedermann weiß, daß es sich auch hier um kolossale Summen handelt, doch niemand kennt den genauen Betrag. Wir sind auf Schätzungen angewiesen. In Mulhalls Dict. of Stat. Art. Mortgages finden sich folgende Angaben:

In England: 58% des Grundeigentums.

In Irland: 40% des Grundeigentums, oder 120 Millionen Pfund.

In Frankreich wurden 1876 die Hypotheken offiziell auf 575 Millionen Pfund geschätzt.

In Deutschland: 41% des Grundbesitzes, nach Schätzung von Professor Meitzen. 1883 waren die Häuser Berlins mit 105 Millionen Pfund oder 67% des Preises hypothekiert.

In Österreich: 1884 waren es 320 Millionen Pfund.

In Belgien: Es wurden neu eingetragen

1860: 3.400.000 Pfund

1870: 4.400.000 Pfund

1886: 8.200.000 Pfund

In Holland: Die Hypothekenschulden betragen

1869: 37.500.000 Pfund

1883: 77.000.000 Pfund

In Italien: Die Gesamtsumme beträgt 580 Millionen Pfund.

In Argentinien: 1890 90.000.000 Pfund.

In Neuseeland: Neueintragungen jährlich ca. 9.000.000 Pfund, Löschungen ca. $\frac{1}{3}$ dieser Summe.

In Meyers Konversationslexikon finde ich folgende Angaben:

Preußen: Im 10-jährigen Abschnitt 1886/96 wurden 14 Milliarden Mark eingetragen und 7 Milliarden gelöscht, so daß sich eine Mehrverschuldung von 7 Milliarden ergibt. Art. Hypothekenschulden Bd. 18.

Wenn wir nun aufgrund obiger Zahlen die Durchschnittshypothekarverschuldung auf $\frac{1}{3}$ des Häuser- und Bodenpreises schätzen, wird man mich der Übertreibung bezichtigen können? Ich denke nicht.

Nun wird der Preis des Grundeigentums für Europa in Mulhalls Dict. Art. Wealth wie folgt angegeben:

Land 13.547 Millionen Pfund

Häuser 7.931 Millionen Pfund

Zusammen 21.478 Millionen Pfund

davon $\frac{1}{3}$ = rund 7000 Millionen Pfund oder rund 48.000.000 kg Feingold. Diese Summe bezieht sich wohlverstanden auf Europa allein; die Hypothekarschulden der übrigen Länder der Welt gebe ich auch hier zum Ausgleich von etwaigen Überschätzungen in den Kauf. Anhaltspunkte für die Einschätzung dieser Zugabe findet man in obigen Angaben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Geldreform

Bd. 1.

Dezember 1902

Nr .6.

Eine neue Orientierung auf dem Gebiet der sozialen Frage

Wenn wir von den Forderungen der Sozialisten alles das abstreifen, was lediglich aus taktischen Gründen, als Mittel zum Zweck etc. dienen soll, so bleibt ein auf der Präzisionswaage haarscharf abzuwägendes Etwas zurück, nämlich das Eigentumsrecht auf das volle, unverkürzte Produkt der eigenen Arbeit. Die Erhöhung des Lohnes bis zur Grenze des eigenen Produktes, oder mit anderen Worten, die Herabsetzung der Warenpreise auf den Betrag der in der Herstellung ausgezahlten Löhne, das ist und wird immer das Endziel bleiben.

Wer dieses Ziel im Auge hat und rücksichtslos mit allen ihm wirksam erscheinenden Mitteln verfolgt, ist „Sozialist“; wer mehr als das eigene Produkt verlangt, ist ein Dieb und wer für alle mehr erwartet, ein Träumer. Könnte doch das Mehr nur in einem Lohnabzug bestehen, den sich der Nächste gefallen lassen muß.

Die Herabsetzung der Warenpreise auf die Höhe der Lohnskala bedingt die Beseitigung aller Schlacken, die den Warenpreisen heute anhaften, also *Rente – Zins – Profit – indirekte Steuern* und die Frage, die man die „soziale“ nennt, ist einfach die, ob *Rente, Zins, Profit* und *indirekte Steuern* ohne Beseitigung der heutigen Wirtschaftsordnung, ohne kommunistischen Betrieb und ohne Unterbrechung in der Gütererzeugung beseitigt werden können.

Die große Mehrzahl der Sozialisten verneint diese Frage rundweg; sie halten *Rente, Zins* und *Profit* für Attribute der heutigen Wirtschaftsordnung. Deshalb lehnen sie es ab, auf die Prüfung von Vorschlägen einzugehen, die auf die Beseitigung von *Rente, Zins* und *Profit* abzielen. Für die theoretischen Untersuchungen in dieser Richtung und die

praktischen Vorschläge (Bodenreform, Konsumgenossenschaften, Geldreform etc.) haben sie kein Interesse. Für sie bedeutet dies alles doch nur Flickarbeit, die die Inangriffnahme des Neubaus der Gesellschaft nur verzögern kann.

Sie nennen die heutige Wirtschaftsordnung die kapitalistische, ohne zu bedenken, daß in dieser Ordnung das eigentliche Kapital mit seinem Produkt, dem Zins, verhältnismäßig von ganz untergeordneter Bedeutung ist, und daß Rente und Profit in der Zusammensetzung der Warenpreise den Zins ganz in den Schatten drängen. Ebensogut könnte man die Bezeichnung für die heutige Wirtschaftsordnung von der Rente, vom Profit, vom Proletariat, kurz von irgendeiner Begleiterscheinung ableiten.

Gewiß, die Gütererzeugung ist heute kapitalistisch, d.h. die in der Produktion verwendeten Mittel werfen einen Zins ab; aber ist dieser Zins Voraussetzung, würde die Produktion stocken, wenn der Zins in Wegfall käme? Das ist die Frage. Würde das Interesse des einzelnen an der Arbeit erlahmen, wenn die Produktionsmittel nicht mehr Kapital wären? Würde der Boden nicht mehr beackert, wenn er seinem Bebauer zwar eine Ernte, aber keine Rente mehr eintragen würde, würden die Fabriken geschlossen, würden keine Fabriken mehr gegründet, wenn dieselben, außer einer Vergütung für die Immobilisierung ihres Eigentums weiter keinen Zins einbrächten? [Die Bejahung dieser letzten Frage setzt die Ausscheidung des Metallgeldes und des jetzigen Papiergeldes voraus. Nur zur Zeit des Tauschhandels war ein solcher Fall möglich, und nur nach Einführung des materiellen Umlaufzwanges des Geldes wird er wieder möglich sein.]

Und schließlich würden die Güter resp. Waren nicht mehr ausgetauscht werden, wenn der Tausch auf Basis der Lohnskala, d.h. ohne Profit stattfände?

Nichts von alledem trifft zu, und den Beweis haben wir in der Tatsache, daß die Pächter heute schon den Boden bebauen, trotzdem sie keinen Heller an Rente beziehen. Arbeiten doch auch die Proletarier, wiewohl sie statt Rente, Zins und Profit zu beziehen, im Gegenteil diese Tribute zahlen müssen.

Nehmen wir den Fall an (ein Fall, der übrigens eintreten kann), daß die gesamte Industrie in Aktiengesellschaften betrieben würde, und daß die Aktien im Besitze der Arbeiterschaft wären. Von einer kapitalistischen Wirtschaft und Aus-

beutung könnte dann kaum noch die Rede sein, trotzdem aber wäre kein Grund vorhanden, warum die Produktion stocken müßte.

Die Produktion unter Beibehaltung der heutigen Wirtschaftsordnung ohne Rente, Zins und Profit ist möglich und zum Teil heute schon Tatsache.

Der Hunger nach Nahrung, Wohnung, Luxus und Kleidung treibt den Menschen zur Arbeit ohne Rente, die absolute Nutzlosigkeit der Waren für ihre Verfertiger erzwingt den Tausch ohne Profit und die Unmöglichkeit, die Vorräte (heute Kapital) anders als in der Reproduktion frisch und konsumbereit zu halten, würde nach Abschaffung des Metallgeldes der Industrie die Produktionsmittel zur Verfügung stellen, ohne Zins.

In voller Ruhe können wir also alle Maßnahmen treffen, die geeignet erscheinen Zins, Rente und Profit zu beseitigen, ohne zu befürchten, daß die Produktion stocken, der Austausch erlahmen würde.

Es ist in allen Tonarten, in allen Sprachen Europas und Amerikas, mit allen Mitteln des Geistes nachgewiesen worden, daß die Grundsteuer unabwählbar ist, daß die Rente, welche Ackerland, Wiesen, Wälder, Teiche, Wasserkräfte, Gruben, Bauplätze etc. etc. abwerfen, dem Volke durch die *Henry George'sche Grundsteuer* wieder zurückgeführt werden kann, ohne an der heutigen Wirtschaftsordnung das geringste zu ändern.

Da ist, wie gesagt, tausendmal nachgewiesen worden, und ich brauche mich deshalb weiter nicht mit der Beweisführung hier aufzuhalten.

Der allgemeine Wunsch, die Rente zugunsten des Lohnes durch die *Henry George'sche Grundsteuer* zu beseitigen, braucht nur gesetzlich ausgedrückt zu werden, und die Rente verschwindet spurlos. [Dieser Wunsch, die Rente zu beseitigen, ist freilich heute nichts weniger als ein allgemeiner, sonst hätte man doch vor allen Dingen der Rente den künstlichen, gesetzlichen Schutz entzogen, der ihr heute durch die Zölle zuteil wird, statt diesen Schutz zu verstärken.]

Und wie steht es in bezug auf den Zins?

Proudhon, Flurschein u.a.m. haben es überzeugend nachgewiesen, daß der Zins mit der heutigen Produktionsweise nicht das geringste gemein hat, sondern einfach ein Produkt, eine Begleiterscheinung des heutigen Geldwesens ist.

Zur Zeit des Tauschhandels gründete sich die Wirtschaft auf genau derselben Ordnung wie heute und damals waren Perioden zinsfreier Darlehen nicht nur möglich, sondern haben auch tatsächlich bestanden. Die jüdischen Gesetze, die den Zins verboten, beweisen das, denn ein Verbot erläßt man nicht gegenüber altersgrauen Zuständen, sondern nur bei neuen und deshalb auffallenden Erscheinungen. Wie wären die alten Juden wohl auf die Idee gekommen, in dem Zins etwas Anormales zu erblicken wenn seit Menschengedenken immer Zins wäre bezahlt worden?

Auch die kanonischen Zinsverbote reichen aus demselben Grunde sicherlich mit ihren Wurzeln in die Perioden zinsfreier Darlehen zurück.

Erst als im Laufe der Jahrtausende das Gedächtnis an jene zinsfreien Darlehen immer mehr verblaßte, erfolgte die Aufhebung der Zinsverbote.

Warum nun sind seit Abschaffung des Tauschhandels, seit Einführung metal-
lener Tauschmittel, die zinsfreien Darlehen als wirtschaftliche Erscheinung ver-
schwunden; warum wird, seitdem Gold und Silber den Austausch der Produkte
vermitteln, ausnahmslos ein Zins ausbedungen, warum ist der Zins *conditio sine*
qua non aller Darlehen, warum bleibt auf dem Anleihemarkt das Angebot
regelmäßig hinter der Nachfrage zurück?

Daß das am heutigen, aus dem Altertum auf uns überkommene Metallgeld
liegen muß, liegt auf der Hand, denn der Zins, als etwas *Selbstverständliches*,
fällt mit der Einführung des Metallgeldes zusammen.

Zur Zeit, als die Darlehen noch in Naturalien gemacht wurden, gab es
Perioden, da infolge glücklicher Umstände die Produktion größer als der Konsum
war und auf dem Anleihemarkt (den ich scharf vom Warenmarkt zu unterschei-
den bitte) das Angebot die Nachfrage überwog.

**Denn damals, zur Zeit des Tauschhandels, trat die Überproduktion
niemals auf dem Warenmarkt, sondern immer erst auf dem Anleihemarkt in
die Erscheinung.**

Nicht diejenigen, die die Waren erzeugten und verkäuflich hatten, klagten über
Überproduktion, sondern diejenigen, die an allem mehr hatten als sie persönlich
brauchten und den Überschuß deshalb ausleihen (nicht verkaufen) wollten.

(Der Verkauf hätte ihnen ja nur andere Produkte oder Waren eingebracht.)

Dem *Austausch* der Produkte war zur Zeit des Tauschhandels weder eine ideelle noch materielle Grenze gezogen. Alle Überschüsse wurden ausgetauscht und hätte sich die Produktionsfähigkeit aller plötzlich verzehnfacht, so wäre deshalb doch keine Stecknadel auf dem Markt zurückgeblieben. Die Vorratskammern nahmen alle Überschüsse auf; die Ware erreichte auf alle Fälle immer den Konsumenten.

Überschritten aber die Vorräte ein vernünftiges Maß, so brachte man den Überschuß auf den Anleihemarkt, d.h. man bot sie auf Ziel an und selbst, wenn die Konjunkturen für einen Zins ungünstig waren, so erachtete man es doch noch als einen großen, positiven Gewinn, wenn man einen Abnehmer fand, der weiter nichts bot als einfache Rückerstattung ohne Zins. War man doch auf diese Weise der Mühe und Kosten enthoben die Vorräte aufzubewahren, wurden doch auf diese Weise die Vorräte ewig frisch erhalten.

Das Ausleihen der Vorräte (heute Kapital) wurde zur Zeit des Tauschhandels als das einzig bewährte Konservierungsmittel angesehen, und das Angebot auf dem Anleihemarkt war damals ohne Rücksicht auf die Zinskonjunkturen genau ebenso groß, wie die Vorräte selbst waren.

Die zinslosen Darlehen waren damals vorteilhaft für beide Teile; der Nehmer hatte das, was er zur Produktion brauchte; der Geber erhielt seine Vorräte nach Jahr und Tag in frischer Ware zurückerstattet.

Seit Einführung des Metallgeldes findet auf dem Warenmarkt kein Austausch von Überschüssen mehr statt; dem Austausch ist in dem unmittelbaren Bedarf und Konsum eine scharfe Grenze gezogen. Alles, was diesen unmittelbaren Bedarf überschreitet, bleibt Ware und geht als Ware in Form von Arbeitslosigkeit zugrunde. Der Überschuß kann den Anleihemarkt niemals erreichen. *Daher die ewige Überproduktion an Waren (Arbeiterreserve) und die damit parallel laufende Unterproduktion an Vorräten (Kapital) mit ihrem Produkt, dem Zins.*

Die etwaigen Überschüsse werden heute in Form von Geld festgelegt und in Form von Geld dem Anleihemarkt zugeführt. Und Geld wird man doch nicht zinslos ausleihen. Kein Zins, kein Geld; Zins ist die Voraussetzung jeder Anleihe.

Der Zins hat also mit dem persönlichen Eigentum, mit der Privatinitiative, der Freiheit und wirtschaftlichen Selbständigkeit, kurz mit der heutigen Wirtschaftsordnung nichts gemein, sondern steht mit unserem Geldwesen in unmittelbarem Zusammenhang. Den Zins könnte man beseitigen und die Produktion würde keinen Augenblick stocken.

Und den Zins kann man beseitigen, wir können das Geld derart umgestalten, daß es den Austausch der Überschüsse auf dem Warenmarkt nicht mehr verhindern kann. Ich habe darüber praktische, durchaus ausführbare Vorschläge gemacht [Siehe meine Schrift: Die Anpassung des Geldes an die Bedürfnisse des Verkehrs.] und nachgewiesen, daß mit der Einführung eines materiellen Umlaufzwanges für das Geld sämtliche Überschüsse vom Warenmarkt (wo sie nur produktionsstörend und preisdrückend wirken) übergeführt würden.

Wie wir in der Henry George'schen Grundsteuer ein einfaches, wirksames Mittel haben, um die Rente dem Volke wieder zurückzuführen, so bietet uns der *materielle Umlaufzwang des Geldes* ein einfaches, wirksames Mittel, um den Zins aus den Begleiterscheinungen der heutigen Wirtschaftsordnung auszumerzen.

Wie bei der *Rente*, so braucht auch beim Zins der Wunsch nach Befreiung von diesen Lasten sich nur in einem Gesetz zu äußern, und beide Elemente der Warenpreise verschwinden auf Nimmerwiedersehen. Nur ein Unterschied ist zu machen: Die Rente kann von einem Tag zum andern beseitigt werden, beim Zins muß man warten, bis sich der Übergang der Vorräte vom Warenmarkt zum Anleihemarkt vollzogen hat, bis unter dem Druck des unaufhaltsam wachsenden Angebots der Zins verschwindet. Das kann ein Jahr, auch fünf, auch zehn Jahre dauern. Auch ist hier zu berücksichtigen, daß die Überschüsse (heute Kapital) exportfähig sind, und daß, um die volle Wirkung auf den Zins zu erzielen, die Reform des Geldes eine internationale sein muß. Wäre letzteres nicht der Fall, so würde die heutige Überproduktion an Waren sich in einen wachsenden Export von Vorräten (Kapital) verwandeln. Die Arbeitslosigkeit würde zwar aufhören, aber der Zins würde bleiben. [Ich weiß nicht, ob ich der erste bin, der diese Erklärung für die Zinserscheinung gab, aber wenn ich auch nicht der erste war, so muß ich doch leider annehmen, daß ich der letzte dieses Stammes bin. In seinem Buche: Die Kapitalzinstheorien bespricht Böhm-Bawerk alle Zinstheorien der Reihe nach; von einer Theorie, die den Zins in direkten Zusammenhang mit den Privilegien des Geldes bringt, ist da keine Rede.]

Wenden wir uns nun dem Profite zu. Warum wäre es nicht möglich, ohne zum Kommunismus überzugehen, den Profit so weit herabzusetzen, daß er vom gemeinen Arbeitslohn nicht zu unterscheiden wäre? Die Ausmessung des Profits erfolgt, wie die Ausmessung der Arbeitslöhne, durch Nachfrage und Angebot. Es gibt gemeine und qualifizierte Arbeit, und der Lohn der letzteren ist, weil das Angebot kleiner ist, in der Regel höher.

Wenn nun der Profit heute unverhältnismäßig hoch ist, so beweist das nur eins, nämlich, daß die Arbeit des Warenaustausches eine unverhältnismäßig schwierige ist, beziehungsweise, daß es unverhältnismäßig großer, geistiger Anstrengung bedarf, um die Hindernisse wegzuräumen, die sich dem Austausch der Produkte entgegenstellen.

Handelt es sich also darum, den Profit auf die Höhe der Lohnskala herabzusetzen, so kann dies nur dadurch erreicht werden, daß man alles vermeidet, wodurch der Handel erschwert wird, und daß man alle Einrichtungen trifft, von denen die Kaufleute eine Erleichterung des Warenaustausches erwarten, um auf diese Weise die Arbeit des Kaufmannes tiefer in den allgemeinen Konkurrenzkampf zu ziehen, kurz man muß hier genau dieselbe Taktik befolgen, die jeder Fabrikant befolgt, wenn es sich darum handelt, an den hohen Löhnen für qualifizierte Arbeit zu sparen. Durch Verbesserung der Maschinen und Erfindung neuer, sucht man solche Arbeiter überflüssig zu machen. Ist der Austausch der Produkte leicht, hat jeder Schafskopf genügend Intelligenz, um den Austausch der Produkte zu vermitteln, kann man im Handel moralische und geistige Krüppel ebenso nutzbringend verwenden, wie in der Industrie, ist es so leicht geworden, Kartoffeln kaufmännisch umzusetzen, wie solche zu produzieren, wird man von Zuchthaushandel sprechen, wie man heute von der Zuchthausarbeit spricht, so stehe ich dafür, daß der Profit auch auf das Niveau des Zuchthauslohnes herabgehen wird.

Laßt uns daher untersuchen, wie man den Handel erleichtern könnte, was man anrichten kann, damit Kinder, Krüppel, Säufer, Zuchthäusler, Windbeutel, Verschwender,

Analphabeten, Tollhäusler, verabschiedete Offiziere und Beamte, ruinierte Existenzen etc., etc. im Handel ebensogut Verwendung finden können, wie in der Produktion der Waren.

Freilich, wenn man alles tut, um den Handel zu erschweren, wenn man aus Neid vielleicht und Unvernunft dem Handel Hindernisse in den Weg legt (Börsengesetze), wenn man durch eine fortwährend schwankende Tarifpolitik dem Handel jedwede feste Unterlage entzieht, wenn man durch die Umsatzsteuer der Warenhäuser (überhaupt Gewerbesteuer) den schnellen und billigen Umsatz zugunsten von Millionen kleiner Blutsauger künstlich hemmt etc., etc. so darf man sich doch nicht wundern, wenn zu guter Letzt die geistige und moralische Auslese der Nation für den Handel noch gerade zu gebrauchen ist und wenn der Profit einer solchen Auslese entspricht.

Absoluter Freihandel und Handelsfreiheit, damit Schwankungen in dem Grade der Freiheit mit ihrem Einfluß auf die Kalkulationen ausgeschlossen bleiben.

Abschaffung aller Gewerbe- und Verkehrssteuern zugunsten größerer Freiheit im Verkehr.

Feste, über alle Kontrakte hinaus laufende Tarife, damit jeder mit festen Elementen rechnen kann.

Verbesserte und vermehrte Handelsschulen, damit der Nachfrage nach brauchbaren kaufmännischen Kräften genügt werden kann.

Kaufmännische Ausbildung in der Jugend in den Elementarschulen, damit die jungen Bauern, Arbeiter, Handwerker endlich lernen, ihre Produkte so teuer wie irgend möglich abzusetzen.

Ausbildung einer Universalverkehrssprache (Volapük), damit der Kaufmann der Mühe enthoben wird, fremde Sprachen dutzendweise zu erlernen.

Diese und viele andere Mittel gibt es, um den Profit zugunsten der Löhne zu beschneiden.

Vor allen Dingen aber Sorge man für ein passendes, wirklich gutes Tauschmittel, für brauchbares Geld. Das Geld, womit die Kaufleute sich heute behelfen müssen, kann ja die Kritik der kargsten Vernunft nicht vertragen. Nichts erschwert den Handel so sehr, als wie dieser stete Wechsel von Hausse und Baisse, nichts stellt an die geistige Befähigung des Kaufmannes größere Anforderungen, als die Notwendigkeit sein Schiff zwischen den Klippen von Baisse und Hausse

hindurch, auf die für sein Unternehmen unentbehrliche Differenz zwischen Einstand und Erlös zu lenken.

Im Widerspruch mit dem Wesen des Tauschmittels wird das Geld von Staate wegen heute noch allgemein als gewöhnliche Ware angesehen und betrachtet, deren Preis man am besten dem freien Spiel der Kräfte überläßt. Die Spekulation zieht aus dieser grundfalschen Handlungs- und Anschauungsweise Vorteil, indem sie, um Differenzen zu erzeugen, das Angebot von Geld bald vergrößert, bald verkleinert, und kein öffentliches Geldinstitut hat die Mittel und Befugnis, solchem Räuberwesen ein Ende zu machen.

Schaffe man das Gold ab und führe die reine Papierwährung ein. Errichte man ein Zentral-Geldinstitut und gebe demselben die Befugnis, die *Geldausgabe, bzw. das Geldangebot der täglichen, mittels fortlaufender Warenpreisstatistik zu ermittelnden Nachfrage derart anzupassen, daß wenn die Warenpreise Neigung zur Hausse zeigen, sofort Geld eingezogen wird, und wenn, umgekehrt, eine Baisse sich bemerklich macht, sofort das Geldangebot verstärkt wird.*

Ist eine solche tägliche Anschmiegun g des Geldangebots an die Nachfrage mit dem gewöhnlichen Papiergeld nicht durchführbar, weil zu schwerfällig, so führe man doch den materiellen Umlaufzwang ein. Wir sind doch nicht verpflichtet, bei dem ersten Versuch einer Papierwährung stille zu stehen und ewig den Knochen zu benagen, den uns John Law hinterließ. Weg, ins Museum mit dem Lawschen Papiergeld! Für moderne, soziale Bedürfnisse schaffe man moderne Tauschmittel.

Das Papiergeld mit materiellem Umlaufzwang steht unter unmittelbarem Angebotszwang und wird immer und unter allen Umständen sofort gegen Waren angeboten, sowie es die Kassen des Zentralgeldinstituts verläßt. Alle Privatgeldreserven verschwinden; die Privatpersonen legen ihre Reserven in Wechseln, Waren, Aktien an und niemand behält Geld in Reserve. Dadurch erhält das Zentralgeldinstitut eine absolute Aufsicht über den Geldmarkt, denn das Zentralgeldinstitut allein verfügt noch über Reserven.

Und diese Macht und diesen Einfluß benutzt das Zentralgeldinstitut nicht, um den Fiskus zu bereichern, sondern aus-

schließlich um den Preis des Geldes über Ort und Zeit hinweg festzunageln.

Verfährt man nach diesen Angaben, so wird der Hausse und Baisse ein unübersteigbarer, fester Damm entgegen geworfen. Das Risiko wird minimal, der Kaufmann rechnet nur mehr mit bekannten Größen und zum ersten Mal findet die Stereotypie Anwendung beim Druck der Preisverzeichnisse. [Eine Unterdrückung der Baisse (Krise) und Hausse (Boom) würde nicht allein das allgemeine Preisniveau befestigen, sondern auch die Schwankungen im gegenseitigen Tauschverhältnis der Waren einschränken, besonders bei den Industrieprodukten, denn eine Baisse drückt nicht von vornherein gleichmäßig auf alle Produkte, sondern beginnt bei den entbehrlichen Waren und greift nach und nach auf die anderen Waren über. Beim Boom verläuft die Sache umgekehrt.] Der Handel kann dann, bildlich gesprochen, auf der Rechenmaschine abgewickelt werden, und Säufer, Toll- und Zuchthäusler werden immer noch genug geistige Fähigkeiten haben, um den Austausch der Produkte zu vermitteln.

Ungleich schwerer als Zins und Rente belastet der Profit heute den Lohn. Merkwürdigerweise hat sich die Statistik niemals mit diesen Dingen befaßt, aber nach dem berechnet, was ein einziger Blick in das Getümmel der Städte verrät, kann man freiweg behaupten, daß in dem Gesamtlohnabzug des Arbeiters der Profit durchschnittlich Zins und Rente zusammengenommen sicherlich um das Doppelte übertagt und mit letzteren Elementen zusammengenommen den Betrag des Lohnes erreicht.

Den Durchschnittspreis mit 100 angenommen kann man denselben getrost, wie folgt zerlegen:

Lohn	50
Profit oder Tauschspesen	35
Rente und Zins	<u>15</u>
Zusammen	<u>100</u>

Der Zins belastet das Produkt bzw. den Lohn mit dem Zinsfuß dividiert durch das Verhältnis vom jährlichen Lohnbetrag zum Kapital. Dieses Verhältnis ist der Regel nach sicherlich ein mehrfaches, d.h. das Kapital setzt sich im Lohn jährlich (durchschnittlich und vermutlich) mehrere Male um. Nehmen wir den Zinsfuß zu 5 an, und sagen, der jährliche Lohnbetrag wäre ein zweifacher des Kapitals, so wäre die Belastung des Lohnes durch den Zins, bzw. der Lohnabzug

des Kapital, gleich $5 : 2 = 2 \frac{1}{2}\%$. Der durchschnittlich höhere Satz der Dividenden beweist nichts gegen diese Berechnung, da in den Dividenden Rente und Profit eingeschlossen sind. Am reinsten kommt der Zins in den Staatspapieren zum Ausdruck. In den Dividenden der Kohlengruben z.B. ist der auf die Maschinenanlage entfallende reine Zins (Kapital) mit der Rente (Kohlenfeld) und etwaigen Profit (Kartell) vereinigt. In diesen Dividenden ist die Rente zwar kapitalisiert, kann aber trotzdem niemals auf Rechnung des Kapitalismus gesetzt werden.

Dieser Abzug, den der Lohn durch das Kapital (den sog. Kapitalismus) erleidet, ist gegenüber dem Lohnabzug durch den Profit unerheblich, kaum nennenswert, denn, was bedeuten 2 bis 3 ja 5% im Handel? Der Handel, der Austausch der Produkte kostet den Produzenten 20 bis 30%, wenn nicht mehr. Der Lohnabzug, den sich die Arbeiter unter dem Titel „Profit“ gefallen lassen müssen, überragt den reinen Kapitaltribut (den Abzug für Benutzung der Produktionsmittel) um das zehnfache!

Und da spricht man noch von Kapitalismus! Wir stehen im Zeitalter des Merkantilismus, im Zeitalter der kolossalen, fabelhaften, jeder Vernunft Hohn sprechenden hohen Abzüge, die der Lohn durch den Profit erleidet.

Vom Kapitalzins ist der Profit ebenso scharf zu trennen, wie der Handel von der Produktion. Wer den Profit dem Kapitalismus zur Last legt, begeht denselben Fehler, wie wenn er die Handelsspesen mit den Produktionskosten verrechnet.

Eine Erklärung für diese jedenfalls merkwürdige Erscheinung hat, soviel ich weiß, zuerst Proudhon gesucht und gegeben.

„Merkwürdigerweise, sagt Proudhon, wiewohl niemand bisher darauf aufmerksam gemacht hat, hält man das Gold für den Schlüssel, während es im Gegenteil der Riegel des Warenaustausches ist.“

Und in der Tat, so ist es. Nicht allein infolge der steten Preisschwankungen, sondern auch durch seinen Mangel an Ebenbürtigkeit, erweist sich das Gold als Riegel des Marktes. Wie will man den Bauer veranlassen, das funkelnde Goldstück gegen die in jeder Beziehung unbequemen Produkte seines Nächsten auszutauschen? Wie anders als durch ein ganz außergewöhnlich großes Aufgebot von Intelligenz, oratorischer Schlagfertigkeit, Energie, Spürsinn, durch Grübeln und Frühaufstehen? Nur durch Heranziehung des ersten Aufgebots

der geistigen Elite der Nation kann man das Gold aus der Zirkulationsbahn der Ware wegräumen. Das Gold ist der Hemmschuh, das Gold ist die Ursache der fabelhaften Profitrate, denn wie das Wasser von selber den Weg zum Tale findet, so würden auch die Waren aus eigenem Antrieb, ohne die kaufmännischen Condottieri, das Ende der Zirkulationsbahn, den Konsumenten erreichen, wenn sie nicht immer das Gold vor sich her wälzen, den Wegelagerer immer von neuem überwältigen müßten.

Soll also die Arbeit des Kaufmannes erleichtert und auf die Rangstufe des Gänsehütens herabgesetzt werden, so müssen wir das Geld, *als Ware* auf die Rangstufe *der gemeinen Waren* herabsetzen. Das Geld soll nicht besser sein, als die Ware und Arbeit im allgemeinen; das Geld soll von niemand und zu keiner Zeit den gemeinen Arbeitsprodukten vorgezogen werden. Bildlich gesprochen, soll das Geld wie die Kartoffeln faulen, wie Guano die Luft verpesten, wie Dynamit explodieren, wie ein Pferd gefüttert, wie Maschinen behandelt werden. Es soll wie Baumwolle Platz beanspruchen, wie Ziegelsteine wiegen, wie Schwefelsäure ätzen, wie Glas zerbrechen. Dann geht der Prozeß – W. G. – ebenso spielend vonstatten, wie heute der Prozeß – G. W. – und diese Erleichterung des Austausches wird sich naturgemäß in einer Herabsetzung der Profitrate zugunsten der Löhne zu erkennen geben.

Die Vorschläge, die ich in meiner bereits angeführten Schrift mache, um das Geld als Ware auf die Rangstufe der gemeinen Arbeitsprodukte herabzusetzen, sind praktisch durchaus ausführbar und stelle ich hier die Behauptung auf, daß nach Beseitigung der Goldwährung, nach Einführung der reinen Papierwährung mit materiellem Umlaufzwang und nach Unterdrückung der Baisse und Hausse-Bewegungen, mittelst täglicher Anpassung des Geldangebots an die Bedürfnisse des Warenaustausches, dieser derart *beschleunigt, gesichert* und *vereinfacht* wird, daß schließlich jeder Fabrikarbeiter zum Handel befähigt sein wird, und daß der Profit auf das Niveau des gemeinen Arbeitslohnes herabsteigen wird.

Nach genauer Prüfung aller hier mitspielenden Faktoren gestatte ich mir sogar die kühne Behauptung, daß nach Einführung obiger Reformen der gesamte Handel mit einem Fünftel des heutigen Personals und einem Zehntel der heutigen Unkosten wird bewältigt werden können.

Gehen wir über zu dem Lohnabzug, den der Arbeiter durch die indirekten Steuern erleidet.

Ist es nötig, ein Wort darüber zu verlieren, um zu zeigen, daß die indirekten Steuern in keinerlei Zusammenhang stehen mit der heutigen Wirtschaftsordnung, daß man diese Steuern ohne weiteres abschaffen kann, ohne die Freiheit und Selbständigkeit der Person anzutasten? Ich glaube doch nicht. Schicke man eine Majorität ehrlicher Leute ins Parlament, setze man einen Mächtigen an die Spitze, auf den Thron, und die schmutzigen Geister, die dem Knecht und Proletarier alle Staatsausgaben aufbürden, werden in die Finsternis hinabgestoßen. Der Staat, sagt Fichte, ist dazu da, um jeden in seine Rechte einzusetzen. Diese Rechte haben aber nur im Eigentum greifbare Gestalt. Belaste man also das Eigentum mit den Staatskosten, denn nur des Eigentums wegen bilden wir den Staat.

Schaffe man also alle indirekten Steuern (Salz, Getreide, Bier, Tabak etc.) ab, berechne man die Preise der Produkte aller staatlichen Betriebe (Post, Telegraph, Eisenbahnen, Forsten, Kanäle etc.) einfach nach der Lohnskala, so daß die Rechnung aller Staatsbetriebe ohne Saldo aufgehe. Schaffe man auch die unentgeltlichen Staatsdienste (Abgeordnete, Ehrenämter, Wehrdienst) ab und bezahle man diese Arbeit, wie man den gemeinen Staatsdienst bezahlt.

Und wenn man schon dabei ist, durch solche Reformen das Einkommen der Bürger zu nivellieren und auf solche Weise die Grundlage für einen wirklich sozialen Staat schafft, so kann man ja auch gleich die Beamtengehälter einer Revision unterwerfen. Wenn der Preis der Kartoffeln, der Bücher, des Gesanges haarscharf durch Nachfrage und Angebot bestimmt werden kann, warum könnte da nicht auch der Gehalt der Beamten dem gleichen Gesetz unterworfen werden? Hat man zu wenig Unteroffiziere, Lehrer, so erhöht man den Lohn und Unteroffiziere schießen wie Pilze aus der Erde. Also! Der Staatsbeamte hat das Gesetz zur Richtschnur; von ihm wird keine Initiative, kein Spürsinn, keine Selbständigkeit verlangt. Er liefert Maschinenarbeit und für solche reicht der Lohn des Fabrikarbeiters aus. Ich für meinen Teil bin so ziemlich davon überzeugt, daß, wenn man vorn den Beamten keine gesellschaftliche Stellung, keinen gesellschaftlichen Bildungsfirlefanz verlangte, sondern lediglich die Fähigkeit, ihre Berufsarbeiten vorschriftsmäßig auszuführen, die meisten Be-

amtenstellen durch Fabrikarbeiter besetzt werden könnten. Um deutsche Gesetze auszuführen, braucht man doch kein Griechisch gelernt zu haben, für den Postdienst braucht man keine Universitätsbildung, und um sich die reinen Fachkenntnisse anzueignen, die man von den Staatsärzten verlangt, genügt, denke ich, der Witz eines modernen Arbeiters auch. Um Rizinusöl zu verschreiben, um Augen auszustechen, braucht man doch wahrhaftig keine universelle Bildung. Die Tüchtigkeit des Fachmannes wird durch universelle Bildung eher beschränkt als erweitert (oder wirkt das Rizinusöl etwa schneller, wenn es in griechischer Sprache verschrieben wird?).

Ich will hier diese neue Orientierung auf dem Gebiete der sozialen Frage schließen. Ich habe gezeigt, daß *Rente*, *Zins* und *Profit* keine Attribute der heutigen Wirtschaftsordnung sind, und daß man die Warenpreise auf das Niveau der dafür ausgezahlten Löhne herabsetzen kann, ohne daß es nötig wäre, seine Heiligkeit, den Menschen, in seiner Freiheit und Selbständigkeit zu beschneiden. Der Lohn läßt sich auf dem Wege wirtschaftlicher Reformen, die auf der richtigen Erfassung des Wesens von Zins, Rente und Profit gründen, auf die volle Höhe des eigenen Produktes heraufschrauben.

Und das ist Ende und Ziel der Sozialpolitik.

Goldtrust [VI]

Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner.

Fortsetzung

Motto: Im Trüben ist's gut fischen.

Rechnen wir jetzt unseren Besitz an Feingoldforderungen, resp. Goldlieferungsverträgen zusammen:

Staatsschulden	39.000.000 kg Feingold
Gemeindeschulden	39.000.000 kg Feingold
Hypotheken	<u>48.000.000</u> kg Feingold
Zusammen	126.000.000 kg Feingold

d.h. in den Händen der Rentner befinden sich heute verbrieft Forderungen an Staaten, Gemeinden und Grundbesitzer für einhundertsechszwanzig Millionen Kilogramm Feingold. Eher mehr als weniger.

Natürlich ist mit diesen drei fetten Posten das Haben der Rentner, das Soll ihrer Schulden nicht erschöpft. So z.B. sage ich nichts von den Wechselschulden, von den Obligationen der verschiedenen Gesellschaften, von dem ungedeckten in Gold zahlbaren Papiergeld, von den Schuldscheinen der Privaten, von den Bankguthaben etc. etc.

Alle diese Feingoldforderungen, die zusammen vielleicht nochmals 60 Millionen Kilo, bzw. die Hälfte obiger Summe ausmachen, lassen wir unberücksichtigt. Auch diese Summen verwenden wir zum Ausgleich etwaiger Überschätzungen.

Den 126 Millionen Kilo Feingold-Lieferungskontrakten steht nach den genauesten, zuverlässigsten Berechnungen ein Weltvorrat von sage und schreibe acht Millionen Kilo Feingold gegenüber – davon ca. 6 Millionen in Münzen und Barren (s. Meyer, Art. Edelmetalle und Mulhall, Art. Gold und Silber) und eine jährliche Produktion, die in den besten Jahren, d.h. nach der Entdeckung der Kalifornia Lager 200.000 Kilo niemals überschritt (s. Meyer, Art. Edelmetall).

Nun frage ich, ist das nicht ein prächtiges Verhältnis, kann man sich ein solideres Geschäft, eine festere Unterlage für eine gesunde Spekulation denken? Per ultimo 126 Millionen Kilo zu liefern und nur 8 Millionen greifbar! Und dabei keine Möglichkeit von auswärts, hier also vom Mond und den Gestirnen etwas heranzuschleppen; keine Möglichkeit auch bei dreifacher Schicht nicht nennenswerte Mengen aus den Minen zu ziehen.

Freut euch mit mir, ihr Notstandsgefährten, die Stunde der Erlösung hat geschlagen. Wir kaufen, oder vielmehr wir ziehen die 8 Millionen ein und bestehen dann auf unserem Schein, auf der Erfüllung der Kontrakte.

Hier geziemt es sich wohl, daran zu erinnern, wie es vor ca. 10 Jahren in Hamburg gleich nach Einführung des Kaffeeterminhandels erging. Damals standen die Lieferungsabschlüsse zu den Kaffeevorräten auch ungefähr wie 126 zu 8. Als die Stunde des Termins schlug, stieg der Kaffeepreis sprunghaft um 10, 30, 50, 100%. Es half nichts, daß die Lieferanten auf die schwimmenden Ladungen vertrösten wollten, auf den in Extrazügen vom Inland zurückbeordneten, schon verzollten Kaffee hinwiesen. Die Gläubiger bestanden auf ihrem Schein, auf der Erfüllung des Kontraktes in der Stunde des Termins. Damals wechselten Millionen ihre Eigentümer in wenigen Stunden.

Freilich, in manchen Ländern und zu verschiedenen Zeiten hat man die Termingeschäfte gesetzlich als Hasardspiele verboten, aber natürlich nur für die gemeinen Waren, wie Weizen, Kaffee, etc. Man hat es aber noch niemals gewagt, das Verbot auf die kontraktlichen Lieferungsversprechen von Geld auszudehnen. Man müßte denn alle Geldlieferungskontrakte, die bestimmte Erfüllungstermine haben – also Wechsel, Hypotheken, Schuldscheine, Banknoten etc. etc. verbieten, was ja übrigens dem Handel den Todesstoß versetzen würde.

Zwar gibt es hier und dort einzelne Männer, die sowohl die Gefahren solcher Geldtermingeschäfte, wie auch die Unmöglichkeit eines Verbotes einsehen und die den einfachen Vorschlag machen, das Geld vom Golde zu trennen und dann die Geldausgabe (natürlich Papiergeld) den Warenpreisen anzupassen und zwar in der Weise, daß, so oft und so lange die Warenpreise Neigung zur Hausse zeigen, der Geldmarkt drainiert wird und umgekehrt, daß, so lange

und so oft die Warenpreise Neigung zur Baisse zeigen, der Geldmarkt berieselt wird. [s. Seite 83 meiner Schrift: El sistema monetario argentino, sus ventajas y su perfeccionamiento. Buenos Aires 1893

und Seite 158 04 meiner Schrift: Die Anpassung des Geldes an die Bedürfnisse des Verkehrs, Buenos Aires 1897.

Michael Flürscheim: A Symposium on Money. Auckland 1901.

Alfred Rossel Wallace: Clarion 1898.]

Dann, aber auch nur dann, könnten die Geldtermingeschäfte ohne Gefahr für die Kontrahenten gestattet werden. Aber diesem praktischen Vorschlage steht die Theorie und der Wertglaube im Wege, und ehe die Notwendigkeit einer solchen verblüffend einfachen Reform erkannt, ehe der Vorschlag in seiner ganzen Bedeutung begriffen wird, ehe überhaupt ein solcher Vorschlag in ernsthafte Erwägung gezogen werden kann, muß der Wertglaube ausgerottet werden. Wer aber hat die Geduld, diese Gotteseiche der Wissenschaft zu fällen, besonders da sie im alkoholdurchtränkten Boden so üppig gedeiht?

Wie will man überhaupt den unmittelbaren Nachweis liefern, daß irgend etwas, was ein anderer zu sehen vorgibt, nicht existiert und zwar für *beide* nicht existiert? Vollends, wenn dem Visionär die Ausrede zu Gebote steht, daß das, was ersieht, mit nichts Irdischem vergleichbar, daß ihm infolge dessen die Worte, die Begriffe, die Möglichkeit fehlt, das Gesicht unserem durch das irdische begrenzten Erkenntnisvermögen nahe zu bringen? Einen kühnen Versuch in dieser Richtung findet man in Dr. Gottl's Schrift [Dr. Fr. Gottl: Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie, kritische Studien zur Selbstbesinnung des Forschens im Bereiche der sogenannten Wertlehre. Jena, Gustav Fischer 1897.]; aber so geistreich auch der Versuch ist, so muß man den Mann doch bedauern, der gegen Visionen oder Windmühlen anzukämpfen versucht.

Gegen den Wertglauben kann man nur mittelbar vorgehen und zwar dadurch, daß man ihn ignoriert. Wie man die Geister aus den Marterkammern alter Schlösser nicht mit langen Reden und guten Gründen vertreibt, sondern dadurch, daß man sein Bett mitten unter die Geister aufschlägt, so wird man mit dem Wertglauben erst dann fertig werden, wenn es gelingt, in dem Tabernakel desselben (die Währung) *Papiergeld* auszustellen mit der Inschrift:

Dies ist eine Mark d. R.-W.

[Die Provinz Buenos Aires gab 1869 Papiergeld aus mit der Inschrift: Die Provinz Buenos Aires anerkennt dieses Billet als 1 Peso Landesgeld (moneda corriente).

Zur Kolonialzeit wurde in Nordamerika Papiergeld ausgegeben, das als Inschrift einfach die Worte trug: Five Dollars. (s. Francis A. Walker: Money S. 289.)]

Angebot und Preis der Mark d. R.-W. ist der Oberaufsicht des Staates unterworfen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Geldreform

Bd. 1.

Februar 1903

Nr. 7.

Der Maßstab für die Qualität des Geldes.

Solange wir über kein offiziell gültiges und wissenschaftlich unanfechtbares Maß für den Preis des Geldes verfügen, entbehrt die Behandlung der Währungsfrage ihrer ersten und wichtigsten Voraussetzung.

Alles, was man für und gegen die Währung schreibt, ist und bleibt so lange einfache Literatur, bis wir über die Preisbewegungen des Geldes genau und sicher orientiert sind. Ich kann zwar die Währungsfrage in dieser Zeitschrift literarisch behandeln, Ich kann mir auch die billige Behauptung erlauben, daß unsere Währungsverhältnisse schwindelhafter Natur sind; aber diese Behauptung bleibt eine simple Behauptung, solange ich nicht aufgrund eines anerkannten und unanfechtbaren Maßstabes für den Geldpreis *schwarz* auf *weiß* zeigen kann, daß unser Geld im Preise flattert wie die Fahne im Wind.

Und weil ich diesen Beweis auch schwarz auf weiß bringen will, war mein erster Schritt auf dem Wege der von mir erstrebten Geldreform der, die Methode anzugeben, welche für die Ermittlung des Geldpreises einzuschlagen ist.

Diese Methode würde, ich will es hier nochmals konstatieren, ein wissenschaftlich durchaus unanfechtbares Ergebnis liefern und sich praktisch sehr leicht durchführen lassen. Aber es scheint, als habe ich völlig in den Wind gesprochen, als habe mich niemand verstanden; wenigstens kann ich hier behaupten oder gestehen, daß, wenn ich mich statt an die deutschen an die Hottentotten gewendet hätte, der Erfolg der gleiche geblieben wäre – nämlich Null.

Ich will es hier öffentlich konstatieren, daß man in der einzigen Zeitschrift deutscher Zunge, die sich mit dem Geldwesen befaßt, eine Methode angeben kann, um *den Preis des Geldes zu ermitteln*, also eine Sache von höchster Wichtigkeit ohne damit mehr Aufsehen zu erregen, wie etwa

mit der Nachricht, daß in einem chinesischen Bergwerk zehn Kulis verunglückt sind.

Man könnte vielleicht annehmen, daß ich meine Zeitschrift auf Maskenbällen, in Narren-, Toll- und Bierhäusern verbreitet habe, aber das ist durchaus nicht der Fall. Ich habe mich an alle Kreise der Bevölkerung gewandt, dabei 597 Franken 50 Rappen für Druck und Porto ausgegeben. Ach! hätte ich doch für das Geld Kartoffeln gepflanzt und Säue gemästet! So denke ich heute.

Bekanntlich stellen die Anhänger und Verteidiger der Goldwährung den Aufschwung, den die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, absolut sowohl wie relativ, genommen haben soll, als eine unmittelbare Wirkung der heutigen Währungsverhältnisse dar. Als Beweis für ihre Behauptung zeigen sie mit überlegenem Lächeln auf die Leistungen der Industrie, auf die mit Waren vollgepfropften Riesendampfer. Dies alles, sagen sie, ist seit Einführung der Goldwährung entstanden, gestehe, daß sie segensreich gewirkt hat!

Aber, wie es gewöhnlich bei der Verteilung von Lorbeeren zugeht, so sind der Goldwährung allerlei Nebenbuhler gegenüber getreten, die alle teilweise oder ganz das Verdienst an dem behaupteten wirtschaftlichen Aufschwung für sich beanspruchen. Da ist in erster Linie der Schulmeister, der den wirtschaftlichen Aufschwung auf die gediegene Schulbildung zurückführt; der Feldwebel, der mit eiserner Faust den Frieden erzwang und diesen als den Stifter aller Wohltaten hinstellt; der Priester, der die Felder gesegnet; der Erfinder, der die Ausbeute vertausendfacht; der König, der mit Weisheit regiert; der Kaninchenzüchter, der für *billiges*, der Schutzzöllner, der für teures Fleisch sorgte; kurz, alle rupfen an dem Lorbeerbaum des behaupteten, wirtschaftlichen Aufschwunges – einige bescheiden mit den Fingern, andere mit vollen Händen.

Ich will nun hier speziell die Ansprüche der Goldwährung einer Prüfung unterziehen und einen Maßstab zu erstellen suchen, an dem wir die Wohltaten der Goldwährung und ihr Verdienst an dem angenommenen Aufschwung messen können. also wohlverstanden einen Maßstab für die *Qualität* des Geldes, keinen neuen Maßstab für den Preis des Geldes. Es handelt sich hier festzustellen, wie das Geld seinen Zweck erfüllt, ob die Goldwährung den Austausch der Waren wirklich

derart erleichtert hat, daß der angenommene wirtschaftliche Aufschwung als eine Folge dieser Erleichterung seine Erklärung findet.

An sich hat ja die Behauptung, daß die Goldwährung einen wirtschaftlichen Aufschwung erzeugen oder wenigstens ermöglichen kann, nichts Auffälliges. Wissen wir doch gewiß alle, von welcher Bedeutung das Geld bzw. der Austausch der Produkte ist. Ohne Warenaustausch ist keine Arbeitsteilung, kein Fortschritt möglich. Ohne Warenaustausch keine Arbeit, kein Verdienst, keine Hochzeit. Stockt der Warenaustausch, so trennen sich die Verlobten, die Erfinder, die Unternehmer machen Bankrott, die Regierung wird kleinmütig und reaktionär. Vom Warenaustausch hängt es ab, ob auf der ganzen Linie das Kommando vorwärts oder rückwärts konzentrieren erschallt.

Der Warenaustausch wird aber durch das Geld vermittelt und beherrscht. Keine Kartoffel wird gegessen, kein Brief erreicht seine Bestimmung ohne Erlaubnis des Geldes.

Die Behauptung, daß die Goldwährung den heutigen Riesenverkehr ermöglicht hat, enthält also durchaus nichts, was von vornherein verblüffen könnte. Im Gegenteil. Frage man die Fabrikanten, die Reeder etc., ob sie nicht noch mehr Waren erzeugen und befördern könnten, sie werden übereinstimmend antworten, daß ihre Leistungsfähigkeit schier grenzenlos ist. Nicht die Leistungsfähigkeit der Maschinen und Schiffe hat der Produktion die Grenzen gezogen, sondern der Austausch. Und den Austausch vermittelt das Geld.

Daß in den Verdienstansprüchen der Goldwährung implicite die Behauptung liegt, daß ihre Vorgängerin den wirtschaftlichen Aufschwung gehemmt hat, ist an sich auch durchaus nicht verblüffend. Wenn das Geld den Fortschritt fördern kann, so muß es ihn auch hemmen können. Dem Gelde werden ganz andere Wirkungen zugeschrieben, als eine 10 bis 20-100-jährige Periode wirtschaftlicher Blüte oder Zerfalls. So wird z.B. der Zerfall des römischen Reiches nicht, wie bisher, den Barbaren, den Latifundien, dem Heidentum zugeschrieben, sondern ganz einfach der Erschöpfung der spanischen Silbergruben. [Francis A. Walker – Money p. 81.]

Auch an dieser Ansicht ist durchaus nichts Auffälliges. Über eine gemeine Baisse, einen Haufen protestierter Wechsel,

unquittierter Rechnungen, ungelöschter Hypotheken kann das bestgefügte Weltreich stolpern, stürzen und zugrunde gehen. Die Latifundien waren die Folge der Baisse – es waren einfach zusammengewucherte Länderkomplexe. Der Wucher aber ist die gewöhnliche Begleiterscheinung der Baisse.

Warum fällt das Erwachen der Menschheit, der Abschluß des Mittelalters mit der Entdeckung Amerikas zusammen? Weil erst mit der Entdeckung Amerikas die Baisse ein Ende nahm, die das römische Reich zertrümmerte. Das mit dem amerikanischen Gold hergestellte Geld machte es wieder möglich, Waren umzusetzen. Man konnte sich wieder der Arbeitsteilung widmen, die wegen Mangel an Tauschmitteln während des Mittelalters eingeschlafen war.

Was die Beschützer der Goldwährung behaupten, wäre also ganz gut möglich; nur handelt es sich um den Beweis.

Zunächst ist es auffällig, daß der Goldwährung, die nun schon seit 30 Jahren ungestört den Warenaustausch beherrscht, ein von den schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen begleiteter wirtschaftlicher Zustand gegenübersteht. Aufschwung (Boom) hat mit Niedergang (Krisis) fortwährend abgewechselt. Eine ständige, unerschütterte, 30-jährige Einrichtung müßte aber eigentlich eine ebenso ständige Wirkung ausüben. Ist der behauptete wirtschaftliche Aufschwung eine Wirkung der Goldwährung, so muß diese Wirkung ebenso ständig und gleichmäßig wie die Ursache sein. Das Gegenteil ist aber der Fall.

Nun könnte man sagen, daß die Goldwährung zwar einen gleichmäßigen, günstigen Einfluß ausgeübt hat, daß aber der Erfolg durch andere Umstände, z.B. durch Kriege, Zollpolitik durchkreuzt wurde, daß ohne diese Umstände die Volkswirtschaft im Schatten der Goldwährung sich ruhig und unaufhaltsam weiter entwickelt haben würde. Und tatsächlich gründen ja auch alle Erklärungen, die man heute von den Krisen gibt, auf diesen Annahmen. Für die heutige wirtschaftliche Depression wird der Krieg in China und Afrika ganz allgemein als genügende Erklärung betrachtet, daß während des spanisch-kubanischen und spanisch-amerikanischen Krieges (der doch an politischer Bedeutung den letzten Kriegen nicht nachsteht) die Volkswirtschaft im Zeichen eines regelrechten Booms sich bewegte, nach jener Krisenerklärung nicht den geringsten Abbruch.

Auch, daß sich die Amerikaner eines glänzenden Geschäftsganges erfreuen, während die europäische Wirtschaft wie eine ungeschmierte Maschine ächzt und stöhnt, ist für die landläufige Krisenerklärung ohne alle Bedeutung.

Der jetzige amerikanische Boom reicht genau mit seinen Anfängen in die Zeit, da man in Amerika die Bankgesetze änderte und die Emissionsgrenzen der Banken ganz gewaltig erweiterte. Infolge dieser neuen Bankgesetze wurde der amerikanische Markt mit papiernen Umlaufmitteln überschwemmt und die Warenpreise schossen in die Höhe. Damals wurde der amerikanische Geldmarkt so flüssig, daß Deutschland seine Anleihen dort vorteilhaft unterzubringen vermochte. Heute freilich ist die Geldplethora durch die Preissteigerung der Produkte verschluckt worden.

Ich will nun diesen Artikel nicht zu einer Krisentheorie ausarbeiten, sondern zu einem Maßstab für die Qualität des Geldes.

Ich habe für diesen Maßstab nicht viel Material zur Verfügung, nur zwei Zahlen, aber diese Zahlen werden hoffentlich genügen, um über die Goldwährung ein Urteil fällen zu können.

Wenn die Goldwährung den behaupteten wirtschaftlichen Aufschwung erklären soll, wie könnte sie diese Wirkung ausgeübt haben? Antwort: dadurch, daß sie den Austausch der Produkte erleichtert, bzw. gesichert, beschleunigt und verbilligt hat, denn das Geld ist doch nur Tauschmittel, nicht Produktionsmittel, und Einfluß auf die Produktion kann das Geld nur mittelbar durch seinen Einfluß auf den Austausch üben.

Ist aber wirklich der Austausch der Produkte seit Einführung der Goldwährung derartig

gesichert, beschleunigt und verbilligt

worden, daß sich der behauptete wirtschaftliche Aufschwung darauf zurückführen läßt, wo müßte sich das in erster Linie zeigen?

Antwort: An der Zahl der Kaufleute. Gewiß, so ist es. Hat die Goldwährung den Warenaustausch wirklich vereinfacht, oder gesichert, oder beschleunigt, oder verbilligt, so muß jetzt der Handel eine relativ geringere Anzahl Kaufleute beschäftigen und ernähren als früher, und ist dieser günstige Einfluß der Goldwährung bedeutend gewesen, so muß auch die Zahl der Kaufleute bedeutend abgenommen haben. Der Warenaustausch ist eine Arbeit wie jede andere, und das Geld ist die Maschine, die diese Arbeit verrichten soll. Hat

diese Maschine durch die Goldwährung eine Verbesserung erfahren, so muß sie jetzt weniger Bedienungsmannschaften erfordern.

Ist dieses nun der Fall?

In einem „Der Handel im 19. Jahrhundert“ betitelten Aufsatz der „Woche“ (S. 167) sagt Professor Schmoller:

„In einer Zeit, in der die Vermittlungstätigkeit in der Gesellschaft von 3 und 5 auf 11-13%, ja teilweise auf 31% der Selbstttigen gestiegen ist, in der diese Vermittlung einen steigenden Teil der Preise ausmacht etc. etc.“

Und so ist es; wenigstens ist nach der deutschen Berufsstatistik anzunehmen, daß es so ist. Diese Statistik hat zwar durch den Unverstand der betreffenden Beamten die Kaufleute mit den Postillonen und Schenkwirten in einen Topf geworfen; sie bestätigt aber trotzdem die Behauptung Schmollers, wenn man anderenfalls nicht annehmen muß, daß die Zahl der Schenkwirte ins Ungeheuerliche gestiegen ist.

Nach der deutschen Berufsstatistik waren in Handel, Verkehr und Schenkwirtschaft beschtigt:

1882 Personen 1.570.318 = 8,3% der Erwerbstätigen.

1895 Personen 2.338.511 = 10,5% der Erwerbstätigen.

Oder wenn wir die Zugehörigen, also Weiber, Kinder, Dienstboten etc., kurz alles, was unmittelbar vom Nettoprofit lebt, hinzurechnen:

1882 = 4.531.008 Personen = 10% der Bevölkerung

1895 = 5.966.846 Personen = 11,5% der Bevölkerung

Diese Zahlen liefern also die Bestätigung für die Behauptung Schmollers; sie liefern den Beweis, daß unter der unbeschränkten Herrschaft der Goldwährung der Austausch der Waren derart **erschwert** wurde, daß die Bedienungsmannschaft der Tauschmaschine von 8,3 auf 10,5% erhöht werden mußte.

Diese Zahlen sind keine billige Literatur; sie liefern den unanfechtbaren Beweis, daß die Qualität des Geldes sich von Jahr zu Jahr *verschlechtert* hat.

Woran das liegt? Das ist leicht zu erklären. Man hat das Geld als Ware allzu sehr *verbessert*. Man hat das Geld so sehr veredelt oder veradelt, daß es die eheliche Verbindung mit den Waren als eine „Mesalliance“ ansieht. Das Geld ist besser als die Ware; das ehemals schon große Widerstreben des Geldes, sich in Ware umzusetzen, ist durch die Goldwährung noch gewachsen, so daß jetzt mehr Kaufleute zur Bewältigung dieses Widerstandes nötig sind.

Will man diesen Widerstand brechen und das Geld demokratisieren, so setze man dasselbe

auf die Rangstufe der gemeinen Arbeitsprodukte herab, so verschlechtere man das Geld als Ware derart, daß es nie und nirgends den Waren vorgezogen werde.

Diese *Verschlechterung* der Geldware wird sich in eine entsprechende *Verbesserung* des Geldes als Tauschmittel umsetzen, denn die Waren werden vom Gelde angezogen werden und schließlich den Weg zum Konsumenten von selber einschlagen. Die Käufer werden durch ihr Geld täglich, stündlich an ihre Pflichten erinnert werden; sie werden den Verkäufern auf halbem Wege entgegenzueilen; es wird zwischen Geld und Ware, zwischen Käufern und Verkäufern das Band der Blutsverwandtschaft wieder geknüpft und die Waren werden spielend abgesetzt werden. Und dieser beschleunigte Absatz wird den Kaufleuten das Material entziehen, wovon sie bisher lebten.

An unserem **Maßstab** gemessen, wird sich die **Verschlechterung** der Geldware sofort als eine gewaltige **Verbesserung** des Geldes als Tauschmittel erweisen.

Ein absolut gültiges Maß für die Qualität des Geldes liefert natürlich die **Zahl** der Kaufleute nicht. Ein solches könnte uns nur der Bruttoprofit geben. Aber hierüber fehlen statistische Erhebungen. Nur der Bruttoprofit (also Einschluß aller Geschäftsspesen, wie Miete, Verluste, Reklame, Reisende, Lagerhäuser, Versicherungen, etc.), verglichen mit dem *Geschäftsumsatz*, kann uns deutlich sagen, was der Handel kostet, wie das Geld seinen Zweck erfüllt. Wenn wir den Bruttoprofit auf das Doppelte des Nettoprofits einschätzen (und das ist niedrig geschätzt), so leben heute nicht 10%, sondern 20% der Bevölkerung unmittelbar vom Handel, d.h. um die Produkte von vier Personen auszutauschen, ist heute eine fünfte Person nötig. Diese fünfte Person beansprucht aber nicht, wie man vielleicht glaubt, den im geraden Verhältnis auf sie entfallenden Anteil an dem Produkte der vier anderen Personen (also 20%), sondern ganz bedeutend mehr, da die Kaufleute in der Regel mehr verdienen, mehr verzehren und mehr erübrigen als die produzierenden Klassen.

La méthode mathématique en économie politique par Emile Bouvier

Professeur de l'université de Lyon.

[Paris, Librairie de la Société du Recueil Gal des Lois et des Arrêts.]

Der Verfasser erörtert in eingehender Weise alle gegen die mathematische Methode erhobenen Bedenken und gelangt zum Schluß, daß die Mathematik unentbehrlich ist, um die Richtigkeit vieler Lehrsätze der politischen Ökonomie zu beweisen.

Bouvier bedauert, daß die Mathematiker in der Regel wenig oder gar nicht in der politischen Ökonomie bewandert sind und umgekehrt, daß die Gelehrten der politischen Ökonomie keine richtige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit der Mathematik haben, und auf dieses gegenseitige Nichtverstehen führt er den Streit um die Bedeutung der mathematischen Methode zurück.

Die rein literarische Behandlung der politischen Ökonomie ist und bleibt eben Literatur, nichts als Literatur; deshalb betont Bouvier die Notwendigkeit, die Jugend, die sich dem Studium der politischen Ökonomie widmet mit dem Rüstzeuge der mathematischen Forschungsmethode auszustatten.

Wer die Schrift Bouviers (die, nebenbei gesagt, für Nichtmathematiker geschrieben ist und nicht ein x enthält) gelesen, wird die Nützlichkeit der Mathematik für die vollkommene geistige Durchdringung wirtschaftlicher Vorgänge schwerlich bestreiten können; aber, so fragt man sich heute, ist es nötig, vielmehr hat es einen Zweck, die politische Ökonomie in wissenschaftliche Untersuchung zu ziehen? Darf man hoffen, daß die Resultate dieser Forschung jemals praktische Beachtung finden werden?

Lesen wir, wie es am 10./12. im Reichstag zugeht:

Abg. Ulrich ruft wieder mit erregter, wutbebender Stimme: Beutegierige Majorität! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. Anhaltender tosender Lärm rechts und im Zentrum.)

Präsident Graf Ballestrem, dem es endlich gelungen ist, die Ruhe einigermaßen wieder herzustellen: Herr Abgeordneter, beutegierig dürfen Sie die Majorität dieses Hauses nicht nennen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. v. Kardoff (Rp.): Wir haben mit Ernst geprüft, ob der Antrag geschäftsmäßig zulässig ist. er ist eben das einzigste Mittel, um die Tarifvorlage, die ein vaterländisches Interesse hat ... (Schallendes Gelächter links, großer Lärm, entrüstete und ironische Rufe links: Vaterländisches Interesse!! Rufe bei den Sozialdemokraten: Ekelhafter Heuchler ! ekelhafte Gesellschaft ! Der Präsident Graf Ballestrem ersucht dringend um Ruhe, ist jedoch bei dem anhaltenden Lärmen selbst nicht mehr zu verstehen.) Der Zolltarif hat ein vaterländisches Interesse. (Erneutes Lärmen.) Abg. Ulrich (in höchster Erregung, heftig gestikulierend): Ein Mißbrauch des Vaterlandes!

Präsident Graf Ballestrem ersucht den Abg. Ulrich, sich zu mäßigen.

Abg. Ulrich (sich fast überschreiend): Ich kann mir nicht helfen, es ist ein Skandal ...!

Würden nun die x und y im Reichstag, d.h. von den ausschlaggebenden Persönlichkeiten vielleicht ruhiger angehört werden?

Gewiß, der Wissenschaft an sich ist diese Frage ja so überaus gleichgültig; die Wissenschaft sucht die Wahrheit der Wahrheit willen zu erforschen; die Wahrheit genügt der Wissenschaft. Genügt sie aber auch dem Manne, der sich der Arbeit unterzieht, sie ans Licht zu fördern? Keineswegs. Wahrheiten aufdecken, ohne Hoffnung, sie verwerten zu können, das hat seinen Sinn und Zweck. Wenn es sich nur darum handelte, dann denke ich, gäbe es wohl interessanteres Material, als die Frage, warum 10 Gr. Gold 5 Zentner Weizen kosten. Handelt es sich nur um geistige Übungen, dann mag sich ja die Schuljugend mit den ökonomischen Fragen befassen.

Man studiert die Volkswirtschaft, um der gefundenen Wahrheit öffentliche Anerkennung zu verschaffen. Aber hier sitzt der Haken.

Die wirtschaftliche Wahrheit (z.B. der wissenschaftliche oder mathematische Nachweis, daß die Henry George'sche Grundrentensteuer unabwäzbar ist) kann sich nur auf dem Wege der Politik Beachtung verschaffen, und die Politik ist der Antipode der Wissenschaft.

Die Politik (und was ist politische Ökonomie anders als nackte Politik) begeht ja Selbstmord an dem Tage, wo sie der Wissenschaft Gehör schenkt.

Wie wahr das ist, geht aus dem Satz hervor, den Bouvier aus einem Werk Walras des öfteren anführt:

„L'économie politique pure est la théorie de la détermination des prix sous un régime hypothétique de libre concurrence absolue.“

denn hier wird es doch ganz klar gesagt, daß die reine ökonomisch-politische Wissenschaft eigentlich schon in ihrer Prämisse ihre objektive Erledigung findet.

Politische Ökonomie, wie der Franzose sich derb, aber richtig ausdrückt, Volkswirtschaft, wie der euphemistische deutsche Ausdruck lautet, ist ja an sich weiter nichts, als der politische bzw. staatliche Eingriff in die natürliche Gestaltung der Preise. Die absolut freie Konkurrenz, auf die Walras seine Lehrsätze stützt, fordert aber die Ausschließung der Politik bei der Bildung des Tauschverhältnisses der Produkte. Wird aber die Politik vom Markte ferngehalten, wo bleibt da die politische Ökonomie, die Nationalökonomie, die Volkswirtschaft und die sich mit ihr befassende Wissenschaft?

Ein Verrückter – so sagt ein Sprichwort – wirft mehr Fragen auf, als tausend Weise beantworten können. Ebenso kann man heute sagen: Die Politik (oder, um einen parlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen, die beutegierige Majorität) wirft mehr ökonomische Fragen auf, als alle Schriftgelehrten mit und ohne Mathematik beantworten können. Alle wirtschaftlichen Fragen sind von der Politik, von beutegieriger Majorität aufgeworfen worden; alle wirtschaftlichen Fragen sind rein politische Fragen. Ich wüßte keine solche Frage zu nennen, die nicht durch die Politik entstanden und anders als durch die Politik wieder wegzuräumen wäre.

Welchen Zweck hat es nun der Politik nachzulaufen und der beutegierigen Majorität vorzurechnen, wohin ihre Pläne, Vorschläge und Gesetze führen? Es gibt niemand, wie schon Sancho Panza sagte, der schwerer hört, als derjenige, der nicht hören will. Ist die Beute gesichert, was geht die Majorität noch die Wissenschaft an?

Darum scheint mir die ökonomisch-politische Wissenschaft eine der Wissenschaft unwürdige Aufgabe übernommen zu haben. Narren, Spitzbuben, Kindern nachlaufen – das ist doch keine Wissenschaft mehr.

Wer daher wirklich wissenschaftliche Arbeit leisten will, der tue, was in seiner Macht steht, um den hypothetischen Zustand, den Walras als Grundlage der reinen politisch-öko-

nomischen Wissenschaft fordert, zu verwirklichen, um die Politik und Politiker zu erdrosseln; denn der Tod der Politiker allein kann die ökonomischen Fragen erschöpfen und erledigen.

L'économie politique pure, c'est la guillotine. Um die Politiker zu beseitigen, um ihren Anschlägen auf das Portemonnaie der Produzenten die Richtung zu nehmen, mit anderen Worten, um alle ökonomischen Fragen wissenschaftlich zu erledigen, gehört eigentlich wenig:

Abschaffung sämtlicher Privilegien

und zwar namentlich die Privilegien des Privatgrundbesitzes und die Privilegien des Geldes.

Die Privilegien des Privatgrundbesitzes werden durch die Henry George'sche Grundrentensteuer eingezogen, die des Geldes mit der Reform, die in diesem Blatt befürwortet wird.

Nach Einführung dieser Reformen gibt es keine Fragen, und infolge dessen auch keine ökonomische Wissenschaft mehr, denn mit diesen Reformen haben wir den absolut freien Wettbewerb in der Gütererzeugung sowohl wie im Güteraustausch. Nach Einführung dieser Reformen können alle Gesetze, die einem wirtschaftlichen Zweck dienen, beseitigt werden, und die Frage, warum 10 Gr. Pfeffer, 1 Zentner Gurken, 6 Besen, 1 Gr. Silber kosten, wird dann so einfach zu beantworten sein, wie die Frage, warum Jakob eigentlich Pfeffer baute, während er doch Gurken, Besen und Silber brauchte.

Die ökonomischen Fragen sind keine wissenschaftlichen Fragen, keine Fragen des Wissens, sondern des Gewissens. Wir brauchen zur Erschöpfung und Erledigung der ökonomischen Fragen keine neuen Methoden, sondern einfach den Mut und Willen, es frei auszusprechen, daß der Privatgrundbesitz auf Raub und unser Geldwesen auf Schwindel beruht. Wir brauchen keine Bücher, sondern Männer. Und darin scheint es zu fehlen. Sie sind in der modernen Sündflut, im Alkohol ertrunken.

Dieselbe Charakterlosigkeit, die man den religiösen Angelegenheiten gegenüber zur Schau trägt, überträgt man auch auf die wirtschaftlichen Zustände. Man ist im Innern fest davon überzeugt, daß alle nackt geborenen Kinder die gleichen Rechte auf die Erde haben, man ballt auch die Faust, wenn man mit der Wohnungsmiete eine oft fabelhafte Grundrente bezahlt, aber man ballt die Faust in der Tasche.

Deshalb ist meine Ansicht heute die, daß nicht die Mathematik, sondern in erster Linie die Abstinenz berufen

ist, die Männer zu erzeugen, die die Politiker erdrosseln und die ökonomischen Fragen endgültig aus der Welt schaffen werden.

Bis dahin wird sich die ökonomisch-politische Wissenschaft mit der Rolle begnügen müssen, die sie bisher immer und notwendigerweise gespielt hat, nämlich mit der des Narren am Hofe der Politik.

Goldtrust [VII]

Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner.

Fortsetzung

Motto: Im Trüben ist's gut fischen.

Aber wir brauchen nicht zu befürchten, daß dies in absehbarer Zeit geschieht, denn der Mensch befreit sich leichter von seinem Verstand, als von Visionen. Wer dies nicht glaubt, lese doch einmal die Inschrift des Papiergeldes verschiedener Länder. Lieber schreibt man mit vollem Bewußtsein baren Blödsinn nieder, als daß man sich von der Wertvision freimacht. So schreiben die modernen Argentinier (nicht die aus dem Jahre 1869): „Die Nation zahlt dem Inhaber bei Sicht 10 Pesos in Papiergeld“, oder mit anderen Worten: Die Nation schleudert dem Vorzeiger diesen Zettel als Zahlung ins Gesicht. Warum schreiben sie nicht einfach die Inschrift der erwähnten Zettel der Provinz Buenos Aires ab? Weil eine solche revolutionäre Inschrift den Wertglauben ignoriert, wodurch sich die Argentinier in Widerspruch mit der ganzen gesitteten Welt gesetzt hätten. Deshalb lieber den Verstand, als den Glauben opfern.

Und schließlich steht es vielleicht mit dem Wertglauben nicht anders, als wie mit jenen famosen Hosen des Königs, die nur den Unbefähigten unsichtbar waren. Vielleicht behaupten alle nur deshalb die Wertvision zu sehen, weil sie fürchten, für schwachsinnig gehalten zu werden. Die Zivilcourage ist ja nach dem Ausspruch Bismarcks ein seltenes Gut, und die Furcht lähmt Glieder und Verstand.

Und fragt man, warum der König seine Minister nicht über die Farbe der Hose ausgeforscht; es wäre ihm leicht gewesen, durch die Widersprüche den Schwindel nachzuweisen. Aber da sitzt ja eben der Haken! Jeder Minister hätte alle übrigen für farbenblind erklärt. So auch im Wertglauben. Jeder gibt eine Beschreibung der Vision (Werttheorie), die allen übrigen widerspricht. Jeder gibt seine Beschreibung für die zutreffendste aus und so bleibt die Vision selbst unangefochten. Die Nichtigkeit des Glaubens läßt sich eben nicht beweisen.

Und darum frisch ans Werk! Man wird uns nicht stören in unserer Operation. Der Glaube schützt uns.

Von den in unseren Händen befindlichen Goldlieferungskontrakten laufen täglich welche ab – Zinsen und Amortisationen machen im Durchschnitt jährlich über 5% aus oder von 126 Millionen Kilo rund 6 Millionen. Bisher haben wir die eingehenden Goldmengen durch Prolongationen oder Neuanlagen stets wieder in den Verkehr gebracht und dadurch den Schuldern die Möglichkeit geboten, das Material zur Erfüllung ihrer laufenden Verpflichtungen aufzutreiben. Jetzt gibt es keine Prolongationen und Neuanlagen mehr. Wir halten das eingehende Gold fest und warten. Das Gold wird bald knapp werden, es wird schwer aufzutreiben sein, und wer es haben muß, wird auch den geforderten Preis bezahlen müssen. Eine Baisse wird auf der ganzen Linie eintreten und mit der Baisse die Krise. Und mit der Krise wird der Kredit eingeschränkt. Wechsel, Papiergeld und dergleichen nimmt niemand mehr in Tausch für seine Waren, bares Geld, also massives Gold in Münzen oder Barren verlangt man. Der ganze Handel fällt auf das Bargeld, auf das solide, ehrliche, durch nichts zu erschütternde, allein *sichere* Metallgeld, auf das „common sence money“ zurück. Daß eine solche Überlastung des Goldes gerade zu einer Zeit, wo es schon knapp im Angebot steht, nicht ohne entsprechende Preiserhöhung bleibt, ist klar.

Es erhellt aus den Gesetzen, denen das Geldangebot unterliegt, daß das Gelingen unserer Operation durchaus nicht zur unentratbaren Bedingung eine Verminderung des Geldbestandes in dem Verhältnis der zu erzielenden Baisse, also von 3 auf 1 – von 8 Millionen auf 8/3 Millionen Kilo stellt. Es genügt schon, daß die Baisse in Fluß gebracht und dauernd darin erhalten werde – das Übrige bringt der Starrkrampf, den die Baisse erzeugt, auf dem Geldmarkt allein zustande. Es würde überhaupt schon genügen, den Plan zur Kenntnis des Publikums zu bringen, den Goldtrust im Handelsregister eintragen zu lassen, um eine Panik, eine Krise, einen allgemeinen Preissturz zu erzeugen, um das Metallgeld vom Markte wegzufegen, um den Geldsurrogaten das Lebenslicht auszublenden. Denn ich frage hier, wo ist der Narr, der sein schönes bares Geld heute in eine Ware, in Löhne, in irgend ein Unternehmen stecken wird, wenn der Goldtrust ihm die Waren, die Löhne etc. von Taler in Mark zu verwandeln verspricht. An dem Tage, wo es öffentlich bekanntgegeben wird, daß sich der Goldtrust konstituiert hat, mit dem ausgesprochenen Zweck, den Geldmarkt zu drainieren, damit die Warenpreise fallen, wird jeder suchen, sich mit einer möglichst *großen* Menge Goldes und mit einer möglichst *kleinen* Menge Waren an den zu erwarteten Preisverschiebungen zu beteiligen, und dadurch wird noch, *bevor* der Goldtrust in Aktion tritt, der Zweck desselben schon halbwegs erreicht sein. Denn darauf muß immer wieder hingewiesen werden, daß Gerüchte, Stimmungen, Ansichten, Berechnungen, Telegramme, sowohl die echten, wie die gefälschten an sich genügen, um das Angebot von Geld auf unbestimmte Dauer zu unterbrechen, und daß diese höchst interessante Eigenschaft des Geldes wie geschaffen ist, um den Goldtrust in seinen Operationen zu unterstützen.

Folgende kleine Episode aus der neueren Währungsgeschichte wird vielleicht besser als lange theoretische Erklärungen den Sachverhalt beleuchten.

Die Argentinier hatten – weil der Zinsfuß ihnen zu hoch schien und weil sie der Ansicht waren, daß man den Zinsfuß am besten durch ein verstärktes Geldangebot herunterdrückt – viel, sehr viel Geld ausgegeben, zuerst europäisches Gold und dann argentinisches Papier. Aber weder das Gold noch das Papiergeld vermochte den Zopf, der hinten hing, anders zu drehen. Der einzige Erfolg war, daß die Warenpreise in die Höhe gingen, daß das Gold verschwand und daß das Goldagio in wenigen Jahren auf 300% und mehr stieg. Der Zinsfuß blieb hoch, aber niemand klagte darüber, denn die hohen Preise entschädigten für die hohen Zinsen. Die Geschäfte gingen im allgemeinen besser denn jemals; die Einwanderung nahm einen enormen Umfang an, niemals ist so viel gebaut worden wie damals, niemals so viel produziert. Neue Fabriken wurden alle Tage gegründet und die Löhne stiegen auch langsam auf das veränderte Niveau der Preise. Alle wären zufrieden gewesen, wenn nicht die Not der Rentner bestanden hätte. Diese war auch in der Tat zum Erbarmen. Für ihre Forderungen bekamen sie natürlich nur den nominellen Betrag: den Unterschied mit dem materiellen Betrag – mehr als 2/3 – hatten die Schuldner eingesteckt, und diesen Unterschied mußten die Rentner bei all ihren Einkäufen bezahlen. Genau wie bei uns war der Taler auf dem Warenmarkt zur Mark geworden; für dieselbe Sache mußte man statt einer Mark drei bezahlen. Dieser Notstand führte zu Klagen; die Klagen verwandelten sich in Forderungen und aus den Forderungen wurde ein Gesetz, durch welches eine Reihe neuer Konsumsteuern eingeführt und deren Ertrag einfach verbrannt wurde. Was war die Folge? Was würdest Du tun, wenn man Dir sagte, wir besteuern Dich und den Ertrag der Steuer vernichten wir, damit das Geld rar wird im Angebot, damit die Warenpreise zurückgehen, damit Deine Schulden schwerer werden? Nun, gerade das, was Du als kluger Rechenmeister tun würdest, das taten die Argentinier. An den Waren, an der Arbeit, an der Spekulation, an den Unternehmungen, kurzum, im ganzen Erwerbsleben war nichts mehr zu verdienen, denn das, was heute 100 kostete, sollte morgen 99, übermorgen 98 und so weiter kosten. Wer mit dem Gelde arbeitete, verlor, und wer das Geld im Kasten behielt, der gewann – nämlich den Unterschied im Preis der Waren. Das Geld verschwand vom Markt und staute sich in den Banken und es gab einen Moment, wo 2/3 der gesamten Emission in den Banken brachlag. Dementsprechend war auch das Agio in kurzer *Zeit und bevor überhaupt nennenswerte Beträge verbrannt worden waren, von 400 auf 200 gesunken*. Der Schlußakt dieser blödsinnigen Währungskomödie (deren Dichter übrigens in Europa zu suchen sind), Krach – Defizit – Arbeitslosigkeit – Widerruf der Konversionsgesetze etc. – entbehrt des Interesses. Nur eins will ich noch erwähnen, obschon es eigentlich auch nicht mehr hierher gehört: Das was die Argentinier mit der Vermehrung des Geldbestandes nicht erreichten – den niedrigen Zinsfuß – das erzielten sie zu

ihrem höchsten Erstaunen, als sie das Geld verbrannten. Der Zinsfuß fiel, weil niemand Geld gewinnbringend anlegen konnte, weil der Schuldner ein (materiell) größeres Kapital zurückzuerstatten hatte, als wie er erhielt.

Was können wir nun, als kluge Spekulanten, aus diesem Schildbürgerstückchen erlernen? Nun, daß es genügt, wenn ein Mächtiger die Absicht, eine Baisse zu provozieren, kundgibt, um damit auch schon eine Baisse herbeizuführen. Ferner, daß wir den Geldmarkt nicht im Verhältnis des erstrebten Preisfalles zu drainieren brauchen, sondern daß ein herzhafter Versuch und im übrigen die Absicht allein genügt.

Es wird also nicht nötig sein, von dem schönen und für manche Industrien tatsächlich unentbehrlichen Metall große Mengen ins Meer zu versenken. Wir begründen den Trust, lassen seine Geburt mit Fanfaren und Trompeten der Welt verkünden, und wie die Mauern von Jericho, so wird das stolze Preisgebäude zusammenfallen. Zum Überfluß können wir ja ein paar Milliarden aus funkelneuen in den Staatsmünzen extra zu dem Zwecke geprägten Münzen mit möglichst großem Aufwand an Parade und Reklame, unter brausendem Hurra der Menge, unter dem Donner der Kanonen und der Begleitung patriotischer Gesänge dem Spiele der Wogen übergeben. Das macht die Welt nicht ärmer.

Die Statuten des Goldtrusts.

Art. 1. Zweck des Goldtrusts ist, dem Golde einen ausreichenden, deshalb wesentlich zu erhöhenden Preis zu verleihen, um dadurch die Not der Rentner dauernd aus der Welt zu schaffen.

Art. 2. Jeder Rentner, dem die Interessen und die Ehre seines Standes am Herzen liegt, wird moralisch verpflichtet, dem Goldtrust beizutreten.

Art. 3. Das Mittel zum Zweck erblickt der Goldtrust in der Vernichtung oder Beschränkung der existierenden Umlaufmittel, in der Erschwerung im Gebrauch der Geldsurrogate, in der Verhinderung der Goldproduktion.

Art. 4. Die Mark soll auf den Preisstand des Talers gebracht werden und die dieser Preiserhöhung zu opfernde Goldmenge wird in der Theorie auf $\frac{2}{3}$ des auf 8 Millionen Kilo geschätzten Goldvorrats berechnet, wird also kaum 4% der zum mindesten 120 Millionen Kilo betragenden Goldforderungen ausmachen. Da aber erfahrungsgemäß eine geringfügige Baisse schon genügt, um das Gold vom Angebot zurückzuhalten, so wird schon ein kleiner Bruchteil obiger Summe genügen.

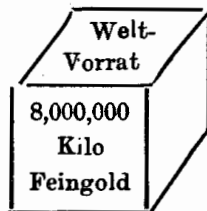
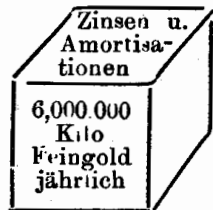
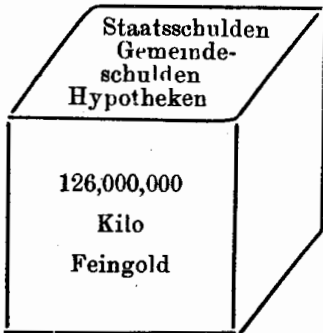
Art. 5. Jedes Mitglied verpflichtet sich, pro rata seines versteuerten Vermögens an den der Vernichtung geweihten Goldfonds beizutragen und zwar à fonds perdu, auch in demselben Verhältnis an der Kaufsumme der Goldminenaktien beizusteuern, damit bei der Feier der Wiedereröffnung der Minenindustrie in Transvaal die Minen feierlich und für immer geschlossen werden können.

Art. 6. Aus den Beiträgen wird ferner ein Fonds von einer Milliarde in Banknoten gebildet, um denselben zur Beunruhigung des Geldsurrogatgeschäfts heute hier, morgen dort zur Einlösung vorzuzeigen.

Art. 7. Die Geschäftswelt wird so bald wie möglich von der Existenz und dem Zwecke des Goldtrusts benachrichtigt, damit sie rechtzeitig von der zu erwartenden Baisse Kenntnis erhält und durch Einzug bzw. Immobilisierung des Bargeldes fleißig an ihrem Grabe und uns in die Hände arbeitet.

Art. 8. Um gesetzgeberische Maßnahmen gegen unsere Vereinszwecke im Keime zu ersticken, wird jedes Mitglied verpflichtet, für möglichste Ausbreitung der vom Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung herausgegebenen Traktätchen zu sorgen, weil von allen Währungsschriften keine geeigneter erscheinen, um den Glauben an den unerschütterlichen inneren Wert des Goldes, an die Vorzüglichkeit der Goldwährung zu nähren und zu befestigen. Im besonderen wird Dr. Helferichs Schriftchen „Die Währungsfrage“ in genügender Anzahl angeschafft und gratis an alle Bürger mit einer Empfehlung des Goldtrustes verteilt werden.

Schluß



Die Geldreform

Bd. 1.

März 1903

Nr. 8.

Die Notwendigkeit einer Neubewaffnung der Emissionsbanken für den Kampf gegen Boom und Krise.

Nachfrage und Angebot bestimmen alle Preise, auch den des Geldes.

Einen über Ort und Zeit hinweg festen Preis kann das Geld nur erhalten, wenn sich Angebot von Geld und Angebot von Waren (Nachfrage für Geld) zu jeder Zeit, im Krieg wie im Frieden, bei Not und Überfluß, ausgleichen.

Daraus folgt, daß, wenn die Warenerzeugung schwankend ist, auch das Geldangebot diese Schwankungen mitmachen muß; denn sonst werden diese zu Preisschwankungen.

Die Zeit ist endlich vorbei, da man glaubte, das Geld trage seinen Preis eigentlich mit sich herum wie die Schnecke ihr Haus, wie die Nuß ihren Kern. Die Zeit ist glücklicherweise vorbei, da man Feingehalt und Gewicht der Münze für die Hauptsache am Gelde betrachtete, und man alles in bester Verfassung wähnte, solange Münzfuß und Gewicht unverändert blieben.

Die Wünsche und Forderungen der Gelehrten hat man erfüllt; jetzt kommt die Reihe an die Kaufleute. Und diese sind begehrllicher. Sie fordern, daß Geld und Waren in ein festes Verhältnis zueinander gebracht werden, und da dieses Ziel nur über Feingehalt und Gewicht der Münzen hinweg durch innige, sorgfältige Anpassung des Geldangebotes an die Warenerzeugung erzielt werden kann, so verlangen sie nach einer *elastischen Währung*. Das Geldangebot soll zusammen mit der Warenerzeugung steigen und fallen, sich ausdehnen und zusammenschrumpfen. Auf diese Weise soll der Handel vom Opfer zum Herrn der Konjunkturen werden;

auf diese Weise sollen Hausse- und Baisseperioden, Boom und Krise ein für allemal unmöglich gemacht werden.

Mit Hilfe der Emissionsbanken sollte dieser vernünftigen Forderung genügt, das erstrebenswerte Ziel erreicht werden. Mittels der Banknote sollten die Emissionsbanken das Geldangebot den wechselnden Bedürfnissen des Handels anschmiegen, sollten sie den Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Warenmarkt erzwingen können.

Der Erfolg ist ausgeblieben. Nach wie vor ist der Kaufmann Spielball der Konjunkturen; nach wie vor entbehrt der Unternehmer einer festen Unterlage für seine Berechnung, nach wie vor wechselt Hausse mit Baisse, Boom mit Krise ab.

Dieser Mißerfolg ist das Produkt jener unseligen Verwechslung von Geldproduktion und Geldangebot, die ich in dem Artikel „Warum die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber versagt“ in Nr. 4 dieser Zeitschrift eingehend besprochen habe.

Aus der Tatsache, daß zusammen mit den Schwankungen der **Warenerzeugung** auch das **Warenangebot** schwankt, folgerte man, daß zusammen mit einer elastischen **Geldproduktion** auch das **Geldangebot** die gewünschte Elastizität erhalten würde.

Eine große Kartoffelernte führt sofort zu einem großen Kartoffelangebot – folglich muß eine Erweiterung oder eine Einschränkung der Notenfabrikation auch zu einer Erweiterung bzw. Einschränkung des Geldangebots führen. So folgerte man. Deshalb gab man den Emissionsbanken die Befugnis Geld nach Bedarf [Tatsächlich emittieren die Banken heute statt nach Bedarf einfach nach Gutdünken, da ein offiziell gültiges Maß für den Geldbedarf nirgends besteht.] anzufertigen, ohne sich um das Angebot des Fabrikates weiter zu bekümmern.

Man hielt ja Geldproduktion und Geldangebot für gleichbedeutend. Ja, man war in diesem Wahn so sehr befangen, daß man den Emissionsbanken das unmittelbare Geldangebot (also den Ankauf von Waren) streng untersagte, angeblich um die Sicherheit der Banken noch besser zu gewährleisten. *Die Emissionsbanken dürfen nach Bedarf, d.h. nach Gutdünken Geld drucken und ausleihen, dürfen aber nichts unmittelbar verkaufen.*

Diese Tatsache beweist besser als lange Erörterungen, daß in der Gesetzgebung die Quantitätstheorie für eine unanfechtbare Wahrheit gehalten wurde und wird.

Die Emissionsbanken dürfen das verfertigte Geld nur durch Mittelspersonen in Umlauf bringen (durch Diskontierung von Wechseln und dgl.), dabei dient den Emissionsbanken die größere oder geringere Bereitwilligkeit des Handels, den Diskont zu bezahlen, als Maß für den objektiven Geldbedarf des Marktes. Diese Mittelspersonen (in der Regel Kaufleute und Unternehmer, oft aber auch verkappte Spekulanten, Wucherer und Spieler) aber verfolgen regelmäßig nur persönliche Zwecke, ihr egoistisches Interesse, und das ist natürlich. Die neutralen Interessen des Warenaustausches, des Handels, welche die Emissionsbank zu schützen und zu pflegen hat, können somit nur so lange und so oft berücksichtigt werden, als wie diese sich mit dem persönlichen Interesse Privater decken.

Nun wissen wir aber und in meinem Artikel „Diskontpolitik und Währung“ in Heft Nr. 4 habe ich den Sachverhalt genau beschrieben, daß das Privatinteresse in diesem besonderen Falle zu den Wünschen der Emissionsbanken in geradem Gegensatz steht, daß, wenn die Emissionsbank bei einer Baisse gerne mehr Geld in Umlauf bringen möchte, um die Nachfrage und die Preise zu heben, ihre Mittelspersonen aus Furcht vor der Baisse und den mit dieser untrennbar verbundenen Verlusten das angebotene Geld auch bei stark herabgesetztem Zinsfuß zurückzuweisen, mit der Begründung, sie wüßten nicht, wie sie das Geld angesichts der Baisse nutzbringend und sicher unterbringen könnten.

Umgekehrt, wenn bei einer einsetzenden Hausse die Emissionsbank behufs Dämpfung der Nachfrage den Geldmarkt drainieren möchte, dann, gerade dann erscheinen die Mittelspersonen zuhauf und lassen sich auch nicht durch erhöhte Zinssätze abweisen.

Mit dem Lockmittel der Diskontermäßigung (bzw. Erhöhung) kann die Bank ja nur kaufmännische Gimpel fangen. Dem erfahrenen und vorsichtigen Kaufmann ist das Lockmittel der Emissionsbank ein Schreckschuß, er weiß, daß die Diskontermäßigung der Schatten ist, den die Baisse vorauswirft (und umgekehrt). Steht aber eine Baisse in Sicht, so kauft man nicht, sondern man verkauft, man holt kein Geld von der Bank, sondern man realisiert alles und bringt den Erlös zur Bank.

Ja, wenn sich die Kaufleute und Unternehmer vereinigen und verständigen wollten, um durch Zusammenwirken der

drohenden Baisse zu begegnen, wenn sie sich gegenseitig verpflichten wollten, im Verhältnis zum Umfang ihres Unternehmens, das von der Emissionsbank angebotene Geld kaufmännisch, d.h. durch Ankauf von Waren und durch Auszahlung von Löhnen in Verkehr zu bringen, so wäre ja keine Baisse zu befürchten und ein Verlust unmöglich. Aber der einzelne ist hier ohnmächtig. Der einzelne kann nur dann kaufen, bauen, handeln, unternehmen, wenn alle dasselbe tun, wenn aber alle aus irgendeinem oder auch aus gar keinem Grund eine Baisse prophezeien und mit den Bestellungen zurückhalten, so muß auch der einzelne sich danach richten und das Geld der Emissionsbanken trotz dem verlockend niedrigen Zinsfuß unberührt lassen.

Abgesehen nun von den Schwierigkeiten, die aus einem solchen einseitig nationalen Vorgehen zur Hebung der Warenpreise für den Kurs des Auslandwechsels erstehen würden, so kann von der Möglichkeit einer solchen Verständigung der Kaufleute gar keine Rede sein. Ein solches einmütiges Vorgehen müßte ja die Utopie eines Universaltrusts verwirklichen. Außerdem hieße es die Rollen verwechseln, die der Emissionsbank (Staat) und dem Kaufmannstand (Volk) zufallen. Die Emissionsbank, die keine Privatinteressen verfolgt, sondern die objektiven Bedürfnisse des Handels zu decken berufen ist, würde ja durch einen solchen Trust ihrer Stellung enthoben werden.

Was tun? Nun, es ist einfach genug. Die Emissionsbank soll im Interesse des Handels selber das tun, was sie von ihren Mittelpersonen erwartet; sie soll befugt, berechtigt, verpflichtet werden, **selber** das Geldangebot der Nachfrage dadurch anzupassen, daß sie, im Falle es sich als nötig erweist, geeignete Waren *für eigene Rechnung und Gefahr* aufkauft; sie soll befugt werden, nicht allein Geld zu fabrizieren, sondern auch ihr Fabrikat unmittelbar anzubieten, d.h. zu verkaufen.

Durch diese Befugnis erst wird die Emissionsbank Beherrscherin des Preisniveaus und erst jetzt kann sie den Handel vor Baisse- und Hausseperioden schützen. Geld fabrizieren ohne das Recht das Fabrikat unmittelbar zu verkaufen, in Umlauf zu setzen, das hat keinen vernünftigen Sinn. Mit solchen Einschränkungen kann selbst der gewiegtste Bankdirektor **nichts** erreichen. Und tatsächlich ist ja auch heute

die regulierende Wirkung der Emissionsbanken auf dem Warenmarkt gleich Null.

Was wir also heute zunächst brauchen, das ist eine Erweiterung der Machtsphäre der Emissionsbanken in dem Sinne, daß diesen gestattet werde, das fabrizierte Geld durch Ankauf von Waren unmittelbar in Verkehr zu bringen, mit anderen Worten, die Emissionsbanken sollen berechtigt werden, Geld zu **verkaufen** (nicht auszuleihen), wenn es auf dem Warenmarkt fehlt und Geld zurückzukaufen, wenn sich auf dem Markt ein Überschuß (Hausse) zeigt.

Diese Operationen der Bank sollen durchaus nicht den Profit zur Bedingung stellen, im Gegenteil sie sollen selbst dann noch ausgeführt werden, wenn der Bank dabei einbarer Verlust in Aussicht steht. Kurz, das Opfer, welches man merkwürdigerweise heute von Privatpersonen erwartet, dieselbe Opfer soll die Emissionsbank im objektiven Interesse der Gesamtheit bringen; *sie soll bei einer voraussichtlichen Baisse Waren kaufen und bei einer erwarteten Hausse Waren verkaufen.*

Laßt uns nun sehen, wohin nach Ansicht der Kaufleute eine solche Neubewaffnung der Emissionsbanken führen würde.

Zunächst will ich bemerken, daß ein gut bewaffneter Schutzmann mehr Vertrauen, bzw. Furcht, einflößt, als ein schlecht bewaffneter und daß infolgedessen ein Schutzmann weniger oft von seinen Waffen Gebrauch zu machen hat, wenn er einen scharfen Säbel statt einer Haselrute zum Begleiter hat. Si vis pacem, para bellum.

So auch im Emissionsgeschäft.

Die Störungen im Geldumlauf sind Folgen der Unzulänglichkeit in der Ausrüstung der Emissionsbanken; die Angriffe der Spekulanten kommen auch daher. Ist dagegen die Emissionsbank gut bewaffnet, kann sie das allgemeine Preisniveau unter ihre Fittiche nehmen, ist sie befugt, ihr Fabrikat unmittelbar gegen Waren zu verkaufen, dann braucht der Kaufmann nicht mehr zu fürchten und der Spekulant darf nicht mehr hoffen, daß eine allgemeine Hausse oder Baisse eintreten kann, und weil diese Furcht und diese Hoffnung ein für alle mal aus allen Köpfen verschwinden, gerade deshalb wird das Gefürchtete und Erwartete nicht mehr eintreten. Denn unbekümmert um alle Ereignisse in der Welt gehen jetzt Handel und Wandel ihre Geleise weiter; der Kaufmann kauft und

der Unternehmer läßt seine Leute arbeiten, ohne mehr danach zu fragen, ob wir einer Baisse oder einer Hausse, einer Krise oder einem Boom entgegengehen. Weiß sich doch jetzt jeder vor Krise und Boom geschützt, weiß doch jeder, daß der Handel in der Neubewaffneten Emissionsbank einen Blitzableiter hat. Jeder weiß, daß das Rüstzeug der Emissionsbank ausreicht, um den Frieden mit eiserner Faust zu erzwingen.

Die erste und notwendige Folge wird sein, daß das Spekulations- und Spielerkapital vom Markte weggefegt wird. Sind Baisse- und Hausseperioden ausgeschlossen, so werden die Spekulationskapitalien zur Untätigkeit verurteilt und lösen sich nach und nach auf. Diese Spekulationskapitalien sind es aber, die in der Regel den ersten Anstoß zur Baisse und Hausse geben, die die eingetretene Baisse oder Hausse schüren, die der regulierenden Tätigkeit der Emissionsbanken entgegentreten. Lösen sich nun diese Kapitalien auf, so erreicht die Emissionsbank schon dadurch allein viel ruhigeres Fahrwasser und sie wird um so viel seltener in die Lage kommen, von ihren Machtbefugnissen Gebrauch zu machen. Die Emissionsbank wird keine Waren zu kaufen brauchen, gerade weil sie das Recht hat, solche nötigenfalls zu kaufen. Gerade wie der Schutzmann, der keinen Säbel braucht, weil er einen Säbel zur Hand hat.

Ja, selbst die kaufmännischen Geldreserven werden zum größten Teil überflüssig werden, sowie der Handel vor Boom und Krise geschützt wird. Auch diese Reserven werden sich auflösen und ihr Verschwinden wird die Macht der Emissionsbanken entsprechend erweitern. Denn je geringer die Privatreserven, um so mächtiger die Emissionsbank. Diese unzähligen kleinen und großen Reserven, die planlos verwaltet werden und nur den Herdentrieb kennen, sie sind es, die neben den Spekulationskapitalien den Emissionsbanken die größten Schwierigkeiten bereiten. Wie die Sparkassen oft aus unerkennbaren Ursachen Opfer eines „Run“ werden, so stürzen sich diese Privatreserven oft lawinenartig auf die Waren und treiben die Preise hoch, um einige Zeit darauf, dem Herdentrieb folgend, in allgemeiner Panik das Gekaufte zu jedem Preise loszuschlagen. Diese Reserven wirken nicht regulierend, sondern geradezu vernichtend auf den ruhigen Gang der Geschäfte; sie haben für die Währung denselben Nachteil, den anerkanntermaßen in jedem Land die Pluralität der Emissionsbanken

hat, ja, sie sind im Grunde genommen wirkliche, private Emissionsbanken. Der einzige Unterschied ist, daß sie infolge ihres Herdentriebes nicht preisregulierend, sondern differenzerzeugend wirken, daß sie ihre Richtung nicht den allgemeinen objektiven Handelsinteressen entnehmen, sondern aus Furcht und Hoffnung, Wahrheit und Dichtung, Vertrauen und Mißtrauen, kurz aus völlig unkontrollierbaren Motiven. Diese Privatreserven und Störenfriede, diese Pfuscher im Handwerk der Emissionsbank, werden überflüssig, lösen sich auf und verschwinden, sowie die Emissionsbank in die Lage versetzt wird, ein festes Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld für alle Fälle zu erzwingen.

Die gesamte Emission wird werbend und schaffend unaufhörlich in Umlauf bleiben; niemand braucht um bares Geld noch in Sorge zu sein; Ware und Arbeit tritt an die Stelle der Geldreserven. Wer arbeiten kann, verfügt über Waren, und wer über Waren verfügt, hat damit bares Geld in Händen. Das Geld wird mit Regelmäßigkeit zirkulieren; dieser Regelmäßigkeit wird eine ebenso regelmäßige, durch die Regelmäßigkeit der Bedürfnisse bedingte Warenerzeugung entsprechen und etwaige, durch besondere Verhältnisse verursachte Schwankungen werden durch die Emissionsbank durch Einzug oder Ausgabe von Geld sofort ausgeglichen werden. Die Schwankungen im Preisniveau werden im Keime erstickt werden.

Was ich im Vorstehenden ausgeführt habe, drückt in einem positiven Vorschlag die Wünsche derjenigen Kaufleute aus, die die Mängel der heutigen Emissionspolitik erkannt haben und den gemeinnützigen Handel vor Hausse und Baisse, Krise und Boom, vor Spekulanten, Wuchern und Schwindlern in Schutz nehmen wollen. Der Vorschlag ist ja an sich gesund und vernünftig; er ist ohne kostspielige Vorbereitungen ausführbar. Als Vorbedingung stellt er nur die offizielle Ermittlung des allgemeinen Preisniveaus, bzw. die Verständigung über die einzuschlagende Methode für die Ermittlung dieses allgemeinen Preisniveaus. (In Nr. 1 und 2 dieser Zeitschrift ist eine solche Methode genau beschrieben.)

Aber die Kaufleute, deren Wünsche ich hier ausgedrückt habe, sind im Irrtum, wenn sie verneinen, daß mit der oben angedeuteten Neubewaffnung der Emissionsbanken alle Schwierigkeiten überwunden sind. Die Ausführung der gedachten

Reform würde nur den völligen Zusammenbruch unseres Geldsystems beschleunigen helfen; er würde zeigen, daß unser Geldsystem an einer organischen, tödlichen Krankheit leidet. Und da die Gefahr besteht, daß dieser Tod und Zusammenbruch statt zum Fortschritt zur Reaktion leiten würde (wie z.B. der Mißerfolg John Law's entschieden reaktionär gewirkt hat), so beeile ich mich, um Unheil zu verhüten, den Abgrund zu entschleiern, in den die geplante Reform unentrinnbar führt.

Das Geld dient heute als Spar- und Tauschmittel, also zwei völlig verschiedenen, vielfach sich kreuzenden und widersprechenden Zwecken. Als Tauschmittel soll das Geld umlaufen, von Hand zu Hand gehen, als Sparmittel aber soll es in einer Hand verbleiben; es soll ruhen und dem Besitzer Zeit lassen, um für seine Verwendung einen Zeitpunkt auszusuchen. Das Geld soll also *gleichzeitig* laufen und ruhen, schlafen und arbeiten. Es soll gleichzeitig als Anker und Schraube, als Wagen und Sarg dienen. Allerdings wird das gesparte Geld in der Regel als Kapital wieder in Umlauf gesetzt, aber nur als Kapital. Als Tauschmittel soll das Geld als Ware, auf Grundlage völliger Ebenbürtigkeit mit der Ware zirkulieren, als Sparmittel betritt das Geld nur nach Zahlung eines Tributes (Mehrwert) den Markt.

Aus dieser Doppelverwendung, diesen antagonistischen Zwecken entspringen alle Fehler des heutigen Geldwesens. Alle Widersprüche, Rätsel und Unklarheiten finden ihre Erklärung in dieser unnatürlichen Vereinigung von Tausch- und Sparmittel. Diese Doppelnatur des heutigen Geldes trägt ganz allein die Schuld, warum die Währungsfragen so überaus kompliziert erscheinen. Wer heute irgendein ökonomisches Problem zu lösen unternimmt, wird durch die materielle Vereinigung von Tausch- und Sparmittel ganz sachte, ohne es zu bemerken, vom Markte (Preis) auf die Sparkasse (Zins) geleitet – also sozusagen an die frische Luft gesetzt.

Deshalb wird man auch niemals die Währungsfrage lösen können, solange wir zwischen Tausch- und Sparmittel keine reinliche Scheidung herbeigeführt haben; nur die Ehescheidung zwischen Tauschmittel und Sparmittel kann die Währungsfragen lösen. Alle Vorschläge, die diese Mesalliance respektieren, die hier Halt machen, beruhen auf unklarer Erfassung der Frage. Sie sind Pfuscherie und verleiten notwendigerweise zum Schwindel.

Tauschen und Sparen sind so verschiedene Handlungen, wie sie nicht verschiedener gedacht werden können. Ebenso wie es unmöglich sein wird, eine Egge und eine Geige jemals in einem einzigen für beide Zwecke brauchbaren Instrument zu vereinigen, so wahnsinnig ist der Gedanke, Tausch- und Sparmittel in einem einzigen, beiden Zwecken gleichzeitig dienenden Gegenstand vereinigen zu können. Sparen können wir nur unter der Bedingung, daß wir arbeiten (s. Artikel „Absatzversicherung auf Gegenseitigkeit“ in Heft Nr. 2 und 3) und unsere Produkte austauschen können; sparen können wir alle nur, wenn jeder genau so viel kauft, wie er verkauft, wenn niemand Geld spart. Sorgen wir also vor allen Dingen für den Tausch unserer Produkte; sorgen wir für ein passendes Tauschmittel. Bei der Herstellung dieses Tauschmittels müssen wir die Richtung den objektiven Interessen des Handels entnehmen; der Zweck des Geldes allein soll uns bei der Anfertigung des Tauschmittels leiten. An die Sparer dürfen wir dabei nicht etwa in zweiter Linie, sondern überhaupt nicht denken. Wer eine Wiese umpflügt, darf auf die Blumen keine Rücksicht nehmen. Das Sparproblem, der Zins, gehört nicht hierher; die reine Währungsfrage hat zu den Sparern nicht mehr Beziehung wie zu den Schustern. Mag der Teufel die Sparer holen, die sich am Gelde festklammern, wie der Straßenkot an die Räder des Postwagens. Die Post ist nicht da, um die Straße zu kehren, und das Geld ist nicht da, um als Sparmittel zu dienen. Mögen sich die Sparer die Frage selber beantworten, was sie sparen sollen; vom Gelde aber sollen sie ihre Hände fernhalten.

Zur Lösung des gordischen Knotens braucht man ein Schwert; auch für die Lösung der heutigen Währungsfragen brauchen wir ein Schwert. Wir müssen mit dem Schwerte das Tauschmittel vom Sparmittel trennen. Wie wahr das ist, erkennen wir sofort, wenn wir den oben gemachten Vorschlag, nach welchem die Emissionsbanken berechtigt werden, das Angebot von Geld der Warenerzeugung nötigenfalls durch unmittelbaren Aufkauf von Waren anzuschmiegen, im Geiste zur Ausführung bringen.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß mit Hilfe der gedachten Reform Baisse- und Haussebewegungen im Keime erdrückt werden könnten. Kein Boom und keine Krise stören mehr den ruhigen Gang der Geschäfte; für Spekulanten, Spieler und Wucherer ist der Boden sterilisiert worden. Alle

Welt arbeitet und niemals spricht man mehr von Überproduktion. Mag sich auch die Warenerzeugung verdoppeln und verzehnfachen, auf die Preise kann das keinen Einfluß mehr haben, da ja auch das Geldangebot verdoppelt und verzehnfacht wird. Die Emissionsbank paßt die Nachfrage stets genau der Warenerzeugung an. Die einzelnen Waren natürlich ändern je nach Umständen ihr gegenseitiges Tauschverhältnis, genau wie das heute auch der Fall ist, aber was nicht mehr vorkommen kann, das sind allgemeine Hausse- und Baissebewegungen, Boom und Krise.

Nun wissen wir aus Erfahrung, welche ungeheuren Summen *gespart* werden, sowie der Austausch der Produkte ohne Unterbrechung, ohne Krise glatt vonstatten geht. Länder, die noch gestern Abnehmer für Kapital waren, sind heute Abgeber, der Kapitalimport verwandelt sich oft im Handumdrehen in Kapitalexport (Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, etc.), sowie die Maße des Volkes die gemachten Ersparnisse nicht sofort wieder in einem Krach verliert und in einer Krise aufzehrt. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß eine zehnjährige Periode krisenfreier Arbeit genügen würde, um irgendein Land mit Kapital zu sättigen.

Die gesparten Gelder werden in der Regel dem Anleihenmarkt zugeführt, wohin sie vom Zinsgenuß angezogen werden. Das **Angebot** auf dem Anleihemarkt wächst jetzt (also in dem gedachten Falle) schnell und unaufhaltsam, parallel mit der ungestörten Spartätigkeit des Volkes, während die **Nachfrage** auf dem Anleihemarkt in der Regel nur im direkten Verhältnis zum Wachstum der Bevölkerung zunimmt.

Der Erfolg ist ein stetiges, unaufhaltsames Sinken des Zinsfußes [Die Erklärung, warum heute oft oder gar regelmäßig die Spartätigkeit mit dem Zinsfuß *steigt*, findet man im Artikel „Diskontpolitik und Währung“, Heft Nr. 4 Der Zinsfuß steigt der Hausse wegen und nur bei einer Hausse kann man heute arbeiten und sparen. Umgekehrt fällt der Zinsfuß der Baisse wegen und bei einer Baisse stockt die Arbeit und die Ersparnisse werden angegriffen.]

Nehmen wir an, daß die Reform, um die es sich hier handelt, von den Haupthandelsländern gleichzeitig eingeführt würde; daß infolgedessen die Kapitalvermehrung eine internationale Erscheinung wäre und kein Kapitalexport den Anleihemarkt mehr drainieren könnte, wie lange würde es dann

wohl noch dauern, bis daß sich auf dem Anleihemarkt Angebot und Nachfrage ausgleichen, bis der Zins in Wegfall geraten würde?

Heute ist ein solcher Ausgleich undenkbar, weil das Sinken des Zinsfußes Export des Kapitals oder Rückzug des Angebots zur Folge hat, wodurch dann eine Baisse, durch die Baisse eine Krise mit Produktionsbeschränkung auf dem Fuße folgt. Die Produktionsbeschränkung bzw. Arbeitslosigkeit führt dann zum Angriff der Ersparnisse und zu einer entsprechenden Entlastung des Angebots auf dem Anleihemarkt zugunsten des Zinses.

Nach Einführung der gedachten Reform wäre aber eine Baisse, eine Krise und eine Absatzstockung nicht mehr möglich, weil die Emissionsbanken ja das Geldangebot unmittelbar dem Warenangebot anpassen würden.

Die Arbeit und die Ersparnisse würden also unaufhaltsam weiter schreiten und zwar ohne alle Rücksicht auf den Zinsfuß; ja selbst der Wegfall des Zinses würde der Arbeit und den Sparern kein Halt gebieten.

Hier nun beginnen die Schwierigkeiten, die Widersprüche und Fragen, welche unser heutiges Geldwesen durch die Verbindung von Tausch- und Sparmittel erzeugt.

Ist der Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Anleihemarkt erreicht, kann kein Zins mehr ausbedungen werden, so wird natürlich niemand mehr seine Ersparnisse dem Markt zuführen, denn ohne Zins verleiht man doch kein Geld. Man würde also die Ersparnisse in Schränken aufbewahren; man würde zur Schatzbildung zurückkehren. Dem Verkehr, dem Handel würden also andauernd große Summen baren Geldes entzogen werden, und die Emissionsbanken sähen sich genötigt, um einer verminderten Nachfrage und Baisse zu begegnen, die von den Sparern dem Verkehr entzogenen Geldbeträge durch neue Emissionen und Ankauf von Waren zu ersetzen.

Das Volk würde also die Ersparnisse in Bergen von Papierfetzen anlegen und die Emissionsbanken hätten die Pflicht, sich mit einer entsprechenden Masse faulender, stinkender, veraltender Waren zu belasten.

Es ist nicht nötig, den Gang der Entwicklung weiter als bis hierher zu verfolgen, um sich zu überzeugen, daß eine solche Währungsreform Puscherei ist und zum Krach führt.

Das Sparmittel würde das Tauschmittel töten; die siamesischen Zwillinge würden sich gegenseitig erdrosseln. Nur ein Alarmruf ist da nötig, und die ganze gewaltige Papiermasse verläßt die Kassen und Keller und setzt sich wie eine Lawine in Bewegung. *Sauve qui peut!* Die Warenlager der Emissionsbanken werden gestürmt und wenn die Bank die inzwischen verdorbenen und veralteten Waren nicht zum Preise der neuen verkauft und einen Abzug für Lagerkosten und Versicherung macht, so muß sie die Zahlungen einstellen. Das Preisniveau geht in die Brüche.

Will man den Zweck, den man mit der gedachten Reform im Auge hat, mit Sicherheit erreichen, so müssen wir das

Tauschmittel vom Sparmittel

materiell trennen.

Wir müssen ein Tauschmittel einführen, das ausschließlich dem Markt, dem Handel, der Arbeit dient und den Sparern die Frage selber beantworten läßt, welche Form sie ihren Ersparnissen geben sollen. Diese Frage geht uns nichts an.

Wir wollen ein brauchbares Tauschmittel und dazu eine Emissionsbank, die das Tauschmittel als *Tauschmittel* verwaltet, die das Angebot von Geld der Warenerzeugung anpaßt. Wir wollen der Währungsfrage eine *endgültige* Lösung geben.

Deshalb trennen wir das Tauschmittel vom Sparmittel, nicht allein in Gedanken, sondern materiell; deshalb wünschen wir ein Tauschmittel, das nur dem Handel, nicht aber Sparzwecken dienen kann. Mit einem Wort: wir verlangen den

materiellen Umlaufzwang

für das Geld.

Wir verlangen Geld, welches man nur kauft, um es wieder zu verkaufen; welches man ohne unmittelbaren, persönlichen und empfindlichen Schaden nicht aufbewahren, nicht sparen kann.

Solches Geld wird immer angeboten, ohne Rücksicht auf persönliche, wirtschaftliche, politische Ereignisse; von solchem Gelde legt keiner Reserven an. Niemand pfuscht mehr der Emissionsbank ins Handwerk. Die gesamte, von der Emissionsbank ausgegebene Geldmasse befindet sich in ununterbrochener,

daher regelmäßiger Bewegung. Eine Stockung, eine Finanzkrise ist unmöglich. Das Angebot des Geldes wird zu allen Zeiten sich haarscharf mit dem Geldvorrat decken und die Emissionsbank wird sich um das Geldangebot nicht mehr zu kümmern brauchen, denn solange das Geld außerhalb der Emissionsbank ist, gleichgültig in welchen Händen, wird es auch angeboten. Nicht allein dem Bauer, der seine Kartoffeln verkauft hat, brennt das Geld in den Händen, sondern auch dem Kaufmann, dem Spekulanten, dem Spieler, dem Wucherer, dem Sparer. deshalb wird die Bank nicht mehr nötig haben, Waren zu kaufen, um die Anschmiegung des Geldangebots an die Warenerzeugung zu erzwingen, denn die Besitzer des Geldes werden das Angebot selber besorgen.

Im Umlauf wird sich nie mehr Geld befinden, als wie der Warenaustausch unmittelbar aufnehmen kann. Jedes zuviel würde sich augenblicklich in einer Hausse, jedes zu wenig in einer Baisse bemerkbar machen und diese Differenzen würden immer durch die Emissionsbank durch Einzug bzw. Ausgabe von Geld im Keime unterdrückt werden.

So wie ich mir den materiellen Umlaufzwang des Geldes denke und wie ich ihn in meiner Schrift „Die Anpassung des Geldes an die Bedürfnisse des Verkehrs“ vorgeschlagen habe, nimmt die umlaufende Geldmasse jährlich um 5% auf Kosten der jeweiligen Inhaber zugunsten der Emissionsbank (Staat) ab.

Es muß also jährlich eine Neuemission von 5% gemacht werden, um den Geldbestand auf der gleichen Höhe zu erhalten.

Dieser Umstand ist wie künstlich gemacht, um den Emissionsbanken die Anpassung des Geldangebots an den Bedarf zu erleichtern. Zeigt sich nämlich ein Überschuß, so braucht die Emissionsbank nicht gleich einzugreifen, denn der Überschuß wird selbsttätig durch den oben angedeuteten Schrumpfungsprozeß aufgezehrt werden. Die Emissionsbank wird also kaum je in die Lage kommen, Geld einzuziehen.

Sollte sich trotzdem ein Geldüberschuß zeigen, so wäre das ein Beweis, daß ein jährlicher Verlust von 5% nicht genügt, um die Privatreserven völlig aufzulösen, um die Spekulationskapitalien zu beseitigen. In diesem Falle müßte man eine Erhöhung des Prozentsatzes auf 6-7%, kurz auf denjenigen Satz bewirken, bei dem ein wirksamer Umlaufzwang erzielt wird. Denn je kräftiger der Umlaufzwang, um so regelmäßiger der Geldumlauf, und je regelmäßiger der Geldumlauf, um so weniger sind Preisschwankungen zu befürchten.

Nach Einführung des materiellen Umlaufzwangs muß jeder immer ebensoviel kaufen, als er verkauft; tut er es nicht, so erleidet er einen Schaden, der ihn täglich an die Pflichten erinnert, die er mit der Übernahme des Geldes übernommen hat. Der Staat setzt das Geld in Umlauf; er verwaltet das Geld, um dem Handel ein Tauschmittel zu verschaffen, um jedem die Möglichkeit zu bieten, seine Produkte gegen andere auszutauschen.

Dies ist aber erst dann möglich, wenn jeder den Gelderlös immer sofort wieder zu Markte bringt – entweder er kauft selber oder er leiht es anderen, die persönliche Bedürfnisse haben. Einerlei also, in welchen Händen sich das Geld befindet, ob in den Händen von Konsumenten, von Sparern, von Spekulanten, von Wucherern – das Geld muß angeboten werden.

Dadurch erhält auch die Frage der

Einlösung des Geldes

eine verblüffend einfache Lösung, und zwar wird der Inhaber unmittelbar auf den Markt verwiesen. Geldbedarf hat nur der Warenerzeuger und in den Besitz des Geldes ist der Inhaber mehr oder weniger unmittelbar durch den Verkauf von Waren gelangt. Der Geldinhaber hat also nichts als Ware zu fordern und die Waren findet er auf dem Markt. Das einzige, was jedem von Rechts wegen zusteht, ist die Forderung, daß der Preis, den man für den Dollar erhält, dem Preis entspricht, den man dafür bezahlt hat. Und das wird ihm jetzt gewährleistet werden können.

Die Emissionsbank verspricht dem Inhaber also nicht, das Geld mit irgend etwas „einzulösen“, sondern nur, daß das Geld zu einem festen Preis gegen Ware zu jeder Zeit verkäuflich sein wird, und dementsprechend lautet die Inschrift nicht mehr wie bisher: Die Bank *zahlt* dem Inhaber einen Dollar, sondern einfach:

Dies ist ein Dollar.

Privatpersonen gegenüber hat die Bank keinerlei Verpflichtungen; zur Verfügung von Privatpersonen hält die Bank keine Reserven. Die Emissionsbank hat keine Schalter, keine Waage, keine Gewichte, kein Maß, keine Kasse, nicht einmal einen Buchhalter. Eine Werkstatt, wo das Geld gedruckt, ein

Ofen, wo die Überschüsse verbrannt, eine Schreibstube, wo die Preisbewegungen des Geldes statistisch ermittelt werden, das ist die allmächtige, alleinherrschende Emissionsbank. Persönliche Beziehungen hat die Emissionsbank zu niemandem. Das Geld, das in Umlauf gesetzt werden soll, übergibt sie den Staatskassen, die dasselbe durch den gewöhnlichen Gang der Staatsgeschäfte (Soldatenlöhnung, etc.) in Umlauf bringen. Sie diskontiert keine Wechsel, erkundigt sich nicht nach der Zahlungsfähigkeit, sie erhebt und zahlt keine Zinsen. Zum Zinsfuß, zum Diskont hat sie nicht mehr Beziehung wie zum Wetter. Sie betreibt keine Bankgeschäfte, ihr Wirkungsfeld ist der neutrale Markt. Sie kauft nicht und verleiht nicht. Sie schwebt, sie thront nur über dem allgemeinen Preisniveau.

Ja selbst zu den Waren hat sie keine persönlichen Beziehungen: die Art, wie die Ermittlung des Geldpreises in Heft 1 und 2 vorgesehen ist, läßt die einzelne Ware durchaus nicht hervortreten. Die Neutralität der Bank ist eine absolute.

Wir sehen also, wie die Ehescheidung zwischen Tausch- und Sparmittel die Situation nach allen Seiten hin klärt und wie dadurch die Währungsfrage von der kompliziertesten zur einfachsten aller ökonomischen Fragen wird.

Die Frage, was nach der materiellen Trennung von Spar- und Tauschmittel aus den Sparam, aus dem Zins und Kapital wird, werde ich im nächsten Artikel „Das Zinsproblem“ erörtern.

Clue to the

Economic Labyrinth

by

Michael Flürscheim

Mit derselben Post, die mir den Probabogen vorliegenden Heftes überbringt, erhalte ich auch obiges Werk des bekannten Geld- und Bodenreformers.

Das Buch ist bei Swan Sonnenschein & Co, London, erschienen und 547 Seiten stark.

In den nächsten Heften werde ich das Buch eingehend besprechen; mittlerweile wünsche ich meinem einzigen Ziel- oder Parteigenossen besten Erfolg.

Die Geldreform

 Bd. 1.

April 1903

 Nr. 9.

Michael Flürscheim's neues Buch

[Clue to the Economic Labyrinth by Michael Flürscheim London: Swan Sonnenschein & Co., Paternoster Square. 547 Seiten.]

Das Buch behandelt die Boden- und Geldreform: Es zielt auf die Beseitigung von Zins und Rente, auf die Sicherung des Handels vor Krisen, auf die Herabsetzung des Handelsgewinnes, kurz auf die Sicherung und Verbilligung des Produktaustausches.

Flürscheims Bestrebungen haben also mit denen der Geldreform eine merkwürdige Verwandtschaft.

Wenn auch die Theorien Flürscheims in bezug auf das Geldwesen in wesentlichen Punkten ungenau sind und infolgedessen auch seine praktischen Vorschläge einer gründlichen Nachprüfung bedürfen, so erkläre ich doch, daß ich selten ein so lehrreiches Buch gelesen habe. Das Buch wimmelt von sympathischen Gedanken, wenigstens für die Freunde der persönlichen Selbständigkeit.

Man kann darüber streiten, ob die eingesprengten Gedichte dem Zweck des Buches förderlich sein werden, ob es nicht besser gewesen wäre, sich allein an den nüchternen Verstand zu wenden, statt durch Gemütsregungen (die doch wie geistiger Alkohol wirken) den Leser in seiner Arbeit, wenn nicht zu lähmen, so doch zu unterbrechen; aber für diejenigen, denen es nicht darauf ankommt, auf dem kürzesten Wege zu einem abschließenden Urteil zu gelangen, mögen diese Gedichte eine erquickende Unterbrechung sein. Ich für meinen Teil spreche dem Appell an das Gemüt jeden praktischen Erfolg ab; seit beinahe 1900 Jahren wendet man sich an die Herzen der Menschen, mit dem einzigen Erfolg, daß das Gemüt abgestumpft worden oder verroht ist. Ich „*schwärme*“ daher für die Nüchternheit und würde es vorziehen, wenn Flürscheim weniger Poet und mehr Kaufmann wäre.

Auch sehe ich nicht ein, warum der Verfasser so oft gegen den Professor und namentlich den deutschen Professor loszieht. Die Professoren sind doch fast die einzigen Mitarbeiter bei der theoretischen Behandlung der Fragen, die Flürscheim beschäftigen. Wenn dabei die Professoren oft zu Resultaten gelangen, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmen, so muß man ihnen die höchst mangelhafte Vorbildung zugute halten: Jedenfalls kann man hier absolute Ehrlichkeit voraussetzen; jedenfalls stehen ihre Leistungen nicht unter dem Niveau ihrer ökonomischen Vorbildung und statt der Vorwürfe verdienen sie Anerkennung; denn wahrlich, es gehört Mut und Kraft, wenn man nach solcher geisttötenden Lehrzeit, mit solchem Material und solchem Werkzeug überhaupt sich an das Unternehmen wagt.

Wenn jemand in dieser Angelegenheit einen Vorwurf verdient, so ist es vielleicht der Kaufmann, der über manchen Vorgang genaue Beobachtung wohl anstellen könnte, wenn sich nur in ihm das Bedürfnis regen wollte, die Frage nach dem Warum seiner Handlungen zu beantworten. Doch auch hier wollen wir mit den Vorwürfen sparsam sein, denn der Kaufmann wird durch seinen Beruf derart in Beschlag genommen, daß Zeit und Ruhe für geistige Sammlung in der Regel fehlt. Trotzdem kann man sagen, daß der Kaufmann mehr als bisher leisten könnte. Vielleicht wird mit der Zeit die Intensität des Konkurrenzkampfes den Nutzen der Theorie zur Geltung bringen.

Wie dem nun auch sei, so wollen wir uns der Mitarbeit freuen, von welcher Seite sie kommen mag, und wenn wir nicht verstanden werden, wenn man über unsere Vorschläge den Kopf schüttelt oder gar an unserer geistigen Zurechnungsfähigkeit zweifelt, so schlagen wir an unsere Brust und bekennen einfach: *mea culpa, mea maxima culpa*. Ideen sind ja billig, billig wie Brombeeren; die eigentliche Arbeit, das Verdienst besteht darin, sie anderen verständlich zu machen. Die Wahrheit ist immer einfach und durchsichtig, warum denn, wenn wir die Wahrheit predigen, versteht uns nicht jeder Professor, jeder Bauer, jeder Krämer?

Der erste Teil des Flürscheim'schen Werkes beschäftigt sich mit der Landfrage oder Bodenreform. Er wendet sich gegen die Single taxer (allmähliche Konfiskation der Rente durch progressive Grundsteuer) und befürwortet den Rückkauf des Landes, die Entschädigung der Besitzer. Das ist sehr

vernünftig. Auf solcher Grundlage haben die Bestrebungen der Bodenreformer jedenfalls mehr Aussicht auf Erfolg, und auf den Erfolg kommt es an. Man kann ja fragen, ob es gerecht ist, daß man den Grundbesitzer, nachdem er Jahrhunderte ruhig im Genuß seines Raubes belassen wurde, jetzt obendrein noch entschädigt? Aber was nützen solche Phrasen, was ist Gerechtigkeit, was ist Raub? Wenn die Grundrente in der Staatskasse klingt, die Seele in den Himmel springt: Die Frage nach der Gerechtigkeit überlassen wir den Engeln und den Spatzen.

Flürscheim schlägt vor, den Landbesitzern (bzw. den Inhabern der Pfandbriefe) staatliche Schuldtitel über den Betrag des abgeschätzten Preises des Bodens zu geben. Da dieser Preis nun weiter nichts ist, als die zum laufenden Zinsfuß kapitalisierte Rente, so würde der Staat dabei nichts verdienen, indem die Verzinsung der Schuldtitel die Grundrente aufzehren würde. Aber Flürscheim meint, der Staat bezahle weniger Zins als die Hypothekenbanken und, daß wenn die Grundrente zum Hypothekenzinsfuß kapitalisiert, die Schuldscheine aber wie die übrigen Staatspapiere verzinst würden, von vorne herein sich ein Plus der Einnahmen über die Ausgaben zugunsten der Staatskasse ergeben würde. In Irland soll das der Fall gewesen sein. Auch rechnet Flürscheim auf ein Steigen der Grundrente und auf ein Fallen des Zinsfußes, letzteres, falls man die von ihm befürwortete Emissionsreform durchführt. Trifft das zu, so könnten die Schuldtitel in absehbarer Zeit allein durch das Plus der Einnahmen über die Ausgaben getilgt werden.

Ob die Grundrenten wirklich steigen würden, ist schwer zu prophezeien. Es spielen hier 1000 Umstände mit. Die Dezentralisation der großen Städte, z.B. durch die Fahrräder, Automobile, Straßenbahnen, usw. drückt auf die Grundrente im Zentrum zugunsten derjenigen der Peripherie. Ob diese Verschiebungen sich ausgleichen, hängt davon ab, wie die Tarife der Straßenbahnen berechnet werden. Sind diese Tarife niedrig, wie z.B. auf der Berliner Straßenbahn, so zieht die Grundrente in der Peripherie den Profit ein. Auch die Güte der Lokomotiven, bzw. die Fahrzeit spielt hier eine große Rolle. Würde man z.B. die Schnelligkeit der Stadtbahnzüge in Berlin verdoppeln, so würde die Grundrente im Grunewald möglicherweise auf das doppelte oder fünffache steigen. Kurz es ist schwer zu prophezeien.

Man kann auf das Steigen der Grundrente wohl spekulieren, aber nicht darauf rechnen. Darf aber ein Staat spekulieren?

Mit der landwirtschaftlichen Bodenrente verhält es sich ebenso. Zwar kann man die Rente des Ackerbodens mittelst der Zölle auf jede beliebige Höhe schrauben; wenn man aber auf Zölle verzichten will, so wird die Grundrente des Ackerbodens zu einem Produkt internationaler Verhältnisse. Hier kann man auch nur spekulieren. Entwickelt sich z.B. in Folge vernünftiger Handelsverträge die Industrie, so wächst die Bevölkerung, und viele Produkte der Landwirtschaft steigen im Preis zugunsten der Bodenrente. Eine lebhafte industrielle Entwicklung treibt aber gleichzeitig die Löhne hoch und was die Landwirte mehr an Löhnen zahlen, geht unmittelbar von der Rente ab. Werden nun diese beiden sich kreuzenden Strömungen sich ausgleichen? Wer vermag das zu sagen? Die Grundrente hängt auch ab von den Preisen und den Quantitäten von Düngestoffen, über die die Landwirtschaft verfügt. Thomasschlacken z.B. haben für den fast erschöpften Guano Ersatz geschaffen, sonst wäre die Grundrente vielleicht um die Hälfte gesunken. Die Thomasschlacke ist aber ein Nebenprodukt der Eisenindustrie, und von der Entwicklung der Eisenindustrie hängt die Gewinnung der Thomasschlacke ab. So wird also die Grundrente durch ihre Abhängigkeit von der Thomasschlacke zu einem Nebenprodukt der Eisenindustrie! Wer wird nun unter solch unklaren Verhältnissen den Mut haben, dem Staat eine Spekulation im Betrag ungezählter Milliarden zu empfehlen, deren glücklicher Verlauf eine Hausse der Grundrente zur Voraussetzung hat?

Ebenso gewagt ist die Prophezeiung einer Baisse im Zinsfuß. Der Zins ist ein internationales Produkt. Soll der Zins durch Reformen im Geld- oder Emissionswesen beeinflußt werden, so müssen diese Reformen international durchgeführt werden. Würde z.B. das Emissionswesen, wie es Flürscheim befürwortet, in Neuseeland reformiert, und der Zins dort die Neigung zeigen unter das internationale Niveau zu fallen, so würden die Kapitalien Neuseelands auswandern. Nicht in Form von Gold oder Papiergeld, sondern in Form von Waren. Die Neuseeländer mögen deshalb ihr Emissionswesen noch so vernünftig gestalten, solange man außerhalb Neuseelands Zins zahlt, wird man innerhalb Neuseelands das Problem zinsfreier Darlehen nicht lösen können.

Anders freilich würde sich die Sache verhalten, wenn

man den Grundsätzen der Emissionsreform eine internationale Geltung verschaffen könnte. Würde man z.B. das Emissionswesen in Nordamerika, in Deutschland, England, Rußland, etc. neu regeln, so wüßte das Kapital bald nicht mehr, wohin es auswandern könnte, denn die Welt wäre gar bald mit Kapital gesättigt. Und gelänge es, die indischen, japanischen und chinesischen Produzenten aus den Banden des Metallismus zu befreien, so könnte man vielleicht den Tag im voraus berechnen, an dem der Kapitalismus verenden, an dem sich zum ersten Mal wieder nach einer vieltausendjährigen Unterbrechung Angebot und Nachfrage auf dem Anleihemarkt die Stange halten.

Man kann also nicht einer einzelnen Nation, auch den Neuseeländern nicht, das Ende des Kapitalismus, die Beseitigung des Zinses prophezeien. Gott und dem Zins gegenüber gibt es keine auserwählten Völker. Der Prophet der zinsfreien Darlehen muß sich an alle Völker der Welt wenden, sonst ist das, was er sagt, Schwindel, Schwindel, Schwindel.

Kann man nun in Ruhe irgendeinem Staate die Übernahme einer Staatsschuld im Betrag von Hunderten von Milliarden empfehlen, deren Tilgung auf der Hoffnung einer baldigen internationalen Anerkennung vollkommen neuer, revolutionärer Grundsätze im Emissionswesen beruht?

Ich würde deshalb die Frage der Tilgung der Landrückkaufsschulden ganz unabhängig von der Hoffnung auf eine Baisse des Zinsfußes und Hausse der Grundrente lassen, und für diese Tilgung offen und ehrlich eine direkte Steuer vorschlagen. In Nr. 5 dieser Zeitschrift empfahl ich zum Zwecke der Tilgung dieser Schulden die Abschaffung des unentgeltlichen Wehrdienstes und die Bezahlung des Wehrdienstes auf indirektem Weg durch Rückkauf des Landes (Bereicherung der Gesamtheit) mit Hilfe der, durch eine besondere, dem Eigentum auferlegten Wehrsteuer verfügbar gemachten Beträge. Ich sagte, das Eigentum reizt die Raublust der Nachbarn, nicht die Einwohner, und ist es daher richtig, daß das, was den Angriff verursacht, auch die Kosten der Verteidigung trage. Erhebt man aber vom Eigentum (und Einkommen) unter dem Titel „Wehrsteuer“ eine dem Militäretat entsprechende Summe zur Tilgung der Landrückkaufsschulden, so würde in absehbarer Zeit nichts mehr zu tilgen sein.

Um den Titeln der Landrückkaufsschuld einen festen Preis zu verschaffen, um alle Spekulation im Keime zu er-

sticken, würde sich vielleicht empfehlen, diese Titel zu einem *schwankenden* Zinsfuß so zu verzinsen, daß deren Kurs sich niemals von Pari entfernen kann. Mit anderen Worten, statt daß sich, wie heute der Kurs dem oft Jahrzehnte im voraus festgesetzten Zinsfuß anpaßt, würde man umgekehrt den Zinsfuß dem Parikurs anpassen. Fällt der Kurs, so erhöht man den Zinsfuß für das laufende Quartal, steigt der Kurs, so setzt man den Zinsfuß wieder herab. Auf diese Weise würden die Titel zum solidesten aller Papiere werden und der Staat der Notwendigkeit wiederholter Konversionen enthoben. Geht dann nachträglich der Zinsfuß zurück, der Kurs der Titel bleibt fest auf Pari; und gelingt es dem unermüdlichen Flürscheim die Kaiser von China und Rußland, die Parlamente Deutschlands, Frankreichs und Englands, die schwarzen, roten und weißen Bürger der Vereinigten Staaten für eine Reform des Emissionsschlendrians zu gewinnen – der Kurs der Titel wird davon unberührt bleiben.

In Anbetracht des Umfanges des Flürscheim'schen Buches scheint mir die Frage, ob die Verwendung der Grundrenten des Staates zu allgemeinen Staatszwecken im steuertheoretischen Sinne nicht anfechtbar sei, allzu flüchtig behandelt. In der Theorie soll doch der Bürger in der Steuer weiter nichts, als die Dienste bezahlen, die ihm der Staat leistet. Die Grundrente bezahlt aber in letzter Instanz der Konsument in den Warenpreisen und da fragt man: Warum besteuern wir den Konsumenten? Warum soll etwa ein Weib, das für sich und seine neun Kinder 10 Brote kauft, zehnmal mehr zu den Staatsausgaben beitragen, als etwa ein reicher Mann, der mit einem Brot auskommt? Ich würde deshalb dafür stimmen, daß nach Tilgung der Schulden alle Einnahmen, die dem Staat aus Renten zufließen, den Konsumenten in Form einer Dividende wieder bar ausbezahlt werden, daß man also obigem Weibe für sich und für jedes ihrer ehelichen und unehelichen Kinder den auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Anteil an Grundrenten bar zurückerstatte. Aus demselben Grunde würde ich auch dafür stimmen, daß man die Tarife aller Staatsbetriebe so berechne, daß sich die Einnahmen mit den Ausgaben decken. Warum soll denn ein Mann, der mit der Bahn reist, mehr zu den Staatsausgaben beitragen, als wie ein Mann, der zu Fuß geht? Die für den Staatsbetrieb nötigen Gelder mag man durch direkte Steuer flüssig machen.

Der zweite und wichtigere Teil des Flürsheim'schen Werkes gilt der Reform des Geldes, genauer gesagt, der Reform des Geldemissionswesens. Im wesentlichen decken sich seine Vorschläge mit denen, die ich in Nr. 8 dieser Zeitschrift schon besprochen und als Puscherei bezeichnet habe.

Flürsheim befürwortet die Trennung des Geldes vom Golde, die Unabhängigkeit des Geldes von jeder bestimmten Ware. Er verlangt eine *elastische* Währung, die offizielle Ermittlung des allgemeinen Preisniveaus der Waren und die Anschmiebung der Emissionen an das Resultat dieser Ermittlung und zwar so, daß, sobald und solange die Warenpreise eine Neigung zur Hausse zeigen, Geld eingezogen und umgekehrt Geld ausgegeben wird, sobald die Preise eine Neigung zur Baisse erkennen lassen. [Die Methode zur Bestimmung des allgemeinen Preisniveaus entlehnt Flürsheim meiner Schrift: Die Anpassung des Geldes an die Bedürfnisse des Verkehrs. Er hält diese Methode für eine große Entdeckung und rechnet mich zu den Entdeckern. Ob ich nun wirklich *der* Entdecker bin, vermag ich nicht zu sagen. Tatsache ist, daß ich diese Methode, lange bevor ich sie zum ersten Mal 1893 in meiner Schrift: „El sistema monetario argentino, sus ventajas y su perfeccionamiento“ veröffentlichte, praktisch in meinem Geschäft anwandte, um zu berechnen, in welchem Maße das Resultat meiner persönlichen Tätigkeit durch Preisverschiebungen innerhalb meines Warenlagers beeinflußt wurde. Besondere Veranlassung dazu boten mir die großen damaligen Kursschwankungen. Übrigens habe ich diese Methode zur Ermittlung des Preisniveaus bedeutend verbessert (siehe Geldreform Nr. 1 und 2) und wenn darin ein Verdienst liegt, so wäre es wohl anständig, daß man mir wenigstens die Kosten erstatte. Auf die Ehre pfeife ich. Ließe sich auf derartige Sachen ein Patent nehmen, so hätte ich das getan, denn ich halte diese verbesserte Methode für eine epochemachende Entdeckung von höchster Wichtigkeit.]

Soweit stimmen also die Forderungen Flürscheims überein mit den von der Geldreform proklamierten Grundsätzen. Aber mit diesen Forderungen begnügt sich auch Flürsheim und diese Bescheidenheit wird ihm zum Verderben. Am Gelde selbst ändert er nichts. Flürsheim hofft, alle Privilegien des Geldes durch die Emission aufheben zu können. Er verlangt keine materielle Trennung von Tausch- und Sparmittel, nicht die Herabsetzung des Geldes auf die Rangstufe der Ware und Arbeit, keine Kontrolle der Geldzirkulation. Es soll alles beim alten bleiben; das Geld soll nach wie vor als Ware *besser* als alle übrigen Waren sein. Es soll auch ferner

jedem freistehen, das Geld in Umlauf zu setzen, wann es ihm beliebt – dem Geizhals, der das Geld verscharrt, dem Sparer, der das Geld dem Verkehr entzieht und es nur nach Zahlung eines Zinses wieder freigibt, dem Spekulanten, der durch stoßweises Angebot des Geldes die Preise zu erschüttern hofft, dem Spieler, der das Geld als Spielzeug behandelt. All diesen, dem Zweck des Geldes vollkommen fremden Operationen, soll das Geld nach wie vor zur Grundlage dienen und trotzdem seinen Zweck tadellos erfüllen. Der Staat also verfertigt das Geld, er verwaltet es, und der Steuerzahler bezahlt die Kosten, damit der Geizhals seinem Laster besser frönen, der Sparer einen Zins erpressen, der Spekulant sich auf Kosten der Gesamtheit bereichern, die Liederlichkeit zu einem Spielzeug gelangen kann, dessen Abnutzung ihr nichts kostet!

In voriger Nummer habe ich bereits kurz angedeutet, wohin diese Emissionspolitik führt, und an das dort gesagte knüpfte ich hier an.

Solange der Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Anleihemarkt nicht erreicht ist und immer noch ein Zins ausbedungen werden kann, würde sich die Emissionsreform bewähren (ich selbst habe diese Reform als Übergang zur eigentlichen Geldreform empfohlen), aber an dem Tage, wann der Ausgleich auf dem Anleihemarkt erreicht ist, geht diese Emissionspolitik zusammen mit der Währung in die Brüche. Und der Zeitpunkt, wann das Angebot die Nachfrage auf dem Anleihemarkt überholt, würde bei einer internationalen Einführung besagter Emissionsreform überraschend schnell eintreten. Übrigens ist Flürscheim selber dieser Ansicht; auch er prophezeit das Zurückgehen des Zinses auf Null; er gründet sogar auf diese Hoffnung die Tilgung der Landrückkaufschulden.

Was geschieht nun, wenn der Zins auf Null fällt, mit den Geldern, die täglich gespart werden und die bisher durch den Zinsgenuß automatisch wieder dem Markt zugeführt wurden? Nichts, gar nichts zieht sie dort noch an. Folglich werden die Ersparnisse verscharrt, vergraben werden in Koffern, in Kellern, in den Gewölben der Banken.

Flürscheim sieht dies auch ein; er erkennt, daß das die Folge sein würde. Aber er kann darin nichts anormales entdecken. Er prophezeit sogar, daß infolge dieser Schatzbildungen der heutige Geldbestand eine sehr starke Vermehrung erfahren müßte.

Wie groß er diese tägliche Vermehrung schätzt, sagt er nicht, und ich nehme an, daß dieser Umstand seine Aufmerksamkeit nur sehr wenig erregt hat, andernfalls hätte er wohl längere Zeit dabei verweilt. Was nun Flürscheim hier versäumt hat, will ich nachholen.

An dem Tag, wann kein Zins ausbedungen werden kann, verlieren die Sparkassen ihren Zweck, den der Zweck der Sparkassen ist der, den kleinen und kleinsten Ersparnissen Zinsgenuß zu verschaffen. Können aber die Sparkassen keinen Zins mehr ordern, so können sie auch keinen mehr bezahlen. Folglich kündigt die Sparkasse ihren Schuldern und zahlt die Einlagen zurück. Die bis dahin von den Sparkassen in Umlauf gesetzten Summen baren Geldes werden also dem Verkehr entzogen und verscharrt. Diese Summen muß Flürscheim durch *neue Emissionen* ersetzen, wenn nicht das Geld im Handel knapp werden und im Preise steigen soll.

Es betragen die Sparkassen-Einlagen:

Schweiz	1891	483	Millionen Franken
Italien	1891	1283	Millionen Franken
Preußen	1891	4000	Millionen Mark

Allein für den Ersatz der von den Sparkassen dem Umlauf entzogenen Gelder müßte also der Geldbestand der meisten Länder schon vervielfacht werden. Doch die Sparkassen sammeln nur die kleinen und kleinsten Ersparnisse; die Gelder der großen Sparer gehen nicht durch die Sparkasse, schon deshalb nicht, weil der Höchstbetrag der zulässigen Einlagen einer Person gewöhnlich auf 1000 Mark begrenzt ist. Wenn nun die kleinen Sparer in Preußen schon eine Emission von vier Milliarden nötig machen würden, auf welche fabelhafte Summe würde diese Papiermasse anwachsen, wenn auch die großen Sparer das Erübrigte in der Geldreform verscharrten?

Hier macht jedoch der Bedarf an Geldpapier nicht Halt. Die Beseitigung des Zinses als Wirkung der Emissionsreform, die krisenfreie, wirtschaftliche Entwicklung durch die Anpassung des Geldangebots an die Warenerzeugung würde das Sparen, welches heute nur den wirtschaftlich Stärksten in schwachem Maße möglich ist, in den Bereich der Massen bringen; denn ist der Lohn von Zins und Renten entlastet, wird die Arbeit nicht jeden Augenblick unterbrochen, so kann dann jeder sparen. Sparen, wenn man satt ist, ist keine Kunst; es gehört dazu weder Energie noch Entsagungs-

mut. Die Spartätigkeit wird also mit der Entlastung des Lohnes von Zins und Rente ins Ungemessene wachsen und die Summen, die dadurch dem Verkehr entzogen werden und *ersetzt werden müssen*, werden den heutigen Geldbestand nicht etwa verdoppeln, sondern verhundertfachen. Beträgt nun beispielsweise der Geldbestand Deutschlands ca. 3 Milliarden Mark, so wird man diese Summe infolge der Tätigkeit der Sparer auf 30, 50, ja 100 Milliarden bringen müssen. Hundert Milliarden in Papierfetzen, die gleichzeitig Geld und Ersparnisse vorstellen sollen, und die nur deshalb auf dem Markt etwas gelten, weil der Warenaustausch 2 oder 3% davon gebraucht! Also 3 Milliarden an Tauschmitteln, die den übrigen 97 Milliarden an Sparmitteln zur Unterlage dienen, ihnen Leben einflößen müssen! Flürscheim vergleicht des öfteren das heutige Kreditgebäude, welchem der winzige Geldbestand als Unterlage dient, mit einer auf den Kopf gestellten Pyramide. Aber paßt dieses Bild nicht auch wieder auf die Zustände, die die Emissionsreform schaffen würde?

Daß nicht viel dazu gehört, um eine solche Pyramide aus dem Gleichgewicht zu bringen, ist leicht einzusehen. Ich will hier von den vielen Umsturzkraften nur wenige hervorheben.

Spekulanten oder Schuldner vereinigen sich, um den Vollmachten der Emissionsbanken zum Trotz eine Hausse zu bewirken, die ihnen eine Differenz oder Schuldenentlastung eintragen soll. Sie gründe zu diesem Zweck eine Bank und bieten ihren Depositären Zins an, einerlei wieviel, ob 3, 5 oder 10%. Mit diesem Angebot entlocken sie den Koffern und Kassen ungezählte Millionen.

Mit diesen Millionen wird nun der Warenmarkt plötzlich überschwemmt, alles, was an passenden Waren greifbar ist, wird aufgekauft. Angesichts dieser plötzlich auftauchenden „Nachfrage“ gehen die Preise in die Höhe und die Emissionsbank sucht nun ihrerseits die Geldüberschwemmung einzudämmen. Aber womit? Flürscheim antwortet: Mit dem Erlös der Emissionen. Jedoch worin besteht der Erlös? Besteht der Erlös in Waren, so ist er längst in Schutt und Moder verwandelt; sind es aber Immobilien, so wird man zu Phantasiepreisen den Geldbesitzern das Land verpfänden müssen! Und das kurz nach der Landreform! Jedoch selbst die Verpfändung von Land und Eisenbahnen wird die Papierlawine nicht zum Stehen bringen. Denn ist es der Spekulationsbank einmal gelungen, das Preisgebäude ins Schwanken zu bringen,

so geht das Vertrauen in die Allmacht der Emissionsbank verloren, man bespricht die Möglichkeit einer weiteren Hausse, man rechnet und spekuliert à la hausse und um sich an den Differenzen mit möglichst großen Summen zu beteiligen, bringt man das letzte Geldstück zu Markte. Man borgt bis zur äußersten Grenze des Kredits, man bietet 5–10–20–50% Zins an. Denn was sind in solchen Fällen noch 50% Zins jährlich, wenn man eine 100% Hausse erwartet? Und wenn die Hausse den Zinsfuß auf solch phantastische Höhe getrieben hat (s. Art. Diskontpolitik und Währung, Heft 4), mit welchem Zinsfuß müßte da die Emissionsbank die zur Drainage des Geldmarktes auszugebenden Pfandbriefe, Wechsel, Titel, etc. krönen?

Es kann auch vorkommen, daß infolge von Kriegen, Fehlernten, etc. die Masse des Volkes in außergewöhnlich starkem Maße von den Ersparnissen Gebrauch machen muß und daher zu den – Vorräten alias Papierfetzen greift? Womit will Herr Flürscheim solchem Andrang der „Nachfrage“ begegnen? Wieder mit Eisenbahnschienen, Kanalwasser, Pfandbriefen, Zins? Ja, da würde es sich eben zeigen, daß man mit Immobilien und Zins den Preis des Geldes nicht regulieren kann, daß Preis und Zins incommensurable Größen sind. Es würde sich zeigen, daß wenn auch das papierene Tauschmittel keine Fiktion ist, so doch das papierene Sparmittel; es würde sich zeigen, wohin es führt, wenn man das Tauschmittel als ein wirkliches Ersparnis betrachtet, wenn eine ganze Nation auf Papierbündeln sich zur Ruhe legt. Da würde es sich zeigen, wohin es führt, wenn das ganze Volk die Nachfrage (Angebot von Geld) von Zeiten des Überflusses auf die Zeiten der Not verschiebt.

Wieder eine andere Möglichkeit ist die, daß infolge einer Erfindung ganze Industriezweige ihrer Produktionsmittel zum alten Eisen werfen und neue kostspielige, wenn auch leistungsfähigere Anlagen bauen müßten (z.B. Umwandlung von Dampf- in elektr. Betrieb).

Eine solche Umwandlung kann aber derartige Dimensionen annehmen und kann zu so großen Anleihen führen, daß die Nachfrage auf dem Anleihemarkt das Angebot überholt und der Zins wieder erscheint. Das Auftreten des Zinses entlockt dann den Koffern das von der Industrie gesuchte Geld, die Nachfrage steigt auf dem Warenmarkt, ohne daß das Angebot gleichen Schritt hält.

Auch hier würde es nichts helfen, daß die Emissionsbank durch Pfandbriefe die Millionen der Sparer einzuziehen trachtete. Die Industrie braucht die Aufwendung von Waren, und findet sie das Geld,, so kauft sie, was sie finden kann, ohne Rücksicht auf die Preise. Ziehen aber die Preise an, so gesellt sich gleich die Spekulation zur Industrie, und zur Spekulation die Panik.

Kurz die Möglichkeit, daß aus irgendeinem Grunde nach einer kürzeren oder längeren Periode zinsfreier Darlehen der Zins wieder auftaucht und die vergrabene Geldmasse hervorlockt, ist immer da und solange diese Möglichkeit da ist, wird auch die Emissionsbank den Preisschwankungen gegenüber ohnmächtig sein.

Ceterum censeo, daß das Sparmittel vom Tauschmittel materiell zu trennen ist, daß durch Einführung eines materiellen, d.h. unmittelbaren, stofflichen (nicht gesetzlichen) Umlaufzwanges die Privatreserven (einerlei, welchem Zweck sie dienen mögen) beseitigt werden, daß namentlich die Sparer veranlaßt werden, ihren Spartrieb auf irgendeine andere, mir völlig gleichgültige Weise zu betätigen. Das Sparen ist das Gegenteil von tauschen, warum also das Tauschmittel mit dem Sparmittel belasten? Alle Güter der Welt stehen den Sparern zur Verfügung, warum nun gerade die Papierfetzen sparen?

Flürscheim verlangt für seine Emissionspolitik als Vorbedingung das Staatsmonopol; aber ich frage ihn, welchen Wert ein solches Monopol hat, wenn neben den vom Verkehr ständig beanspruchten 10 Milliarden noch 200 Milliarden als Privatreserven im Hinterhalte liegen? Um das Angebot der ausschließlich dem Warenaustausch dienenden Geldmasse dem Bedarf anzupassen, gehört nicht viel, spielend läßt sich das erzielen, wenn aber neben diesem Handelsgeld noch eine fünf oder zehn mal größere Geldmasse müßig zur Verfügung eines nervösen Publikums liegt, so gebe ich keinen Pfifferling für das Staatsmonopol und sage ich Herrn Flürscheim auf den Kopf, daß er mit solchen unzulänglichen Monopolrechten seine Versprechungen nicht halten kann.

Wer zu jeder Zeit, unter allen Umständen Herr der Währung bleiben will, darf keine Götter neben sich dulden.

Die Privatreserven, die sich alle Tage mit dem Handelsgeld verschmelzen können, müssen beseitigt werden; über Reserven darf nur die Emissionsbank verfügen. Die Reserven der Privatpersonen müssen in Kredit, in Waren, in Titeln, nicht

in Geld bestehen. Im Umlauf darf nur gerade so viel Geld sein, wie der Handel ohne Baisse und Hausse aufnehmen kann.

Erst wenn die Privatreserven verschwinden, wenn das im Umlauf befindliche Geld der Not, nicht dem eigenen Triebe gehorchend in ununterbrochener, schneller Zirkulation sich befindet, wird die Emissionsbank sagen können, jetzt bin ich Herr und Meister im Hause, jetzt halte ich das allgemeine Preisniveau in stählernen Klauen. Ohne den materiellen Umlaufzwang ist Flut und Ebbe im Geldangebot nicht zu vermeiden.

Betrachten wir nun einen Augenblick die drei oben angeführten Fälle im Lichte der Geldreform.

Der zuerst angeführte Fall ist vollkommen unmöglich; mögen sich noch so viele Spekulanten oder Schuldner zu einer Hausseaktion vereinigen, das zu ihren Operationen gewünschte Geld können sie durch hohes Zinsangebot vielleicht zusammenbringen, aber sie müssen es dem Verkehr, dem Markt entziehen; sie müssen also sozusagen das eigene Drainagewasser zur Überschwemmung gebrauchen; sie müssen aus dem Eimer schöpfen, um denselben Eimer zu füllen. Und die Operation muß mit Notwendigkeit scheitern. Es hat ja nur die Emissionsbank flüssige Gelder. Dem Verkehr aber Geld hier entziehen, um es dort wieder in Umlauf zu setzen, das vermag keine allgemeine Hausse zu erzeugen.

Der zweite angeführte Fall ist ebenso unmöglich. Tritt Notstand ein, so wird das Volk natürlich von den gemachten Ersparnissen Gebrauch machen, aber diese Ersparnisse werden nicht in Papierfetzen bestehen. Es wird nicht mehr Geld aufzutreiben sein, als wie es die Emissionsbank im Interesse der Stabilität der Preise gestattet, und so werden trotz dem Notstand die Preise nicht steigen. Trotz offenbarem Mangel wird die Nachfrage auf dem Markt dem Angebot angepaßt bleiben. Was würde es auch nützen, die Nachfrage durch Geldspenden an das Volk zu vermehren, wenn das Angebot fehlt?

Auch der dritte und letzte angeführte Fall würde unter der Geldreform die Warenpreise nicht zu beeinflussen vermögen. Überholt aus irgendeinem Grunde die Nachfrage das Angebot auf dem Anleihemarkt, kommt nach einer Periode zinsfreier Darlehen der Zins wieder mal zum Vorschein, dem Markt wird dadurch nicht mehr Geld zugeführt. Das Geld, welches die Unternehmer durch Zinsangebot anlocken, wird anderweitig dem Verkehr entzogen. Auf die allgemeine Nachfrage bleibt das ohne Einfluß; die Preise bleiben fest.

Und so verhalten sich die Sachen in allen nur denkbaren Fällen; mit der Geldreform wird die

Nachfrage vom Bedarf

geschieden; die Verwandlung des Bedarfs in Nachfrage läßt die Emissionsbank nur zu, solange es das Angebot gestattet. Und so soll es sein, denn fehlt das Angebot, wozu dann die Nachfrage? Unter der Geldreform fehlen die Reserven, die vom Zins oder Profitsucht angelockt den Bedarf der Spieler, Spekulanten, Wucherer, Unternehmer, Bettler, Hungerleider, etc. ohne Rücksicht auf das Angebot in *Nachfrage* verwandeln könnten. Die Geldreform gründet eben auf der Erkenntnis, daß nur der Verkäufer zur Nachfrage berechtigt sein soll; sie zwingt den Verkäufer, den Gelderlös sofort in Waren umzusetzen, und erreicht dadurch auf die einfachste, natürlichste Weise einen automatischen Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot.

Die Geldreform führt dabei, das will ich hier noch besonders hervorheben, im Gegensatz zur bloßen Emissionsreform nicht zu einer massenhaften Vermehrung des Geldbestandes, sondern im Gegenteil zu einer wesentlichen Beschränkung.

Flürscheim läßt den Grundsatz, wonach die Produkte nur dann ausgetauscht werden können, wenn jeder immer (persönlich oder durch seine Schuldner) genau so viel kauft, als wie er verkauft hat, unberücksichtigt und diese Nichtbeachtung des *elementarsten, volkswirtschaftlichen Grundsatzes* führt ihn eben, wie alle seine Vorgänger, in den Sumpf.

Flürscheim will wohl den Produzenten ihre schweren, voluminösen, faulenden, übelriechenden, giftigen, schmutzigen, gefährlichen Waren abnehmen; aber er will dabei mehr tun, als es die Natur der Sache erlaubt, er will die Produzenten nicht mit gleichen Dingen bezahlen, er will dem Verkäufer ein schönes, niedliches Zettelchen geben, womit er dann fröhlich und aller Bürden frei nach Hause gehen kann, mit der Sicherheit, daß er bei jeder Jahres-, Tages- und Nachtzeit, bei jedem Wetter, unter allen Umständen auf dem Markt immer einen Verkäufer finden wird, der mit Waren beladen ihn erwartet.

Flürscheim will also etwas rein Unmögliches. Er will dem Verkäufer die Bürde wohl abnehmen, aber er ist zu weichherzig, um sie einem anderen aufzuladen. Schließlich sucht er sich aus dem Dilemma dadurch zu retten, daß er

der Emissionsbank die Waren aufbürdet, diese also sozusagen zur allgemeinen Müllgrube macht.

Wenn wir Ordnung in die verfahrenen, wirtschaftlichen Verhältnisse bringen wollen, so müssen wir nicht zaghaft, sondern derb zugreifen. Das tut die Geldreform. Sie fährt wie ein Donnerwetter unter die Waren, sie nimmt dem einen die Waren nur ab, um sie sofort einem anderen aufzubürden. Sie vermittelt den Tausch und begnügt sich damit. Sie gibt niemandem etwas besseres, als wie das, was er zu Markte brachte. Sie vergilt Auge mit Auge, Zahn mit Zahn, sie bezahlt Ware mit Ware. Sie gibt dem Verkäufer kein buntes Zettelchen, kein glänzendes Metallstückchen, keinen Talisman, der ihn aller Sorgen befreit, sondern sie gibt ihm glühende Kohlen in die Hand. Sie gibt dem Verkäufer nichts, was als Ware betrachtet den verkauften Produkten gegenüber einen Vorzug hätte. Die Geldreform schwindelt niemandem etwas Unmögliches vor, sie greift grob zu, aber sie leert den Markt.

Die Emissionsreform läßt die Privilegien des Geldes unangetastet; die Geldreform macht durch die Privilegien einen Strich. Flürscheim möchte die Waren zu barem Geld machen, indem er sie besser machen will, als sie von Natur aus sind, er möchte, wie es schon Proudhon vergeblich versuchte, die Waren auf die Rangstufe des Geldes erheben, denn (die Sicherheit vorausgesetzt) das Flürscheim'sche Papiergeld hat alle Vorzüge des Goldes. Die Geldreform hingegen erkennt die Unmöglichkeit an, irgend etwas an der Natur der Ware zu ändern und zieht daraus den allein richtigen Schluß, daß die Parität zwischen Ware und Geld durch Herabsetzung des Geldes auf die Rangstufe der gemeinen Waren anzustreben ist. Die Geldreform sucht die Ware dadurch zu barem Geld zu machen, daß sie das Geld aller Privilegien beraubt, daß sie das Geld zur gemeinen, nüchternen Ware degradiert.

Fortsetzung folgt

Prof. St. in D. schreibt: Ihre Emissionsbank mit Umlaufzwang wäre in der Tat ein Allheilmittel, wenn

1. das Geschäft bloß Tausch wäre;
2. wenn mit dem Zwang zur Annahme des Geldes auch ein Preiszwang verknüpft werden könnte;
3. wenn Sie klar machen können, wie ein Mann, der 1000 Mark Zins zu zahlen hat und für 1000 Mark Waren daliegen hat, nun diese absetzen kann, wenn sie niemand mehr will, weil der Markt über

füllt ist, so ist die Frage gelöst. Sonst gibt es doch noch Krisen trotz aller Emissionsbanken.

Antwort:

1. Überall, wo das Geld in Frage kommt, handelt es sich um Tausch, oder um Anleihen, oder wie in den Banken, um einfache Übertragung von Forderungen. In allen Fällen ist es wesentlich, daß die Geldeinheit, die diesen Geschäften zugrunde liegt, über Ort und Zeit hinweg fest im Preis bleibt. Dieser feste Preis kann nur die Frucht eines immerwährenden, sorgfältigen, täglichen Ausgleichs sein zwischen Nachfrage und Angebot. Ein solcher Ausgleich ist aber nur unter der Geldreform denkbar.

2. Die Geldreform führt durchaus nicht zu einem Annahmewang, sondern zu einem Abgabezwang. Der Zwang zur Annahme des Geldes liegt auf der anderen Seite, bei der Ware, und ist koexistent mit der Arbeitsteilung. Die Arbeitsteilung *an sich zwingt* zum Tausche der Produkte, also zum Verkauf gegen Geld und natürlich auch zur Annahme des Geldes. Dieser Annahmewang ist von der Beschaffenheit des Geldes unabhängig. Die Geldreform soll eben diesem materiellen, dem Charakter der Ware entspringenden „Annahmewang“ durch einen gleich kräftigen „Abgabezwang“ (Zwangsumlauf) alle Härten entziehen, nach dem Grundsatz – Zwang: Zwang = Freiheit. Der Zwang, Geld zu kaufen, läuft dem Warenvorrat parallel und ist dem Charakter der Ware entsprechend immer dringend und nur unter Verlusten aufschiebbar. Indem die Geldreform, diese Verhältnisse berücksichtigend, nun auch das Geld unter Abgabezwang stellt, nimmt sie dem Warenkäufer jeden Vorsprung über den Verkäufer; sie stellt Käufer und Verkäufer, Ware und Geld auf die gleiche Stufe.

3. Wenn jemand behauptet, er habe für 1000 Mark Ware daliegen, so heißt das, er habe einen Käufer, der ihm 1000 Mark bietet. Der Preis der Waren stellt sich doch erst beim effektiven Verkauf heraus. Findet der Mann keinen Käufer, so hat er eben nicht für 1000 Mark Ware, sondern für weniger. Er hat sich etwas eingebildet, was nicht ist! In einem solchen Falle wird der Mann vielleicht von einer persönlichen Geschäftskrise sprechen, aber eine Krise in volkswirtschaftlichem Sinne ist das nicht. Zur Krise wird die Sache, wenn alle Waren mehr oder weniger nur unter Verlusten abgesetzt werden können, wenn vom Inventar der Gewerbetreibenden infolge von Preisverschiebungen im Durchschnitt mehr ab- als zugeschrieben werden muß. Durch die Geldreform wird es aber gerade möglich gemacht, das allgemeine Niveau der Preise derart zu beherrschen, daß im *Durchschnitt* infolge von Preisverschiebungen Verluste oder Gewinne nicht mehr entstehen können (s. Heft 1 und 2. Eine neue Methode für die Ermittlung des Durchschnittspreises der Waren). Und das ist das Ende der Krisen. natürlich auf den einzelnen Fall, auf Personen kann da nicht Rücksicht genommen werden. Wie die Eisenbahnzüge nicht auf den verspäteten Reisenden warten, ohne deshalb dem Betreffenden ein Recht zur Klage zu geben, so ähnlich auch hier.

Die Geldreform

Bd. 1.

Juni 1903

Nr. 10.

Das Zinsproblem

Ob bei einem Anleihegeschäft ein Zins vom Geber gefordert werden kann und vom Nehmer bezahlt werden muß und wie hoch derselbe (Zinsfuß) ausfallen wird, hängt ausschließlich davon ab, in welchem Verhältnis

Angebot und Nachfrage

auf dem Anleihemarkt einander gegenüber stehen.

Ist das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage größer als gewöhnlich, so fällt der Zins und umgekehrt; damit überhaupt ein Zins ausbedungen werden kann, ist es nötig, daß die Nachfrage größer als das Angebot sei. Würden sich Nachfrage und Angebot das Gleichgewicht halten, so würde der Zins auf 0 sinken; das gegenwärtige Arbeitsprodukt wäre dem zukünftigen gegenüber kein Kapital mehr, das Kapital würde aus den wirtschaftlichen Erscheinungen verschwinden. Und wäre das Angebot größer als die Nachfrage, so könnte sogar der Nehmer (Zukunft) vom Geber (Gegenwart) einen Zins fordern.

Dieser zuletzt hier angeführte Fall scheint uns von vornherein so weltfremd zu sein, daß uns die Einreihung desselben unter die wirtschaftlichen Möglichkeiten lächerlich erscheint. Und doch ist dieser Fall sehr wohl denkbar. Es kommt nur darauf an, welches Produkt wir zu Geld erheben, in welchem Material die Anleihen abgeschlossen werden. Kommt bei den Anleihen nur das aus Gold hergestellte Geld in Betracht, so ist es klar, daß dieser Fall nicht eintreten kann, denn wenn man keinen Zins ausbedingen kann, so zieht man das Geld vom Anleihemarkt zurück. Das Angebot kommt dadurch der Nachfrage gegenüber in Rückstand und der Zins erscheint dann sofort wieder. Schließen wir aber das Gold vom Anleihemarkt aus (wie auch das Silber und das die Edelmetalle ersetzende heutige Papiergeld), so wird es sofort klar, daß jener Fall sehr wohl möglich ist. Nehmen wir an, die Anleihen würden in Getreide

oder Holz, Kartoffeln, Gespinsten, Eisen, etc., etc. oder in einem besonderen jenen Waren ähnlichen Papiergeld abgeschlossen (Reformgeld), so kommt es nur mehr darauf an, ob die Vorräte an jenen Waren den unmittelbaren Bedarf übersteigen, um den Zins auf und unter 0 zu drücken, um dem künftigen Produkt dem gegenwärtigen gegenüber einen Vorteil zu verschaffen, denn keine einzige Ware (wie auch das Reformgeld nicht) gestattet dem Besitzer das Angebot ohne persönlichen Schaden zu verschieben.

Solange Zins bezahlt wird, steht das Angebot der Nachfrage gegenüber im Rückstand und die

Lösung des Zinsproblems

liegt einfach in der Beantwortung der Frage, warum seit Menschengedenken das Angebot auf dem Anleihemarkt niemals an die Nachfrage heranreichen konnte, warum trotz dem steten Wechsel von Krieg und Frieden, von Not und Überfluß, von Fort- und Rückschritt, trotz den Erfindungen, die die Produktionsfähigkeit vervielfältigten, trotz den Entdeckungen auf geographischem und wissenschaftlichem Gebiete, die die Menschen mit Reichtümern überhäufte, das Angebot auf dem Anleihemarkt immer, ohne ein einziges Mal in Jahrtausenden auszusetzen, in einem (fast unveränderlichen) Abstand von der Nachfrage geblieben ist.

Daß wir die Antwort auf diese Frage nicht in vorübergehenden, schwankenden, in Höhe, Breite oder Tiefe veränderlichen, kurz in lebenden oder organischen Dingen suchen müssen, sondern in einer der Zinserscheinung parallel laufenden Eigenschaft, die wie jene in Jahrtausenden niemals einen Augenblick aussetzen konnte, einer Einrichtung also, die es dauernd unmöglich gemacht hat, daß das Angebot an die Nachfrage heranreichen konnte.

Wo ist diese Eigenschaft, Einrichtung, oder was es auch sein mag, die mit der Zinserscheinung parallel läuft? Ist es die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens (Fruktifikationstheorie), die noch Henry George zu seiner etwas konfusen Zinstheorie verleitete? Die Fruchtbarkeit des Bodens, der Kühe, Bienen, Obstbäume, Hühner, etc., etc. ist mit der vertieften Kenntnis der Wachstumsbedingungen mächtig gewachsen, doch der Zins ist nicht gestiegen. Ist es die beschränkte Menge vorhandenen Geldes, die nach Flürscheims Ansichten den Zins zeugen? Durchaus nicht, denn die Menge geprägten oder gedruckten Geldes ist absolut und relativ gestiegen und gefallen, doch

der Zins ist geblieben. Die Geldmenge hat immer nur auf die Preise gewirkt, selbst bei der vollen Schrankenlosigkeit der Assignatenfabrikation blieb der Zins bestehen.

Ist vielleicht die Verschwendungssucht das bleibende Element in der Zinszeugung? Mitnichten, denn in der Erscheinungen Flucht wechselt auch der Hang der Personen und Völker zum Sparen und zum Verschwenden. Jahrzehntelang haben die Menschen im Frieden gelebt und gespart; sie haben dann die aufgehäuften Reichtümer in Kriegen verschwendet, in Flammen aufgehen lassen, doch der Zins blieb.

Erklärt am Ende der Zeit unterschied zwischen dem Darlehen und der Rückerstattung den Zins? Zu bedenken wäre hier, daß die Sparer gerade für die *Zukunft* sorgen, daß ihnen infolgedessen der künftige Genuß ihres Eigentums, dem gegenwärtigen Ge- oder Verbrauch gegenüber vorteilhafter erscheint und daß kein erkennbarer Grund vorliegt, warum ohne weiteres und von vornherein dem Geber die künftige Verfügung über sein Produkt weniger vorteilhaft erscheinen mag als dem Nehmer die gegenwärtige. Zu bedenken ist hier ferner, daß der Zins durch Nachfrage und Angebot bestimmt wird und daß auch kein erkennbarer Grund vorliegt, warum seit Jahrtausenden der Vorrat an Produkten in Händen von Leuten, die darüber später verfügen wollen, geringer war, als der Bedarf der Nachfrage an greifbaren Produkten. Bei der Bestimmung des Zinses durch Nachfrage und Angebot werden aber nicht die gegenseitigen Vorteile von Geber und Nehmer am Zeitunterschied abgewogen, sondern unabhängig vom *Vorteil* bestimmen Angebot und Nachfrage die Bedingungen des Geschäftes. Es mag ja vorkommen, daß der Bedarf an greifbaren Produkten zeitweilig dem Vorrat an solchen gegenüber im Rückstand bleibt, aber der umgekehrte Fall muß doch auch möglich sein; wenigstens gibt die Theorie des „Zeitunterschiedes“ keine Andeutung, warum das nicht so sein könnte.

Und so verhält es sich mit allen Zinserklärungen. Einer regelmäßigen, in Jahrtausenden niemals aussetzenden Wirkung stellen alle diese Theorien eine schwankende, oft gänzlich aussetzende Ursache gegenüber. Schon allein aus diesem Grunde können wir dies Theorien ohne eindringendere Prüfung ablehnen.

Die einzige unter allen gesellschaftlichen Einrichtungen, die hier in Betracht kommen könnte und die mit dem Zins in ununterbrochener Linie parallel läuft, ist unser aus dem Altertum stammendes Geldsystem, das aus Edelmetallen hergestellte Geld (bzw. das die Edelmetalle ersetzende Papiergeld). Dabei ist das Bleibende an diesem Geldsystem nicht etwa die Prägung, das Gewicht, der Feingehalt, die Wahl zwischen Silber oder Gold, der Preis, das mehr oder weniger beschränkte Quantum, sondern allein die **Eigenschaft der Unveränderlichkeit, die dem Eigentümer gestattet das Angebot zu verschieben, falls kein Zins ausbedungen werden kann**. Seitdem die Edelmetalle zu Geld gemacht und infolgedessen auch alle Anleihen in Geld abgeschlossen wurden, konnte der Fall niemals mehr eintreten, daß der Geber noch Vorteil an zinsfreien Darlehen hatte. Kann kein Zins erzielt werden, so bring man einfach das Häufchen Gold oder das Päckchen Banknoten nach Hause und wartet. Da dieses „Warten“ mit einer Unterbrechung des Geldumlaufs, des Warenaustauschs und schließlich auch der Warenerzeugung gleichbedeutend ist, so liegt es klar auf der Hand, daß der Augenblick gar bald kommen muß, wo die Nachfrage das Angebot überholt und der Zins erscheint. Die Krise, die auf jenes „Warten“ folgt, zehrt ja die Ersparnisse auf, die auf den Zins gedrückt und das „Warten“ veranlaßt hatten.

Diese Eigenschaft des Geldes, auf welcher allein die Möglichkeit jenes „Wartens“ beruht, läuft seit Jahrtausenden ohne Unterbrechung dem Zins parallel; sie hat wie der Zins noch nie eine Stunde ausgesetzt, ganz einerlei ob viel, ob wenig Geld geprägt oder gedruckt wurde, ob Gold oder Silber oder Papier das Material zum Gelde lieferten, einerlei ob Inflationisten oder Kontraktionisten den Druck des Papiergeldes überwachten. Seitdem geprägtes oder gedrucktes Geld gebraucht wurde, ist es noch niemals vorgekommen, daß sich jemand durch die Verhältnisse auf dem Anleihemarkt veranlaßt gesehen hätte, Geld zinsfrei herzugeben; die Eigenschaften dieses Geldes haben die Inhaber immer vom Vorrat an solchem Gelde unabhängig gemacht, immer konnten die Inhaber des Geldes durch einfaches Warten den Zins erpressen.

Hier haben wir also eine wirtschaftliche Einrichtung, die mit einer wirtschaftlichen Erscheinung, dem Zins, in *ununterbrochener* Linie parallel läuft und die schon darum

allein den Verdacht erwecken muß, daß beide in ursächlichem Zusammenhang stehen.

Es lohnt sich also wohl, der Sache auf den Grund zu gehen und die Prüfung nach allen Seiten hin auszudehnen.

Daß unter der Herrschaft des herkömmlichen Geldes das Angebot niemals die Nachfrage auf dem Anleihemarkt erreichen oder gar überholen kann, daß infolgedessen natürlich der Zins niemals auf oder gar unter 0 fallen konnte, haben wir schon gezeigt und jedem wird das einleuchten. Aber das ist für die Erklärung der Zinerscheinung nicht ausreichend. Es könnten ja noch andere Umstände dieselbe Wirkung haben (siehe die verschiedenen Zinstheorien), es könnte ja sein, daß der Zins vielerlei Ursachen habe, so daß, wenn die eine Zinstheorie versagt, eine andere in die Lücke springt. Wäre das der Fall, so müßte auch das oben angeführte Beweismittel gegen die landläufigen Zinstheorien alle Kraft einbüßen.

Flürscheim z.B. stellt den Zins als das Zeugungsprodukt eines Pärchens dar. Der Privatgrundbesitz (Vater) zusammen mit der Beschränktheit (?) des Geldbestandes (Mutter) hecken den Zins.

Ich muß also die Beweisführung ausdehnen und zeigen, daß mit der Beseitigung unseres herkömmlichen Geldwesens die Möglichkeit gegeben ist, daß auf dem Anleihemarkt das Angebot die Nachfrage überholt und daß damit der Zins auf und unter Null fallen kann. Gelingt mir das, so ist der Beweis erbracht, daß die einzige Ursache für die unveränderliche, niemals aussetzende Zinerscheinung in unserem herkömmlichen Geldwesen zu suchen ist. Wohlverstanden nicht die einzige Ursache, nicht das einzige Element des Zinses, sondern das einzige Element, welches dauernd dem Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Anleihemarkt im Wege gestanden hat. Andere Umstände mögen zeitweilig und in veränderlicher Stärke auf den Anleihemarkt einwirken; als das unüberwindliche Hindernis zinsfreier Darlehen soll sich ganz allein unser herkömmliches Geldwesen erweisen.

Um diesen Beweis zu erbringen, bin ich gezwungen, ziemlich weit zurückzugreifen, und zwar muß ich die Nachfrage und das Angebot auf dem Anleihemarkt in ihre Bestandteile zerlegen, eine analytische Arbeit, die etwas Geduld fordert.

Man hört es wohl alle Tage sagen: Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis, sie bestimmen auch den Zinsfuß, aber selten wohl mag dabei dem Sprecher selber ein klares

Bild dessen vorschweben, was er unter Nachfrage und Angebot gedacht haben will. Diesen Ausdrücken legt er gewöhnlich nichts Greifbares unter; ihm sind Nachfrage und Angebot verschwommene, unbegrenzbare Größen. Und doch kann man unmöglich zu einem klaren Urteil in der Zinsfrage gelangen und sich einen richtigen Begriff vom Kapital als wirtschaftliche Erscheinung machen, solange man nicht die Grenzen der Nachfrage und des Angebots auf dem Anleihemarkt gezogen hat. Dieser Arbeit darf man nicht aus dem Wege gehen, wenn man nicht den festen Grund unter den Füßen verlieren will. Dieser Aufgabe wollen wir uns also zunächst unterziehen.

Die Ergiebigkeit der Arbeit und infolgedessen auch die Höhe der Lohnausgaben für ein bestimmtes Produkt hängt zum Teil von der *Menge* und *Güte* der Produktionsmittel ab, über die der Unternehmer verfügt. Der Unternehmer wird darum um so höheren Profit einstreichen, je mehr seine Maschinen, Anlagen und Verfahren an Leistungsfähigkeit diejenigen seiner Mitbewerber übertreffen. In der Regel werden also die Unternehmer darauf bedacht sein, ihre Produktionsmittel zu erweitern oder zu verbessern.

Die Verbesserung oder Erweiterung der Produktionsmittel erfordert aber in der Regel die Aufwendung von Produkten aller Art (Geld, womit Waren gekauft und Arbeit bezahlt werden) und wer diese Produkte nicht selber besitzt und sich diese von anderen borgen muß, findet gewöhnlich auf dem Anleihemarkt die Mitbewerber, die alle von dem gleichen Mittel für die Herabsetzung der Produktionskosten Gebrauch machen wollen oder müssen.

So entsteht auf dem Anleihemarkt die Nachfrage; sie stammt also von dem Vorteil her, den die Unternehmer von der Aufwendung geliehener Produkte für die Verbesserung oder Erweiterung ihrer Produktionsmittel erwarten.

Die Nachfrage der mit Defizit wirtschaftenden Personen, Korporationen oder Staaten wollen wir hier der Kürze wegen außer Betracht lassen. Sie ist übrigens verhältnismäßig von geringer Bedeutung.

Wo sind nun die Grenzen dieser Nachfrage?

So weit es sich um die bloße Erweiterung der Produktionsmittel handelt, so wissen wir, daß dieselbe nicht immer von Vorteil ist, schon deshalb nicht, weil der Absatz

der Produkte begrenzt ist. Wer mit 5 gleichen Maschinen arbeitet, darf darum nicht ohne weiteres annehmen, daß 10 Maschinen ihm mehr Verdienst abwerfen würden, selbst dann nicht, wenn ihm die Maschinen geschenkt oder das Geld dazu zinsfrei geliehen würde. Und selbst dort, wo vielleicht der Absatz nicht fehlen würde, können die Produktionsmittel nicht unbegrenzt vermehrt werden, denn häufig fehlt es an Dingen oder Nebendingen, die überhaupt selbst mit Aufwendung noch so reicher Mittel nicht beschafft werden können. Was würde es z.B. der europäischen Landwirtschaft nützen, wenn sie die Zahl ihrer Pflüge unbegrenzt vermehrte, da doch der Ackerboden begrenzt ist? Was nützt es dem Müller, wenn er ohne Rücksicht auf die Beschränktheit der Wasserkräfte den Mühlenapparat vergrößert? Was nützt es dem Soldaten, wenn er mit zwei Gewehren und einer Lanze ausgerüstet in den Krieg zieht? Was kann es nützen, wenn man parallel der Eisenbahn, der Landstraße, dem Kanal, einen zweiten Kanal, Straße oder Bahn baut?

Die bloße Vermehrung der Produkte kann eigentlich nur vom Wachstum der Bevölkerung oder der Vermehrung des Konsums gefordert werden, und das sind verhältnismäßig gar bescheidene Elemente. Wenn in Frankreich z.B., wo die Bevölkerung stationär bleibt, die Nachfrage auf dem Anleihemarkt auf den Bedarf an vermehrten Wiegen, Schulen, Häusern, Fabriken, kurz an alledem, was zur Aufnahme der Bevölkerungszunahme nötig ist, beschränkt wäre, so wäre diese Nachfrage so gut wie Null und der Zins infolgedessen ebenfalls gleich Null.

Allerdings müssen die Produktionsmittel unterhalten und erneuert werden. Der Fuhrmann muß für Ersatz der untauglich werdenden Pferde sorgen, der Hausbesitzer muß gelegentlich die Türen erneuern, die Näherin eine neue Maschine kaufen, etc., etc. aber dieses geschieht regel- und ordnungsgemäß nicht durch neue Anleihen, sondern auf dem Wege jährlicher Abschreibungen, die den Betriebskosten zugerechnet werden. In der Regel soll der Unterhalt der Betriebsmittel keinen Anlaß zu Anleihen geben.

Also die bloße Vermehrung und Erweiterung der Produktionsmittel hat eine Grenze und diese Grenze ist jederzeit ziemlich leicht zu ziehen. Bleibt die Produktionskraft des Volkes unverändert, so bleibt auch die Kaufkraft des Volkes

unverändert und wenn dann noch die Bevölkerung stationär bleibt, so kann überhaupt eine Vermehrung des Konsums und der Produktionsmittel nicht stattfinden. Wächst jedoch die Bevölkerung, so bleibt die Nachfrage auf dem Anleihemarkt innerhalb der Grenzen dieses Wachstums.

Anders verhält es sich mit der **Verbesserung** der Produktionsmittel. Wir können uns tatsächlich keine noch so vollkommene Fabrikanlage, Maschine, etc., denken, die wir nicht nach irgendeiner, wenn nicht nach allen Richtungen hin für verbesserungsfähig halten können. Mit der Schleuder überholte man den aus der Hand geworfenen Stein; Pfeil und Bogen reichten weiter als die Schleuder, die Kugel des Vorderladers verdrängte den Pfeil; der Hinterlader beseitigte den Vorderlader und der gezogene, kleinkalibrige Lauf des modernen Gewehrs ist noch immer nicht das Ideal einer Waffe. Ohne Knall, ohne Rauch, ohne den versteckten Schützen zu verraten, soll die Kugel aus dem Hinterhalt den Feind niederstrecken. Hier wie überhaupt bei jedem Handwerkzeug, bei jedem Produktionsmittel sind der *Verbesserung* keine Grenzen zu ziehen, und tatsächlich rührt auch weitaus der größte Teil der Nachfrage auf dem Anleihemarkt von Unternehmern her, die ihre Produktionsmittel verbessern, verändern, auf die Höhe der Zeit bringen wollen, bringen müssen. Parallel zu den kostspieligen Kunststraßen hat man Eisenbahnen gebaut, nicht weil man zwei Straßen brauchte, nicht um die Straßen zu vermehren, sondern um sie zu verbessern. Auf den Werften takelt man Segelschiffe ab und dicht daneben werden Dampfer gebaut. Neuerdings reißt man die Dampfkessel und die damit verkuppelte teure Maschine nieder, um Elektromotoren an ihre Stelle zu setzen. Morgen werden die Telegraphenstangen als Brennholz, die Telegraphendrähte als Zaundraht, die Telegraphenapparate als altes Messing verkauft werden und Funkenschreiber werden die Telegraphie besorgen.

Diese *Verbesserungen* der Produktionsmittel sind es, die das weitaus größte Kontingent zur Nachfrage auf dem Anleihemarkt liefern. Man denke nur an die Riesensummen, die der Eisenbahnbau, die Kriegsrüstungen, Kanäle (Suez, Panama) verschlungen haben. Welche Umwälzungen hat nicht die Entdeckung des Seeweges nach Indien in den kaufmännischen Einrichtungen und Anlagen (Häfen, Lagerhäuser, etc.) verursacht.

Ganze Städte (Venedig) hat man in Folge dieser Entdeckung (Verbesserung) hier niedergerissen, um sie dort (Lissabon) wieder aufzurichten.

Andere Beispiele, mehr Papier und Tinte kann ich mir wohl ersparen, um zu zeigen, von welcher ausschlaggebenden Bedeutung die *Verbesserung* der Produktionsmittel für die Nachfrage auf dem Anleihemarkt ist. Gegenüber dieser Nachfrage tritt die von der bloßen Vermehrung oder Erweiterung der Produktionsmittel herrührende Nachfrage ganz in den Hintergrund.

Wenn wir aber aus diesen und tausend ähnlichen Tatsachen den Schluß ziehen wollten, daß die Nachfrage auf dem Anleihemarkt, die von der Verbesserung der Produktionsmittel herrührt, *zu jeder gegebenen Zeit* ebenso unbegrenzt sein muß, wie die Verbesserungsfähigkeit an sich unbegrenzt ist, so würden wir zu vollkommen falschen Schlüssen gelangen.

Bei der Verbesserung der Produktionsmittel geht es nicht wie bei der einfachen Erweiterung oder Vermehrung bereits bestehender Einrichtungen, wo man nur für die nötigen Mittel zu sorgen hat, wo das „wie“ der Verbesserung gar nicht in Betracht kommt. Ehe man eine Anleihe macht für die Verbesserung der Produktionsmittel, müssen Entdeckungen oder Erfindungen vorangehen, und für diese Dinge gibt es keine Läden. Mit Geld kann man alles bestellen, nur keine Erfindung. Es genügt durchaus nicht, daß der Unternehmer dem Chemiker Geld zur Verfügung stellt, damit er dafür gleich geräuschloses Pulver erfindet. In Bezug auf Erfindungen gibt es Perioden des Fortschrittes und des Stillstandes; eine einzelne Erfindung (Kompaß, Buchdruck, Eisenbahnen) macht oft auf allen Gebieten der menschlichen Tätigkeit die Bahn auf weite Strecken frei.

Der Fortschritt geht nicht gleichmäßig, sondern stoß- und sprungweise vor, *und im Zusammenhang damit muß auch die Verbesserung der Produktionsmittel und die Nachfrage auf dem Anleihemarkt sich stoß- und sprungweise, jedenfalls höchst unregelmäßig zeigen.*

Dieses erste Ergebnis unserer Untersuchung ist für den Zweck derselben von höchster Bedeutung, und ich muß den Leser bitten, in den Sachverhalt durch eigenes Studium weiter

einzudringen, falls er noch den geringsten Zweifel hegt, daß die Nachfrage auf dem Anleihemarkt wirklich eine außerordentlich unregelmäßig sein muß.

Anerkennt aber der Leser die Richtigkeit dieses Ergebnisses unserer Untersuchung, so bitte ich ihn um Antwort auf die Frage: Wie kommt es, daß im Gegensatz zu den gewaltigen Sprüngen der Nachfrage auf dem Anleihemarkt der reine Zins (also Zinsfuß minus Ristorno und Risikoprämie, siehe S. 49/52 d. Z.) im großen und ganzen nur verhältnismäßig geringfügige Schwankungen erleidet? Kann er für dies Tatsache eine andere Erklärung finden als die, daß das Angebot auf dem Anleihemarkt die Sprünge der Nachfrage unmittelbar mitmacht und zwar so, daß das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage trotz den Sprüngen der Nachfrage sich kaum nennenswert verändert? Der (reine) Zins spiegelt doch das Verhältnis wieder, in dem Nachfrage und Angebot auf dem Anleihemarkt einander gegenüberstehen, und wenn der reine Zins nur geringe Schwankungen erfährt, so muß daraus gefolgert werden, daß das Verhältnis vom Angebot zur Nachfrage ein stetes ist und daß, wenn die Nachfrage Sprünge macht, die relative Stetigkeit des Zinses nur daher kommen kann, **daß das Angebot die Sprünge mitmacht.**

Unvorsichtige Leser werden vielleicht hier denken: Diese relative Stetigkeit des Zinses, bzw. die Anschmiegung des Angebots an die Nachfrage auf dem Anleihemarkt (nicht zu verwechseln mit Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot) ist einfach als die Wirkung der Reserven anzusehen, die im Bedarfsfall einspringen.

Alle Sprünge der Nachfrage werden durch die Reserven der Kapitalisten ausgeglichen. Wächst die Nachfrage und steigt der Zins um ein geringes, so werden die müßig liegenden Kapitalien hervorgehoben, die das Angebot verstärken, so daß das Verhältnis vom Angebot zur Nachfrage sich nicht weiter verschiebt. Aber ich frage hier: Wo sind diese Reserven, woraus bestehen diese Reserven, wer hält diese Reserven? Geldreserven können es nicht sein, denn mit Geld kann man wohl den mit einem Eisenbahnbau z.B. verknüpften Warenaustausch vermitteln, aber den Bau selbst kann man doch mit Geld nicht ausführen. Es ist theoretisch zum Überdruß oft nachgewiesen und die Praxis hat den Nachweis tausendmal bestätigt, daß Geldreserven nur die Warenpreise hoch-

treiben können, daß sie aber den Zins (den reinen Zins) nicht herabdrücken können. Wohl der beste Beweis dafür, daß auf dem Anleihemarkt eigentliche Waren aber kein Geld gesucht werden. Springen bei einer steigenden Nachfrage auf dem Anleihemarkt aus den Strümpfen, Koffern und Banken Geldreserven ein, so steigt damit nur die Nachfrage auf dem Warenmarkt, wo die Preise hochgetrieben werden. Die steigenden Warenpreise verschlingen dann an sich die Reserven, indem bei hohen Preisen der gleiche Gütertausch mehr Geld erfordert als bei niedrigen, und die Erfahrung hat es gezeigt, daß es kein wirksameres Mittel gibt, um die Banken zu leeren, die Reserven aufzuzehren, den Anleihemarkt zu drainieren, als die andauernde, stetige Vermehrung des Geldangebots. Die Erfahrung hat es bewiesen, daß die Überschwemmung des Anleihemarkts mit neuem Geld (Assignate, Silber, kalifornische Goldfunde) noch niemals den Zins hat herabdrücken können.

Was die Unternehmer für die Erweiterung oder Verbesserung ihrer Produktionsmittel brauchen und verbrauchen, das ist nicht Geld, sondern Waren, und *an Waren gibt es keine Reserven*. Wer würde auch solche Reserven halten? Der Bankier, der Kapitalist, der Unternehmer, der Kaufmann? Die Vorräte an Dingen, die der Unternehmer braucht, reichen gerade für den laufenden Bedarf aus und werden auch in der Regel nicht über den laufenden Bedarf hinaus bestellt und produziert. Außerdem würden ja solche Vorräte durch den Einfluß von Rost und Fäulnis in kürzester Zeit zu Staube zerfallen.

Wenn wir aber den Gedanken an Reserven fallen lassen müssen, so bleibt nur mehr eine Annahme frei, um die verhältnismäßig große Unbeweglichkeit des Zinses gegenüber den Sprüngen der Nachfrage zu erklären und zwar die, daß die Spannkraft der Produktion groß genug ist, um auch die heftigsten Sprünge der Nachfrage auf dem Anleihemarkt immer gleich auszugleichen. In diesem Fall wären es dann nicht Reserven an Produkten, sondern Reserven an Arbeitszeit und Arbeitern, die den Ausgleich herbeiführen. Den Zusammenhang der wirtschaftlichen Vorgänge hat man sich also dann wie folgt zu denken: Erfindung neuer Produktionsmittel und darauffolgende Nachfrage auf dem Anleihemarkt, die mit Geldreserven oder einfach durch Ausgabe von Banknoten gedeckt wird. Nachfrage auf dem Warenmarkt mit den erhaltenen

Geldmitteln, wodurch die Warenpreise hochgetrieben werden und der Anstoß zu vermehrter Produktion gegeben wird. Einstellung der Arbeiterreserve, Überstunden, Tag- und Nachtschicht, Deckung der Nachfrage auf dem Warenmarkt durch die vergrößerte Produktion und auf dem Anleihemarkt durch die größeren Überschüsse des Volkes.

Lassen wir aber diese Erklärung für die verhältnismäßig große Unbeweglichkeit des reinen Zinses gegenüber den Sprüngen der Nachfrage gelten, so muß sich uns gleich folgende Frage entgegenstellen: Wie, die Spannkraft unserer Produktion ist so groß, so gewaltig, daß sie allein genügt, um die tollsten Kapriolen der Nachfrage auf dem Anleihemarkt fast spurlos auszugleichen und reicht trotzdem nicht aus, um diese Nachfrage so zu decken, daß der Zins verschwindet? Die Nachfrage springt um 100, um 200, um 500%, und mittels der Reserven an Arbeitszeit und Arbeitern werden dies Ansprüche glatt gedeckt, und trotzdem ist es in Jahrtausenden nicht einmal möglich gewesen, den kleinen Bodensatz in dem Verhältnis vom Angebot zur Nachfrage, der dem Zins das Dasein gibt, auch noch anzugreifen und wegzuräumen?

Ich will versuchen, diese höchst merkwürdige Tatsache mit Zahlen zu veranschaulichen. Nehmen wir den reinen Zins mit 3% und das Verhältnis der Nachfrage zum Angebot mit 103 zu 100 an. Nun springt infolge irgendeines Umstandes die Nachfrage plötzlich von 103 auf 206-309-515 und die Anpassungsfähigkeit der Produktion ist derart, daß auch gleich das Angebot in dem gleichen Verhältnis wächst – hier also von 100 auf 200, 300, 500.

Also die Nachfrage auf dem Anleihemarkt mag steigen und fallen so viel sie will, das Angebot folgt ihr auf dem Fuße, aber immer in fast genau demselben ursprünglichen Abstand, ohne sie in Jahrtausenden ein einziges Mal ganz einzuholen.

Denken wir uns den Fall, daß infolge einer Erfindung, die die Produktionskosten im allgemeinen um 100% herabsetzt, die Unternehmer ihre bisherigen Produktionsmittel mit großen Kosten umwandeln müßten.

Es ist klar, daß, um sich die Vorteile der Erfindung zu sichern, die Unternehmer mit der Umgestaltung ihrer Produktionsmittel sich gegenseitig an Eile überbieten würden und daß die Nachfrage auf dem Anleihemarkt gewaltigen Umfang nehmen würde.

Würde nun infolge davon der Zinsfuß steigen, zumal bei einem jährlich nur einmaligen Umsatz des Kapitals in Löhnen sich bei einem Zins von 90% noch ein Gewinn ergeben würde? Nach den Erfahrungen, die man zur Zeit des Eisenbahnbaues gemacht hat, müssen wir diese Frage verneinen und annehmen, daß die Reserven an Arbeitern und Arbeitszeit das Nötige zur Umgestaltung der Produktionsmittel, selbst im Umfange unserer Annahme, so zu sagen aus den Ärmeln schütteln würden. Das Beispiel Nord-Amerikas, wo man in ganz kurzer Zeit auf dem internationalen Anleihemarkt von der Nachfrage zum Angebot übergegangen ist, trotzdem dort gleichzeitig für Millionen pudelnackter Einwanderer Subsistenz- und Produktionsmittel geschafft werden mußten, ist ein weiterer Beweis für die Richtigkeit dieser Annahme.

Die Erklärung für diese jedenfalls auffallende Erscheinung ist übrigens leicht zu finden; sie liegt in unserem herkömmlichen Geld. Dieses Geld, mag es auf Silber, auf Gold auf Papier geprägt oder gedruckt sein, gestattet dem Inhaber ohne persönlich Schaden zu erleiden, das Angebot zu verschieben, falls der Zinsfuß ihm nicht ansteht. Eine Verschiebung des Angebots ist aber mit einer Verminderung des Angebots gleichbedeutend, und da der Zins das Verhältnis ausdrückt, in dem sich Angebot und Nachfrage gegenüberstehen, so ist es klar, daß mit dem einfachen Mittel einer Angebotsverschiebung, solange überhaupt eine Nachfrage besteht, ein Zins erpreßt werden kann. *Der Vorrat an flüssigen Geldern mag noch so groß sein, er mag die Nachfrage oder den Bedarf um das 10- und 1000-fache überragen; von diesem Vorrat wird nichts angeboten, solange kein Zins bezahlt wird.* Der Zins ist eine selbstverständliche Bedingung jeder Anleihe, und dieser Bedingung muß sich jeder unterwerfen, der eine Anleihe machen will. Sind aber die Unternehmer gezwungen, auf die Anleihen, die sie für die Erweiterung oder Verbesserung ihrer Produktionsmittel machen, Zins zu bezahlen, so ist klar, daß niemand an die Erweiterung der Produktionsmittel gehen wird, wenn das Produktionsmittel nicht selbst so viel Zins abwirft, als wie dasselbe an Zins kostet. Der Unternehmer hat als solcher kein Interesse daran, daß sein Produktionsmittel Kapital ist und Zins abwirft. Diesen Zins (den er in den Preisen seiner Produkte erhebt) muß er ja voll und ganz seinen Gläubigern ausbezahlen. Ihm, dem Unternehmer, kommt nur der Unternehmergewinn zu, der übrig bleibt, nachdem das Kapital verzinst wurde. Wenn er aber selbst Zins zahlen muß, so wird

er, wie auch alle seine Konkurrenten, seine Produktion und Produktionsmittel so beschränken, daß die Produkte einen Monopolcharakter tragen, daß neben den gewöhnlichen Produktionskosten in den Verkaufspreisen noch etwas für die Verzinsung des Kapitals erhoben werden kann.

Wir sind hier an einem Punkte angekommen, wo sich die Verhältnisse derart verwickeln, daß wir die Übersicht verlieren würden, wenn wir das Geld nicht ausscheiden, wenn wir keine materielle Trennung zwischen Tausch- und Sparmittel vornähmen. Wir wollen also unsere Untersuchung in der Annahme fortsetzen, unser herkömmliches Geld wäre durch irgendeine andere Ware, meinetwegen auch durch Reformgeld, wie ich dasselbe vorschlage, ersetzt worden.

Dieses Reformgeld hat die Eigenschaft, die alle Produkte gemeinsam haben (die auch die Waren hatten, durch deren Verkauf man überhaupt in den Besitz des Geldes gelangt oder wenigstens gelangen soll), nämlich die, daß der Aufschub des Angebots mit persönlichen Verlusten verbunden ist. Wer mit solchem Geld in der Tasche den Anleihemarkt betritt, befindet sich in derselben Lage, wie wenn er dort (wie zur Zeit des Tauschhandels) gewöhnliche Waren, wie wenn er seine eigenen Produkte verleihen, auf Kredit verkaufen wollte. Er kann sich nicht mehr einfach zurückziehen, wenn die Verhältnisse für den Zins ungünstig sind, er kann den Zins nicht mehr erpressen. Das Angebot von flüssigen Geldern wird vom Vorrat an solchen nicht mehr unabhängig sein, sondern diesem genau entsprechen. Das Angebot macht den Zins nicht mehr zur condition sine qua non jeden Darlehens. Das Angebot verduftet nicht, wenn kein Zins ausbedungen werden kann, sondern es bleibt. Und es bleibt auch dann noch, es drückt auf den Zins, wenn dieser schon auf 0 zu fallen droht.

Daß dem Geldbesitzer selbst der Ausweg des Landkaufs abgeschnitten wäre, ist klar, denn wer würde Rente abwerfendes Land noch gegen Geld verkaufen, das an und für sich kein Kapital mehr ist? Unter der Geldreform sind Geld und Land incommensurable Größen und nicht austauschfähig. Flürscheim glaubt mit Henry George und vielen anderen, daß das heutige Geld deshalb Zins abwirft, weil man damit Land kaufen kann, welches Rente abwirft. Dieser Schluß ist falsch. Wenn das Geld an sich kein Kapital wäre und aus eigener Macht den Zins nicht erpressen könnte, so wäre das Land unverkäuflich, weil unbezahlbar. Für die Abmessung des Preises eines Grundstücks würde jedes Maß fehlen. Wäre die Annahme Flürscheims richtig, so müßte ja in Ländern mit überwie-

gendem Großgrundbesitz, mit Domänen, Majoraten, etc., wo also der Grundbesitz unverkäuflich ist, das Geld eigentlich schon jetzt zinsfrei zu haben sein.

Nichts hindert mehr das Zustandekommen zinsfreier Darlehen; diesen steht das Geld nicht mehr im Wege. Der Austausch der Produkte stockt nicht mehr, die Verwandlung der Waren in Produktionsmittel, die heute nur vom Gelde so lange zugelassen wird, als wie die Produkte mit Zins belastet werden können, resp. Kapital sind, geht unbekümmert um den Zins ihren Gang weiter.

Nun behalten wir vor Augen, was wir über die gewaltige Spannkraft unserer Produktion gesagt haben, bedenken, daß mit der Geldreform der Austausch der Produkte unbegrenzt sein wird, daß auch ferner infolge dieses unbegrenzten Austausches (der identisch ist mit der Beseitigung der Wirtschaftskrisen) das Volk in die Lage versetzt werden wird, bedeutend größere Überschüsse zu machen, und daß diese Überschüsse nicht mehr durch Arbeitseinstellungen aufgezehrt werden, sondern dem Anleihemarkt werden zugeführt werden müssen, und fragen dann, ob das Angebot noch hinter der Nachfrage regelmäßig, ohne Ausnahme, zurückbleiben wird?

Erfolge der Papierwährung [I]

Jeder regelrecht geschulte Nationalökonom ist über die bisherigen Mißerfolge der Papierwährung genau unterrichtet worden; jeder tut auch sein Möglichstes, um alle Nachrichten über weitere Mißerfolge der Papierwährung als warnende Beispiele in die weitesten Volkskreise zu tragen. Jeder Schüler kennt die Geschichte der Assignaten, jeder weiß, daß ein Pfund Talglichter damals 10 Livres = 500 Franken kostete.

Um solche Währungspfuschiereien einem kindlichen Gemüte so abschreckend wie möglich erscheinen zu lassen, wird, bewußt oder unbewußt, nur die eine Version (des Käufers) jener Tatsache gegeben; die andere Version (des Verkäufers) nämlich, daß der glückliche Seifensieder 10 Livres = 500 Franken für ein Pfund Talglichter in barem Gelde erhielt, sagt genau dasselbe, klingt aber ganz anders.

Als vor etlichen Jahren die Assignatenwirtschaft sich in Argentinien wiederholte, erschienen darüber in den meisten europäischen Zeitungen lange Artikel, die alle mehr oder weniger in einem Verdammungsurteil der Papierwährung ausklangen.

Die Schuld an der argentinischen Krise tragen nicht mehr die Männer, sondern allein das Papiergeld, besser gesagt das Geldpapier. Jedem, der diese Artikel las, mußte sich der Gedanke aufdrängen, daß, wenn Argentinien damals die Goldwährung statt der Papier-

währung gehabt hätte, die Krisis und überhaupt die Mißwirtschaft verhütet worden wäre. Ja, man mußte sich sagen, daß jene Zeitungsartikel vor allem den Zweck hatten, dem Volke die Überzeugung beizubringen, daß die Goldwährung allein imstande sei, die Volkswirtschaft vor Mißgriffen der Regierung zu schützen.

Übrigens eine ebenso weitverbreitete wie falsche Ansicht. Wenn, wie es doch ausnahmslos der Fall gewesen ist, die Gold- oder Metallwährung der Papierwährung voranging, und dieser den Platz räumen mußte, so ist es doch offenbar Unsinn, die Goldwährung als ein Hort gesunder Volkswirtschaft, als eine Festung gegen Machtmißbrauch der Regierung hinzustellen. Hat die Regierung den ehrbaren Willen das Geldwesen nach vernünftigen Grundsätzen zu verwalten, so sind anderweitige Bürgschaften überflüssig; ist aber dieser Wille nicht vorhanden, so erweisen sich alle stofflichen Bürgschaften als Spreu im Winde der staatlichen Allmacht im Geldwesen. Beweis: Gresham Gesetz.

Nun hat man seit ca. 4 Jahren in Argentinien das Papiergeld nach neuen Grundsätzen verwaltet und gleich zu Beginn zeigte es sich, daß die Mängel der Papierwährung nicht im Papier, sondern in der Verwaltung des Papiergeldes begründet lagen. Die Erfahrungen, die man seit 4 Jahren in Argentinien gemacht hat, beweisen, daß man mit dem Papiergeld alles erreichen kann, was man will. Man wollte in Argentinien einen festen Goldpreis und man hat ihn erreicht. Dabei ist zu bedenken, daß das argentinische Geldamt zu Beginn seiner Tätigkeit nicht einen Heller in der Kasse hatte und daß der gesamte Umlauf des Landes ausschließlich in Papiergeld besteht, welches keine andere Bürgschaft besaß als die *Arbeitsteilung*, als den Bedarf an einem staatlich verwalteten Umlaufmittel.

Heute, nach 3 1/2 Jahren, besitzt das Geldamt eine Reserve von 36 Millionen Pesos Gold = 180 Millionen Franken die bei der Regulierung des Goldkurses sehr gute Dienste leistet und die mit jedem Jahre wachsen wird. Woher kommen diese Millionen? Das Geldamt hat sie nicht geborgt; sie kosten ihm keine Zinsen: Weshalb ließen die Bankiers dieses Gold mit bedeutenden Unkosten aus Europa kommen, um dasselbe gegen schmutziges Papiergeld zu einem Preis auszutauschen, der jede Möglichkeit eines Profites von vornherein ausschließt?

Diese Frage beantworten, heißt, den Tod der Goldwährung fordern. Deshalb schweigen wohl auch alle die Männer, die vordem über die argentinische Währungspfuscherei hergezogen, jetzt, da das brave argentinische Papiergeld zeigt, was es unter verständiger Leitung leistet.

Ich persönlich verzeichne diese Erfolge des argentinischen Papiergeldes am Schluß des ersten Jahrgangs der „Geldreform“ mit um so größerer Genugtuung, als ich seinerzeit der erste war, der die Emissionsreform, so wie sie jetzt in Argentinien gehandhabt wird, gefordert hat (s. meine Schrift „La cuestion monetaria argentina“, Buenos Aires 1898).

Wie kann man das Geld auf die Rangstufe
von Ware und Arbeit herabsetzen?

Diese Frage beantwortet die Schrift:

Die

Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung

an die

Bedürfnisse des modernen Verkehrs

Von

Silvio Gesell

208 Seiten. — Preis Fr. 2. 50

Abweichend von dem Gebrauch, die Interessen des Geldes selbst als Ausgangspunkt der Untersuchungen in Währungsfragen zu nehmen, stellt sich der Verfasser ganz auf den Standpunkt des Kaufmanns, resp. der Ware.

Das Geld wird hier konsequent als kaufmännische Verkehrseinrichtung betrachtet und dementsprechend behandelt. Nicht die Interessen des Geldes, sondern die der Ware werden unter den Schutz der staatlichen Monopolverwaltung des Geldes gestellt. Vor den gewaltigen Interessen, die mit der Ware verknüpft sind, werden die direkten Interessen des Geldes als « *quantité négligeable* » in den Hintergrund geschoben. Die Ware, der Kaufmann, stellt die Ansprüche in den Währungsfragen und unter diese Ansprüche wird das Geld rücksichtslos gebeugt.

Diesen Ansprüchen sucht der Verfasser durch eine durchgreifende Reform des Geldes sowohl wie seiner Verwaltung Geltung zu verschaffen, und von der Durchführung dieser Reform leitet er nicht allein die Lösung der nationalen und internationalen Währungsfragen ab, sondern auch eine vollständige Regenerierung des gesamten Warenaustausches.

Von demselben Verfasser (Verlag von K. J. Wyss in Bern):

Das Monopol der schweiz. Nationalbank

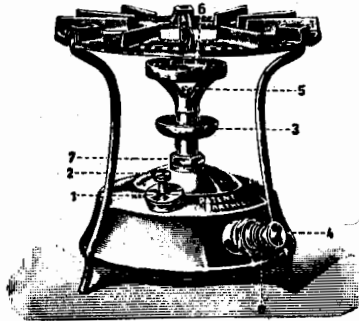
und die

Grenzen der Geldausgabe im Falle einer Sperrung des Prägerechtes

42 Seiten — Preis Fr. — . 60

Petroleumkocher mit blauer Flamme

Kein Docht!
Kein Russ!
Kein Geruch!
Kein Rauch!
Gefahrlos!
Leicht zu
handhaben!
Unverwüstlich!
Sparsam!



$\frac{1}{3}$ natürlicher Grösse

Vielseitigste
Anwendung
im Haushalte

Zum Kochen
und Braten
für Plätteln,
für Kinderbäder
etc. etc.

Tausende in Gebrauch!

In diesem Kocher verwandelt sich das Petroleum selbstthätig in Gas, welches sich mit Luft vermischt und wie bei den Gaskochern in geruch- und russloser Flamme mit höchstem Nutzeffekt verbrennt. Bringt 1 Liter Wasser in 4-5 Minuten auf Siedehitze. — Zu beziehen

Für die Schweiz: Durch **Silvio Gesell**, in **Hauts Geneveys** (Kt. Neuenbg.)

Für das Deutsche Reich: Durch **Roman Gesell**, in **Weimar**.

— **Preis 15 Fr. bezw. 12 Mark franko durch die Post.** —



Musikwerk für Familien

122 Töne • unerreichte
 Klangwirkung • Tonfülle
 und Präzision des Vortrags
 • Die Notenscheiben sind
 auswechselbar, einfach
 durchlocht, von Stahl und
 unverwüstlich • • • • •
 Grösse: 61×47×29 cm, Ge-
 wicht: Net. 20, brut. 45 kg.
 • Durchmesser der Noten-
 scheiben 40 cm • Der eleg.
 Kasten ist von Nussbaum
 und hat eine Schieblade für
 50 Scheiben • Preis einschl.
 50 Tonscheiben Fr. 300. — •

Extra-Notenscheiben kosten per
 Stück Fr. 2.—; das Verzeichnis er-
 hält jeder auf Verlangen.

Silvio Gesell,

Hauts Geneveys (Schweiz).



Inhalt der im ersten Jahrgang erschienenen Hefte

- No. 1 Handelsfreiheit
Antikapitalistisches Geld
Eine neue Methode für die Bestimmung des Geldpreises
Goldtrust
- No. 2 Offener Brief an die Herren Prof. Mommsen und Virchow
Neue Methode für die Bestimmung des Geldpreises (Schluß)
Absatzversicherung auf Gegenseitigkeit
Goldtrust (Fortsetzung)
- No. 3 Die Hilfstruppen der Agrarier
Preise und Währung
Absatzversicherung auf Gegenseitigkeit (Schluß)
Goldtrust (Fortsetzung)
- No. 4 Warum die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber versagt
Diskontpolitik und Währung
Goldtrust (Fortsetzung)
- No. 5 Ist die Papierwährung möglich?
Das Eigentum und der unentgeltliche Wehrdienst
Goldtrust (Fortsetzung)
- No. 6 Eine neue Orientierung auf dem Gebiete der sozialen Frage
Goldtrust (Fortsetzung)
- No. 7 Der Maßstab für die Qualität des Geldes
La méthode mathématique en économie politique
Goldtrust (Schluß)
- No. 8 Die Notwendigkeit einer Neubewaffnung der Emissionsbanken
für den Kampf gegen Boom und Krise
- No. 9 Michael Flürscheim's neues Buch
- No. 10 Das Zinsproblem
Erfolge der Papierwährung
-

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten diese Hefte gegen Zahlung von 3 Fr. nachgeliefert.

Die Geld- und Bodenreform



Erscheint jährlich 10 mal • Preis Fr. 3.— • Alle für die
Schriftleitung bestimmten Sendungen sind an SILVIO
GESELL in Hauts Geneveys (Schweiz) zu richten •



Die Geld- und Bodenreform

 Bd. 2.

Januar 1904

 Nr. 1.

Chamberlain und die Bodenreform

In England hat man zur Stunde das Gefühl einer drohenden, wenn auch unbestimmten Gefahr; man fürchtet, daß, wenn nicht ganz außergewöhnliche Anstrengungen gemacht werden, das Land zu einer Macht zweiten Ranges herabgleiten wird. darum sucht man einen innigeren Zusammenschluß aller Teile des Weltreiches herbeizuführen und das durch die Standes- oder Vermögensunterschiede, sowie durch die Eroberungs- und Kolonialpolitik gelockerte Bewußtsein der Stammes- und Blutsverwandtschaft neu zu beleben.

Den Reifen, der die Dauben des Weltfasses zusammenziehen soll, glaubt man in einem Zollverein gefunden zu haben und zwar nach dem Muster des „made in Germany“ Zollvereins.

Daß man in England für die Lösung der gestellten Aufgabe an einen Zollverein gedacht hat, ist erklärlich, der Gedanke liegt ja ziemlich nahe, besonders, da man die Erfahrungen und Erfolge des deutschen Zollvereins vor Augen hat. Zu verwundern ist nur, daß man beim Zollverein stehen blieb und nicht weiter mehr suchte. Es gibt doch sonst noch viele Volkskitte, die sich bewährt haben, z.B. das allgemeine, gleiche Wahlrecht und die damit zusammenhängende allgemeine gleiche Wehrpflicht. Eine allgemeine, gleiche Alters-, Witwen- und Krüppelpension für alle britischen Bürger würde gleichfalls den Solidaritätsgeist wecken. Vor allem aber würde das allgemeine, gleiche wirtschaftliche Interesse aller Bürger am Gedeihen des gemeinsamen Vaterlandes – welches man freilich nur allein durch die Bodenreform erzielen kann, den Zweck am sichersten erreichen.

Übrigens sei hier gleich bemerkt, daß die Verhältnisse in Großbritannien wesentlich verschieden sind von denen, die bei der Gründung des deutschen Zollvereins obwalteten. Für den deutschen Zollverein brauchte man sich nicht vom Frei-

handel loszusagen und auch keine Zollschranken zu errichten wo keine waren, – im Gegenteil, der Zollverein bezweckte die Aufhebung von Zollschranken, und die Gründung eines Freihandelsgebietes, welches nur deshalb nicht die ganze Welt einschloß, weil sich die Welt nicht einschließen ließ. Chamberlain dagegen will Zollschranken errichten und den Freihandel aufgeben, um einen Zollverein gründen zu können. In Deutschland war der Freihandel Zweck des Vereins, hier wird der Freihandel dem Zweck geopfert. Die Gründung des deutschen Zollvereins erfuhr das Volk durch die Verbilligung vieler Waren, der britische Zollverein wird sein Gründungsfest mit einer allgemeinen Brotteuerung feiern!

Da man nun in England auf die Erfolge des deutschen Zollvereins hinweist, muß man da nicht annehmen, daß der projektierte britische Zollverein, der sich in so wesentlichen Punkten als das Entgegengesetzte des deutschen Zollvereins erweist, auch die entgegengesetzten Früchte zeitigen muß?

Im Novemberheft der Zeitschrift der englischen Bodenreform [Land values Nov. 1903] wird berechnet, daß die aufgrund der vorgeschlagenen Zölle auf Brot, Fleisch und Molkereiprodukte zu erwartende Preissteigerung jährlich 308 Millionen Mark (£ 15.425.000) betragen und daß sich diese Summen unter folgende Interessenten verteilen würde:

Staat, an den Zöllen aus dem Vereinsausland	£	5.950.000
Grundrente in den Kolonien	£	1.600.000
Grundrente im Inland	£	<u>7.875.000</u>
	£	<u>15.425.000</u>

Es kann wohl als selbstverständlich angenommen werden, daß die englischen und kolonialen Grundbesitzer die um den Betrag der Zölle erhöhte Rentabilität ihres Grundbesitzes ihren Pächtern bei Erneuerung der Kontrakte und bei Berechnung der Pachtsumme auf Heller und Pfennig ankreiden werden. Die Pachtsumme gibt aber unter Zuhilfenahme des Zinsfußes die Grundlage für die Berechnung der Landpreise, und so findet man, daß die um den Betrag der Zölle erhöhte und kapitalisierte Grundrente die Grundbesitzer Englands allein um M. 3.200.000.000 (£ 160.000.000) bereichern würde – und das auf Kosten der englischen Brotkonsumenten, in der Hauptsache also der Arbeitermassen.

Ob nun in einer solchen Umarmung des Weltreiches die Gefühle der Zusammengehörigkeit erwärmen werden, ob ein Zollverein, der mit dem allergrößten Schwindel des Jahrhunderts inszeniert wird, die Klassengegensätze mildern, Großbritannien innerlich festigen wird? Mir dünkt, daß aus solcher haarsträubenden Ungerechtigkeit nur eines erwachsen kann: Die Empörung der Geprellten und eine neue Hekatombe für den heiligen Bartholomäus.

Und dabei kann man nicht leugnen, daß der eigentliche unmittelbare Zweck, den Chamberlain im Auge hat, durch den Zollverein wirklich eine Förderung erfahren könnte, daß der Verkehr innerhalb des Weltreiches tatsächlich ein regerer werden müßte. Schon der Wegfall der Zollplackereien, ohne den Zoll selbst in Anschlag zu bringen, muß die Bewohner Kanadas mit denen Australiens näher bringen.

Es fragt sich also, ob der eigentliche Zweck der Chamberlain'schen Vorschläge nicht in Reinkultur ohne die empörenden Nebenwirkungen erzielt werden kann? Es fragt sich, ob man nicht Getreidezölle erheben kann, ohne die ohnehin schon reichen Grundbesitzer auf Kosten der Volkswirtschaft um Milliarden zu beschenken?

Die Bodenreformer bejahen diese Frage und weisen nach, daß man die Getreidepreise durch Zölle beliebig erhöhen kann, ohne damit eine Erhöhung der Grundrenten zu verbinden.

Zu diesem Zweck ist es nur nötig, eine den Zöllen angepaßte

Grundrentensteuer

zu erheben, so daß nicht allein die ausländischen, sondern auch die inländischen Getreidelieferanten bzw. Grundbesitzer ihren Gewinn aus den erhöhten Preisen an den Staat abtragen.

Dieser Vorschlag ist einfach in der Durchführung und von zweifelloser Wirksamkeit.

Unter Zugrundelegung der oben angeführten Zahlen würden die vereinigten Zoll- und Grundrentensteuern dem Staat eintragen:

Aus Zöllen auf ausländischem Getreide etc.	£	5.950.000
Aus Grundrentensteuern in den Kolonien	£	1.600.000
Aus Grundrentensteuern im Inland	£	<u>7.875.000</u>
	£	<u>15.425.000</u>

d.h. der Staat wird nicht allein durch die Zölle an den erhöhten Getreidepreisen beteiligt sein, sondern die ganze Differenz aus den Getreidepreisen wird der Staatskasse unverkürzt zufließen.

Wird nun dieser Betrag zugunsten der Brotkonsumenten verwendet, also z.B. direkt in Form einer auf den Kopf der Bevölkerung berechneten baren Rückzahlung, oder mittelbar, in Form einer allgemeinen Witwen-, Waisen-, Alters- und Krüppelpension, oder auch durch Rückzahlung der Staatsschulden, durch Beseitigung anderer den Brotkonsumenten bedrückenden Steuern, oder durch Rückkauf von verkäuflichen Ländereien, Eisenbahnen etc., so kann Herr Chamberlain sicher sein, daß die Leidenschaftlichkeit in der Opposition gegen seine Projekte sofort gedämpft wird, allerdings damit zusammen auch der jetzige Enthusiasmus der agrarischen Kreise, denn unmittelbare Privatinteressen werden durch seine Reformen nicht mehr berührt werden.

Ob Herr Chamberlain, der doch gewiß Höheres im Sinne hat als gemeinen Klassenprofit, nicht für diese Anschauung der Bodenreformer zu gewinnen wäre? Diese Frage möchte ich hiermit an die englischen Bodenreformer gerichtet haben.

Zu den wichtigsten Erwägungen, die gegen den Kornzoll angeführt werden, gehört auch die, daß die Kornzölle nicht bei den jetzigen Ansätzen stehen bleiben würden, daß der Hunger der Schlemmer erst mit dem Essen kommt. Diese Bedenken verlieren mit den vereinigten Zoll- und Grundrentensteuern jeden Rückhalt, denn zusammen mit den Zöllen würden auch die Grundrentensteuern nicht erhöht werden, und wer würde unter solchen Umständen noch den Anstoß zu Zollerhöhungen geben?

Für die Chamberlain'schen Projekte hat aber die Grundrentensteuer noch eine ganz besondere Bedeutung, insofern als diese Steuer ungleich wirksamer als der Zollverein die Gefühle der Solidarität unter den Bewohnern des britischen Weltreiches wecken würde. Diese Steuer bringt Old England, das wirkliche konkrete Großbritannien, also das Land selbst, nicht das Old England der Dichter und Phantasten, wieder in den Besitz des Volkes. Jeder britische Bürger wird zum Landbesitzer, der am wirtschaftlichen Gedeihen des Landes unmittelbar beteiligt ist. Die Entdeckung fruchtbarer Weizenlandes in Sascachevan, die Erbohrung einer Petrolquelle in

Australien, die Erfindung einer wirksamen Medizin gegen die Schafsraude, die Dürre in Indien, der Preisrückgang der Kohle in Cardiff etc. etc., alles wird die britischen Bürger gleichmäßig interessieren, den Dockarbeiter in London sowohl wie den einsamen Trapper an der Hudsonbai.

Aus dem gemeinsamen Besitz erwächst aber wieder das gemeinsame Interesse an der Erhaltung bzw. an der Verteidigung des Besitzes, und dieses Interesse verwandelt sich in der Stunde der Gefahr in Opferfreudigkeit an Gut und Blut. Diese Freudigkeit ist es aber, die Chamberlain für die Sicherheit des britischen Reiches zu wecken sucht.

Noch in einer anderen und besonders für England wichtigen Richtung würde die

vereinigte Korn- und Grundrentensteuer

bemerkenswerte Früchte zeitigen. Sie würde die spezifische Erhöhung des Getreidepreises, den Kornbau auf jetzigem Ödland rechnerisch noch möglich machen und gestatten, den jetzigen Ackerboden noch intensiver zu bebauen – sei es durch Drainagearbeiten, Mergelung, künstlichen Dünger oder sonstige Verbesserungen, die sich zu den heutigen Kornpreisen nicht ausführen lassen. Durch diese erhöhte Eigenproduktion würden die Gefahren eines Krieges für die Verproviantierung natürlich in entsprechendem Verhältnis vermindert werden – ohne daß dem englischen Volk andere Unkosten erwachsen würden als das wirtschaftliche Defizit, das ein solcher Kornbau bei den *heutigen* Preisen verursachen würde, ein Defizit, das an den verminderten Getreideeinfuhren und Zöllen ziemlich genau zu berechnen wäre.

Jeder Mensch, der in den Grenzpfählen nichts als Marterpfähle der Menschheit erblickt, wünscht den Tag mit Sehnsucht herbei, an dem die Vereinigten Staaten von Nordamerika und das britische Weltreich sich in den Arm fallen und den Bröderkrieg vergessen werden, der zum Nachteil der gesamten Menschheit diese beiden größten Reiche nun schon über ein Jahrhundert trennt, denn wie leicht wird es dann für diese „Vereinigten Staaten der Welt“, die Beseitigung der übrigen Grenzzäune zu veranlassen, durch die die Völker der Erde eingehegt werden wie das Rindvieh auf der Weide.

Einem solchen Friedensschluß würde jedoch der durch keine Grundrentensteuer kompensierte Kornzoll große Hin-

dernisse in den Weg stellen, denn, einmal eingeführt, läßt sich der Kornzoll kaum mehr beseitigen, ohne die Volkswirtschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern. Die Beseitigung der Zölle setzt die Landpreise wieder herunter und erschüttert die Sicherheit der Hypothekenbanken, deren Pfandbriefe wieder die Lebensgrundlage unzähliger Personen bilden.

Zu jedem Geschäft, selbst jenen, die die Ewigkeit überdauern sollen, gehört eine Liquidationsklausel, und auch in England wird man bei Einführung der Kornzölle an diese elementarste Vorsichtsmaßregel denken müssen. Kornzölle lassen sich aber nur dann abschaffen, wenn ihre Einführung von einer entsprechenden Grundrentensteuer begleitet wurde, sonst wird – wie gesagt – die Beseitigung der Kornzölle zum Krach in der ganzen Volkswirtschaft führen.

Kurz die Vereinigung von Kornzoll und Grundrentensteuer allein gestattet den Kornzoll einzuführen, den Zoll nach Bedarf zu erhöhen, zu ermäßigen oder ganz zu beseitigen, ohne Privatinteressen dadurch zu berühren; [Mit Ausnahme des Kapitals, welches zur Bodenaufbesserung angelegt wurde und dessen Rentabilität von den um die Zölle erhöhten Kornpreisen abhing.] diese Vereinigung allein vermag England jene Ungebundenheit zu erhalten, die für die volle wirtschaftliche und politische Freiheit unentbehrlich ist.

Das Gesagte beansprucht Beachtung natürlich nur für den immerhin möglichen Fall, daß man sich in England nicht über andere Mittel zur Konsolidierung des Reiches verständigen kann als den Schutzzoll. Dem fliehenden Feinde baue man goldene Brücken, und als eine solche Brücke (und nur als das) möchte ich, daß man meinen Vorschlag ansehe; er soll s. Zt. dem geschlagenen und seinen Fehltritt bereuenden Schutzzöllner die Rückkehr erleichtern in den Hafen des Freihandels.

Sparsamkeit und Arbeitslosigkeit [I]

Es sind schon 10 Jahre her, daß unter dem Titel
„*The Fallacy of Savings*“

[John M. Robertson, London, Swan Sonnenschein & Cie.]

in England ein Buch erschien, worin, den herrschenden Spartheorien entgegen, der Nachweis erbracht wurde, daß das heute geübte Sparsystem mit Notwendigkeit den allgemeinen, gegenseitigen Ruin der Produzenten herbeiführen muß, aber von irgendeinem Einfluß auf Denkweise und Gebaren des Volkes ist eine Spur nirgendwo zu sehen. Robertson hat den Trugschluß, der dem von Gebildeten und Ungebildeten gleich eindringlich empfohlenen Sparen zugrunde liegt, soweit es die ihm bekannten Tatsachen überhaupt gestatteten, freigelegt, aber nach wie vor wird das Sparen gepredigt in der Familie, in der Wissenschaft, in der Gesetzgebung.

Mit der tönernen Sparbüchse beschenken die Eltern ihr Kind, und Paten und Tanten füllen sie mit Kupferstücken. Dann wird die Büchse zerschlagen und mit dem armseligen Inhalt werden in den prächtigen Sälen der Post, von buntuniformierten Beamten Postsparmarken gekauft und dem staunenden Kinde wird vorgerechnet, wie sich nun das Samenkorn unter der sorgsamsten Pflege der Postbeamten zu einem Baum entwickeln wird, dessen kostbare Früchte später über Zeiten von Arbeitslosigkeit hinweghelfen werden.

So lernt das Kind frühzeitig begreifen, wie man sich gegen Arbeitslosigkeit schützen muß, und da gewöhnlich die ersten Eindrücke am festesten sitzen, so weiß man jetzt das Kind gefeit gegen die bösen Lehren der Schwindler, die mehr oder weniger instinktiv das Sparen als einen Störenfried der Volkswirtschaft betrachten. Und sollten sich etwa in dem heranwachsenden Kinde Zweifel regen über die Vortrefflichkeit des Sparens, so werden diese mit dem Rüstzeug der Wissenschaft auf so wuchtige Weise niedergeschlagen, daß der Zweifler gewöhnlich für sein Leben genug hat.

Der Sparer, heißt es, bringt sein Geld zur Sparkasse und von dort holen es die Unternehmer, Kaufleute, Fabrikanten, die durch den Bau von Häusern, durch Urbarmachung von Ödland, durch den Betrieb ihrer Fabriken und Geschäft, das Geld in Form von Lohnausgaben wieder in Umlauf setzen.

Woher bekämen denn diese Leute das Geld, und wer würde den Arbeitern Verdienst und Brot verschaffen, wenn die Sparer nicht wären, die die Banken immer wieder mit Geld versorgen? [Ich kann vielleicht schon hier einschalten, daß ohne die Sparer das Geld einfach im Verkehr bleibt, daß es die Barzahlung erleichtern, das Kredit- und Wechselunwesen einschränken würde, daß infolgedessen die Unternehmer und Geschäftsleute allein durch die regelmäßig einlaufenden Gelder mit den nötigen Umlaufmitteln versehen würden und die Vermittlung der Banken also entbehren könnten.]

Arbeitet also und sparet, so wird der Industrie niemals das Geld fehlen für euren Lohn. Kein wirksameres Mittel gibt es, um das Elend aus der Welt zu schaffen und um die Arbeitslosigkeit, die Überproduktion, die Wirtschaftskrisen zu beseitigen als arbeiten (also Waren Erzeugen) und sparen (also sich die erzeugten Waren nicht gegenseitig abzukaufen). Verkauft alles, was ihr mit emsigem Fleiß erzeugen könnt, kauft aber eurerseits nichts, damit die Unternehmer das von euch gesparte Geld für die Erweiterung und den Betrieb der Fabriken von ihren Bankiers erhalten können. So werdet ihr immer wieder Arbeit haben.

Daß ein Schulbub oder ein bei 15-stündiger, täglicher Arbeitszeit ergrauter Arbeiter diese im Tone der größten Selbstverständlichkeit ausgesprochene Sophisterei nicht gleich durchblickt, ist ja verständlich; daß es lange gedauert hat, bis daß die Wissenschaft auf diesen Trugschluß gestoßen ist, läßt sich auch begreifen, aber unverständlich bleibt es, daß, nachdem Robertson das Selbstmörderische des heutigen Sparsystems klargelegt hat, niemand sich erhob, als es sich darum handelte, obige Spartheorien mittelst Gründung von Postsparkassen durch den Staat neu einsegnen zu lassen. Das wäre doch eine Gelegenheit gewesen, die „Fallacy of Saving“ auf breitester Grundlage zur Besprechung zu bringen, und dem Volke vorzurechnen, daß es sich mit seinem Sparsystem einfach selber betrügt, daß es die Arbeitslosigkeit, gegen welche sich das Volk durch Sparen zu schützen sucht, selber erst durch das Sparen erzeugt, daß Kauf und Verkauf, Konsum und Produktion sich gegenseitig bedingen, daß nur so viel und so lange gearbeitet wird, als wie der Konsum reicht.

Gewiß, es genügt nicht, daß der Wunsch ausgesprochen werde, ein jeder möge für seine Rechnung und freiwillig auf das Sparen verzichten, denn die wohlthätigen Folgen, die man von einem solchen Vorgehen mit Recht erwarten kann, würden in Frage gestellt werden, wenn einzelne Personen rücksichtslos genug wären, das Sparen weiter zu betreiben. Der einzelne muß die Gewißheit haben, daß die Gesamtheit das heutige Sparsystem aufgibt, sonst muß er sich persönlich durch Sparen vor den Folgen des Sparens der anderen sichern. Es geht hier zu, wie mit dem Ladenschluß an Sonntagen. Jeder stimmt für den Schluß der Läden, vorausgesetzt, daß alle es tun.

Aber wenn dieser Wunsch nicht genügt und man auch von den von Robertson angegebenen gesetzlichen Maßnahmen keinen durchschlagenden Erfolg erwarten kann, so ist das doch kein vernünftiger Grund, um die Sache mit Stillschweigen zu übergehen.

Was Robertson selbst vorschlägt, sticht in seiner Armseligkeit merkwürdig von der Gründlichkeit seiner Untersuchung ab:

1. Rückzahlung der Staatsschulden mit Hilfe einer reformierten Einkommensteuer, um nach Entlastung des Staatsbudgets von der Verzinsung der Schulden die Lebensmittelsteuern zugunsten eines erweiterten Konsums zu beseitigen.

2. Allgemeine Alterspensionen für alle diejenigen Bürger, die keine Einnahmen aus Renten haben, um diese Kreise der Notwendigkeit zu entheben, Ersparnisse für ihre alten Tage zu machen.

3. Allgemeine, künstliche Beschränkung der Geburten, damit an diejenigen unentbehrlichen Produkte (Rohstoffe), die durch Arbeit nicht beliebig, beziehungsweise nach Bedarf, erzeugt werden können, kein Mangel erwachse.

[Robertson scheint von der Henry George'schen Grundrentensteuer keine Kenntnis zu haben; denn mit dieser Steuer kann man, ohne das Volk zu belasten, die Preise beliebiger Produkte beliebig hoch schrauben, und dadurch auch beliebige Quantitäten erzeugen, wobei durch die spezifisch hohen Preise die ökonomische Ausnutzung der geförderten Mengen gesichert wird. Wünscht man z.B. in England den Kornbau in Blumentöpfen noch rentabel zu machen, so braucht man nur einen entsprechenden Zoll auf Getreide zu legen und gleichzeitig die Grundrentensteuer um den Betrag der Zölle zu erhöhen. Der Brotpreis wird dann von 10 auf 20 oder 30 steigen, was die Produktion stimulieren und der Vergeudung der Brotstoffe durch das Halten von Luxustieren entgegenwirken wird, während der Staat die aus Zöllen und Rentensteuern eingehenden Gelder den Bürgern entweder bar oder durch Steuererlaß wieder erstatten kann.]

Neben diesen durch die Staatsgewalt durchzuführenden Reformen soll der Konsum auch durch moralische Mittel gehoben werden, und weil dann der so vermehrte Konsum sich mehr auf die Qualität als auf die Quantität werfen wird und die höhere Qualität in der Regel nicht durch Maschinen (?) geleistet werden kann, so würde auch aus diesem Grunde mehr Nachfrage für Arbeit erwachsen (? !).

Wenn Robertson, der, wie kein anderer, die Spartheorien durchforscht hat, uns solche Mixed Pickles als Dessert aufträgt, so dürfen wir uns nicht wundern über das, was seine Vorgänger vorzuschlagen haben. Hierüber schreibt Robertson (S. 123):

„Lauderdale schien die Staatsschulden zu rechtfertigen; Sismondi griff das Maschinenwesen an; Ruskin tat das gleiche und schlimmeres; Malthus befürwortete einen Stand von reichen Faulenzern und verteidigte die Kornzölle; Chalmers wünschte eine reiche Aussteuer für die Aristokraten; Moffat wünschte die Grundbesitzer in ein moralisches Recht auf Rente einzusetzen, ja sogar die Herren Mumery & Hobson [„The Physiology of Industry“, London, John Murray, 1889.] wissen nichts besseres als den Achtstundentag vorzuschlagen.

Man sieht, alle ohne Ausnahme, Robertson eingeschlossen, versuchen das Übel in seinen Folgen anzugreifen und man merkt es den Vorschlägen an, wie lange sie über das Problem gegrübelt haben, ehe sie das „Richtige“ trafen. Keinem fällt es in den Sinn, dem Sparen in seiner eigentlichen Ursache, dem Gelde, beizukommen. Und doch muß Robertson unzählige Male die Frage gestreift haben: Warum werfen sich die Sparer **gerade** auf das Geld? Die ganze Schwierigkeit liegt darin, daß die Sparer unter Zurückweisung aller Arbeitsprodukte immer das Geld als Grundlage ihrer Ersparnisse betrachten und behandeln. Welche Vorzüge hat denn das Geld den Waren gegenüber als Sparmittel, und muß denn das Geld solche Vorzüge haben, müssen wir müßig zusehen, wie das Tauschmittel von den Sparern zu Zwecken mißbraucht wird die denen des Geldes gerade entgegengesetzt sind? Das Geld

hat doch den Zweck, den Warenaustausch zu vermitteln; der Gebrauch, den das Volk mit dem Gelde macht, muß also diesem Zweck entsprechen, sonst ist es ein Mißbrauch. Welchem der beiden Herren soll denn das Geld gehorchen, dem Produzenten oder dem Sparer? Soll das Geld, wie Proudhon sich ausdrückt, Riegel oder Schlüssel des Warenaustausches, oder gar beides zusammen sein? Kann man denn Tausch- und Sparmittel derart miteinander verkuppeln, daß ersteres nicht darunter leidet?

Wie gesagt, Robertson hätte über alle diese Fragen stolpern müssen, wenn er seinen Blick mehr auf die Sache selbst, als auf die Aussagen verstorbener, längst vermoderter Männer gerichtet hätte.

Es ist Tatsache, daß unser Geldwesen die Hochburg, das Rückgrat des heutigen Sparsystem ist, daß wenn auch die Sparer das Geld direkt oder durch die Banken wieder in Umlauf setzen, sie dies doch nur

bedingungsweise,

d.h. gegen Zinszahlung, Mehrwert oder Profit tun. Und da man nun einsieht, daß solche *Bedingungen* den Grundsätzen des paritätischen Warenaustausches zuwiderlaufen, so ist doch wahrhaftig die Frage heute nicht mehr die, was wir machen sollen, um den Folgen der Sparpraxis zu begegnen, sondern wie wir Tausch- und Sparmittel derart trennen können, daß die Sparer das Tauschmittel nicht mehr zu Sparzwecken mißbrauchen.

Die Geldreform gibt die Antwort auf diese Frage. Mit der Geldreform hört das Sparen des Geldes auf; die Geldreform trennt das Tauschmittel vom Sparmittel.

Wer nach der Geldreform sparen will, wird nach wie vor alle Güter der Welt, einschließlich Gold, Silber, Perlen und Diamanten zu seiner Verfügung haben, aber das Geld wird er unter allen Umständen immer fahren lassen müssen. Das Geld wird dem arbeitsamen Sparer wohl den Verkauf seiner Produkte vermitteln, aber das wird alles sein, was er vom Gelde erwarten kann.

Wer nach der Geldreform mehr Waren erzeugt und verkauft als er kauft, also über einen Überschuß an Geld verfügt, der wird diesen Überschuß nicht mehr

bedingungsweise,

d.h. nur gegen Zinszahlung dem Verkehr zurückgeben, sondern diese Rückgabe wird von jeder Bedingung unabhängig sein. Kurz, die Überschüsse wird man nicht mehr selbstverständlich als Kapital betrachten könne. Ist die Nachfrage nach Realkapitalien größer als das Angebot, so wird der Sparer auch einen Zins für sein Geld ausbedingen können; im anderen Falle aber nicht. Der Zins wird das Geld nicht mehr *erpressen* können.

Der Sparer hat seine Waren gegen Geld verkaufen können; nun muß er wissen, was er mit dem Geld anfängt. Das ist seine Sache, und mehr als die Vermittlung des Tausches kann niemand billigerweise vom Geld verlangen. Hat der Sparer keine Verwendung für das Geld, d.h. keinen Bedarf an Waren, warum hat er denn gearbeitet, Waren erzeugt und verkauft? Wer keinen Gebrauch für das Geld hat, der soll keine Waren erzeugen. Das Geld ist ja nur da, um den Tausch zu vermitteln.

Nun heißt es: Aber wir können nicht so von der Hand in den Mund leben; wir müssen für schlimme Zeiten, für Krankheiten, fürs Alter vorsorgen, und dazu brauchen wir einen *Wertbewahrer*, denn es ist bekannt, daß man die gemeinen Arbeitsprodukte und gerade die wichtigsten unter ihnen, nicht ohne unmittelbaren Schaden aufbewahren kann.

Wertbewahrer! In allen Schriften kommt dieser liederliche, schwindelhafte Ausdruck vor. Was ist das, ein „Wertbewahrer“?

Claim to wealth, auf deutsch „Anrecht auf Nachfrage“, kurz. Nachfrage nennt Robertson das gesparte Geld, den sogenannten Wertbewahrer, den Schatz der Sparer. Und so ist es. Aufgespeicherte Nachfrage, das ist der nackte Sinn des gesparten Geldes, der sogenannten Wertbewahrung.

Eine Aufspeicherung der Nachfrage kann aber nur unter der Voraussetzung einen vernünftigen Sinn haben, daß andererseits eine entsprechende Aufspeicherung des Angebots erfolgt, denn Nachfrage ohne Angebot kann nur zur Preiserhöhung oder, wie Robertson sagt, zur „Nullification of the claim“ führen.

Eine Aufspeicherung des Angebots ist aber einfach unmöglich und zwar aus genau denselben Gründen, die das Verlangen nach dem Wertbewahrer geweckt haben. Wenn der Sparer keine Güter aufbewahren kann, soll sie dann etwa ein

anderer für ihn aufbewahren? Das kann vielleicht ein eigenpänziger Bauer für sich persönlich wünschen; im volkswirtschaftlichen Sinne aber ist dieser Wunsch ein Verbrechen, denn in diesem Sinne heißt „Wert aufbewahren“ so viel wie Absatzstockung, Arbeitslosigkeit, Elend, Verbrechen.

Aber was sollen denn die Sparer machen, wie sollen sie für böse Zeiten vorsorgen? Nun diese Frage geht uns nichts an; sie hat mit dem Geldwesen, dem Warenaustausch nichts zu schaffen. Das Geld hat dem Sparer den Verkauf seiner Produkte vermittelt, nun soll er sich dafür bedanken, und nichts Unmögliches vom Gelde fordern. Wer für seine alten Tage vorsorgen will, mag sich für die Aufbewahrung seiner Schätze mit Chemikern in Verbindung setzen, im übrigen soll er sich nicht mit seinen Klagen und Verlegenheiten an das Geld wenden. Wenn das gesparte Geld wirklich ein „Wertbewahrer“ war (im volkswirtschaftlichen Sinne war es ein Warenvernichter), nun so wird es doch wohl möglich sein, getrennt vom Gelde einen anderen „Wertbewahrer“ zu erfinden. Warum denn gerade **das Geld**, das Tauschmittel, zum Siegelbewahrer der Schatzkammern machen? Die Sparer mögen sich an diejenigen wenden, die in ihren Schriften mit dem „Wertbewahrer“ wirtschaften; wer aus Geld, aus einem lumpigen, aus Lumpen hergestellten Stück Papier einen „Wertbewahrer“ machen kann, wird wohl noch größere Kunststücke zuwege bringen. Mit diesem Hokuspokus geben wir uns nicht ab.

Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß die meisten Bedenken, die gegen die Geldreform erhoben werden, sich gegen diese notwendige Trennung von Tausch- und Sparmittel, von Geld und „Wertbewahrer“ richten. Es zeugt dies davon, wie fest anerzogene Vorstellungen an der Schädelkruste haften. Daß mit der Geldreform Hausse und Baisse mit ihrem Produkt, die Krisen, unterdrückt werden können, erkennt man gerne und mit Genugtuung an; daß der Warenaustausch durch die Geldreform beschleunigt, gesichert und verbilligt wird, begreift jeder leicht; daß aber der Sparer im Gelde keinen Rückhalt mehr haben soll, das stimmt alle bedenklich, das ist zu radikal, zu revolutionär!

Jedoch ein Ausweg bleibt ja den Sparern; sie können ihr Geld kapitalbedürftigen Unternehmern verleihen. Und gangbar ist dieser Ausweg, denn er wird heute schon allgemein benutzt, wenn auch nicht als Mittel der „Wertbewahrung“, sondern um die Zinsen zu genießen. Ohne Zins würde heute keiner sein Geld verleihen, ohne Zins würden die Sparer samt und sonders zur Schatzbildung zurückkehren. Freilich unter

der Geldreform ändert sich das. Auch ohne Zins würde das Geld verliehen werden, denn in der Verleihung des Geldes läge das einzige Mittel der sogenannten Wertbewahrung.

Die Lage des Sparers wäre also bei Anleihen nicht mehr die gleiche wie heute; er könnte den Zins nicht mehr als Voraussetzung stellen, er könnte, wie schon oft gesagt, den Zins nicht mehr erpressen. Ob der Sparer einen Zins ausbedingen könnte, würde davon abhängen, in welchem Verhältnis der Vorrat von Realkapitalien zur Nachfrage steht.

Also der Sparer wird das Geld auf alle Fälle, unter jeder Bedingung immer *sofort* dem Verkehr zurückgeben müssen; so oder so wird das Geld des Sparers immer zum Ankauf von Waren, d.h. für die Vermittlung des Tausches benutzt werden. Kauft der Sparer Güter für seine Vorratskammer, so wird der Markt entlastet, der Produzent jener Güter kommt zu Geld und kann seinerseits wieder einen anderen seiner Produkte befreien. Verleiht der Sparer sein Geld an Unternehmer, so tritt dieser an seiner Stelle als Käufer auf. Ein drittes aber – der märchenhafte Wertbewahrer – existiert nicht mehr. Das Geld wird zur reinen Transitware; es bildet keinen Ruhepunkt im Warenaustausch mehr. Zug um Zug wird Ware gegen Geld und Geld gegen Ware umgesetzt – und dies ohne alle Rücksicht auf politische, wirtschaftliche, persönliche Verhältnisse oder Konjunkturen.

Hier bin ich an dem Punkte angelangt, wo ich wieder an die Fallacy of Saving anknüpfen kann, um eine Lücke in Robertsons Darstellung auszufüllen.

Robertson behauptet, daß infolge der Wechselbeziehung, worin Kauf an Verkauf, Konsum und Produktion stehen, der Sparer notwendigerweise eine seinen Ersparnissen genau entsprechende produktive Arbeit lahmlegt.

Soweit es sich hier um Schatzbildung handelt, um Leute, die ihre Ersparnisse zuhause verbergen, muß man diese Behauptung Robertsons ohne weiteres als richtig anerkennen; aber Robertson dehnt das Gesagte auch auf diejenigen Sparer aus, die ihre Ersparnisse sofort dem Bankier übergeben. Und hier reicht seine Beweisführung für einige wirtschaftliche Erscheinungen nicht aus.

Robertsons These hat Geltung nur so lange, als nachgewiesen werden kann, daß der Güteraustausch auch dann noch eine Unterbrechung oder Verlangsamung erfährt, wenn der

Sparer, statt selber Ware zu kaufen, andere, d.h. seinen Schuldner mit seiner Kaufkraft (oder mit dem Recht zur Nachfrage) ausstattet. Und dieser Nachweis läßt sich mit der Methode und den Mitteln, die Robertson anwendet, gar nicht erbringen. Denn hier kommen die Gesetze der Geldzirkulation zur Anwendung.

Der vergrabene Topf des Schatzbildners, das Portemonnaie des Konsumenten, der eiserne Schrank des Bankiers sind untereinander insofern alle gleich, als sie einen Ruhepunkt darstellen, wo die Besitzer die Gelegenheit zu einem guten Kauf abwarten. Dieses würde sofort klar, wenn man dem Schatzbildner, dem Konsumenten, dem Bankier irgendeine marktfähige Ware zu einem auffallend billigen Preis anböte. Denn alle drei würden ihr Geld sofort anlegen. Schatzbildner sind Bankiers, die mit eigenem Kapital arbeiten, aber nicht die Mittel haben, Kassenschränke zu kaufen; Konsumenten sind Schatzbildner, die es nicht für der Mühe wert halten, ihr Geld zu vergraben, und Bankiers sind Schatzbildner mit eisernen Schränken. Jeder hat die Absicht, das Geld früher oder später auszugeben, da das Geld doch keinen Selbstzweck hat; der einzige Unterschied liegt in der Art der Aufbewahrung, eine für die Zwecke der Untersuchung höchst gleichgültige Nebensache. Wenn man nun einen Gegensatz konstruiert zwischen Sparer und Konsumenten, so kommt es zunächst darauf an, die Gesetze festzustellen, nach welchen das Gebaren der Konsumenten und Sparer beherrscht wird.

Diese Gesetze zeigen nun, wie wir schon an obigem Beispiel erkannten, daß es Fälle gibt, die auf Konsumenten, Schatzbildner und Bankiers genau die gleiche Wirkung ausüben, und deshalb können wir durchaus nicht ohne weiteres annehmen, daß das Geld, welches der Sparer der Bank zuführt, länger brach liegt, als wenn er es zum eigenen Konsum bestimmt hätte. Um dem oben angeführten Fall eine allgemeinere Geltung zu geben, wollen wir annehmen, eine größere Hausse im Niveau der Warenpreise stünde aus irgendeinem Grund in Sicht, so daß allgemein angenommen wird, daß das, was man heute für 10 kauft, nach einiger Zeit (im Verhältnis zum Tempo der Hausse) mit 12–13–15 bezahlt werden müßte. Was wäre die Folge? Nun Schatzbildner, Konsumenten, Bankiers würden sich gegenseitig in der Eile zu kaufen überbieten; das Geld des Bankiers würde nicht

eine Stunde länger brach liegen, als das des Konsumenten; im Gegenteil könnte man annehmen, daß, da der Bankier von einer Hausse eher Wind bekommt, als der gemeine Konsument, jener sein Geld noch schneller umsetzt, als dieser.

Dieser Fall steht also im Widerspruch zur Ausdehnung, die Robertson der fallacy of saving gibt.

Eine andere Lücke in der Darstellung Robertsons reißt die Tatsache, daß gerade in den Zeiten wirtschaftlicher Blüte, in denen nirgendwo von Überproduktion, Arbeiterreserven usw. Spuren zu entdecken sind, die Spareinlagen wachsen, während gleichzeitig die Barvorräte der Banken zusammenschumpfen und die Löhne steigen. Und solche Perioden wirtschaftlichen Aufschwungs dauern nicht etwa nur die Zeit zwischen Saat und Ernte, sonder halten oft jahrelang an. Bestände zwischen Spareinlage und Arbeitslosigkeit der einfache Zusammenhang, wie Robertson ihn darstellt, wie könnte man die Parallele zwischen Lohnerhöhungen und vermehrten Spareinlagen erklären?

Alle diese Widersprüche können nur mit Hilfe der Gesetze, die den Geldumlauf beherrschen, erklärt werden. Im Lichte dieser Gesetze wird sofort klar, daß das Geldsparen nur

bedingungsweise

unter Mitwirkung anderer wirtschaftlicher Faktoren zur Unterbrechung im Güteraustausch führt. Diese Faktoren sind:

1. Baisse und Konstanz im allgemeinen Preisniveau.
2. Der Zins.

Während bei einer Hausse – wie wir soeben sahen – alles Geld, gleichgültig in welchen Händen es sich auch befinden mag, zu Markte getragen wird, zieht sich bei einer erwarteten Baisse umgekehrt alles Geld vom Markte zurück, und nur der *Konsument* tritt noch als Käufer auf, um für seine unmittelbaren Bedürfnisse Deckung zu suchen. Der Schatzbildner, wie auch der Bankier (und seine Kunden, der Unternehmer und der Kaufmann), kurz alle, die über gespartes Geld verfügen oder damit arbeiten, rühren bei einer voraussichtlichen oder erwarteten Baisse das Geld nicht an, denn diese machen den Geldumsatz vom Profit und Zins abhängig, und bei einer erwarteten Baisse ist jede Möglichkeit eines Profits ausgeschlossen. In der Furcht oder Hoffnung, daß sie das, was sie heute zu fallenden Preisen billig kaufen, morgen noch billiger kaufen würden, bzw. verkaufen müßten, bleibt das gesparte Geld unberührt.

Schluß folgt.

Die Geld- und Bodenreform

Bd. 2

Februar 1904

Nr. 2

Sparsamkeit und Arbeitslosigkeit [II]

Schluß

Hier wird das gesparte Geld nun wirklich zur Ursache der Krise und der Arbeitslosigkeit; denn weil die Sparer (oder deren Beauftragte) aus Furcht vor einer Baisse nicht kaufen, tritt die Baisse wirklich ein, und weil die Baisse eingetreten ist, wird erst recht nicht gekauft. Und wenn wir nicht die Konsumenten hätten, die durch ihre unaufschiebbaren Einkäufe den Produktionsprozeß, einigermaßen wenigstens, in Gang hielten, so würde der ganze Betrieb plötzlich stille stehen und überhaupt nicht mehr in Gang zu bringen sein – es sei denn, daß man den Sparern durch eine künstliche, durch Papiergeldemission erzwungene Hausse Schrecken einjagte und sie so zum Kauf veranlaßte.

Der zweite Umstand, unter dem das Sparen zur Unterbrechung des Produktionsprozesses führt, ist mehr konstanter Natur und liegt in der Eigenschaft unseres Geldes, den Zins unter allen Umständen erpressen zu können, indem das Geld des Sparers nur so oft und so lange angeboten wird, als wie Zins ausbedungen werden kann. Dies hat zur natürlichen Folge, daß die Produktion von Realkapitalien künstlich so weit beschränkt bleiben muß, daß diese Realkapitalien Monopolcharakter behalten, um ihrerseits den Zins abwerfen zu können, den sie an das die Anleihen vermittelnde Geld abtragen müssen. Und da nun diese produktionsbeschränkende Macht des Sparers im Geld selbst begründet ist (also in der Eigenschaft des Geldes sich auf Kosten der Volkswirtschaft vom Markte zurückziehen zu können), so müßte man eigentlich annehmen, daß die Volkswirtschaft niemals mit Volldampf arbeiten kann, daß immer ein Rest von Produktionskraft brach liegen muß.

Wie erklärt sich unter solchen Umständen die schon erwähnte Tatsache, daß zusammen mit einer allgemeinen Lohnerhöhung die Spareinlagen wachsen? [Es wird hier angenommen, daß eine allgemeine Lohnerhöhung nur eintreten kann, nachdem die Reserven an Arbeitszeit und Arbeitern von der vollbeschäftigten Industrie aufgezehrt worden sind.]

Auch diese Erscheinung ist nur durch die Gesetze des Geldumlaufs zu erklären und zwar hier durch die Wirkung der Hausse.

Bei einer voraussichtlichen Hausse im allgemeinen Preisniveau (wie z.B. nach der Überschwemmung Deutschlands mit den eroberten Milliarden, oder nach der Entdeckung reicher Goldlager, etc.) hat der Sparer zu befürchten, daß sein Geld an Kaufkraft einbüßt, weil sich das neue Geld mit dem seinigen in das Recht zur Nachfrage teilt. Gegen diesen Verlust kann er sich nicht dadurch schützen, daß er anderen das Geld verleiht, denn die Rückzahlung erfolgt ja in dem durch die Hausse geschundenen Geld. Der Schuldner zahlt nur den nominellen Betrag zurück, ohne Rücksicht auf die veränderte Kaufkraft des Geldes. Der Sparer kann sich also gegen die ihm aus der Hausse drohenden Verluste nur durch direkte Veräußerung des Geldes, d.h. durch *Kauf* von Waren, Aktien, Grundstücken (also von Gegenständen, die die Hausse mitmachen) schützen.

Wenn bei einer voraussichtlichen Hausse jemand Grundstücke oder Aktien *verkauft*, so kann er, falls er sich überhaupt von kaufmännischen Betrachtungen leiten ließ, nur die Absicht haben, den Erlös in Waren oder in der Warenproduktion anzulegen, denn bei einer Hausse läßt niemand sein Geld brachliegen und ebensowenig kommt der Kauf von Zinspapieren in Betracht, denn diese beteiligen sich nicht an der Hausse. Das Geld, welches die Sparer etwa durch den Kauf von Aktien oder Grundstücken dem Verkehr zurückgeben, geht also notwendigerweise in die Warenproduktion über.

Bei einer Hausse steht das Geld somit unter Umlaufzwang, und nur der Handel und die Warenproduktion vermögen den Besitzer von Geld und Geldforderungen vor Verlusten zu schützen. Die Furcht vor Verlust an der Kaufkraft des Geldes führt zum Kaufzwang, und dieser Kaufzwang hebt die Beschränkung, die der Sparer sonst künstlich der Produktion auflegt, auf und gestattet, daß alle Reserven an Arbeitszeit und Arbeitern zur Produktion herangezogen werden.

Es geht also aus dem Gesagten hervor, daß bei konstantem Preisniveau der Waren, also bei normalen Zuständen und bei einer Baisse, der Sparer den Warenaustausch unterbricht, und daß nur bei einer Hausse das Geld des Sparer bedingungslos zum Markt zurückkehrt. Somit kann die Volkswirtschaft heute nur durch eine an sich sehr bedenkliche Anomalie (Hausse) aus der tödlichen Umarmung des Sparer gerettet werden, und tatsächlich sieht man ja auch immer nur so lange lebensfrohe Gesichter, wie eine allgemeine Hausse in den Warenpreisen den Bankrott der Währung verkündet.

Die Frage, die uns nun interessiert, ist die: Können wir uns aus der Umklammerung der Sparer befreien und uns eines unbegrenzten Warenaustausches erfreuen, ohne das Hilfsmittel einer Hausse, ohne unsere Währung anzutasten?

Und diese Frage kann die Geldreform mit einem lauten, fröhlichen „Ja“ beantworten, denn die Geldreform stellt denselben Umlaufzwang, den heute die Hausse bewirkt, ohne die Währung anzutasten, in einfacher, wirksamster Weise her. Unter der Geldreform würden wir uns also dauernd desselben regen Geschäftsganges erfreuen, den uns heute vorübergehend die Hausse bringt, wobei jede trübe Vorahnung einer oft über Nacht einbrechenden Baisse wegfallen würde, da der rege Geschäftsgang von einem konstanten allgemeinen Preisniveau begleitet, Hausse und Baisse also ausgeschlossen wären.

Erfolge der Papierwährung [II]

Es ist noch nicht lange her, da mußte man mit Gold die Taschen füllen, wenn man eine Reise um die Erde machen wollte. Jetzt ist das anders geworden. Wer eine Weltreise antreten will, der muß sich jetzt mit Geldpapier versehen, wenn er nicht verhungern, erfrieren, mitten in der Einöde liegen bleiben will. Gold ist tatsächlich kaum mehr als Weltgeld zu betrachten.

Ein Mann in der Schweiz wünscht eine Reise um die Erde anzutreten und hat sich mit den nötigen Kreditbriefen versehen. Diese Kreditbriefe bezahlt er hier mit Papiergeld –

natürlich, denn Gold ist im Verkehr der Schweiz so gut wie unbekannt. Er verläßt seine Heimat in der Richtung nach Westen und bezahlt mit Papiergeld seine Bahnkarte nach Bordeaux. Hier bezahlt er wieder mit Papiergeld seine Bahnkarte nach Madrid, wo er seinen ersten Kreditbrief (kann auch einfach eine im voraus abgesandte Postanweisung sein) einlöst. Er erhält hier wie in der Schweiz Papiergeld, nichts als Papiergeld. Er kann auch hier weiter nichts als Papiergeld gebrauchen, weil das spanische Volk etwas anderes weder kennt, noch als Geld anerkennt. Er bezahlt seine Einkäufe, seinen Platz in der Plaza de Toros, sein Hotel und seine Bahnkarte nach Lisboa mit Papiergeld und mit Papiergeld wieder kauft er sich in Lisboa eine Überfahrtskarte nach New York. Hier löst er die zweite Postanweisung ein und wiederum wird er mit Papiergeld abgespeist. Nimmt er sich die Mühe, die Inschrift dieses amerikanischen Papiergeldes zu lesen, so wird er vielleicht erschrecken, denn die Inschrift verspricht dem Inhaber ein Quantum Silber, und er weiß, daß man mit Silber heute keine Reise machen kann. Er glaubt schon das Opfer eines Betrugs zu sein, aber man versichert ihn, daß alles „all right“ ist, daß sein Geldpapier echt ist, daß er kein falsches, veraltetes Geldsilber, sondern wirkliches Geld, gutes, ehrliches, amerikanisches Geldpapier in Händen hat. Er bezahlt. In den Läden, Hotels nimmt man sein Geldpapier anstandslos an, auf der Bahn bezahlt er damit seine Fahrkarte nach San Francisco. Auf den Zwischenstationen in Chikago, in Dakota, Colorado, im Felsengebirge überall Geldpapier, nichts als Geldpapier. So kommt er in San Francisco an. Nirgendwo hat ihm das Geldpapier Verlegenheiten bereitet. Hier in San Francisco bezahlt er genau wie in New York und mit denselben schmutzigen, übelriechenden Papierfetzen das prächtige Hotel, seine Einkäufe und schließlich die Überfahrt auf dem Dampfer nach Wladiwostok. Hier in Rußland löst er den 3. Kreditbrief ein und was ist natürlicher, als daß man ihn hier im klassischen Lande des Geldpapiers mit Papiergeld abspeist. Ein Paketchen Rubelnoten. Und wenn er klug ist, so freut er sich, daß man ihm Geldpapier und kein Gold gegeben hat, denn im Innern Rußlands könnte man leicht neben einem Goldsack verhungern. Rubel, Geldpapier wollen die Russen – sowohl die, die die Inschrift lesen, wie auch die, die die Inschrift nicht lesen können. Rubel, klebriges,

unansehnliches, wahrscheinlich falsches Papiergeld will der Mujik, kein Gold, denn er weiß nicht was Gold ist, er hat in seinem Leben noch nie eine Goldmünze gesehen. So gelangt er in der sicheren Obhut des bescheidenen und doch so braven Rubelgeldes über Tomsk, Irkutsk, Moskau, Warschau in das Land der Gulden, in das Paradies des Papiergeldes. Hier löst er den 4. und letzten Kreditbrief ein und wiederum – Papiergeld, Papiergeld und kein Ende. Er bezahlt Hotel, Einkäufe, die Bahn mit Gulden, mit gutem echtem Geldpapier und gelangt so, ohne auf dem Erdenrund nie etwas anderes als Papiergeld gesehen und gefühlt zu haben, wohlbehalten in seiner Heimat an, wo die Alemannen die stolzen Franken zur Ware, zum gemeinen Geldpapier degradiert haben.

Das war eine Reise um die nördliche Halbkugel herum. Das gleiche wäre aber auch der Fall, wenn die Reise auf der südlichen Halbkugel unternommen würde. In all den hier in Betracht kommenden Ländern kommt man, wenn überhaupt mit Geld, nur mit Papiergeld aus. In Indien, Australien, Neu-Seeland, Chile, Argentinien, Brasilien – Papiergeld und Geldpapier.

Wo bleibt unter solchen Umständen die prophezeite Herrschaft des Goldes? Wo bleiben die Theorien des Geldes, wo bleiben die Katastrophen, die unzertrennlich von der Papiergeldwirtschaft sein sollen? Schwindel war alles was bisher über das Papiergeld gesagt und geschrieben wurde. Die Theorien sind tot, und die Theoretiker sind mäuschenstill geworden. Die Tatsachen sind wie eine Lawine über sie hinweggestrichen. Es ist keiner mehr da, der das Papiergeld an sich für eine Kalamität, für eine Gefahr betrachtet und wenn noch einer zurückgeblieben wäre, dem hat das argentinische Papiergeld den Gnadenstoß versetzt.

Vor 4 Jahren trat das argentinische Emissionskontor in Wirksamkeit. Sein ganzes Kapital bestand – sage und schreibe – aus einer Presse für den Druck des Papiergeldes. Und mit diesem sonderbaren Kapitalstück sollte der Kurs einer verhältnismäßig kolossalen Papiergeldmasse reguliert werden. Es waren 300 Millionen Pesos (heute gleich 659.700.000 Franken) in Umlauf bei einer Bevölkerung von 4 Millionen Einwohnern. Man lachte sich den Bauch voll, nicht allein in Argentinien, sondern auch in Europa, ja, besonders in Europa.

Das Emissionskontor ließ bekannt machen, daß jedermann neues, gutes Geldpapier zu einem unveränderlichen Preis von 227.27 für 1,6 Gramm Gold 900/1000 fein in unbeschränkter Menge erhalten könnte. Wieder allgemeine Heiterkeit. Wer wird denn, hieß es, Gold gegen Papiergeld zu einem Preise umtauschen, der jede Möglichkeit eines Gewinnes ausschließt, dagegen aber die Möglichkeit beträchtlicher Verluste einschließt; denn, wie gesagt, das Emissionskontor hatte nichts, gar nichts in Händen, um die entgegengesetzte Operation – den Verkauf von Gold gegen Papier – durchzuführen. Um richtig funktionieren zu können, hätte die Geldpresse, wenn man vorwärts dreht, Papiergeld und wenn man rückwärts dreht, Gold fördern müssen. Also konnte man nur über die ganze Einrichtung lachen. Aber man lachte nicht lange. Was die Geldtheoretiker für ein spaßiges Hirngespinnst, für etwas sachlich Unmögliches hielten, das geschah; es wurde Tatsache. Aus England und Deutschland langten Kisten mit gemünztem Gold an und die Besitzer waren froh, dieses Gold gegen argentinisches Papiergeld zu einem Preise umtauschen zu können, – der die Möglichkeit eines Gewinnes aus-, die Möglichkeit beträchtlicher Verluste einschloß. Zum ersten Male konnte der Direktor des Emissionskontors die Geldpresse in Bewegung setzen. Er rief also einen Eckensteher zum Betriebe der Presse und in 1/2 Stunde hatte dieser das „Äquivalent“ der Goldkisten – 35 Millionen Franken – fertig.

Wahrhaftig, es verhält sich buchstäblich so. Nichts habe ich übertrieben. Dabei waren die Verkäufer des Goldes, die einen Preis akzeptierten, der die Möglichkeit beträchtlicher Verluste einschloß, jede Chance eines Profits ausschloß, durchaus keine Narren. Beileibe nicht. Es waren Getreidehändler, die scharf rechnen, genau wissen, was sie tun. Sie ließen das Gold aus England kommen, bezahlten Fracht, Versicherung und Zinsverlust, um dieses schöne, diebessichere Geld gegen lumpiges Papiergeld umzutauschen – zu einem Preise, der jede Möglichkeit eines Gewinnes ausschloß, ein großes Risiko aber einschloß.

Warum taten sie das? Nun, es waren Getreidehändler, die Weizen kaufen wollten, und vom argentinischen Bauer kann man mit Gold keinen Weizen kaufen. Er will Geld, wirkliches, unmittelbares Geld, er will Geldpapier. Also mußten sich die Händler, wenn sie überhaupt Weizen kaufen wollten, wohl oder übel mit Geldpapier versehen.

Die 7 Millionen Pesos Gold blieben nicht lange in der Kasse des Emissionskontors. Es kamen Spekulanten und holten sich das Gold zum Preise von 227.27 konnten sie niemals am Kurs verlieren (weil das Emissionskontor zu diesem Preise beliebige Quantitäten drucken und verkaufen muß), wohl aber gewinnen. Nun war die Kasse wieder leer wie zu Anfang, und wer Gold brauchte, war auf die Börse angewiesen. So konnten denn die Spekulanten das Gold der Weizenhändler zu 235, also mit einem Gewinn von 8 Punkten zirka 3% wieder absetzen. Diese 3% deckten aber den Zinsverlust ihres Spekulationskapitals nicht, da die Banken in Argentinien für Gold gewöhnlich nur 2%, 1% oder auch gar keinen Zins zahlen.

Die Kasse des Emissionskontors blieb jedoch nicht lange leer. Nach dem Weizen kam die Wolle. Und wieder kamen die Händler mit schweren Kisten Goldes und bettelten um Papiergeld. Und wieder drehte der Eckensteher die Geldpresse, und wieder füllten sich die Kassen, um sich wieder bald darauf zu leeren. So ging es 2 bis 3 Jahre.

Aber bald merkten die Spekulanten, daß sie das, was sie an Kursdifferenzen gewonnen, am Zins wieder zusetzten, daß das Papiergeld ein schlechtes Spekulationsobjekt geworden war. So suchten sie andere Zweige der Volkswirtschaft mit ihren Kapitalien zu „befruchten“. Von nun ab blieb das Gold im Emissionskontor, und es häufte sich dort auf. Und jeder, der Gold braucht, erhält dort Gold zu 227.27 und jeder der Papier braucht, erhält solches in unbeschränkter Menge zu demselben Preis. Dieser Zustand währt jetzt schon ununterbrochen seit nahezu 1 $\frac{1}{2}$ Jahren. Seit 1 $\frac{1}{2}$ Jahren hat sich der Kurs nicht mehr verändert. Das Emissionskontor hat zur Zeit 35 Millionen Pesos Gold – 175 Millionen Franken – bar in der Kasse, die zu einem Preis gegen Papiergeld gekauft wurden, der zwar nach wie vor ein Risiko, aber keine, auch nicht die geringste Gewinnchance einschließt.

Und diese Tatsache ist es, die die Geldtheoretiker, die Goldanbeter stutzig, nachdenklich, still, so mäuschenstill gemacht hat.

Die Geldreformer freuen sich über solche, wenn auch für sie noch gar winzigen Resultate. Wenn das Geldpapier schon in der barbarischen, rohen, unwissenschaftlichen Form des argentinischen Geldes das Gold aus dem Felde schlagen kann,

zu welcher Macht muß da das Papiergeld unter der Geldreform steigen! Zur absoluten Beherrscherin des Handels, der Arbeit, des Kapitals schwingt sich das reformierte Geld.

Ich will den Argentinern hier keinen Vortrag über Geldreform halten, denn sie würden ebenso verständnislos darüber den Kopf schütteln, wie sie die Erfolge ihres eigenen Papiergeldes verständnislos angafften.

Aber eine Frage will ich ihnen stellen, die sie sicherlich verstehen werden: Warum verkauft das Emissionskontor das Papiergeld nicht gegen zinstragende Titel der deutschen, englischen, amerikanischen, französischen und der eigenen Staatsschulden? Gold braucht niemand in Argentinien; wer es braucht, braucht es im Ausland, in Europa zur Zahlung. Dazu eignen sich aber besagte Rentenpapiere besser. Das Gold aus Europa kommen zu lassen, kostet Fracht, Versicherung, Zins, dasselbe Gold wieder zurückzusenden kostet wieder Zins, Versicherung, Fracht. Zudem trägt dasselbe Gold in der Kasse des Emissionskontors keinen Zins. Besagte Rentenpapiere würden dagegen immer mindestens 3% eintragen, das macht auf den jetzigen Kassenbestand von 175 Millionen Franken über 5 Millionen. Jeder, der Gold nach Europa zu senden hat, wird zu dem Zwecke besagte Rententitel, die weniger Transportkosten verursachen und während der Reise Zinsen hecken, dem Golde vorziehen.

An diesem Vorschlag ist übrigens nichts neu. Die Kapitalisten haben als Reserven allgemein Rententitel statt Gold in der Kasse und auch manche staatliche Emissionsbank, namentlich die belgische, hat statt Gold Rentenpapiere in der Kasse. Als Reserve zur Regulierung der Emission leisten sie dasselbe, was das Gold leistet, und dabei tragen sie durch die Zinsen in erheblichem Maße zur Stärkung der Reserven bei.

Das ist der unmittelbare Vorteil einer solchen Maßregel. Aber für Argentinien ist die Sache noch in anderer Beziehung von Wichtigkeit; wo wären die 35 Millionen Pesos Gold, wenn sie Argentinien nicht dort brachliegen ließe? Irgendwo wären sie, und zwar wären sie in Europa in den Taschen der Käufer, die damit die allgemeine Nachfrage, auch die nach Brot und Wolle, vermehren würden. Die Preise der Waren, auch die der Wolle und des argentinischen Getreides ständen höher, wenn auch nur wenig, wenn jenes Gold der Zirkulation zurückgegeben würde. Argentinien hat aber ein dringendes Interesse daran,

daß die Warenpreise hoch stehen, je höher, je besser, denn durch die große Verschuldung muß Argentinien viel mehr Waren ausführen, als es selber einführen kann, um den jährlichen Saldo der Zahlungsbilanz zu bezahlen. Je höher die Preise in Europa, um so weniger Wolle braucht Argentinien für die Zinsen der Schulden zu liefern. – Der Einfluß jener kleinen Summe von 35 Millionen Pesos ist ja unmittelbar gering – aber, was die Belgier tun, die Argentinier tun können, das werden viele andere Staaten auch wieder tun. Wird aber das Gold auf diese Weise überall abgestoßen – aus der Zirkulation ist es ja, wie wir zu Anfang sahen, so ziemlich ausgeschaltet, – so muß es dem Golde ergehen, wie es aus demselben Grunde dem Silber ergangen ist – es wird billig, billig wie Brombeeren, und das ist es, was Argentinien braucht. Billiges Gold – billig nicht im Vergleich zum Papierpeso – sondern billig im Vergleich zur Wolle, zum Getreide, zu den ausgeführten Produkten.

Argentinien hat, als ganzes betrachtet, ein lebhaftes Interesse daran, das Gold den Waren gegenüber im Preis herunterzudrücken, und was Argentinien als Staat in dieser Beziehung tun kann, das soll es nur tun. Niemand wird ihm das übelnehmen. Spinnt man den oben entwickelten Gedanken weiter, so findet man, daß es viele Mittel gibt, den Goldpreis zu drücken. So will ich hier nur noch eines dieser Mittel angeben: In Argentinien trägt jeder anständige Mensch einen Hut auf dem Kopfe und eine goldene Uhr in der Tasche. Der Hut ist mit einer Steuermarke versehen – die Uhr ist steuerfrei. Nehmen wir nun die Steuermarke vom Hute ab und kleben sie auf die Uhr. Was ist die Folge? Jeder, der nicht imstande ist, jährlich 10 oder 20 Pesos Steuer für das Tragen einer goldenen Uhrkapsel zu bezahlen, wird die goldene gegen eine silberne Uhrkapsel umtauschen. Es werden dadurch viele goldene Uhrkapseln auf dem Markt geworfen, eingeschmolzen und zu Münzen geprägt. Diese Münzen verwandeln sich in Nachfrage und treiben die Warenpreise hoch.

Auch in diesem Falle ist der Erfolg kein unmittelbar großer. Aber man kann hier auf den Nachahmungstrieb des Menschen rechnen. Alle verschuldeten Völker werden die Wichtigkeit der Sache schnell begreifen; sie werden das Goldgerät besteuern und dadurch kolossale Goldmassen zu Prägezwecken freigeben. Das Gold wird billiger, weil die Nach-

frage nach Waren steigen wird. Um ihr Land aus den Händen Napoleons zu befreien, opferten die deutschen Weiber ihr goldenes Geschmeide auf dem Altar des Vaterlandes; um ihr Vaterland den Händen der Wucherer zu entreißen, werden die argentinischen Weiber das deutsche Beispiel befolgen und ihr Gold zur Münze tragen. Und die Chilenin, die Brasilianerin, die Spanierin, die Italienerin, die Russin ist nicht weniger patriotisch gesinnt; haben sie den Sachverhalt erkannt, so werden sie das Gold gegen Silber und Diamanten austauschen, das Gold boykottieren etc., etc.

Die Gläubiger haben ihre Schuldner geprellt, indem sie dem Silber das Prägerecht entzogen, jetzt üben die Schuldner Vergeltung, indem sie das Gold zu Tode hetzen.

Welche Opfer verlangt die Vernichtung der Sozialdemokratie?

Höhnisch fragt der Reichskanzler den Sozialdemokraten nach der Verfassung des Zukunftsstaates. Da der Sozialdemokrat auf diese geistreiche Frage die Antwort schuldig bleibt, so fährt der Reichskanzler triumphierend fort: „Der Sieg im Kampfe gegen die Sozialdemokratie ist gesichert, wenn wir dem Sozialdemokraten nicht nachstehen in der Opferfreudigkeit“.

Mit „wenn und aber“ kann man bekanntlich aus Häckerling Gold machen. Warum könnte man also nicht auch mit „Wenn und aber“ aus Sozialdemokraten zufriedene Bürger machen? Denn das ist klar und braucht weiter keiner Erklärung, daß an dem Tage, wo die Opferfreudigkeit die Sozialdemokraten zufriedengestellt haben wird, die Sozialdemokratie mit Stumpf und Stiel ausgerottet sein wird. Wenn es nur nicht an der nötigen Opferfreudigkeit fehlt.

Es fragt sich nun, was man den Sozialdemokraten alles zu opfern gedenkt; was die Sozialdemokraten als Preis ihrer Zufriedenheit heischen.

Untersuchen wir zunächst mal den bisherigen Inhalt des Opferstockes der bürgerlichen Parteien. Da finden wir als Haupt- und Paradestück der Opferfreudigkeit das allgemeine

gleiche Wahlrecht. Dieses Opfer kostet kein bares Geld und ist auch anscheinend wirksam, denn ist der Sozialdemokrat vom Reichstag ausgeschlossen, so hören wir ihn nicht mehr. Es ist, wie wenn er überhaupt schon ausgerettet wäre.

Diese Rechnung leidet jedoch an einem Rechenfehler. Die Majorität gebietet, und wie lange wird es dauern, bis daß die Sozialdemokraten die absolute Majorität haben werden? Diese Majorität brauchen sie nicht im Reichstag zu haben; es genügt, wenn sie im Volke vorhanden ist. Die Majorität gibt nicht die Gesetze, sie ist an sich das Gesetz. Auch kann ein Gesetz unter freiem Himmel von einem Heuwagen herunter proklamiert werden. Die Wirksamkeit der Gesetze hängt doch nicht etwa vom Tisch, von der Tinte, vom Hause ab. Die 10 Gebote Gottes las Moses den Juden unter freiem Himmel vor, und noch heute findet man Leute, die sie achten. Das Gesetz braucht nur die Majorität als Rückhalt, dann fehlt es nicht an der Macht, es durchzusetzen, zumal in Ländern nicht mit allgemeiner Wehrpflicht, denn wer die Majorität im Volke hat, hat sie naturgemäß auch im Volksheer.

Weiter enthält der Opferstock den Schulmeister. Man sagt, das Volk wäre zu klug geworden; jeder Arbeiter könnte jetzt rechnen, und das Rechnen sei für die Zufriedenheit, was der Zweifel für den Glauben ist. Rechnen und zweifeln töten die Zufriedenheit und die Religion. Also weg mit dem Schulunterricht! Doch leider kommt dies Opfer jetzt zu spät; denn das Gelernte vergißt sich nicht so schnell, und im Notfall werden die Alten die Jungen lehren, wie man den Mehrwert berechnet.

Weiter wünscht man den Außenhandel, namentlich die Einfuhr billigen Getreides zu opfern; denn man sagt sich mit Recht, der Hunger der Sozialdemokraten wäre mit dem Essen gekommen, mit dem Essen des billigen Brotes, das von den Pampas Argentiniens zu uns kommt. Gibt man den Finger her, so wird die Hand verlangt. Folglich müssen wir das Brot verteuern, den Finger wieder entziehen, die Grenze für Getreide-Einfuhren sperren! Leider kommt auch dieser gute Rat wieder zu spät; der Hunger ist gereizt worden, nun will er gestillt werden. Die Arbeiter haben erfahren, wie gut das billige argentinische Brot schmeckt und wollen nun auch alles andere *billig* haben. Wenn es nach ihnen ginge, dürften die Waren ja überhaupt nur den Betrag der Löhne kosten.

Jetzt kommt ein gar altes, verschliffenes Opferstück zum Vorschein. Die Sozialdemokraten, sagt man, opfern einen Teil ihres kargen Wochenlohnes, das ist wahr, aber welchem Götzen opfern sie? Sie opfern der Partei, sie streben nach Macht, nach der Majorität, sie rüsten zum Krieg gegen das Kapital, von dessen Bezwingung sie eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage erwarten. Im gewöhnlichen Leben nennt man das ein Geschäft; man wirft die Wurst nach der Speckseite. Früher brachte man den Opferpfennig zur Sparkasse, jetzt bringt man ihn zur Parteikasse, weil man von dieser bessere Zinsen erwartet. Ob diese Zinsen in Form von Münzen oder von Wählerstimmen bezahlt werden – es ist immer bares Geld, denn aus Wählerstimmen baut sich das Gesetz, und Gesetz ist Eigentum, Glück, Geld. Laßt uns also die Sozialdemokraten an Opferfreudigkeit übertrumpfen, laßt uns auch der Partei opfern, um die Wählerstimmen zu verteidigen, die uns die Sozialdemokraten zu entreißen suchen. Opfern wir also bares Geld, ein Partikel unseres Einkommens für die bessere Besoldung der Geistlichen, damit diese das Volk auf dem Lande mit mehr Energie und „innerer Überzeugung“ vor den Sozialdemokraten warnen, damit sie auch fernhin den Himmel als Lohn für irdische Arbeit, als Äquivalent des Mehrwertes versprechen! Wer andere überzeugen will, muß doch selbst erst überzeugt sein, und woher soll der Geistliche das Feuer wahrer Überzeugung holen, wenn er persönlich bei der Verteilung der Güter zu kurz kommt? Das Feuer christlicher Überzeugung lodert am hellsten in einer guten Flasche Wein.

Es sind nicht wenige, die so rechnen, aber sie verrechnen sich alle. Denn die Versprechungen des geistlichen Herrn können nicht mit denen des Sozialdemokraten im Wettbewerb bestehen, weil der Sozialist dem Arbeiter die Glückseligkeit auf Erden und den Himmel obendrein verspricht. Du sollst selig werden, sagt er dem Arbeiter, ganz nach deiner Façon, selig dort *und* selig hier. Der Sozialdemokrat braucht nicht, wie der Teufel, den Himmel auf Erden, um den Preis der Seele anzubieten. Ja, wenn es dem geistlichen Herrn freistünde, das Evangelium der Armen und Unterdrückten frei von der Lunge weg zu predigen, wenn er von der Kanzel herunter verkünden dürfte, daß das Kamel nicht durch ein Nadelöhr und der Reiche nicht durchs Himmelstor gehen kann, wenn er jeden, der nicht brüderlich teilt, aus der christlichen Gemeinschaft ausstoßen und vogelfrei erklären dürfte! Dann ja!

Jetzt entnehmen wir dem Opferstock einen Check über eine respektable Geldsumme für Anschaffung und Verteilung von Bibeln. „Die Religion muß dem Volke erhalten werden“. steht drauf. Welcher Stümper in der Rechenkunst mag wohl dieses Opfer gebracht haben? Denn wer hat den Sklaven die Gleichheit aller Menschen gelehrt? Wer anders als die Bibel? Und diese selbe Bibel soll jetzt die Zufriedenheit predigen, angesichts der schreienden Ungleichheit? Ja, das sind sonderbare Schwärmer. Die Bibel ist der wahre Nährboden der Sozialdemokratie und wer da sagt, die christliche Religion soll dem Volke erhalten werden, der gießt Öl statt Wasser ins Feuer der Sozialdemokratie.

Glücklicherweise werden diese Narren immer seltener, das beweist der nächste Griff in den Opferstock. Ein winziges Paketchen mit der Aufschrift „Christentum“. Das ist recht. Das bißchen, das wir uns davon angeeignet haben, ist ja doch nicht der Rede wert. Lassen wir Christus fahren, wenn er dem bürgerlichen Frieden im Wege steht. Wir sind zufrieden und brauchen eine Religion, die auch den Arbeiter zufrieden macht mit dem Schicksal, das er der Fatalität verdankt. Laßt uns den Fatalismus predigen, die Religion Mohammeds. Ist nicht die Religion das höchste Gut, das wir besitzen, und wenn es sich um ein Opfer handelt, soll man nicht geizig sein. Abraham schlachtete und verbrannte seinen Sohn, Gott kreuzigte seinen Sohn bei lebendigem Leibe, Polykrates ging noch einen Schritt weiter und opferte einen Ring, den er höher schätzte, als Sohn, Magd und Ochs. Unzählige opferten sich selbst am Marterpfahl, auf dem Schlachtfeld. Wir aber übertrumpfen alle, selbst die größten Helden der Geschichte, indem wir das höchste Gut, die Religion, dem Landfrieden opfern.

Zu spät, zu spät! Das Feuer, die wahre Religion Christi lodert auf und läßt sich nicht mehr löschen. Spielt nicht mit Feuer! Ihr habt mit dem Christentum, mit Feuer gespielt, das Volk hat es aber damit Ernst genommen! Nun seht zu, wie ihr fertig werdet.

Zuletzt finden wir im Opferstock ein paar Kupferstücke. Sie stammen aus der Tasche eines Kapitalisten, denn sie sind funkelneu und haben nicht die Bedeutung des Opferpfennigs der Bettlerin, von dem die Bibel zu erzählen weiß. Sie sind für Alters-, Kranken- und Krüppelversicherung bestimmt. Der Mann will die Sozialdemokraten durch Almosen besiegen. Was,

sagt er, wir sollen unseren Herrn Jesus Christus fahren lassen und gegen Mohammed vertauschen, wenn wir unserem Glauben (!) mit einem kleinen Opfer von dem, was wir sowieso in Überfluß haben, treu bleiben und uns noch oben-drein dadurch im Himmel verdient machen können? Weg da mit Mohammed und dem Fatalismus! Der Mensch bestimmt sein Schicksal selber. Das erkennt man am allerbesten an uns selber. Aber das enthebt uns nicht der Pflicht, anderen beizuspringen, selbst dann nicht, wenn diese anderen herzlich gerne auf unsere Mithilfe verzichten. Diese anderen sind ja nicht imstande, sich selbst zu helfen, das mußten sie ja eingestehen, als man sie nach einigen Details im Programm des Zukunftsstaates fragte. Aber unser großer Kanzler hat uns gezeigt, wie wir diesen unbeholfenen Leuten beispringen, wie wir ihnen helfen können, ihr Glück selbst zu schmieden, ohne uns dabei zu verbrennen. Opfert, sagte der Kanzler, opfert mit Freude, dann werden wir siegen. Und liegt es nicht in dem vom Kanzler gewählten Worte „Opferfreudigkeit“ ganz deutlich ausgedrückt, daß es sich um Opfer handelt, die man mit Freude macht? Wie mancher besitzt nicht abgelegte Kleidungsstücke, die er mit Freude opfert und die mit Freuden empfangen werden? Auch kann man ohne große Opfer die Überreste der Mahlzeiten den Leuten schenken, statt den Schweinen zu verfüttern. Das macht Freude, einen Hungrigen zu füttern, zumal sich dies irdische Vergnügen mit der seelischen Freude verschmilzt, die aus dem Gedanken entspringt, daß das Schweinefutter sich auf diese praktische Weise in ein Anrecht auf den Himmel verwandelt.

Hiermit haben wir den Opferstock geleert, und wir kennen die Auslegung, die das vieldeutige und darum nichtssagende Wort „Opferfreudigkeit“ von Seiten des Publikums erfährt.

Laßt uns nun hören, was der Sozialdemokrat sich unter Opferfreudigkeit denkt. Ihr wollt, sagt er, den Sieg durch Opferfreudigkeit erringen, und es ist anzunehmen, daß Ihr die Bedingungen kennt, unter denen wir uns als Besiegte erklären, die Waffen strecken werden. Ihr wollt aus uns zufriedene Bürger machen. Das ist brav. Ihr wollt den Krieg auf christliche Weise führen. Eure Waffen in den Wohltätigkeitsbazars kaufen! Gut denn, so fangt mal an, wir werden Euch sagen, wann Ihr aufhören, wann wir uns zufrieden erklären werden. Aber wir merken, Ihr wollt einen Voranschlag der Kosten

unserer Zufriedenheit haben! Diese Arbeit könnt Ihr uns jedoch sparen, da Ihr sicher schon wißt, daß wir „Alles“ haben wollen. Voranschläge, Rechnungen braucht man bei Teilungen, und Ihr wißt, daß wir auf Teilungen verzichtet haben. Wir wollen Euch unsere Freude nicht verkürzen. Eurer Opferfreudigkeit kein Ziel setzen – opfert also so lange, bis wir alles haben. Aber wie können wir das, fragt Ihr, wie soll das geschehen? Nun, das geht uns nichts an, das ist Eure Sache. Ihr erklärt, uns durch Opferfreudigkeit besiegen zu wollen, und Ihr wißt, wann wir Euch als Sieger erklären werden. Also fangt an, gebt alles her und betrügt uns nicht. Entwerft Euren Kriegsplan selbst. Hat man denn jemals gehört, daß der Feind zum Feind sagt: Wenn Du mich besiegen willst, so fange es so oder so an? Dieses Ansinnen ist dumm, unartig, heuchlerisch. Ihr wißt besser als wir, daß es sich um komplizierte Fragen handelt, und Ihr wißt, daß der Arbeiter, wenn er nach langer, schwerer Arbeit heimkehrt, nicht in der Stimmung sein kann, um komplizierte Fragen zu erörtern. Warum verhöhnt Ihr uns also mit der stets wiederholten Frage nach dem Programm des Zukunftsstaates? Wozu ist denn die Bildung da, mit der Ihr euch brüestet? Wozu haben wir denn Hochschulen, vom Staate angestellte und besoldete Forscher? Legt denen die Frage vor, wie man es machen kann, um uns zufrieden zu stellen, daß wir alles bekommen. Aber fragt nicht uns und unsere von der Parteiorganisation vollauf in Anspruch genommenen Führer. Und wenn diese Forscher die Antwort gefunden haben, so bedenkt, daß ein guter Forscher nicht immer ein Held ist und ein Märtyrer sein will. Gebt ihm einen Schutzbrief und laßt ihn frei reden; verbindet dem dreschen-den Ochsen das Maul nicht.

Wir wollen, wir müssen alles haben; das ist unser Programm; wie dieser Forderung genügt werden kann, ist Sache derjenigen, die unsere Besiegung prophezeien, wenn es nicht an der nötigen Opferfreudigkeit fehlt.

So ungefähr denkt der Sozialdemokrat. Man sieht, daß, kaufmännisch ausgedrückt, auf dem Opfermarkt noch vieles fehlt, damit sich Nachfrage und Angebot ausgleichen. Ach ! hätte doch der Reichskanzler, statt nach dem Programm des Zukunftsstaates zu fragen, eine Erklärung gefordert über das, was der Sozialist „alles“ nennt! Dann wäre sein Wissensdurst für lange Zeit gestillt worden, dann wäre es ihm klar

geworden, daß er den Widerstand der Sozialdemokraten ganz gewaltig unterschätzt, daß der Sieg, den er so leichtsinnig prophezeit, eine lange, schmerzhaftes Entfettungskur voraussetzt und daß das geforderte Opfer statt Freude, die Pein des höllischen Fegefeuers bedeutet, ein Opfer, das vielen einem Selbstopfer bedenklich ähnlich erscheinen muß. Denn unter „Alles“ versteht der Sozialdemokrat nicht mehr und nicht weniger als das volle unverkürzte Eigentumsrecht auf das Produkt der eigenen Arbeit, wobei noch zu beachten ist, daß der Sozialdemokrat den Begriff „Eigentum“ überhaupt von der Arbeit ableitet und auf die Arbeit beschränkt wissen will. Eigentum ist Diebstahl; Eigentum soll Arbeit sein. Arbeit ist der einzige Rechtsanspruch auf Eigentum. *Suum cuique!* Jedem das Produkt seiner Arbeit. Keiner darf mehr als das erhalten, denn sonst erhält ein anderer weniger als ihm zukommt. Was ich erzeugt habe, ist mein, was du erzeugt hast, ist dein. Meine Kinder, keine Kinder. Alles, was nicht durch die Arbeit da ist, kann nicht zu Eigentum gemacht werden.

So zahm, natürlich und lauter diese Begriffsbestimmung erscheint gegenüber der herrschenden Theorie, wonach „Alles, was ich an mich reißen und verteidigen kann, mein ist“, so radikal ist sie in ihren Voraussetzungen, so gefräßig und revolutionär in ihrer Durchführung. Die herrschende Begriffsbestimmung des Eigentums erinnert dem Wortlaut nach ja mehr an die Sprache eines Wolfes als an die des Menschen, dem Inhalte nach ist sie ein Kind im Schafspelz, denn ihr fehlt noch die Hauptsache, die gesetzliche Anerkennung; denn so merkwürdig das auch klingt, gesetzlich ist der Begriff „Eigentum“ überhaupt nicht bestimmt. Diese Lücke in der Gesetzgebung wollen die Sozialdemokraten ausfüllen und zwar in dem angedeuteten Sinne. Und das ist in zwei Worten ausgedrückt, das Programm des Zukunftsstaates, Sinn und Zweck der Sozialdemokratie. Die das Eigentum auf die Arbeitsprodukte beschränkt wissen wollen, sind Sozialisten – ihre Gegner alle, die an der alten Raubtiertheorie festhalten. Das ist, in zwei Worten ausgedrückt, Sinn und Inhalt aller politischen Parteien.

Unter „Alles“ versteht also der Sozialdemokrat das unverkürzte Produkt seiner Arbeit, er versteht darunter, daß nur *der* kaufen kann, der gearbeitet hat. „Alles“ bedeutet, daß Kaufkraft und Arbeitskraft in eins fallen, daß die Waren

auf Grundlage der in ihnen verwendeten Arbeit ausgetauscht werden sollen, daß die Lohnskala der Arbeit gleichzeitig das große allgemeine Preisverzeichnis bilden soll; daß die Warenpreise mit den aufsummierten Löhnen übereinstimmen sollen. Kurz und gut, unter „Alles“ versteht der Sozialdemokrat, daß aus allen Warenpreisen

Rente, Zins und Profit

ausgemerzt werden und nur allein der Lohn bleiben soll.

Das ist das Programm der Sozialdemokraten, das ganze Programm des Zukunftsstaates.

Opfert also *Rente, Zins und Profit*, und der Friedensbund ist für immer geschlossen, die Streitaxt begraben, das Heer der Unzufriedenen aufgelöst und entlassen. Mehr als das Opfer von Rente, Zins und Profit wird kein Sozialdemokrat verlangen, denn das ist ja alles, was Ihr habt, was Ihr geben könnt. Mit der Rente, Zins und dem Profit opfert Ihr alles, was nicht von eurer Arbeit herrührt; Ihr stellt euch damit auf den Rechtsboden des sozialdemokratischen Staates.

Die Frage, wie das geschehen soll und geschehen kann, ist beantwortet; sie ist gar keine Frage mehr.

Es ist auf dem Erdenrund niemand, der es wagen wird, die Behauptung der Geld- und Bodenreformer ernsthaft zu bestreiten, daß die Grundrenten durch die Grundrentensteuer der Staatskasse, dem Volke unverkürzt zugeführt werden können, daß mit der Geldreform Zins und Profit verschwinden werden.

Die Geld- und Bodenreform ist der Altar des allgemeinen Land- und Bürgerfriedens, wo Ihr eure Opferfreudigkeit bekennen könnt, wo Ihr euch des letzten Restes der ungleichen Güterverteilung entledigen könnt. Dort könnt Ihr euer christliches Glaubensbekenntnis rückhaltlos ablegen und mit blankem Gewissen vor das Volk treten und sagen: Ich habe alles geopfert, ich habe nichts verheimlicht, ich habe niemand betrogen, Ihr habt alles.

Jedoch ich sehe, Euer heidnischer Sinn wendet sich ab vor diesem christlichen Altar; vor der Bissigkeit der beiden gedachten Reformen hat sich Eure Opferfreudigkeit in Opferfurcht verwandelt. Aber wozu dann diese Heuchelei, dieser Appell an die Opferfreudigkeit? Ihr glaubt es ja übrigens selber nicht, daß Ihr die Begehrlichkeit der Sozialdemokratie noch eindämmen könnt, daß der Sozialdemokrat seine Rechte für

ein Almosen opfern wird, daß er die verlockende Aussicht auf den vollen Ertrag seiner Arbeit mit einer Freistelle im Krankenhaus vertauschen wird. Après nous le déluge! Ihr seht das Verderben kommen und wollt es nicht abwenden. Ihr seid selber nicht fähig, für den Zukunftsstaat ein Programm zu entwerfen, die Unbeholfenheit des sozialdemokratischen Programms verhöhnt Ihr, und das Programm der Wissenschaft weist Ihr zurück.

Wer wird aber die Sozialdemokraten vor dem Versuch abhalten, ihr Programm auf irgendeine Weise in die Praxis zu übersetzen? Ein solcher Versuch aber kostet

M-ehr A-Is R-ente A-Imosen T-eilung.

Der schwarze Dienstag und die Geldreform

Im Berliner Lokal-Anzeiger vom 9. Februar lesen wir: „Ein schwarzer Dienstag! Panischer Schrecken durchzuckte heute unsere Börse auf die Nachricht von dem Handstreich der japanischen Flotte. Große Verkaufsaufträge aus den Reihen der Provinzkundschaft trafen auf einen bedeutenden Verkaufsandrang unserer Platzspekulation, und unter der Wucht dieses Druckes eröffnete der Markt in teilweiser demoralisierter und deroutierter Haltung. Der Verkaufsandrang war ein so großer, wie er seit langem nicht zu beobachten gewesen. „Sauve qui peut“, war heute in der ersten Börsenstunde die weit verbreitete Losung. Die Eröffnungskurse tonangebender Papiere stellten sich bis zu 11% unter gestern; sonst notierten niedriger: Darmstädter Bank 4 1/2%; Dresdener Bank, Nationalbank 3%, Deutsche Bank 2%, Österreichische Staatsbank 2 3/4%, Kanadische Pacific Aktien 2%, Transvaalbahn 6%. Am schlimmsten kam anfangs das Gebiet der Montanpapiere weg. Hier verloren: Konsolidation 17%, Hibernia 11 1/2%, Laurahütte 6%, Bochumer 8 1/2%, Dortmunder Union 4 %, Rheinische Stahlaktien 11, etc. etc.“ Und nun folgt die lange Liste der

Industrie-Aktien-Gesellschaften, die sämtlich Haare lassen mußten – weil die Russen und Japaner sich in der Mandschurei zanken.

Betrachten wir die geschilderten Ereignisse einen Augenblick vom Standpunkt der Geldreform

Verkaufen heißt tauschen und zwar gegen Geld tauschen. Obige Papiere sind sämtlich gegen Geld (Gold) getauscht worden. Der Kurssturz kam daher, daß viel Ware, jedoch nur wenig Geld angeboten wurde. Alles, was die Industrie auf dem Erdenrund erzeugt, wurde in Massen auf den Markt geworfen, nur kein Gold, und weil die Warenmassen gegen Gold verkauft werden und gerade das Gold an dem Tage nicht angeboten wurde, wo man es suchte, da stieg sein Preis. Bei dem panischen Schrecken, der die Börse „durchzuckte“, suchten alle die großen Schiffe zu verlassen, um sich auf das kleine Rettungsboot (Gold) zu retten, und weil jeder fürchtete, keinen Platz zu finden, so war das Gedränge groß. Ein blödsinniges Gedränge, ein lächerliches Schauspiel. Warum wurden denn so urplötzlich alle Produkte der Industrie verachtet und nur das Geld geschätzt?

Weil das Publikum aus alter Erfahrung weiß, daß bei Kriegsausbruch das Geld dem Verkehr entzogen wird, und daß dann aus Mangel an Geldangebot die Warenpreise fallen. Um nun mit möglichst wenig Ware an dem Preissturz beteiligt zu sein, sucht man zu verkaufen! Was macht nun der Spießbürger mit dem Erlös (Geld) der verkauften Papiere? Vorläufig nichts. Er kann nichts kaufen, weil doch alles so unsicher ist, darum behält er das Geld bei sich zu Hause, wo er es im Keller unter einem Schutthaufen vergräbt. Aber das Geld, das er dort vergräbt und das noch gestern auf dem Markt den Warenaustausch vermittelte, fehlt jetzt im Handel. Ohne Geld kann niemand kaufen; die Preise weichen, die Krise bricht aus, und der Spießbürger freut sich, daß er alles so richtig vorausgesehen hat – wie es kommen mußte. Niemals wird der Schafskopf begreifen, daß die Krise die Folge seines Verhaltens war, daß, wenn das Geld wie früher zirkulierte, die Kurse und Preise nicht gefallen wären, selbst dann nicht, wenn der Himmel über der Mandschurei eingestürzt wäre.

Mit der Geldreform wird kein „panikartiger Schrecken die Börse mehr durchzucken können“. Da gibt es keine Rettungsboote, keine Notausgänge mehr, da heißt es einfach

aushalten. Und weil jeder aushalten, sitzen bleiben muß, gibt es keine Panik, kein Gedränge, keinen schwarzen Dienstag. Das Reformgeld kann niemand verscharren, auch bei Kriegsgefahr nicht. Ehe jemand der Börse den Auftrag gibt, deutsche Montanpapiere zu *verkaufen*, muß er vorher schon eine Verwendung für den Erlös dieser Papiere suchen. Sein *Verkaufsauftrag* wird also von einem entsprechenden *Kaufauftrag* begleitet sein. Sind die Verkaufsaufträge groß, so werden auch ebenso große Kaufaufträge einlaufen. Jeder Verkauf wird einen unmittelbaren Kauf nach sich ziehen, und ein allgemeiner Kursrückgang wird *unmöglich*. Fällt der Kurs eines Papiers, so steigen die Kurse der anderen Papiere in gleichem Verhältnis und wenn, wie in diesem Falle, die Russen fallen, so müssen die anderen Papiere um so höher steigen. Der Börse wird man niemals Geld entziehen können, und eine Panik wird undenkbar.

Die Geld- und Bodenreform

Bd. 2.

Mai 1904

Nr. 3 – 6

Zinsfreie Darlehen (Unentgeltlichkeit des Kredits) vom Standpunkt des Real- und Geldkapitals aus untersucht

von **Silvio Gesell**

Vorwort

Während die Grundrente aufs innigste mit der Politik verbunden ist (Kornzölle, Bahntarife, Kanäle, Einkommensteuer, Grundsteuer), auch erwiesenermaßen durch die von Henry George befürwortete Grundrentensteuer bis auf den letzten Rest konfisziert werden kann und so zum eigentlichen Zankapfel der politischen Parteien geworden ist, war bisher der Kapitalzins vor dem Einfluß der Parteien völlig geschützt. Zwar an Feinden hat es dem Zins nie gefehlt, aber alle mußten bisher ihre Ohnmacht bekennen, und kein Mensch darf sich rühmen, dem Zins in irgendeiner Weise geschadet zu haben. Die gesetzlichen Zinsverbote, selbst die Bannflüche unfehlbarer Päpste verfehlten ihr Ziel.

Früher hegte man im Volke die Hoffnung, des Zinses durch irgendeine glückliche Wendung noch Herr werden zu können. Man erinnerte sich des Pulvers, das ja auch den Bauern des Mittelalters unerwartete, fast wunderbare Erlösung brachte. So sollten die Freibanken, der Freihandel, überhaupt die Freiheit den Keil zur Sprengung des Zinszwingers liefern, dann erwartete man den gleichen Erfolg von der Tauschbank Proudhons, von dem vielgestaltigen Genossenschaftswesen und von den verschiedenen Papiergeldarten – vom Arbeitsgeld und Weizengeld bis herab zur gemeinen Assignatenwirtschaft. Jedoch ist der Glaube an solche Möglichkeiten so gut wie

ganz verloren gegangen, nachdem von autoritativer Seite nach einer allerdings mehr als oberflächlichen Untersuchung der Sache ein Gutachten abgegeben wurde, wonach der Zins mit unserem ganzen Wirtschaftssystem organisch verwachsen sein soll und eine Beseitigung des Zinses darum nur von einer Umwälzung der Wirtschaftsordnung erwartet werden kann.

Die Oberfläche ist jedoch nur allzu oft gleich einem Spiegel. Sie wirft nur unsere eigenen Vorurteile zurück. Warum also könnten da die Zins-Theoretiker nicht auch das Opfer einer solchen Spiegelung geworden sein? Dann das wird jeder Zinstheoretiker gleich selbst zugeben, daß am Zinsproblem bisher kaum die äußere Rinde geritzt worden ist.

So, um nur ein Beispiel anzuführen, hat bisher noch niemand den Versuch zu einer Erklärung gewagt, warum seit 2000 Jahren der *reine* Zins mit fast planetarischer Regelmäßigkeit um 3 bis 4% als ehernen Zinssatz kreist, warum seit 2000 Jahren der reine Zins unabhängig von allen äußeren Umständen, von Krieg und Frieden, unabhängig von der Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel, unabhängig von allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen niemals unter 3% fiel, niemals über 4% stieg. Die Anweisung für die Ermittlung des reinen Zinses findet der Leser im Anhang dieser Schrift.

Wenn aber innerhalb des Zinsproblems solche und viele andere ebenso auffallende Erscheinungen der Erklärung harren, welchen Wert kann da ein im voraus über die Möglichkeit der Beseitigung des Zinses abgegebenes Gutachten beanspruchen? Ein solches Gutachten hat nicht mehr Bedeutung wie irgendein anderer religiöser oder politischer Glaubensartikel, und erkläre ich es darum als nicht erwiesen, daß der Zins und unsere auf Privatverantwortung begründete Wirtschaftsordnung miteinander verwachsen seien.

Ich glaube im Gegenteil, aufgrund meiner Untersuchungen auf diesem Gebiet behaupten zu können, daß der Zins nicht nur nicht mit unserer Wirtschaftsordnung verwachsen ist, sondern daß er umgekehrt der vollen Entfaltung derselben im Wege steht. Auch habe ich gefunden, und meine Untersuchungen liefern mir unausgesetzt neue Beweise dafür, daß der Zins nicht in den Produktionsmitteln, sondern im herkömmlichen, aus dem Altertum stammenden Geldwesen seinen Rückhalt hat und daß durch eine organische Reform des Geld-

wesens der durch das Geldwesen heute künstlich beschränkte Wettbewerb unter den Realkapitalisten sehr wohl bis zur vollen Beseitigung des Zinses steigen kann.

Inwiefern diese Behauptung durch gegenwärtige Schrift aus der Kategorie rein-er Glaubensartikel gerissen wird, mag der Leser selbst beurteilen. Ich brauche wohl kaum darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn die Ergebnisse meiner Untersuchungen als richtig anerkannt werden, der paradiesische Frieden, dessen sich der Zins der Politik gegenüber erfreut, ein Ende haben wird, und daß der Zins genau wie die Rente Verteidigungsmaßregeln wird ergreifen müssen. Denn ist der Zins nicht mit unserem Wirtschaftssystem, sondern nur mit unserem Geldwesen verwachsen, so wird gar bald die Forderung einer entsprechenden Reform des Geldwesens gestellt werden.

Außer diesem für die Sozialpolitiker interessanten Ergebnis haben meine Untersuchungen noch mehrere für die Zinstheoretiker wichtige Tatsachen zutage gefördert. So die Entdeckung, daß der Zinsfuß nicht 2, sondern 3 Elemente enthält. Diese Entdeckung war mir in meinen Untersuchungen von großem Nutzen, sie gestattete mir die bereits erwähnte, bis dahin nur geahnte Tatsache ans Tageslicht zu fördern, daß der reine Zins eine ehernen Größe ist, und lieferte mir gleichzeitig die Erklärung für eine Reihe der verworrensten Zinsfragen.

Dann machte ich die überraschende Beobachtung, daß ein Wettbewerb unter den Geldverleihern *sachlich unmöglich ist*, was so viel heißt, daß das Zinsmaximum auch gleichzeitig das Minimum sein muß. Diese merkwürdige Tatsache wird sich sicherlich als sehr fruchtbar erweisen; sie scheint mir berufen zu sein, das allgemeine Lösungsmittel für die Währungs- und Zinsfragen abzugeben. Mir hat diese Entdeckung fürs erste zu einer Erklärung verholfen, warum der reine Zins nicht unter 3% fallen kann. Jedem, der schon über die Bestimmungsgründe der ehernen Zinshöhe gegrübelt hat, wird diese Nachricht sicher ein Gefühl der Erleichterung verschaffen und er wird diese erste Frucht erwähnter Beobachtung mit Freude begrüßen.

Und so hoffe ich, daß die Ergebnisse meiner Untersuchung Beachtung beanspruchen dürfen und eine Veröffentlichung rechtfertigen.

Hauts Geneveys (Kt. Neuenburg)

Silvio Gesell

Die Unentgeltlichkeit des Kredites in ihrem Verhältnis zum Real- und Geldkapital

Man kann der Frage nach der Ursache des Zinses sehr verschiedene Ausdrücke geben, die dem Sinn nach ungefähr dasselbe sagen, trotzdem aber für den Adressaten durchaus nicht gleichgültig sind.

Die gewöhnliche Frage ist: Warum Zins auf Darlehen bezahlt werden muß?

Mit dieser ersten Frage, die wir die „gemeine Zinsfrage“ nennen können, wird erfahrungsgemäß jeder, selbst der vor- und umsichtigste Kopf, stracks in den Sumpf geleitet. Diese Frage enthält für die Antwort keinerlei Anhaltspunkte. Dieselbe natürliche Geistesrichtung, die den Glauben an einen einzigen Gott hervorgerufen hat, die den Apfel zur Erde fallen läßt, natürlich weil nur der Apfel schwer ist, verleitet den Gefragten regelmäßig dazu, die Ursache des Zinses in einer einzigen Quelle zu suchen. Mit dieser gefährlichen Frage bürdet man jedem eine ungeheure Arbeit auf, unter deren Last er regelmäßig zusammenbricht. Der ganze lange Weg von Turgot, Smith bis zu Bawerk, Wicksell, der ähnlich den Wüstenstraßen durch Gerippe, u. z. Gerippe bankrotter Theorien markiert ist, muß der Forscher zurücklegen, um erschöpft und mutlos an dem Punkt anzulangen, auf den man ihn durch eine andere Fassung der Frage in den meisten Fällen von vornherein hätte stellen können.

Diese zweite Frage, die wir die „kaufmännische“ nennen wollen, weil sie auf der Voraussetzung gewisser, als Gemeingut zu betrachtender, kaufmännischer Vorkenntnisse beruht, lautet: Warum gleichen sich bei Darlehen oder Anleihen Nachfrage und Angebot niemals aus, warum bleibt das Angebot regelmäßig der Nachfrage gegenüber im Rückstand?

Die Antwort auf diese Frage ist ja auch nicht unmittelbar aus der Frage selbst zu schöpfen, aber sie gibt dem Gefragten wenigstens die Richtung an, auf der er vordringen muß, sie markiert die Untiefen der Straße. Es wird durch die Frage an das erinnert, was er schon weiß, nämlich daß Nachfrage und Angebot bei Anleihen darüber bestimmen, ob der Geber Zins fordern kann, der Nehmer Zins zahlen muß und wie hoch dieser Zins sein wird. Er wird darauf aufmerksam

gemacht, daß es sich um ein *Verhältnis* handelt, und wird sich also hüten, den Fußstapfen derjenigen zu folgen, die die Ursache des Zinses in einem einzigen Punkt der Volkswirtschaft, auf einer Seite der Gleichung suchen. Selbst noch ein Laie und Barbar, wird er doch die Gefahren, die die erste Frage umgeben, zu vermeiden wissen, und statt mit listigen Blicken nach einem einzelnen winzigen Punkt der Volkswirtschaft auszuschauen, wird er die Elemente des Zinses zu scheiden versuchen in solche, die dem Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot bei Anleihen förderlich, und solche, die ihm hinderlich sind. Er wird sich vielleicht bei der Abschätzung des Gewichtes der einzelnen Elemente von seinen persönlichen Wünschen leiten und verleiten lassen, aber eines doch wird ihm klar werden, daß es viele Umstände sind, die auf den Zins einwirken müssen, Umstände, die sich sämtlich in fortwährend wechselnder Stärke gegenseitig beeinflussen müssen.

Aber je klarer es ihm wird, daß sowohl das Angebot wie die Nachfrage bei Anleihen in bezug auf Größe wie auf Dringlichkeit den stärksten Schwankungen unterworfen sein müssen, um so rätselhafter wird für ihn die Tatsache, daß das durch die Zinshöhe geoffenbarte Verhältnis zwischen diesen zwei Größen von einer staunenswerten, fast ehernen Beharrlichkeit ist. Er wird sich fragen, was das für Kräfte sein können, die bewirken, daß der reine Zins, d.h. der von Risikoprämie und Ristorno entblößte Zins (s. Anhang) seit Jahrtausenden mit fast planetarischer Regelmäßigkeit um 3 oder 4% als festen Punkt kreist.

Und jetzt erst wird es ihm bewußt, daß in der ihm gestellten Frage ein Sinn liegt, daß der Zins und vornehmlich die Stetigkeit des Zinses wirklich eine rätselhafte Erscheinung ist.

Die Frage: Warum Silber und Gold heute in ihrem gegenseitigen Tauschverhältnis schwanken, enthält nichts Rätselhaftes für niemand, dagegen ist die Frage: Warum früher Gold und Silber Jahrhunderte lang in einem fast unveränderlichen Tauschverhältnis standen, sicherlich einer Untersuchung würdig. Ebenso verhält es sich mit dem Zins. Daß sich Nachfrage und Angebot bei Anleihen nicht immer ausgleichen können und daher zeitweise der Zins erscheinen muß, – das muß für jeden selbstverständlich sein, der den Zins als ein Produkt eines Tausches oder Verhältnisses ansieht. Nein, nicht der Zins an sich enthält ein Problem, sondern die *ausnahmslose Regel* des Zinses und die außergewöhnliche Beständigkeit des-

selben; das ist das Rätselhafte am Zins. Die Tatsache, daß sich Angebot und Nachfrage bei Anleihen seit Jahrtausenden im Verhältnis von 100 zu 105 einander gegenüberstehen, die Tatsache, daß sich dieses Verhältnis wohl zeitweise um einen Punkt nach oben oder unten, aber niemals auf und unter pari verschoben hat, das ist das eigentliche Zinsproblem, das Rätsel, das der Lösung harret.

Wir sehen nichts Merkwürdiges in dem Umstand, daß Perlen und Kartoffeln in ihrem gegenseitigen Tauschverhältnis schwanken. Wenn wir aber die Beobachtung machten, daß diese beiden Dinge seit historischen Zeiten ausnahmslos im Verhältnis von 1 zu 105 ausgetauscht worden sind, daß sich dieses Verhältnis zuweilen um einen Punkt nach oben oder unten verschob, aber niemals auf und unter 100 fiel, so würde eine solche Tatsache eine Erklärung fordern.

Der große Vorsprung, den die Frage Nr. 2 der ersten gegenüber bietet, liegt also darin, daß sie das Problem von vornherein zu einer Handels-, Markt- oder Tauschfrage stempelt. Die Forscher sind durch die Frage Nr. 1 stets verleitet worden, in der Produktion den Grund des Zinses zu suchen. Sie sahen den Vorteil, den der Hobel dem Jakob bietet, und hielten es für selbstverständlich, daß dieser Vorteil auf dem Markt bezahlt werden muß. Hätten sie die Anleihe mehr vom Gesichtspunkt des Tausches aus betrachtet, so wäre ihnen aufgefallen, daß auch Wilhelm Vorteil hat, den Hobel zu verleihen, um ihn später, wann er ihn wieder selber braucht, neu, frei von Rost und Staub, in moderner, vielfach verbesserter Konstruktion zurück zu empfangen.

Da der Verkauf infolge verbesserter Produktionsmethoden verbesserten Produkte zu den Preisen der früheren (schlechteren) Produkte nach Ansicht vieler Währungstheoretiker an sich kein Symptom einer allgemeinen Baisse ist, so hätte, wenn wir diese Ansicht gelten ließen, Wilhelm nicht allein einen neuen, sondern auch noch einen verbesserten Hobel zurückzufordern.

Sie hätten dabei wohl auch an den Warentausch gedacht, der *beiden* Tauschenden den Vorteil bietet, für etwas, das sie in Überfluß haben und oft gar nicht verwerten können, ein Gut einzutauschen, das sie vielleicht aus peinlicher Verlegenheit rettet, ohne daß dieser gegenseitige Vorteil Gegenstand einer besonderen Verrechnung werde. Es wäre ihnen dabei vielleicht die Übereinstimmung aufgefallen, die zwischen Anleihen und Warenaustausch in dem Sinne besteht, daß der Schuldner eine Sache erhält (Saatgut z.B.), die er jetzt brauchen kann und die er später aus dem Überfluß (Ernte) zurückerstatten wird, während der Gläubiger aus dem Über-

fluß eine Sache hergibt, die er erst später wieder brauchen wird, deren Aufbewahrung ihm in der Zwischenzeit Kosten aller Art verursachen würde und die ihm jetzt der Schuldner, wenn er sie braucht, verlustfrei, in frischer Qualität zurückerstatten wird. Kurz, sie hätten Gegenwart und Zukunft, die bei Anleihen ja

den eigentlichen Gegenstand des Tausches

ausmachen, einfach als gewöhnliche Waren angesehen, deren Tauschverhältnis wie etwa das zwischen Perlen und Kartoffeln von tausend äußeren Umständen beeinflusst wird.

Und in diesem Stadium ihrer Betrachtungen hätten die Forscher nicht umhin können, die Veränderungen zu untersuchen, die das Dazwischentreten des Geldes auf die Bedingungen solcher natürlichen in Realkapital abgeschlossenen Anleihen hervorrufen muß.

Man sagt gewöhnlich, die Realkapitalien würden in *Form* von Geld ausgeliehen, ohne weiter zu untersuchen, welche Folgen eine solche *Formveränderung* (man denke sich Lebensmittel in „Form“ von Geld!) für die Bedingungen der Anleihen nach sich ziehen muß.

Eine erfreuliche Ausnahme bietet uns Knut Wicksell in seiner gehaltvollen Studie: Geldzins und Güterpreise. Er sagt Seite 125:

„Der Umstand, daß die Anleihen in Geld abgeschlossen werden, bedingt einen Unterschied nicht nur in der Form, sondern auch in der Realität der Sache, denn da die Realkapitalien in Wirklichkeit nicht mehr geliehen und verliehen, sondern gekauft und verkauft werden, ist eine erhöhte Nachfrage nach ihnen nicht mehr eine Nachfrage von Borgern, welche den Realzins, sondern eine Nachfrage von Käufern, welche die Güterpreise zu erhöhen die Tendenz hat.“

Leider hat sich Wicksell mit dieser Feststellung begnügt und den Einfluß dieser Tatsache auf die Bedingungen der Leihkontrakte nicht in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen. Wicksell's Untersuchungen gründen voll und ganz auf der, wie es scheint, für ihn völlig selbstverständlichen Voraussetzung, daß sich der Geldzins dem Zins des Realkapitals anschmiegen muß, trotzdem diese Voraussetzung mit obiger Feststellung in klar zutage liegendem Widerspruch steht. Das ist auch der Grund, warum Wicksell sich nicht einmal fragt, was eigentlich aus dem Geldzins werden würde, falls der Realkapitalzins auf Null fiel. Würde sich in diesem Fall auch der Geldzins dem Realkapitalzins anschmiegen, d.h. auf Null fallen? Und warum nicht? – Wicksell geht in seinen Untersuchungen im allgemeinen mit großer Umsicht zu Werke, er sondiert das Terrain mit zahlreichen Annahmen, aber diese Annahme, die doch ziemlich

nahe liegt und deren Beantwortung seine Voraussetzung sofort der Selbstverständlichkeit beraubt haben würde, hat er merkwürdigerweise nicht untersucht.

Und dieses Stadium der Untersuchung soll jetzt der Standpunkt sein, von dem aus wir hier unsere Untersuchung einleiten wollen. Alles, was davor liegt, ist für uns gleichgültig, denn es gehört der Geschichte, der Geschichte menschlicher Irrungen an. Für Greise, die nur mehr in ihren Erinnerungen zu leben vermögen, für Geschichtsschreiber der Zinslehre mag es anziehend sein zu wissen, wie man sich zur Zeit Abrahams die Zinerscheinung erklärte, allein für Vorwärtsstrebende ist es vor allen Dingen nötig, sich in das Tatsachenmaterial zu vertiefen.

Also nicht mit der Prüfung der 1000 verschiedenen Zinstheorien wollen wir uns hier aufhalten, sondern unsere Zeit zu einer eingehenden Untersuchung verwenden über:

1. Die Natur des Realkapitals selbst
2. Ursprung und Grenze der Nachfrage für Realkapital
3. Ursprung und Grenze des Angebots von Realkapital

Was sind es also für Sachen, die der Unternehmer braucht, in deren Anschaffung auch heute noch der Betrag des geliehenen Goldes sich unmittelbar auflöst? Es sind die Materialien, die er verbraucht und die die Arbeiter mit dem Lohngeld kaufen. Alles sehr nützliche, aber im allgemeinen ebenso häßlich anzuschauende, wie schwer aufzubewahrende, faulende, stinkende, gefährliche, umfangreiche, zerbrechliche, rostende Gegenstände, in der Regel Rohstoffe, Zwischenprodukte und Halbfabrikate. Vielleicht empfiehlt es sich einmal, die Stapelartikel unter den Realkapitalien namentlich aufzuführen. Es braucht der

Landwirt

Kartoffeln
Stroh, Heu
Sämereien
Thomasschlacken
Guano, Poudrette
Dreck, Mist, Jauche
Maschinen, Werkzeuge
Säue, Kühe
Wagenschmiere

Fabrikant

Kohlen, Schwefelsäure
Grüne Häute
Wolle, Teer
Benzin, Chlorkalk
Leim, Gerberlohe
Lumpen, Chemikalien
Drogen, Dampfkessel
Fabrikgebäude
Maschinen

Baumeister

Holz, Eisen
 Ziegelsteine
 Kalk, Zement
 Bausteine
 Gips, Farben
 Glas, Tapeten
 Dachziegel
 Handwerkszeuge

Bahnunternehmer

Schubkarren
 Pferde
 Dynamit
 und
 Arbeiter
 und
 Arbeiter
 und
 Dynamit

Und was kauft der Arbeiter mit seinem Lohngeld, mit dem glänzenden, prächtigen Gold, das der Unternehmer geliehen hat?

Brot und Kartoffeln, Kartoffeln und Brot, dazu Heringe, Bier, Würste, grobes Tuch und das Recht in einer überfüllten, übelriechenden Wohnung zu hausen.

Aus solchen und ähnlichen Dingen besteht also das flüssige, und anscheinend so sehr begehrte Realkapital, d.h. das Kapital, um dessen willen die Geldanleihen auch heute noch gemacht werden. Und aus solchen Dingen bestand *unmittelbar* der Besitz der Kapitalisten zur Zeit, als das Geld die Leihgeschäfte noch nicht vermittelte.

Nun vergleiche man die Lage eines solchen Kapitalisten mit derjenigen eines Bankiers? Wirklich, man müßte schon in einer rein idealen Welt leben, um nicht sofort einzusehen, daß es nicht immer gleichgültig sein kann, ob man mit dem Besitzer von Geldkapital oder mit dem Besitzer von Realkapital über eine Anleihe unterhandelt, daß die Bedingungen für geliehenes Gold andere sein müssen, als für geliehenes Dreck, trotzdem der Bauer Dreck braucht und nicht Gold.

Ich habe es nicht nachgerechnet, aber ich glaube nicht, daß man mit dem gesamten Bestand an Bargeld das Realkapital erstehen kann, welches die Bauern allein in ihren Misthaufen angelegt haben. Dafür zeugen folgende Sprüche, die ich einem Bauernkalender entnehme: Zeige mir deinen Mist und ich sage Dir wer Du bist. Mist ist kein Heiliger, aber er bewirkt Wunder. Mist und der Ackerbau gehören zusammen wie Mann und Frau. Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Mist.

Was kann der Realkapitalist mit all diesen schönen Dingen anfangen? Verleihen kann er sie. Gewiß, er kann sie verleihen, aber er **kann** sie nicht allein verleihen, er **muß** sie verleihen. Und zwischen können und müssen weiß man auf dem Markt zu unterscheiden.

Es war vielleicht unartig von mir, den Schleier zu lüften, der das nach allgemeiner Ansicht so sehr begehrenswerte Kapital (das wirkliche, reale Kapital) den Blicken entrückt, aber angesichts der Tatsache, daß man in allen volkswirtschaftlichen Schriften als Muster von Realkapitalien regelmäßig nur Fischangeln, Hobel und ähnliche niedliche Dingelchen anführt, hielt ich es für geboten, es einmal grob aber klar auszusprechen, daß der Besitz von Realkapital so viel heißt, wie ein steter Kampf gegen Fäulnis, Gestank, Moder, Feuersgefahr, Schimmel, Überschwemmung, Mäuse, Motten, Ratten, Bruch, Explosionen, etc. etc. Ich hielt es für angezeigt, denn niemand hat es bisher getan – daran zu erinnern, daß der anscheinend so sehr begehrenswerte Besitz von Realkapital nur Kosten und Verluste bedeutet, und daß es gegen diese Verluste nur ein einziges bewährtes Mittel gibt, nämlich die *sofortige, nötigenfalls bedingungslose Verleihung*.

Der Einwand, daß die Besitzer von Realkapital sich dem in der Sache selbst begründeten Zwang sofortiger Verleihung dadurch entziehen können, daß sie andere bequemere Waren, z.B. Edelsteine, Edelmetalle oder auch Wein (der sogar immer besser werden soll) dafür eintauschen, ist leer und zeugt von sehr beschränkter kaufmännischer Begabung. Nehmen wir an, das Volk betrachte Edelsteine, Edelmetalle, Wein, etc. für die beste Sparanlage! Wo bliebe da der Preis dieser Dinge in guten Jahren, wenn jeder sparen kann und infolgedessen jeder Perlen kaufen will? Und wo bliebe der Preis der Perlen, wenn in schlechten Zeiten, da alle Welt Brot und keine Perlen sucht, letztere (also das Ersparnis) massenhaft zu Markte getragen werden? Ich glaube ein einziges Experiment dieser Art würde genügen, um jedermann klarzumachen, daß das gemeine Realkapital und seine (eventuell auch bedingungslose) Verleihung als Sparanlage immer noch besser wäre, als Perlen und Edelmetalle, für die, wenn man sie kauft, kolossale Preise verlangt werden und für welche, wenn man sie verkaufen muß, jedes Angebot fehlt.

Es ist ja eine in volkswirtschaftlichen Schriften wenig gebräuchliche Sitte, sich an die Sinne statt an den Verstand zu wenden, aber mir ist es gleichgültig, ob ich den fünf Sinnen oder dem Verstand das Geständnis erpresse, daß der Realkapitalist ein dringendes, unaufschiebbares Bedürfnis empfindet, seine Sache zu verleihen. Übrigens, ohne die Sinne anzurufen, ist es gar nicht möglich, sich und anderen ein klares Bild von dem Kontrast zu machen zwischen Geld- und Realkapital. Man muß das Realkapital sehen, fühlen, riechen, dann erst hat man einen ungefähren Begriff von der Sache.

Ein Realkapitalist, Besitzer eines Lagerhauses voll der nützlichsten Realkapitalien, und ein Geldkapitalist, Besitzer einer den obigen Realkapitalien gleichen Geldsumme, unternehmen eine Reise und schließen ihr Kapital ab. Nach einem Jahr kehren beide zurück und unterwerfen ihr Eigentum einer Revision. Der Geldkapitalist wird selbst mit Hilfe eines Chemikers keinen Unterschied feststellen können, während derselbe Chemiker Mühe haben wird, die einzelnen Realkapitalien noch voneinander zu unterscheiden. Ersterer wird nichts abzuschreiben brauchen, letzterer wird sich sagen: Besser ist es doch, das Kapital zinslos zu verleihen. Der Geldkapitalist wird (eine genügend große Summe vorausgesetzt) beobachten, daß das Geld auf dem Markt im Preis gestiegen ist, weil das Geldangebot um den Betrag seines Kapitals abgenommen hatte, der Realkapitalist dagegen wird eine solche Preissteigerung nicht wahrnehmen, weil durch Neuproduktion sein dem Verkehr entzogenes Kapital schon längst ersetzt wurde.

Vor allen in unseren Museen aufbewahrten Reliquien des Altertums sind nur die aus Edelmetall hergestellten Gegenstände von etwelchem praktischen Nutzen.

Ich muß nun den Leser bitten, zur Vervollständigung dieses Begriffes im Geiste den Unterhandlungen beizuwohnen, die den Naturaldarlehen vorangehen mochten zur Zeit, als noch keine Edelmetalle den Tausch und die Anleihen vermittelten.

Dem Realkapitalist ist also Besitz und Wartung der eben aufgeführten Stapelartikel unter den Realkapitalien lästig geworden, und er beschließt, die Sachen möglichst bald und natürlich zu den für ihn günstigsten Bedingungen zu verleihen. Er fragt also zunächst in seinem Bekanntenkreis herum; aber die Borger wissen, daß, wenn sie es auch eilig haben mögen, der Kapitalist es noch eilliger hat. Sie beschließen also zurückzuhalten, um den Kapitalisten mürbe zu machen und für günstige Bedingungen vorzubereiten.

Bei Geldanleihen der Borger fällt diese Waffe in den Unterhandlungen fort. Der Geldkapitalist ist durch Zurückhalten nicht mürbe zu machen. Er kann in Ruhe werten, er läßt auf alle Fälle die Borger an ihn herankommen. Die Unterhandlungen finden regelmäßig in *seinem* Hause statt.

In der Meinung, es wäre in seiner Nachbarschaft wirklich kein Bedarf an Kapital, greift der Kapitalist zur Reklame, er schickt sogar einen Reisenden herum, nicht um sein Kapital zu vertauschen, denn der Tausch würde ihn ja nicht aus der Verlegenheit ziehen, sondern um die Sachen zu verleihen.

Aber der Reisende stößt überall auf die gleiche Sprödigkeit der Abnehmer und in seinen Berichten ist das Wort „Überproduktion“ auf jeder Seite zu lesen.

Man beachte hier, daß es sich nicht um eine Überproduktion an *Waren*, sondern um Überproduktion an *Kapital* handelt; daß diese Überproduktion nicht auf das Tauschverhältnis und auf den Lohn drückt, sondern auf den Zins resp. die Anleihebedingung. Zur Zeit des Tauschhandels konnte es überhaupt keine allgemeine Warenüberproduktion geben, sondern nur Überproduktion an Kapital. Genau genommen, also eine Überproduktion an gegenwärtigen in Vergleich zum Bedarf an künftigen Produkten.

Aber der Realkapitalist kann nicht warten, er empfindet den steten, fruchtlosen Kampf gegen die Elemente der Natur, die seinen Besitz zu vernichten drohen, als eine stets wachsende Last. Er muß sich seiner Sachen entledigen, so oder so und zwar sofort. Da nun, anscheinend wenigstens, niemand Verwendung für sein Kapital hat, so sucht er es selbst als Unternehmer in der Reproduktion zu verwerten. Er denkt also an die Erweiterung seines Unternehmens und sucht dazu Arbeiter. Aber hier stößt er auf eine neue unerwartete (für den heutigen Sozialpolitiker höchst lehrreiche) Schwierigkeit. Die Arbeiter erhöhen ihre Forderungen. Warum? Nun, ist nicht das Angebot von Realkapital an sich eine Nachfrage nach Arbeit und Arbeitern? Wozu braucht man denn das Realkapital? Zur Produktion. Und zur Produktion braucht man Arbeiter. Darum deckt sich die Nachfrage nach Arbeitern stets scharf mit dem Angebot von Realkapital; Realkapital und Arbeiterbedarf ist ein und dasselbe.

Ein vermehrtes Angebot von Geldkapital treibt zwar den Lohn auch in die Höhe, aber gleichzeitig damit auch die Preise der Waren, so daß die Lohnerhöhung rein nominell bleibt. Auf die materielle Erhöhung der Löhne, die nur auf Kosten des Zinses, der Renten, des Profites erfolgen kann, übt ein verstärktes Angebot von Geldkapital direkt keinen Einfluß.

Kann man sich denn eine Nachfrage nach Arbeitern denken ohne ein entsprechendes Angebot von Realkapital? Kann man sich eine Nachfrage nach Brot denken ohne ein gleich großes Angebot von Geld? Wie das Angebot etwas durchaus Materielles ist, so muß auch die Nachfrage vergegenständlicht sein, falls sie nicht einfache Bettelei bedeuten soll. Wie wir in dem Vorrat an Weizen auch gleich das

genaue Maß für das Angebot von Weizen haben, so haben wir in dem Vorrat an Realkapital auch unmittelbar das Maß und die Grenze des Angebots von Kapital, die Grenze für den Bedarf an Arbeitern. Es ist also klar, daß mit jeder Vermehrung des Vorrats an Realkapital die Lage der Arbeiter dem Kapital gegenüber gestärkt wird, wie auch mit jeder Vermehrung des Weizenvorrats sich die Lage der Brotesser bessern muß. Jede Vermehrung des Vorrats an Realkapital bedeutet also unmittelbar eine Erhöhung der Löhne, einen größeren Anteil der Arbeiter an den Produkten der Arbeit. Man beachte aber wohl, daß es sich hier nur um das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital handelt, nicht um das Tauschverhältnis der Produkte, und daß erhöhte Lohnforderungen, die auf ein größeres Angebot von Kapital zurückzuführen

unab wälzbar

sind. Die Lohnerhöhung erfolgt auf Kosten des Zinses, und von einer Entschädigung des Kapitalisten durch ein verändertes Tauschverhältnis zwischen seinen Produkten und denen der übrigen Kapitalisten kann keine Rede sein, da es sich um eine allgemeine Erscheinung handelt. Ein verändertes Tauschverhältnis zugunsten des einen müßte sich doch notwendigerweise auf Kosten der anderen vollziehen. Folglich muß die Mehrforderung der Arbeiter vom Kapital selbst getragen werden.

Für den Unternehmer als solchen ist die durch das vermehrte Angebot von Realkapital hervorgerufene Lohnerhöhung eine höchst gleichgültige Sache – ob der Zins hoch oder niedrig, ob schließlich auch gar kein Zins mehr aus dem Realkapital herausgeschlagen werden kann, bleibt auf den nackten Unternehmergeinn ohne Einfluß. Der Zins gehört ja dem Kapital, dem Kapitalisten.

Unser Realkapitalist will aber als Kapitalist, nicht als Unternehmer entlohnt werden. Nicht der Unternehmergeinn reizt ihn zur Erweiterung seines Betriebes, sondern die Sorge um sein angehäuften Realkapital, für welches er weder zinszahlende Borger, noch Arbeiter findet, deren Lohnforderungen noch Zins oder Mehrwert übrig lassen. Ob er sich also an die Unternehmer (oder Borger) wendet oder unmittelbar an die Arbeiter, bleibt sich vollkommen gleich. Überproduktion an Realkapital bedeutet eben den Tod des Zinses, ja, wenn wir den Namen Kapital für Produktionsmittel vorbehalten, die

Zins abwerfen, so bedeutet Überproduktion an Realkapital den Tod des Kapitals überhaupt.

Aber die Natur der Realkapitalien läßt unseren Mann nicht schlafen. Diese Kapitalien müssen untergebracht werden, koste es, was es wolle, koste es selbst den letzten Rest eines Zinses. Jetzt packt unser Kapitalist kurz entschlossen seine Kapitalien auf einen Wagen und fährt damit zu Markte, zum Kapitalmarkt, zum Markt, wo die Kapitalisten und Borger sich zu treffen pflegen. Er will seine Sache verleihen, nicht tauschen, denn, ich wiederhole es, was könnte er denn für sein Kapital eintauschen? Er will keine gegenwärtigen Produkte, denn er braucht sie nicht; er will zukünftige Produkte, eine Forderung auf spätere Zeiten, und das Angebot zukünftiger Produkte steht dem Angebot gegenwärtiger Produkte gegenüber heute im Rückstand. Das ist seine Sorge. Bisher bezahlte man für die gegenwärtigen Produkte ein Agio, Aufgeld, Zins – jetzt scheint es, als ob das zukünftige Produkt den Zins beanspruchen wollte.

Man beachte hier, wie der materielle Zwang sich des Realkapitals zu entledigen sich immer härter fühlbar macht. Man vergleiche damit den Geldkapitalisten, der gegen alle Geschäftsgewohnheiten seine Bank schon bei hellichem Tage um 4 Uhr schließt, und den man noch niemals Absatz suchend hat hausieren gehen sehen.

Nun steht der Realkapitalist auf dem Markte unter einem aufgeschlagenen Zelte, vor ihm sein Kapital – Kartoffeln, Schwefelsäure, Dynamit, Tuch, etc. etc. Das alles will er verleihen; es ist eine Auswahl der nützlichsten, unentbehrlichsten Realkapitalien, Dinge, in deren Anschaffung sich heute gewöhnlich das geborgte Gold unmittelbar auflöst. Die Preise dieser Dinge kommen hier gar nicht in Betracht, nur über die Bedingungen der Darlehen soll verhandelt werden. Jetzt nähert sich ein Bauer, er braucht Saatkartoffeln. Wieviel Prozent fragt er? Fünf Prozent, ist die Antwort des Kapitalisten. positiv oder negativ, erkundigt sich der Bauer weiter, mit der Hand auf die langen Reihen von Kapitalisten, auf das große Angebotweisend. Natürlich meine ich positiv, antwortet der Kapitalist. Dann will ich noch etwas warten, sagt der Bauer, und geht. Aber der Kapitalist faßt den Bauer beim Kittel. Wir wollen handeln, sagt er, wieviel Prozent bietest Du? Ich biete überhaupt keinen positiven Zins und will nur über die Höhe des negativen Zinses unterhandeln, erwidert der Bauer. Ich biete Dir 95 für 100 (also

5% negativ); den siehe, Freund, dieses große Angebot von Kapital, siehe die geringe Nachfrage! Beachte, wie die Löhne gestiegen sind, wohl der beste Beweis, bzw. der einzig gültige Beweis, daß das Kapital im Übermaß angeboten wird. Beachte ferner, daß es schon anfängt zu dunkeln, daß der Barometer gefallen. Sieh, wie es dort wetterleuchtet ! Beachte, daß es nicht angenehm ist mit diesen Realkapitalien durch Nacht und Wind nach Hause zu fahren, um nächste Woche wieder hier zu sein. Beachte auch, daß Deine Sachen nicht besser werden, und Du wirst Dich überzeugen, daß mein Angebot nicht unvorteilhaft ist.

Wir wollen den Kuhhandel nicht weiter verfolgen. Das bis jetzt gehörte genügt, um uns zu zeigen, daß bei der Verleihung von Realkapital tausend Umstände sich fühlbar machen, die bei der Verleihung von Geld heute vollkommen ausgeschlossen sind. Wer dürfte es heute wagen, dem Geldkapitalisten gegenüber Zweifel auszusprechen, ob der verlangte Zins positiv oder negativ gemeint ist? Wem würde es einfallen, den Bankier daran zu erinnern, daß sein Kapital durch längeres Lagern nicht besser wird, daß es schon spät, daß die Wege aufgeweicht, daß der Barometer ein Gewitter anzeigt? Und doch sind das alles Umstände, die auf die Bedingungen der Anleihe bei Realkapitalien einen sehr bestimmenden Einfluß ausüben müssen. Wie ja auch ähnliche Umstände heute auf den Arbeitskontrakt ihren Einfluß ausüben. Ausgehungerten, arbeitslosen, total verarmten Männern gegenüber kann man eine Lohnherabsetzung immer leichter durchsetzen als bei Arbeitern, die entweder selbst einen Zehrfennig (Streikkasse) besitzen oder die auf die Unterstützung anderer Arbeiter rechnen können.

Unsere erste Frage nach der Ursache des Zinses lautete: Warum wird Zins bezahlt? Dann frugen wir: Warum sich Nachfrage und Angebot niemals bei Darlehen ausgleichen? Im jetzigen Stadium unserer Untersuchung können wir eine dritte Frage einschieben, die schon kritischer lautet: Ist der Zins, wenn es sich um die Verleihung von Realkapitalien (Naturaldarlehen) handelt, eine **selbstverständliche Voraussetzung jeder Anleihe?**

Von der Beantwortung dieser Frage wird es abhängen, ob die Unentgeltlichkeit des Kredits überhaupt möglich ist.

Denn die Anleihen werden der Realkapitalien wegen gemacht, und wenn die Natur der Verhältnisse derart ist, daß der Zins als *selbstverständlich* zu betrachten ist, so müssen wir die Unentgeltlichkeit des Kredites als eine utopistische Träumerei betrachten, die durch keine Reform irgendwelcher Art jemals verwirklicht werden kann.

Wie wenig die natürlichen Schwächen des Realkapitals selbst von den grimmigsten Gegnern des Zinses beachtet und ausgebeutet werden, geht am besten aus der Polemik über *Kapital und Zins* zwischen Bastiat und Proudhon (herausgegeben von Arthur Mülberger) hervor. So antwortet Proudhon auf den dritten Brief Bastiat's (S. 119): „Wie Sie sehr richtig sagen, mein Herr, wenn mein Kapital mir nicht mehr einbringen soll, werde ich es, statt auszuleihen, behalten und der Arbeiter, weil er mit den Zehnten nicht geben will, wird feiern müssen.“

Man beachte hier, daß in dieser Polemik Real- und Geldkapital, wie allgemein üblich, durcheinander geworfen werden, und daß Bastiat in seinem Brief den Begriff „Kapital“ wie folgt vergegenständlicht: Ein Haus, ein Sack Getreide, ein Hobel, ein Stück Geld, ein Schiff (S. 61). Ich frage also hier, ob Bastiat und Proudhon als Kapitalisten und Besitzer eines Hauses, eines Sackes Getreide, eines Hobels, eines Schiffes, wenn es darauf angekommen wäre, wirklich bei ihrer Drohung geblieben wären? Hätten sie das Angebot des Landwirts, der ihnen zwar keinen Zins, aber frisches Getreide zurückzuerstatten versprach, zu guter letzt nicht doch für vorteilhafter gefunden, als das Getreide dem Verderben auszusetzen?

Bastiat leugnet die Möglichkeit der Unentgeltlichkeit des Kredites und bleibt hartnäckig dabei, daß die Gerechtigkeit für die Leistung des Kapitalisten eine Gegenleistung des Borgers fordert. Diese Forderung wiederholt er auf jeder Seite seiner sechs Briefe: „Ist das Recht auf Entgelt ein Attribut des Kapitals wie der Arbeit selbst? Das ist die Frage, die gelöst werden muß, um einen Schluß für oder gegen die Unentgeltlichkeit des Kredites zu ermöglichen.“ (Fünfter Brief S. 157)

Und Proudhon gibt die Notwendigkeit einer Gegenleistung unter den bestehenden Verhältnissen unumwunden zu, und keinem von beiden fällt es auf, daß die integrale Rückerstattung des Darlehens in Form eines Sackes Weizen neuer Ernte, eines neuen, modernen Hobels eines neu gebauten, modernen, vielfach verbesserten Schiffes, etc. etc. an sich schon eine ganz bedeutende Gegenleistung ist.

Wilhelm lieh dem Jakob vor 30 Jahren eine Nähmaschine im Preise von Mark 150, eine Jagdflinte Mark 100, eine Tonne Weizen Mark 265, alles zusammen Mark 515 zinslos. Heute zahlt Jakob zurück. Er kauft eine ganz bedeutend bessere Maschine für Mark 100, ein Repetiergewehr für Mark 50 und eine Tonne La Plata Weizen für Mark 315, zusammen Mark 315, dazu legt er noch zum Ausgleich 200 Mark in bar. Ist das nun keine Leistung?

Freilich, wenn wir hier Real- und Geldkapital durcheinander werfen und Gold an die Stelle des Realkapitals setzen, so zerfällt besagte Gegenleistung in nichts.

Bastiat nennt selbst die Verwechslung von Real- und Geldkapital die Quelle aller ökonomischen Irrtümer, mit deren Hilfe es leicht wird, die Fragen zu verwirren (S. 132). Aber es fällt ihm nie ein, diese Erkenntnis zum Führer in seinen Untersuchungen zu nehmen.

Der eben betrachtete Kuhhandel gründete auf der Voraussetzung eines den gegenwärtigen Bedarf übersteigenden Angebots von Realkapital; mit anderen Worten, der Vorrat an Produktionsmitteln war größer als das Angebot von Arbeitskräften.

Die Konkurrenz der Unternehmer hatte alle Arbeiterreserven zur Produktion herangezogen, und es verblieb ein Rest an Realkapital, der wegen Mangel an Arbeitern unbeschäftigt war. Dieser Rest oder Überschuß, der natürlich auch Beschäftigung suchte, hatte durch die Wirkung der Konkurrenz die Löhne bis auf die Maximalgrenze heraufgetrieben, d.h. bis zum vollen Produkt der Arbeit.

Die Unentgeltlichkeit des Kredites steht und fällt mit der Möglichkeit des hier vorausgesetzten. Ist es materiell möglich, daß es überhaupt und zeitweise wenigstens zu einer Überproduktion an Realkapital kommt, so muß es auch möglich sein, daß der Kredit zeitweise unentgeltlich sei. Wir haben also zunächst die Frage zu beantworten, ob die materiellen Kräfte für die Produktion einer Überproduktion an Realkapital (Überproduktion gemessen mit dem Wegfall des Zinses) vorhanden sind und auch nicht erlahmen würden, wenn der Reiz des Zinsgenusses in Wegfall käme.

Unvorsichtige Leser werden hier vielleicht schon triumphierend auf die ziemlich allgemein angenommene chronische Überproduktion an Waren hinweisen und sagen: Diese Waren, die dort in Übermaß erzeugt wurden, sind es nicht Realkapitalien? Der Unternehmer kann diese Kapitalien nicht erlangen, weil der Vermittler, das Geld, fehlt, aber das Dasein dieser Waren zeigt, daß wir jetzt schon eine chronische Überproduktion in Realkapital haben, und daß ohne das Dazwischentreten des Geldes die Unentgeltlichkeit des Kredites jetzt schon Tatsache und zwar eine alte Tatsache wäre.

Die Folgerung ist jedoch eine leichtsinnige. Würde nämlich das Hindernis weggeräumt werden, welches dem Austausch der die Überproduktion vorstellenden Waren im Wege

steht, so würde höchst wahrscheinlich nur ein geringer Teil derselben dem Anleihemarkt zuströmen. Denn das, was uns heute als Überproduktion erscheint, ist nicht so sehr ein Vorrat an fertigen Erzeugnissen, als ein Vorrat an unausgefällter Arbeitszeit, ein Vorrat an beschäftigten Arbeitern. Wird aber die Arbeiterreserve zur Produktion herangezogen und damit die scheinbare Überproduktion beseitigt, so werden diese Arbeiter sich doch vor allen Dingen erst satt essen, ehe sie an Ersparnisse denken, ehe sie das Angebot bei Darlehen beeinflussen. Und wenn wir auch in der Überproduktion einen Vorrat zu viel erzeugter Waren annehmen wollen, so ist zu bedenken, daß diese Waren durchaus nicht in Händen von Kapitalisten sind, die imstande wären, diese Waren auf Jahre hinaus zu verleihen. Gewiß ist Kapital Produkt, aber Produkt im Besitze von Leuten, die es nicht verkaufen, sondern verleihen wollen. Nein, die Überproduktion an fertigen Erzeugnissen wird (falls sie wirklich vorhanden ist) im Besitz ihrer Erzeuger, also der Unternehmer selbst sein, die selbst wieder dem Kapitalisten gegenüber verschuldet sind. Gelingt es dem Unternehmer, nach Überwindung der Krise seine Überproduktion an Waren abzusetzen, so hat er gewöhnlich Eiligeres zu tun, als den Erlös dieser Produkte dem Anleihenmarkt zuzuführen. Darlehen können nur von Kapitalisten gemacht werden, also von Leuten, die vor allen Dingen in der Gegenwart gut versorgt sind und auch noch etwas für die Zukunft voraus haben. Und diese Kapitalisten besitzen Geld, Geldforderungen oder Waren, deren Absatz gesichert ist, weil sie sie nur in dieser Voraussetzung übernehmen. Also von einem einfachen Übergang der Überproduktion an Waren auf den Kapitalmarkt kann keine Rede sein. Wird das Hindernis beseitigt, welches dem Austausch jener Waren im Wege steht, so werden diese Waren als Genußgüter einfach von ihren Besitzern verbraucht.

Die Überproduktion an Waren beweist m.E. überhaupt nichts, was für die Theorie der Unentgeltlichkeit des Kredits verwertet werden könnte; sie ist nur ein Beweis, daß der Tausch unterbrochen wurde, in der Regel eine Folge einer eingetretenen Baisse, Folge unzureichenden Geldangebots. Werfe man einige Handvoll Banknoten, Goldkörner auf den Markt, so daß mit der vergrößerten Nachfrage die Baisse in Hause umschlägt, und von der Überproduktion wird keine Spur mehr zu sehen sein.

Gewiß, die Waren Überproduktion und ihre Ursache, die Baisse und Krise, ist der Bildung von Kapital hinderlich, da doch der Absatz der Produkte Vorbedingung für die Produktion und Kapitalbildung ist, aber an sich bedeutet sie keine Kapitalstauung. Am besten könnte das praktisch bewiesen werden, wenn man es erreichen könnte, daß bei eingetretener Überproduktion an Waren alle Anleihen in Realkapitalien abgeschlossen werden könnten. Es würde sich da zeigen, daß die Besitzer jener, übererzeugten Waren von solcher Einrichtung keinen Gebrauch machen könnten, weil sie einfach nicht in der Lage sind, als Kapitalist ihre Habe zu verleihen. Sie wollen ihre Ware vertauschen gegen andere ihnen fehlende Sachen.

Die einzigen Beweismittel für die Möglichkeit der Unentgeltlichkeit des Kredits liegen m.E.

1. in der gewaltigen modernen Produktionskraft;
2. in dem Sparsinn des Spießbürgers, des normalen Menschen;
3. in der Erleichterung des Sparens durch die Beseitigung des Zinses, wobei natürlich das Geldsparen ausgeschlossen sein muß.

Hierzu kämen als Hilfstruppen in Betracht:

1. die Möglichkeit, durch die Geldreform der Wirtschaftskrisen Herr zu werden, die ja mehr als die Unternehmer selbst Kapital verschlingen;
2. die Möglichkeit, mittelst der Geldreform die Handelsspesen auf einen geringen Bruchteil des jetzigen Betrages herabzusetzen, was eine entsprechende Lohnerhöhung herbeiführen und die Arbeiter in die Lage versetzen würde, größere Ersparnisse zu machen (natürlich in Form von Realkapital);
3. die Verstaatlichung der Grundrente zugunsten der Steuerzahler durch die Bodenreform.

Da letztere drei Faktoren nur für die Geld- und Bodenreformer Beweiskraft haben, so will ich mich an die ersten drei Faktoren halten. Sie reichen für meine Zwecke übrigens für sich aus.

1. *Die Produktionskraft.* Ich glaube, niemand ist darüber im Zweifel, daß, wenn die Produzenten sich völlig ungehindert ins Zeug legen könnten, daß, wenn alle Reserven

an Arbeitern und Arbeitszeit herangezogen würden, das heutige Verhältnis vom Angebot zur Nachfrage bei Anleihen sich bald von 105 auf pari verschieben würde. Denn es ist ja ein relativ wirklich lächerlich kleiner Mangel an Realkapital, der dem Zins die Daseinsbedingungen bereitet. Eine Vermehrung des Bestandes an Realkapital von vielleicht nur 10% würde die heutige Nachfrage ohne Rest decken. Freilich darf kein Export von Kapital diesen Ausgleich verhindern, denn die Unentgeltlichkeit des Kredites ist kein Problem, welches von einem Volke allein gelöst werden kann. Es ist ein internationales Problem.

Wenn Europa in dem kapitalarmen Ausland keinen Abnehmer hätte für seine Produktionsüberschüsse, so wäre entweder die Unentgeltlichkeit des Kredites schon längst zur Tatsache geworden, oder Wirtschaftskrisen hätten die Bildung dieser Überschüsse verhindert. Unter dem jetzigen Geldsystem wäre natürlich letzteres eingetreten.

Wäre der Tausch, der mit der Produktion Hand in Hand gehen muß, heute völlig ungehindert, träte nicht mit jedem Anlauf zu vermehrter Produktion und vermehrtem Angebot auch gleich und automatisch ein Preisrückgang ein (infolge ungenügenden Geldangebots), der Tausch und Handel unmöglich macht und die Produktion unterbricht, an der Produktionskraft würde es sicherlich nicht fehlen, um alle Arbeiter quantitativ mit Produktionsmitteln zu sättigen.

Wie groß die Produktionskraft ist in Ländern, die planmäßig mit geschulten Kräften an die Arbeit gehen, sieht man an Amerika. Gestern noch das beste Absatzfeld für alle europäischen Kapitalüberschüsse, ist dieses Land schon heute zum Kapitalexport, von der Nachfrage zum Angebot übergegangen. Dabei ist zu beachten, daß dieses Land noch gleichzeitig für jährlich fast eine Million Einwanderer Unterkunfts- und Arbeitsmittel liefern mußte.

2. *Der Sparsinn.* Spart man des Zinsgenusses wegen oder für den Winter des Lebens und der Jahreszeit? Zu beachten ist hier, daß man nicht von einer Sparsitte, sondern allgemein von einem Sparsinn spricht. Die Sinne (oder Instinkte) waren aber alle ausgebildet, lange bevor an Zinsen gedacht wurde. Die Not lehrte den Menschen sparen zu einer Zeit, da sein Gehirn noch plastisch war, und so hat sich das Sparen zu einem erblichen Sparsinn ausgebildet. Man spart als Auskunftsmittel über schlechte Zeiten. Die Bienen sparen,

die Hamster sparen, der Bär spart (durch Fettansatz), aber von Zinsen ist in der Natur nirgendwo eine Spur zu sehen. Ja, wie lange ist es denn her, daß die Sparer direkt auf Zinsen spekulierten? Wie lange ist es her, daß der Strumpf und die Strohmattatze noch allgemein als Sparkasse angesehen wurden? Und die Menschen sollen früher ebenso sparsam gewesen sein wie heute. Gewiß, der Zinsgenuß spornt auch zum Sparen an, aber es ist eine Tatsache, daß in Europa, wo der Zinsfuß am niedrigsten ist, am intensivsten gespart wird. Diese Tatsache beweist ja, ich gestehe es, direkt nicht viel, weil man einwenden kann: Es kann in Europa viel gespart werden, weil der Zinsfuß so niedrig ist, aber mit dieser Einwendung fällt man ja dem 3. Beweismittel in die Hände. Denn wenn eine Ermäßigung des Zinses schon an sich die Löhne so beeinflußt, daß dem Sparer das Sparen erleichtert wird, um wieviel mehr muß dann die völlige Beseitigung des Zinses das Sparen erleichtern, das Sparen fördern? Rechnen wir, daß dem Arbeiter für die Verzinsung des Kapitals, das er in der Fabrik besetzt, 5% des Arbeitsertrags abgezogen werden (bei 5% Zinsfuß und einem Verhältnis von 1000 Mk. Kapital auf 1000 Mk. jährlicher Löhne), so macht das auf 1000 Mk. Lohn 50 Mk. Zins. Diese 50 Mk. an Zins muß also der Arbeiter zuerst für den Kapitalisten sparen, ehe er an sich denken kann. Man spart aber immer nur das letzte Ende des Einkommens, und darum muß ein Arbeiter, der 1000 Mk. Einkommen hat, leichter 50 Mk. sparen können, als 1 Mk. bei 950 Mk. Einkommen.

Die Beweise, die ich hier zusammentrage, sind natürlich keine zwingenden Beweise, denn das Problem greift hier gleich in die Psychologie über. Der Mann, der 1000 Mark verdient, *kann* leichter 50 Mk. sparen als 1 Mk. bei 950 M. Einkommen. Aber wird er es tun? Wird ein Mann mit 1000 Mark Einkommen ebenso die Notwendigkeit zu sparen einsehen, wie ein Mann, der nur 950 Mk. Einkommen hat? Ich glaube das, kann es aber natürlich nicht beweisen. Ob er es tut, kann nur die Erfahrung lehren. Man sagt allerdings, daß der Mittelstand im allgemeinen vorsichtiger ist und mehr Sparsinn zeigt als der Tagelöhner, und eine Lohnerhöhung bedeutet ja eine Annäherung an den Mittelstand, eine Verschmelzung der Stände. Aber ist der größere Sparsinn des Mittelstandes nicht vielleicht eine Folge geringerer Kraft, geringeren Sicher-

heitsgeföhles dieses Standes? Ein Tagelöhner hat in seinen Fäusten vielleicht eine festere Unterlage als mancher Mittelstandsbürger, der sich nur auf Urkunden, verbrieftte Rechte etc. berufen kann. Fäuste bieten jedenfalls mehr Sicherheit als Pergamente, und der Sparsinn entspringt einem Ohnmachts- und Schwächegeföh. Jedoch auch die Kraft der Fäuste läßt nach, und mit zunehmendem Alter wird auch den Tagelöhner ein Ohnmachtsgeföh beschleichen, das ihn ans Sparen mahnen wird.

—
Wir haben bisher nur das Angebot von Realkapital berücksichtigt, wie es sich der Unentgeltlichkeit des Kredits gegenüber verhalten würde, es ist jedoch klar, daß die Nachfrage auch ein Wort mitzusprechen haben würde, denn die Unentgeltlichkeit des Kredites kann doch kaum ohne Einfluß auf die Nachfrage für Darlehen bleiben, ja mancher wird sogar geneigt sein, von vornherein anzunehmen, daß durch die Beseitigung des Zinses die Nachfrage nach Kapital ins Blaue hinein wachsen müßte und daß schon aus diesem Grunde ein Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot bei Anleihen und damit natürlich auch die Unentgeltlichkeit eine unmögliche Sache sei.

So sagt z.B. Bastiat in dem bereits erwähnten Briefwechsel mit Proudhon (S. 164): „Ich werde für den Rest meiner Tage *umsonst* ein schönes Haus auf dem Boulevard mieten, mit einem auserwählten Meublement und dazu noch eine Million. Mein Beispiel wird ohne Zweifel ansteckend sein und es wird eine Unmasse Erborger in der Welt geben. Wenn dann nur die Darleiher nicht fehlen, so werden wir Alle ein fröhliches Leben führen.“ Und auf diesen Unsinn bleibt Proudhon die Antwort schuldig.

Diese Annahme jedoch ist unbegründet, wie ich das gleich ausführlich zeigen werde. Immerhin ist es sicher genug, daß die Unentgeltlichkeit des Kredites Umwandlungen hervorbringen muß, in der Nachfrage nach Kapital sowohl, wie auch namentlich in unserer Gedankenwelt. Wer in den Produktionsmitteln immer ein Kapital gesehen hat, das Zins abwirft, wer von Kindesbeinen an immer mit Zins gerechnet, wer in dem Zins die Kraft erblickt, die heute den gesamten Wirtschaftsbetrieb in Gang erhält, dem wird es sicherlich schwer fallen, sich gleich in die wirtschaftlichen Verhältnisse hineinzudenken, die die Unentgeltlichkeit des Kredites begleiten.

Da ist zunächst die Frage: Wer denn noch Häuser, Maschinen, Fabriken errichten würde, wenn man das alles sowieso *mietefrei* haben kann? Antwort: Niemand. Aber, heißt es dann, es wird doch immer ein Bedarf, eine Nachfrage nach solchen Dingen bestehen; nicht jeder wird ein Haus, nicht jeder Arbeiter eigene Produktionsmittel besitzen. Ist aber die Hervorbringung dieser Sache, die Deckung der Nachfrage abhängig gemacht von einer Miete, so wird auch immer *Miete* gezahlt werden müssen. Wirft aber das immobilisierte Kapital *Zins* ab (man beachte den Sprung von Miete auf Zins), so ist nicht einzusehen, warum nicht auch das mobile (flüssige) Kapital *Zins* abwerfen soll, da doch ersteres ein Produkt des letzteren ist?

Hierzu ist zu bemerken: Miete und Zins sind nicht dasselbe. Die Miete von Häusern, Maschinen, Fabriken setzt sich (abgesehen von der Grundrente) zusammen aus

1. dem Zins für das in den Baukosten verwendete mobile Kapital.
2. die Abnutzungsprämie (Feuerversicherung und Abschreibungen).

Fällt also auch infolge der Unentgeltlichkeit des Kredits der erste der beiden Bestandteile der Miete fort, so bleibt doch der zweite Teil. Diese Abnutzungsprämie, durch welche der Besitzer wieder nach und nach in den Besitz des *ursprünglichen* in der Herstellung des Inmobils verausgabten *flüssigen* Kapitals gelangt, ist je nach der Natur der Sache bald größer, bald kleiner. Für Häuser mag sie (mit Reparaturkosten und Versicherungen) 2 oder 3% ausmachen, für Fabriken das doppelte und für Maschinen das 5-fache.

Nun fragt es sich: Würde noch jemand ein Interesse daran haben, flüssiges Kapital, für welches sonst kein Zins bezahlt wird, in Häusern usw. zu immobilisieren, wenn zwar die Abnutzungsprämie, aber kein Kapitalzins gefordert werden kann?

Der Ausdruck „Immobilisieren“ gilt hier nicht in dem absoluten Sinne, den man demselben gewöhnlich beimißt. Ein Inmobil, das in Abnutzungsprämien zerfällt, von dem jährlich ein Teil abgeschrieben werden muß, ist doch nichts Inmobiles mehr. Ein Haus verbraucht sich ebenso wie ein Hemd, nur langsamer. In Berlin sollen viele kaum 90 Jahre alte Häuser umgebaut worden sein, weil sie den Anforderungen der Neuzeit nicht mehr entsprachen. Hier käme

also ohne Reparaturen und Versicherung eine Abnutzungsprämie von mehr als $3 \frac{1}{3}$ der Baukosten zur Verrechnung.

Ich glaube diese Frage ohne weiteres bejahen zu können, denn das Inmobil würde in diesem Falle einem den Mietern gemachten Darlehen gleichen, das in der Abnutzungsprämie ratenweise und zinsfrei zurückgestellt wird.

Und diese Form der Sparanlage, d.h. die ratenweise Zurückerstattung, wäre für die meisten Sparer gerade die bequemste und sicherste. Der Sparer hat im Hause das Pfand seines Darlehens, dann ist es für ihn angenehmer, jährlich einen Teil seines Guthabens zu erhalten, als wenn ihm das Darlehen am Verfalltage des Wechsels, des Schuldscheines etc. zurückbezahlt wird – was ihn dann zwingt, wieder eine neue Anlage zu suchen. Dabei hat es jeder Sparer in der Hand, durch die Wahl des Inmobils, die Rückzahlung in kürzerer oder längerer Zeit zu bewirken. Da von Zinsen keine Rede mehr ist, und man sich mit dem Gedanken vertraut machen muß, daß das Gesparte ein Ende nehmen wird, so wird (wenn wir von bezl. Versicherungsgesellschaften absehen) jeder Sparer dasjenige Inmobil als Sparanlage benutzen, dessen Abnutzungsrate mit derjenigen seines eigenen Lebens übereinstimmt – so daß die gänzliche Abnutzung des Inmobils mit seinem Todestag zusammenfällt. Für etwaige Rechenfehler kann man ja etwas reichlich rechnen, und wer sehr vorsichtig ist, kann sich in eine Versicherung einkaufen. Junge, gesunde Leute werden darum wohl tun, steinerne Häuser als Sparanlage zu wählen, kränkliche Leute werden Häuser aus Fachwerk vorziehen, die sogenannten Todeskandidaten werden sich für die Maschinenanlagen mit hohen Abnutzungsprämien entschließen, und die Greise werden einfach Vorräte anlegen.

Wirkliche Immobilien, d.h. solche Werke, die Jahrhunderte lang gebrauchsfähig bleiben, bei denen eine Abnutzung kaum in Anschlag kommt (Tunnel, Kanal, Nivellierungen, Ausroden von Waldboden, Eisenbahndämme, etc. etc.) können der Regel nach nur aufgrund von Konzessionen, die mit Expropriationsrechten verbunden sind, ausgeführt werden. Es sind öffentliche Arbeiten, und wenn sie Private für eigene Rechnung ausführen, so behält doch der Staat die Aufsicht über Tarife etc. Mit der Unentgeltlichkeit des Kredits wird daher der Staat die Tarife so berechnen, daß der Unternehmer aus den Überschüssen sein Kapital ratenweise amortisieren kann. Ist das geschehen,

so fällt das Unternehmen an den Staat zurück. Es würde sich in solchen Fällen auch nur um ein Privatdarlehen an den Staat mit ratenweiser Abzahlung handeln, mit dem einzigen Unterschied, daß der Gläubiger ein Pfand in Händen hat und daß die Ratenzahlungen in den Frachtsätzen erhoben werden.

Wir ersehen aus alledem, daß die Unentgeltlichkeit des Kredites kein Hindernis dafür wäre, daß auch fernerhin die sogenannten „Immobilien“ als Sparanlagen betrachtet würden und daß zinsfreie Wohnungen nicht dasselbe wie mietefreie Wohnungen bedeuten. Erstere sind möglich, falls die Unentgeltlichkeit des Kredites möglich ist, letztere sind unter keinen Umständen möglich.

Nun haben wir uns noch mit der weitverbreiteten Ansicht zu beschäftigen, daß die Nachfrage bei Anleihen ins Fabelhafte, ins Blaue hinein wachsen würde, falls der Zins in Wegfall käme.

Diese Annahme setzt voraus, daß der Unternehmer dem Arbeiter Zins (oder sogenannten Mehrwert) selbst dann noch ankreiden könne, wenn derselbe Arbeiter (Personalkredit vorausgesetzt) Kapital *zinsfrei* für die Anschaffung eigener Produktionsmittel erhalten kann und den Unternehmer, als Besitzer der Produktionsmittel, gar nicht mehr braucht.

In dieser Annahme steckt also die Behauptung, daß der Unternehmer dauernd in der Lage bleiben würde, seine Produkte mit Zins belastet abzusetzen, während er – soweit es sich um den Besitz des Kapitals handelt – in jedem kreditwürdigen Arbeiter einen ebenbürtigen Konkurrenten hat. Dies aber widerspricht dem Gesetze der Konkurrenz, wenn wir nicht anders diese Behauptung so deuten müssen, daß es nicht genügend kreditfähige Arbeiter (oder Arbeiterassoziationen) gibt, um sich als Konkurrenz unter den Unternehmern fühlbar zu machen.

Rechnet man im Durchschnitt 15 Mann auf ein Unternehmen und nach Abzug des Grundkapitals 1000 oder 2000 Mark Kapital per Arbeiter, so müßte man unter 15 Mann immer wenigstens einen finden, dem man 15-30.000 Mark Kredit eröffnen kann. Für heutige Verhältnisse, d.h. unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Alkoholkonsums der Arbeiter, scheint das etwas viel, aber diese Verhältnisse sollen sich ja bedeutend bessern und soweit ich unterrichtet bin, soll es ja heute schon zahlreiche abstinente Arbeiter geben, so daß es bald nicht mehr schwerfallen würde, unter 15 Arbeitern wenigstens einen völlig nüchternen Mann zu finden. Und

viel mehr als Nüchternheit ist für den persönlichen Kredit zu Produktionszwecken nicht notwendig. Ich will nicht sagen, daß mit der Unentgeltlichkeit des Kredit jeder Abstinent ein konkurrenzfähiger Unternehmer wird, nein, ich behaupte hier nur, daß mit der Abstinenz die Masse, aus der sich die Unternehmer rekrutieren, wachsen würde und damit auch die Konkurrenz der Unternehmer unter sich.

Wenn aber der Unternehmer aus der Unentgeltlichkeit des Kredites keinen unmittelbaren Vorteil ziehen kann, wenn der ganze Vorteil eines solchen wirtschaftlichen Zustandes dem Lohne zugute kommt, welchen Anlaß hätte dann der Unternehmer, sein Unternehmen zu erweitern? Und welchen Anlaß hätte endlich auch der Arbeiter, sich eigene Produktionsmittel anzuschaffen, wenn ihm diese von seinem bisherigen Unternehmer zu den gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden, wie vom Sparer zum Kapitalisten, d.h. zinsfrei? Die Abnutzungsprämie, die der Unternehmer von den Produkten des Arbeiters abziehen würde, müßte ja immer so ziemlich übereinstimmen mit den Abschlagszahlungen, welche der Gläubiger vom Arbeiter fordern würde.

Man darf hier nie die Tatsache aus den Augen lassen, daß jede Erweiterung des Unternehmens auch wieder eine entsprechend größere Anzahl Arbeiter beansprucht. Die Möglichkeit einer allgemeinen Betriebsvergrößerung ist also nicht allein durch den Vorrat an Kapital, sondern durch die Zahl der Arbeitslosen scharf begrenzt. Von dem Augenblick an, wo alle Reserven an Arbeitszeit und Arbeitern zur Arbeit einberufen sind, kann keine allgemeine Betriebserweiterung mehr stattfinden. Höchstens um *Versuche* in dieser Richtung kann es sich handeln, die vom Wettbewerb der Unternehmer unter sich ausgehen, aber jeder einzelne Versuch in dieser Richtung kann immer nur die eine Wirkung haben: eine allgemeine Lohnerhöhung.

Für die Vergrößerung der Betriebe (mehr Pflüge, mehr Webstühle, vierfaches Eisenbahngleise, mehr Häuser, Schiffe) ist daher die Unentgeltlichkeit des Kredites durchaus kein Reizmittel; eine solche Vermehrung kann nur vom Wachstum der Bevölkerung gefordert werden.

Anders verhält es sich mit der Verbesserung der Produktionsmittel, mit der Einführung arbeitsfördernder Maschinen. Aber solche Verbesserungen hängen nicht vom Zins ab, sondern von Erfindungen, meistens vom Zufall.

Stellt man auch heute Unternehmern die Mittel zinsfrei zur Verfügung, um arbeitssparende Einrichtungen zu treffen – sie wüßten nicht **wie**. Immerhin sind Erfindungen von allgemeiner Bedeutung schon oft gemacht worden (Dampfkraft), und würde sich ein ähnliches Ereignis heute wiederholen, so daß man mit geliehenem Kapital durch Verbesserung der Produktionsmittel mit gleicher Arbeit ein nennenswertes Mehr erzeugen kann, so würde der Anleihemarkt vielleicht einem „Run“ ausgesetzt sein. Es würde zu weit führen, wollte ich den Einfluß eines solchen Ereignisses auf das Verhältnis vom Angebot zur Nachfrage bei Anleihen ins einzelne verfolgen; es genüge hier, daß ich daran erinnere, daß solche arbeitssparenden Erfindungen infolge der gewachsenen Ergiebigkeit der Arbeit unmittelbar wieder das Angebot bei Anleihen vermehren, wodurch sich der Ausgleich bald wieder herstellen muß. Ich brauche hier nur an die Eisenbahnen zu erinnern, die ungeheure Kapitalien verschlungen, diese aber gleich wieder, um 1000 mal vergrößert, wiedergegeben haben.

Man behauptet ferner, daß die Beseitigung des Zinses manches Unternehmen noch möglich machen würde, welches heute der Zinsen wegen, die man von jedem Unternehmen erwartet, nicht ausgeführt werden kann, so z.B. den Bau menschenwürdiger Wohnungen für alle.

In diesem Satz geht offenbar die Verdauung der Mahlzeit voran. Der Zins wird erst dann auf Null fallen können, wenn alle die gedachten Werke, im Umfang der sich bei Zinsfreiheit einstellenden Nachfrage, ausgeführt sein werden – denn die Unentgeltlichkeit des Kredits kann nur die Folge allgemeiner Sättigung sein; d.h. der Vorrat an Realkapital muß den gegenwärtigen Bedarf voll decken können. Solange eine ungedeckte Nachfrage nach Realkapital (Häuser z.B.) besteht, kann die Unentgeltlichkeit des Kredites sich nicht einstellen; für Häuser z.B. wird der Mietpreis über der Abnutzungsprämie stehen, also Zins enthalten. Da nun zusammen mit dem Zinsfuß auch die Hausmiete fallen wird und mit der Ermäßigung der Hausmiete das bestehende große Ausdehnungsbedürfnis der Stadtbewohner sich in Nachfrage nach größeren Wohnungen verwandelt, so ist es klar, daß noch große Kapitalien verbaut werden müßten. Diese Kapitalien (natürlich Realkapital) müssen also zuerst produziert, gespart und verbaut werden, ehe die Unentgeltlichkeit des Kredites zur Tat-

sache werden kann. Aber auch hier wäre es ein Fehler, wenn wir das Ausdehnungsbedürfnis für eine blaue, unbegrenzbare Größe halten wollten. Jede größere Wohnung beansprucht mehr Mobiliar, verursacht mehr tägliche Arbeit für die Hausfrau, Kosten für Licht und Feuerung. Die Abnutzungsprämie verschlingt immer eine verhältnismäßig hohe Summe. Dann beansprucht die größere Wohnung mehr Baugrund und Grundrente, und wenn man auch letztere durch die Grundrentensteuer dem Staate zuführt, so muß sie doch direkt vom Mieter getragen werden, ja, es ist sogar anzunehmen, daß in vielen Fällen der Unterschied in der um den Kapitalzins herabgesetzten Baumiete einfach der Grundrente, der Staatskasse zugute kommen würde. Somit würden die größeren täglichen Unkosten der größeren Wohnung, zusammen mit der vergrößerten Abnutzungsprämie und der gestiegenen Grundrente dem Ausdehnungsdrange ziemlich enge Grenzen ziehen.

Die Wohnung ist jedoch neben den gewerblichen Anlagen das einzige Bedürfnis, dessen Deckung die Immobilisierung größerer Kapitalien beansprucht. Wenn wir auch dem Jäger ein zweites Gewehr, dem Bauer einen zweiten Pflug, dem Weber einen zweiten Webstuhl zinsfrei anbieten – sie werden das Angebot zurückweisen – denn abgesehen davon, daß diese Gegenstände Platz beanspruchen und gehütet werden müssen, so bedeutet zinsfrei nicht mietefrei, es bleibt für alles Realkapital immer eine Abnutzungsprämie zu zahlen, die auch dann noch zu zahlen ist, wenn der Pflug gar nicht benutzt wird, sondern in der Ecke verrostet.

Alle übrigen großen Werke, wie Eisenbahnen, Kanäle, Drainage, etc. können nur aufgrund einer Konzession, also durch Vermittlung des Staates, unternommen werden. Da handelt es sich nicht mehr um Waren, die dem Gesetz des Wettbewerbs unterworfen sind, sondern um Monopole und gesetzlich festgesetzte Tarife, von deren Annahme die Erteilung der Konzession und der Enteignungsrechte abhängig gemacht wird. Werden nun vom Staat die Tarife aufgrund der Unentgeltlichkeit des Kredits berechnet, so ist es klar, daß solche Konzessionen nur so lange nachgesucht werden, als wie auch Kapital zinsfrei angeboten wird. Diese Unternehmungen werden also unmittelbar von der Unentgeltlichkeit des Kredits abhängig sein, und diese Unentgeltlichkeit zur Voraussetzung haben. Sie können unmöglich in größerem

Umfang in Angriff genommen werden, als die Produktion von Realkapital dies gestattet. sie können die Nachfrage nach Kapital nicht auf eine die Zinsfreiheit gefährdende Höhe treiben. Genau genommen werden solche Werke nur so lange unternommen werden können, als die Kapitalüberschüsse Neigung zeigen, den Zins unter 0 zu drücken (also bei negativem Zins).

Solange wir bei Anleihen das wirklich benötigte Realkapital im Auge behalten, stoßen wir also, wo wir auch die Sonde der Unentgeltlichkeit des Kredits anlegen, nirgendwo auf Widerstand. So wenig auf seiten der Nachfrage wie auf seiten des Angebots stießen wir auf materielle Hindernisse, die den zinsfreien Darlehen im Wege stehen.

Soweit es sich um das bei Anleihen wirklich gesuchte, um das Realkapital handelt, ist die Bahn **zur Unentgeltlichkeit des Kredites frei**.

Wohlverstanden, es ist nicht gesagt, daß zu allen Zeiten, an allen Orten, unter allen Verhältnissen sich Nachfrage und Angebot bei Darlehen stets ausgleichen **müssen**. Nein, das habe ich nicht gesagt. Was ich sage und behaupte, ist, daß sich Nachfrage und Angebot von Realkapital ausgleichen können, daß einem solchen Ausgleich kein materielles Hindernis im Wege steht, weder auf seiten des Angebots noch auf seiten der Nachfrage. Es gibt Zeiten, wo mehr konsumiert als produziert wird, in Kriegen und bei Fehlernten z.B. und namentlich auch in Wirtschaftskrisen. Daß dann, wenn die Arbeit wieder aufgenommen wird, das Realkapital selten ist und die Besitzer von solchem der Nachfrage gegenüber im Vorteil sind und sich diesen Vorteil mit Zins bezahlen lassen, ist selbstverständlich. Aber gerade weil das so überaus selbstverständlich ist, *muß* die Möglichkeit des *entgegengesetzten Falles auch selbstverständlich sein*.

Dies vorausgesetzt, können wir unseren Fragen nach der Ursache des Zinses nun endlich eine Fassung geben, die der Lösung des Zinsproblems alle Türen öffnet, ja diese Lösung à bout portant auf den Leib rückt.

Sie lautet:

Warum ist der Zins bei Gelddarlehen eine *selbstverständliche* Bedingung, während doch den Realkapitalien gegenüber diese Bedingung durchaus nicht als selbstverständlich angesehen werden kann?

Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand: weil das Geldkapital nicht wie das Realkapital einem unmittelbaren, unabwälbaren Zwangsangebot unterworfen ist. Niemand wird durch die Natur seines Kapitals gezwungen, das Geld zu verleihen. Kann man doch das Geld ohne Unkosten aufbewahren. Kann man heute keinen Zins ausbedingen, so schließt man das Geld einfach wieder ab. Denn das Geldkapital ist unverwüstlich. Seit mehr als 30 Jahren lagern in Spandau in einem Erdloch 100 Millionen und nicht ein Pfennig ist davon verlorengegangen. Von den Sorgen des Realkapitalisten ist mit der Einführung des herkömmlichen Geldes nichts auf den Geldkapitalisten übergegangen. Ich habe diese Realkapitalien vor den 5 Sinnen des Lesers vorbeidefilieren lassen; er weiß, was es für Dinge sind. Nun vergleiche er diese Realkapitalien mit dem Gelde, dann wird er wissen, warum der Zins beim Gelde selbstverständlich ist und beim Realkapital nicht.

Noch deutlicher wird der Kontrast zwischen Real- und Geldkapital jedoch hervortreten, wenn wir uns beide Kapitalien dem Einfluß einer Vermehrung ausgesetzt denken. Nehmen wir an, durch irgendein Ereignis erführe das Realkapital eine Verdoppelung. Was wäre die Folge? Natürlich doppelt starkes Angebot bei Anleihen und eine entsprechende Verschiebung in den Bedingungen der Anleihe (und des Lohnes).

Die gleiche Annahme beim Geldkapital hätte einfach einen Preisfall des Geldes den Waren gegenüber zur Folge; jedoch auf den nackten Zins, auf die Bedingungen der Anleihe wäre ein solches Ereignis ohne Einfluß. Man könnte den Vorrat an Gold, Silber oder Papiergeld um das 10-, 100- und 1000-fache vergrößern, von diesem Vorrat würde niemals ein Heller zinsfrei ausgeliehen werden.

Als mit der Entdeckung Amerikas Europa mit Geldmetall überschwemmt wurde, blieb der Zins; als John Law Papiergeld nach Wunsch des Volkes ausgab, blieb der Zins; als Marat die Zügel der Assignatenfabrikation in die Hand nahm, blieb der Zins; als die kalifornischen Abenteurer die Geldfabrikation der Welt beherrschten, blieb der Zins. Als man in Deutschland in dem eroberten französischen Golde schwelgte, blieb der Zins; als man in Argentinien in Papiergeld schwelgte, blieb der Zins; jetzt, da man in Mexiko in Silbergeld schwelgt, bleibt der Zins. Kurz, man kann das Geldkapital behandeln

und mißhandeln wie man will, Zins wird es unter allen Umständen abwerfen.

Unter allen überhaupt denkbaren Verhältnissen bleibt der Zins ein selbstverständlicher Begleiter des herkömmlichen Geldes.

Das ist eine Tatsache, die sich nicht bestreiten läßt, und diese Tatsache wollen wir jetzt als Grundlage benutzen, um das Verhältnis zwischen Geld- und Realkapital zu beleuchten.

Ich will der allgemeinen Ansicht entgegen den Nachweis erbringen, daß nicht der Geldzins sich dem Zins der Realkapitalien anpaßt, sondern daß umgekehrt der Zins der Realkapitalien voll und ganz vom Geldzins beherrscht und begrenzt wird. Ich will zeigen, wieso, wenn der Geldzins selbstverständlich ist, auch das Realkapital stets und unter allen Umständen Zins abwerfen muß. Ich will beweisen, daß die nackte sogenannte Mehrwertrate, auch wenn sie vom Realkapitalist, vom Unternehmer erhoben wird, weiter nichts als gemeiner Geldzins ist, nichts als ein Tribut, den das Geld für die Vermittlung des Warenaustausches erheben und *auf alle Fälle erpressen kann*.

Zunächst erinnere ich daran, daß mit der Ausbreitung und Vertiefung der Arbeitsteilung der Tausch und damit auch das Geld immer unentbehrlicher wird. Der unmittelbare Tausch, der sogen. Tauschhandel, ist heute für alle Waren so gut wie ausgeschlossen, und damit ist die Übergabe der Ware an den Handel, an den Kaufmann, zu einem materiellen Zwang geworden. So gut wie alle Waren werden heute kaufmännisch verhandelt. Der Kaufmann übernimmt die Produkte der Arbeitsteilung, die Waren, er bezahlt den Produzenten mit *Geld* und verkauft die Waren an den Konsumenten gegen Geld.

Die Kreditverkäufe werden wir später bei Ermittlung der Zinsgrenzen besprechen.

Der Kaufmann muß also den Geldbetrag der Waren vorschießen, denn zwischen Kauf und Verkauf liegt Zeit. Der Kaufmann diskontiert die Waren, ähnlich wie die Bank die Wechsel diskontiert. Da aber **selbstverständlich** niemand Geld ohne Zins vorschießt oder verleiht, so ist es klar, daß der Kaufmann den Austausch der Waren von einer entsprechenden Zinsvergütung abhängig machen wird.

In den Handel wird also keine Ware aufgenommen, die nicht eine Zins-Belastung trägt.

Ob dieser Zins dem Konsumenten im Preis zugerechnet oder dem Produzenten (Arbeiter) im Lohne abgerechnet wird, ist gleichgültig – da die Produzenten gleichzeitig Konsumenten sind.

Das heißt: Der Preis, den der Kaufmann nach Lage der Verhältnisse für die Ware zu erlangen hofft, muß unter allen Umständen ausreichen, um den Lohn des Arbeiters zu bezahlen und um den Geldvorschuß zu verzinsen. Daneben natürlich noch eine Entschädigung für die Arbeit des Kaufmannes. Betrachten wir den Detailpreis der Ware als den **natürlichen Lohn des Arbeiters**, so geht von diesem Lohe als erster und eherner Bestandteil der sogen. Mehrwertrate (Unterschied zwischen Detailpreis und Lohn) der Zins des kaufmännischen Geldvorschusses ab. Von dem *natürlichen* Lohne des Arbeiters zieht der Kleinhändler dem Großhändler, der Großhändler dem Unternehmer, der Unternehmer dem Arbeiter den Zins ab.

Kann der Zins nicht aus dem bestehenden Verhältnis zwischen Detailpreis und Lohn herausgeschlagen werden, so wird der Handel, die Vermittlung des Geldes abgelehnt und der Arbeiter feiert, wenn er es nicht für vorteilhafter hält, in seinen Lohnansprüchen dem Zins Platz zu verschaffen.

Es ergibt sich aus diesem Verhältnis, daß alle in den Handel aufgenommenen, vom Gelde konfirmierten, vom Gelde zu Rittern des Kapitals geschlagenen Waren an sich *Kapital* sind, d.h. es sind Waren, deren Marktverhältnisse vom **Gelde** als Tauschvermittler im voraus so vorbereitet wurden, daß der zu erwartende Erlös neben allen anderen Spesen auch noch den üblichen Zins decken kann. Das Geld ist also der eigentliche Quartiermacher des Warenkapitals.

Kapital kann nur gegen Kapital ausgetauscht werden; wenn also die Waren gegen Geld, das an sich Kapital ist (d.h. das Geld hat die Macht, Zins zu erheben) ausgetauscht werden sollen, so müssen die Waren erst zu Kapital gemacht werden.

Nehmen wir an, der Staat beabsichtigt, eine monopolisierte Ware – Salz z.B. zu einem festen Preis zu verkaufen. Wie kann er das erzwingen? Unzweifelhaft nur in der Weise, daß er die Produktion der Nachfrage anpaßt, die sich zu dem festgesetzten Preis einstellt. D.h. der Monopolist erreicht den gewünschten Preis durch Beherrschung der Produktion. Ganz gleich verlaufen die Sachen beim allgemeinen Austausch der Waren, den das Geld vermittelt und beherrscht. Wie das Salz notwendigerweise die für die Erzielung

des festgesetzten Preises nötigen Marktverhältnisse vorfindet, so finden auch regelmäßig die im Handel aufgenommenen Waren das Terrain für die Zinsforderung vorbereitet.

Die vom Handel aufgenommenen Waren sind also auf alle Fälle Kapital, weil das Geld Kapital ist, und das Geld ist Kapital, weil es den Warenaustausch monopolisiert, beherrscht und nach Bedarf beschränken und unterbrechen kann.

Wenn aber die Waren nur als Kapital zirkulieren können, so müssen notwendigerweise auch die Produktionsmittel Kapital sein, denn die Produktionsmittel sind ja alle aus Waren entstanden (Land- und Naturprodukte natürlich ausgenommen). Das sogenannte flüssige Kapital, das, was mit dem geliehenen Gelde heute gekauft wird, ist heute notwendigerweise Kapital, und das immobilisierte Kapital – also Fabriken, Werkzeuge, Maschinen, ist durch Verarbeitung von flüssigem Kapital entstanden. Wer würde aber ein Warenkapital zu Maschinen, etc. verarbeiten, wenn die Maschinen nicht auch Kapital wären, und den gleichen Zins erheben könnten, den die Ware und das Geld erheben kann. Also weil das Geld an sich Kapital ist, muß auch die Ware Kapital sein, und weil die Ware Kapital ist, müssen auch sämtliche Produktionsmittel Kapital sein.

Wir sehen manchmal, daß während einer Krise Unternehmer auch ohne Kapitalzins weiterarbeiten. In diesen Fällen sind die Produktionsmittel solcher Unternehmer kein Kapital mehr. Diese Ausnahmen brauchen keine Erklärung, denn sie sind durch die Krise erklärt.

Die Errichtung neuer, die Unterhaltung und Erweiterung der bestehenden gewerblichen Unternehmungen wird begrenzt von der Rentabilität, und unter Rentabilität ist der Zins zu verstehen, den das gleiche Quantum baren Geldes eintragen würde.

Keinem Arbeiter werden daher Produktionsmittel zur Verfügung gestellt werden, wenn er sich keinen Lohnabzug gefallen lassen will, der das von ihm besetzte Kapital verzinst, denn nur unter dieser Voraussetzung hat der Unternehmer sein Geld in die Produktionsmittel „gesteckt“.

Wie das Geld die Warenerzeugung den für die Erhebung des Zinses nötigen Absatzverhältnissen anpaßt bzw. beschränkt, so beschränkt auch wieder das Geld die Konkurrenz der Unternehmer den Arbeitern gegenüber so weit wie nötig, um den

Zins des Unternehmens von den Produkten der Arbeiter abziehen zu können.

Genau wie die kaufmännische Profitrate, so enthält auch der Unternehmensgewinn den Zins des in das Unternehmen „gesteckten“ Geldes als ehernen Bestandteil, als Grundlage aller Berechnung, als *selbstverständliche* Voraussetzung jeder industriellen Gründung.

Das industrielle Kapital, welches der Arbeiter in der Fabrik besetzt, kann man als einen Geldvorschuß des Unternehmers betrachten, der in der Maschinenanlage, etc. ein Pfand dieses Vorschusses behält und der die Abnutzungsprämie und den Zins dem Arbeiter an seinen Produkten abzieht. Wenn wir vom Bodenkapital absehen, so ist das ganze industrielle Kapital ein Geldkapital, denn es ist mit Geldkapital gekauft, getauscht, zusammengestellt, zusammengetragen worden. Am besten geht das aus dem ersten Blatt des Hauptbuches jedes Unternehmens hervor, dort ist das Gründungskapital mit einer Summe Geldes angegeben. Im Anfang war das Geld, und das Geld wurde zu einer Fabrik, und die Fabrik war das Geld.

Daß die Tätigkeit der Kapitalisten im allgemeinen, der einfachen Geldverleiher sowohl, wie der Kaufleute und Unternehmer sich auf einen Geldvorschuß beschränkt, hat auch u.a. Karl Marx erkannt und es wiederholt mit anerkennenswerter Deutlichkeit ausgesprochen. (S. Bd. 1 S. III-138, 154-173-186 usw.)

Marx war aber so vollkommen vom Glauben beherrscht, Ware und Geld seien völlig ebenbürtige Größen, daß er dieser Beobachtung nicht nur keine weitere Bedeutung beimaß, sondern daß er die Unebenbürtigkeit dieser beiden Dinge selbst dort nicht wahrnimmt, wo er sie selbst entschleierte. So sagt er Bd. 1 S. 110: „Geld, das dazu bestimmt wird, Ware zu kaufen, um sie zu verkaufen, *verwandelt* (!) sich in Kapital, wird Kapital und ist schon seiner Bestimmung (!) nach Kapital.“ So sei es. Aber, so hätte sich hier Karl Marx fragen müssen: Auf wessen Kosten verwandelt sich das Äquivalent in Kapital? Doch ganz allein auf Kosten der Ware, die er noch eben dem Gelde als völlig ebenbürtige Größe zur Seite gestellt hat. Sieht das nicht aus wie ein Ochse, der aus dem Geschirr auf den Wagen springt, die Peitsche ergreift und auf seinen Gefährten einhaut! außerdem gehört wohl noch etwas mehr dazu als das Wort des Besitzers, um einem Ding, mir nichts dir nichts, die Eigenschaft zu verleihen, sich anderen Größen gegenüber als Kapital zu erweisen. Wenn der Wunsch einen Profit einzuheimen genügt, um irgendein aus dem Verkehr gerissenes Ding, sagen wir einen Besen, zu Kapital zu machen, so wundert man sich, daß nicht alles und jedes „zu Kapital bestimmt“ wird. Aber heißt es: Das geht nicht

an, ein Ding kann nur auf Kosten der anderen Kapital sein. Ganz recht, aber diese Einwendung beantwortet die Frage nicht, warum sich gerade das Geld und nicht der Besen nach dem Willen des Besitzers in Kapital verwandeln kann. *Das Geld muß also Eigenschaften haben, die die Wünsche seines Besitzers unterstützen, Eigenschaften, die den Waren im allgemeinen abgehen, sonst ist die Sache unerklärliche Hexerei.* Unter Äquivalenten gibt es kein Kapital.

Marx bestimmt ein Geldstück A dazu, sich der Arbeitskraft B gegenüber als „Kapital“ zu erweisen. Aber B sieht in A sein „Äquivalent“ und hegt den dreisten Wunsch, dasselbe Kunststück A gegenüber zu versuchen.

Daß ihm das nicht gelingen wird, wissen wir. Aber warum nicht, wenn beides A und B ebenbürtige Größen sind? Ja, aber der Besitzer von A kann warten, das Geld läuft nicht fort, während B, die Arbeitskraft eine gar vergängliche Sache ist. Der Besitzer der Arbeitskraft *muß* seine „Ware“ verkaufen unter Strafe des Verlustes derselben, während der Besitzer des Geldes verlustfrei ausgeht. Ganz recht, aber dann sind A und B doch keine Äquivalente, wenn B unter Verkaufszwang steht, A aber nicht. Geben wir dem Kapitalisten statt des Goldes solche Dinge in die Hand, die der Besitzer von B mit dem Lohngeld kauft, z.B. Salat, Kartoffeln, Brot, etc., Dinge die ebenso vergänglich sind wie die Arbeitskraft selbst – ob da noch der Wunsch (!) und die Bestimmung (!) des Besitzers dieser Sachen genügen würde, um diese in „Kapital“ zu verwandeln?

Ein Geldstück kann sich einem anderen Geldstück gegenüber nicht als Kapital aufspielen, auch wenn sein Besitzer es zu dieser Rolle bestimmt. Warum nicht? Weil beide Geldstücke vollkommene Äquivalente sind. Aus demselben Grund aber ist Geld, das sich der Ware gegenüber in Kapital verwandelt, nicht gleichzeitig Äquivalent dieser Ware. das hätte sich Marx auf S. 110 des ersten Bandes sagen müssen, dann hätte seine Untersuchung vielleicht einen anderen Weg eingeschlagen.

Wenn man das Größenverhältnis zwischen Geldkapital und Realkapital (Häuser, Fabriken, Eisenbahnen, Waren, Vorräte, Vieh, etc. etc.) betrachtet und sich sagen muß, daß der Riese nur deshalb Zins abwirft, weil der Zwerg es befiehlt, so erkennt man erst, welche Macht in den Geldprivilegien steckt, diese Privilegien, von denen wohl jeder fabelt, deren Ursprung und materielle Unterlage aber nur wenige zu untersuchen sich veranlaßt gesehen haben.

Das kolossale Mißverhältnis zwischen diesen Größen und der Umstand, daß in den meisten Ländern das Geldkapital noch obendrein nur aus einem stinkenden Haufen klebrig

schmutziger Zettel besteht, ist die Ursache, warum man im allgemeinen dem Geldwesen so wenig Beachtung schenkt.

So sagt z.B. Dr. Knut Wicksell in seiner Schrift: Geldzins und Güterpreise: Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß noch in der Gegenwart viele selbst der hervorragendsten Nationalökonomien ohne eine wirkliche, logisch durchdachte Theorie des Geldes dastehen, ein Umstand, welcher der modernen Diskussion auf diesem Gebiete selbstverständlich nicht besonders förderlich gewesen ist.

Aus der Größe dieses Mißverhältnisses erwachsen auch die meisten Zweifel an der Wirksamkeit der Geldreform, die sich rühmt, allein für sich das gesamte mobile und immobile Kapital, mit alleinigem Ausschluß des Grundkapitals derart zu beeinflussen, daß es nach und nach die Macht einbüßt Zins erheben zu können.

Und doch, wie mancher von denen, die sich durch das genannte Größenverhältnis verblüffen lassen, hat nicht solch einer Parade auf dem Tempelhofer Feld beigewohnt, wo ein winziges Männlein mit einem Zeichen seines fast unsichtbaren Spießes eine ungeheure, dunkle Masse in Bewegung setzt, die mit dröhnendem Schritte den Erdboden erschüttert.

Und wie mancher hat schon viel größere Massen von Arbeitern feiern und arbeiten gesehen, je nachdem das Produkt der Arbeit mit 100 oder 101 abgesetzt werden konnte? Ich persönlich habe in Buenos Aires 45.000 feiernde Arbeiter in den Straßen demonstrieren gesehen, die nur deshalb ohne Brot und Arbeit waren, weil der Präsident die Aufrechterhaltung der auf eine allgemeine Herabsetzung der Preise zugespitzten Währungsgesetze proklamiert hatte. Es genügte dann, daß eine Revision genannter Gesetze in Aussicht gestellt wurde, um alle Fabriken wieder zu öffnen. Wer die Macht besitzt, durch Einzug von Geld eine Baisse und durch Ausgabe von Geld eine Hausse zu erzwingen, der hat auch die Macht, ähnlich dem General auf dem Paradenfeld, der gesamten industriellen Tätigkeit Halt oder Vorwärts zu kommandieren. Ich selbst mache mich anheischig, bloß mit den verkrüppelten Befugnissen der Reichsbank in kürzester Zeit die Kaufleute und Unternehmer in Verzweiflung zu bringen, die Arbeiter aufs Pflaster zu werfen, die Eisenbahnzüge anzuhalten, die Gruben zu versäufern, um dann acht Tage, nein 48 Stunden darauf den tollsten Boom, den die Welt gesehen, in Szene zu setzen. Kurz ich mache mich anheischig, auf Kom-

mando Boom und Krise in gewünschter Reihenfolge von Stapel zu lassen. Und dabei ist die Macht der Reichsbank gegenüber der Geldreform als ein verkrüppeltes Zwerglein anzusehen, denn während die Reichsbank in jeder Privatgeldreserve des In- und Auslandes, ja sogar in jedem Goldgräber einen Konkurrenten besitzt, der die Wirksamkeit ihrer Manöver, wenn nicht zu durchkreuzen, so doch zu erschweren vermag, wird mit der Geldreform die staatliche Emissionsbank absolute Beherrscherin des Geldmarktes. Niemand, weder die Goldgräber, noch Privatreserven im In- und Ausland werden unter der Geldreform die absolute Macht der Emissionsbank einschränken „denn die Geldreform löst alle Privatreserven auf, sie entzieht den Goldgräbern die Emissions-, den Ausländern die Interventionsrechte.

In der Behauptung, daß das gesamte nach hunderten von Milliarden zählende Kapital vom Gelde beherrscht wird, daß das gesamte Kapital Zins abwerfen **muß**, bloß weil das herkömmliche Geld **selbstverständlich** Zins erheben und nötigenfalls erpressen kann, liegt also durchaus nichts Absonderliches. Absonderlich ist diese Behauptung nur für diejenigen, die, je mehr sie von Geldprivilegien sprechen, fabeln, schwatzen, desto weniger mit diesen Privilegien rechnen.

Trotz der Tiefe der Auffassung, die Proudhon an zahlreichen Stellen seines bereits erwähnten Briefwechsels mit Bastiat über die Rolle des Geldes durchblicken läßt, wußte er doch nur wie alle anderen über das Wesen der Geldprivilegien zu fabeln: „Er sagt z.B. S. 121: Ganz anders würde es sein, wenn Gold und Silber nur gewöhnliche Waren wären; wenn man den Besitz von Thalern nicht höher anschlüge als den Besitz von Getreide, Wein, Öl oder Leder; wenn die einfache Fähigkeit, zu arbeiten, dem Menschen die gleiche Sicherheit böte, wie der Besitz von Geld. Unter jenem Monopol der Zirkulation und des Tausches wird der Zins für den Kapitalisten eine Notwendigkeit.“

Welcher Kontrast! Auf der einen Seite der leidenschaftlichste Kampf gegen die Wirkungen der Geldprivilegien, und hier die liederlichste, nachlässigste Gleichgültigkeit gegenüber dem Wesen dieser Privilegien. Warum sind denn Gold und Silber keine gewöhnlichen Waren? Warum werden sie höher angeschlagen? Warum geht denn dieser höhere Anschlag nicht einfach in den Preis des Goldes über – wie das doch bei jeder anderen Ware geschieht – die höher angeschlagen wird?

In den vorangehenden Ausführungen habe ich mich bemüht, diese Geldprivilegien ans Tageslicht zu ziehen. Aber

das gewonnene Bild erscheint in dem Umrissen noch sehr verschwommen und will ich jetzt versuchen, das Bild in schärferen Linien einzufassen.

Es fragt sich nämlich, wodurch der Zins begrenzt wird, warum der Kapitalist sich in der Regel mit 3 bis 4% begnügen muß, warum das Geld, welches den Austausch der Waren nach Wunsch vermitteln und unterbrechen kann, für die Vermittlung nicht? oder gar die Hälfte als Tribut verlangt. Je mehr, je besser muß es doch hier wie überall heißen.

Die Konkurrenz der Kapitalisten zur Erklärung dieser Tatsache heranzuziehen, ihr (wie es in der Regel geschieht) einen regulierenden Einfluß auf den Zins beizumessen, geht nicht an, weil ein solcher Einfluß durch die Reaktion in den Warenpreisen sofort neutralisiert wird. Denn wächst auch das Angebot bei Darlehen über das gewöhnliche Maß, etwa durch die Emissionen der Notenbank, oder durch die Emissionen der Goldgräber, oder einfach durch den Import fremden Geldes, durch die Heranziehung vergrabener Reserven, so steigen sofort die Warenpreise, und das erhöhte Preisniveau verschlingt das ganze Mehr des Darlehens, so daß für Darlehen nicht mehr übrig bleibt wie ehemals. Ich habe vorhin genug Beispiele aus der Währungsgeschichte aller Länder aufgeführt, aus denen wir ersehen können, daß eine vermehrte Konkurrenz unter den Geldkapitalisten noch **niemals** den Zins hat herabsetzen können. Im Gegenteil, die Erfahrung zeigt, daß vermehrtes Geldangebot, wenn auch nicht den reinen Zins, so doch den Zinsfuß regelmäßig heraufdrückt. Es gibt kein besseres Mittel, um den Zinsfuß heraufzutreiben, als eine stetige Vermehrung des Geldumlaufes, als eine stetige Vergrößerung in der sogenannten Konkurrenz der Geldverleiher.

Soll jedoch die Konkurrenz der Geldverleiher ohne Einfluß auf die Warenpreise bleiben, so muß sie sich darauf beschränken, **die aus der Zirkulation einlaufenden Gelder**, die verfallenen und einkassierten Wechsel, Schuldscheine, Dividenden, Renten, etc. etc. wieder in Umlauf zu setzen. Im normalen Verlauf der Dinge bleiben ja auch die dargeliehenen Gelder auf diese Summen beschränkt. Man verleiht tatsächlich immer nur die fällig gewordenen, vom Schuldner dem Umlauf entnommenen Gelder. Im normalen Verlauf der Dinge wird kein Dollar angeboten und der Zirkulation übergeben, der nicht

vorher der Zirkulation entzogen wurde. Man berieselt den Markt mit dem Geld, das man durch Drainage dem Markt entnommen hat.

Kann man unter solchen Verhältnissen nun von einer Konkurrenz der Geldkapitalisten reden? Die Konkurrenz von außen treibt die Warenpreise hoch und läßt den Zins unberührt, die von innen jedoch vermag nur Löcher auszufüllen, indem sie neue Löcher gräbt. Soll mehr Geld leihweise angeboten werden, so muß vorher entsprechend mehr Geld dem Verkehr entzogen werden – anders geht die Sache nicht. Es verhält sich hier genau wie mit einem Teiche, dessen Wasserspiegel dadurch gehoben werden soll, daß man das Saugrohr einer Pumpe in den Teich leitet und das geförderte Wasser dem Teiche wieder zuführt. Stellen wir, um den Zins herabzudrücken, eine doppelte Anzahl Sparer und Geldkapitalisten an, so ist der Erfolg genau derselbe, wie wenn wir statt mit einer Pumpe den Wasserspiegel des erwähnten Teiches durch die Konkurrenz von 2,5 auf 100 Pumpen zu heben versuchten.

Ich beobachtete einst einen biederen Basken, der sich mit beiden Füßen auf sein gestürztes Maultier stemmte und es dadurch aufzurichten suchte, daß er es mit aller Kraft am Schwanze zerrte. Der gleichen Hilfe, die dem Maultier hier zuteil wurde, erfreuen sich die Borger durch die Konkurrenz des Kapitalisten.

Es gibt daher keine Konkurrenz bei Gelddarlehen, denn sie ist sachlich unmöglich.

Dies ist auch die tiefere und letzte Ursache, warum die Diskontpolitik der Emissionsbanken weder den Zins noch die Preise zu regulieren vermag, warum alle auf eine bloße Reform der Diskontpolitik gestützten Feldzüge gegen den Zins (die Nationalbank Proudhon's, die freien Banken Bastiat's, die Vorschläge Flürscheim's) zur Assignatenwirtschaft oder zum Bankrott führen müssen.

Wo aber die Konkurrenz fehlt, da richtet sich die Forderung schließlich nur mehr danach, was der Abnehmer allenfalls noch zahlen kann oder zahlen will, und in dem Zins, d.h. dem reinen Zins, haben wir somit nicht die Minimalgrenze des Zinses zu erblicken, die durch die Konkurrenz der Geldkapitalisten gezogen wurde, sondern

die Maximalgrenze des Zinses,

den die Geldkapitalisten durch Unterbrechung des Warenaustausches überhaupt noch erpressen können. Genau wie der

Preis einer patentierten, konkurrenzlosen Ware oder eines Grundstücks nach dem in Geld umgerechneten Nutzen, den der Käufer erwartet, berechnet wird, und nicht durch die von den Produktionskosten gezogene Grenze der Konkurrenz.

Es fragt sich nun, welche Kräfte oder Dinge dem Zins die Grenze nach oben ziehen? Mancher wird hier gleich an den famosen ehernen Lohn des Tagelöhners denken, oder an den Grenznutzen, der aus dem in Realkapital umgesetzten Geldkapital erwartet werden kann. Aber dieser sogenannte ehernen Lohn hat sich doch im Schmelztiegel der Erfahrung als allzu reich an organischen Stoffen erwiesen, um noch zu den Mineralien gerechnet werden zu können. Und den Grenznutzen des Realkapitals mit 4% zu berechnen, heißt doch den Nutzen der Realkapitalien lächerlich gering einschätzen.

Dennoch muß die Grenze des Zinses durch irgendeinen Grenznutzen gezogen werden, denn anders läßt sich die Maximalgrenze des Zinses nicht finden. Nur liegt dieser Nutzen viel näher, als wo wir ihn eben suchten. Wir schweiften in der Ferne und suchten den Nutzen des Geldes in dem Nutzen der Realkapitalien, die man mit dem Gelde kaufen kann, währen dieser Nutzen im Gelde selbst steckt. Wir müssen den Grenznutzen des Geldes im Tauschmittel, nicht im Realkapital suchen. Wenn das Geld uns nicht als Tauschmittel nützlich wäre, wie ließe sich dann das Dasein des Geldes erklären? Die Produzenten verzinsen doch das Geldkapital nicht zum Vergnügen. Es ist der Nutzen, den man aus dem Geld als Tauschmittel zieht, der dem Verkehr das Geld aufzwingt. Diesen Nutzen des Geldes haben die Zinstheoretiker, haben überhaupt die Nationalökonomien in ihren Studien ganz vergessen. Keiner verweilt einen Augenblick bei der Frage: Wie groß mag dieser Nutzen sein, wer kassiert die diesem Nutzen entsprechende Gegenleistung ein?

Die Sparer oder Geldkapitalisten haben es in der Hand, die täglich fällig werdenden Gelder dem **Verkehr zurückzugeben oder es nicht zu tun**, von ihnen hängt es also ab, ob die Produzenten und Besitzer von Waren sich beim Austausch ihrer Waren des Geldes bedienen können oder ob sie sich auf andere Weise behelfen müssen.

Folglich können die Sparer und Geldkapitalisten eine Leistung von den Produzenten fordern, und zwar wird diese Leistung dem Höchstmaß des

Nutzens entsprechen müssen, der aus der Benutzung des Bargeldes beim Austausch der Produkte erwächst, da, wie wir gesehen haben, eine Konkurrenz unter den Geldkapitalisten unmöglich ist.

Mit anderen Worten:

Der Grenznutzen, der aus der Benutzung des Geldes als Tauschmittel gezogen werden kann, liefert die Maximalgrenze des nackten Zinses.

Man sagt oft, das Geld habe den Tauschhandel beseitigt. Das ist wahr nur soweit, als man unter Tauschhandel die roheste Form des Tauschhandels, die Bezahlung der Ware mit Ware, bezeichnet. Wenn wir aber den Warenaustausch unterscheiden in Handel, der *mit* bar Geld, und Handel, der *ohne* bar Geld vermittelt wird, und den ersten mit Geldwirtschaft und den zweiten Tauschhandel bezeichnen, so kann natürlich von einer völligen Beseitigung des Tauschhandels nicht mehr geredet werden. Es werden noch immer sehr viele Waren ohne Vermittlung des Bargeldes ausgetauscht, so namentlich im Außenhandel, der so gut wie gar kein Bargeld beansprucht.

Man hält den Tauschhandel überhaupt für viel schwerfälliger, als er tatsächlich wohl sein mag, und übersieht, daß die meisten unserer Handelseinrichtungen (Märkte, Warenhäuser, Stundung, Wechsel, Clearinghouses, etc.) eher eine Ausbildung des Tauschhandels, als eine solche der Geldwirtschaft bedeuten. Denkt man sich zum Tauschhandel einen Kaufmann, der mit allen Produkten handelt (Warenhaus), so fällt dadurch allein schon die Hauptschwierigkeit weg, die ja darin bestehen soll, gerade den Mann zu finden, der mir seine Sache abkaufen und mich mit der Sache bezahlen kann, die ich selber brauchte, denn hier im Warenhaus findet er alles, was er braucht, den Käufer und Verkäufer in einer Person.

Wenn diese Art des Warenaustausches nicht weiter bestünde und sich auch im Notfall nicht weiter ausbilden ließe, wenn die Waren ausnahmslos gegen Bargeld verkauft werden müßten, wenn es keinen anderen Ausweg gäbe, um die Waren an den Mann zu bringen, als den Verkauf derselben gegen Bargeld, so würde (bei dem Mangel an Wettbewerb unter den Geldverleihern) die Macht des Geldes und damit auch der Zins genau

zum Grenznutzen der Arbeitsteilung

hinaufreichen. Das heißt, der Zins, den die Geldkapitalisten

und Sparer beanspruchen würden, wäre so hoch, daß die Produzenten sich fragen müßten, ob es nicht besser wäre, zur Urwirtschaft zurückzukehren, statt Waren zu erzeugen.

Wenn der Suezkanal der einzige Weg nach Indien wäre, so könnte der Sultan das Kanalgeld bis zum Grenznutzen des Handels mit Indien heraufschrauben. Jetzt bleibt der Tarif begrenzt durch den Wettbewerb der Kamele und des Kapweges.

Solange aber dem Austausch noch andere, wenn auch unbeholfenere Auswege (Umwege) zu Gebote stehen, kann natürlich der Geldzins nicht höher als bis zu dem Punkte steigen, wo jene Auswege den Wettbewerb eröffnen könne. Darum ist aber auch der Geldzins weiter nichts als der in Geld umgerechnete Unterschied zwischen der Leistungsfähigkeit des Tauschhandels und der des Geldes.

Mit anderen Worten:

Durch den Zins wird das Bargeld auf das gleiche ökonomische Niveau aller übrigen Tauschmittel herabgesetzt.

Von öffentlichem Vorteil ist also das Geld heute nicht. Den Nutzen, den sein Gebrauch bietet, beanspruchen die Geldkapitalisten für sich. Es verhält sich mit dem Gelde genau so wie mit einer Eisenbahn, die für ihre Tarife nur den Wettbewerb der Lastwagen zur Richtung nimmt. Eine solche Bahn könnte man ohne öffentlichen Schaden entbehren.

Der Wege, um den Gebrauch des Geldes zu umgehen, gab es und gibt es mehrere. man kann sich mit Wechseln behelfen, besonders bei größeren Summen, im Großhandel, als Reserven, überhaupt im Verkehr der Kaufleute unter sich. Der Wechsel ist ja immerhin ein plumpes Tauschmittel; er ist an Ort, Verfallzeit, Datum, Firma gebunden, seine Sicherheit steht der des Bargeldes nach, und wo man über Papiergeld verfügt, da ist die Leichte Transportfähigkeit des Wechsels auch kein Vorzug mehr. Aber die Nachteile des Wechsels sind nicht unberechenbar große und fordert der Geldkapitalist zu hohe Zinsen, so tritt der Wechsel in Wettbewerb. Ist Seide zu teuer, so nimmt man Wolle.

Man kann auch die verkauften Waren stunden, bis daß der Käufer mit eigenen Produkten zahlen kann. Das ist im Vergleich zur Barzahlung auch sicher ein plumpes Mittel, aber man kann sich doch im Notfall, wenn der Gebrauch des Geldes zu kostspielig wird, damit behelfen; man hat in diesem

Notbehelf eine Waffe, um übertriebene Ansprüche der Geldkapitalisten zurückzuweisen. Im Großhandel, namentlich im Überseeverkehr, kommt dieses Hilfsmittel im größten Maßstab zur Anwendung, und hier muß der Geldkapitalist schon sehr bescheidene Ansprüche stellen, wenn sein Geld mit diesem Behelf des Handels konkurrieren soll.

Dann gibt es Fälle, wo es fraglich ist, ob die Arbeitsteilung, die Produktion von Waren, überhaupt noch von Nutzen ist. So namentlich in der Landwirtschaft und in den Hausindustrien der Frauen. Ein Bauer z.B. kann die Kartoffeln verkaufen und mit dem Geld Fleisch kaufen; er kann aber auch die Kartoffeln selbst verfüttern. Ob er sich für ersteres entscheidet, hängt von einem Rechenexempel ab, in dem 1 oder 2% sehr oft den Ausschlag geben werden. Wird nun der Tausch durch die Zinsansprüche des Geldes um 1 oder 2% verteuert, so läßt der Bauer den Tausch sein und er behilft sich mit der direkten Verfütterung der Kartoffeln. An diese Grenze in der Rentabilität der Arbeitsteilung reicht ein bedeutender Teil der Produktion heran, besonders in Kleinbetrieben. Manche Arbeiter, besonders in Dörfern und kleinen Städten, vermögen viele ihrer Bedürfnisse durch eigene Produktion zu decken, sie können aber auch in Fabriken für den Markt arbeiten und der Entscheid, ob sie diese oder jenes tun werden, wird gar oft von einer geringen Differenz gegeben werden. Kurz, eine verhältnismäßig großer Teil der Produktion steht auf der Nutzengrenze der Arbeitsteilung. wobei noch zu beachten ist, daß gerade diese, aus den kleinsten Betrieben kommenden Waren nur mit Bargeld verhandelt werden.

Allen diesen auf dem Wege der Stundung und mittelst Wechseln austauschbaren Waren, wie auch den Waren gegenüber, die auf der Nutzengrenze der Arbeitsteilung stehen, ist die Macht des Geldkapitals eine begrenzte. Bei einem sehr bedeutenden Teil der Produktion ist die Benutzung des Geldes zu umgehen, ja, wenn man den Freunden des Checkwesens, des Clearinghousesystems etc. Glauben schenken muß, so ließe sich sogar der weitaus größere Teil des Warenumsatzes mit Geldsurrogaten obiger Art vermitteln; was ich freilich persönlich für eine Übertreibung halte.

Ist nun der Vorteil, den das Bargeld als Tauschmittel gegenüber den oben erwähnten Hilfsmitteln des Handels bietet, eine ebenso konstante Größe, wie die des nackten Zinses? Wenn ja, dann ist die Erklärung für die überraschende Beharrlichkeit der Zinshöhe gefunden und die Richtigkeit unserer Theorie sowohl hinsichtlich der Ursache des Zinses wie auch in bezug auf die Grenzen des Zinses nach allen Seiten hin erweisen. Und mir scheint, daß wir es hier auch tatsächlich mit einer konstanten Größe zu tun haben. Dem Wechsel, der Stundung und auch dem direkten Tausch gegenüber hat das Bargeld seit jeher wohl immer die gleichen Vorzüge aufzuweisen gehabt wie jetzt; das heutige Geldwesen ist noch genau dasselbe wie vor 2000 Jahren, und es ist nicht einzusehen, durch welche Vorgänge im Handel die Vorzüge dieses Geldes gegenüber den anderen Hilfsmitteln des Warenaustausches größer oder kleiner werden konnten.

Die Sicherheit vielleicht ausgenommen; aber die veränderte Sicherheit des Wechsels kommt in der Risikoprämie und in einer entsprechenden Veränderung des Zinsfußes zum Ausdruck, so daß der Parallelismus nicht gestört wird.

Des gleichen können wir auch annehmen, daß der Umfang derjenigen Produktion, die auf der Nutzengrenze der Arbeitsteilung balanciert, relativ zur gesamten Produktion eine konstante Größe ist, da diese Grenze mit der Arbeitsteilung zusammen sich erweitern oder verengern muß.

Beispiel: Zwei Städte sind durch mehrere Straßen verbunden, die eine davon, die gerade, ist um 5% kürzer als alle übrigen, so daß die Benutzung derselben eine Ersparnis von 5% an Fracht bedeutet. Die gerade Straße ist Privateigentum, die anderen sind frei. Da nun die Fuhrleute zu den 5% Frachtersparnis noch die Annehmlichkeit der Zeitersparnis haben, so kann der Eigentümer ein Barrieregeld von 5% der Frachtkosten erheben und doch den gesamten Verkehr an sich reißen.

Über diese 5% hinaus kann jedoch das Barrieregeld nicht gehen, denn sonst werden die anderen Straßen benutzt, und unter 5% zu gehen ist nicht nötig, da die Konkurrenz fehlt. Und dieser Satz von 5% wird ewig der gleiche bleiben, ob auch sonst alle Verhältnisse ringsherum sich ändern mögen.

So ähnlich verhält es sich mit dem Gelde, den Geldsurrogaten und dem Zins. Das Geld ist die gerade Straße für den Austausch der Produkte, alle übrigen Straßen (Geldsurrogate) sind länger, und der Zins sagt in Prozent, wie viel länger sie sind. Da nun die gerade Straße, das Geld, seit seiner Einführung nicht an Geradheit

eingebüßt hat und die Umwege, also die Geldsurrogate nicht länger und krummer geworden sind, so mußte auch das Barrieregeld, der Zins, immer gleich hoch bleiben.

In dieser rohen Form vermag dieses Beispiel natürlich nur die Maximalgrenze des Zinses zu illustrieren, für alle übrigen Erscheinungen im Zinswesen ist dieses Beispiel nutzlos. Um es für diese Zwecke verwenden zu können, müßte man das Eigentumsrecht auf die gerade Straße in Aktien zerlegen und diesen Straßenaktien den Charakter eines staatlich privilegierten Geldes (Tauschmittel) erteilen. Dann würden wir folgendes beobachten:

1. Der Staat erteilt den Straßenaktien gesetzlichen und materiellen Umlaufzwang, indem er alle Abgaben in solchen erhebt, auch alle Tarife (Post, Telegraph, Eisenbahn, Zölle) sind in Geld (also Straßenaktien) berechnet.

2. Da die Straßenaktien auf alle Fälle 5% abwerfen an Dividenden, so wird niemand Waren mit diesen Aktien kaufen, um damit zu handeln, wenn er nicht bestimmt weiß, daß er sie zu Preisen wieder absetzen kann, die ihn mindestens für den Dividendenverlust entschädigen werden. Gestatten die Warenpreise dieses nicht, so bleiben die Waren liegen (Überproduktion).

3. Die Besitzer der Straßenaktien werden keine Fabriken errichten, Arbeiter beschäftigen, d.h. Löhne zahlen, wenn sie nicht sicher sind, daß zwischen Lohnausgaben und Verkaufspreisen der Waren Raum für eine ausreichende Entschädigung ist für die durch die Veräußerung der Straßenaktien ihnen entgehenden Dividenden. D.h. die Arbeitskraft muß zu Preisen angeboten werden, die einen den Dividenden der Straßenaktie mindestens gleichen „Mehrwert“ abwerfen.

4. Wächst die Zahl der Fabriken (Produktionsmittel) und infolge davon auch die Nachfrage nach Arbeitern dergestalt, daß die Löhne jene durch die Dividendenentschädigung gezogene Grenze überschreiten, so ziehen die Inhaber der Straßenaktien es vor, die Aktien zu behalten, statt sie in Löhnen zu veräußern. Die Arbeiter feiern alsdann, oder setzen ihre Ansprüche herunter (Arbeitslosigkeit).

5. Wird der Arbeitslohn so tief herabgedrückt, daß mehr als 5% an Mehrwert herausgeschlagen werden kann, so treten die Geldsurrogate in Wettbewerb, und die Straßenaktienbesitzer müssen ihre Ansprüche herabsetzen, wenn sie nicht auch die Dividenden verlieren wollen (Geldüberfluß in den Depositenbanken).

Also Waren, Produktionsmittel, Arbeitskraft werden in Kapital verwandelt, weil das Tauschmittel, das Geld, die Straßenaktie an sich ein Kapital ist.

Rekapitulation

Ursachen des Zinses

Der Zins ist bei Geldanleihen unter allen Umständen eine selbstverständliche Voraussetzung der Darlehen. (Bei Naturaldarlehen ist der Zins weder selbstverständlich, noch Voraussetzung.)

Der Zins ist selbstverständlich, weil das Geld keinem natürlichen Angebotszwang unterworfen ist (im Gegensatz zum Realkapital, das bedingungslos angeboten werden muß), was dem Geldkapitalisten gestattet, dem Verkehr das Geld nach Belieben zu übergeben oder zu entziehen, während andererseits eine Konkurrenz unter den Geldkapitalisten sachlich nicht möglich ist und der Warenaustausch die Vermittlung des Geldes nicht ohne Nachteil entbehren kann.

In vielen Fällen, z.B. im Verkehr des Privatmannes mit dem Staat (Post, Telegraph, Eisenbahn, Schulgeld, Zölle, Steuern, Monopole, Domänen und Jagdpacht, etc.), ferner auch im Verkehr mit völlig fremden Personen, zumal auf Reisen, ist der Gebrauch des baren Geldes gar nicht zu umgehen.

Das Realkapital wirft heute den gleichen Zins wie das Bargeld ab, weil seine Erzeugung vom Geldkapital abhängig ist, von ihm begrenzt und beherrscht wird. Es wird keine Fabrik gegründet, von der man nicht erwartet, daß sie mindestens den gleichen Zins abwirft, den das Geld vom Warenaustausch zu jeder Zeit erpressen kann.

Grenzen des Zinses

Eine Konkurrenz besteht unter den Geldkapitalisten niemals und unter keinen Umständen. Sie ist materiell unmöglich. Infolge dieses eigentümlichen Umstandes muß der Zins regelmäßig an den Grenznutzen heranreichen, der aus der Verwendung des Geldes gegenüber den anderen Hilfsmitteln des Tausches erwächst. Der Zins mißt den Qualitätsunterschied, der zwischen dem Bargeld und den übrigen Tauschmitteln besteht. Wenn der Verkehr mit Wechseln auskommen könnte, würde niemand einen Wechsel gegen Bargeld *diskontieren*, denn in diesem Falle wären Wechsel und Bargeld als Tauschmittel ebenbürtige Größen.

Die überraschende Beharrlichkeit in der Zinshöhe findet ihre natürliche Erklärung in der gleich großen Beharrlichkeit des Qualitätsunterschiedes zwischen Bargeld und den übrigen Hilfsmitteln des Warenaustausches.

Unter Grenzen des Zinses ist natürlich hier nur derjenige Zins gemeint, den das Geld aus eigener Macht infolge seiner Überlegenheit den Geldsurrogaten gegenüber erheben kann. Das hindert aber nicht, daß der Zins *aus anderen Gründen* zeitweise diese Grenzen durchbrechen kann, denn der Elemente, die das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage beeinflussen, gibt es ja viele. Bis jetzt hat aber das Geld regelmäßig alle anderen Elemente übertrumpft.

Daß der Realkapitalzins den Geldzins nicht dauern überschreiten kann, läßt sich auf folgende Weise (wie mir scheint) genügsam erklären:

Ein höherer Zinsertrag des Realkapitals als der Geldzins reizt natürlich zur Gründung neuer Unternehmungen, also zu einer Nachfrage nach Geld und neigt also zu einer Erhöhung des Geldzinses. Der Geldzins kann aber nicht, nach unserer Theorie, einen bestimmten Stand übersteigen, ohne eine extensive Verwendung von Geldsurrogaten hervorzurufen, was wiederum eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus zur Folge haben muß. Eine allgemeine Preissteigerung erzeugt aber erfahrungsgemäß fieberhafte industrielle Tätigkeit (Einstellung der Arbeiterreserve, Tag- und Nachtschicht, Überstunden) und hat notwendigerweise steigende Produktionsüberschüsse zur Folge. Diese Überschüsse, die sich wieder in Produktionsmittel verwandeln, bedeuten an sich eine vermehrte Nachfrage nach Arbeitern (10 Fabriken brauchen mehr Arbeiter als 9), also Lohnerhöhung. Diese Lohnerhöhung drückt dann den Zins des Realkapitals wieder auf die Grenze des Geldzinses hinab.

Die Probe auf das Exempel

Ort: Ein geschlossener Handelsstaat; der Bequemlichkeit halber als Insel gedacht. Die Insel besitzt ein einziges Exemplar einer Baumgattung (z.B. Nußbaum). Um diesen Baum läßt der Staat eine Mauer errichten, die Früchte (Nüsse) werden monopolisiert und als *Geld* in Umlauf gesetzt. Der Staat verschafft diesem Gelde dadurch Umlaufzwang, daß er die Steuern nach „Nüssen“ berechnet und in Nüssen erhebt und exekutorisch eintreibt. Also gesetzlicher Kurszwang. Dann werden die Produkte der Staatsdomänen (Holz, Salz, Wild, Eisenbahnfrachten, Telegraph, Post, indirekte Steuern, Schulgeld, Gerichtsbußen, etc. etc. und vornehmlich auch die Grund-

steuer (Bodenreform) gegen „Nüsse“ als Geld verkauft, und gleichzeitig der Umlauf und die Fabrikation von anderen Geldarten verboten. Also materieller Kurszwang. Das Tauchverhältnis zwischen Waren und Nüssen wird durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Viele Nüsse, großes Angebot von Nüssen, hohe Warenpreise, wenig Nüsse, kleines Angebot von Nüssen und niedrige Warenpreise.

I. Als Rechnungseinheit gilt zunächst **das Gramm**, d.h. die Nüsse werden gewogen, nach Gewicht verkauft. Die Rechnungen, Wechsel, Tarife, Steuerzettel lauten auf X Gramm Nüsse.

Den durch das Eintrocknen der Nüsse (Gewichtsabnahme) erwachsenden Verlust trägt der Inhaber; genau so wie heute der Inhaber der Waren, den aus ihrer Aufbewahrung erwachsenden Verlust persönlich zu tragen hat.

Wer nun ein Kilo in Nüssen durch den Verkauf seiner Produkte einkassiert, der hat, wenn er die Nüsse nach einiger Zeit nachwiegt, nur mehr 950–900–850 etc. Gramm. Es kann also nicht daran gedacht werden, die Nüsse (das Geld) zu sparen. Wer Geld (Nüsse) eingenommen hat, sieht sich durch die Natur dieses Geldes gezwungen, sich desselben auf irgendeine Weise zu entledigen und zwar sofort. Wer sparen will, muß dies auf irgendeine andere Weise tun; im Gelde selbst findet er keinen Rückhalt mehr. Im übrigen steht es ihm frei, seine Ersparnisse nach Gutdünken anzulegen. Er kann ein Haus kaufen, Maschinen, Aktien, Vorräte erwerben, er kann auch das Geld anderen verleihen, indem er Wechsel, staatliche und private Schuldverschreibungen erwirbt. Er kann alles das verrichten, was man heute in der Regel mit dem Gelde tut.

Wir können wohl hier annehmen, daß der Grundbesitz gegen solches Geld nicht oder nur zu Phantasiepreisen verkäuflich wäre. Im allgemeinen wird Ware gegen Ware, Kapital gegen Kapital vertauscht, Renten abwerfendes Land also nur gegen Zins tragendes Geld.

Nur eines kann er nicht. Die Ausnahmen in dieser Regel kann er nicht mitmachen. Er wird das Geld nicht infolge politischer oder wirtschaftlicher Konjunkturen auf unbestimmte Zeit dem Markte entziehen können, er wird das Angebot nicht verschleppen können, weil ihm der Zinsfuß nicht zusagt.

Sein Geld muß er unter allen Umständen immer wieder sofort in den Verkehr bringen, ganz einerlei ob Krieg in Aussicht ist, ob die Arbeiter um einer Lohnerhöhung willen streiken – der Umsatz des Geldes kann nicht vom Profit, Mehrwert, Zins abhängig gemacht werden. *Der Zins ist keine selbstverständliche Voraussetzung jeder Anleihe.*

II. Drehen wir den Spieß um. Als Rechnungseinheit gilt nicht das Gramm (Gewicht), sondern das Stück (die Zahl). Die Steuerzettel, Wechsel, Rechnungen, Preise lauten auf eine Anzahl Nüsse. Das Gewicht der Nüsse hat daher für den Inhaber keine Bedeutung mehr; die Nüsse gelten alle gleich - ob alt, ob frisch, ob leicht, ob schwer, es sind einfach Nüsse, genauso wie heute frische und alte Münzen gleich hoch geschätzt werden, genauso wie heute sich niemand daran stößt, daß die Silbermünzen nicht? des ihrem Preise entsprechenden Silbers enthalten. Der Staat ersetzt die unbrauchbar gewordenen durch neue und zwar kostenlos für den Inhaber.

Der Verlust, der dem Inhaber sonst aus der Aufbewahrung des Geldes (Nüsse) erwuchs, fällt weg. Durch das Aufbewahren nimmt die Zahl der Nüsse nicht ab; eine heute durch den Verkauf von Waren eingenommene Summe ist noch nach Jahr und Tag genau die gleiche.

Resultat: Die Nüsse werden als die beste und sicherste Ware, die auf dem Markt zu finden ist, betrachtet, und als Sparmittel angesehen und entsprechend behandelt. Wer Überschüsse macht, d.h. wem es gelingt, mehr Produkte zu verkaufen als er kauft, der behält den Unterschied in Form von Geld, und diesen Überschuß setzt er in Waren um, nur unter der Bedingung eines besonderen Vorteils (Profit). Niemand hat noch einen Vorteil solches Geld *zinsfrei* zu verleihen; kann man keinen Zins erheben, so behält man das Geld einfach zu Hause; der Zins wird zur *selbstverständlichen Voraussetzung jeder Anleihe*.

Die Nuß wird zum *Kapital*, sie zirkuliert nur noch als Kapital, der Kaufmann ersteht Waren, der Unternehmer bezahlt die Arbeiter nur unter der Bedingung, daß Ware und Arbeit zu Preisen abgesetzt werden können, die für den Geldvorschuß eine besondere Verfügung (Mehrwert) gewähren.

Im Falle I war die Nuß zwar Geld, aber als solches doch nicht besser, als die Waren im allgemeinen. Es war als Sparmittel nicht besser, als irgendeine Ware; es diente ausschließlich seinem unmittelbaren Zweck, dem Warenaustausch. Es konnte niemals und unter keinem Vorwand dem Verkehr entzogen werden. Wie die Kartoffeln nicht deshalb dem Markte entzogen werden können, weil der Preis zu niedrig erscheint, so war auch das Sinken und der gänzliche Wegfall des Zinses kein Hindernis für das Angebot des Geldes bei Anleihen.

Im Falle II war die Nuß ebenfalls Geld, aber gleichzeitig eine Ware, wie sie sonst auf dem Erdenrund nicht wieder zu finden ist, denn ihr Angebot konnte ohne Schaden für den Inhaber auf unbestimmte Zeit verschoben werden, während gleichzeitig die Nachfrage durch Gesetz gesetzlich verbürgt war. Wer mit dem Staatsbetrieb in Berührung kam, mußte sich vorher mit Nüssen versehen, aber bei dem Mangel an Angebotszwang (wie er im Falle I durch die Natur des Geldes herbeigeführt wurde) stand es dem Inhaber des Geldes frei, das Geld (Nüsse) anzubieten oder es nicht zu tun. Für eine Zwangsnachfrage war gesorgt, aber ein ausgleichendes Zwangsangebot fehlte. Der Bürger mußte seine Steuern mit Nüssen bezahlen, wo er diese herholen sollte, das war seine persönliche Sache. Mittelbar oder unmittelbar mußte er sich das Geld vom Kapitalisten oder Sparer holen. Dieser Mangel eines Angebotszwanges angesichts einer gesetzlich erzwungenen Nachfrage erhob das Nußgeld zu **Kapital**, d.h. es wurde nur unter der Bedingung des Zinses (Profit, Mehrwert) angeboten.

Und so muß es sein, wenn eine Sache als Kapital sich anderen Waren gegenüber aufspielen will; sie muß den Zins zur Bedingung stellen und die Annahme dieser Bedingung erpressen könne. Der Wunsch des Kapitalisten, wie Marx meint, genügt nicht; er bleibt ein frommer Wunsch, wenn er nicht durch besondere Eigenschaften des Dinges unterstützt wird.

Keine Ware, kein irdischer Gegenstand, auch das Gold und Silber [Wenn Gold kein Geld wäre, so würde niemand Gold borgen. Seitdem das Silber entmünzt wurde, hat niemand mehr eine Silberanleihe gemacht.] nicht, ist von Natur aus Kapital, aber auch das

Geld ist von Haus aus kein Kapital, wenn es demselben natürlichen Angebotszwang unterliegt, dem die Waren im allgemeinen unterworfen sind. Das haben wir im Falle I gesehen. Um ein Kapital zustande zu bringen, müssen die Vorrechte des Geldes mit den eigentümlichen Vorzügen der Edelmetalle vereinigt werden. Ein „Kapital“ ist also ein Kunstprodukt. Freiheit im Angebot, gesetzlicher Zwang in der Nachfrage – so wird das Geld zum Kapital.

Es ist leicht eine Maschine wieder in Gang zu bringen, wenn man weiß, wo der Schaden ist. Ebenso leicht ist es das soziale Zinsproblem zu lösen, wenn das wissenschaftliche Problem erledigt ist. Und ich glaube, letzteres Problem mit der vorangehenden Untersuchung in seinen Hauptzügen gelöst zu haben.

Falls ein Verdienst darin liegt, so will ich doch die Ehre dieses Verdienstes nicht auf meinem heiteren Gemüte und Gewissen lasten lassen. Diese Ehre mag dem Manne zukommen, der einst den Ausspruch tat:

„L'or est une sentinelle placée aux portes du marché et dont la consigne est: On ne passe pas“,

denn mit diesen Worten hat Meister Proudhon das Zinsproblem im wesentlichen gelöst. Ihm mag also billigerweise die „Ehre“ erwiesen werden; sie schadet ihm übrigens auch nichts mehr, denn er ist tot. Leider starb Proudhon, ehe er mit seinen Untersuchungen zu Ende war, aber jener Ausspruch zeigt deutlich, daß er der Lösung auf den Fersen war. Er brauchte sich nur mehr die Frage vorzulegen: Warum das Gold den Warenaustausch unterbricht? um in der Antwort, die diese Frage geradezu herausfordert, den Ariadnefaden des Problems zu finden.

Wir brauchen zur Lösung des sozialen Zinsproblems, zur Beseitigung des Zinses als chronische, wirtschaftliche Erscheinung, anstelle des herkömmlichen Geldes nur ein Tauschmittel einzuführen, das dem gleichen Angebotszwang unterworfen ist, wie das Realkapital, so daß der Zins bei Darlehen nicht mehr eine selbstverständliche Voraussetzung ist. Das erreichen wir mit der Geldreform.

Der Angebotszwang, der in der Natur des Realkapitals fest begründet ist, wird mit der Geldreform auf das Geldkapital übertragen, so daß die natürlichen Verhältnisse, die zur Zeit des Tauschhandels obwalteten, wieder hergestellt werden unter Umgehung der Schwierigkeiten, die diesem Handel anhaften. Der Tausch der Produkte wird alsdann nicht mehr davon abhängig gemacht werden können, daß diese Produkte

Kapital bleiben und Zins abwerfen, eine künstliche Beschränkung des Warenaustausches im Interesse des Zinses wird nicht mehr möglich sein. Und aus demselben Grunde wird auch die Produktion von Produktionsmitteln nicht mehr davon abhängig sein, daß diese Produktionsmittel „rentieren“, also außer der Abnutzungsprämie noch Zins abwerfen.

Genau wie beim Tauschhandel, so wird auch unter der Geldreform eine allgemeine Überproduktion an Waren (Reserven an Arbeitern und an Arbeitszeit) sachlich unmöglich sein, und der Überschuß der Produktion über den Konsum wird nicht mehr die Türen der Fabriken versperren, sondern die der Sparer und Kapitalisten. Man wird statt von einer Überproduktion an Waren von einer Überproduktion an Kapital sprechen, und darüber werden nicht die Produzenten (Arbeiter) klagen, sondern die Kapitalisten.

Die Beseitigung des Goldes, sagt Proudhon, eröffnet den Waren *unbegrenzten Absatz*, der Arbeit *unbegrenzte Gelegenheit*.

Anhang

Die Bestandteile des Brutto-Zinses (Zinsfuß)

Den Zinsfuß zerlegt man ganz allgemein

1. in den reinen Kapitalzins (Nettozins);
2. in die Risiko-Prämie;

aber zeitweise enthält der Zinsfuß noch ein drittes Element, nämlich

3. eine Vergütung für einen erwarteten Preisfall des Geldes (Verlust an Kaufkraft), die man nicht unpassend mit Ristorno bezeichnen könnte.

Um die Natur dieses dritten Bestandteiles des Bruttozinses richtig zu erfassen, ist die Erkenntnis unentratbar, daß zwischen einer allgemeinen Preissteigerung und einer Erhöhung des Zinsfußes ein innerer Zusammenhang besteht.

Wird eine allgemeine Preissteigerung erwartet, so wird die Aussicht auf den zu erwartenden Gewinn natürlich die allgemeine Kauf- oder Anlagelust wecken, da ja jeder sich mit möglichst großen Beträgen an den zu erwartenden Differenzen beteiligen möchte. Wer über bares Geld verfügt und solches bisher in Darlehen verwertete, sucht selber das Geschäft zu machen, und die anderen, die mit geliehenen Geldern zu arbeiten pflegen, vergrößern ihre Ansprüche an die Geldinstitute bis zur Grenze ihres Kredits.

Mit dem gemessen, was mit dem erborgten Geld erstanden wird, nimmt der materielle Inhalt der Geldschulden im gleichen Verhältnis zur Preissteigerung ab; man bezahlt am Verfalltag nominell die gleiche, materiell aber eine geringere Summe als die erhaltene zurück. Hat z.B. jemand für den Betrag eines diskontierten Wechsels Waren, Aktien, Grundstücke gekauft, die am Verfalltage 10% höher im Preis stehen, so kann er mit 9/10 dieser Waren den Wechsel einlösen.

Es ist also klar, daß eine erwartete allgemeine Preissteigerung die Ansprüche an die Geldverleiher vergrößern muß und daß diese dadurch in die Lage versetzt werden, einen höheren Zinsfuß ausbedingen zu können.

Die Erhöhung des Zinsfußes ist somit darauf zurückzuführen, daß nach allgemeiner oder vorherrschender Ansicht eine Preissteigerung im Anzuge ist. Sie gründet in letzter Linie darauf, daß die Borger hoffen, sich ihrer Verbindlichkeiten mit einem Teil der für das geborgte Geld erstandenen Waren entledigen zu können.

Die Erhöhung des Bruttozinses kann man also ganz gut als eine Rückvergütung für den in der allgemeinen Preissteigerung bedingten Verlust an Kaufkraft des Geldes auffassen. Bedenkt man, daß die Geldverleiher sich vor diesem Verlust nur durch den Verkauf des Geldes (Ankauf von Waren) schützen können und daß sie auf dieses Auskunftsmittel nur deshalb verzichten, weil die Erhöhung des Zinsfußes sie teilweise wenigstens entschädigt, so wird es ganz klar, daß es sich bei der Erhöhung des Zinsfußes nur um eine Rückvergütung handelt, die mit dem Kapitalzins ebensowenig zu tun hat wie die Risiko-Prämie.

Natürlich wird dieses dritte Element des Zinsfußes sofort verschwinden, sowie die erwartete allgemeine Preissteigerung sich verwirklicht hat; nicht die eingetretene Preissteigerung, sonder die Erwartung einer solchen, die Hoffnung auf einen künftigen, noch nicht zur Tat gewordenen Preisunterschied reizt zum Kauf, zur Anlage des Geldes, und bewirkt, daß die Ansprüche an die Geldinstitute steigen. Sowie die Hoffnung auf eine weitere Preissteigerung schwindet, fehlt auch der Reiz zum Kauf, und die Gelder kehren zur Bank zurück. Dann fällt der Zinsfuß; der Ristorno scheidet aus den Elementen des Zinsfußes aus. selbstverständlich verschwindet bei einem erwarteten allgemeinen Preisrückgang sofort jede Spur eines Ristornos aus dem Zinsfuß.

Die Höhe des Ristornos richtet sich natürlich ganz nach dem Umfang der erwarteten allgemeinen Preissteigerung. Erwartet man eine sprungweise, schnelle und starke Preissteigerung, so werden die Ansprüche an die Geldinstitute auch gleich in dasselbe Tempo verfallen, und der Zinsfuß wird sprungweise, schnell und stark steigen.

Als man vor 4 Jahren in Deutschland (stark à la hausse spekulierte) eine allgemeine Preissteigerung erwartete, stieg der Zinsfuß auf 6%; kurz darauf erwartete man einen Rückschlag, und der Zinsfuß fiel auf 3%. Den Unterschied können

wir hier getrost auf Rechnung des Ristornos setzen. In Argentinien stand der Zinsfuß zeitweise auf 15%, damals als die unausgesetzte Vermehrung des Papiergeldbestandes alle Preise sprunghaft in die Höhe trieb, nachher, als man anfangs, das Papiergeld einzuziehen, fiel der Zinsfuß unter 5%. Hier haben wir einen Ristorno von 10% zu verzeichnen. In Kalifornien gab es eine Zeit, wo 2% für einen Monat nicht als übermäßiger Zinsfuß betrachtet wurde. So sagt Henry George, und das war damals, als man in Kalifornien massenhaft Gold fand.

Da es für eine allgemeine Preissteigerung keine Grenze gibt (für 1 Pfd. Kerzen zahlte man in Paris 100 Livres in Assignaten), so kann auch dem Ristorno keine Grenze gesteckt werden. Es lassen sich ganz gut Verhältnisse denken, unter denen Zinsfuß resp. Ristorno auf 20, 50, ja 100% steigen würde. Es kommt ganz darauf an, wie hoch die allgemeine Preissteigerung geschätzt wird, die man bis zum Fälligkeitstag erwartet. Würde sich z.B. die Nachricht verbreiten, daß unter der Eisdecke Sibiriens ein neues Dorado entdeckt worden, welches alles bisher dagewesene an Ergiebigkeit überragte, würden als Bestätigung dieser Nachricht auch schon große Goldvers Schiffungen gemeldet, so ist es sicher, daß eine allgemeine Kauflust eintreten und die Ansprüche an die Geldverleiher ins Grenzenlose steigen würden. Der Zinsfuß würde infolge der Goldfunde eine nie gesehene Höhe erreichen. Bis zur vollen Höhe der von der allgemeinen Preissteigerung erwarteten Differenz wird der Ristorno natürlich nicht steigen können, da ja sonst der erwartete Verdienst durch den Diskont vorweggenommen würde. Der Ristorno wird der erwarteten Differenz aber um so näher kommen, je begründeter oder gesicherter die erwartete allgemeine Preissteigerung erscheint.

Er sind in verschiedenen Ländern auf Drängen der Gläubiger Gesetze erlassen worden, die darauf zugespißt waren, die Preise der Waren auf ein niedriges, früheres Niveau herabzusetzen (durch Einzug des in Übermaß verausgabten Papiergeldes, durch die Entmünzung des Silbers, usw.). Noch vor wenigen Jahren bestand in Argentinien ein solches Gesetz, welches das allgemeine Niveau der Preise von 3 auf 1 herabsetzen sollte.

Würde man heute in irgendeinem Lande den Wünschen der Schuldner nachgebend umgekehrt die Warenpreise durch progressive Vermehrung des Geldumlaufs in die Höhe treiben, so zwar, daß man mit Bestimmtheit darauf rechnen könnte, daß in einem Jahr die Preise im allgemeinen 20% höher wären, so würde die Sicherheit der erwarteten Differenz den Ristorno jenen 20% sehr nahe bringen.

Die Anerkennung des Ristornos als einen besonderen Bestandteil des Zinsfußes ist für die Erklärung der meisten Erscheinungen auf dem Gebiet des Zinswesens unentratbar.

Wie will man, um nur ein Beispiel anzuführen, die Tatsache erklären, daß gewöhnlich Zinsfuß und Sparkasseneinlagen zusammen steigen, wenn man andererseits nicht den Grundsatz fahren lassen will, daß der Zins vom Lohn abgezogen wird?

Die Zergliederung des Zinsfußes in Zins, Risiko und Ristorno löst diesen scheinbar unlösbaren Widerspruch auf völlig befriedigende Weise. Von dem Zinsfuß geht nur der reine Kapitalzins vom Lohn ab, der Ristorno löst sich in die erhöhten Warenpreise auf. Folglich ist der Arbeiter (dessen Lohn ja auch die Bewegung nach oben mitmacht) an dem erhöhten Zinsfuß völlig unbeteiligt. Er bezahlt erhöhte Warenpreise und erhält entsprechend höheren Lohn. Das gleicht sich aus. Der Bürger zahlt höheren Zinsfuß und erzielt einen erhöhten Preis. Das gleicht sich auch wieder aus. Der Kapitalist erhält sein Geld gestäubt und geschunden zurück, aber dafür einen erhöhten Zins. Das gleicht sich nicht minder aus. Nun fehlt noch die Erklärung für die erhöhte Spareinlage. Diese muß nun die Tatsache liefern, daß bei einer allgemeinen Preiserhöhung der Waren (Hochkonjunktur) es niemals an Arbeitsgelegenheit fehlt.

Also nicht der Zins, sondern nur der Zinsfuß steigt zusammen mit den Sparkasseneinlagen.

Der reine Kapitalzins eine eherne Größe?

Wir haben eben gezeigt, daß solange eine allgemeine Preissteigerung in Aussicht steht (bei sogenannten Hochkonjunkturen) der Zinsfuß zum Kapitalzins und der Risikoprämie noch ein drittes Element, den Ristorno, aufnimmt. Es ergibt sich daraus, daß, wenn wir die Schwankungen des *Kapitalzinses* feststellen wollen, der *Zinsfuß* der verschiedenen Zeiträume nicht so ohne weiteres miteinander verglichen werden kann. Das würde zu ebenso falschen Schlüssen führen, wie wenn man den Geldlohn verschiedener Perioden oder Länder ohne Rücksicht auf die Warenpreise miteinander vergleichen wollte.

Da aber, wie bemerkt, der Ristorno nur zusammen mit einer allgemeinen Aufwärtsbewegung der Warenpreise auftritt, und damit zusammen wieder verschwindet, so können wir als sicher voraussetzen, daß der Zinsfuß während der sogenannten Baisseperioden, deren die Geschichte mehrere aufweist, nur aus Kapitalzins und etwaiger Risikoprämie besteht. Der Zinsfuß aus solchen Perioden eignet sich also vortrefflich zur Ermittlung der Bewegungen des Kapitalzinses.

Eine solche Periode allgemeinen und unaufhaltsamen Preisrückganges war bekanntlich die Zeit vom 1. Jahrhundert v. Chr. bis Columbus. Während dieser langen Periode war der Geldumlauf ausschließlich auf Gold und Silber beschränkt (also kein Papiergeld), dabei waren die Fundgruben dieser Metalle, namentlich die spanischen Silberminen, erschöpft und das aus dem Altertum stammende Gold war durch Zinsverbote (wenn auch unwirksame) an der Zirkulation behindert und ging nach und nach verloren. Der allgemeine Preisrückgang ist also durch allgemein anerkannte Tatsachen reichlich begründet und wird auch von keiner Seite bestritten.

In dem Werk Gustav Billeter's: Die Geschichte des Zinsfußes im Gr. Römischen Altertum bis auf Justinian finde ich nun folgende Angaben, die wie mir scheint, auf gewissenhafter Prüfung des Tatsachenmaterials gründen:

S. 163: In Rom finden wir für den Zinsfuß seit Sulla (82–79 v. Chr.) schon die wesentlichen Typen fixiert: 4–6%.

S. 164: Cicero schreibt gegen Ende des Jahres 62: Solide, zahlungsfähige Leute bekommen zu 6% Geld in Hülle und Fülle. Billeter fügt hier bei: Man sieht, daß darin schon eine Tendenz zum

Sinken angedeutet liegt; in der Tat werden wir bald darauf schon einen niedrigeren Satz finden.

S. 167: Der Zinsfuß war in den Kriegszeiten (um das Jahr 29) 12%, d.h. selbst solide Leute mußten so viel bezahlen. Von 4–6% war man also zu 12% gelangt. Nun wurde rasch wieder der ehemalige Stand von 4% erreicht.

Bemerkung: Der vorübergehende Zinsfuß von 12% in Kriegszeiten ist vielleicht durch eine besonders große Risikoprämie genügend erklärt.

S. 180: Römische Kaiserzeit vor Justinian: Für sichere Anlagen finden wir 3–15% und zwar ist 3% recht vereinzelt, der Satz erscheint deutlich als der niedrigste, auch bei rentenartigen Anlagen. 15% ist ganz vereinzelt, 12% nicht eben selten, aber doch nicht typisch, 10% vereinzelt. Der eigentliche Typus liegt zwischen 4–6%, wobei innerhalb dieser Sätze sich weder eine zeitliche noch örtliche Differenzierung nachweisen läßt, sondern durchweg nur eine solche nach der Art der Anlage, indem 4% einen niedrigeren Typus, 6% den ganz normalen, 5% den dazwischen liegenden Satz für sehr gute Anlagen, bzw. auch einen normalen Satz für Anlagen gewöhnlicher, durchschnittlicher Sicherheit darstellt. Als ausgesprochen mittlere Zinsrate finden wir ebenfalls 4–6% (nie 12%); als Kapitalisierungsrate 4% und 3½%.

S. 314: Die Zeit Justinian (527–565 n. Chr.). Ziehen wir die Schlußresultate. Wir sehen, daß unter besonderen Umständen die Kapitalisierungsrate bis gegen 8% ansteigen oder bis auf 2% oder gegen 3% sinken kann. Was die mittleren, durchschnittlichen Sätze anbetrifft, so fanden wir 5% als wahrscheinlich normal durchschnittlich, vielleicht ein wenig zu hoch; 6,7% ebenfalls als mittlere Rate, aber jedenfalls etwas hoch gegriffen, so daß dieser Satz nicht mehr als ganz gewöhnliches Mittel gelten kann. Wir werden also wohl am richtigsten von etwas unter 5 bis gegen 6% die eigentliche Mittellage ansetzen.

Die Untersuchungen Billeters schließen hier mit der Zeit Justinians ab. Rekapitulieren wir kurz die gemachten Angaben:

Zur Zeit Sullas (82–79 v. Chr.) bezahlte man 4–6%. Zur Zeit Ciceros (62 v. Chr.) war zu 6% Geld in Hülle und Fülle zu haben. Nach einer durch Krieg verursachten kurzen Unterbrechung (29 v. Chr.) behauptete sich wieder der ehemalige Zinsfuß von 4%. Während der Römischen Kaiserzeit vor Justinian war der eigentliche Typus 4–6%. Während der Regierung Justinians (527–565) betrug der mittlere Zinsfuß 5–6%.

Was bedeuten nun diese Zahlen? Nun, daß während eines Zeitraumes von 600 Jahren der Zinsfuß fast genau den gleichen Stand einnahm wie heute, 1½ Jahrtausend später. Der

Zinsfuß stand vielleicht mit 4–6% eine Kleinigkeit höher als heute, aber diesen Unterschied kann man vielleicht auf Rechnung der Risikoprämie setzen, die im Altertum und Mittelalter höher angesetzt werden mußte, als heute, wo Religion, Moral und Gesetz den Zins in Schutz genommen haben.

Diese Zahlen beweisen, daß der Zins unabhängig ist von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnissen; diese Zahlen schlagen den verschiedenen Zinstheorien und namentlich den Nutzungstheorien (die einzigen, die wenigstens noch den Schein für sich haben) direkt ins Gesicht. Wenn man für ein modernes Produktionsmittel, z.B. Dampfdreschmaschine, Selbstbinder, Repetiergewehr, Dynamit, usw. denselben Zins zahlt, wie vor 2000 Jahren für Sichel, Dreschflegel, Armbrust oder Keil, so beweist dies doch klar genug, daß der Zins nicht von der Nützlichkeit oder Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel bestimmt wird.

Diese Zahlen bedeuten, daß der Zins Umständen sein Dasein verdankt, die schon vor 2000 Jahren und während eines 600-jährigen Zeitraumes in fast genau der gleichen Stärke wie heute ihren Einfluß ausübten. Welche Umstände, Kräfte, Dinge sind das? Keine einzige der bisherigen Zinstheorien gibt uns auch nur eine Andeutung für die Beantwortung dieser Frage.

Billeters Untersuchungen schließen leider mit Justinian ab und, soweit ich unterrichtet bin, fehlen zuverlässige Untersuchungen über den folgenden Zeitraum bis Columbus. Es wäre übrigens wohl auch schwer, für diesen Zeitabschnitt zuverlässiges Material zusammenzutragen, wenigstens aus den christlichen Ländern, weil das Zinsverbot immer strenger gehandhabt wurde, weil mit dem fortschreitenden Mangel an Geldmetallen der Geldverkehr und der Handel immer mehr zusammenschumpften, und dann auch, weil die lokalen Herabsetzungen des Münzfußes, die jetzt größeren Umfang annehmen, den reinen Kapitalzins im Zinsfuß nicht mehr erkennen lassen.

Wenn Papst Clemens V. auf dem Concil zu Vienne (1311) weltliche Obrigkeiten, welche zinsfreundliche Gesetze erlassen, mit der Exkommunikation bedrohen konnte, [Böhm-Bawerck – Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorie] so zeigt das, wie schwach der

Handel damals, wie vereinzelt Darlehensgeschäfte vorkamen. Einzelnen Sündern gegenüber konnte der Papst mit Strenge auftreten; wäre der Handel damals lebhafter und die Übertretung des Zinsverbotes eine alltägliche Erscheinung gewesen, so hätte sich der Papst keine solche Drohung erlauben dürfen. Das beweist die Tatsache, daß mit der Belebung des Verkehrs durch das amerikanische Gold auch die kanonische Gegnerschaft des Zinses sofort verflaute.

Mit der Entdeckung Amerikas beginnt die Preisrevolution des XVI. und XVII. Jahrhunderts. Die Preise stiegen unaufhaltsam, und der Zinsfuß wurde mit einem schweren Ristorno belastet. So darf man sich nicht wundern, wenn der Zinsfuß während dieser ganzen Zeit sehr hoch stand.

Adam Smiths Inquiry into the nature of Wealth entlehne ich folgende Zahlen: 1546 wurde 10% als die gesetzlich zulässige Grenze des Zinsfußes erklärt. 1566 wurde dies Gesetz durch Elisabeth erneuert und 10% blieb gesetzlich zulässig bis 1624.

Um diese Zeit war die Preisrevolution im wesentlichen beendet und die allgemeine Preissteigerung in ein ruhiges Tempo verfallen. [Dr. Georg Wiebe – Geschichte der Preisrevolution des XVI. und XVII. Jahrh., s. Tabelle 376] Gleichzeitig mit dieser Entwicklung geht denn auch der Zinsfuß zurück. 1624 wurde der Zins auf 6% herabgesetzt und 1715 auf 5%.

„All these different statutory regulations seem to have followed, and not to have gone before, the market rate of interest.“ So sagt Adam Smith.

Seit Königin Anna (1703/14) scheint 5% eher über als unter der „market rate“ gewesen zu sein. Natürlich, denn zu dieser Zeit war die Preisrevolution beendet, und der Zinsfuß bestand jetzt nur mehr wie während des Mittelalters aus Kapitalzins und Risikoprämie.

Vor dem letzten Krieg, sagt Smith, borgte die Regierung zu 3%, and people of good credit in the capital and in many other parts of the kingdom, at three and a half, four and four and a half per cent.

Also genau dieselben Verhältnisse, die wir jetzt haben.

Soll ich noch mehr statistisches Material zusammentragen zum Beweis, daß der reine Zins eine eherne Größe ist, daß der reine Kapitalzins nicht unter 3% fällt, nicht über 4%

steigt, daß alle Schwankungen des Zinsfußes nicht auf Schwankungen des Kapitalzinseszinses zurückzuführen sind? Wann ist in der Neuzeit der Zinsfuß gestiegen? Immer nur zusammen mit den Güterpreisen. Nach den kalifornischen Goldfunden stieg der Zinsfuß so hoch, daß die verschuldeten Agrarier trotz den erhöhten Getreidepreisen über Notstand klagten; mit der Erschöpfung der Goldminen fielen die Preise – zusammen mit dem Zinsfuß. Dann kamen die Milliarden, hohe Preise, hoher Zinsfuß. Mit dem großen Krach fielen die Preise und der Zinsfuß. Während der letzten Hochkonjunktur 1897 bis 1900 war auch der Zinsfuß gestiegen; jetzt sind die Preise wieder gefallen, und der Zinsfuß ist auch wieder niedrig. Kurz, rechnet man überall vom Zinsfuß den auf Rechnung der allgemeinen Preissteigerung zu setzenden Ristorno ab, so bleibt als Zins eine eiserne Größe zurück.

Warum fällt der Zins niemals unter 3, warum geht der Zins nicht auf 0 zurück, und wenn es auch nur vorübergehend wäre, einen Tag im Jahr, ein Jahr im Jahrhundert, ein Jahrhundert in zwei Jahrtausenden?

Warum steigt der Zins nicht zuweilen auf 10–20–50%, wenn auch nur vorübergehend, ausnahmsweise, zur Bestätigung der Regel, zum Beweis für die Richtigkeit der Annahme, daß Nachfrage und Angebot nicht allein den Zinsfuß, sondern auch den reinen Kapitalzins bestimmen?

Die Geld- und Bodenreform

Bd. 2.

Oktober 1904

Nr. 7 – 8

Die goldene Regel in der Volkswirtschaft

„Liebe deinen Nächsten wie dich selbst; tue jedem anderen, was du willst, daß er dir tun soll; und tue keinem anderen, was du willst, daß er dir nicht tun soll. Du brauchst nur dieses Gebot allein; es ist die Grundlage aller anderen Gebote.“
Konfutse.

„In der sozialen Ordnung ist die Gegenseitigkeit die Formel der Gerechtigkeit. Die Gegenseitigkeit ist in der Vorschrift ausgedrückt: Tue anderen was du willst, daß man dir tue; in der Sprache der pol. Ökonomie ausgedrückt: Tauscht die Produkte gegen andere Produkte, kauft euch eure Sachen gegenseitig ab. Die Organisation der gegenseitigen Beziehungen, das ist die ganze soziale Wissenschaft. Gebt dem sozialen Körper eine vollkommene Zirkulation, d.h. einen exakten und regelmäßigen Tausch der Produkte gegen Produkte und die menschliche Solidarität ist eingeführt; die Arbeit organisiert.“

Proudhon (s. Diehl S. 43–90)

„Wie sollte die Staatsgewalt, wenn die **Nachfrage** das belebende Prinzip der ganzen Wirtschaft, relativ immer mehr zusammenschumpft in diesem zentralen Punkte durch Machtbefehl Wandel schaffen?“

Konrad Schmid. Sozial. Mtshefte S. 676

Ja, wie kann die Staatsgewalt hier Wandel schaffen, wie kann man es erreichen, daß das erste und letzte Gebot der Volkswirtschaft respektiert werde, daß die goldene Regel „Kaufe, damit andere dir deine Produkte abkaufen können“ von allen Bürgern ohne Ausnahme zur Richtschnur genommen werde?

Sollen wir durch Polizei und Gendarmen die Käufer an ihre Bürgerpflichten erinnern? Sollen wir Bußen denen auferlegen, die ihre Pflichten versäumen? Vor allen Dingen wäre da die Frage zu beantworten: Wer sind die säumigen Käufer? Viele sind da, gar zu viele, die gerne kaufen würden auch ohne Polizei und Bußen, wenn sie nur könnten. Aber zum Kauf braucht man Geld, nur Geld, und die erste Bedingung für das richtige Walten der goldenen Regel wäre also *Geld*.

Jedoch, es wäre verfehlt, aus dieser ersten Erkenntnis zu schließen, daß man nun Geld fabrizieren soll, nötigenfalls aus

Papier und daß man dieses Geld denen geben soll, die nicht kaufen können, weil sie kein Geld haben. Schon viele haben aus der goldenen Regel diesen falschen Schluß gezogen. Falsch ist der Schluß, weil das darauf gegründete Rezept die Medikamente außerhalb der Zirkulation nimmt, weil gar bald wohl Käufer, aber nicht genügende Verkäufer da wären. Es wäre eben keine Zirkulation, keine Gegenseitigkeit mehr. Kauft euch eure Produkte *gegenseitig* ab, so lautet die goldene Regel der Volkswirtschaft. Der Käufer muß also selbst Produkte haben, damit er zum Kauf berechtigt sei. Nicht denen, die nichts haben, soll man Geld geben, sondern denen, die mit Ware versehen sind, soll man die Ware mit Geld abnehmen. Es muß also so viel Geld angeboten werden, wie Ware angeboten wird: Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Auch aus dieser zweiten Erkenntnis hat man falsche Schlüsse gezogen. Wenn für den Tausch aller Produkte das angebotene Geld nicht ausreichend ist, so soll mehr Geld gemacht werden – so sagte man. Falsch ist dieser Schluß, weil er nicht untersucht, ob der Mangel an Geld vielleicht nicht daher kommt, daß von dem vorhandenen Geld nicht genügend angeboten wird, weil er Angebot von Geld und Geldvorrat als gleichbedeutend betrachtet. Falsch ist auch wieder dieser Schluß, weil er von der goldenen Regel abweicht, die da sagt – kauft euch eure Produkte gegenseitig ab; kaufe so du willst, daß man dir deine Sachen abkauft. Woher stammt das Geld, das du in deiner Sparkasse, in deinem Bankkonto hast? Direkt oder indirekt vom Verkauf von Waren. Dir gegenüber hat also jemand die goldene Regel befolgt, aber du bist dem guten Beispiel nicht gefolgt. Du hast die Zirkulation unterbrochen. Das Geld gehört nicht in die Sparkasse, nicht in die Gewölbe der Bank. Dazu ist es nicht gemacht worden. Der „exakte und „regelmäßige Tausch der Produkte gegen Produkte“ verlangt ein exakt regelmäßiges Angebot von Geld; er duldet keine Anhäufung von Geld weder in den Sparkassen, noch in den Banken. Schlag auf Schlag soll Kauf auf den Verkauf folgen. Der exakte unregelmäßige Tausch der Produkte gegen Produkte, wie er Proudhon vorschwebte, die goldene Regel Konfutse's in der Volkswirtschaft verlangt, daß unabhängig von allen politischen, wirtschaftlichen oder persönlichen Verhältnissen jeder genau so viel kaufe und zwar sofort kaufe, als wie er

verkauft hat. Und zwar ist das so zu verstehen, daß jeder seinen gesamten Geldvorrat immer *sofort* entweder selbst oder durch andere zu Markte trage und zwar bedingungslos, ohne irgendwelche Rücksicht auf politische, wirtschaftliche oder persönliche Verhältnisse, denn dem Warenaustausch verdankt das Geld sein Dasein und vom Warenverkauf muß also mittelbar oder unmittelbar aller Geldbesitz abstammen. Du hast einen Geldvorrat, weil du mehr Ware dem Markt zuführtest als du selbst gekauft, und das ist ein Verstoß gegen die goldene Regel, ein volkswirtschaftliches, ein gesellschaftliches Verbrechen, das geahndet werden muß.

Sollen wir nun zur Ahndung dieses Verbrechens hinter jeden Verkäufer von Waren, hinter jeden Geldbesitzer, sozusagen in jeden Geldbeutel einen Polizisten anstellen, der für die richtige Befolgung der goldenen Regel Sorge trägt, der jeden mit Buße belegt, der weniger kauft als er verkauft hat? Gewiß sollen wir das, wir müssen sogar einen Schritt weiter gehen und sagen, daß jedes einzelne Geldstück von einem Polizisten begleitet sein muß. Wir haben zum Schutz des Eigentums eine gut organisierte Polizei, warum sollen wir zum Schutz des Tausches nicht auch eine Polizei einführen, denn der Tausch ist wichtiger als das Eigentum, denn alles, was du besitzt, stammt vom Tausch. Ohne Tausch würde sich das Eigentum auf die wenigen selbstverfertigten Dinge beschränken. Schützen wir also das Eigentum, so müssen wir erst recht den Tausch schützen; schützen wir die Frucht, so müssen wir auch den Baum schützen, stellen wir das Eigentum unter die Obhut des Gesetzes, so müssen wir auch Gesetze erlassen, um den Tausch zu sichern gegen die Angriffe derer, die den Tausch unterbrechen, vielleicht weil sie keinen unmittelbaren Bedarf an Waren haben, vielleicht weil sie glauben, die Waren billiger zu bekommen, falls sie mit dem Tausch warten und dadurch auf den Verkäufer einen Druck ausüben, vielleicht auch weil sie den wirtschaftlichen und politischen Konjunkturen nicht trauen. Gegen diese Leute muß gefahndet, dieses Verbrechen muß geahndet werden. Wer keine Ware persönlich braucht, soll das Geld anderen verleihen und zwar *bedingungslos*, wenn die Konjunkturen für die Forderung eines Zinses ungünstig sind – denn das Geld wurde für den Warenaustausch geschaffen, nicht aber damit Zinsen erpreßt werden können. Wer mit dem Kauf

wartet, um den Verkäufer in Verlegenheit zu bringen, begeht Wucher und das Geld wurde für den Warenaustausch, nicht für den Wucher gemacht, und wer das Geldangebot von wirtschaftlichen oder politischen Konjunkturen abhängig macht, wirft in die Zirkulation der Produkte fremde Elemente, die nur Störungen verursachen können. Das Angebot von Waren nimmt keine Rücksicht auf Konjunkturen und kann auch keine nehmen. Die Berücksichtigung der Konjunkturen ist für die Ware unmöglich. Der Tagelöhner bietet seine Arbeit, der Bauer seine Kartoffeln, der Schuster seine Stiefel, der Arzt, der Kesselflicker, der Tanzlehrer – sie alle bieten ihre Kunst an, ganz einerlei wie die Konjunkturen dem Spekulantem erscheinen. Das Angebot ist immer da, also muß auch der Vermittler, der Tauscher, das Geld immer da sein. Die goldene Regel der Volkswirtschaft fordert, daß wir die Nachfrage, das Geld von den Rücksichten auf die Konjunkturen befreien. Der Polizist, der jede Münze begleiten soll, darf keine Rücksichten nehmen, keine Ausnahme machen. Schlag auf Schlag soll Kauf auf den Verkauf folgen, soll die Zirkulation der Produkte eine vollkommene sein. Wie eine Zugverspätung eine Reihe neuer Zugverspätungen hervorruft, so wird auch in der Zirkulation der Produkte die Versäumnis des einen Käufers die Ursache einer unendlichen Reihe von Absatzstockungen, Stundungen, Buchungen und schließlich Fallimenten. Wie könnte es auch anders sein, handelt es sich doch um Zirkulation?

Also wer es versäumt, sein Geld dem Markt zuzuführen, soll bestraft werden; je länger er säumt, um so härter die Strafe.

Wo ist nun die Staatsgewalt um die Nachfrage, das belebende Prinzip der ganzen Volkswirtschaft, dem Angebot anzupassen? Wie können wir die säumigen Käufer mit den nötigen Bußen belegen?

Die Geldreform gibt dem Staat diese Gewalt und gleichzeitig auch die nötigen Exekutionsmittel. Die Geldreform mahnt jeden Geldbesitzer unausgesetzt an seine Pflichten; sie straft jede Versäumnis, bemißt genau die Buße und kassiert die Buße ein. Und zwar verrichtet die Geldreform diese Arbeit ohne die geringsten Unkosten. Die Geldreform stellt einen Polizisten hinter jeden Verkäufer, in jeden Geldbeutel,

ja sie versieht jede einzelne Münze mit einem bewaffneten Vollstrecker der goldenen Regel der Volkswirtschaft.

Die Geldreform macht sich anheischig, die Nachfrage, d. i. wie Konrad Schmidt ganz richtig sagt, das belebende Prinzip der ganzen Volkswirtschaft, zu allen Zeiten und unter allen Umständen dem Angebot haarscharf anzupassen; die Geldreform übernimmt es ohne Gesetz, Polizei und Staatsgewalt, jedermann zu zwingen, die goldene Regel der Volkswirtschaft ungestört walten zu lassen.

Krieg und Bodenmonopol

Reißen wir eine Pflanze mit den Wurzeln aus der Erde, was kann wohl daraus werden? Und wenn wir den Menschen von der Erde trennen, kann es ihm da besser ergehen, als einer entwurzelten Tanne? Es gibt wortreiche Leute, die behaupten, der Mensch habe ein Recht auf den Besitz der Erde. Doch das ist eine fade Redensart, denn es ist genau dasselbe, wie wenn einer feierlich behauptet und mit guten Gründen zu beweisen sucht der Mensch habe ein Recht zu leben. Solche Redensarten sind ganz dazu angetan, den guten, bürgerlichen Sinn des Wortes „Recht“ zu verdunkeln. Das Recht ist unter allen nur denkbaren Verhältnissen immer nur ein Almosen des Stärksten, ein mit der Schwertspitze oder dem Krummstab bekritzeltes Pergament. Und von Almosen, von der Freigebigkeit seines Nächsten, dürfen wir doch den Menschen nicht abhängig machen!

Por la razon ó la fuerza – durch Recht oder Gewalt – sagt der chilenische Wahlspruch. Sinnloses Geschwätz, denn Gewalt ist recht, eins kann nicht einen Gegensatz zum andern bilden, da beide Worte den gleichen Inhalt haben. Natürliche, angeborene Rechte gibt es nicht; alle *Rechtstitel* sind mit der Stimme der Geschütze diktiert worden. Was ich an mich reißen und verteidigen kann, das ist mein Recht, mein Eigentum, sagt Stirner, der große Philosoph des Eigentums. – Rechte kann man gewinnen und verlieren, verteilen, verkaufen, verpfänden; Rechte kann man erobern, rauben und stehlen. Auf solche vergängliche, schwankende Unterlage kann der Mensch sein Dasein nicht gründen. Die Erde bildet einen

organischen Teil des Menschen, da dieser ohne die Erde nicht denkbar ist; ist der Mensch doch selbst aus Erde gemacht. Staub bist du und in Staub wirst du zerfallen. Die Erde ist als die wahre Plazenta des Menschengeschlechtes zu betrachten. Hat der Mensch ein Recht auf seinen Kopf, seine Hände? Dumme Frage, jedoch nicht gescheiter ist die Behauptung, der Mensch habe ein Recht auf die Erde.

Jedoch die Erde ist kein gleichförmiger Lehmkuchen, auf dem man die Menschen, wie die Tannen im Waldboden pflanzen könnte. Im Gegenteil, von der Erde ist kaum ein Teilchen dem andern völlig gleich, jeder Fußbreit Land ist durch Höhe, Breite, Klima, Bodenbeschaffenheit, Wasser- und Verkehrsverhältnisse etc. verschieden und dementsprechend sind auch die Produkte der Erde völlig verschieden. Ohne Schaden an Leib und Seele kann aber der Mensch kein einziges dieser Produkte entbehren. Zu seiner gedeihlichen, fortschrittlichen Entwicklung braucht jeder einzelne Mensch die ganze Erde. Zu den schönsten Stunden seines Lebens rechnet mancher den Besuch eines zoologischen Gartens. Wie will man aber einen solchen Garten bilden, wenn nicht die ganze Erde beisteuern kann? Die Urheimat unserer Haustiere, unserer Feld- und Gartenpflanzen ist in allen 5 Weltteilen zu suchen; alle Dinge, die uns umgeben, vom Kanarienvogel bis zum Hausbesen stammen aus allen Teilen der Welt, ja die Grundlage aller Wissenschaft, die Erfahrung, ist aus allen Himmelsrichtungen zusammen getragen worden. Jeder einzelne Mensch braucht demnach die ganze Erde ungeteilt. Die Wolle Australiens, die Heringe Grönlands, das Klima der Riviera, das Wasser des Jordans, die Naturgenüsse der Alpen, die Ruinen Babylons, den Speck Chicagos. Er braucht die geistige Anregung des Verkehrs mit allen Völkern, die Erfindungen der Amerikaner, die Philosophie der Engländer, die Kunst der Italiener, die Romane der Franzosen, die Musik der Deutschen, die Orden und Ehrenzeichen der Hohenzollern. Er braucht zur Blutauffrischung schwarze, weiße, rote und gelbe Weiber, wie er den Nord-, Süd-, West- und Ost-Wind braucht. Kurz, er braucht alles und kann ohne Schaden nicht einen Fußbreit der ganzen Erde entbehren. Schlagend beweist dies gerade jetzt die Entdeckung des Radiums, das aus der Pechblende gewonnen wird, die nur in sehr beschränkter Menge

auf einem einzigen Fleck der Erde zu finden ist. Könnten wir ohne Schaden heute die Pechblende noch entbehren?

Also der Mensch braucht die ganze Erde ungeteilt, seine materiellen und geistigen Bedürfnisse umspannen wie mit Polypenarmen die ganze Erdkugel, und wer von Teilungen, von politischen Grenzen, von Zöllen, von Zäunen und Grundeigentum spricht, der spricht von Krieg; jeder Zaun, jeder Pfandbrief, jeder Grenzwächter ist an sich eine Kriegserklärung, ein angriff, nicht auf die Rechte, sondern auf die Person der übrigen Menschen.

Mensch und Erde gehören zusammen, wie Fisch und Wasser, Thron und Altar, Baier und Bier. Nur mit Gewalt kann man den Menschen von der Erde oder von einem Teil der Erde fernhalten, und diese Gewalt ist Krieg, Raub und Mord.

Alle Teilungen haben bisher immer zu Krieg oder Sklaverei geführt, denn selbst der größte Teil der Erde genügt keinem ehrlichen Menschen. Wo ist doch heute der Raumbedarf am größten, wer fühlt sich zuhause am meisten beengt? Der Russe, der Brite, der Amerikaner, gerade diejenigen, die den größten Happen schon an sich rissen. Wo sind heute die unzufriedensten, gierigsten, gefräßigsten Grundbesitzer? In Ostelbien, im Lande der großen Güter.

Wenn also die Erfahrung aller Länder, aller Zeiten gegen die Errichtung von Grenzen und Zäunen spricht, warum diese Sucht nach Gebietserweiterungen, diese Angst um die „Sicherheit“ der Grenzen? Die Atmosphäre, die die Erdkugel umgibt, das ist unsere Landesgrenze, und wer seine politischen Grenzen niederreißt, der verkleinert nicht sein „Gebiet“ sondern er vergrößert es um die ganze Fläche der umgebenden Länder. Bei internationalen Kriegen sind die Sympathien der übrigen Welt gemeiniglich auf Seiten der Kleinen und Schwachen. Törichte Ansichten, unklare Gedanken. Was tut denn der Eroberer, wenn er nicht gerade auf Raub, Mord und Sklaverei ausgeht, anders als sein eigenes Land dem Besiegten zu Füßen zu legen als Siegeskranz für seine Niederlage? Chamberlain hat den Buren ganz Großbritannien mitsamt allen Kolonien geschenkt. Sind die Buren durch dieses Geschenk ärmer geworden an Land und Freiheit? Das Ideal aller ist der Besitz der ganzen Welt, und diesem Ideal sind die Buren durch die Eroberung Großbritanniens einen

großen Schritt näher getreten. Der Eroberer strebt danach, wenn auch mit falschen Mitteln, uns die ganze Welt zu öffnen, und durch Vereinigung der Teile die Erde wieder zu einer Kugel zu gestalten. Warum also die edlen, großmütigen Absichten der Alexander, Napoleon, Chamberlain durch kleinlichen Widerstand mit Knall und Rauch, Blut und Leichen durchkreuzen? Laßt den Eroberer schalten und walten, helft ihm bei seiner Arbeit; jedes Hindernis, das ihr wegräumt, jeden Widerstand, den ihr brecht, erweitert und sichert eure Landesgrenzen, jeder Stein, den ihr von euren Festungen abtragt, dient eurem Lande zum Schild, wirft den Feind zurück bis an seine andere Grenze, drängt ihn ins Meer. So hat man es in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gemacht, man hat die Feine nach Osten und nach Westen in den stillen und atlantischen Ozean gedrängt und zwar einfach dadurch, daß man die Grenzen im Innern niederriß und darum kann man jetzt in den Vereinigten Staaten 5 Tage und 5 Nächte ununterbrochen in gerader Linie im Eilzug jagen, ohne auf einen Feind zu stoßen, ohne daß uns bewaffnete Männer mit drohender Stimme aus dem Hinterhalt zurufen: Halt, haben Sie was Zollpflichtiges? So hat man es, wenn auch in kleinerem Maßstab innerhalb Deutschlands, in der Schweiz gemacht. Wie schrecklich würde es doch in Deutschland aussehen, wenn die Könige von Preußen nicht in weitem Bogen tabula rasa gemacht hätten mit den Grenzzäunen, wie würde man sich in der Schweiz beengt fühlen, wenn jeder Kanton sich mit Mauern umgeben wollte? Franzosen, Italiener, Deutsche reichen sich brüderlich die Hände, überall fühlt sich jeder zuhause. Zwar sind die Staaten, Provinzen und Kantone der genannten Länder durch Sprache, Gesetz und Sitte abgetönt, aber diese Grenzen sind mit Kreide, statt mit Bajonett und Grenzwächter markiert, sie bedeuten keinen Angriff auf unsere Person, auf unser Gepäck, auf unsere Börse; wir passieren diese Grenze ohne den Fuß zu heben, ohne den Nacken zu beugen. Aber selbst diese schwache Abtönung der Staaten, die durch Sprache, Gesetz und Sitte gegeben ist, verbleicht, verwischt sich alle Tage mehr. Die Gesetze haben so viel Übereinstimmendes überall, daß sich kaum jemand nach diesen Dingen erkundigt, ehe er sich in ein fremdes Land begibt, und die Gesetze sind doch das eigentliche Aushängeschild der Denk- und Handlungsweise der Völker. Wer die Persönlichkeit in jedem

Menschen achtet, auch im Kind und Hottentott und nicht verlangt, daß andere ihn als Halbgott anstauen, der kommt überall trefflich mit allen Menschen aus. Wenn wir keine Grenzen und Zäune hätten, die Farbe, die Sprache und die Gesetze würden niemals zu Kriegen Anlaß geben.

Darum Platz dem Menschen, Platz seinem Pionier, dem Eroberer. Statt Granaten und Torpedos laßt uns Blumen auf seinen Weg streuen. Er vereinigt, was zerstreut ist, er vermehrt den Besitz eines jeden um den Gesamtbesitz aller übrigen, er macht jeden Bettler zum Beherrscher der Welt.

Jedoch nicht jedem hergelaufenen Landsknecht sollen wir uns blindlings in die Arme werfen, wir müssen uns den Mann ansehen, der sich uns als Eroberer vorstellt, und in Ruhe prüfen, was er uns verspricht, mit welchen Mächten und Kräften er das versprochene zu erreichen sucht. Hanswürsten, Kleinkrämern wie Napoleon, Friedrich II. oder Chamberlain, die uns die Welt mit Pulver zu erobern versprechen, können wir gleich den Laufpaß geben. Die Erfahrung der Jahrtausende verurteilt dieses Mittelchen als für den Zweck völlig unzulänglich. Das Pulver zersprengt und teilt, und was wir brauchen, ist das gerade Gegenteil, ein Kitt zur Vereinigung, ein in der Glut christlichen Feuers geborener Gedanke zum Verschmelzen der Scherben unserer durch heidnische Gebräuche zertrümmerten Erdkugel.

Gebt die Rente her, sie gehört euch nicht, sie kann euch nicht gehören, denn sie ist kein Produkt der Arbeit! Zurück mit der Grundrente in den Volkssäckel, woher sie gekommen ist, ihr habt sie gestohlen, ruft Henry George, der umsichtigste Stratege, der größte und tapferste Eroberer aller Zeiten. Die Grundrente, sagt er, errichtet die Zäune, verbarrikadiert die Landesgrenzen, führt zu Krieg und Mord. Trennt die Grundrente von den Privatinteressen und alles, was darauf gebaut ist, Zäune, Grenzen und Heere, zerfällt in nichts.

Die Welt können wir nicht mit Schwert und Pulver erobern, das haben wir endlich aus der Geschichte gelernt, wir brauchen dazu eine größere Kraft, stärkere Mittel. Wir brauchen dazu die Erkenntnis, daß die Eroberung der Welt nur möglich ist durch Beseitigung dessen, was uns tatsächlich trennt, was uns mit dem Nachbar verfeindet. Und zu dieser Erkenntnis hat uns Henry George geführt.

Welches Interesse hätte noch der Privatmann am Grundbesitz, an den Zöllen, an den Eroberungen, an Krieg und Mord, wenn die Grundrente nicht mehr in seinen Säckel fließt? Nicht das geringste. Gebt mir die Rente, sagt darum auch der gedankenvolle Proudhon, und ich schenke euch das Eigentum. Und wenn das Privatinteresse von den Eroberungen getrennt ist, woher käme dann das lichtscheue Gesindel, welches durch Fälschung oder Entstellung geschichtlicher Ereignisse, durch Unterdrückung aller versöhnlich stimmender und Verbreitung gehässiger Nachrichten, durch verbrecherische Lehre falscher volkswirtschaftlicher Sätze (darunter die Schutz-, Zoll-, Zins- und Währungstheorien) den friedlichen Sinn der Völker in Galle ertränkt, bis daß durch Zölle und Repressalien die Bedingungen zum Kriege gegeben sind? Wo Aas ist, da versammeln sich die Geier! Trennt die Grundrente von den Privatinteressen, und die zum Zoll- und Pulverkrieg bohrenden Kräfte erlahmen. Wer hat denn zum Krieg zwischen England und den Buren geschürt? Wer betreibt die Erhöhung der Zölle in Deutschland? Wer verhindert hüben und drüben, daß die Zollgrenze zwischen Frankreich und Deutschland aufgehoben und daß im regen Verkehr der beiden Völker der Friedensgedanke Wurzel fassen, Früchte tragen kann?

Hört ihr, was euch der amerikanische Napoleon verspricht, mit welchen wuchtigen Mitteln er sein Versprechen einzulösen gedenkt? Groß ist die Sprengkraft des Pulvers, mächtige Lücken reißen die Granaten in das Gemäuer der Grenzen, aber unendlich größer, von kosmischer Gewalt, ist der Gedanke, die Grenzen dadurch niederzulegen, daß wir die Ursache beseitigen, die zu ihrer Errichtung führte.

Wohlan denn, so laßt uns den gewaltigen Eroberer entgegeneilen und ihm die Schlüssel unserer Tore zu Füßen legen!

Die Goldwährung in Kriegszeiten und die Geldreform

On se precipitait aux guichets pour réclamer
l'échange des Billets contre des espes afin
de garder ou d'enfuir celles ci.

P. Leroy-Beaulieu, Science des finances, T. II., p. 629

Daß bei Ausbruch eines Krieges das Metallgeld überall im Lande knapp wird, daß infolgedessen ein allgemeiner Preissturz der meisten Waren eintritt und der Absatz stockt, die Arbeitsgelegenheit sich vermindert, der Konsum eingeschränkt wird, daher auch die aus Konsum und Verkehr entspringenden Einnahmequellen des Staates versiegen, und daß bei Anleihen das Geld sich sehr spröde erweist, ist eine allbekannte Tatsache. Wenn irgendwo, so ist es dem Gelde gegenüber, wo man den alten Spruch anwenden kann: „Solange es dir gut geht, zahlst du viele Freunde, kommen trübe Tage, so bist du allein.“ Bricht ein Krieg aus, so desertiert das Geld als erster seinen Posten; kehren die Truppen mit Siegeskranzen heim, so verläßt auch das Geld sein Versteck, um bei der Verteilung der Beute zugegen zu sein, um bei den Siegesfesten das große Wort zu führen. Nirgends sind die blutigen Siege der deutschen Truppen mit größerem patriotischen Enthusiasmus gefeiert worden, wie an den deutschen Börsen. Die Desertion des Goldes hat auch zur Folge, daß die Währung fast regelmäßig in die Brüche geht; daß auf die Nachricht der ersten Niederlage auch der Zwangskurs erklärt werden muß. So ist es in Frankreich, in Spanien, in Nordamerika, in England, in ganz Südamerika, in Österreich, in Rußland gewesen, so wird es wahrscheinlich auch wieder in Rußland und Japan sein. Diese beiden jüngsten Kinder der Goldwährung werden ihre Taufe wohl mit Papiergeld feiern müssen.

Von jeher hat sich das Gold so verhalten; immer hat es sich als feige und verräterisch erwiesen, aber niemand hält sich darüber auf. Es muß wohl so sein, weil es immer so gewesen ist. So fest ist der Glaube eingewurzelt, es müsse so sein, daß selbst Männer, die das Geld zum Gegenstand

eines Spezialstudiums gemacht haben, die Unverwüstlichkeit des Goldes zu den besten, ja unentbehrlichsten Eigenschaften dieses Geldes rechnen – weil man dadurch in den Stand gesetzt wird, das Geld dem Verkehr nach Belieben zu entziehen.

„Der Geldstoff muß dauerhaft sein, damit man das Geld ohne Schaden aufbewahren kann“ sagte Chevalier. Und mit fast denselben Ausdrücken findet man diese Forderung in allen Währungsschriften aller Sprachen wieder.

Was aus den Waren und der sie erzeugenden Arbeit wird, die auf das Geld als Tauschmittel angewiesen sind, wie sich Handel und Verkehr ohne Geld behelfen sollen, das interessiert Chevalier nicht. Er denkt nur an die Sicherheit des Geldes; daß das Geld auch einen Zweck erfüllen muß, hat er gänzlich vergessen.

Kein auf den eigenpänzigen Profit erpichten Privatmann könnte das Geldwesen einseitiger, kurzseitiger behandeln wie es von Seiten der Wissenschaft hier geschieht. Die Wechselwirkung, die in der Volkswirtschaft im allgemeinen und in dem Geldwesen im besonderen eine so ausschlaggebende Bedeutung hat, ist hier ganz unbeachtet gelassen.

Bricht ein Krieg, eine Krisis aus, so ist das Geld nur mehr auf seine eigene Sicherheit bedacht, es überläßt Ware und Handel seinem Schicksal und verkriecht sich in seine Festung, die stählernen Geldschränke, wenn es ein Erdloch im Garten nicht vorzieht. Schnöder könnte kein pflichtvergessener Schiffskapitän, der nur auf seine persönliche Sicherheit bedacht, Schiff und Mannschaft im Sturm verlassen.

Aber so und nicht anders muß sich ein braves Geld nach Ansicht Chevaliers und anderer Ritter der Währungswissenschaft in Stunden der Gefahr benehmen, so und nicht anders muß sich jedes Tauschmittel betragen, welches mit der Goldwährung in Wettbewerb treten will ! Ein gutes Geld muß bei Ausbruch eines Krieges, bei jedem Alarm, bei jeder Krisis seinen Posten verlassen können, ein gutes Geld muß von dauerhaftem Stoffe gemacht sein!

Ein Geld dagegen, das nicht besser ist als die Ware, ein Geld, das wie Ware und Arbeit im allgemeinen, komme was da kommen mag, aushalten muß, das man in Kriegszeiten nicht vergraben kann, das den Warenaustausch, den Handel zu unterhalten sucht, so gut es geht, ein solches Geld muß nach Ansicht Chevaliers und seiner Nachbeter unbrauchbar sein.

Ein Geld, das den Wirtschaftskrisen zum Trotz auf dem Markt ausharrt, das vor wie nach dem Kriegsausbruch unverdrossen und unerschrocken seine Kreise zieht, von Hand zu Hand geht und selbst unter dem heftigsten Kugelregen seinen Posten nicht verläßt – ein solches Geld wäre ja der Tod der Kursschwankungen, der Konjunkturen, der Spekulation, es wäre das Ende der Wirtschaftskrisen, ja des Kapitalismus überhaupt, und darum schon müßte es als unbrauchbar erklärt werden.

Und ein in diesem Sinne unbrauchbares, ganz miserables Geld, ein wahres Scheusal im Sinne des Kapitalismus liefert uns die Geldreform. Nichts, kein Krieg, keine Krisis, keine Konjunktur, kein Bankier, kein Geizhals, kein Spekulant vermag das Reformgeld davon abzuhalten, seine Pflichten zu erfüllen, den Warenaustausch zu vermitteln, den Industriebetrieb aufrecht zu erhalten, Anleihen zu vermitteln, die Einnahmequellen des Staates fließend zu erhalten, kurz alles das zu verrichten, was man von einem objektiv guten Gelde zu verlangen berechtigt ist.

Was könnte auch ein Besitzer von Reformgeld beim Ausbruch eines Krieges mit seinem Geld wohl anfangen? Nichts anderes, als was er bis dahin mit dem Gelde gemacht hat. Ware kaufen und verkaufen; denen, die Geld brauchen, solches leihen, Arbeiter beschäftigen, Häuser bauen, etc., etc. Niemand könnte aus Furcht vor Verlusten sein Geld verscharren, und weil dann auch niemand sein Geld verscharren würde, würde die Nachfrage auf dem Markt lebendig bleiben, die Preise würden nicht fallen, die befürchteten Verluste würden ausbleiben. Denn das ist klar und braucht keine weitere Erklärung – solange Geld angeboten wird, ist eine Krisis, sind Verluste aus Preisdifferenzen niemals zu befürchten, sollte auch der Himmel schon mit Krachen seinen Einfall drohen. Solange Geld gegen Waren angeboten wird, wird auch Ware abgesetzt, solange Ware abgesetzt wird, wird auch gearbeitet und solange gearbeitet wird, fehlt das charakteristische Merkmal der Krisis.

Zur Zeit der Präsidentschaft Juarez Celman's in Buenos Aires hatten die Kapitalisten dort ständig neue Papiernotenausgaben zu befürchten, und je größer die politische Verwirrung wurde, um so größer wurde auch die Wahrscheinlichkeit neuer Notenausgaben. Jede Notenausgabe verursachte aber einen neuen Preisfall des Geldes.

Gegen solchen Verlust wußte sich nun niemand anders zu helfen als durch Anlage des Geldes in irgendein Unternehmen. Neue Unternehmungen schossen daher wie Pilze aus der Erde und je größer das Mißtrauen war, das man der Regierung entgegenbrachte, um so größeres Vertrauen setzte man in die Industrie und die Landwirtschaft. Darum konnte auch Celman allen Angriffen auf seine Räuberwirtschaft durch den Hinweis auf die großartige Entwicklung des Landes die Spitze abbrechen. La Crisis dei progreso – eine fortschrittliche Krisis – nannte man die Erscheinung. Niemals hat man so fieberhaft gearbeitet und gebaut, niemals war die Einwanderung größer wie vor – während – und nach der Revolution, als das Geld der Gefahr eines wachsenden Preisfalles ausgesetzt war. Dieselbe Erscheinung; nur den Verhältnissen entsprechend abgeschwächt, beobachtete man auch in Spanien während des kubanischen Krieges, als die Regierung Massen von Papiergeld ausgab. Dem Wesen nach den gleichen Kräften ist es auch zuzuschreiben, daß bei jeder allgemeinen Hausse in Ländern mit Goldwährung sich sofort eine große, geschäftliche Rührigkeit entwickelt, denn auch hier sieht sich der Kapitalist durch den Preisfall des Geldes (Entwertung) direkt zu Anlagen aller Art gezwungen. Die belebende Wirkung welche der Preisfall des Geldes in all diesen Fällen in grober, barbarischer Weise ausübt würde die Geldreform rein, ohne Nebenwirkung, ohne Hausse ausüben.

Der Krieg an sich ist durchaus kein Grund, warum plötzlich alle Räder still stehen müssen, warum die Arbeiter feiern, der Absatz stocken, der Verkehr unterbrochen, die gewöhnlichen Einnahmequellen des Staates versiegen sollen. Im Gegenteil, im gleichen Verhältnis, wie durch den Krieg mehr zerstört und konsumiert wird, müßte mehr gearbeitet und produziert werden. höchstens eine Verschiebung in einzelnen Zweigen der industriellen Tätigkeit nach der Seite der durch den Krieg unmittelbar verbrauchten Güter müßte sich beobachten lassen. Je mehr verbraucht, zerstört wird, um so mehr müßte gearbeitet werden. Die Steuerkraft des Volkes steigt durchaus nicht mit der Sparsamkeit, wie man merkwürdigerweise noch fast allgemein annimmt, sondern mit der Arbeit. Und die Arbeit liefert der Austausch der Produkte. Wo gehandelt wird, da wird gearbeitet. Zuerst muß der Absatz gesichert sein, ehe man an die Arbeit geht. Sparsamkeit ist Arbeitslosigkeit und arbeitslose Männer können keine Steuern zahlen. Wenn nach einer Kriegserklärung alle Bürger sich plötzlich auf das Sparen verlegen, wenn keiner mehr Kleider, Möbel kauft, keiner sich ein Haus bestellt, so kann das nur immer die eine Folge haben, allgemeine Arbeitslosigkeit, Bank

rott der Schuldner, Defizit im Staatshaushalt. Etwas Positives wird durch Sparen nicht erzeugt. Den Hut, den A spart, verliert B, weil er ihn nicht verkauft, also auch nicht macht, denn man arbeitet doch nicht an unverkäuflichen Dingen. Wenn man also das Volk zur Sparsamkeit auffordert, das Sparen dem Volk zur patriotischen Pflicht macht (wie es neuerdings die japanische Regierung tat), so heißt das so viel, wie das Volk zur Arbeitsniederlegung auffordern. Für den einzelnen, wie für die Staatskasse wird durch das Sparen nichts gewonnen. Selbst wenn wir annehmen, daß A, weil er keinen Hut kaufte, nun entsprechend mehr Steuern wird zahlen können, so muß doch berücksichtigt werden, daß B, weil er keinen Hut verkaufte und darum ohne Arbeit war, im gleichen Verhältnis an Steuerkraft abgenommen hat. Aber auch die Annahme, daß A durch seine Sparsamkeit an Steuerkraft zugenommen hat, erweist sich als irrig, wenn wir die Wechselwirkung beachten, in der alle wirtschaftlichen Vorgänge stehen. Schuster A hat den Hut gespart aus patriotischer Sparsamkeit. Hutmacher B hat darum den Hut nicht verkaufen können und einen Tag unfreiwillig gefeiert. Da B nun keine Einnahme hatte, so konnte er vom Schuster A die Schuhe weder kaufen noch bezahlen. Weil aber A seine Schuhe nicht verkaufen konnte, so feiert er nun ebenfalls und sein patriotischer Wunsch, den Betrag des gesparten Hutes als freiwillige Kriegssteuer abliefern zu können, bleibt ungestillt.

Alles, was er mit seiner Sparsamkeit erreichte, war:

1. dem Hutmacher Absatz für seinen Hut,
2. sich selbst den Absatz eines Schuhpaares genommen,
3. den Staat um den Zehnten vom Hut und Schuh beraubt zu haben.

Das Sparrezept führt also geradeaus zum Staatsbankrott und zum gegenseitigen Ruin.

Nur durch Arbeit kann gespart, d.h. *erübrigt* werden; nur ein Volk, das ungestört seiner gewohnten Arbeit nachgeht, vermag für besondere Zwecke einen Überschuß an Produktion zu liefern. Die Arbeit aber hängt vom Austausch der Produkte ab; kein Austausch, keine Arbeit. *Den Austausch der Produkte aber vermittelt das Geld.*

Das Geld muß also auch in Kriegszeiten in Umlauf bleiben, es darf sich nicht zurückziehen. Es muß von Hand zu Hand gehen, es muß unausgesetzt zirkulieren.

Und was wir hier vom Gelde, von einem auch in Kriegszeiten brauchbaren Gelde verlangen, das leistet das Reformgeld. Das Gold und Silber verduftet beim ersten Kanonenschuß, das Reformgeld bleibt. Niemand kann das Reformgeld verscharren, niemand kann es sparen. Das Reformgeld zirkuliert unter allen Umständen. Es verträgt nicht die dumpfe Luft des Kellers; es läßt sich nicht einschließen, es sprengt die stählernen Schränke, es spottet der Bedenken der Kapitalisten, es ist immer da, im Krieg wie im Frieden.

Ich verpflichte mich hier unter Verpfändung meiner Habe, den Finanzministern von Japan und Rußland gegenüber, die augenblicklich so schwer unter der Geldknappheit zu leiden haben, durch die Einführung der Geldreform

1. allen Arbeitern Verdienst, allen Waren Absatz zu verschaffen,
2. die Steuerkraft des Volkes ungeschwächt zu erhalten und progressiv zu erhöhen,
3. die Währung und das allgemeine Niveau der Preise gegen Hausse und Baisse mit absoluter Sicherheit zu schützen,
4. den Kapitalmarkt für interne Staatsanleihen in ungeahnter Weise zu stärken und den Zinsfuß herabzusetzen,
5. den Wechselkurs auf das Ausland auf jeden beliebigen Punkt festzunageln,
6. der Staatskasse jährlich 10% des gesamten Geldumlaufs bar auszuzahlen.

Das alles sowohl während des Krieges wie nach Friedensschluß, ohne ein anderes Mittel als die Reform des Tauschmittels; das alles mit der zwar bissigen, aber darum auch wirksamen Geldreform.

Dabei will ich, und mache die Herren Finanzminister noch besonders darauf aufmerksam, meine Hände nicht an den Geld- und Silberbeständen des Landes besudeln. Diese lasse ich völlig unangetastet. Ich lasse jeden im Besitze seiner Schätze, nur nehme ich diesen die Zirkulationsfähigkeit. Gold und Silber sollen kein Geld mehr sein. Wer Steuern zu zahlen hat, Wegegeld zu entrichten, Briefe zu befördern, mit der Bahn fahren, Telegramme versenden, Schulgeld zahlen, Gerichtsbußen entrichten, Waren aus dem Auslande verzollen, Holz aus den

Staatsdomänen kaufen, Tabak rauchen, sein Brot salzen, Grundsteuern bezahlen will, der soll sich zuerst mit Reformgeld versehen. Gold und Silber wird nur zum Zwecke freiwilligen Austausches gegen Reformgeld an den Staatskassen angenommen.

Das auf diese Weise eingehende Metallgeld würde man zur größeren Beruhigung des Volkes und bis sich die Geldreform eingelebt und eine Rückkehr zur Metallwährung für alle Zeiten als ausgeschlossen betrachtet wird, am besten in einem Bankkeller aufbewahren. Später könnte man die Münzen einschmelzen und in Barrenform zu Industriezwecken verkaufen.

Mehr als die Zirkulationsunfähigkeit des Metallgeldes verlange ich für ein Einlösung meines Versprechens nicht; einen Lohn lehne ich ab. entlohnt genug wäre ich, wenn durch die Reform des Geldes die beiden kriegführenden Völker zu der Erkenntnis gelangten, daß sie keiner Gebietserweiterung bedürfen, daß sie nur den heimischen Markt zu öffnen brauchen, um all ihren Produkten Absatz, all ihren Arbeitern Verdienst zu verschaffen. Denn eine solche Erkenntnis wäre der Friedensschluß.

Warnung vor neuen Unternehmungen in Argentinien

[Abdruck gestattet]

Dank den neuen Emissionsgesetzen, die der Regierung gestatten, die Ausgabe von Papiergeld dem wechselnden täglichen Bedarf anzupassen, erfreut sich Argentinien seit nunmehr 3 Jahren der Wohltat eines unveränderlichen Goldkurses.

Die Agiotage an der Börse, die den gesamten Handel in ein Hasardspiel, das Eigentum der Bürger zum Spielball verwegener Spekulanten machte, ist verschwunden und Handel und Wandel entwickeln sich normal. Die Löhne, die Pachten, die Gehälter, Mieten, Tarife, etc. etc. haben sich nach und nach dem jetzigen Goldkurs angepaßt und so hat der Unternehmer jetzt eine feste Unterlage für seine Berechnungen. Eine Reserve von 200 Millionen Mark in Gold, die dem Staat weiter nichts als ein Häufchen klebrig schmutziger Papier-

fetzen gekostet hat, dient dazu, die Hoffnung auf Stabilität dieser Verhältnisse zu befestigen.

Ein solcher Zustand bietet den Spekulanten und Spielern nur wenig Angriffspunkte mehr und es ist natürlich, daß diese Leute die früheren Zeiten, da ganz Argentinien eine einzige große Spielbank à la Monte Carlo bildete, zurückwünschen und sich daher nach Mitteln umschaun, um jene paradiesischen Zustände wieder herzustellen. Wer würde es jedoch für möglich halten, daß diese gefräßigen Schmarotzer das Rüstzeug für ihren Feldzugsplan aus dem Heiligtum der Nation, aus Gesetz und Recht würden herholen können, daß sie an den Gerechtigkeitssinn des Volkes würden appellieren können, um ihre räuberischen Wünsche in eine Rechtsforderung zu kleiden? Und doch ist es so.

Das argent. Papiergeld trägt nach wie vor die Aufschrift „La Nacion pagará al portador y à la vista un peso moneda nacional“, auf deutsch „Der Staat zahlt dem Inhaber bei Sicht einen Taler Landesgeld.“

Nun fragt der Börsianer: Was kann diese Inschrift anderes bedeuten, als daß unter dem Ausdruck „Peso moneda nacional“ der frühere Goldtaler gemeint sei? Denn es gibt nur Gold- und Papiertaler und da die Inschrift dem Papiertaler den Charakter eines Peso nacional rundweg leugnet (dem Inhaber wird ja ein P. n. versprochen), so kann in der Inschrift nur jener andere, der Goldtaler gemeint sein. Den Inhaber des Papiertalers wird man doch unmöglich mit einem anderen Exemplar derselben Geldsorte „bezahlen“ wollen! Entweder macht die Inschrift des Papiertalers diesen zu einem Lieferungsversprechen von einem Goldtaler oder sie enthält rundweg das Geständnis, daß man bei der Redaktion des weitaus wichtigsten öffentlichen Dokumentes nur Worte, aber keine Gedanken gehabt hat. Und gegen dieses Geständnis sträubt sich die nationale Eitelkeit. Hätte man doch bei der Fabrikation des Papiergeldes ebensowenig Worte wie Begriffe gehabt; hätte man den Raum für die Inschrift ebenso leer gelassen, wie die Köpfe waren! Zwar heißt es: Wo die Begriffe fehlen, da stellt zur Rechten Zeit das rechte Wort sich ein, aber in diesem Fall hat sich das leere Wort in eine Handhabe verwendet, womit die Spekulanten wieder einmal die Arbeitsprodukte des ganzen Landes in ihren Besitz werden ablenken können.

Schon haben sie den neuen Präsidenten Quintana für die Ansicht gewonnen, daß der Papiertaler in erster Linie nicht das nationale Tauschmittel, dessen Preis möglichst unangetastet bleiben soll, darstellt, sondern einen Schuldschein des Staates, den dieser einzulösen hat, *cueste lo que cuesta*, koste es selbst den Bankrott des Volkes und des Staates.

Entsprechend dieser grundfalschen und seichten Ansicht hat darum auch Quintana, der als rechtlich denkender Mann gilt, seinen Entschluß kundgegeben, die frühere, durch Theorie und Praxis tausendmal verdamnte Währungspolitik wieder aufzunehmen und den Goldkurs von der jetzigen durch Gesetz festgelegten Höhe von 227 paulatinamente à la par herabzusetzen.

Daß durch diese Maßregel die Schuldner gezwungen werden, ihren Gläubigern $2\frac{1}{4}$ mehr zurückzuzahlen, als sie selbst in den weitaus meisten Fällen erhalten haben, daß die Wechsel, Cedula, Schuldscheine, die Pacht- und Mietkontrakte, die Obligationen der Unternehmer, die Tarife der Post und Eisenbahnen, der Beamtengehälter, etc. etc., die meistens auf moneda nacional lauten, auf Kosten der Zahler einen $2\frac{1}{4}$ mal schwereren Inhalt erhalten werden, dünkt Quintana sicherlich eine Sache von nebensächlicher Bedeutung. *Fiat justitia, pereat mundus*. Es ist 1000 mal bewiesen worden, daß die durch eine Preiserhöhung des Geldes entstehende Mehrbelastung der Schuldner

unabwälzbar

ist, d.h. vom Schuldner allein getragen werden muß, aber was schadet das, wenn man dadurch der gedankenleeren, schwachsinnigen und dabei noch ganz überflüssigen Inschrift des Papiergeldes *nachträglich* noch einen begrifflichen Sinn unterschieben, die Ehre ihrer Redakteure retten kann? Ja, wenn Quintana das Kunststück fertig bringen könnte, daß nur das Gold, nicht aber die Sachen von 227 auf 100 fallen würden! Aber das ist eine Unmöglichkeit; fällt das Gold im Preise, so fällt auch unmittelbar der Preis sämtlicher Aus- und Einfuhrgüter und durch Rückwirkung auch alle übrigen Preise.

Hat denn Quintana, der als Oberhaupt des Staates auch an den Staatshaushalt zu denken hat, wohl überlegt, welchen Einfluß eine solche kolossale, unabwälzbare Belastung der verbenden Klassen auf deren Konsum - d.h. Steuerkraft aus-

üben muß? Die argentinischen Staatseinnahmen setzen sich zusammen aus Konsum- und Gewerbesteuern. Es gibt in Argentinien keine Einkommen-, keine Kopfsteuer und die Renten- oder Grundsteuer ist ganz minimal. Die argentinischen Kapitalisten (Gläubiger) sind also nur als Konsumenten Steuerzahler und insofern sie in Paris leben (und das ist die Regel) tatsächlich steuerfrei. Die Staatseinnahmen stammen also in der Hauptsache aus den Taschen der seßhaften, arbeitenden,werbenden Klasse, derselben Klasse, deren Schulden Quintana mit 2,27 zu multiplizieren gedenkt! Wie sollen nun diese an sich schon genug geplagten Wesen noch genügend konsumieren können, um die Millionen für den Staatshaushalt zusammenzubringen? Oder sollen etwa die Gehälter der Beamten, die Pensionen, die Zinsen der Cedulas, der Papieranleihen, die Tarife der Post und der Eisenbahn, etc. etc. auch poco à poco zusammen mit dem Goldkurs von 227 auf 100 herabgesetzt werden? Sollen die Zölle im Verhältnis zum sinkenden Goldkurs heraufgesetzt werden, um den Ausfall an Papiergeld zu decken? Sollen alle die in Papiergeld kontrahierten Privatschulden der Bürger von 227 auf 100 gesetzlich herabgesetzt werden? Gerecht wäre das, aber dann fragt man sich: Wozu die ganze Quacksalberei, weshalb dem Verkehr die ungeheure Arbeit auflegen, alle Preise, Lohnsätze, Tarife täglich neu umzurechnen und dem sinkenden Goldkurs anzupassen? Soll niemand geschädigt werden, soll kein Gläubiger auf Kosten seiner Schuldner bereichert werden, so mag ja einfach alles beim alten bleiben.

Übrigens ist dies alles schon oft und 1000 mal besser gesagt worden und zwar nicht heute, sondern schon vor 100 Jahren.

So sagte z.B. Eiselen, Professor der Staatswissenschaften in Halle, in seinem 1837 erschienenen Werk „Die Staatsfinanzwissenschaften von Ludwig Heinrich Jakob“ S. 585.

„Eine ganz falsche Kurart des Papiergeldes ist die, welche man neuerlich in einigen Staaten mit großen Kosten vorgenommen hat. Sie besteht darin, daß die Regierung sich bemüht, den Kurs des Papiergeldes zu heben. Daß diese eine gänzlich mißverständene Maßregel sei, werden folgende Betrachtungen beweisen.

Mißverstanden nenne ich die Maßregel, weil ihr die falsche Meinung zu Grunde liegt, als könne der Staat da-

durch den durch das Fallen des Papiergeldes verursachten Schaden wieder gut machen, und denen, welche dadurch verloren, ihren Verlust vergüten. die Gesellschaft wird durch eine solche Erhöhung des Kurses so wenig entschädigt, daß vielmehr die ganze Reihe der durch das Fallen des Kurses veranlaßten Nachteile durch das Steigen desselben sie noch einmal trifft, nur in umgekehrter Ordnung. Diejenigen nämlich, welche gerade viel Papiergeld in Händen oder dergleichen von anderen zu empfangen haben, profitieren durch diese Maßregel, ohne zu wissen, wie und warum? Diejenigen aber, welche kein Papiergeld haben, dasselbe aber sich anschaffen müssen, um ihre in schlechterem Papier kontrahierten Schulden zu bezahlen, verlieren in eben dem Maße, als jene gewinnen, und verlieren ebenso ohne alle Schuld, als jene ohne alles Verdienst gewinnen. Es bewirkt also ein solches in die Höhe treiben des Papiergeldes eine ebenso große blinde Vermögensumwälzung, als vorher das Fallen des Papiergeldes bewirkt hat.“

So dachte und schrieb man also schon vor 70 Jahren. Es sind darum auch nicht diese Verhältnisse, worauf ich hier die besondere Aufmerksamkeit der Kaufleute, Unternehmer und Kapitalisten lenken will, sondern meine Absicht ist, die Gefahren aufzudecken, die dem Handel und der Arbeit aus den Gewissensnöten der Börsianer und ihres Sturmbockes Quintana erwachsen werden.

Was würde in Deutschland geschehen, wenn heute ein Gesetz erlassen würde, durch welches die Mark d. R. W. nach und nach auf die Höhe des Talers gebracht würde? Würde noch jemand eine Ware für 3 kaufen, um sie morgen zu 2,99 übermorgen zu 2,98 usw. zu verkaufen? Würde noch jemand heute eine Fabrik bauen, wenn er wüßte, daß er morgen das Baumaterial billiger, übermorgen aber noch billiger wird kaufen können? Wird noch jemand heute in seiner Fabrik Leute beschäftigen, Löhne zahlen, Rohprodukte verarbeiten lassen, wenn er weiß, daß das Fabrikat morgen billiger herzustellen sein wird, folglich auch billiger im Preis stehen wird? Jeder wird diese Fragen rundweg verneinen. Unter den gedachten Verhältnissen würde jeder, der am Abend zu arbeiten anfängt, einen Vorteil haben über den Konkurrenten, der schon am Morgen zu höheren Preisen mit der Arbeit begonnen; wer morgen anfängt, ist dem, der heute arbeitet, ge-

genüber konkurrenzfähiger und der konkurrenzfähigste ist schließlich der, der gar nichts tut und sein Geld einfach

brach in der Bank

liegen läßt. Denn dort ohne Mühe und Arbeit, ohne Risiko, ohne ein Zutun schwillt das Geld an und aus der Mark entpuppt sich eines schönen Tages ein blanker Taler.

Darum würde ein solches Gesetz alles Geld vom Markte wegfegen und in den Banken konzentrieren, wo es liegen bleiben würde, bis daß die allgemeine Baisse ihren Tiefpunkt erreicht hat, die Mark zum Taler geworden sei. Dann erst würde sich das Geld wieder auf den Markt wagen, dann erst würden die Maschinen wieder sausen, die Spindeln sich drehen, die Schloten dem Schöpfer ihre Rauchopfer wieder darbringen. In der Zwischenzeit wird zusammen mit dem Gelde Handel und Wandel brachliegen und jeder, der es wagt, gegen den Strom der Baisse zu schwimmen um in einem Unternehmen irgendwelcher Art seinem Gelde einen höheren als den Bankzins abzuringen, würde den Einsatz verlieren.

Die gleichen Verhältnisse, die eine solche Standeserhöhung der Mark d. R. W. in Deutschland zeitigen würde, wird auch das Projekt Quintanas, die Herabsetzung des Goldkurses von 227,27 auf 100 mit mathematischer Sicherheit herbeiführen. Solange die Abwärtsbewegung der Preise andauert, oder auch nur solange die Erwartung einer solchen Abwärtsbewegung vorhanden ist, wird sich das Geld vom Markt zurückziehen und in den Banken konzentrieren. Man wird das Geld zu herabgesetztem Zinsfuß anbieten; aber niemand wird das Geld anrühren können, ohne sich in seinen Berechnungen getäuscht zu sehen, ohne das Geld aus seinem Unternehmen gestäubt und geschunden wieder herausziehen zu müssen. *Setzt doch das Projekt Quintanas den Verkaufspreis andauernd unter den Einstandspreis, muß doch nach diesem wirklich kindischen Projekte jede kaufmännische Operation notwendigerweise mit einem Verluste abschließen!*

Darum warne ich die Kapitalisten, sich auf irgendein Geschäft in Argentinien einzulassen, solange die Möglichkeit vorhanden ist, daß das Projekt Quintanas Tatsache werde, und ich gebe den Rat, jeden, der zu Geschäftszwecken um ein Darlehen einkommt, als Schwindler zu betrachten und entsprechend zu behandeln.

Wie war es denn in Buenos Aires, kurz bevor die jetzigen Emissionsgesetze erlassen wurden?

Man hatte den gefährdeten Bürgerfrieden durch die Wahl Rocas, den Frieden mit Chile durch die Verweisung des Grenzstreites an ein Schiedsgericht gesichert, man hatte die Heuschrecken vertilgt und eine kolossale Ernte unter Dach gebracht, und das Zusammenwirken dieser und anderer glücklicher Umstände hatte im Volke den Glauben erweckt, daß nun wirklich el oro à la par kommen müßte. Was war die Folge? In den Banken lagen $\frac{2}{3}$ der gesamten Emission, 200 Millionen Pesos brach und niemand konnte das Geld kaufmännisch gebrauchen. Der Zinsfuß sank auf die Höhe englischer Verhältnisse. Keiner kaufte, niemand konnte verkaufen. Niemand arbeitete schließlich und hungernd erwartete das Volk den Augenblick que el oro viniese à la par. Es herrschte allgemeine Brache in allen Zweigen des Gewerbes, selbst die Bauern fürchteten, daß wenn die Hoffnung auf die große Baisse sich erfüllen sollte, der Erlös des Getreides die Kosten der Feldbestellung nicht mehr decken würde. Damals durchzogen die Arbeiter die Straßen in riesigen Kolonnen und forderten Hilfe für ihre Not. Diese Hilfe brachte das Emissionsgesetz, welches den Kaufleuten, Unternehmern und Bauern zwar die Aussicht auf „el oro à la par“ nahm, sie dafür aber von dem Alpdruck einer mit dieser Bewegung des Goldkurses untrennbar verbundenen allgemeinen Baisse befreite und ihnen die Möglichkeit bot, das bestellte, gefertigte oder gekaufte Produkt *wieder über den Einstandspreis abzusetzen*. Die Banken leerten ihre Schränke, die Fabriken füllten sich wieder mit Arbeitern.

Und dieses kostspielige Experiment soll jetzt zum 100. Male wieder erneuert werden, das ökonomische Trauerspiel soll zum Ergötzen der Börsianer wieder mal über die Bretter gehen. Zu dumm, ojo pues, mucho ojo!

Bemerkung: Wer über das Projekt Quintanas zu einem abschließenden Urteil gelangen will, der lese die Schrift: La cuestion monetaria argentina.

Diese Schrift, die eine Emissionsreform im Sinne der nicht lange darauf in kraft getretenen neuen Emissionsgesetze befürwortete, ist durch die Absichten des neuen Präsidenten wieder von aktuellem Interesse geworden.

Gegen Einsendung von 2 Mark kann die Schrift direkt vom Verfasser Silvio Gesell in Hauts Geneveys (Schweiz) bezogen werden.

Der sog. Wert und die Geldreform

„Der jeweilige Zustand der Münze ist im höchsten Grade charakteristisch für die Entwicklungsstufe, die die Wissenschaft erreicht hat. Wie das Geld, so die Welt“.

Wilhelm Roscher

„Die Lehre vom Wert ist für die national-ökonomische Wissenschaft von fundamentaler Bedeutung“

Knies

„In der Lehre vom *Wert* ist beinahe alles streitig, von den Benennungen angefangen“.

Zuckerhandel.

„Trotz unzähliger Bestrebungen war und bleibt die Lehre vom Wert eine der unklarsten verworrensten und strittigsten Partien unserer Wissenschaft“.

v. Böhm-Bawerk

„Die Wertlehre ist bei dem leitenden Einfluß der Wertvorstellung auf das wirtschaftliche Tun und Lassen ganz besonders wichtig, sie ist aber noch sehr im Schwanken

Schäffle

Diese Aussprüche entlehne ich der Schrift Friedrich Gottl's die den vielversprechenden Titel führt: Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie. Kritische Studien zur Selbstbesinnung des Forschens im Bereich der sogenannten Wertlehre.

S. 53/5 dieser Schrift finden wir eine Zusammenstellung von Antworten, die die namhaftesten *Wertforscher* auf die Frage was ist der *Wert* geben. Es sind genau gezählt 36 = 3 Dtz. Einige hiervon, die kürzestgefaßten will ich hier mitteilen:

„1) Die Macht der Natur über den Menschen“.

Caray

„2) Verhältniß der Produktionskosten zur Brauchbarkeit“.

Engels

Das deutsche Goldgeld ist vollwertig, d.h. sein *Geldwert* ist durch seinen *Stoffwert* voll und ganz gedeckt.

Feinsilber ist nur halb so viel *wert* wie der geprägte Taler und ähnlich steht es mit unserem deutschen Silbergeld: es ist *unterwertig*, sein *Stoffwert* ist geringer als sein *Geldwert*

Karl Helfferich: Die Währungsfrage S. 1.

Von jeher haben gesunde Staaten den größten *Wert* auf ein Geld gelegt, dessen *innerer Wert* und dessen *Wertbeständigkeit* von niemanden angezweifelt wird.

Ebenda S. 46.

Gold und Silber erfreuen sich allseitiger *Wertschätzung*, man sammelt sie demnach, um sich Kaufkraft zu sichern, sie dienen also als *Wertbewahrer*. Bald waren die Münzen nicht mehr bloß Tauschwerkzeuge man gewöhnte sich vielmehr, die *Werte* aller Erzeugnisse gegen den *Geldwert* abzuschätzen. Das Geld wurde Wertmesser. Wir schätzen alle Werte in Geld ab. Alle *Wertveränderungen* nehmen wir als Änderungen gegen den *Geldwert* wahr. Der *Geldwert* scheint die feste Elle zu sein, die alles gleichmäßig mißt. Beruht der *Geldwert* auf den Metallen, so steigt er mit diesen; wird er vom *Edelmetallwert* losgelöst so, etc. etc.

Otto Arendt:

Leitf. Der Währungsfrage

- | | |
|-----------------------------------|-----------------|
| „3) Maß der Nutzleistung.“ | Knies |
| „4) Kaufkraft.“ | J.B. Say |
| „5) Abstrakt menschliche Arbeit.“ | Marx |

Wie reimt sich nun das alles zusammen? Links sehen wir, daß auf die Frage „Was ist der Wert“ heute niemand eine Antwort wagen darf, ohne sich einem Hagel widersprechender Theorien auszusetzen. Rechts sehen wir, wie die Lösung der Währungsfrage aufgrund irgendeiner „Wertvorstellung“ versucht wird. Links die Behauptung, in der Lehre vom Wert sei beinahe alles streitig von den Benennungen angefangen, rechts vollständige Verleugnung der Wertfrage. *Oben aber wieder thront die Behauptung, Währung und Wissenschaft gingen Hand in Hand.*

Wenn das deutsche Geld so innig mit dem sogen. „Wert“ verknüpft wird, wie es Arendt und Helfferich tun, wenn das Geld mit dem sogen. „Wert“ steht und fällt, bezieht sich da nicht notwendigerweise alles, was über den sog. „Wert“ gesagt wird, unmittelbar auf das Geld? Wenn in bezug auf den „Wert“ alles streitig ist, von den Benennungen angefangen, ist dann „bei dem leitenden Einfluß der Wertvorstellung auf das wirtschaftliche Tun und Lassen“ nicht auch in bezug auf das Geld alles streitig, von den Benennungen angefangen? Wenn wir fragen „Was ist der Wert“, so muß diese Frage für jeden, der aufgrund des „Wertes“ die Währungsfrage behandelt, genau dieselbe Bedeutung haben, wie wenn wir fragen „was ist eine Mark (d. R. W.)“?

Wie kann man nun angesichts solcher Verhältnisse die Hoffnung hegen, die Währungsfrage unter Zurücksetzung bzw. Verleugnung der „Wertfrage“ im wissenschaftlichen und praktischen Sinne zu erledigen? Kann man ein Haus bauen, ohne für ein Fundament zu sorgen? Kann man auf die „unklarste“, „verwirrendste“ und strittigste“ Partie der Volkswirtschaft, auf einem Moraste von Widersprüchen des Landes weitaus wichtigste Einrichtung, die Währung begründen? Das ist ja eine wahnsinnige Hoffnung. Wer aufgrund irgendeiner „Werttheorie“, irgendeiner „Wertvorstellung“ die Währungsfrage zu lösen unternimmt, wird immer nur eine persönliche Lösung finden. Allgemeine Gültigkeit, d.h. die Lösung der Währungsfrage wird seine Lösung erst

dann erreichen können, wenn er vorher seiner Werttheorie, die er als Ausgangspunkt seiner Untersuchung gebrauchte, allgemeine Anerkennung verschafft hat. Denn der „Wert ist ja für die national-ökonomische Wissenschaft von fundamentaler Bedeutung“. Das hätten sich Arendt und Helfferich sagen sollen, bevor sie sich an die Lösung „der“ Währungsfrage heranwagten.

Nehmen wir an, Arendt und Helfferich wären beide von zwei verschiedenen Werttheorien ausgegangen und beiden wäre es gelungen, „ihre“ Währungsfrage zu lösen, d.h. sie hätten die Währung mit ihrer Werttheorie in Übereinstimmung gebracht. Was wäre da gewonnen? Müßten sie mit dem Kampfe um die Anerkennung ihrer Lösung nicht bei ihrer Werttheorie anfangen? Nehmen wir an, die „Wertforscher“ verlegten sich auf die Lösung „der“ Währungsfrage, so würde der Erfolg solcher Bestrebungen uns bestenfalls 10 Dutzend verschiedene Lösungen der Währungsfrage verschaffen. Ja genau genommen, wir würden, da Währung und Wissenschaft ja Hand in Hand gehen, uns statt der Doppelwährung einer Polywährung einer 100-fachen Währung erfreuen. Jede dieser Theorien würde um die öffentliche Gunst buhlen, um die Währung in ihren Bereich zu bringen, denn wie Schäffle sagt: Bei dem leitenden Einfluß der Wertvorstellungen auf das wirtschaftliche Tun und Lassen etc. etc.

Eine schöne Aussicht, zu der uns die „Wertvorstellung“, die Arendt, Helfferich & Cie. geführt haben! Der Streit um die Währung wird, solange irgendeine Wertvorstellung die Grundlage der Währung bildet, mit Notwendigkeit in einen Streit um den „Wert“ auslaufen.

Was bedeutet nun in den Schriften Arendts und Helfferichs das Wort „Wert“? Das müssen wir wissen, ehe wir das erste Blatt beider Schriften umwenden können. Wir müssen genau wissen, was dieses Wort alles zu tragen hat, sonst können wir ja betrogen und bestohlen werden, ohne es zu merken. Also heraus mit der Sprache. Bedeutet das Wort im Sinne Careys die Macht der Natur über den Menschen? Ist der Ausdruck „vollwertig“ Wertbewahrer, Stoffwert, innerer Wert, etc., wie Knies den „Wert“ erklärt, das Maß der Nutzleistung? Ist es, wie Say meint, Kaufkraft? Oder ist es einfach wie Ricordo sagt: Die Menge irgendeines anderen Dinges, das für

ein Ding eingetauscht wird? Jede einzelne dieser Wertvorstellungen ist von der anderen grundverschieden, und bei der „fundamentalen Wichtigkeit“ der Sache müssen sie auch die Währungsfrage anders stellen, andere Lösungen fordern.

Die Notwendigkeit einer Erklärung über ihre persönliche „Wertauffassung“ werden also Arendt und Helfferich nicht wohl leugnen können und sie täten gut, sich damit zu beeilen und nicht zu warten, bis daß es zu spät ist. Denn die „Wertforschung“ scheint eine für die Währungsforscher sehr heikle Wendung zu nehmen. Wie wäre es, wenn es sich bei näherer Betrachtung herausstellte, daß der Ausdruck „Wert“ leer, gedankenlos ist? Wie wäre es, wenn die kritische Wertfrage „Ist der Wert“ einfach verneint werden müßte? So sagt Gottl S. 71 in seiner genannten bahnbrechenden Schrift: Es würde wirklich nicht mehr überraschend erscheinen, wenn uns die kritische Wertfrage bei **ihrer Erledigung zu einem Abspruch des Wertgedankens führen sollte.**

Einen Wertbegriff kann man billigerweise von den Währungsforschern ebenso wenig verlangen, wie von den Wertforschern, auch nicht einmal eine mehr oder weniger klare Vorstellung, aber den Wertgedanken, den Wertglauben mußte man eigentlich voraussetzen können. Wenn es auch nur ein traumhafter Gedanke, ein angetaufter Glaube wäre. Als sie die Worte schrieben – Wertbewahrer, innerer Wert, vollwertig, etc. etc. – da müssen sie doch zum mindesten „wach“ gewesen sein! Sie müßten wach gewesen sein; ob sie es wirklich waren, wird die Erledigung der kritischen Wertfrage zeigen.

Wir besitzen, wie Gottl das sehr schön zeigt, für die Frage: „Was ist der Wert“ eine reiche Auswahl von Antworten, so daß jeder diese Frage heute nach seinem Geschmack, nach seinen Bedürfnissen beantworten kann; aber für die kritische Wertfrage „Ist der Wert?“ sind wir ganz auf uns selbst angewiesen. Die Bejahung dieser Frage gilt eben als selbstverständlich; in allen volkswirtschaftlichen Schriften wird einfach vorausgesetzt, daß die Waren eine eigentümliche, nur in ihnen zu findende *Eigenschaft* haben, die man „Wert“ nennt. Einen Nachweis, daß diese Eigenschaft „ist“, wird man überall umsonst suchen und wo ein solcher Nachweis versucht wird, da geschieht es auf so oberflächliche Weise, daß man sich sagen muß, der Verfasser

habe sich im Ernste nie gefragt, ob in den Waren wirklich etwas da ist, eine notwendige Eigenschaft, die man „Wert“ nennt, ob das, was er zu besprechen gedenkt, wirklich „ist“.

So sagt z.B. Karl Marx, einer der wenigen, die überhaupt einen Augenblick bei der Frage, „ist der Wert“ verweilt haben: Eine gewisse Ware, ein Zentner Weizen z.B. **tauscht sich** (!) mit x Stiefelwichse, oder mit y Seide, oder mit z Gold usw. Was besagt das? Daß ein gemeinsames von derselben Größe in zwei verschiedenen Dingen ist? (Kap. B. 1, S. 3)

Dieses, auf solche Weise „entdeckte“ gemeinsame nennt Marx „Wert“. Mehr sagt er nicht auf die Frage „Ist der Wert“ und auf das Gesagte baut er seine drei dicken Bände!

Wäre nun das das ganze Beweismaterial für das Dasein einer besonderen, auf die Waren sich beschränkenden Eigenschaft, also für „den Wert“, so könnte an die Frage „ist der Wert?“ schon hier gleich verneinen, denn der Tausch der Waren ist doch wesentlich anders, als wie ihn Marx beobachtet hat. Wenn sich die Waren wirklich tauschten, also aus eigenem Drange, aus eigener Kraft und in einem dieser Kraft entsprechenden Verhältnis ohne unser Zutun, so müßte man notwendigerweise eine Kraft oder Eigenschaft voraussetzen, die diesen Tausch bewirkt. Dann aber würde man diese Kraft sicherlich auch im physikalischen Kabinett erzeugen können. Wir müßten da in der Stiefelwichse und in der Seide eine Kraft vermuten, die ähnlich der Schwerkraft an die Ware gebunden ist, mit der Ware entsteht und vergeht. Aber das ist doch nicht der Fall, die Waren tauschen sich nicht, sondern werden getauscht, die Rolle, die dabei die Waren spielen, ist eine leidende (passive); der Tausch selbst ist eine willkürliche Handlung, wie jede andere menschliche Handlung. A wirft eine Wurst, um eine Speckseite herunterzuholen, B opfert einen Schuß Pulver für einen Hasen, C arbeitet im Schweiß seines Angesichts um den Preis der Ernte, D opfert 10 Stunden Arbeit für einen Hut, und für denselben Hut opfert E 10 Mark. Ob A, B, C, D und E auch morgen dasselbe tun werden, tun würden, ist fraglich, weil in der Zwischenzeit ein Wechsel der Verhältnisse eingetreten sein kann. Die Waren stehen eben nicht unter sich in Beziehung, sondern zu den Käufern. Fehlt der Käufer, so fehlt auch äußerlich jede Verbindung zwischen den Waren. Warum gibt aber Müller x

Stiefelwichse für y Seide? Aus denselben Gründen, warum Schmidt auf den Fischfang geht, warum Schultze Kartoffeln pflanzt. Warum gibt aber Müller gerade x und nicht 2 x oder $x/2$ Stiefelwichse für y Seide? Für die Beantwortung dieser Frage brauchen wir auch keine besondere Eigenschaft der Waren vorauszusetzen. Hier reicht die Theorie der Preise vollständig aus. Aus 1000 Gründen gibt Müller heute x Stiefelwichse für y Seide. Nicht eine den Waren eigentümliche, den Waren entströmende Kraft bestimmt das Tauschverhältnis, sondern äußere Verhältnisse, die sogen. Konjunkturen, 1000 verschiedene sich kreuzende Umstände. Alle Erscheinungen des Marktes, ohne eine einzige Ausnahme, lassen sich mit der Regel „Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis“ erklären und wenn behauptet wird, der „Wert“ wäre für die national-ökonomische Wissenschaft von fundamentaler Bedeutung und die „Wertvorstellung“ übe auf das wirtschaftliche Tun und Lassen einen leitenden Einfluß, so sind das Behauptungen, für welche es schwer fallen würde, einen Beweis zu erbringen. In der Praxis gibt es nur Preise; kein Kaufmann legt dem Worte „Wert“ einen anderen Sinn unter, als den Preis, den er nach Lage der Dinge wahrscheinlich wird erzielen können, oder bezahlen müssen. In den Hauptdokumenten der Volkswirtschaft, in den Inventar- und Hauptbüchern der Kaufleute erscheinen ausschließlich Preise, und zwar solche, die man voraussichtlich würde zahlen müssen. Wenn man aber in der Praxis und Theorie ohne diesen sogen. „Wert“ auskommt, wenn man in der Praxis überhaupt keinen Platz für etwas anderes als den Preis hat, so scheint mir das ein schlagender Beweis dafür zu sein, daß die Frage „Ist der Wert“, die kritische Wertfrage, wie sie Gottl nennt, verneint werden muß.

Die Sache ist also höchst verdächtig und die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß sich die „Wertfrage“ zu guter Letzt in einen Wertsandal verwandelt, ein Skandal ähnlich dem, der am Hofe jenes Königs so viel Aufregung verursachte, dessen Minister über die Pracht des königlichen Hemdes in Entzücken gerieten, obschon der König kein Hemd hatte und nackt in den Straßen lief. Jeder behauptet den „Wert“, das Hemd zu sehen, keiner hat den Mut, es einzugestehen, daß er in der Tatsache des Tausches nichts Zwingendes für die

Anerkennung einer besonderen „Wert“ zu nennenden „Eigenschaft“ der Waren erkennt.

Freilich, die „Wertforscher“ können nicht in diesen Skandal verwickelt werden, wohl aber alle diejenigen, die ohne je einen Wertgedanken, eine Wertvorstellung, einen Wertbegriff gehabt zu haben, vorgeben, auf dem „Wert“ die Landeswährung, ja ganze ökonomische Systeme gegründet zu haben.

Dieser Gefahr könnten sich Arendt und Helfferich jetzt noch entziehen und zwar dadurch, daß sie die ganze „Wertlehre“, die „Wertfrage“, einfach verleugnen und einfach sagen, für sie wäre „Wert“ und Preis eins.

The value of a thing

Is just as much as it will bring.

Damit schaffen sie sich die ganze Wertlehre einfach vom Halse und können mit Gemütsruhe der Erledigung der kritischen Wertfrage entgegensehen. Freilich würde eine solche nachträgliche Erklärung einige Korrekturen nötig machen und etwa $\frac{9}{10}$ ihrer Schriften müßte alsbarer Unsinn einfach gestrichen werden. Was aber macht das aus, wenn dadurch die Ehre aus dieser schrecklichen „Wertdebatte“ gerettet werden kann. So z.B. dürfte der Ausdruck „innerer Wert“ nicht mehr gebraucht werden, denn setzen wir hier Preis an Stelle von Wert und sagen „innerer Preis“, so tritt der ganze Unsinn, den dieses Wort deckt, ins helle Sonnenlicht. Desgleichen verhält es sich mit dem Ausdruck „Wertbewahrer“, denn der Preis einer Sache liegt doch außerhalb der Sache und wie kann man da von *Preisbewahrer* sprechen? Der Preis des Geldes, das man in der Bank so schön *verwahrt* weiß, besteht vielleicht aus der Arbeitskraft eines Tagelöhners, aus einem Korb Äpfel und während wir den „Wert“ des Geldes verwahrt dünken, geht sein „Preis“ zugrunde.

Wie gesagt, es bliebe nicht viel von ihren Schriften übrig, wenn A. und H. folgerichtig den sogen. „Wert“ als Preis ansehen und alles streichen wollten, was mit einer solchen Auffassung unverträglich ist. Aber sie hätten den Vorteil, daß sie, unbekümmert um das Schicksal der „Wertfrage“, an der Lösung der Währungsfrage weiter arbeiten könnten, und wer weiß, die folgerichtige Behandlung der Währungsfrage auf Grundlage des Preises, mit der Richtschnur daß Nachfrage und Angebot ausnahmslos den Preis

bestimmen, würde beide vielleicht zu der Erkenntnis bringen, daß eine Lösung der Währungsfrage, die Befestigung des Geldpreises nur durch tägliche Anschmiegung des Geldangebots an das Warenangebot (d.i. die Nachfrage für Geld) erreichbar ist und daß eine solche Anschmiegung weder mit der Gold- noch Doppelwährung möglich ist. Und diese Erkenntnis würde ihnen vielleicht noch in ihren alten Tagen die Freude einer endlichen Verständigung verschaffen.

Die „Geld- und Bodenreform“ fühlt sich frei von jeder „Werthalluzination“, für sie genügt der Preis, um die Währungsfragen erschöpfend behandeln zu können. Die Geldreform leugnet, daß die Waren eine spezifische, „Wert“ zu nennende Eigenschaft haben. Alle Eigenschaften der Waren sind stofflicher Natur.

Auf die Frage: Was ist der Wert? antwortet Ricardo: „Die Menge (und Qualität) irgendeines anderen Dinges, das für ein Ding eingetauscht wird“. Mit dieser Antwort leugnet Ricardo jeden Unterschied zwischen Wert und Preis, denn das Ding, das ich für ein anderes Ding gebe, ist nichts weiter als der Preis dieses Dings. Ist aber Preis und Wert gleichdeutig, so leugnet damit Ricardo das Dasein einer besonderen, den Waren eigentümlichen, „Wert“ zu nennenden Kraft. Und das ist auch der Standpunkt der Geldreform.

Der reine Zins eine ehrene Größe?

Als weitere Beweise für die in dieser Zeitschrift verfochtene Zinstheorie und für die Erkenntnis, daß der reine Zins eine ehrene Größe ist, mögen folgende Zahlen dienen, die ich Mulhall's Dict. of Statistics entnehme:

Zinsfuß seit 1851	1851-60	1861-70	1871-80	1881-85	1889	Durchschnitt 35 Jahre	Bankof England	Durchschnitt
Grossbritannien	4.17	4.23	3.28	3.30	3.55	3.81	1694-1800	4.5
Frankreich . . .	4.30	3.55	3.94	3.34	3.18	3.84	1801-1850	4.5
Deutschland . .	4.05	4.56	4.30	4.20	3.70	4.28	1851-1860	4.1
Oesterreich . . .	5.26	4.77	4.79	4.71	4.12	4.91	1861-1870	4.2
Italien	5.35	5.69	4.85	4.74	—	5.22	1871-1880	3.3
Holland	3.60	3.98	3.40	3.64	2.50	3.64	1881-1898	3.3

Bei Vergleichung dieser Zahlen muß noch berücksichtigt werden, was ich über die Bestandteile des Zinsfußes (S. 89

der G. u. B.) sagte. In den Jahren 1851—1870 bewegten sich die Warenpreise in einer ausgesprochenen Hausse. Der Zins-

Jahr	Durchschnitts- preise d. Econom.	Disconto London
1851	100	3.00
1852	104	2.08
1853	110	3.50
1854	120	5.12
1855	124	4.75
1856	130	5.75
1857	136	6.75
1858	120	3.25
1859	116	3.75
1860	122	4.25
1861	124	5.25
1862	130	2.50
1863	152	4.50
1864	172	7.50
1865	162	4.75
1866	160	7.00
1867	138	2.50
1868	122	2.25
1869	122	3.25
1870	122	3.12
1871	118	2.87
1872	128	4.12
1873	134	4.75
1874	132	3.75
1875	126	3.25
1876	124	2.62
1877	124	2.87
1878	110	3.75
1879	102	2.37
1880	116	2.75
1881	108	3.50
1882	112	4.12
1883	108	3.56
1884	100	2.95
1885	94	3.00
1886	92	3.04
1887	94	3.38

fuss nahm also das Hausseelement (Ristorno) auf, während von da ab die Warenpreise abwärts sich bewegen und der Ristorno aus dem Zinsfuss ausscheidet. Nach Abzug des Ristornos ergibt sich für die Jahre 1851—70 der gleiche Zins wie für die späteren Zeitabschnitte.

Dass die Schwankungen des Zinsfusses in der Hauptsache auf Rechnung des Ristornos zu setzen sind, also mit den Schwankungen der Warenpreise zusammenfallen, zeigen nebenstehende Zahlen, die ich aus Laveleyes Buch «La Monnaie et le Bimétallisme» entnommen und für den Zweck zusammengestellt habe.

Wer sich die Mühe geben will, diese Schwankungen graphisch durch zwei Linien darzustellen, der wird einen sehr deutlich in die Augen springenden Parallelismus beider Linien beobachten können.

Bei der Betrachtung dieser Zahlen muss noch berücksichtigt werden, dass die Schwankungen des Diskontos regelmässig grösser und heftiger sind, als die des allgemeinen Zinsfusses. Auch geben die Durchschnittspreise des Economist, da sie sich auf 100 Waren beschränken, kein ganz getreues Bild der allgemeinen Preisschwankungen.

Leider fehlt das Material für die Korrektur dieser Zahlen, sonst würden sich vielleicht obige beiden Linien bis zur völligen Kongruenz nähern.

Die Geld- und Bodenreform

Bd. 2.

Dezember 1904

Nr. 9 – 10

Die Reform der Bodenreformer

Mit gutem Werkzeug soll die Arbeit munter fortschreiten und die Bodenreform, die wurzelechte Bodenreform, ist eine scharfe Axt.

Warum aber geht das Werk der Bodenreform so phlegmatisch langsam von statten? Seitdem „Fortschritt und Armut“ erschienen, hat man seinen Verfasser, hat man eine ganze Generation zu Grabe getragen und noch immer ist von dem Wehr, das die Grundrente von den Privattaschen ab in die Staatskasse leiten soll, kaum eine Spur zu sehen. Zwar hat man da weit am Ende der Welt in einem bedeutungslosen Kasernen- und Fischernest einen schüchternen Anlauf gemacht, aber den Jubel über diesen „Erfolg“ in *Kiautschau* hat man gleich in der *Heimat* mit einer allgemeinen, gesetzlich durchgedrückten Erhöhung der Grundrente durch Zölle um 30, sage und schreibe dreißig Mark, für jede Tonne Land, das sind ungefähr tausend Millionen Mark jährlich, zu dämpfen gewußt.

Bem. Eine Tonne Land ist nach dänischem Maß so viel Land, wie nötig ist, um eine Tonne Weizen (1000 Kilos) zu erzeugen.

Höhnischer hätte man das Triumphgeschrei der Bodenreformer von oben herab nicht erwidern können.

Die Bodenreformer trösten sich über diese kalte Dusche jetzt mit ihren „Erfolgen“ in der Besteuerung der Bauplätze; aber es ist und bleibt ein schwacher Trost, daß von dem Raube von tausend Millionen an neuen Grundrenten jetzt $\frac{1}{2}$ oder gar ein ganzes Prozent durch die Bauplatzsteuer wieder eingeht. Zumal mit dieser Steuer kein moralischer oder theoretischer Erfolg verbunden ist. Die Grundsteuer wird erhoben, weil die Gemeinden neue Einnahmequellen erschließen müssen, nicht weil anerkannt wird, daß die Grundrente eigentlich der Gemeinde gehört. Und darauf käme es an; dann dürfte man hoffen, daß die Ansätze der neuen Steuer nach und nach bis

zur vollen Höhe der Grundrente würden erhöht werden. Aber wie die allgemeine Grundsteuer seit Generationen keine Erhöhung erfahren hat, weil mit ihr kein anderer Zweck verfolgt wird als die Füllung des Staatssäckels, so wird es wohl auch mit der Bauplatzsteuer bleiben. Man hat einen in die Augen springenden, groben Unfug beseitigt und wird sich damit begnügen.

Gesetzlich hat man also Bodenreform rückwärts betrieben. Man hat durch Getreidezölle den Grundsatz gesetzlich bekräftigt, daß der Staat nicht allein den Grundbesitz, sondern auch die Grundrente zu beschützen hat! Nicht das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, sondern das gerade Gegenteil, *das Recht auf die volle Rente* hat man unter den Schutz des Staates gestellt!

Wie ist das möglich gewesen, woher kommt es, daß ein so kerngesunder, von Werbekraft strotzender Gedanke wie die Bodenreform, so unfruchtbar bleibt? Sind die Waffen, mit denen man dem Gedanken Bahn zu brechen sucht, vielleicht zu stumpf? Ich glaube es fast und will hier meine Gedanken darüber mitteilen.

Schon der Titel der Zeitschrift, welche den deutschen Bodenreformern als Aufwiegelungsblatt dient, könnte nicht schüchterner gewählt werden. Deutsche Volksstimme! Das wäre ja ein trefflicher Name für ein Gesang- und Tanzkränzchen, aber für einen Verein, der so Umstürzlerisches bezweckt, ist der Titel nichtssagend. Wie es scheint, war der Titel früher „Freiland“. Darunter konnte man sich schon was denken. Hat man nun gerade darum den Titel unterdrückt?

Dann der Auszug aus den Satzungen: „Der Bund sieht in der „Bodenfrage“ den wesentlichen Teil des sozialen Problems.“ Wie ängstlich das klingt! Bodenfrage? Soziales Problem? Jeder kleine pommersche Junker sagt ja auch dasselbe. Die „Bodenfrage“, das ist die ungenügende Grundrente, und da der Junker sich (übrigens wie jeder Mensch) für den Mittelpunkt des Volksganzen hält, so sieht er in der ungenügenden Bodenrente ein soziales Problem erster Ordnung. Um diese „Bodenfrage“ und dieses „Soziale Problem“ zu lösen, hat man ja die neuen Kornzölle bewilligt, die die Grundrente um volle dreißig Mark per Tonne Land erhöhen werden.

Es gibt also viele „Bodenfragen“ und soziale Probleme, aber für den Bodenreformer soll es nur *eine* Bodenfrage geben

und d. i. der *Privatgrundbesitz*. Warum sagt man also nicht offen und ehrlich „Die Bodenreformer sehen in dem Privatgrundbesitz den wesentlichen Teil des sozialen Problems“?

Jedoch auch letzteres Wort bedarf der Erläuterung. Das soziale Problem ist das Problem der Sozialisten, und besteht in der Frage, wie man es am zweckmäßigsten erreichen kann, daß der sog. „Mehrwert“, der Unterschied zwischen Lohn und Arbeitsprodukt beseitigt, dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag praktisch Genüge geleistet werden kann. Um klaren Wein einzuschenken, um niemand im Zweifel zu lassen, wo hinaus die Bodenreform will, müßte es also heißen:

„Die Bodenreformer erblicken in der Privatgrundrente den Löwenteil des „Mehrwertes“ und streben danach, durch Verstaatlichung der Grundrente das Recht auf den vollen Arbeitsertrag seiner Verwirklichung näher zu bringen.“

So könnte sich jeder von der Tragweite der bodenreformatorischen Bestrebungen und von dem Geiste, dem sie entspringen, ein Bild machen und mancher, der heute für diese Reform nur ein mitleidiges Achselzucken hat, würde sich vielleicht veranlaßt sehen, den Grundsatz der Bodenreform zu prüfen.

„Der Bund zählt und wirbt Freunde in allen politischen Parteien.“ Die Bodenreformer halten also ihre Bestrebungen nicht für Politik! Ein Bund, der die Gesetze beeinflussen will und nur durch das Gesetz etwas erreichen kann und noch dazu die Grundlage unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung umstürzen will, wäre keine politische Partei? Was ist denn die Politik, die politische Ökonomie etwa anderes, als ein Kampf um die Gesetzgebung, zwecks wirtschaftlicher Formen und Reformen? Kaninchenzüchtervereine mögen Freunde in allen politischen Parteien suchen und finden, der Bodenreformer niemals. Wenn jemals ein Gedanke mit politischen Gärstoffen geschwängert war, so ist es der Gedanke der Bodenreform. Das ist so wahr, daß jeder, der die Tragweite der Bodenreform erkannt hat, sicher mit mir darin übereinstimmt, daß mit der Durchführung der Bodenreform der Hauptzankapfel aus der Politik verschwindet, ja die Politik im wesentlichen erschöpft und erledigt sein wird.

Und dabei suchen sich die Bodenreformer hinter dem Busch der Parteilosigkeit zu verbergen! Wozu diese Heuchelei und Komödie? Die rote Krawatte leuchtet ja doch durch alle

Überzieher hindurch. Bringe man die Bodenreformer in das Parlament und man wird sehen, wie sie ihre Parteien verlassen, um aneinander gerückt eine neue Partei zu bilden.

Alle, die wie die Bodenreformer den Sinn für das, was recht und billig ist, mit der Muttermilch eingesogen haben, geben in den meisten politischen Fragen ein übereinstimmendes Urteil ab und das ist doch das erste Merkmal einer politischen Partei; Übereinstimmung der Ansichten in den die Richtung markierenden Fragen.

Dementsprechend müßte es heißen: Die Bodenreformer bilden eine rein politische Partei und indem sie die religiösen, idealen oder moralischen Ziele als persönliche Nebensächlichkeiten behandeln, suchen sie alle anderen politischen Parteien aufzulösen und in zwei neue zu verschmelzen: die Freunde und die Gegner der Bodenreform.

Der Bodenreformgedanke ist revolutionär und gesund genug für eine solche Aufgabe. Dieweilen du weder warm noch kalt bist, weder für noch gegen die Bodenreform stimmst, will ich dich ausspucken aus dem Reichstag. So würde es heißen.

Der Bodenreformer hat sein Auge auf ein hohes Ziel gerichtet; es ist ein Kriegergeschlecht, was dort heranwächst; darum soll er auch den Kopf hoch halten, vor keiner Partei den Nacken beugen, im Gegenteil allen Parteien den Fehdehandschuh vor die Füße werfen. Auf grimmige Kämpfe soll er sich gefaßt machen, ist es doch zweifelhaft, ob die Bodenreform ohne blutige Zusammenstöße sich durchsetzen lassen wird. Das Himmelreich leidet Gewalt und sicher ist es, daß die ersten Exekutionen der Grundsteuer nicht so friedlich verlaufen werden, wie etwa die Kulturkampfgesetze, die Aufhebung der Klöster in Frankreich. In Religionssachen läßt das Volk wohl mit sich spaßen, in Geldangelegenheiten aber entscheidet die Gewalt.

Gewalt brauchen die Bodenreformer und wenn sie ihr Ziel auf unblutigem Wege erreichen wollen, dann ist die erdrückende Gewalt der *Masse* unentbehrlich. Was hält nun diese Masse heute davon ab, der Fahne der Bodenreform zu folgen? Die Masse will das Schmarotzertum in der Volkswirtschaft abschütteln – das will der Bodenreformer auch. Das Ziel der Bodenreformer, d.i. die praktische Anerkennung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag, ist auch das Ziel der Masse. Und

doch will es nicht gelingen, die Masse für die Bodenreform zu gewinnen! Woran das liegt? Zum Teil daran, daß die Bodenreform an sich nicht ausreicht, um das volle Recht auf den vollen Arbeitsertrag zu verwirklichen. Denn die Bodenreform beschneidet wohl den „Mehrwert“, aber sie beseitigt ihn nicht. Die Unzulänglichkeit der Bodenreform das ist ihr einziger Fehler. Die Sozialisten wollen alles, keinen Teil. Jedoch manche würden sicherlich die Bodenreform als Abschlagszahlung annehmen, wenn die Bodenreformer nicht selber bemüht wären, ihre Bestrebungen zu verkleinern, als unpolitische Spielerei hinzustellen, die ungeheure Rasanz und Durchschlagskraft ihres Geschosses zu verschleiern. Sieht es doch fast so aus, als ob man bei den Bodenreformern die Hoffnung hegte, den Grundbesitzern die Haut über die Ohren ziehen zu können, ohne daß sie es merken! Werben sie doch um Anhänger in allen politischen Parteien!

Es müßte also den Sozialisten gezeigt werden, daß es sich durchaus nicht um Kleinkrämerei, um Flickarbeit handelt, daß die Bodenreform den Löwenteil des Mehrwertes verschlingt, daß sie wirklich des Strebens wert ist, um so mehr als ja niemand damit das Recht verwirkt, auch die Restbestandteile des Mehrwertes einzuklagen. Die Bodenreform verlegt nicht den Weg für weitere Forderungen, sondern ebnet ihm im Gegenteil.

Darum sollen die Bodenreformer ihre Bestrebungen von der wirkungsvollsten Seite zeigen; sie sollen den Rachen aufsperrern, damit man das Gebiß sehen kann; denn je fürchterlicher die Hauer, je größer die Gefräßigkeit, um so wuchtiger die Werbekraft. Das Leisetreten ist zweckwidrig, kann nur höchstens zu vorübergehenden Scheinerfolgen führen; diejenigen, die für die Sache gewonnen werden könnten, werden durch die Schwäche der Forderungen abgestoßen und die, die man zu überrumpeln hofft, werden sicher noch rechtzeitig erfahren, so hinaus die Bodenreform führt.

Also das Höchstmaß dessen fordern, was die Bodenreform leisten kann; je mehr sie leistet, je gefräßiger sie sich dem Mehrwert gegenüber erweist, um so entschlossener, kampfbegieriger Anhänger wird sie finden. Die Bodenreform leistet viel, sehr viel sogar, ihr einziger Fehler ist, daß sie nicht alles leistet, daß sie nicht für sich allein den ganzen Mehrwert vertilgen kann. Aber gerade darum soll man das, was

sie verspricht, nicht verkleinern. Also nur keine Miniaturausgabe von „Fortschritt und Armut“.

„Der Bund tritt dafür ein, daß der Grund und Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch ausschließt und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht.“

Das soll eine Kriegserklärung sein! Als ob man den Zorn der Leute fürchte, die man mit Krieg überziehen will! Der Privatgrundbesitz, diese rüdige Krätze muß mit einer rauen Bürste angegriffen werden. Hier darf man kein Blatt vor den Mund nehmen, wenn es heißt Ziel und Zweck der Bodenreform zu kennzeichnen. Rauh wie das Kriegshandwerk muß auch das Kommando ertönen. Zusammenschauern, wie Schafe beim Wolfsgeheul müssen die Rentenbezieher, wenn von Bodenreform gesprochen wird. Und von „nationaler Existenz“ soll man nicht reden, solange man sich über den Inhalt dieses Wortes nicht geeinigt hat. In solch losem Zusammenhang kann das Wort nur schmerzen. In dem widerlichen Volks-Mischmasch, wie ihn der Privatgrundbesitz geschaffen hat, kann kein einheitlicher Begriff des Sinnes des Wortes „Nation“ sich ausbilden. Hier muß der Frühlingsturm der Bodenreform sich erst ausgetobt haben, ehe man das Feld für eine „Nation“ wird bestellen können. Oder sollte das vielleicht oben angedeutet werden? Dann hätte es aber heißen müssen „die Bodenreform, diese Grundlage für eine nationale Existenz.“

Und wo fängt der Mißbrauch des Grund und Bodens an? Erst bei der Wertsteigerung? Dann hätten ja dort, wo keine Wertsteigerung stattfindet (wie in Frankreich), die Bodenreformer nichts mehr zu tun. Der Bodenreformer will aber wie der Sozialist „Alles“ haben, den vollen Arbeitsertrag. Kein Pfennig soll von der Grundrente preisgegeben werden. So lange überhaupt der Boden „Wert“ hat (d.h. verkäuflich ist), findet ein Mißbrauch statt. Der Bodenreformer betrachtet jeden Grundbesitz als Usurpation; er verlangt klipp und klar die Rückführung der Erde in den Gemeinbesitz der Menschheit. Mit der Aussicht auf einen Anteil auf die Wertsteigerung lockt man keinen Hund vom Ofen. Das müßte man doch endlich eingesehen haben. Laut und deutlich müßte es

darum angesprochen werden: „Der Bund verlangt die Rückführung der Grundrente in den Staatssäckel.“ Das ist etwas, was des Strebens wert ist, was zum Studium reizt! Aber eine „mögliche Wertsteigerung“ möglichst dem Volksganzen nutzbar machen! Bah!

Wer die sonnige Landstraße verläßt, um auf Seitengäßchen dem Ziele zuzustreben, wird leicht im Sumpf stecken bleiben. Das meiste von dem, was die Bodenreformer „zunächst“ erstreben, ist entweder ganz unwesentliche Flickerei (so die Forderungen 2, 5, 6, 7, 8) oder es verläuft in den Sumpf, so die Forderung der Zuwachssteuer, der Verstaatlichung des Realkredits und die gesetzliche Begrenzung hypothekarischer Belastung.

Die Zuwachssteuer soll nur bei Verkäufen erhoben werden: nicht der Zuwachs, sondern der Verkauf soll den *Anlaß* zur Steuer geben. Ohne diesen Anlaß keine Steuer, wenn auch Zuwachs stattfand. Eine Steuer wird jedoch nach dem benannt, was sie veranlaßt, und das ist hier, wie gesagt, der Verkauf, der Umsatz.

Der Umsatz wiederum wird veranlaßt (in der Regel) durch den Tod, Krankheit, Bankrott, Umzug, Alter, Glück und Unglück, kurz durch alle die Umstände, die eine Veränderung in der Lebensweise, in der Beschäftigung, im Wohnort bedingen. Dementsprechend handelt es sich bei der Zuwachssteuer um eine Besteuerung des Alters, der Krankheit und des Todes. Mehr noch. Da bekanntlich in den kleinen Verhältnissen, im Kleinbetrieb Umsätze viel öfters vorkommen als in den konsolidierten Vermögen, so würden die reichen Familien die erhöhte Grundrente (die allein den Zuwachs bedingt) ungestört einheimsen können, während bei allen anderen der Staat einen Anteil reklamiert! Und um den Ertrag dieses Anteils sollen die allgemeinen Steuern, auch die der reichen Leute herabgesetzt werden!!

Nicht weil ich erhöhte Renten einheimse, soll ich besteuert werden, sondern weil ich verkaufen will, verkaufen muß. Weil mir das Klima unzutraglich ist, weil ich anderswo günstigere Arbeitsverhältnisse finde, wie ich vor Altersschwäche den Berg nicht mehr erklettern kann und darum im Tal wohnen möchte, kurz, aus 1000 persönlichen Gründen, die mit dem Staatsbetrieb nichts zu tun haben, soll ich besteuert werden! Darum muß ich auf den Umzug verzichten, lasse

meine Kinder an der Schwindsucht sterben, kletterte keuchend den Berg hinan, gestatte dem Fabrikanten meine Zwangslage durch Lohnherabsetzung auszubeuten.

Man sagt mir, daß die Borsig Werke, eine große Maschinenfabrik im Zentrum von Berlin, nach außen verlegt werden wird und daß der Verkauf des alten Fabrikgrundstücks genug eingebracht habe, um damit die neue Fabrik, eine ganze Arbeiterstadt zu bauen und die Kosten des Umzugs zu decken. Wenn der Staat hier die Zuwachssteuer erhoben hätte, so hätte der Umzug sicherlich nicht stattgefunden und die Berliner würden nach wie vor den Ruß und Staub einatmen.

Die Zuwachssteuer, sofern sie vom Verkauf abhängig gemacht wird, ist eine reine Umsatzsteuer und die Umsatzsteuer ist bekanntlich die unbilligste, willkürlichste, zufälligste aller Steuern. Prellerei und Wucher, aber keine Steuer. Sie nagelt den Eigentümer an die Scholle, sie verhindert, daß er sich die für ihn zuträglichsten Ortsverhältnisse schafft, sie bedeutet eine Beschränkung der Freizügigkeit, einen Angriff auf die Verfassung.

Dabei ist die Zuwachssteuer durchaus nicht so leicht zu berechnen, wie die Bodenreformer glauben. Das will ich hier an einigen Beispielen zeigen. A hat vor 30 Jahren einen Acker gekauft, der 1000 Mark Rente abwarf. Damals rechnete man bei den Kapitalisierungen mit 5% (angenommen), das macht also $1000 \times 100 / 5 = 20.000$ Mark als Preis des Ackers. Jetzt bringt der Acker auch noch 1000 Mark an Rente ein, aber zu 4% kapitalisiert ergibt das 25.000 Mark. Hat hier ein Zuwachs stattgefunden? Im Preis, aber nicht in der Rente und die Rente ist es, was der Bodenreformer für den Staat reklamiert. In diesem Falle würde die Zuwachssteuer keine Renten-, sondern Zinssteuer bedeuten, also auf ein ganz anderes Gebiet überspringen. Bei der Berechnung der Zuwachssteuer müßte man also, wenn man keine reine Paschawirtschaft einführen will, damit beginnen, den Zinsfuß festzustellen, der der Berechnung des Kauf- und Verkaufspreises zugrunde gelegt wurde. Das wäre aber eine sehr schwierige Sache, da dieser Zinsfuß aus mehreren Elementen besteht (s. Geldreform No. 4) und nach Ort und Zeit schwankt.

Jedoch der Preis des Ackers richtet sich nicht allein nach Rente und Zinsfuß, sondern auch nach dem allgemeinen Stand der Preise. Der Geldpreis ist nur der nominelle Preis, über

den Realpreis gibt er, heute wenigstens, keine Auskunft. Und dieser, nicht der nominelle Preis müßte bei der Zuwachsberechnung berücksichtigt werden. A hat vor 50 Jahren einen Acker für 1000 Taler gekauft und verkauft ihn jetzt für 2000. Geht er aber mit den 2000 Talern auf den Markt, so erhält er weniger Ware als die, mit denen er seinerzeit die 1000 Taler erstanden hatte. Der reale Verkaufspreis steht also unter dem realen Einstandspreis, trotzdem der nominelle Preis um 100% gestiegen ist. Der Mann hat also verloren, soll er darum besteuert werden?

Diese zwei Elemente des Zuwachses, Zinsfuß und Währung, spielen eine große Rolle, werden aber von den Bodenreformern nicht berücksichtigt.

Wenn der Zuwachs auf staatliche oder kommunale Eingriffe zurückzuführen ist, so muß auch das Gegenteil des Zuwachses, der *Preisfall*, auf staatliche oder kommunale Eingriffe zurückführbar sein. Und wenn der Staat einen Teil des Zuwachses reklamiert, so ist es nur gerecht und billig, *daß der Staat den gleichen Teil im entgegengesetzten Falle vergüte!*

Nun denke man sich, wohin diese durchaus logische Folgerung aus dem Grundsatz der Zuwachssteuer führen muß! Jeder, der ein faules Geschäft in Grundstücken gemacht hat (und es sind in diesem Geschäftszweig Millionen und aber Millionen verloren worden), geht zur Staatskasse und läßt sich entschädigen! Ohne zu fragen, wie der Verlust entstanden ist, ob Käufer oder Verkäufer vielleicht unter einer Decke stecken und die Entschädigungssumme des Staates unter sich teilen, ohne zu fragen, ob Geschäftsunkennntnis den Verlust herbeigeführt, muß der Staat zahlen! Eine nette Geschichte das.

Es gibt im Grundstückshandel wie in allen Geschäftszweigen gute und schlechte Geschäfte, glückliche und unglückliche Griffe. Hat man ein gutes Geschäft gemacht, so wird man das Grundstück behalten und schweigen; erweist es sich als schlecht, so verkauft man es wieder und den Verlust wälzt man auf den Staat.

Überhaupt wird der Preis der Grundstücke nach der in Zukunft zu erwartenden Grundrente berechnet. Man kapitalisiert jene erwartete Grundrente zum laufenden Zinsfuß und zieht den Betrag der Zinsen ab, die man bis zum Eintritt der erwarteten Rente einbüßt.

Wenn also der Verkaufspreis trotzdem noch über den Einstandspreis zu stehen kommt, so erklärt sich das nur in der Weise, daß die Möglichkeit eines Zuwachses als Prämie für das Risiko eines möglichen Preisfalls unberechnet in den Kauf gegeben wurde. *Soll nun der Staat die Prämie einkassieren, ohne das Risiko zu tragen?*

Der Bodenreformer, der den geraden Weg verläßt, gerät in den Sumpf. Das ist durch obige Beispiele bewiesen und ein anderes Beispiel soll es bestätigen.

„Organische Überführung des Realkredits in öffentliche Hand“. So sagt die 2. Hauptforderung der Bodenreformer. das soll wohl so viel heißen, daß der Staat als allgemeiner Kreditgeber auftreten soll. Da nun der Staat immer nur das hat, was er aus dem Volke zieht, so kann die Rolle, die der Staat hier spielen soll, nur die eines Vermittlers sein. Durch diese Vermittlung soll wohl, wenn die Forderung einen Sinn hat, der Kredit für den Grundbesitzer billiger werden! Was zum Teufel haben aber wir Bodenreformer mit den Sorgen des Grundrentners zu tun? Wir wollen die Grundrenten an uns reißen, wir wollen die Rentner angreifen, nicht schützen. Diese wissen sich schon selber zu schützen; das haben sie durch die Erhöhung der Zölle bewiesen.

Übrigens ist der Glaube, daß der Staat selbstverständlich billigeren Kredit genießt, als der Grundbesitz, ein irriger. In vielen Ländern steht der Zinsfuß der Hypotheken niedriger, als der der Staatspapiere.

Nach dem Vorschlag Pohlmanns (die Not der deutschen Landwirtschaft) soll der Staat die Pfandbriefe übernehmen und den Unterschied zwischen dem heutigen Zinsfuß für Staatspapiere (3¹/₂%) und dem der Pfandbriefe (4¹/₂) zur Schuldentilgung verwendet werden.

Ob aber die Besitzer der Pfandbriefe, diese freiwillig gegen Staatspapiere umtauschen werden? Und wenn zwangsweise durchgeführt, ob die Besitzer die Staatspapiere nicht verkaufen werden resp. verkaufen müssen, um durch den Umtausch gegen höher verzinsliche, event. ausländische Papiere den Ausfall von 25% in ihren altgewohnten Einnahmen zu decken? Und wenn solches geschieht (und es ist wahrscheinlich, daß es in großem Maßstab geschehen wird), wo werden dann plötzlich die Käufer herkommen für die ungeheuren Massen von abgewimmelten Staatspapieren? Und wenn es an Käufern fehlt, wird da der Kurs der Staatspapiere nicht leiden? Wird man, um den Verkauf der Staatspapiere und einen entsprechenden Kurssturz zu verhüten, nicht den Zinsfuß erhöhen müssen? Und wo bleibt in diesem Fall der Gewinn?

Die Belastung des Staates mit der Sorge um die Sicherheit der Hypothek würde den Staat zum natürlichen Gegner alles dessen machen, was auf die Grundrente drücken könnte, denn die Bodenrente, nicht der Boden bildet die Sicherheit der Hypothek. So würde z.B. ein Großschiffahrtskanal nach Berlin dadurch, daß er den Einfuhrpreis amerikanischen Getreides herabsetzt, auf den Preis des konkurrierenden Getreides der Güter rings um Berlin drücken und die Rente dieser Güter entsprechend herabsetzen. Ist nun der Staat als Hypothekargläubiger in Sorge um die Sicherheit seiner Forderung, so darf er keinen solchen Kanal bauen.

Zölle, Getreidezölle, setzen die Rente herauf und die erhöhte Rente setzt den Preis des Landes entsprechend höher. Ist nun die hypothekarische Belastung diesem erhöhten Preise gefolgt, so dürfte der Staat als Hypothekargläubiger die Zölle nicht herabsetzen oder abschaffen, da sonst die Rente – der Preis – die Sicherheit der Hypothek herunter gehen würden. Handelsverträge mit niedrigen Zollsätzen wären unmöglich.

Die Entwicklung der Industrie, die die Löhne hochtreibt, setzt die Grundrente herunter, sie gefährdet die Sicherheit der Hypothek, muß also verhindert werden.

Die Freizügigkeit, die den Wegzug der Landarbeiter oder gar die Auswanderung ermöglicht, verursacht eine Erhöhung der Löhne auf Kosten der Rente und der Sicherheit der Hypothek, darum muß der Staat etc. etc.

Kurz, die reaktionäre Politik, die die Agrarier zum Schutz der Grundrente betreiben, müßte nun der Staat schon aus Rücksicht auf seine faulen Papiere unterstützen.

„Festsetzung einer Beleihungsgrenze“! Dieselbe Forderung ist schon oft gestellt worden; jedoch nicht um das Prinzip des Grundeigentums anzugreifen, sondern im Gegenteil, um den Grundbesitz zu konsolidieren. Das Majorat, das Fideicommiss entspringt demselben Gedankengang.

Wir Bodenreformer haben aber die Aufgabe, auf die Beseitigung des Grundbesitzes überhaupt zu wirken und die natürlichen Auflösungselemente, die die hypothekarische Verschuldung in sich bergen soll, zu unterstützen statt zu bekämpfen.

Es ist übrigens ein Irrtum, wenn (wie das auch Pohlmann in seiner Schrift „Die Not der Landwirtschaft“ sagt) behauptet wird,

die Not der Grundrentner wäre unabhängig vom Preis der Bodenprodukte, des Zinsfußes und der Löhne.

Bleiben die Löhne und Preise unverändert, so ändert sich auch nichts an der Grundrente und diese muß demnach auf alle Fälle für Zins und Tilgung der Hypothek ausreichen. Statutengemäß dürfen ja die Hypothekenbanken Grundstücke nur bis $\frac{2}{3}$ oder $\frac{3}{4}$ der Grundrente beleihen. Benutzt der Landwirt den Ertrag seiner persönlichen Tätigkeit (also den reinen Unternehmergewinn), zuzüglich den Zinsertrag seines mobilen Kapitals für seinen Lebensunterhalt (wie das die Pächter tun), so bleibt ihm für die Tilgung der Hypothek der volle Unterschied zwischen Rente und Hypothekenzins. Ein Notstand kann also aus solchem Verhältnis nicht erwachsen.

Fallen jedoch die Preise der Produkte, steigen die Löhne, so ändern sich die Verhältnisse von Grund auf. Um 1000 Mark für Zinsen aufzubringen, muß der Landwirt heute das doppelte Quantum Weizen verkaufen wie vor 30 Jahren, während die erhöhten Löhne direkt von der Rente getragen werden müssen. So kann dann, wenn auch keine *Not der Landwirtschaft*, wie die Agrarier und auch Pohlmann sich ausdrücken, so doch eine Not der Grundrentner sich herausbilden.

In Argentinien waren in den Jahren 1885–1895 die Preise der landwirtschaftlichen Produkte infolge des hohen Geldagios um das doppelte und dreifache gestiegen, während die hypothekarischen Lasten unverändert blieben. Und während dieser Zeit nahm die Landwirtschaft einen außerordentlichen Aufschwung. Die Lasten der Hypotheken wurden kaum empfunden, konnte der Bauer doch die Zinsen mit dem dritten Teil der früher dafür nötigen Produkte bezahlen. Als man dann umgekehrt durch Einzug von Papiergeld die Preise der landwirtschaftlichen Produkte gewaltsam heruntersetzte, da begann man auch gleich von einer Not der Landwirtschaft in Argentinien zu sprechen. Ähnlich war es auch in Brasilien, ähnlich ist es in Deutschland. Wäre man in Deutschland bei der Silberwährung geblieben, so stünden die Preise allgemein doppelt so hoch; statt 165 Mark würde die Tonne Weizen über 300 Mark kosten und statt 10 Kühe, 100 Sack Kartoffeln, 100 Pfund Butter würden 5 Kühe, 50 Sack Kartoffeln, 50 Pfund Butter genügen, um das Geld für den Hypothekenzins aufzubringen.

Ist der Grundbesitz bis an die Grenze der Rente hypothekiert, so ist der Eigentumstitel leer und wir haben im Grundbesitzer für unsere Bestrebungen einen Bundesgenossen statt eines Gegners. Im Interesse der Bodenreform wäre es also, daß die Grundrente von den Hypothekenzinsen gänzlich aufgezehrt würde, dann würde es sich zeigen wie recht Proudhon hatte, als er sagte: *Donnez-moi la rente et je vous cède la propriété*. Und wie will bei Erbschaftsteilungen, die gewöhnlich die hypothekarische Belastung veranlassen, der Übernehmer des Hauses, des Gutes, seine Miterben abfinden, wenn der

hypothekarischen Belastung eine Grenze gezogen wird? Soll er zum Wucherer gehen, den Personalkredit statt des Realkredits ausnutzen? Der Personalkredit ist aber immer kostspieliger, drückender, umständlicher.

Lassen wir jedoch die Sorgen der Bodenreformer um das leibliche Wohl des Grundrentners aus Gründen, die ich nicht zu erkennen vermag, gelten, so bleibt immer die Frage offen, wie der Staat gleichzeitig *Steuerexekutor* und *Hypothekargläubiger* sein kann?

Durch die Grundsteuer, die die Bodenreformer zu erheben gedenken, tritt die 1. Hypothek an die 2. Stelle, denn nach dem jetzigen Recht wenigstens ist der Steuerempfänger der bevorrechtigte Gläubiger. Steigt die Grundsteuer, so fällt die Hypothek, und so wird die Sorge um die Sicherheit der Papiere, womit die Bodenreformer den Staat belastet haben, den letzteren zwingen, den weiteren Wünschen der Bodenreformer entgegenzutreten.

Kurz, die Bodenreformer vertreten sich mit ihren Forderungen selber den Weg; ihr Ziel läßt sich so nicht erreichen. Durch die Verquickung des Grundbesitzes mit dem Zins, mit der Währung und den Pfandbriefen läßt sich auf diesem Wege kein Stoß gegen die Rente wagen, ohne sofort gefährliche, wunderliche und rechtswidrige Erscheinungen hervorzurufen.

Durch solche kleine und kleinliche Forderungen werden die kompliziertesten theoretischen Fragen aufgeworfen und der wunderbar einfache Gedanke der Bodenreform läuft Gefahr in den Ruf der Kompliziertheit zu geraten. Und das ist in diesem versoffenen Zeitalter das Schlimmste, was einer Sache begegnen kann.

Die „*Große, schlichte Bodenreform*“, d. i. der Rückkauf des gesamten Grundbesitzes durch Ausgabe von Titeln der allgemeinen Staatsschulden, die Tilgung dieser Schuld mit dem Ertrag der entsprechend zu erhöhenden Kapital- und Einkommensteuer, [Die kräftige Unterstützung, die dem Staate bei der Schuldentilgung durch die Geldreform zuteil würde, will ich hier nur streifen. Durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Verminderung der Krisen würde der allgemeine Wohlstand und die Steuerkraft gewaltig zunehmen, das allmähliche Zurückweichen des Zinses würde die Verzinsung verbilligen, und der Zins der Emission, zusammen mit dem Ersatz (5%) des in der Zirkulation sich verbrauchenden Geldes, 4-500 Millionen jährlich eintragen.] geeignete Parzellierung und

Verpachtung in öffentlicher Steigerung – das begreift jeder. Hier sind keine Komplikationen zu befürchten. Die „Große Bodenreform“ genügt auch dem Gerechtigkeitssinn der Sozialisten, denn die Sozialisten, die die Gerechtigkeit für sich reklamieren, fordern, daß ihren Ansprüchen ohne Unbilligkeit genügt werde. Nachdem es geduldet wurde, daß Land, Geld und Güter zu einer homogenen ökonomischen Masse wurden, wäre es eine offenbare Ungerechtigkeit, wenn man zugunsten der Allgemeinheit, zugunsten also auch des Geld- und Industriekapitals einseitig den Bodenkapitalist fassen wollte. Ein solches Vorgehen wird niemals vom Volke unterstützt werden. Soll der Boden dem Privatbesitz entrissen werden, so müssen die Eigentümer entschädigt und die Lasten auf alle Schultern nach Maßgabe ihrer Tragfähigkeit verteilt werden.

In der „Revue du Socialisme rationnel, organe de la ligue pour la nationalisation du sol“ erklärt Agathon der Potter den Rückkauf des Bodens mit voller Entschädigung für unausführbar, weil der Staat *für die Entschädigungsschuldentitel mehr Zinsen zu bezahlen haben würde, als wie die Grundrente abwirft!!*

Offenbar hat Potter keine Kenntnis davon, wie der Preis des Bodens berechnet wird, sonst würde er diese wunderliche Behauptung unterlassen haben.

Welchen Preis hat der Staat als Entschädigung zu zahlen? Den Marktpreis. Und wie findet man den Marktpreis? Durch Verpachtung des Grundstücks in öffentlicher Auktion und durch Kapitalisierung des Pachtzinses zum Zinsfuß des Staatskredits. Es sei die erzielte Pacht 1000, der Zinsfuß 4%, so ist der dem Eigentümer zu zahlende Preis $1000 \times 100 : 4 = 25.000$.

Bezieht nun der Staat 1000 an Pacht und zahlt er 1000 an Zins, so kann aus der Transaktion kein Defizit entstehen! – Wie kommt Potter auf den Durchschnittspreis von Fr. 4.202 p. Hekt., wenn er die Grundrente zu 125 bzw. 107 Fr. per Hekt. berechnet und einen Zinsfuß von 3 1/2% annimmt? Entweder, die Grundrente ist gleich 125 (bzw. 107), dann ist der Preis $125 \times 100 : 3,5 = 3.500$ und nicht 4202, oder der Preis ist wirklich 4.202 Fr. p. Hekt., und dann muß die Rente betragen (zu 3,5%) $4202 \times 3,5 : 100 = 147$ statt 125. Zu 4202 Franken Preis und 107 Fr. Rente kämen nur 2,55% heraus und für solche Kapitalanlage wird doch niemand Geld hergeben, wenn er anderswo bei gleicher Sicherheit 3,5% beziehen kann.

Nachdem sich Potter im Kardinalpunkt der ganzen Frage so schwer verrechnet hat, sieht er sich gezwungen, um doch etwas zu erreichen, zu Kunststücken seine Zuflucht zu nehmen. Er schlägt darum eine Erbschaftssteuer vor von 25% des Grundbesitzes, wo direkte Nachkommenschaft fehlt und Konfiskation überall, wo im

gleichen Fall kein Testament gemacht wurde. Daneben Enterbung schlankweg aller Kinder Grundbesitzer, die nach Erlaß des Gesetzes geboren werden.

Er fragt nicht, welchen Einfluß ein solches Gesetz auf den Preis des Bodens ausüben würde, was aus den Milliarden an Pfandbriefen würde! Er ist fest überzeugt, daß niemand ungerecht behandelt würde, „sans faire du tort à qui que ce soit“. Und doch ist es so klar, daß an dem Tage, wo ein solches Gesetz erlassen würde, alle Grundbesitzer ihr Eigentum zu verkaufen suchen würden, um ihren Kindern steuerfreies Eigentum statt Land zu hinterlassen und daß infolge dieses Angebots der Preis des Bodens am gleichen Tag 50% und vielleicht noch bedeutend mehr fallen würde.

Wie hat man es bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen gemacht? Genau ebenso soll es mit dem Grundbesitz gemacht werden. Man braucht für diese ganze Transaktion keinen Pfennig an barem Gelde. Es werden Rententitel ausgegeben und da die Grundbesitzer heute aus ihrem Besitz Renten ziehen, so werden sie die Rententitel statt der Grundbesitztitel aufbewahren. Diese Titel werden nicht auf den Markt geworfen, verschleudert werden. Sie sind in festen Händen.

Für die Schuldentilgung kann man sich, je nach den allgemeinen Verhältnissen, mehr oder weniger Zeit nehmen; man kann mit 1% oder gar 1/2% anfangen und diesen Satz mit der Abnahme der Schuld fortschreitend erhöhen, so daß in einer oder zwei Generationen die ganze Schuld abgetragen wäre, jeder seine Sache erhalten hätte. Auch könnten die Mittel für die Abzahlung der Schuld nicht allein auf dem Wege direkter Besteuerung, sondern auch künstlich durch Erhöhung der Grundrenten mittels der Getreidezölle zusammengebracht werden. Allein die heutige Zollerhöhung von 30 Mark per Tonne Getreide würde eine Pachterhöhung von 30 Mark per Tonne Land bedingen und an sich vollauf genügen für den Dienst einer scharfen Bodenreformschuldentilgung.

Bei der Festsetzung des Zinsfußes für die Titel der Bodenreformschuld (wie der Staatsschulden im allgemeinen) wäre es angezeigt, das herkömmliche System aufzugeben, wonach der Zinsfuß auf Jahre im voraus festgesetzt wird. Denn so erzeugt jedes Auf und Ab des laufenden Zinsfußes eine entsprechende Kursschwankung der Titel. Der Kurs der Titel paßt sich dem Zinsfuß in der Weise an, daß das gleiche Kapital in Titeln den gleichen Zins einträgt, den es in gleich sicheren anderweitigen Geschäften einbringen würde. Dieses System gibt die Unterlage zu den Differenzgeschäften und da hier

eine ungeheure Summe auf dem Spiele ist, so ist es im allgemeinen Interesse geboten, diese Differenzen unmöglich zu machen. Dieses erreicht man einfach dadurch, daß man den *Zinsfuß* dem *Parikurs* anpaßt. Neigt der Kurs nach unten, so erhöht man den Zinsfuß um einen Punkt (z.B. von 3,5% auf 3,6%), strebt der Kurs nach oben, so setzt man den Zinsfuß herunter (von 3,6% auf 3,5%). Auf diese Weise bleibt der Kurs fest und die Titel gewinnen dadurch an Solidität. Solide Papiere haben aber wiederum billigeren Kredit.

Die Bodenreform, d.h. die große, schlichte Bodenreform, durch welche der Mehrwert um den vollen Betrag der Rente beschnitten werden kann, ohne den heutigen, auf der persönlichen Verantwortung begründeten Wirtschaftsbetrieb anzutasten, ist an und für sich der schlagendste Beweis gegen die Theorie, die den Mehrwert als Voraussetzung und Attribut dieses Wirtschaftsbetriebes erklärt. Man braucht die 3 dickleibigen Bücher Marx nicht mehr satzweise zu revidieren und zu widerlegen; wir können uns diese Arbeit sparen. Die Bodenreform, die auf der Erkenntnis der Unabwälzbarkeit der Grundsteuer beruht, ist an sich eine *lebendige* Widerlegung dieser Theorie.

Und wenn der Hauptbestandteil des „Mehrwertes“ auf dem Wege der Reform beseitigt werden kann, warum nicht auch die anderen?? Daß der Zins nichts mit unserer Wirtschaftsordnung zu tun hat, sondern nur eine Begleiterscheinung unseres herkömmlichen, aus barbarischen Zeiten stammenden Geldwesens ist, hat die Geldreform (s. Heft 4/6) gezeigt, und daß der Zins beseitigt werden kann, haben wir ebenda bewiesen. Nach Abschaffung von Rente und Zins bleibt aber nur wenig vom Mehrwert. Und dieser Rest läßt sich auf dem Wege der Reform auch noch beseitigen, das werden wir bei einer anderen Gelegenheit zeigen.

Die Sozialisten, die Masse, die allein die Bodenreform zum Sieg führen kann, sind jetzt gerade bei der Arbeit, ihr Glaubensbekenntnis einer gründlichen Revision zu unterwerfen. Daß diese Revision unsere Theorie bestätigen muß und schließlich auch bestätigen wird, wissen wir. Wie lange es jedoch währen wird, bis daß sich die Wahrheit soweit Bahn brechen wird, hängt zum guten Teil von der Taktik der Bodenreformer ab. Verbleiben die Bodenreformer bei der jetzigen Korinthenkakerei, so wird sich die Einsicht, daß der Hauptbestandteil des Mehrwerts auf dem Wege der Reform sich ausmerzen läßt, nur langsam Bahn brechen; verlangen sie

dagegen die Bodenreform sans phrase, so wird allein schon die stolze Größe dieser Forderung den Sozialisten Achtung für unsere Bestrebungen einflößen. Und diese Achtung wäre der Vorläufer des Studiums und dieses der Sieg unserer Theorie.

Das Recht auf Arbeit und die Geldreform

Die ganze volkswirtschaftliche Wissenschaft gründet auf der Annahme, daß jeder möglichst wenig zu arbeiten trachtet. Die soziale Frage wäre auf den Kopf gestellt, wenn die Erzeugung der Güter ebenso genußreich wäre wie ihr Verbrauch.

Wie soll man demnach den Ausdruck „Recht auf Arbeit“ deuten? Von „Rechten“ spricht man überall dort, wo Begehrtes verteilt wird, wo man sich melden muß, wenn man nicht zu kurz kommen will. Sonst aber, wo jeder sich am liebsten drückt, da spricht man von Pflichten. Und für eine Pflicht, sogar für eine vom Bibeltott direkt verfluchte Pflicht hält jeder die Arbeit. „Im Schweiß deines Angesichts sollst Du dein Brot essen!“

Wer also vom Recht auf Arbeit spricht, der wird auch vom Recht auf Steuerzahlen, vom Recht auf Feuer- und Landwehrdienst reden können.

Darum kann man auch ohne weiteres annehmen, daß im Ausdruck „Recht auf Arbeit“ irgendein Recht verdreht worden ist. Und tatsächlich ergibt sich auch bei näherer Betrachtung, daß das Recht, was hier beansprucht wird, sich auf etwas von der Arbeit völlig verschiedenes bezieht.

Zunächst kann man wohl als selbstverständlich annehmen, daß das Recht auf Arbeit sich auf bezahlte Arbeit, also eigentlich auf den Lohn bezieht. Die Arbeit oder mehr das Arbeitsprodukt soll das Mittel sein, um den Lohn einzutauschen. Es handelt sich also hier um ein Tauschgeschäft, und Recht auf Arbeit bedeutet somit, soviel wie *Recht auf den Tausch oder Absatz der Arbeitsprodukte*.

Zum Tausch wiederum gehören zwei Parteien, zwei Besitzer oder Verfertiger verschiedener Waren und das „Recht auf den Tausch“ der einen Partei würde eine leere Phrase

bleiben, wenn diesem Recht nicht ein Tauschzwang für die andere Partei gegenüberstände. Dabei müssen in einem Rechtsstaat alle Bürger dem Gesetz und Recht gegenüber gleichgestellt sein und wenn dem einen ein Tauschrecht den anderen gegenüber eingeräumt wird, so müssen auch alle übrigen Bürger mit dem gleichen Recht beglückt werden.

Dies führt dann mit Notwendigkeit dahin, daß mit der Verwirklichung des Rechts auf Arbeit *ein allgemeiner, gegenseitiger Tauschzwang für die Arbeitsprodukte eingeführt werden muß*. Etwas anderes läßt sich schlechterdings unter „Recht auf Arbeit“ nicht denken.

Die anders lautende Auslegung des Ausdrucks „Recht auf Arbeit“, wonach dem Staat direkt die Pflicht aufgelegt wird, die Arbeitslosen zu beschäftigen, lasse ich hier als unvernünftig, weil unausführbar, unberücksichtigt. Wie oben gesagt, bezieht sich das „Recht auf Arbeit“ auf belohnte Arbeit und zwar auf normal belohnte Arbeit. Einen Normallohn kann aber der Arbeiter nur in seinem Fach verdienen. Und wie will der Staat, der keine Produktionsmittel hat, die Arbeitslosen in den hunderttausend verschiedenen Fächern, die die Arbeitsteilung erzeugt hat, beschäftigen? Zwar ließe sich dieses Hindernis dadurch beseitigen, daß der Staat die Arbeitslosen für seine Rechnung bei den verschiedenen Unternehmern anstellte, u. z. in der Weise, daß der Staat die Produkte dieser Arbeiter für den Betrag der Lohn- und Materialausgaben aufkaufte, um sie anderweitig bestmöglichst wieder abzusetzen. Aber gegen eine solche Politik würden sich die Unternehmer auflehnen, denn dadurch würden sie ja des einzigen Sanierungsmittels beraubt, das ihnen erreichbar. Die Unternehmer entließen doch die Arbeiter nur darum, weil der Erlös der Produkte den Einstandspreis nicht deckte, und der Erlös oder der Verkaufspreis war gefallen, weil das Angebot die Nachfrage übertraf. Durch Betriebseinschränkungen sollte das Angebot gedrückt, der Preis gehoben werden. Wenn nun aber der Staat die Produktionseinschränkung verhindert, ohne gleichzeitig für höhere Preise zu sorgen, so wird er dadurch für die Unterbilanz der beteiligten Unternehmungen verantwortlich und haftbar. Das führt dann unmittelbar zum Staatsbankrott.

Gibt es aber auf der Welt etwas Überflüssigeres als einen solchen gesetzlichen Tauschzwang? Ist es denn nötig, daß man die Produzenten durch Gesetz daran erinnert, die Waren wären für den Markt bestimmt? Bedarf es künstlicher Nachhilfe, um das Wasser bergab zu treiben? Muß man wirklich den Waren durch die Polizei den Weg zum Markte zeigen? Der Tauschzwang ist ja das charakteristische Merkmal der Ware. Die Ware trägt den Tauschzwang als natürliche Eigenschaft

schon in sich und mit sich herum. Von diesem Zwang wird die Ware erst im Augenblick befreit, wo sie den Konsumenten erreicht hat. Wann beruft sich denn der Arbeiter auf das „Recht auf Arbeit“? Er will sein Arbeitsprodukt gegen andere Arbeitsprodukte tauschen. Die Natur seines Arbeitsproduktes zwingt ihn, dasselbe zu veräußern und zwar gegen die Produkte anderer Arbeiter. Folglich ist der Tauschzwang schon von Natur aus ein allgemeiner und gegenseitiger. Dabei ist es völlig gleich, ob es sich um Arbeiter mit eigenen oder fremden Produktionsmitteln handelt. Wie der Grubenarbeiter zwangsweise das geförderte Quantum abgeliefert, um den Lohn dafür einzuheimsen, so auch wieder muß die Grubenverwaltung für Absatz sorgen. Auch den Zimmermann brauchen wir nicht zu zwingen, die Särge, die er für seine Nachbarn bereitgestellt hat, zu verkaufen. Der Apotheker ist Tag und Nacht bereit, seine Pillen abzusetzen und den rücksichtslosesten aller Polizisten hat der Kaufmann bereits im eigenen Hause in Form des Gestankes, der den meisten seiner Waren entströmt. Ach wie gerne würden sich alle gegenseitig ihrer Sachen durch den Tausch entledigen? Alle Waren ohne Ausnahme schlagen von selbst den Weg zum Markte ein, da bedarf es keines Zwanges, keiner Polizei. Der künstliche, gesetzliche Tauschzwang, alias „Recht auf Arbeit“, soweit es sich um Arbeitsprodukte handelt, ist wirklich das Überflüssigste auf der Welt.

Man unterscheidet gewöhnlich zwischen Arbeit und Arbeitsprodukt, aber nur um beides nachher konsequent zu verwechseln. Die Arbeit ist immer eine persönliche Sache, die zur Volkswirtschaft nur durch das Arbeitsprodukt in Beziehung treten kann. Arbeit ist keine Ware. Arbeit wird nicht gekauft, verhandelt, bezahlt. Nicht einmal die Sklavenarbeit. Wer einen Sklaven kauft, einen Arbeiter anstellt, berechnet im voraus die Produkte, die er vom Sklaven erwartet und danach richtet sich der Kaufpreis bzw. der Lohn. Es hat daher gar keinen Sinn, in volkswirtschaftlichen Schriften von der Arbeit, von der Arbeitszeit zu sprechen. Die Volkswirtschaft befaßt sich mit dem Tausch der Produkte, mit dem Tauschverhältnis. Die Produktion an sich aber gehört zur Technik. Auf dem Markt fragt niemand danach, wie eine Sache gemacht wurde, wie viel Arbeit sie gekostet. Wohin diese Verwechslung von Arbeit und Produkt der Arbeit führt, zeigt der verdrehte Ausdruck „Recht auf Arbeit“ und die sinnlosen Forderungen, zu denen der Ausdruck führte.

Wenn es nur auf die Arbeitsprodukte ankäme, an Bereitwilligkeit und Zuvorkommenheit für die Verwirklichung des Tausches, d.h. des „Rechts auf Arbeit“ würde es niemals fehlen. Der Tauschzwang ist hier so groß, daß keine etwaige Meinungsverschiedenheit über das Tauschverhältnis den Tausch verhindern kann. Ein Bauer, der für seine Kartoffeln, den Käse, die Eier den erwarteten Preis nicht erzielt, bringt darum doch seine Habe nicht nach Hause zurück. Die Natur seiner Produkte *zwingt* ihn zur Nachgiebigkeit. ein Arbeiter, der den gewohnten Lohnsatz nicht durchsetzen kann, nimmt mit weniger fürlieb, ehe die Not ihn zwingt, Frau und Kinder auf den Bettel auszuschicken.

Aber auf die Bereitwilligkeit der Waren kommt es gar nicht an. Die Waren tauschen sich nicht, sondern werden getauscht und zwar mit Hilfe des Geldes. Die Rolle der Waren ist eine passive; die Handlung verrichtet das Geld. Und den Tausch verrichtet das Geld nur bedingungsweise, und zwar so lange ein Gewinn damit verknüpft ist. Kein Gewinn, kein Tausch, ob auch die Waren dadurch zugrunde gehen (Arbeitslosigkeit, Absatzstockung, Krisis, Lagerhüter). Die Kartoffeln, der Guano, die Schwefelsäure drängen zum Verkauf, auch wenn damit Verluste verknüpft sind, das Geld aber tut keinen Schritt, wenn der Gewinn nicht gesichert ist.

Die Marktverhältnisse müssen also dem Gelde für die Tauschvermittlung einen Gewinn sichern. Wäre dieser Gewinn immer unmittelbar gesichert, so könnte der Absatz der Waren niemals stocken, an Arbeit würde es niemals fehlen. Aber das ist heute durchaus nicht immer der Fall. Sobald der Kaufmann im Zweifel ist, ob beim Verkauf sich der Einstandspreis verzinsen wird, unterläßt er den Kauf, und die Arbeiter feiern. Es hat ja keinen Zweck, Waren zu verfertigen, deren Absatz nicht gesichert ist.

Nun wird mancher hier einwenden, daß bei der eben erwähnten, großen Bereitwilligkeit der Waren durch Preisermäßigung den Tausch zu ermöglichen, dem Gelde die Vermittlungsgebühr immer gesichert ist, indem der Arbeiter seine Forderungen von selbst so lange ermäßigt, bis daß der Einstandspreis unter den erwarteten Erlös gesunken ist. Aber hier ist sehr zu beachten, daß der Einstandspreis eine bekannte, durch den Kauf oder durch die Bestellung festgelegte Größe ist, während der Verkaufspreis aleatorisch ist und in

den weitaus meisten Fällen durch den Wettbewerb erst festgestellt werden muß. Zwischen Kauf und Verkauf liegt immer eine mehr oder weniger große Spanne Zeit, oft Jahre, im Durchschnitt wohl $\frac{1}{2}$ Jahr. Und was kann alles in einem $\frac{1}{2}$ Jahre sich ereignen. Darum bietet eine Preisermäßigung beim Einkauf dem Kaufmann durchaus keine Gewähr, daß der Erlös die Kosten decken wird. Im Gegenteil, sowie der Warenbesitzer mehr als gewöhnlich sich nachgiebig zeigt, so folgert der Kaufmann, daß der Markt zu sehr belastet ist, bzw. daß die Nachfrage fehlt und daß die Preise morgen wahrscheinlich niedriger als heute stehen werden. Der Wettbewerb sorgt aber dafür, daß die Waren nicht auf der Basis des bezahlten, sondern desjenigen Preises verkauft werden, zu welchem der Kaufmann sein Lager ergänzen kann. Erfahrungsgemäß ist auch die Wahrscheinlichkeit, daß die rückgängige Preisbewegung von Dauer sein wird, um so größer, je größer der allgemeine Preisrückgang ist. Nichts, absolut gar nichts bietet uns heute eine Gewähr, daß die Preise, die von 100 auf 99, 98, 95 gefallen sind, nicht noch weiter auf 90–80–70 usw. fallen können. Scheint es doch fast so, als ob das Fallgesetz auf die Preise übertragbar sei.

Folglich liegt in der Willfährigkeit der Ware durch Preisermäßigungen dem Gelde die Vermittlungsgebühr zu zahlen durchaus keine Gewähr für die Sicherheit dieser Gebühr und darum bleibt dem Kaufmann in solchen Zeiten nichts anderes übrig, als mit dem Kauf und der Bestellung zu *warten*, bis daß aus irgendeinem Grunde die rückgängige Preisbewegung ins Stocken gerät.

Die Preise fallen, wenn wenig gekauft wird, sie steigen, wenn die Kauflust groß ist. Die Kauflust ist aber groß, wenn die Preise steigen, sie verschwindet, wenn die Preise fallen!! Die Kauflust erzeugt also selbst die Bedingungen ihrer Anregung. Sie ist ihr eigener Vater! Der Kaufmann kann nur kaufen, wenn alle kaufen, denn nur in diesem Falle ist er sicher, daß er nicht von einem Preisrückgang überholt wird. Die Anregung zum Kauf muß also aus einer das ganze Volk ergreifenden Stimmung kommen. *die Stimmung genügt für ihre materielle Begründung*. Es genügt, daß sich die Meinung verbreitet, die Preise würden steigen, um eine Preissteigerung zu erzeugen, da ja diese Meinung den Anlaß zu Käufen, zur Nachfrage gibt. Umgekehrt natürlich genügt die Meinung, daß die Preise fallen werden, um über Nacht die Volkswirtschaft in eine schwere Krisis zu stürzen!! Ein gewiß lächerlicher Zustand!

Während nun der Kaufmann auf seine Sicherheit bedacht das Geld vom Markt zurückzieht, nichts kauft, nichts bestellt und womöglich vom Himmel die Rückkehr besserer Zeiten erlebt, liegt die Arbeit darnieder, und die Arbeiter feiern.

Die Ursache der Arbeitslosigkeit ist also nicht bei der Ware, beim Tausch, sondern bei der *Tauschvermittlung* zu suchen. *Nicht die Waren versagen den Tausch, sondern das Geld versagt die Tauschvermittlung.*

Folglich dürfen wir uns mit dem „Recht auf Arbeit“ nicht an die Ware und ihre Besitzer wenden, sondern an das **Geld**.

„Recht auf Arbeit“ heißt also hier nicht mehr „Recht auf den Tausch“ oder „Allgemeiner Tauschzwang“ (denn wir sehen, daß ein künstlicher oder gesetzlicher Tauschzwang überflüssig ist), sondern „Recht auf die Tauschvermittlung“ oder „Recht auf das Geld“.

Wie bei der Ware, bliebe aber das Recht auf die Tauschvermittlung eine leere Phrase, wenn dieses Recht nicht durch einen Tauschvermittlungszwang ergänzt würde. Soll also das „Recht auf Arbeit“ verwirklicht werden, so muß die Tauschvermittlung *obligatorisch erklärt werden*. Eine obligatorische Tauschvermittlung ist aber nichts anderes als der Umlaufzwang des Geldes, den die Geldreform fordert.

Können wir uns mit dem fürchterlichen Gedanken eines Umlaufzwanges für das Geld, einer obligatorischen Tauschvermittlung versöhnen (viele werden lieber die Welt zugrunde gehen lassen, ehe sie diesen Gedanken überhaupt einer Erwägung würdigen), so ist der Tausch der Güter zu einem Kreise geschlossen und der Absatz der Waren gesichert, das „Recht auf Arbeit“ verwirklicht. Der den Waren inhärente Tauschzwang wird selbst dafür sorgen, daß die Waren zu allen Zeiten, im Krieg wie im Frieden, zu Märkte pilgern werden, willig den Tausch zu machen, opferwillig etwaige aus dem Tauschverhältnis entspringende Schwierigkeiten auf dem Weg gegenseitiger Zugeständnisse zu beseitigen. So wie die *Tauschvermittlung* gesichert ist, ist auch der Tausch selbst, die Arbeit, der Absatz gesichert.

Aus den vorangehenden Bemerkungen über den Einfluß der Preise auf die Tauschvermittlung wird mancher gefolgert haben, daß ein Umlaufzwang des Geldes, eine obligatorische Tauschvermittlung gar nicht nötig ist, um den Austausch der

Waren, das Recht auf Arbeit zu sichern. Da die Sicherung des Profits die einzige Bedingung für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit ist, so braucht man nur dafür zu sorgen, daß kein allgemeiner Preisrückgang eintreten kann, um den Erlös dauernd über den Einstandspreis zu stellen. Und das muß doch leicht zu erreichen sein. Gebe man den Emissionsbanken einfach das Recht, so viel Geld zu *verfertigen*, wie nötig ist, um einen Preisrückgang unmöglich zu machen, so ist der Profit sichergestellt, das Recht auf Arbeit verwirklicht!

Irrtum, schwerer Irrtum! Das Recht, Geld zu *verfertigen* und *auszugeben* haben ja die Emissionsbanken; die deutsche Reichsbank hat sogar statutengemäß ihre Hauptaufgabe darin zu erblicken, die Umlaufmittel (Geld) den Bedürfnissen des Verkehrs anzuschmiegen, aber was haben die Banken damit erreicht? Ist der Markt dadurch gesichert worden vor Ebbe und Flut im Angebot des Geldes? Kann der Kaufmann darauf rechnen, daß der allgemeine Preisstand der Waren fest bleibt? Folgen sich die Wirtschaftskrisen jetzt nicht genauso wie früher? Auf und ab, Hochkonjunktur und Krach, Boom und Krise.

Das Recht der Emissionsbanken, Geld (Banknoten) zu *verfertigen* und auszugeben ist für den Handel so viel wie sinn- und zwecklos, solange die Banken das **Angebot des Geldes gegen Waren** nicht erzwingen können. Das Geld wirkt auf die Preise doch nur in dem Augenblick, so es nach Waren suchend den Markt betritt. Geld, das nicht angeboten wird, sagte darum schon David Hume, hat auf dem Markt denselben Einfluß, wie wenn es nicht da wäre.

Und wie will die Emissionsbank das Angebot des von ihr verfertigten Geldes gegen Waren erzwingen? Durch Herabsetzung des Zinsfußes von 5 auf 4 – 3 oder 2%? Aber wo ist der Unternehmer, der ein Haus bauen, eine Fabrik gründen wird, bloß weil er auf kurze Frist (3 Monate) einen Vorzugszins genießen wird? Wo ist der Kaufmann, der seinen Lieferanten Aufträge für sein Lager erteilen wird nur deshalb, weil er $\frac{1}{4}\%$ (1% in 3 Mt.) am Zins spart? Ehe der Plan des Hauses entworfen, die Rechnung des Fabrikanten eingelaufen ist, kann der Diskontsatz ja wieder erhöht worden, kann ein allgemeiner Preissturz eingetreten sein. Wahrhaftig mit solchen Vorteilen lockt man keinen Hund vom Ofen. Das

müßte man doch nach so vielen bitteren Erfahrungen eingesehen haben.

Die Frage, ob die Ankündigung einer Herabsetzung des Bankdiskonts nicht das gerade Gegenteil der erwünschten Wirkung (Erhöhung der Preise) haben muß, indem die Zinersparnis vom Wettbewerb in Form einer weiteren Preisermäßigung diskontiert wird, will ich hier nur streifen.

Das Vorrecht der Emissionsbanken, Geld anzufertigen und gegen Zins anzubieten, muß dadurch ergänzt werden, daß *das Angebot dieses Geldes gegen Waren* gesichert, nötigenfalls also erzwungen werden kann und zwar in einer den Bedürfnissen des Marktes genau entsprechenden Weise. Nur so hat der Kaufmann die Gewißheit, daß ein allgemeiner Preissturz nicht mehr eintreten kann, nur so kann er unbekümmert um wirtschaftliche und politische Umstände seinen Geschäften nachgehen, Waren kaufen, Waren bestellen, der Arbeit zu seinem Rechte verhelfen.

Aber wie will man ohne einen, dem Gelde inhärenten materiellen Angebotszwang, wie will man ohne die Geldreform das Angebot des Geldes gegen Waren erzwingen?

Die Kolonisation nach der Bodenreform

Als die Freischärler die Werbetrommel zum Feldzug gegen Napoleon den Großen in Deutschland rührten, da hielt es auch mein hochseliger, in Gott ruhender Herr Großvater nicht mehr zu Hause aus. Er begab sich zum Wucherer, ließ sich 300 Taler auf sein Äckerlein in Kroppenstedt eintragen, kaufte sich mit dem Gelde ein Schlachtroß und eine Reiterausrüstung und zog ins Feld.

Was mochte wohl den friedlichen Bauer dazu veranlaßt haben, Weib und Kind, Haus und Hof zu verlassen, welchem Ideal jagte er nach? Was hatte er an der Herrschaft Napoleons auszusetzen? Es war doch ein gescheiter Herrscher, bürgerlicher, d.h. ebenbürtiger, blutsverwandter Abstammung! Ich weiß nicht, was ihn trieb, Tatsache aber ist es, daß, als er nach Friedensschluß verwundet und geschunden heimkehrte, da fand er unter den Siegeskränzen ein Briefchen, worin ihm

die 300 Taler gekündigt wurden. Und das Gütlein in Kroppenstedt ging für Kapital und Zinseszins auf den Gläubiger über.

Und ähnlich, wie hier, erging es zahllosen anderen hochseligen in Gott ruhenden Herren Großvätern.

Ach, hätten diese Esel sich doch mit der Herrschaft Napoleons zufrieden gegeben, hätten sie statt Schwert und Roß sich einfach Bauplätze gekauft, wie es so viele andere Patrioten gemacht haben. Es wäre dann allerdings auch anders gekommen, wie es gekommen ist, statt des Ackers in Kroppenstedt hätte der Wucherer vielleicht die preußische Königskrone in der Auktion für 300 Taler erstanden, aber es wäre entschieden klüger, vorteilhafter und patriotischer gewesen. Sicherlich brauchten sich dann auch ihre Nachkommen nicht den kaiserlichen Rat geben zu lassen: „Wer nicht für sich gesorgt hat, nichts hat und unzufrieden ist, der kann ja einfach auswandern!“

Der Rat, wenn er auch keine allzu hochfliegende Gesinnung, vielmehr eine sehr hausbackene Einschätzung des Wertes von Heimat und vaterländischen Idealen verrät, ist ja gut und praktisch. Kein Proletarier, der als Auswanderer seine Erfahrungen gesammelt und Vergleiche machen kann, könnte dem heimatlosen Gesindel einen besseren Rat geben.

Jedoch, wenn es sich so verhält, wenn Heimat und Vaterland das Gepäck des Auswanderers so gar wenig belasten, wie versteht sich dann das Staunen des Patrioten über den unzweifelhaften Mangel an Anhänglichkeit der Ausgewanderten an die alte Heimat? Diese behäbigen, biergefüllten Bäuche können es nicht begreifen, daß der Ausgewanderte nur mit Zorn und Widerwille an die heimatlichen Zustände zurückdenkt, daß, wenn er auch stolz auf seine Abkunft sein mag, er sich in der Regel seiner Herkunft schämt, und daß er nicht viel mehr als Verachtung übrig hat für alles, was ihn an diese erinnert! Wie könnte es auch anders sein? In der Armut, im Elend inmitten verschwenderischen Reichtums ist er aufgewachsen, in überfüllten Schulen von überarbeiteten Lehrern unterrichtete man ihn in gefälschter Geschichte, gefälschter Religion, gefälschter Moral.

Den Satz: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie Dich selbst“, der Ausgangspunkt des ganzen Christentums, darf heute kein Lehrer und kein Geistlicher erklären ohne sich dem Amtsverlust, dem Hungertode auszusetzen.

Dann wurde er als Knecht von herrischen Junkern hin- und hergeschubst, bis daß ihn der Staat zur Verteidigung seines (?) Vaterlandes beansprucht. Die jungen, von allzu frühzeitiger, schwerer Arbeit verbogenen Knochen werden jetzt mit Gewalt unter Fluchen und Schimpfen wieder gerade gerichtet, hochmütige, sich einer höheren, d.h. natürlich fremdländischen Abstammung rühmende Vorgesetzte lehren ihn blindlings gehorchen, blindlings auf irgendeinen Menschen, auch auf Eltern und Geschwister schießen. Dann nach 2 bis 3 Jahren gibt man ihm einen fadenscheinigen, ausrangierten Militärrock und setzt ihn an die Luft.

Zwei volle Jahre hat er sich unentgeltlich an der Verteidigung eines Landes beteiligt, von dem man ihm sagte, daß es sein sei, von dem er aber niemals nur die Außenseite kennenlernte, dessen Schätze er niemals kosten durfte, kosten wird. Wehe ihm, wenn er es versuchen wollte!

Jetzt ist er frei. Er will arbeiten, nicht mehr für das dankbare Vaterland, sondern für sich. Aber zur Arbeit gehören Land, Werkzeuge, und überall wo er den Spaten ansetzen will, schreit man ihm entgegen: Halt, das ist mein.

Er muß also für Lohn arbeiten, sein Arbeitsprodukt gehört ihm nicht. Grundbesitzer und Kapitalisten beanspruchen von seinem Arbeitsertrag die größere Hälfte, suchen sich mit seiner Arbeit zu bereichern. Was übrig bleibt, genügt gerade, um das Leben zu fristen. Ist es zu verwundern, daß er unzufrieden ist? Da hört er das kaiserliche Wort: Wer unzufrieden ist, soll auswandern! Also auswandern soll er jetzt, nachdem er zwei volle Jahre dem Lande mit der Waffe gedient hat? Woher diese Dienstpflicht, wenn er keine Rechte hat? Warum soll gerade er, der arme Teufel auswandern? Wenn jemand Reichtum brauchen kann, so ist es gerade der Auswanderer, der Mann, der inmitten der Wildnis ganz auf sich angewiesen ist, und nun soll er, der nichts hat und unzufrieden ist, auswandern? Warum gerade er? Wenn man ihn wenigstens für ein so schweres Unternehmen ausrüsten wollte, wie man ihn ausrüstete, als man ihn zur Verteidigung des Vaterlandes, fremden Eigentums, gebrauchte! Wenn man ihm wenigstens als Lohn für seinen Waffendienst die Reise bezahlen wollte!

Aber nichts, der fadenscheinige Militärrock, das ist die Ausrüstung, die das dankbare Vaterland für den Auswanderer,

für das gefährlichste, waghalsigste Unternehmen übrig hat. Mit einem fadenscheinigen Militärrock soll er sich in der Wildnis ansiedeln?

Die Reise muß er selbst bezahlen. Sein Lohn reicht gerade aus, um das Leben zu fristen, aber wenn es sich um ein so hohes, hehres Ziel handelt, wenn man der Heimat den Rücken kehren will, dann macht man, wie der Spanier sagt, ein Herz aus seinen Eingeweiden und hungert das Reisegeld zusammen.

In der vierten Klasse (und nur weil es keine fünfte gibt) wird die Landreise zurückgelegt. prunkende Städte ziehen vorüber, herrliche Fluren, Reichtum, Überfluß, Luxus. Und so vieles von alledem könnte er in der Wildnis brauchen, im Kampf gegen die Elemente! Jedoch er hofft; er hofft, daß es ihm unter den Wilden besser als hier ergehen wird, daß die Wucherer bei seiner Landung drüben Mitleid mit dem armen Teufel im fadenscheinigen, bunten Bettlerrock haben werden. Mit diesen Gedanken kommt er auf das schöne, große Schiff. Dem Auswanderer, dem ungeheure Strapazen und Gefahren bevorstehen, dem Pionier, der der Kultur neue Bahnen brechen soll, der die Heimat wohl nie mehr wiedersehen wird, dem wird man doch sicherlich den Abschied von der Heimat zu erleichtern suchen! Man wird ihn bewirten, feiern, ihm den Ehrenplatz einräumen! Und wirklich niemandem wird der Abschied so sehr erleichtert, wie dem Auswanderer. Keinem Hund hat man jemals schnöder den Laufpaß gegeben. Auf den Profit, den Wucher, auf fette Dividenden ist auch diese letzte Etappe, ist das Abschiedsfest zugeschnitten, welches die Heimat dem Auswanderer bereitet. Groß ist das Schiff, gewiß, aber nicht für den Auswanderer. Wie Heringe zusammengepreßt auf dem schlechtesten Platz des Schiffes. Miserable Kost, grobe Behandlung, Schmutz, Gestank! Und auch hier wieder, wohin doch der Schatten von Thron und Altar nicht mehr reicht, unter Gottes freiem Himmel umgeben von den Wogen der unendlichen See, wieder dieser grobe, sinnliche Kontrast zwischen Arm und Reich, Arbeit und Müßiggang. Und noch schlimmer ist es hier. Daheim hatte er den Protz neben sich, hier thront er wie Gott im Himmel über ihm, vom Sonnendeck herab blickt er auf das schmutzige Gewimmel im Zwischendeck.

So verläßt der moderne Mensch seine Heimat, so stößt das Vaterland den Überschuß ab. Ja, es ist ein häßliches, niedrig gesinntes Ding das heutige Vaterland, dieses widerliche Gemisch von Fürsten, Herren und Knechten. Und für ein solches Gebilde soll der Ausgewanderte noch Anhänglichkeit zeigen!

Es ist nicht immer so gewesen. So selbstsüchtig, gemein waren die Barbaren nicht. Damals gab man dem Auswanderer Vorräte, Roß und Wagen. Man gab ihm Waffen, damit er sich sein Recht erkämpfen konnte.

Ein Gedanke, der sich gewiß schon Tausenden und Abertausenden von Ausgewanderten aufgedrängt hat, wenn sie drüben im Kontor eines bleichsüchtigen Männleins den Kauf- oder Pachtkontrakt unterzeichneten, ist der: Warum werfe ich dieses Männlein hier nicht einfach hinaus und erobere mir meinen Platz, wie es meine Väter getan haben? Weshalb soll ich Land pachten, wenn ich es mit dem Schwerte mir aneignen kann? Ich habe ja die Macht, die Kraft und Herrlichkeit dazu!

Aber ebenso viele, denen dieser Gedanke durch den Kopf schoß, ließen ihn wieder fallen, als sie erwägten, daß sie auch zu Hause dasselbe hätten tun können, daß sie dort sogar für solches Tun das Recht gehabt hätten; das Recht nämlich, das ihnen die Wehrpflicht gibt, das Recht, das aus der Tatsache entspringt, daß sie das Land mit Gut und Blut erobert und verteidigt haben. Warum also diesen Fremden gegenüber, für die sie bisher nichts getan haben, ein Recht fordern, auf da sie zu Hause verzichteten?

Und dabei gibt man doch viel in der Heimat für eine würdige Vertretung im Ausland. Man baut dem Botschafter einen Palast, bezahlt ihm einen fürstlichen Lohn und prunkende Festlichkeiten bereitet man fremden Gästen. Selbst der Kaiser sucht als oberster Vertreter des Handels durch protzenden Glanz dem Auslande einen Begriff von der Macht und dem Reichtum seines Landes beizubringen. Blendwerk, weggeworfenes Geld! Was nützt es, wenn auch der Botschafter in prächtiger Equipage von Bord abgeholt wird, und hinter ihm her eine lange Reihe schüchternen, gedrückter Gestalten das Land betritt? Hier bleibt das Auge haften, nach diesen Auswanderern beurteilt der Beobachter den Kulturzustand Europas. Wie ganz anders wäre der Eindruck wenn die Auswanderer aus übermütigen, gut ausgerüsteten, siegesbewußten Männern sich rekrutierten! Da könnte man schon ein bescheidenes Männlein mit 1000 Talern Gehalt als Botschafter aussenden

– die Würde und das Ansehen seines Landes würden nicht darunter leiden.

Die gemeine, niedrige Denkart, die das Vaterland dem Auswanderer gegenüber bekundet, tritt noch viel drastischer in die Erscheinung, wenn wir sie vergleichen mit der Art, wie die Natur sonst für den Auswanderer sorgt. Mit einem Vorrat an Lebensmitteln, der auf alle Fälle über den Winter hinausreicht, sorgfältig in einem neuen, allen Unbilden des Wetters trotzendem Wams eingehüllt, mit freier Reise bis an den Bestimmungsort, so verläßt die junge Fichte, die Distel, der Löwenzahn die Heimat. Und wie macht es die Biene? Das lese man in Mäterlinks lieblichem Buche „La vie de l’abeille“ nach. Da nimmt jeder Auswanderer mit vollen Händen und so viel er nur tragen kann aus dem Staatssäckel. Und man beachte wohl: hier sind es nicht die Armen und Gedrückten, die auswandern, im Gegenteil gerade die, die im Besitze der Macht und Kraft sind, die wandern aus. Ein wohlorganisiertes Volk mit Kundschaftern, Waffen und Train. Hier sagt nicht der satte König: Wer hungrig und unzufrieden ist soll auswandern. Sondern: Ich will meinem Volke Platz machen; wer stark ist und Strapazen verträgt, der folge mir. Die Jungen und Schwachen bleiben zurück, ihnen überlassen wir unseren Platz mit allem, was wir darauf gebaut haben.

So wandern die Bienen aus, und so sollen auch wieder die Menschen auswandern, wenn die Bodenreform durchgeführt sein wird. Nicht die Not, sondern die stolze, übermütige, unternehmende Jugend wird zum Wanderstab greifen, wenn es an Platz mangeln wird. Und nicht im Mitleid erregenden preußischen Militärrock, als frierende, hungernde Bettler werden sie die neue Welt betreten, sondern bis an die Zähne bewaffnet mit Geld und Ausrüstungsgegenständen, als würdige Vertreter eines angesehenen, reichen Kulturstaates.

Unter der Bodenreform hat jeder das gleiche Recht auf die Naturschätze der Heimat und wer durch Auswanderung zugunsten der Zurückbleibenden auf diese Rechte verzichtet, hat Anspruch auf eine Entschädigung, die ausreichen muß, um dem Auswanderer zu gestatten, sich in der Fremde in den Genuß gleicher Schätze zu setzen. In welcher Form diese Entschädigung gegeben werden soll, wird von den Umständen abhängen.

Wendet sich der Auswanderer nach einem zivilisierten Lande mit Bodenreform, so wird man dafür sorgen müssen, daß der Auswanderer dem Boden gegenüber als gleichberechtigt angesehen werde, so daß bei der öffentlichen Verpachtung der Parzellen er, wie jeder andere Bürger, bieten kann. Wenn das nicht durch einen Gegenseitigkeitsvertrag erreichbar ist, so müßte man den Auswanderer als Bürger einkaufen, ähnlich wie heute das Gemeindebürgerrecht vielerorts mit Geld käuflich ist. – Ist dem Auswanderer auf diese Weise die Benutzung des Bodens zugänglich gemacht und ist er so vor der privaten Ausbeutung durch die Grundbesitzer geschützt, so sind damit die Pflichten des Mutterlandes dem Auswanderer gegenüber erfüllt.

Herrscht in dem Lande, das der Auswanderer zur Niederlassung gewählt hat, noch das System des Privatgrundbesitzes, so wird man dem Auswanderer den nötigen Grundbesitz kaufen müssen. Gegen die Mißbräuche, die hier getrieben werden könnten, von Auswanderern, die darauf ausgehen, den ihnen so verschafften Grundbesitz zu verkaufen, um den Betrag zu verjubeln, lassen sich leicht Schutzmaßregeln ergreifen. So könnte man z.B. den betreffenden Grundbesitz als unveräußerliches Eigentum des Heimatstaates des Ausgewanderten eintragen lassen.

Ist jedoch mit Geld oder Verträgen nichts zu erreichen, versperrt ein Staat dem Einwanderer den Eintritt ins Land, so wird es gut sein, die Gründe des betreffenden Staates genau zu prüfen. Erkennt man, daß es sich um Vorurteile handelt (wie z.B. die Ansicht der Nordamerikaner, die Chinesen drückten die Löhne herunter), so wird man sich bemühen müssen, auf dem Wege der Belehrung und Aufklärung solche Hindernisse zu beseitigen und nötigenfalls Geduld, viel Geduld üben müssen. Stehen aber nur Privatinteressen einzelner Klassen und Personen im Wege, so räume man mit Waffengewalt diese Hindernisse fort. Jedem einzelnen Menschen gehört die ganze Erde ungeteilt und wie der Amerikaner sagt: Amerika für die Amerikaner, so soll der Mensch sagen: Die Welt dem Auswanderer. Kein Staat darf einen Teil dieser Erde für sich allein beanspruchen.

Handelt es sich um Kolonisation im eigentlichen Sinne des Wortes, d.h. um die Ansiedlung größerer Massen in

unbesetzten Ländern, um diese politisch dem Mutterlande einzuverleiben, so wird man nicht damit beginnen, hier und dort einzelne Familien mit vielen kleinen Kindern in der Wüste abzusetzen, um sie dort ihrem eigenen Elend zu überlassen, sondern man wird Pioniere voraussenden, die durch den planmäßigen Bau von Straßen, Kanälen und Eisenbahnen das Land erschließen, man wird Maurer vorausschicken, die für die Familien Häuser und Schulen bauen werden, Jäger, um das Land von Raubzeug zu säubern, Militär, um die Ansiedler vor räuberischen Überfällen zu sichern, Versuchsstationen gründen, um den Aussiedlern die persönlichen Erfahrungen zu sparen, kurz, man wird für die Ansiedler alles das tun, was die zufriedenen Patrioten daheim in ihrem persönlichen Interesse tun. Ist so alles vorbereitet, dann rücken die Familien nach, und dann wird es nicht mehr vorkommen, daß die Ansiedler haufenweise erfrieren wie in Dakota, verhungern wie im Chaco, erschlagen werden wie in Afrika, ausgebeutet werden bis zum völligen Ruin und Bankrott wie überall in der Welt. Dann werden auch die Ansiedler zu erzählen wissen von einem Vaterland, das väterlich für sie gesorgt hat und das Wort: „Wer arm und unzufrieden ist, mag auswandern“, wird den häßlichen, bitteren Beigeschmack verlieren, den es für alle Bürger hat, die persönlich, oder deren Väter Gut und Blut opferten fürs Vaterland.

Es ist kein leerer Wahn, „erzeugt im Gehirne des Toren“, vom Vaterland zu sprechen. Es ist wirklich etwas daran; in der ganzen Natur, in der Vogel-, Tier- und Insektenwelt ist der Sinne fürs Vaterland tief begründet, und die Erklärung brauchen wir auch nicht weit zu suchen. Nach der biologischen Entwicklungs- und Anpassungslehre müssen ja die Organismen mit den Ortsverhältnissen ihres Geburtslandes aufs Innigste verwachsen sein. Das beweist ja übrigens schon der Umstand, daß jeder Ortswechsel mit einer mehr oder weniger starken körperlichen (Akklimation) und geistigen (Heimweh) Krisis verknüpft ist.

Also das Vaterland „ist“, es ist ein unvermeidliches Nebenprodukt der Entwicklung und Anpassung, ein wissenschaftlich nachweisbares Etwas, und wenn trotzdem beim Auswurf des Vaterlandes, beim Auswanderer, so wenig Spuren davon übrig bleiben, so zeugt das von der erbarmungslosen, schändlichen Behandlung, die ihm widerfahren ist. Er gleicht

dem Kieselstein im Gebirgsbach, dem in unzähligen Püffen und Stößen alle Abzeichen der Heimat spurlos abgeschliffen werden und der als vaterlandsloses, unkenntliches, undifferenziertes Geschiebe am fernen Gestade abgesetzt wird.

Also, ihr Patrioten, denkt beim Anblick der Auswanderer nicht immer nur an euch, an euren Bauch, an die Schätze, die hier dem Vaterland verloren gehen, sondern bedenkt, daß der Verlust ein gegenseitiger ist, daß auch der Auswanderer etwas im Vaterland aufgibt. Behandelt die Auswanderer menschlich, behandelt sie so, daß sie sich ihrer Herkunft nicht mehr zu schämen brauchen. Bezahlte ihnen die Reise erster Klasse oder besser noch in ein-klassigen Schiffen, erspart ihnen die bitteren Betrachtungen, die sich ihnen aufdrängen, wenn sie auf dem Schiff, das die heimatliche Flagge führt, wie Schweine behandelt werden, während die Reeder Himmel und Erde in Bewegung setzen, um dem in erster Klasse fahrenden internationalen Mischmasch von oft zweifelhafter Qualität das Leben an Bord so angenehm wie möglich zu gestalten. Gebt dem Auswanderer Waffen mit, damit er sich drüben ansiedeln kann – Geld, wo dieses Kurs hat; Verträge, wo man solche abschließen will; Gewehre, wo man mit Geld oder Vertrag nichts machen kann.

Verwirklichung des Rechtes auf den **vollen Arbeitsertrag** durch die **Geld- und Bodenreform**

Dieses Buch wird das volkswirtschaftliche System, welches diese Zeitschrift erstrebt, zusammenhängend behandeln. Für alle Geld- und Bodenreformer ein unentbehrliches Nachschlagewerk.

Wird nächsten Frühling erscheinen; Vorausbestellungen erwünscht, um danach die Auflage bestimmen zu können. Preis 1-2 Mk.

Bestellungen sind direkt an den Verfasser, Silvio Gesell in Hauts Geneveys (Schweiz) zu richten.

Zinsfreie Darlehen

(Unentgeltlichkeit des Kredits)

==== vom =====
**Standpunkt des Real- und
 Geldkapitals aus untersucht**

von
 [] **SILVIO GESELL** []

—————
 Sonderabdruck aus der „Geld- und Bodenreform“
 —————

————— **Preis 2 Fr.** —————

==== **Urteile der Presse:** =====

Aber wir gestehen, dass wir seine Untersuchung mit Vergnügen gelesen haben. Sie verrät viel Scharfsinn, viel analytische Kraft und ist, trotzdem sie schliesslich in eine falsche Richtung geht, keineswegs ohne Verdienst. Der Verfasser ist offenbar Autodidakt. Er hat eine eigene Nomenklatur, bezw. gebraucht viele ökonomische Begriffe in anderem als dem üblichen Sinne, was seine Ausführungen zuerst sehr schwer verständlich macht. Hat man sich aber in seine Sprache hineingearbeitet, so wird man durch allerhand originelle Entwicklungen für die genommene Mühe belohnt. Der Verfasser wandelt, wie er selbst betont, auf Bahnen, die Proudhon angelegt, aber ist kein blinder Nachbeter, sondern ein selbständig arbeitender Weiterdenker.

(Dokumente des Sozialismus, Bd. IV, 7. Heft.)

—————
 Zu beziehen von **K. J. Wyss** in Bern